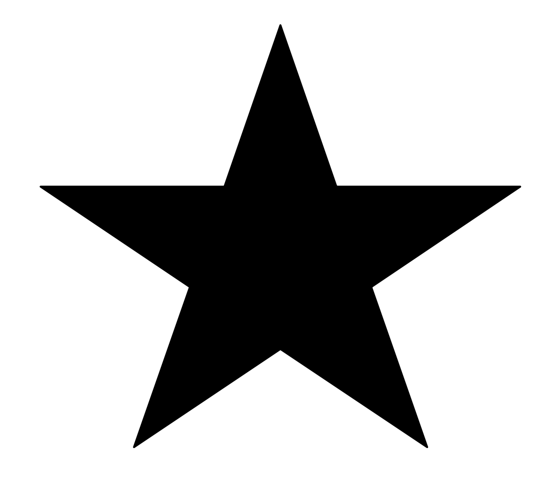
Darwin Dante

5 – Stunden sind genug

Band 2



Die Wurzeln der Herrschaft

Manneck Mainhatten Verlag

5 – Stunden sind genug
Band 2

Die deutsche Erstausgabe
erschien 1993 als
Seminartext und Arbeitsgrundlage
der Libertären - Basisdemokraten

5 – Stunden sind genug

Band 2

Die Wurzeln der Herrschaft

Erste Auflage: November 2002

Manneck Mainhatten Verlag
Postfach 11 1301
60048 Frankfurt

ISBN: 3-9803508-3-5

"Weiß ich nicht mehr" - Vorwort

"Selbst wenn das alles richtig sei, so reichen die Erinnerungen der meisten Menschen, die ich ansprechen möchte, nicht weit genug, um meine Gedanken nachvollziehen zu können", meinten meine Gegner, nach der Lektüre meines ersten Buchentwurfs. "Wegen der mangelnden Einsicht in wirtschaftspolitische Zusammenhänge, die heute weltweit von großer Bedeutung sind, bleiben viele tagespolitischen Ereignisse nicht in den Erinnerungen haften, werden nach einer kurzen zur Kenntnisnahme ausgeblendet und wieder vergessen. Es fehlen die Kenntnisse, die ein detailliertes Ausdeuten und Einordnen ermöglichen, so daß es hiermit auch nicht zu einer Aufnahme gewisser Vorgänge in die eigene politische Argumentationskette kommen kann."
Dies ist leider richtig und deckt sich auch mit meinen Diskussionserfahrungen, doch der Weg zu den "entsprechenden Kenntnissen" ist lang, hart und steinig. Um an die "entsprechenden Kenntnisse" zu gelangen, ist ein jahrelanges Sammeln der verschiedensten Zeitungen notwenig, wobei die einzelnen Artikel systematisch ausgeschnitten, geordnet und ausgewertet werden müssen. Und genau an diesem Punkt stellt sich die Frage: Welcher Berufstätiger besitzt die Zeit und nach acht Stunden Arbeit die Kraft hierfür?

Meine Gegner bestätigten mir dies und rieten mir spottend zur Aufgabe, weil es doch sehr unbefriedigend sei und mein Vorhaben sowieso keinen Zweck besäße, wenn die Menschen, für die ich schreibe, noch nicht einmal wissen, worüber ich schreibe.
Nun habe ich mir eine kleine Überraschung ausgedacht, um die Schwächen meiner Argumentation auszugleichen. Ich liefere die Quellen meiner Argumentation in Form von Auszügen aus meiner Presseauswertung gleich mit, womit sich der einzelne im Gang meiner Gedanken gleich ein Bild über deren Herkunft verschaffen kann. Diese Auszüge aus meiner Presseauswertung werden zu einem Buch im Buche und fallen wegen der anderen Schriftform gut ins Auge, so daß sie je nach Interesse gelesen oder überschlagen werden können, ohne den Anschluß an den Gang meiner Gedanken zu verlieren. Der Spiegel, dessen Artikel ich vorwiegend wählte, gilt im allgemeinen nicht nur als die seriöseste Wochenzeitschrift, sondern gibt bei einer systematisch chronologischen Auswertung inhaltlich auch am meisten her. Dies ist auch der Grund meiner Bevorzugung der Spiegelartikel.
Gegen Ende des ersten Teils dieses Buches beginnen die Grenzen zwischen meiner Argumentation und den Auszügen aus meiner Presseauswertung zu verschwimmen, was beabsichtigt ist und unterstreichen soll, daß ich lediglich versucht habe, ein gegenwartsbezogenes Abbild der Wirklichkeit zu erstellen.

Weiter soll die Auswahl meiner Presseauswertung die Auswechselbarkeit der Artikel als beispielhaften Bezug für jeden Staat und jedes Jahrzehnt ermöglichen, womit ich den Versuch unternehme, die in meinem Buch genannten Thesen als gültig zu verallgemeinern. Sollte dies nicht möglich sein, so muß geprüft werden, welche der genannten Überlegungen falsch und entsprechend zu erweitern sind.
In diesem Zusammenhang sollen die in meiner Argumentation eingebauten Zitate den Gang der Beweisführung nicht nur logisch schlüssig halten, sondern auch den Bezug zum Herkunftsland und meiner zeitlichen Epoche wahren, damit für spätere Leser deutlich wird, aus welcher Weltsituation und kulturellen Sichtweise heraus ich schreibe. Beurteilungsfehler, die typisch sind für mein Land und meine Zeit, werden hiermit leichter nachvollziehbar.
Die Überschriften zu den "Pressestimmen", die von mir angegeben werden, sind Kommentare, die den Zusammenhang zu meiner Argumentation herstellen sollen. Sie sind deutlich an der Punktierung meines 24-Nadeldruckers zu erkennen und nicht weitergehend gekennzeichnet. Kommentare, die nicht an der Punktierung zu erkennen sind, wurden fett-kursiv ausgedruckt und in der Regel mit Anmerkung des Autors (Anm.d.Autors) gekennzeichnet.
Eine Schwäche meines Buches ist, daß die Kapitalvernetzungen, der Aufsichtsrat- und Vorstandspostenklüngel zu wenig dargestellt werden. Dies in Verbindung mit Landkarten über Rohstoffundorte und fruchtbares Agrarland könnte eine detaillierte Nacharbeit sein, da anhand derartiger Schaubilder weltpolitische Vorgänge erheblich präziser Vorhersagbar werden. Denn die wirtschaftlichen Interessen des Personenkreises der Kapitaleigner würden nun deutlich zum Vorschein treten.

Vorwort

Die Wurzeln der Herrschaft

Einleitung

1. Ausgangspunkt der Geldwirtschaftsgegensätze

Dieses Buch ist der Versuch, die Herrschafts- und Machtstrukturen zu beschreiben, die dafür verantwortlich sind, daß wir heute 40 Std. pro Woche arbeiten und uns hiervon 35 Stunden unterschlagen werden.
Hierzu müssen wir die wirkenden Mechanismen der Geld- und Marktwirtschaft kennenlernen. Denn erst hierdurch werden wir verstehen, welche Auswirkungen die Geld- und Marktwirtschaft auf die Gesellschaft besitzt. Auf Analyse und Nachweis bestimmter Wirtschaftsmechanismen werde ich verzichten, da dies die "Kritik der politischen Ökonomie" in hinreichendem Maße leistete, so daß ich mich im Gebiet der Wirtschaftsmechanismen auf dieses Werk beziehen und deshalb z.T. ohne Umschweife zur Bewertung übergehe.

1.1. Privateigentum und die in ihm enthaltenen Rechte

Rufen wir uns zunächst ins Gedächtnis, was das Wesen von Geld- und Marktwirtschaft - im Westen Kapitalismus durch Privateigentumswirtschaft - tatsächlich bedeutet.
Im Westen gibt es das Privateigentum an Produktionsmitteln und an lebensnotwendigen Gütern. Durch dieses Privateigentum soll im Kapitalismus eine Steuerung der Wirtschaftsvorgänge erreicht werden.
Dem Güteraustausch und der Güterselbstversorgung soll der mit dem Privateigentum entstehende Handel dienen. Angebot und Nachfrage sowie der Austausch des Privateigentums sollen als automatisch entstehender Wirtschaftsmechanismus die Güterselbstversorgung der Bevölkerung gewährleisten.
Zu diesem Zweck werden der Institution des Privateigentums mehrere Rechte zugeordnet, die im Eigentumsrecht kapitalistischer Gesellschaften zu einer Einheit zusammengefaßt sind:

1. Das alleinige Recht einer Privatperson auf die Nutzung der in ihrem Eigentum befindlichen Sachen.

2. Das Recht der Verfügung, d.h. das Recht der Verfügungsgewalt über dieses Privateigentum.

3. Das Recht auf den Reingewinn, der von einem selbst **oder von einem anderen** mit diesem Privateigentum erzielt worden ist.

1.1.1. Tatsächliche Eigentumsverteilung

Aus eigenem Erleben wissen wir, daß das Eigentum im Westen nicht gleichmäßig verteilt ist. Durch diese ungleiche Eigentumsverteilung gibt es die Besitzenden - als Reiche und Superreiche - und die Besitzlosen, deren einzige verkäufliche Ware ihre Arbeitskraft ist. Diese ***Besitzlosen*** müssen ihre Arbeitskraft, ihren Körper und manchmal nur ihren Geschlechtskörper - als reines Sexualobjekt und schlimmste Form der Körperprostitution - auf dem Arbeitsmarkt als Ware feilbieten, weil sie kein anderes Privateigentum als ihren Körper zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes besitzen. Die Tatsache, daß die Besitzlosen an Arbeitsstätten arbeiten, deren Eigentümer sie nicht sind, findet in ihrer Besitzlosigkeit eine zwangsläufige Einheit, die aus ihrer Besitzlosigkeit erwächst.

Diese ungleiche Eigentumsverteilung ist der Ausgangspunkt für die Regelung der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Beziehungen und sozialen Verhaltensweisen zwischen den Menschen, die innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaftsordnung gerade vom Anteil am Eigentum bestimmt werden! Mit der unterschiedlichen Eigentumsverteilung sowie dem Eigentumsrecht entsteht jenes Verhältnis, mit dem ***Eigentümer*** - als Unternehmer und/oder Besitzer der materiellen Arbeitsbedingungen - und ***Besitzlose*** - als Arbeitskraftanbieter - miteinander umgehen.

1.1.2. Eigentum und die entstehende Rollenverteilung

Die Besitzlosen müssen den Eigentümern ihre Arbeitskraft anbieten und für sie arbeiten, weil sie kein anderes Privateigentum als ihre Körper und ihre Arbeitskraft besitzen. Hierfür erhalten sie das Zwischentauschmittel Geld, welches sie als Gegenwert für ihre Arbeitsleistung von den Eigentümern bekommen. Mit

ihm können sie alle lebensnotwendigen Güter erwerben, welche sich im Privateigentum der besitzenden Klasse befinden.

Die Eigentümer - als Unternehmer - stellen den Besitzlosen für ihre Arbeit nur die Arbeitsstätten (materiellen Arbeitsbedingungen) zur Verfügung, in denen sie arbeiten können. Zudem übertragen sie den Besitzlosen noch die Sorgfaltspflicht im Umgang mit ihrem Eigentum, da ihnen die Unternehmer bei einem unachtsamen, gleichgültigen und nachlässigen Umgang mit ihm den Arbeitsplatz entziehen und einen anderen Arbeitskraftanbieter wählen. Somit sind die Besitzlosen häufig die einzigen, die die Fürsorge und Sorgfaltspflicht für die Arbeitsstätten selbständig und selbsttätig tragen, ohne daß die Eigentümer hierfür auch nur einen Finger zu rühren brauchen. Außerdem sind es fast ausschließlich die Besitzlosen, die in den von den Eigentümern zur Verfügung gestellten Werken, Fabriken und Dienstleistungsstätten arbeiten. Sie führen die ihnen zugewiesenen funktionalen Tätigkeiten aus und stellen die Güter her, die auf dem Markt angeboten werden. Sie sind die einzigen (zumindest die überwältigende Mehrheit), die an den Gütern und Dienstleistungen direkt Hand anlegen und zu deren Erzeugung tatsächlich beitragen. SIE erbringen DIE gesellschaftliche Arbeitsleistung, die zur Erzeugung der Güter und Dienstleistungen notwendig ist! Und SIE bekommen diese Verhaltensrolle nur allein aufgrund ihrer Besitzlosigkeit zu diktiert!

Obwohl den Besitzlosen die Fürsorge- und Sorgfaltspflicht über fast alle Arbeits- und Produktionsstätten aufgebürdet ist und sie die eigentliche gesellschaftlich notwendige Arbeitsleistung zur Erzeugung aller Güter und Dienstleistungen erbringen, besitzen sie weder das Recht der Verfügungsgewalt über die von ihnen betreuten Arbeits- und Produktionsstätten noch das Recht auf den Reingewinn der von ihnen erbrachten Arbeitsleistung. Diese Rechte besitzt lediglich der Unternehmer als Besitzer und/oder Eigentümer der materiellen Arbeitsbedingungen im Rahmen des ihm vom Staat garantierten Eigentumsrechtes!

> Nur der Eigentümer besitzt das Recht auf die Vermarktung der mit seinem Eigentum erzeugten Güter und Dienstleistungen und das Recht auf den Reingewinn bei ihrer Vermarktung. Diese beiden grundsätzlichen Rechte sind im Recht der Verfügungsgewalt über das eigene Eigentum enthalten.

Hiermit werden die Besitzlosen für die Eigentümer zum lebendigen Maschineninventar, welches für sie in den Arbeitsstätten als biologischer Bestandteil ihrer Produktionsmaschinerie arbeitet. Sie "dürfen" mit diesem Eigentum nur die ihnen zugewiesenen Tätigkeiten ausführen und mit ihrer fremdgeleisteten Arbeit NUR den Reingewinn für die Eigentümer erwirtschaften, so daß sie im Endeffekt nur noch ein menschliches Fragment oder Stückgut des für den Unterneh-

mer "arbeitenden Eigentums" darstellen. Somit haben die Besitzlosen "NUR DAS RECHT", im Auftrag der Eigentümer den Eigentümerreingewinn zu erwirtschaften! Auf diesen jedoch haben die Besitzlosen keinerlei Rechtsanspruch, weil nur den Eigentümern der Eigentümerreingewinn zusteht und Besitzlose nun mal keine Eigentümer sind.

1.1.3. Lohnarbeit ist Wirtschaftssklaverei

Diese Beschreibung klingt schon fast nach Sklaverei, oder macht es Sie nicht nachdenklich, daß ein Besitzloser kein Recht auf den Reingewinn seiner Arbeitsleistung besitzt, nur weil er nicht Eigentümer der materiellen Arbeitsbedingungen ist, innerhalb denen er arbeitet?
Die Umstände liegen formal jedoch ganz anders!

1. Jede Person besitzt das formale Recht, Unternehmer und Eigentümer zu werden.

2. Die Besitzlosen erhalten für die Zeit, in der sie in den Arbeitsstätten arbeiten, einen Arbeitslohn ausbezahlt, womit ihnen der Eigentümer die von ihnen erzeugte Arbeitsleistung formal abkauft.

Der Haken an der Sache ist, daß sich die Höhe dieses Arbeitslohnes (der Preis für ihre Arbeit) nach Angebot und Nachfrage von Arbeitskraftanbietern auf dem Arbeitsmarkt richtet und nicht nach dem Wert ihrer Arbeit, womit die Besitzlosen keinen Anspruch auf den wirklichen Wert oder den Reingewinn ihrer Arbeit erlangen. Sie erhalten vom Unternehmer lediglich einen Arbeitslohn, während der Eigentümer den Reingewinn der von den Besitzlosen erwirtschafteten Arbeitsleistung einstreicht. Dieser Reingewinn ist jedoch nicht zu verwechseln mit dem Gewinn. Vom ***Reingewinn*** oder Umsatz müssen noch die Betriebskosten, die Arbeitslöhne und die restlichen laufenden Unkosten abgezogen werden. Der verbleibende (positive) Teil ist der ***Gewinn***, der auch als ***Mehrwert*** bezeichnet wird.
Diesen steckt sich der Unternehmer nur aufgrund der Tatsache seines Eigentums- oder auch Pächterrechts ein, ohne an der Erzeugung der Güter und Dienstleistungen selbst direkt teilzunehmen. Somit lebt der Unternehmer wie ein Parasit vom fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert, um den er die für ihn arbeitenden Besitzlosen durch sein Eigentumsrecht betrügt. Die mit dem Abzug des fremdgeleisteten Arbeitsmehrwerts innerhalb der Geldwirtschaft entstehende Arbeit - der mit der Verwaltung des Geldes erst notwendig werdende Papier-

krieg "als Geldarbeit" - dient den Eigentümern hier nur als Rechtfertigung und als vorführbares Alibi für unsere oberflächlichen Zeitgenossen, die schon den Betrug um die 5-Std.-Woche nicht bemerkten.

Ab einer bestimmten Menge "des für ihn arbeitenden Eigentums" braucht er nicht mehr für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten, weil dies schon die Besitzlosen für ihn tun, deren fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert er unterschlägt. D.h.:

> **Ein Eigentümer materieller Arbeitsbedingungen arbeitet nicht. Dies tun die besitzlosen Lohnsklaven in seinen Arbeitsstätten für ihn, da sein Eigentum oder besser sein Geld für ihn arbeitet.**

Mit dem wachsenden Anspruch, möglichst gut und luxuriös von fremdgeleisteter Arbeit zu leben, entsteht das Interesse, einen möglichst hohen Gewinn und Ausbeutungsgrad dieser fremdgeleisteten Arbeit zu erreichen, was natürlich die Löhne der Besitzlosen schmälert. Hiermit höhlen die Eigentümer das formale Recht für alle, selbst zum Unternehmer und Eigentümer zu werden, aus, weil den Besitzlosen nur so wenig Finanzkraft ihres Arbeitsleistungswertes bleibt, daß der Sprung zum Unternehmertum zu einem finanziell unüberwindbaren Hindernis wird. Dieses Recht besteht somit nur auf dem Papier und wird durch die praktisch wirkenden Marktmechanismen ins Absurdum geführt.

Daß sich von diesem fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert sehr gut leben läßt, geht schon aus meinen Berechnungen zur 5-Std.-Woche deutlich hervor. In meinen Berechnungen sehen wir, daß das ganze Bank-, Versicherungs- und Kreditgewerbe vom erwirtschafteten Geldmehrwert erzeugter Güter lebt. Bank- und Kreditinstitute schöpfen diesen Mehrwert über den Umweg des Geldverleihens und des über den Zins entstehenden "Geldwachstums" ab, womit sich diese Geldverleiher zur stärksten Geldmacht der Republik gemausert haben.

Es handelt sich hierbei um die willkürliche Ausbeutung fremdgeleisteter menschlicher Arbeitskraft sowie um eine Verfeinerung der Sklaverei durch das Marktwirtschaftssystem, das auf dem Privateigentumsrecht an lebensnotwendigen Gütern und Produktionsmitteln beruht, trotz gleichzeitiger Abschaffung der Sklaverei und formalen Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen. Hiermit wird die Lohnarbeit zu einer verfeinerten, neuen Form der Sklaverei:

- Der LOHNSKLAVEREI -

Wir können also feststellen, daß das Privateigentum nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhaltensweisen und Beziehungen zwischen den Menschen beeinflußt und regelt, sondern fast ausschließlich vom Anteil am Eigentum bestimmt werden. Die eigentliche Ungerechtigkeit innerhalb der

Marktwirtschaft liegt in der Einbehaltung des Mehrwerts fremdgeleisteter Arbeit durch die Eigentümer, wozu sie keinerlei moralische Rechtfertigung besitzen, weil sie zur Erwirtschaftung dieses Mehrwerts keinen güterwirtschaftlichen Beitrag leisten. Das einzige, was sie leisten, ist, daß sie ihr Eigentum den Besitzlosen zur Herstellung der von allen benötigten Güter zur Verfügung stellen. Dies honorieren wir ihnen - in tiefer Dankbarkeit ihrer Güte - im Rahmen der Geldwirtschaft so sehr, daß sie von unserer Arbeit leben und durch unsere Arbeit noch mehr Eigentum anhäufen können.
Eine Einbehaltung des Mehrwerts stellt als Unterschlagung dem Grunde nach einen Betrug dar, weil dem Besitzlosen der tatsächliche Wert seiner Arbeit vorenthalten wird. Des weiteren ebnet erst die Unterschlagung des Mehrwerts den Weg zur Bildung eines Kapitalstocks sowie einer weiteren Steigerung der Ausbeutung fremdgeleisteter menschlicher Arbeitskraft, womit die Volksweise, "Von eigener Arbeit ist noch nie einer reich geworden", volle Gültigkeit erhält.

Dies zum Recht der Eigentümer auf den Reingewinn ihres Eigentums und dessen tatsächlichen Folgen für alle Formen des zwischenmenschlichen Umgangs.

1.2. Geldwirtschaft und wirtschaftliche Handlungsziele

Als ich mir die vorangegangenen Seiten noch einmal durchlas, erschienen sie mir inhaltlich als zu dünn. Ich kritisiere die Einbehaltung des Mehrwerts durch die Eigentümer und leite hiermit meine Kritik am System der Geldwirtschaft ein, ohne die Ursache für das Entstehen des Mehrwerts zu klären. Doch wie kommt es überhaupt zur "Einbehaltung des Gütermehrwerts", so daß die Eigentümer hieran geldwirtschaftlich verdienen können? Und wie sehen die zwischenmenschlichen Verhaltensrituale aus, so daß es im Rahmen der Geldwirtschaft mit dem Mittel des Warenhandels zum Abzug eines Arbeitsmehrwertes und zur Anhäufung von "arbeitenden Eigentum" kommen kann?
Nehmen wir die Mechanismen der Marktwirtschaft auseinander und beleuchten ihre funktionale Wirkungsweise.

1.2.1. Herkunft des Mehrwertes

Die Keimzelle des Wirtschaftssystems ist die Ware. Der **Begriff der *Ware*** umfaßt alle Güter, Dienstleistungen und Arbeitsleistungen, die für den Markt produziert oder auf ihm angeboten werden. Waren sind also "Gebrauchswerte" und

werden entsprechend ihrem "Wert" (Tauschwert) eingetauscht. In einer entfalteten warenproduzierenden Wirtschaft dient das Geld als allgemeiner "Wertanzeiger" und Zwischentauschmittel der Waren. Werden im Durchschnitt Waren nur gemäß ihres Wertes getauscht, dann kann hierbei - auch im Durchschnitt - kein Überschuß entstehen. Gewinn oder Profit kommt jedoch nicht nur bei einzelnen Unternehmen, sondern bei der Gesamtheit aller Warenproduzenten (Unternehmer) und Zwischenhändler heraus. Karl Marx löste das Geheimnis über den Ursprung des Geldüberschusses in seiner 1859 erschienenen Schrift, "Kritik der politischen Ökonomie" (später "Das Kapital"), nicht nur angemessen, sondern er bewies und belegte dies mit einer wissenschaftlich einwandfreien Methodik, so daß der Großteil unserer heutigen Betrachtung zum Geldwirtschaftssystem vom Kern zu seiner Zeit einmaligen wissenschaftlichen Leistung ausgeht.

Vereinfacht läuft seine Lösung auf folgende Überlegung hinaus:

> Der ***Wert der Ware*** bestimmt sich durch die zu seiner Herstellung und Erhaltung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Dies ist die sogenannte ***ARBEITSWERTLEHRE***, wie sie schon von A. Smith und D. Ricardo entwickelt wurde. Nach dieser sind in einer entfalteten kapitalistischen Wirtschaft nicht nur Güter Waren, sondern auch die Arbeitskraft des Lohnarbeiters selbst.

Das einzige, was die Besitzlosen auf dem Markt anbieten können, ist ihre Arbeitskraft.

> Der ***GRUNDWERT einer ARBEITSKRAFT*** wird - wie der aller anderen Waren - an der Arbeitszeit gemessen, die zur Produktion der Waren notwendig ist, die ein Lohnarbeiter zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft benötigt!

Hierunter fallen Nahrung, Kleidung, Wohnung und alle weiteren elementaren Lebensbedürfnisse. Die **Zusammensetzung dieses Warenkorbes** zur Bestimmung des Arbeitskraftgrundwertes ist eine geschichtlich veränderliche Größe (was Marx am Beispiel der franz., brit. und chin. Arbeiter zeigte), die aber in bestimmten Gesellschaften und Epochen verhältnismäßig gleichbleibend ausfiel. Ist zur Herstellung dieses Warenkorbes im Durchschnitt ein Arbeitsaufwand von 4 Std. pro Woche notwendig, dann entspräche der Wert dieser Güter - ebenso wie der Grundwert der menschlichen Arbeitskraft als Ware - einer Arbeitslei-

stung von 4 Std., und ihr Preis müßte durchschnittlich bei diesem Wert liegen. Mit der besagten 4-Std.-Woche wären wir beim ***güterwirtschaftlichen Grundwert einer Arbeitskraft*** angelangt. Rechnen wir nun zum „güterwirtschaftlichen Grundwert einer Arbeitskraft“ die Arbeitsmenge hinzu, die durchschnittlich für den heutigen Luxus und Lebensstandard wie in der BRD von 1988 aufgebracht wird (siehe Band 1), so entspricht dies meiner Definition von einer „***güterwirtschaftlich notwendigen Arbeit***“, die dann bei 5-Stunden pro Woche liegt.

Nach der Arbeitswertlehre wird der WERT einer beliebigen WARE nach der Arbeitszeit bestimmt, die zu ihrer Herstellung und Erhaltung notwendig ist, womit hier noch kein Gegensatz zum "güterwirtschaftlichen Grundwert einer Arbeitskraft" und deren Entlohnung sichtbar wird.

Der ***PREIS einer WARE*** richtet sich jedoch nicht nach ihrem Wert, sondern allein nach dem Marktverhältnis von ANGEBOT UND NACHFRAGE.

Mit dem Preis für eine Ware beginnt der Gegensatz zwischen dem "güterwirtschaftlichen Grundwert einer Arbeitskraft" und deren Entlohnung durch die Eigentümer der materiellen Arbeitsbedingungen. Das Ergebnis ist die Ausbeutung der Besitzlosen durch zusätzlich geleistete ***Mehrarbeit***, weil der ***Preis für eine Arbeitskraft*** nur einen Bruchteil ihres tatsächlichen Wertes ausmacht und die Besitzlosen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes gezwungen sind, erheblich mehr zu arbeiten. Sie arbeiten nun - wegen des bestehenden Überangebotes an Arbeitskräften- für den Preis, der ihnen geboten wird, um durch eine Ansammlung des Geldes den Tauschwert der Güter zu erhalten, die zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft notwendig sind und somit den "Grundwert ihrer Arbeitskraft" ausmachen oder wie in Europa, etwas über ihm liegt.

> D.h., die Ausbeutung der Besitzlosen beginnt dort, wo sie von den Eigentümern der materiellen Arbeitsbedingungen nicht den tatsächlichen güterwirtschaftlichen Gegenwert für ihre Arbeit erhalten und der Preis für ihre Arbeit in Wirklichkeit nur ein Bruchteil ihrer güterwirtschaftlichen Arbeitsleistung darstellt!

In dieser Folge hat auch die ***LÄNGE DER*** von der Arbeitskraft tatsächlich ***GELEISTETEN ARBEITSZEIT*** nichts mit ihrem wirklichen Wert zu tun (womit wir bei der 40-Std.-Woche sind). Sie ist vielmehr abhängig vom Kräfteverhältnis der Unternehmer- und Arbeiterklasse, die bei einer unorganisierten, nicht klassenbewußten Arbeiterschaft immer zu ihren Ungunsten ausfällt, weil der "Preis einer Arbeit" von Angebot und Nachfrage an Gütern und Arbeitskräften bestimmt wird. Die menschliche Fähigkeit zur Überproduktion sowie das hiermit entstehende Überangebot an Arbeitskräften verschiebt das Verhältnis endgültig

zu Ungunsten der Besitzlosen, da sie nun für den Lohn arbeiten müssen, der ihnen geboten wird. Hiermit sind wir wieder bei der materiellen Abhängigkeit, der wirtschaftlichen Macht über Menschen sowie der hiermit entstehenden politischen Herrschaftsgewalt gegen sie angelangt.

In der Frühphase des Kapitalismus versuchte die Klasse der Produktionsmitteleigentümer, die Arbeitszeit - mit dem Mittel des Überangebotes an Arbeitskräften - um ein Vielfaches (heute 40/5-1 = 7) über den "güterwirtschaftlichen Grundwert einer Arbeitskraft" hinaus zu verlängern, um auf diese Weise ihren eigenen Überschuß durch eine noch weiterreichende Ausbeutung der Besitzlosen zu vergrößern. Marx nennt diesen Überschuß oder Gewinn, der aus der Tätigkeit der güterwirtschaftlichen Lohnarbeiter entsteht, den ***ABSOLUTEN MEHRWERT***, der aus der ***ABSOLUTEN MEHRARBEIT*** der güterwirtschaftlich Tätigen - als ***fremdgeleisteter güterwirtschaftlicher Mehrwert*** - hervorgeht. Die Zeit, während der der Arbeiter seinen eigenen güterwirtschaftlichen Arbeitskraftgrundwert (z.B. die 5 Std. pro Woche für den eigenen Warenkorb) durch die Bearbeitung des ihm gelieferten Rohstoffes erarbeitet, nennt Marx die ***NOTWENDIGE ARBEIT***.
Das Verhältnis der "absoluten Mehrarbeit" zur "notwendigen Arbeit" ergibt die ***MEHRARBEITSRATE*** oder den ***AUSBEUTUNGSGRAD*** fremdgeleisteter menschlicher Arbeitskraft.

> **Ausgangspunkt** jeder kritischen Betrachtung der kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaft **bleibt** somit die **Güterwirtschaft**, die als DIE eigentliche Grundlage jeglicher "Wirtschaft" und Güterversorgung anzusehen ist, weil die Güterwirtschaft die tatsächlich notwendige Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung darstellt!

1.2.2. Mittel des Mehrwertabzuges

Innerhalb der ***MEHRARBEITSSPANNE***, die von der "güterwirtschaftlich notwendigen Arbeit" bis zum Endpunkt der heute geleisteten Arbeitszeit reicht, siedeln sich alle Gesellschaftsinstanzen an, die an der Spanne der "absoluten Mehrarbeit" verdienen und von ihr leben. Die Mittel des Mehrwertabzuges sind durch Geld- und Marktwirtschaft verhältnismäßig einfach, weil der "Preis einer Ware" von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und nicht von ihrem tatsächlichen Wert, so daß Angebot und Nachfrage manipuliert werden.

In meinen bisherigen Beschreibungen beschränkte ich mich auf das Mittel des Eigentümers von Produktionsstätten, durch das die Besitzlosen ausgebeutet werden. Daher gehe ich davon aus, daß dieses Mittel der Unternehmen verstanden ist.

Heute besteht die zusätzliche Möglichkeit, durch den Ankauf von Aktien - als "stiller Teilhaber" und Kapitalanleger - Miteigentümer eines Unternehmens zu werden. KAPITALANLEGER stellen dem Unternehmen ihre Geldmittel zur Verfügung, damit dieses Unternehmen mit diesen Geldern arbeiten kann. Als Gegenleistung erhalten die Kapitalanleger nach ihrem prozentualen Aktienanteil am Unternehmen einen Gewinnanteil als GEWINNRENDITE und werden somit am Mehrwertabzug fremdgeleisteter güterwirtschaftlicher Arbeit beteiligt.

> Der mit ZINSEN erreichte "GELDZUWACHS" durch das "GELDVERLEIHEN" stellt in diesem Zusammenhang nur ein verfeinertes Mittel des Mehrwertabzuges dar.

Geldverleiher (z.B. Banken und Kreditinstitute) verleihen ihr Geld an Unternehmer, die für eine Unternehmung nicht das nötige Startgeld (Startkapital) besitzen, so daß die Geldverleiher durch den fälligen Zins einen Teil des fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert vom Unternehmen abziehen können, ohne selbst Miteigentümer des neuen Unternehmens zu sein und ohne für diesen Anteil am fremdgeschaffenen Arbeitsmehrwert einen Finger zu rühren. Was notwendig wird, ist nur der Papierkrieg der Geldverwaltungsarbeiten.

Der MIETZINS an EIGENTUMSVERPÄCHTER ist hier nur eine weitere Ergänzung, die zudem häufig in Verkettung mit einem Geldverleiher auftritt. Dies ist z.B. häufig bei einem Hauskauf oder Hausneubau der Fall, womit sich der Eigentümer des Hauses zum "Scheineigentümer" und oftmals zum Geldrückzahlungsabhängigen des Geldverleihers macht. Ist z.B. ein Mehrfamilienhaus erst einmal fertiggestellt und abbezahlt, so verdient der Eigentümer wegen seines Mietzinses nur noch durch die passive Bereitstellung von Wohn- und Lebensraum am Arbeitsmehrwert der Besitzlosen, ohne daß hierfür eine weitere sinnvolle güterwirtschaftliche Arbeit notwendig ist.

Selbst die Steuern sind ein Mittel des Mehrwertabzuges, durch die der Staat seine Existenz finanziert.

1.2.3. Gesellschaftliche Geldabzugsapparate

Die beschriebenen Instanzen sind heute völlig miteinander verzahnt, so daß das Durchschauen der tatsächlichen Zusammenhänge und Funktionsweisen schwer geworden ist. Innerhalb der Mehrarbeitsspanne siedeln sich alle nicht güterwirt-

schaftlichen Lohnarbeiten als Berufe an. Zu diesen gehören die kleinen Bankangestellten - die ihren Lebensunterhalt mit dem Zählen des Geldes anderer Leute verdienen -, "Hauseigentümer", Hausverwalter, etc. sowie die Angestellten der Lohnbüros, Finanzämter, Steuerbüros, Personalabteilungen, Vertriebsgesellschaften, Kreditinstitute, Werbeagenturen usw.
Sie alle gruppieren sich um die "güterwirtschaftlich notwendige Arbeit", so daß ganze Institute und Abteilungen als Gesellschaftsorganismen damit beauftragt sind, GELD als MITTEL des MEHRWERTABZUGES im Namen der Eigentümer und ihrer Gesellschaften zu verwalten oder anzulegen, um hierdurch einen möglichst großen Anteil am "fremdgeleisteten güterwirtschaftlichen Mehrwert" zu erbeuten.
D.h., sie versuchen, einen möglichst großen Anteil am "absoluten Mehrwert" zu erringen, "nur um nicht selbst güterwirtschaftlich arbeiten zu müssen"! Das Ergebnis ist:
Heute arbeiten sehr wenige Menschen sehr viel innerhalb der güterwirtschaftlichen Produktion und erzeugen die güterwirtschaftlich notwendigen Arbeitskraftgrundwerte (den **absoluten güterwirtschaftlichen Arbeitsmehrwert**), von denen die Gesamtgesellschaft lebt. Dem gegenüber stehen sehr viele Menschen, die den nichtgüterwirtschaftlichen Arbeiten nachgehen. Diese erhalten über den Umweg ihrer geldwirtschaftlichen Arbeiten ihre ***güterwirtschaftlichen Arbeitskraftgrundwerte*** als Lebensunterhalt, den sie zuvor den güterwirtschaftlichen Produktivkräften durch ihre Geldarbeiten als Gütermehrwert abzogen.

So kommt es, daß wir heute 35 Std. zu viel arbeiten, weil uns die Geldwirtschaft durch die Privateigentumswirtschaft erst diese Mehrarbeit verursacht.

Somit ziehen die Unternehmer, Eigentümer, Geldverleiher, Lebens- und Wohnraumverpächter samt ihrer institutionalisierten Geldabzugsapparate immer einen erheblichen Teil des "fremdgeleisteten güterwirtschaftlichen Mehrwertes" ab, an dem sie sich selbst bereichern und von dem sie alle wie Parasiten leben.
Betrachten wir die Gesellschaft aus güterwirtschaftlicher Sicht, so können wir die Geldwirtschaft als parasitäres System entlarven, das sich mit dem durch die Arbeitsteilung entstehenden Handel über die Güterwirtschaft legt und aus jedem Vorgang des Austausches einen Mehrwert herauszieht, von dem es sich nährt!
Zudem bietet dieser güterwirtschaftliche Arbeitsmehrwert für die Geld-, Kapital- und sonstigen Eigentümer z.B. als Unternehmer, Geld- oder Kapitalanleger die Grundlage zur Schaffung eines Kapitalstocks, durch den sie sich an der fremdgeleisteten Arbeitskraft anderer Menschen noch mehr bereichern können.

1.2.4. Mehrwert und das Ziel der Kapitalanhäufung

Aus den insgesamt vorgetragenen Sachverhalten können wir ablesen, daß mit dem Privateigentum nicht nur das Recht auf den Reingewinn verbunden ist.
Vielmehr beinhaltet das Privateigentumsrecht das Recht auf den Reingewinn **und** das Recht auf DEN fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert, DER von anderen Menschen, den Besitzlosen, mit diesem Privateigentum erwirtschaftet wird. Durch die menschliche Fähigkeit zur Überproduktion und dem hiermit automatisch entstehenden Arbeitskräfteüberangebot werden die genannten Eigentumsrahmenbedingungen der Marktwirtschaft gerade für die Besitzlosen zur Falle, weil sie durch Überproduktion und Arbeitskräfteüberangebot keine reale Möglichkeit erhalten, den wahren Gegenwert für ihre Arbeitsleistung auszuhandeln, womit das Privateigentumsrecht und das Recht auf den Reingewinn in eine legale Ausbeutung der Besitzlosen und somit in der ***Lohnsklaverei*** mündet, da sich die Besitzlosen aus ihrem materiellen Abhängigkeitsverhältnis nicht mehr herauslösen können!

Für Eigentümer und Kapitalbesitzer bedeutet der Rahmen dieser Eigentumsbedingungen die Möglichkeit, vom fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert zu leben, womit für die Kapitaleigentümer das bewußte Ziel zur Ausbeutung der Besitzlosen entsteht.
Zudem ebnet erst die Unterschlagung von fremdgeleistetem Arbeitsmehrwert den Weg zur Bildung eines Kapitalstocks, womit ein grundlegendes Denk- und Handlungsziel der Kapitaleigentümer beschrieben ist.

- DIE *KAPITALANHÄUFUNG* -

Erst die mit diesem Eigentumsrecht entstehende Möglichkeit, durch den unterschlagenen Arbeitsmehrwert weniger arbeiten zu müssen, schafft den "besonderen Gedankengang" der Kapitaleigner, der die Kapitalanhäufung in den Mittelpunkt ihres Denk- und Handlungszieles stellt.
Die Ausgangspunkte dieser Überlegungen sind schnell beschrieben und abgesteckt:
Je mehr Eigentum sie besitzen, desto mehr Menschen arbeiten für sie und desto größer ist die Menge des Mehrwertes, den sie für sich einbehalten können, obwohl das prozentuale Verhältnis der Ausbeutungsrate ungefähr gleichbleibt. D.h., um so mehr Eigentum sie anhäufen, desto weniger brauchen sie selbst mitzuarbeiten und desto mehr Freizeit besitzen sie für sich, in der sie ihren Vergnügungen, ihrem Geltungsdrang und ihrer Luxussucht nachgehen können.
Die Kapitalanhäufung beginnt also mit dem Ziel, vom Kapital leben zu wollen, so daß das Eigentum oder "das Geld für einen Menschen arbeitet".

Diese KAPITALANHÄUFUNG ist jedoch nur über die Unterschlagung des Mehrwertes fremdgeleisteter Arbeitskraft möglich und bedeutet somit die AUSBEUTUNG von MENSCHEN und IHRER fremdgeleisteten ARBEITSKRAFT. An diesem Punkt angelangt, beginnt sich das Privateigentum sowie die Verfügungsgewalt über die mit ihm erzeugten Güter, gegen die menschliche Gesellschaft zu wenden, so daß das Recht auf Privateigentum durch das entstehende Ziel der Ausbeutung in Gewalt und Unterdrückung der Menschen untereinander umschlägt, das zwischenmenschliche Mitgefühl gefriert, das Sozialverhalten verroht und die Menschen durch die von der Konkurrenz hervorgerufenen Abgrenzung vereinsamen.

Wenn ein Eigentümer davon spricht, daß sein Geld für ihn arbeiten soll, so meint er hiermit nichts anderes, als daß er es auf dem Kapitalmarkt noch besser einsetzen will und daß irgendwo für ihn Besitzlose arbeiten, von denen er lebt und an dessen Arbeitsmehrwert er verdient. "**Das Geld soll arbeiten**", heißt: Ich will die fremdgeleistete Arbeitskraft anderer Menschen ausbeuten, damit ich nicht zu arbeiten brauche. Das heißt, sie haben irgendwo ihre doofen besitzlosen Lohnsklaven, die für sie arbeiten, damit sie sich ein schönes Leben machen können. In seinem Ergebnis heißt dies, daß die güterwirtschaftlich tätigen Besitzlosen von anderen Besitzlosen - die den Eigentümern der materiellen Arbeitsbedingungen in irgendwelchen Geldabzugsapparaten dienen - nach Herzenslust ausgebeutet werden und sich am Ende alle Besitzlosen im Auftrag der Kapitaleigner gegenseitig ausbeuten und unterdrücken. Der Satz: "Das Geld soll arbeiten", soll nur den wirklichen und peinlichen Zusammenhang verschleiern, daß sie von der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Menschen leben, denn:

- GELD KANN NICHT ARBEITEN! -

Arbeiten können immer nur Menschen, und sie sind die einzigen, die ihre Haut zu Markte tragen!

Kapitalanhäufung ist in ihrem Wesen nach immer eine Ausbeutung von Menschen und ihrer Arbeitsleistung. Sie muß zwangsläufig immer etwas mit Unterdrückung zu tun haben, da niemand freiwillig 40 Std. pro Woche arbeitet, nur damit sich ein anderer auf die faule Haut legen kann! Spürt oder erkennt ein Besitzloser dies nicht, dann muß er entweder unendlich dumm sein, oder er besitzt das Glück, einem extrem guten Psychologen gegenüber zu stehen, der ihn so manipuliert, daß er gerne "für seinen Eigentümer" oder Chef arbeitet und hierin die Glückseligkeit eines Geistesgestörten findet. Sie vergessen, daß ihr Chef sie ausbeutet, und warum sollte der Chef nicht freundlich zu einem Idioten sein, der glücklich ist, wenn er für ihn arbeiten darf und nicht nach gleichberechtigte Gewinnbeteiligung schreit?

Mit dem Ziel der Kapitalanhäufung und der Ausbeutung fremder menschlicher Arbeitskraft ist heute nicht nur eine bessere psychologische Verschleierung zur Beglückung der Besitzlosen verbunden, sondern es ergibt sich noch eine weitere knallharte Denkweise der Unternehmer, die sie - heute aus psychologischen Gründen - mit einem lächelnden Gesicht vortragen. Im Rahmen der Marktwirtschaft ist es nämlich nicht die zentrale Aufgabe der Unternehmer, Arbeitsplätze, Waren oder Güter zur Verfügung zu stellen. Nein! Alleiniger Zweck ihrer Arbeits- und Produktionsstätten ist es, Gewinn zu erzielen. Daß unter anderem hierzu auch Arbeiter und Angestellte gebraucht werden, ist lediglich eine Begleiterscheinung. Liebend gern würde ein Unternehmen ohne Beschäftigte produzieren. Die einzigen interessanten Fragen, die für die Kapitaleigentümer tatsächlich bestehen, sind:

Wie können die Stückkosten möglichst stark verringert werden?
Und wie können die Lohn- und Gehaltskosten durch den Einsatz von technischen Anlagen, deren Anschaffung, Wartung und Betrieb, umgelegt auf das einzelne Produkt, billiger ist als die menschliche Arbeitskraft, gesenkt werden?

Somit können wir in der kapitalistischen Geldwirtschaft die folgenden automatisch entstehenden Handlungsziele festhalten:

1. Die Bildung bzw. Vergrößerung des Kapitalstocks, die durch eine möglichst hohe Ausbeutung der im Privateigentum arbeitenden Menschen erreicht wird.

2. Die erzielte Gewinnmaximierung durch die Verwertung aller modernen Produktionstechniken, die auf dem Markt angeboten werden.

1.2.5. Kapitalakkumulation und Kartellbildung

Da erst durch die ungleiche Verteilung des Eigentums die Ausbeutung der Besitzlosen möglich wird, ist es sinnvoll, die Geldwirtschaftsmechanismen anzudeuten, die zu einer Monopolisierung des Privateigentums führen. Bevor ich zu den Gegensätzen des Kapitalismus übergehe, will ich daher den ***Kapitalansammlungsmechanismus*** in verkürzter Form wiedergeben.

Nicht nur die Besitzlosen sind dem Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage unterworfen. Auch die Unternehmer machen sich mit dem Angebot ihrer Waren gegenseitig Konkurrenz, so daß sie der Marktwirtschaftsmechanismus von Angebot und Nachfrage zum Konkurrenzkampf zwingt. Durch diesen Kon-

kurrenzkampf sind die Unternehmer stets darauf bedacht, die Produktivität ihrer Arbeitsstätten zu erhöhen. So versuchen sie auf dem Markt, gegenüber anderen Unternehmen konkurrenzfähig zu bleiben und diese Konkurrenten gegebenenfalls sogar vom Markt zu drängen.
Dieser Konkurrenz- und Marktverdrängungsmechanismus hängt sehr eng mit der fortschreitenden Entwicklung der Technologie sowie der hiermit entstehenden Produktivitätserhöhung der Arbeitsstätten zusammen und sieht in etwa folgendermaßen aus:

In einem technisch fortgeschrittenen Betrieb kann z.B. in 4 Std. das Arbeitsergebnis erzeugt werden, dessen Erstellung mit einer herkömmlichen Produktionstechnik durchschnittlich 6 Std. benötigt. In diesem Fall kann der Unternehmer mit einer fortschrittlichen Produktionstechnik einen ***EXTRAGEWINN*** erwirtschaften, von dem er theoretisch sogar einen Teil an seine Arbeiter weitergeben könnte, ohne selbst Schaden zu nehmen.

Bleibt die Länge des Arbeitstages in den fortschrittlichen Produktionsstätten auf ihrem alten Wert, nimmt die Menge der in diesen Arbeitsstätten hergestellten Güter und Waren zu, so daß es durch diese Produktivitätserhöhung auf dem Markt zwangsläufig zu einem Überangebot kommt. Durch das entstehende Überangebot fallen die Preise dieser Güter und Waren. Hierdurch sind die Unternehmer, die mit veralteten Maschinen arbeiten, durch ihre mangelnde Modernisierung und umständlicheren Produktionstechniken einem höheren Konkurrenzdruck ausgesetzt, weil deren Produktionskosten höher liegen. Die notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der Güter und Waren ist in den veralteten Betrieben höher, so daß zwangsläufig die Angebotspreise zur Deckung der Unkosten und zur Bezahlung der Arbeitskräfte höher ausfallen müssen! Mit den fallenden Angebotspreisen werden die Unternehmer mit veralteten Produktionsmaschinen vom Markt verdrängt, weil sie die ersten sind, die durch ihre höheren Unkosten keine Gewinne mehr erzielen können und somit gezwungen sind, wegen der entstehenden Verluste in den Konkurs zu gehen.

Um nicht durch mangelnde Modernisierung vom Markt gedrängt zu werden, sind die Unternehmer gehalten, einen Teil ihrer erzielten Gewinne zur Erweiterung, Verbesserung und Modernisierung ihres Kapitalstocks wieder in ihm zu investieren. Somit entsteht durch die fortschreitende Technik ein verschärfter Konkurrenzdruck, der das bewußte Interesse wachruft, selbst zu modernisieren, um nicht vom Markt gedrängt zu werden. Diese Überlegung führt bei allen Unternehmen zu einem mehr oder minder schnellen Modernisierungswettlauf, mit dem sie ihre Marktanteile sichern und auszubauen versuchen.

In dem Augenblick aber, wo generell eine neue Technik eingeführt wurde, werden die so erzeugten Güter und Waren insgesamt billiger. Damit geht der Extragewinn der Modernisierungsvorreiter regelmäßig wieder verloren. Trotzdem

bleibt den Unternehmen durch die generelle Modernisierung ein Gewinn. Dieser liegt in der weiterhin bestehenden Verbilligung der Güter und Waren versteckt.

Diese Verbilligung ist für die kapitalistischen Unternehmer insgesamt ein Vorteil, wenn es sich hierbei um Produkte handelt, die in den Warenkorb der Arbeiterfamilien eingehen. In einem solchen Fall ist die "notwendige Arbeitszeit " verkürzt, so daß bei einer gleichbleibenden Länge des Arbeitstages die Mehrarbeitsrate oder Ausbeutungsrate (das Verhältnis zwischen notwendiger und geleisteter Arbeit) erhöht wird. Marx spricht in einem solchen technologisch bedingten Fall vom ***RELATIVEN MEHRWERT***.

Dieser Technik bedingte "relative Mehrwert" führt natürlich zu einer weiteren Erhöhung der Überproduktion von Gütern und Waren und verursacht eine weitere Verschärfung des Konkurrenz- und Verdrängungskampfes der Unternehmen auf dem Markt.

Gleichzeitig erzeugt dieser Verdrängungskampf - durch den Wegfall verschiedener am Konkurrenzkampf beteiligter Produzenten und Anbieter - eine Absenkung des Angebotes, womit sich Angebot und Nachfrage auf dem Markt - bei sinkenden Preisen und BLEIBENDER Konkurrenz - immer selbsttätig regulieren! Der Haken hierbei ist natürlich die **ABNAHME der KONKURRENTEN**, was zwangsläufig - durch die verschiedenen Verdienstspannen und den unterschiedlichen Ausbeutungsgrad - zu einer Monopolisierung des Marktes führt. Durch die verschiedenen Verdienstspannen wird die Kapitalkraft der einzelnen Unternehmen für den Verdrängungskampf unterschiedlich stark anwachsen. Es entstehen kapitalkräftigere Großunternehmer und mit diesen das ***Geldbürgertum***!

Somit verschärft sich die allgemeine Marktlage des Konkurrenz- und Verdrängungskampfes um eine weitere Stufe.
<u>Ein Großunternehmer kann - jedenfalls vorübergehend - auf die durchschnittliche Profitrate verzichten, um so die kleineren Unternehmen durch Niedrigpreise auszuschalten. Dadurch übernimmt er deren Marktanteile, womit er deren Mehrwertanteil am Markt kassiert, so daß durch den Zugewinn an Marktanteilen seine Gewinne steigen!</u>
Zudem bleibt die Gewinnmasse des Großunternehmers auch bei verringerter prozentualer Gewinnrate pro verkauftes Einzelstück - durch gefallene Preise - ausreichend groß, so daß die Erweiterung der Produktion und der eigene Konsum sichergestellt werden kann, weil jetzt durch die Masse der umgesetzten Güter die Gewinne erzielt werden.
Auf diese Weise kommt neben der Ansammlung (***Akkumulation***) die **Konzentration des Kapitals** zustande. Somit führt die kostengünstigere Produktion der großen Anbieter und deren wachsende Kapitalmacht im Zuge der Kapitalansammlung zur zunehmenden Konzentration der Produktionsmittel, da die kleine-

ren Anbieter durch mangelnde Konkurrenzfähigkeit vom Markt gedrängt werden.

Dieser Wirtschaftsmechanismus des klassischen Kapitalismus führt im Rahmen der Marktwirtschaft zwangsläufig zu monopolisierten Märkten, Alleinanbietern, Preisdiktaten und zur wirtschaftlichen Alleinherrschaft über Markt und Gesellschaft. Der Wirtschaftsmechanismus von Angebot und Nachfrage - als Preis- und Produktionsregulator - wird durch die selbsttätig wirkende Kapitalzentralisation ausgehebelt. Mit ihr entsteht eine ungeheuere zentralisierte wirtschaftspolitische Kapitalmacht, der alle Gesellschaftsebenen durch ihren Mangel am tauschbaren Eigentum zunehmend ausgeliefert sind.
Es entsteht der **MONOPOLKAPITALISMUS**, der mit PREISDIKTATEN und mit seiner wachsenden wirtschaftlichen Macht - im Rahmen einer von ihm bestimmten **PLANWIRTSCHAFT** - über die gesamte Gesellschaft herrscht!

Diesen wirkenden Mechanismus des Konkurrenz- und Verdrängungskampfes erkannte natürlich auch das ***Geldbürgertum***. Vor allem sah es in ihm die stets wirkende Gefahr, selbst in die Klasse der Besitzlosen abgedrängt zu werden und dann selbst für andere arbeiten zu müssen. Die Antwort auf diesen Marktverdrängungsmechanismus erfolgte postwendend. Das Geldbürgertum bildete "nach Machiavellis Anleitung" **MARKTHERRSCHAFTSBÜNDNISSE** und begegnete somit den durch den Verdrängungskampf entstehenden Monopolisierungsmechanismus des Kapitals zu einem Unternehmen. Ihre Absicht ist es, ihr Kapital durch **Kartelle** und Kapital-, Aktien- und Konzernvernetzungen so zu verflechten, daß das Herausdrängen eines Kapitaleigentümers durch die Eigentumsverflechtung unmöglich wird. Somit schlossen sie sich wie Wölfe zu einem Rudel zusammen, teilten sich den Markt auf und beuten nun gemeinsam die Arbeitsleistung fremder Menschen aus, ohne Gefahr zu laufen, sich durch Marktkonkurrenz gegenseitig auszustechen und auszuschalten. Durch diesen Zusammenschluß bilden diese Unternehmer eine neue Gesellschaft, die nun als Oberschicht durch wirtschaftspolitische Marktabsprachen den "Rest der Gesellschaft" beherrscht. Dies ist nun der ***MONOPOLKAPITALISMUS durch Kartellbildung*** und sein Entstehungsmechanismus im Kapitalismus.

In der Erkenntnis der Richtigkeit dieses von Marx erstmalig beschriebenen und bewiesenen Monopolisierungsmechanismus richteten die liberalen Kräfte in der BRD nach dem 2.Weltkrieg ein Kartellamt ein, das diesen Monopolisierungsprozeß verhindern und für ein Gleichgewicht der auf dem Markt herrschenden Kräfte sorgen sollte. Dieses Anliegen wurde jedoch durch die weltweite Kartellbildung unterlaufen, so daß es meiner Ansicht nach auf der weltpolitischen Bühne schon seit langem den "Monopolkapitalismus durch Kartellbildung" gibt oder zumindest schon in großen Ansätzen errichtet wurde. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Kapitalvernetzung der Deutschen und Japanischen Au-

tomobilindustrie, der Chemischen Industrie oder anderer multinationaler Konzerne wie z. B. AT&T, die insgesamt nur noch sehr geringe Spielräume für den Mittelstand in bezug auf Güterverteilung und -versorgung offen lassen.

Zur Überprüfung dieses Zusammenhanges kann ich jedem das Überarbeiten des Buches, "Wer gehört zu wem", Commerzbank, 1981, empfehlen.

1.2.5.0.1. Akkumulation und Monopolbildung

Der Spiegel; 19/91; S.132 f.; 37/92; S.141 --> I

Akkumulation und Monopolbildung

Banken kaufen Maklergesellschaften

und

bilden Marktmonopole.

Immobilien

Soviel wie möglich

Die Makler klagen über unerwünschte Konkurrenz: Banken drängen verstärkt ins Immobiliengeschäft.

Auf den „Ersten gesamtdeutschen Maklertag", diese Woche in Berlin, hatte Hans Eberhardt Naumann große Hoffnungen gesetzt. Dort wollte der Wiesbadener Makler den ostdeutschen Kollegen seine Firma Aufina vorstellen, „den größten Verbund selbständiger Immobilienberater" in Deutschland.

Daraus wird wohl nichts werden. Die Aufina könne an der Ausstellung leider nicht teilnehmen, schrieb der Ring Deutscher Makler (RDM) an Naumann – es müßten „die berechtigten Interessen eines Sponsors berücksichtigt" werden.

Naumann hat den Sponsor schnell erkannt: Die Deutsche Bank habe „den Maklertag gekauft", so sagt er, um unliebsame Konkurrenz auszuschalten. Die Nummer eins der Banken nämlich ist zugleich einer der größten Makler. Die Aufina kooperiert mit der Commerzbank.

•
•
•

Wer eine Immobilie kauft, braucht ja nicht nur den Vermittler. Er muß das Haus zumeist auch finanzieren, er muß sich und das neue Heim versichern. Mit allen dazugehörigen Nebengeschäften lassen sich leicht Provisionen von zwölf Prozent und mehr erzielen.

•
•
•

Das Ziel der Deutschen Bank auf dem Berliner Maklertag hat Naumann klar ausgemacht: „Die Bank will mit der Werbeveranstaltung weitere Makler aufkaufen." ◀

Der Spiegel; 19/91; S.132 f.

Banken

Solide Mehrheit

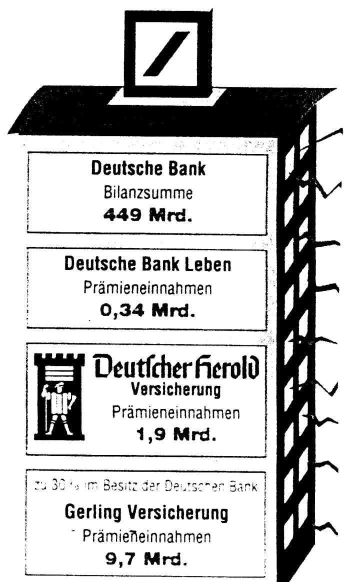
Die Deutsche Bank steigt immer stärker ins Versicherungsgeschäft ein, die Allianz bekommt einen mächtigen Gegner.

•
•
•

Ganz einfach waren die Verhandlungen nicht. Seit Anfang des Jahres feilschte Krupp mit Herold-Chef Hans Dieter Ritterbex über die Konditionen.

Die Deutsche Bank kauft zunächst 28 Prozent des Kapitals aus dem Kreis der 20 Familienaktionäre für schätzungsweise 200 Millionen Mark. Anschließend stockt das Geldhaus das Herold-Kapital von 20 auf 36 Millionen Mark auf. Dann besitzt die Deutsche Bank eine solide Mehrheit von annähernd 60 Prozent an der Bonner Assekuranzfirma.

Der Kaufpreis, insgesamt rund 400 Millionen Mark, gilt als ausgesprochen preiswert in der Branche. Doch den Familien ging es nicht nur ums Geld. 1993 können ausländische Versicherer, ohne lästige Zulassungen hiesiger Ämter, in Deutschland Kunden werben. Der Wettbewerb wird sich dann erheblich verschärfen, viele kleine Versicherer werden ihn nicht überleben. ...



Der Spiegel; 37/92; S.141

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

I

Der Spiegel; 44/89; S.151 ff. --> II

Nachweis Kartellkapitalismus

Im Griff des Syndikats

Wie der südafrikanische Konzern De Beers Angebot, Nachfrage und Preise der Edelsteine manipuliert

De Beers hat die Diamanten-Welt mit einem verwirrenden Netz von Firmenbeteiligungen überzogen. Ob in Südafrika, Botswana, Zaire oder Australien, an allen bedeutenden Förderstätten der westlichen Welt gräbt De Beers mit. De Beers unterhält Holding-, Handels- und Finanzierungsgesellschaften, aber auch Briefkastenfirmen in der Schweiz und in Liechtenstein, in Luxemburg und auf den Bermudas.

Die wirklichen Eigentümer, die De Beers, verschwinden meist hinter phantasievollen Firmennamen. Ein weltweites Geflecht freundschaftlicher und familiärer Beziehungen stützt die Vorherrschaft des Diamanten-Monopols ab.

„Wenn ich von Kontrolle spreche", sagte Firmenpatriarch Harry F. Oppenheimer über die subtile Strategie, „meine ich damit nicht notwendigerweise eine Kapitalmehrheit von 51 Prozent." Soll heißen: Es kommt auf die richtigen Leute und auf die richtigen Verbindungen an.

•
•
•

De Beers bestimmt darüber, wie viele Rohdiamanten welcher Qualität die Händler überhaupt kaufen können. De Beers reguliert auf diese Weise alle Preise jener Steinchen, die später dann kunstvoll geschliffen und poliert an einem Ring, Ohrgehänge, Halsband, Diadem oder einer Brosche funkeln sollen.

Der Kanal, durch den die wertvolle Rohware gelenkt wird, heißt Central Selling Organisation (CSO). Sie ist der verlängerte Arm der Diamond Trading Company, die, von De Beers kontrolliert, wie eine Spinne im Zentrum des Netzes sitzt.

Die Trading Company kauft den größten Teil der Produktion in aller Welt auf, teilt den Bergbaugesellschaften Förderquoten zu und steuert den Absatz über die CSO. Das Unternehmen hat in Londons Charterhouse Street seinen Sitz, Tür an Tür mit De Beers' England-Ableger.

Hierher lädt die CSO alle fünf Wochen die Händler zum Ritual der sogenannten sights (zu deutsch etwa: Inaugenscheinnahme) ein. Sie kommen von überall her, vornehmlich aus Antwerpen, Tel Aviv, New York und Bombay, den bedeutendsten Weiterverkaufs- und Bearbeitungszentren der Welt.

Wer zu diesem kleinen Kreis der Händler gehört, darf sich „sightholder" nennen, ein Privileg, das die CSO derzeit nur 150 Diamanten-Einkäufern zugestanden hat.

Es ist nicht einfach, Sightholder zu werden. Nur wer das Vertrauen eines der fünf Makler (broker) gewinnt, die in Diensten der CSO stehen, kann hoffen, in den elitären Zirkel aufgenommen zu werden:

•
•
•

Die Spielregeln von De Beers hat Sir Ernest Oppenheimer vor rund 60 Jahren in einem vertraulichen Papier formuliert. Dort heißt es: „Der wichtigste Teil des Diamanten-Geschäfts besteht ganz klar darin, die Produktion zu kontrollieren und den Verkauf über nur einen Kanal zu sichern."

Eine solche Strategie verträgt keine Öffentlichkeit. „Um Himmels willen", formulierte Oppenheimers Kollege Sir David Harris, „verschweigt gegenüber den Zeitungen und dem Parlament die Menge der Diamanten, die gefördert werden könnte."

An diesen Leitsätzen hielt De Beers stets fest.

•
•
•

Im Juni 1981 kündigte Zaire seinen Vertrag mit der von De Beers beherrschten Diamond Trading Company. Die staatlichen Minen verkauften ihre Steine – überwiegend niedriger Qualität – an freie Händler.

Die Antwort auf soviel Eigenwilligkeit ließ nicht lange auf sich warten. De Beers überflutete die Diamanten-Welt mit Billigsteinen aus den Beständen. Innerhalb von zwei Jahren sackten die Preise um zwei Drittel. Zaire kehrte reumütig ins Kartell zurück.

•
•
•

Vor zehn Jahren wurden in der Region von Argyle in West-Australien reiche Diamanten-Lagerstätten entdeckt. Das brachte Gefahr für De Beers. Die Australier, die schon bald der Menge nach 30 bis 40 Prozent der Weltproduktion stellen würden, zeigten sich entschlossen, ihre Steine selbst zu vermarkten.

De Beers reagierte schnell. Der Konzern verfügt über vielfältige Beteiligungen an jenen Bergbaugesellschaften, die, über Tochterfirmen, ein Konsortium zur Ausbeute der Diamanten-Schätze in Australien bildeten. Mit diesen Verbindungen versuchten die Südafrikaner insgeheim, der CSO in London die alleinigen Verkaufsrechte zuzuschanzen.

De Beers hatte genügend Gewicht, um sich hinter den Kulissen die Verkaufsrechte für 95 Prozent der Schmuckdiamanten, die in Argyle gefördert werden, zu sichern.

Eine der Firmen, die De Beers halfen, letztlich doch noch die australische Konkurrenz einzufangen, war die Minenfinanzierungs- und Holdinggesellschaft Normandy Resources. Das Unternehmen ist typisch dafür, wie verschachtelt und unübersichtlich die Südafrikaner ihre Beteiligungen gestalten, um auf diese Weise im Hintergrund zu bleiben.

Die Oppenheimer-Gruppe hielt Anfang dieses Jahres weniger als zehn Prozent der Anteile an Normandy. Weitere knapp 19 Prozent der Anteile gehörten einer britischen Firma namens Deldevco Ltd. Die wiederum wurde gegründet von Maitland & Co., einer Gesellschaft, die auf der englischen Kanal-Insel Guernsey registriert ist. Sie wird von den südafrikanischen Anwälten Webber, Wentzel geführt. Die Juristen sind Anwälte des Oppenheimer-Konglomerats. Maitland & Co. leitet und verwaltet Oppenheimer-Firmen und -Stiftungen auf Guernsey

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

II

Der Spiegel; 27/89; S.74 --> III

und in anderen Steueroasen.

Des weiteren sind drei niederländische Firmen mit gut 13 Prozent an Normandy beteiligt, die ihrerseits über Firmen in der Schweiz und auf den niederländischen Antillen mit Maitland verknüpft sind.

Wer das Geld gibt, der bestimmt die Personalpolitik. Normandy wird von dem australischen Minenfinanzier Robert James Champion de Crespigny, 38, geführt. Der „Champion" soll enge persönliche Beziehungen zu Oppenheimer haben. Es fügt sich für die südafrikanische Familie gut, daß de Crespigny auch noch 19 Prozent der australischen Bergbaugesellschaft Poseidon Ltd. kontrolliert.

•
•
•

Selbst die Volksrepublik Angola schloß unlängst ein Kooperationsabkommen mit den Erzkapitalisten. Sobald Angolas Diamantenproduktion wieder hochgefahren ist, soll De Beers die exklusiven Vertriebsrechte bekommen.

Mit offenbar untrüglichem Instinkt witterte Diamanten-Boß Oppenheimer frühzeitig jede Bedrohung, die dem Kartell irgendwo auf der Welt erwachsen könnte. Mitte der fünfziger Jahre wurden in der Sowjetunion die ersten bedeutenden Lagerstätten entdeckt, 1958 nahm in Sibirien die erste Mine die Produktion auf. Harry Oppenheimer zögerte nicht lange. Er schickte seinen Vetter Sir Philip Oppenheimer nach Moskau.

Zur Überraschung aller Eingeweihten gelang es dem Emissär, die Sowjets zu überreden, sich dem Syndikat zu unterwerfen. Moskau stimmte zu, alle für den Export in den Westen bestimmten Diamanten allein über die Central Selling Organisation zu verkaufen, obwohl die Sowjets schon 1957 die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen hatten.

•
•
•

Offiziell hielt diese „Moskau-Connection" nicht lange. Nach dem Massaker südafrikanischer Sicherheitskräfte an den schwarzen Slumbewohnern von Sharpeville 1960 wollten die Sowjets mit dem Konzern in dem rassistischen Staat nicht mehr in Verbindung gebracht werden. Auch die Bestrebungen der Kommunisten, in Schwarzafrika politischen Einfluß zu gewinnen, standen dem entgegen. Moskau und De Beers gaben vor, ihr Diamanten-Abkommen begraben zu haben.

In Wahrheit aber, meint der amerikanische Diamanten-Experte Kurt Campbell, „ist der Vertrag nie gebrochen, sondern nur in sehr viel geheimerer und komplizierterer Weise fortgeführt worden".

•
•
•

Wahre Schleiertänze vollführt das Syndikat, um die Zahlen über die Handelsströme in den Statistiken zu verwischen. Aus sowjetischen Minen kam 1980 etwa ein Viertel der Weltproduktion, derzeit etwa ein Achtel. Unklar bleibt, wieviel die CSO den Sowjets abkauft und wieviel sie für die Steine bezahlt.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten des Geschäfts, daß die britische Regierung die Zahlen über die Einfuhr sowjetischer Diamanten seit Mitte der siebziger Jahre für „classified", also geheim, erklärt hat. In jener Zeit stieg die Diamanten-Förderung der Sowjets dramatisch an. • • •

Sonderbares kommt jedenfalls beim Blick in die Statistiken zutage: Die Schweiz führt Großbritannien als das Land auf, aus dem sie die meisten Diamanten importiert. Die Zahlen des Londoner Handelsministeriums dagegen zeigen, daß die Schweiz der größte Diamanten-Exporteur nach Großbritannien ist. Die britischen Exportziffern für die Schweiz weichen gelegentlich von den Schweizer Importzahlen um 1000 Prozent ab.

•
•
•

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Rund um den Erdball prüfen Agenten des Konzerns regelmäßig die Bücher ihrer Kunden, analysieren Ein- und Ausfuhrziffern der Zollbehörden. Jeder Kauf oder Verkauf von Diamanten wird sorgsam registriert und in Datenbanken gespeichert.

Dossiers, die De Beers über die Diamantaires von Bombay bis Tel Aviv, von Antwerpen bis New York angelegt hat, geben Auskunft über deren Bonität und Stärke in der Welt der Edelsteine.

De Beers weiß zu jedem Zeitpunkt, wo wie viele Diamanten welcher Qualität in der Versorgungs-Pipeline stecken. Dem Unternehmen entgeht es nicht, wenn Schleifer versuchen, insgeheim eigene Vorratslager aufzubauen. De Beers kennt genau die Verarbeitungskapazitäten, weiß, wie hoch der Bedarf für jede Diamanten-Sorte ist.

Vom Groß- bis zum Einzelhändler, vom Juwelier bis zum Kaufhaus, das Auge des Großen Bruders wacht überall. „Ein paar Telefonate rund um den Globus genügen, und wir wissen über alles Bescheid", berichtet Roger van Eeghen, Manager im De-Beers-Konzern.

Das Kartell verdient prächtig, und es fühlt sich voll verantwortlich für den Verkauf von Diamanten. Mit aufwendigen Werbekampagnen fördern die Oppenheimer den Absatz der wertvollen Steine.

Allein im vorigen Jahr gab die Central Selling Organisation fast 150 Millionen Dollar aus, um mit Anzeigen und TV-Spots Wall-Street-Millionäre wie kleine Versicherungsangestellte zum Kauf zu reizen.

De Beers versteht es meisterhaft, mit dem teuren Stein die Illusion von Liebe, Romantik und Sex zu verkaufen. Wohl kaum ein Werbeslogan hat sich so bewährt wie der, den 1938 die New Yorker Agentur Ayer Inc. erfand: „A Diamond is forever" – ein Diamant ist unvergänglich.

Keine noch so geschickte Werbekampagne allerdings konnte den Diamanten so populär machen wie Marilyn Monroe mit dem Song, den sie 1953 in dem Film „Blondinen bevorzugt" sang: „Diamonds are a girl's best friends" – Diamanten sind die besten Freunde der Mädchen.

Der Spiegel; 44/89; S.151 ff.

WETTBEWERB

Besonders clever

Europas Zementhersteller wurden bei Absprachen erwischt, Brüssel verhängt Bußgelder.

Einige hatten Angelruten dabei, andere waren zum Wandern gerüstet. Doch wenn die Männer beisammensaßen, dann drehte sich alles nur um Zement.

Es waren Manager aus fast allen europäischen Ländern, die sich im Mai in Island – scheinbar zum Urlaubsvergnügen – zusammenfanden. Fernab von den Orten des Geschehens beratschlagten Spitzenkräfte aus der europäischen Zementindustrie, wie sie sich aus einer bösen Klemme winden könnten.

Fahnder der europäischen Kartellbehörde in Brüssel hatten kurz zuvor zehn Zementunternehmen aus vier Ländern

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

III

Der Spiegel; 42/92; S.166 ff. --> IV

durchsucht. Branchenriesen wie die deutschen Konzerne Heidelberger Zement, Dyckerhoff und Schwenk, die französische Nummer eins Lafarge Coppée oder die Italcementi stehen in dem Verdacht, über Jahre hinweg die Hälfte des EG-Zementmarktes im Volumen von zwölf Milliarden Mark unter sich aufgeteilt zu haben.

Auf neutralem Boden in Island setzten sich die Zementmanager gegenseitig darüber ins Bild, was die Euro-Fahnder bei ihren Durchsuchungen in den einzelnen Firmen gefunden hatten. Die Kollegen aus den drei verdächtigten französischen Zementfabriken berichteten, die Kartellbeamten hätten haufenweise Akten über Preis- und Mengenstatistiken photokopiert und abgeschleppt.

In Deutschland hatten die EG-Fahnder bei Heidelberger Zement Erfolg. Im Büro des abwesenden Konzernchefs Peter Schuhmacher stießen sie auf einen Brief von Lafarge Coppée. Die französischen Freunde bestätigen darin eine von Schuhmacher vorgeschlagene Mauschelei.

Danach verpflichteten sich die beiden Konzerne, einander in den von ihnen beherrschten Absatzregionen nicht ins Gehege zu kommen. Die Heidelberger wollten nicht westlich des Mittelrheins auf französisches Terrain vordringen. Die Franzosen versprachen, die Vormachtstellung der Heidelberger im süddeutschen Raum zu respektieren.



Für Schuhmacher ist es besonders ärgerlich, daß gerade er entscheidendes Belastungsmaterial beigesteuert hat. Der 58jährige Vorstandsvorsitzende gilt unter seinen Kollegen als ein erfahrener Kartellhase. Allerdings ist er auch schon aufgefallen.

Erst vor einigen Wochen nämlich hat Heidelberger Zement vom Bundeskartellamt einen Bußgeldbescheid wegen langjähriger Preis- und Mengenabsprachen in der Bundesrepublik erhalten. Schuhmacher, der als Doppelpräsident zweier Bundesverbände (Steine und Erden sowie Zement) mächtigster Mann der Branche ist, hatte in Süddeutschland einen Absprachering organisiert.

Monatlich meldeten die Wettbewerbssünder ihre jeweiligen Verkaufszahlen nach Heidelberg. Wer mehr absetzte, als ihm an Marktanteilen zugeteilt worden war, wurde von der Zementzentrale abgemahnt.

Ehe das Kartellamt das Schreiben nach Heidelberg verschickte, schrieb Präsident Wolfgang Kartte noch an den Chef der Dresdner Bank, Wolfgang Röller. „Kartellordnungswidrigkeiten", mahnte Kartte den Aufsichtsratsvorsitzenden von Heidelberger Zement, seien keine „Kavaliersdelikte".



Bußgelder aus dem versteuerten Gewinn zu zahlen sind, werden die Aktionäre nicht ungeschoren davonkommen, die Dividende wird wohl gekürzt. Betroffen ist auch die Dresdner Bank mit über 25 Prozent Heidelberger-Aktien.

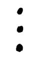
Der Spiegel; 27/89; S.74

Kartelle

Goldene Regel

So dreist und so einträglich wie die europäische Zementindustrie hat selten eine Branche ihren Markt abgeschottet.

Nach gut dreijährigen Ermittlungen hat Ehlermanns Direktion das größte Kartellverfahren in der EG abgeschlossen. 76 europäische Zementproduzenten, fast die gesamte Branche, stehen im Verdacht, ein illegales Kartell gebildet zu haben. Mit einem ausgefuchsten System gegenseitiger Absprachen sollen die Kungelbrüder bis zu drei Viertel des Marktes, rund 15 Milliarden Mark, unter sich aufgeteilt haben.



„Alles deutet darauf hin", heißt es in der Schrift, „daß die früheren Vereinbarungen im wesentlichen noch heute angewendet werden.

Belangt werden die Großen der Branche: Heidelberger Zement, Schwenk und Dyckerhoff sowie Lafarge aus Frankreich, Italcementi, Blue Circle aus England und Holderbank, eine Firma der Schweizer Schmidheiny-Gruppe. Sie sollen für die Absprachen verantwortlich sein.

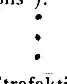
Schaltzentrale des deutschen Zementrings war die Schwenk/Heidelberger-Gruppe. Dort war ein nahezu lückenloses „Informationsaustauschsystem" installiert. Vorstandsmitglied von Glass wachte über die strikte Einhaltung der zugeteilten Quoten. Wenn ein Hersteller sichtbar zuviel Zement absetzte, wurde ihm ein Kunde entzogen.

Das geschah in der Regel alles telefonisch. Das Informationssystem, so die EG-Beamten, habe „neben dem Mengenwettbewerb jedweden Preiswettbewerb ausgeschlossen".

Bei Schwenk in Ulm sowie bei Dyckerhoff in Wiesbaden fanden die Fahnder ein Bündel von Dokumenten, fein säuberlich verpackt und versiegelt. Die Papiere belegen die Rolle, die Dyckerhoff-Vorstandsmitglied Jürgen Lose in dem Kartell spielte. Der Manager, nebenberuflich Präsident des deutschen Zementverbandes, war der Kontaktmann zu den Kollegen im Ausland.

Lose vertrat die Deutschen bei den Treffs der europäischen Zement-Clique. Dabei gingen die Herren so konspirativ vor, daß sie sich als Angler oder Wanderer getarnt in Island trafen.

Die Unterhändler hatten nach Erkenntnissen der Ermittler sogar eine Kampftruppe zusammengestellt, die abtrünnige Konkurrenten wieder „zur Räson", so eine interne Aufzeichnung, bringen sollte. Diese sogenannte taskforce maßregelte nach der Methode Zuckerbrot („carrot actions") und Peitsche („stick actions").



Wie solche Strafaktionen ablaufen, zeigt die Lösung der „griechischen Bedrohung" (klubinterner Vermerk), nach Ansicht der EG-Direktion „der flagranteste und gravierendste Fall" einer Strafmission.

Ende der achtziger Jahre begannen die Griechen, aus ihren überdimensionierten Zementfabriken billigen Zement nach England zu verschiffen. Dort sind die Zementpreise am höchsten.

Dagegen ging die Zunft mit aller Macht vor. In allen Mitgliedsländern übte sie massiven Druck auf die Kundschaft, vorwiegend Betonhersteller, aus, den griechischen Zement nicht anzunehmen.

Über befreundete Banken wurden die Reedereien zum Boykott der Griechen aufgefordert. Schließlich verabredeten die Kartellfirmen, selbst Zement zu

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

IV

Der Spiegel; 04/91; S.173 ff. --> V

Dumpingpreisen nach Griechenland zu exportieren.

Die widerborstigen Konkurrenten lenkten ein. Zur Belohnung organisierte der Klub den Export der überschüssigen Griechen-Tonnage in die USA – allerdings zu Niedrigstpreisen.

Da die britischen Zementfabriken den heimischen Bedarf nicht decken konnten, sprangen ihnen die Kollegen vom Kontinent bei – zu den alten Hochpreisen. Die heile Kartellwelt war schnell wiederhergestellt.

Auch bei ihrem Kampf gegen die lästige Konkurrenz aus dem Osten wollen sich die Kartellbrüder nicht allein auf die unsichere Hilfe der Politiker verlassen. Sie wollen den Fall nun selbst lösen und die Firmen einfach kaufen.

Verhandlungen mit polnischen Zementwerken werden schon geführt. Holderbank, Lafarge, die belgische Lhoist und Heidelberger Zement sind auch in der Tschechoslowakei aktiv. Der Vertrag zur Übernahme größerer Zementfabriken des Landes steht kurz vor dem Abschluß.

Mit derselben Methode war das Kartell schon in Ungarn erfolgreich. Dort hatten Schwenk und Heidelberger Zement einige Konkurrenten aufgekauft. Seither gibt es in Süddeutschland kaum noch Billigzement aus Ungarn.

Der Spiegel; 42/92; S.166 ff.

„Die brauchen ihr Chaos"

Einige wenige Industriefürsten beherrschen Italiens Wirtschaft, der Staat spielt eine klägliche Rolle, und in zukunftsträchtigen Branchen sind die Italiener kaum noch vertreten. Ohne grundlegende Reformen, meinen kritische Beobachter, könne das Land mit seinem Steinzeit-Kapitalismus international nicht mehr mithalten.

Aus der prächtigen Villa d'Este am Comersee, in der sich alljährlich im September die mächtigsten Männer der italienischen Wirtschaft zur Lagebetrachtung versammeln, drangen Drohworte.

„Schluß jetzt", sagte Cesare Romiti, Fiats oberster Manager. Eine Regierung, die der wirtschaftlichen Probleme nicht Herr werde, müsse ausgewechselt werden – möglichst umgehend.

„Wir sollten unsere Produktion alle ins Ausland verlegen", rief Ernesto Gismondi, Vizechef des italienischen Industriellenverbandes. Franco Luxardo, ein bekannter Likörfabrikant, wurde ebenfalls deutlich: „Von uns bekommen die Parteien keine Lira mehr."

Jahrzehntelang haben die Herren der italienischen Industrie von der Willfährigkeit der Politiker profitiert, die sie heute anklagen. Aber die von der Politik gesetzten Bedingungen, unter denen sie heute wirtschaften, gefallen ihnen längst nicht mehr.

•
•
•

Und schließlich, alles beherrschend, die entscheidende Besonderheit: Die italienische Wirtschaft wird weitgehend beherrscht durch einen kleinen Trupp von Wirtschaftsfürsten, die an der Spitze von marktbeherrschenden Familienunternehmen wie Fiat oder Pirelli stehen.

„Steinzeit-Kapitalismus" nennt De Benedetti diese wirtschaftliche Oligarchie. Und obwohl die Oligarchen sich heute polemisch von den Politikern absetzen, als hätten sie überhaupt nichts zu tun mit dem trostlosen Bild der italienischen Wirtschaft, sind nach wie vor Wirtschaft und Politik auf eine filzig-parasitäre Weise eng verbunden.

Diese Verflechtung hat bisher immer verhindert, daß Gesetze erlassen werden, die den Wirtschaftsführern nicht passen. Erst seit vergangenem Herbst beispielsweise gibt es in Italien ein Anti-Kartell-Gesetz. Es tut niemandem weh.

•
•
•

Hoch über allen thront die übermächtige Figur Gianni Agnellis, 70, der das Fiat-Imperium beherrscht. Die Autos – Umsatz 37,4 Milliarden Mark jährlich – sind nur ein Teil davon. Zum Agnelli-Reich gehören Finanzierungs- und Versicherungsgesellschaften, Ladenketten, Chemie- und Luftfahrtunternehmen.

In jüngerer Zeit sind neben Agnelli Männer wie der Multi-Unternehmer Silvio Berlusconi, 54, aufgestiegen. „Sua Emittenza" betrat die italienische Szene in den wilden achtziger Jahren und wurde gleichsam über Nacht zum reichsten Mann Italiens. Berlusconi, der als Bauunternehmer anfing, besitzt jetzt den größten Teil des italienischen Privatfernsehens, Versicherungs- und Finanzierungsgesellschaften, die große italienische Kaufhauskette Standa und den Fußballverein AC Mailand.

Im gleichen Jahrzehnt wie Berlusconi drängte Carlo De Benedetti, 56, nach vorn. Aus dem biederen Schreibmaschinenhersteller Olivetti baute der „Ingegnere" (Ingenieur) einen Elektronik-Giganten, der inzwischen Teil einer weltweiten Holdinggesellschaft ist.

Zum „Ala nobile", dem vornehmen Flügel der italienischen Wirtschaft, gehört auch Leopoldo Pirelli, 66, der Reifenkönig, dessen weitverzweigter, über zahlreiche Branchen verteilter Konzern 143 Fabriken in 17 Ländern umfaßt.

Der fünfte unter den Mächtigen ist Arturo Ferruzzi. Er leitet einen Agro- und Chemiekonzern, der sich ganz im Besitz seiner Familie befindet.

Mehr sind im „Salotto buono", in der guten Stube der italienischen Industrie, nicht zu finden. Die Macht in der italienischen Wirtschaft ist eindeutig personifiziert.

Zur Finanzierung ihrer Geschäfte steht den Mitgliedern der guten Stube

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

V

stets eine Bank besonders zu Diensten, die Mailänder Mediobanca. Das Institut gilt zwar als eine Staatsbank, ist in Wahrheit aber eine hochkomplizierte, verschachtelte Organisation aus Holding- und Finanzierungsgesellschaften, die am Ende von Fiat kontrolliert wird.

Die Mediobanca verschafft ihren bevorzugten Großkunden Kredite zu außerordentlich günstigen Konditionen, sie rückt auch schon mal Geld heraus, das vorsichtige Bankiers nach normalen bankwirtschaftlichen Grundsätzen verweigert hätten.

Völlig einmalig im Kreis der westlichen Demokratien aber ist der Umstand, daß in Italien den wenigen Herrschern der Industrie auch fast die gesamte italienische Presse gehört. Als Besitzer der Turiner *Stampa* zeichnet Gianni Agnelli, zu dessen Reich auch der Mailänder *Corriere della Sera* gehört.

Die römische *La Repubblica*, gegründet Mitte der siebziger Jahre als Gegenbild einer von Wirtschaftsmächtigen geknebelten Presse, wurde ebenso wie die wichtigsten politischen Wochenzeitschriften *L'Espresso* und *Panorama* inzwischen dem Mondadori-Verlag eingegliedert. Der Verlag wird von Berlusconi und De Benedetti kontrolliert.

Entsprechend selten sind in der italienischen Presse Enthüllungsgeschichten aus der Wirtschaft. Das Machtverhältnis zwischen den Herren der Industrie, der Politik und der Presse drückte kürzlich unbefangen der oberste Mann im Staat, Präsident Francesco Cossiga, aus, als er öffentlich lamentierte: De Benedetti brauche doch nur den Telefonhörer aufzuheben, um die Angriffe gegen Cossiga in der *Repubblica* oder im *Espresso* zu stoppen.

⋮

Wo in Italien die Macht sitzt, hat gerade wieder ein Staatsbesucher vorgeführt.

Am ersten Tag seines Italien-Aufenthaltes im Juni speiste Mexikos Präsident Carlos Salinas bei Gianni Agnelli. Von dort aus begab er sich ins Olivetti-Hauptquartier Ivrea, um mit Carlo De Benedetti zu konferieren. Am Samstag darauf traf er sich in Treviso mit Luciano Benetton und feierte in Venedig mit Raul Gardini.

Erst am Montag schließlich wurde der Besuch politisch: Da schaute Salinas in Rom bei Staatspräsident Cossiga und Ministerpräsident Giulio Andreotti vorbei. ◄

Der Spiegel; 4/91; S.173 ff.

Mehr Filz, weniger Wettbewerb

Die Zahl der Fusionen nimmt zu, und vor allem steigt die Zahl der Milliarden-Deals. Schiere Größe ist auch in Europa zum Unternehmensziel geworden. Märkte und Marktanteile werden zugekauft. Die Konzerne sichern zudem ihre Macht durch Partnerschaften mit Konkurrenten ab – der Wettbewerb droht zu ersticken.

⋮

Marktanteile werden nicht mehr erobert, Marken nicht mehr aufgebaut – sie werden zugekauft. Schiere Größe ist das Unternehmensziel; jeder will ein „global player" sein, ein Unternehmen, das international mitmischt.

Das Fusionsfieber hat alle Branchen erfaßt und alle Unternehmensgrößen. Kleine Firmen suchen Schutz bei großen, und Konzerne verbünden sich gegen Konkurrenten aus Übersee.

Selbst feinste Bankadressen sind inzwischen zu haben. Der britische Bankriese Barclays übernahm das Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co. und plant den Zusammenschluß mit seinem Konkurrenten Midland Bank.

Der Bierkonzern Guinness kaufte den Weinbrenner Asbach. Giovanni Agnelli legte sich für seine Fiat-Gruppe den französischen Getränkekonzern Perrier zu. British Airways will mit der holländischen KLM zusammengehen.

Kaum eine Branche ist jedoch so verfilzt wie die Automobilindustrie. Die Folge ist eine weitere Konzentrationswelle – bei den Zulieferern.

Bei Autobatterien gibt es seit kurzem europaweit nur noch zwei gewichtige Anbieter. Die französische Ceac fusionierte mit der Batteriefabrik von Fiat, und beide zusammen verleibten sich die deutsche Firma Sonnenschein ein. Im Gegenzug vereinigten sich die Akku-Konkurrenten Varta und Bosch.

Auch Mannesmann, die Nummer 13 in der bundesdeutschen Industrie, fürchtet die Nachfragemacht der Einkäufer und stärkte seine Automobilsparte. Nach dem Kauf des Kupplungskonzerns Fichtel & Sachs übernahm der Düsseldorfer Konzern 1991 den führenden Stoßdämpferhersteller Boge und den Armaturenproduzenten VDO.

Das deutsche Kartellamt ist selbst bei solchen Großfusionen machtlos. Vergebens warnt dessen Präsident Wolfgang Kartte vor „nationalen oder europäischen Champions", die mit Milliardenbeträgen gedopt wurden.

Die übrigen Europäer sehen das anders. Franzosen, Holländer und vor allem die Südländer verspüren einen industriellen Nachholbedarf. Sie fördern die Machtausweitung ihrer Unternehmen mit allen Mitteln, vornehmlich mit Brüsseler Mitteln.

Die Industriepolitiker verweisen auf einen einflußreichen Fürsprecher – einen Deutschen. Der für Industriepolitik zuständige EG-Kommissar Martin Bangemann zeige sich allen Fusionsplänen gegenüber verständnisvoll. Größe ist gewollt, und die Großen werden immer größer. Immer öfter sind Europas führende Konzerne an den Firmenzusammenschlüssen beteiligt (siehe Grafik Seite 68). In Deutschland nimmt die Zahl der Fusionen ebenfalls zu. Auch hier steigt die Zahl der Milliarden-Transfers. Preussag kaufte Salzgitter, Krupp erwarb bei Hoesch die Mehrheit.

Mit jeder Großfusion stirbt ein Stück Wettbewerb. Doch der leidet nicht weniger, wenn Konzerne sich auf freundschaftliche Weise näherkommen.

In der Elektrobranche zum Beispiel kann es jeder mit jedem. Die gewaltigen Entwicklungskosten der Elektronik

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

VI

zwingen die Konkurrenten auf Teilgebieten zur Zusammenarbeit.

Siemens kooperiert mit fast allen größeren Anbietern in der Welt – von der AEG über IBM zu Matsushita. Ende November gewann der Multi aus München gegen ABB Asea die Übernahmeschlacht um die Mehrheit des tschechischen Kraftwerkbauers Škoda in Pilsen. Das hinderte die Gegner nicht, wenige Tage später den gemeinsamen Einstieg in den US-Markt zu verabreden.

Deutschlands größter Konzern, die Mercedes-AEG-MTU-Dornier-MBB-Gruppe, würde am liebsten mit Japans Mega-Konzern Mitsubishi ein enges Bündnis eingehen. Bislang halten die Japaner die Deutschen allerdings noch auf Distanz.

•
•
•

Europas größter Handelskonzern Metro ist im Umgang mit den Kartellwächtern besonders phantasievoll. Mit einem raffinierten Beteiligungsmodell unterläuft der Riese die deutschen Kartellgesetze. Vor wenigen Wochen sicherte er sich über seine Tochterfirma Kaufhof den Warenhaus-Konzern Horten.

Der nächste Coup ist längst geplant: der Einstieg des Kaufhof beim Touristik-Konzern TUI. Nach der Verschmelzung mit der konzerneigenen Reisetochter ITS wäre die Metro auch in diesem Sektor in Europa mit Abstand die Nummer eins.

Die deutsche Einheit treibt den Konzentrationsprozeß an. „Die Großen", so Kartellamtschef Kartte, „haben drüben bereits alles plattgemacht."

Von der Allianz bis zur Zeiss-Stiftung haben die westdeutschen Marktführer im Osten der Republik ihre Positionen abgesteckt. Vielen wurde der Eroberungsfeldzug besonders leichtgemacht.

Mit Unbehagen beobachten die Kartellbehörden seit Jahren, wie die Elektrizitätskonzerne ihre riesigen Profite aus den staatlich regulierten Strompreisen in anderen Branchen anlegen. Die Veba beispielsweise kaufte sich in zwei Jahrzehnten 300 Beteiligungen.

Der Branchenprimus RWE ewarb in den vergangenen vier Jahren für mehrere Milliarden Mark eine Druckmaschinenfabrik, einen Chemiekonzern und die Hälfte einer Großzeche – alles in den USA.

•
•
•

So gierig Deutschlands Konzerne auf Neuerwerbungen sind – sich selbst schotten sie rigoros gegen Aufkäufer ab.

Der Mischkonzern Viag, ein besonders eifriger Firmensammler, hat sich mit dem Stromkonzern Bayernwerk verflochten. Viag besitzt 40 Prozent des Bayernwerks, das wiederum hält knapp 15 Prozent der Viag-Aktien.

Das Modell findet Nachahmer. Der Versicherungsriese Allianz stieg kürzlich mit 24 Prozent bei der Dresdner Bank ein, die bündelte 10 Prozent des Versicherungskonzerns.

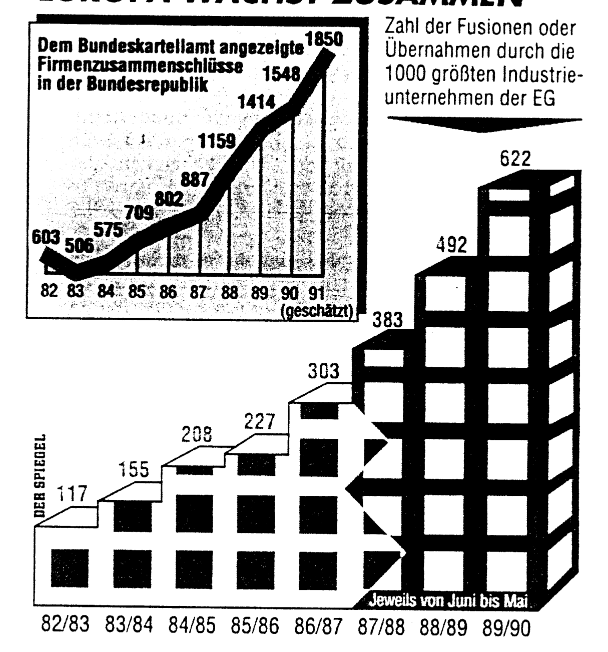
Die deutsche Wirtschaft verfilzt immer weiter. Der Chemie-Riese Hoechst hält zusammen mit Versicherungsunternehmen ein Paket von zehn Prozent an der Dresdner Bank. Das Geldhaus wiederum bildete mit anderen Assekuranz-Firmen einen Pool, der zehn Prozent der Hoechst-Aktien besitzt.

Ein gewaltiges Konzernkartell entsteht. Die Allianz, Hauptaktionär der Dresdner, ist mit der Deutschen Bank über Aktienpakete über Kreuz verflochten.

Das Netz gegenseitiger Verflechtungen schirmt die bundesdeutsche Wirtschaft nach außen ab. Eindringlinge haben keine Chance.

„In einem solchen Spinnennetz", warnt Kartellamtschef Kartte, drohe jeglicher Wettbewerb zu ersticken. Ein „System der Seilschaften", sagt er, laufe auf eine „Neuauflage" der Planwirtschaft hinaus.

EUROPA WÄCHST ZUSAMMEN



Der Spiegel; 1/92; S.66 ff.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

1.2.5.0.3. Ein Beispiel für Deutschland

Der Spiegel; 36/89; S.48 --> VIII

Ein Beispiel für Deutschland

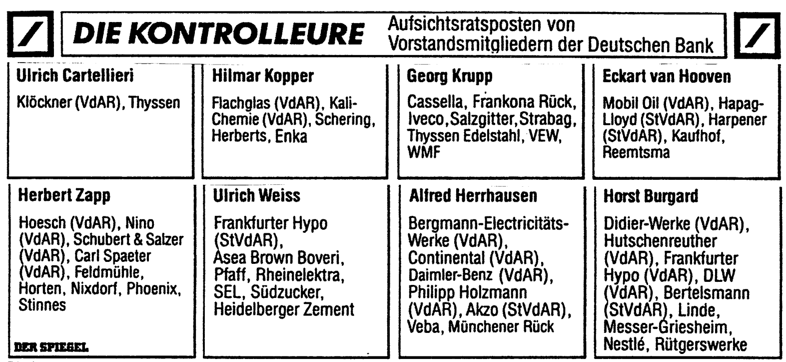


Der Spiegel; 36/89; S.48

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

VIII

Der Spiegel; 11/89; S.20 ff.; 24/89 --> IX

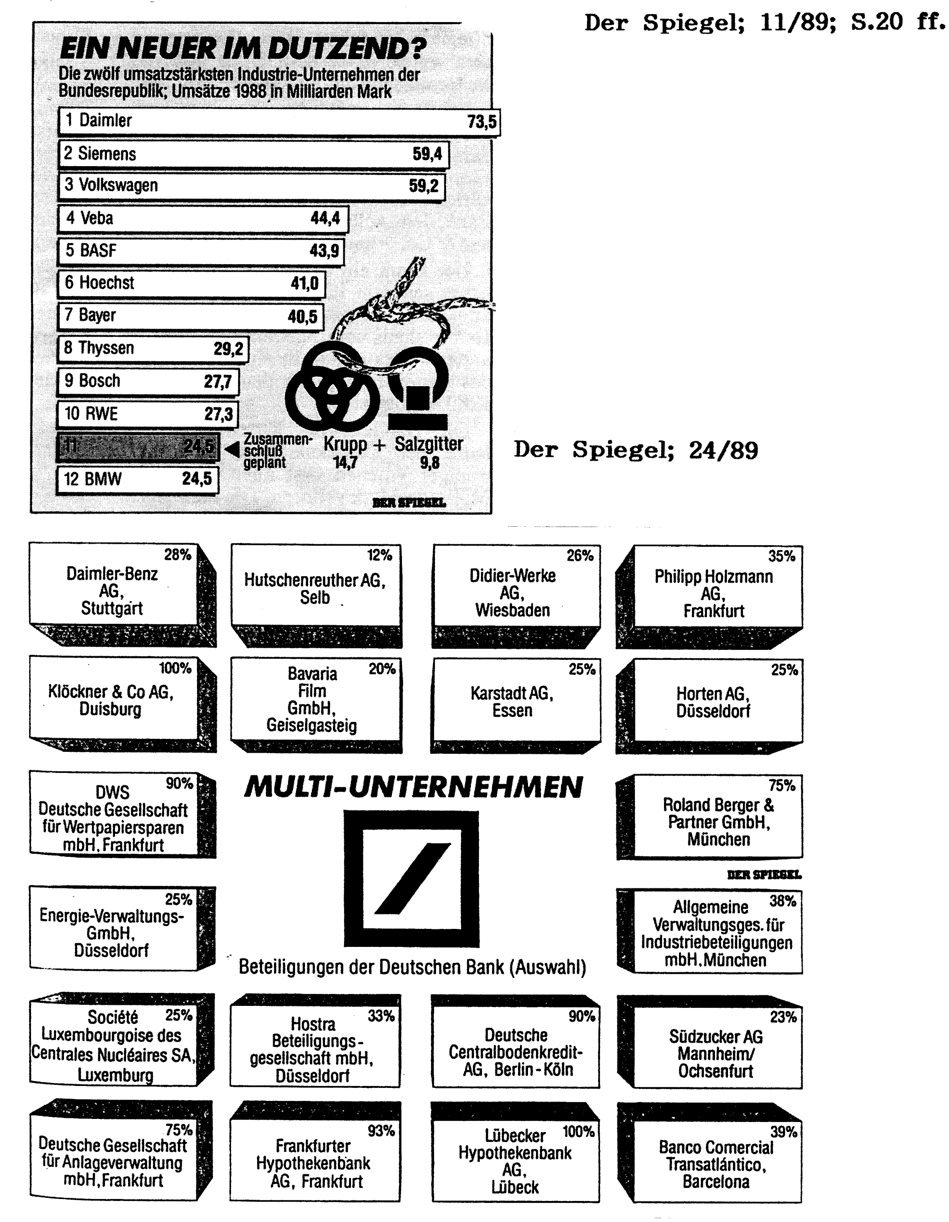


DIE KONTROLLEURE Aufsichtsratsposten von Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bank

Ulrich Cartellieri	Hilmar Kopper	Georg Krupp	Eckart van Hooven
Klöckner (VdAR), Thyssen	Flachglas (VdAR), Kali-Chemie (VdAR), Schering, Herberts, Enka	Cassella, Frankona Rück, Iveco, Salzgitter, Strabag, Thyssen Edelstahl, VEW, WMF	Mobil Oil (VdAR), Hapag-Lloyd (StVdAR), Harpener (StVdAR), Kaufhof, Reemtsma
Herbert Zapp	**Ulrich Weiss**	**Alfred Herrhausen**	**Horst Burgard**
Hoesch (VdAR), Nino (VdAR), Schubert & Salzer (VdAR), Carl Spaeter (VdAR), Feldmühle, Horten, Nixdorf, Phoenix, Stinnes	Frankfurter Hypo (StVdAR), Asea Brown Boveri, Pfaff, Rheinelektra, SEL, Südzucker, Heidelberger Zement	Bergmann-Electricitäts-Werke (VdAR), Continental (VdAR), Daimler-Benz (VdAR), Philipp Holzmann (VdAR), Akzo (StVdAR), Veba, Münchener Rück	Didier-Werke (VdAR), Hutschenreuther (VdAR), Frankfurter Hypo (VdAR), DLW (VdAR), Bertelsmann (StVdAR), Linde, Messer-Griesheim, Nestlé, Rütgerswerke

DER SPIEGEL

Die Auswahl beschränkt sich auf Aufsichtsratsmandate in bekannten Unternehmen; nicht alle Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Bank werden erwähnt. VdAR = Vorsitzender des Aufsichtsrats · StVdAR = Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats



Der Spiegel; 11/89; S.20 ff.

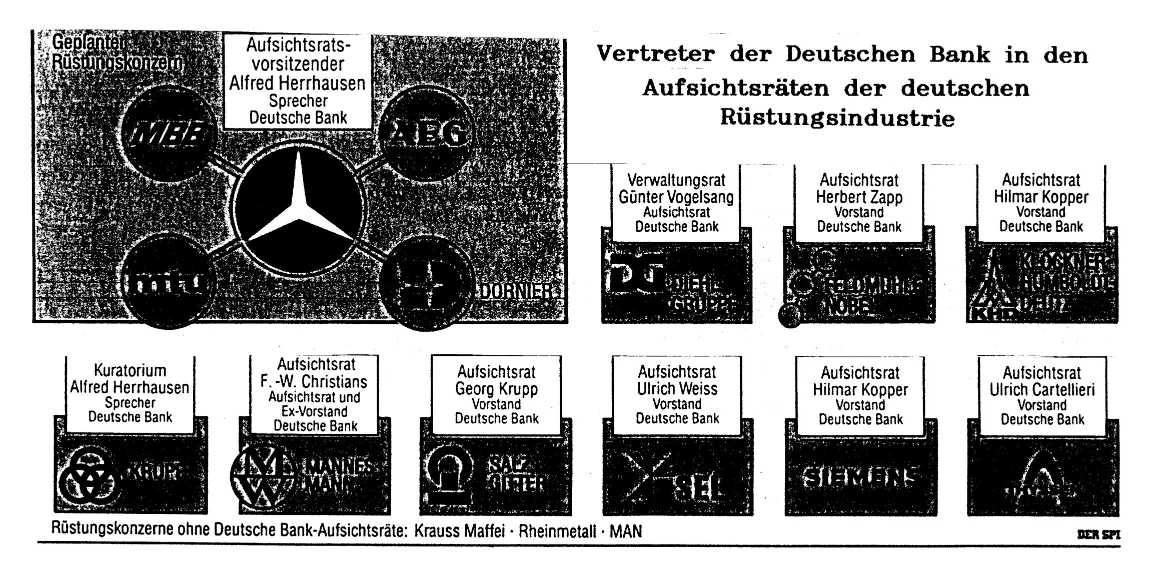
Der Spiegel; 24/89

Der Spiegel; 11/89; S.20 ff.

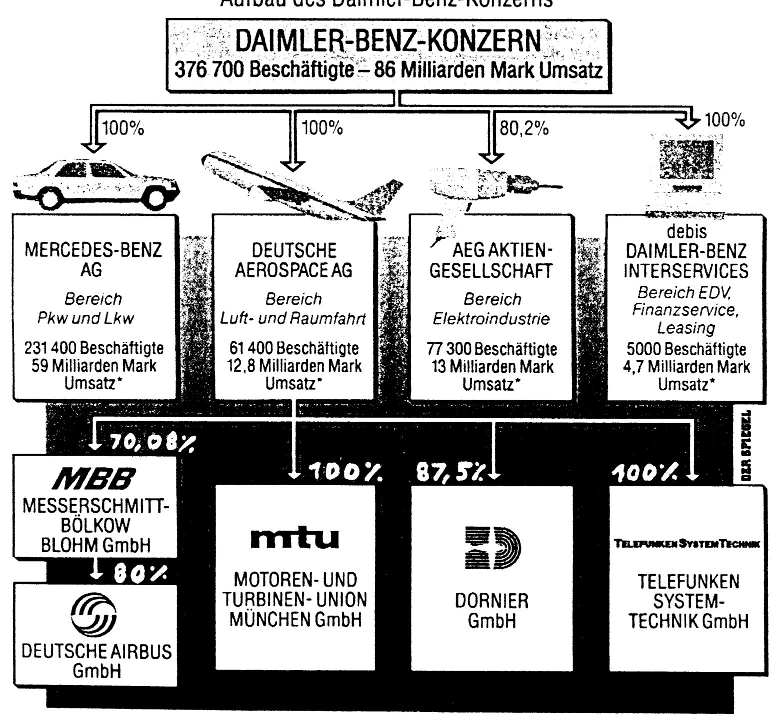
Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

IX

Der Spiegel; 26/89; S.92; 5/91; S.104 --> X



Der Spiegel; 26/89; S.92

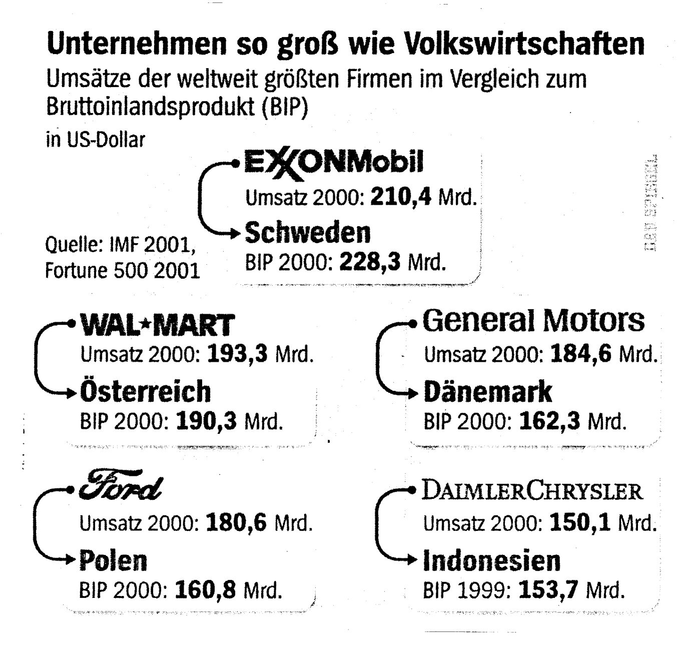


Der Spiegel; 5/91; S.104

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

X

Der Spiegel; 30/2001; S.25 --> X-E1



Der Spiegel; 30/2001; S.25

X-E1

Teil 1

2. Gegenwärtiger Kartellkapitalismus

2.1. Gegensätze durch Geld- und Marktwirtschaft

Aus den beschriebenen Zusammenhängen bezüglich des Rechts auf Privateigentum - dem Eigentum an materiellen Arbeitsbedingungen, Lebensquellen und lebensnotwendigen Gütern sowie der ungleichen Verteilung des Eigentums - entstehen alle zerstörerisch wirkenden Gesellschaftsmechanismen als Gegensätze. Diese können alle auf das im Eigentum enthaltene Recht am Mehrwert fremdgeleisteter Arbeit zurückgeführt werden, weil dieses Recht das Ziel der Gewinnmaximierung als gesellschaftliches Denk- und Handlungsmuster erst hervorruft. Für viele wird der Rahmen der Eigentums-, Geld-, Privat- und Marktwirtschaft wegen der menschlichen Fähigkeit zur Überproduktion, die eigentlich ein Segen sein sollte, zum Verhängnis. Sie wächst sich sogar zur unheilvollen Plage der besitzlosen Klasse aus, weil es auf dem Gütermarkt keine Überproduktion geben darf. Die natürliche Fähigkeit des Menschen mehr zu produzieren, als er zum Leben benötigt, wird den Besitzlosen immer wieder Armut, Elend und Siechtum bescheren, obwohl diese menschliche Fähigkeit eigentlich ein Geschenk sein müßte. Gehen wir nun zu den tiefgreifenden Wirkungen für die Gesellschaft über, nachdem ich die Ursachen für die zwischenmenschlichen Denk- und Handlungsziele durch die Geld- und Marktwirtschaft beschrieben habe.

2.1.1. Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit heißt, daß es einen klaren Interessengegensatz zwischen den ***Kapitaleigentümern*** - als den Eigentümern der materiellen Arbeitsbedingungen - und den Besitzlosen gibt.
Die Unternehmer besitzen durch Konkurrenzzwang und Profitgier das Interesse, einen möglichst hohen Ausbeutungsgrad der fremdgeleisteten Arbeit zu erreichen. Es ist das ihnen völlig bewußte Ziel, den Besitzlosen einen möglichst großen Teil des von ihnen geschaffenen Mehrwertes - durch bewußte Unterschlagung - vorzuenthalten und den Ausbeutungsgrad der durch die Besitzlosen geleisteten Arbeit zu vergrößern. Einerseits wünschen sie, von diesem Mehrwert möglichst gut zu leben, andererseits wollen sie ihren Kapitalstock zur eigenen Sicherheit nicht nur vergrößern, sondern auch technisch verbessern. Diesen

Sachzusammenhang nennen die Unternehmer und Händler ein GESCHÄFT, womit sie den Vorgang des Betrugs und der Mehrwertunterschlagung sprachlich sauber verschleiern und verniedlichen.
Das bewußte Interesse der Unternehmer ist es also, sich am geschaffenen Mehrwert anderer durch ***"gute Geschäfte"*** zu bereichern. Dies können sie nur, indem sie andere Menschen ausbeuten und zudem den Ausbeutungsgrad stets verbessern!

Demgegenüber steht das Interesse der Besitzlosen, einen größeren Anteil des von ihnen geschaffenen Luxus und Lebensstandards zu erringen.
Sie wollen einen größeren Anteil des von ihnen erwirtschafteten Mehrwertes, um den sie von den Unternehmern betrogen werden. Auf diesem Wege schlossen sich die Besitzlosen in langen sozialen Kämpfen zu Gewerkschaften zusammen, so daß sie sich durch die menschliche Fähigkeit zur Überproduktion auf dem Arbeitskräftemarkt keine so starke Konkurrenz mehr leisten. Über den Umweg der künstlichen Verknappung an Arbeitskräften wollten sie sich den von ihnen geschaffenen Mehrwert durch Streiks erkämpfen, den ihnen die Unternehmer auch heute noch vorenthalten.

2.1.1.1. Unterschiedliche Machtverhältnisse

Dies ist der grundsätzliche Interessengegensatz. Da im Kapitalismus die zwischenmenschlichen Beziehungen fast ausschließlich vom Anteil am Eigentum bestimmt werden und das Eigentum durch Akkumulation und Konzentration sehr ungleich verteilt ist, ergeben sich unterschiedliche Machtverhältnisse. Diese in allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen spürbaren Herrschafts- und Machtverhältnisse können wir auf die unterschiedliche soziale Stellung der Eigentümer und Lohnabhängigen zurückführen, die sich mit der Anteilsmenge am Eigentum automatisch ergeben und dessen Verhältnisse der Staat zusätzlich durch seine rechtliche Garantie des Eigentums festschreibt. So antworten die Unternehmer z.B. auf Streiks mit Aussperrungen und Entlassungen, wobei Entlassungen heute in der BRD verdeckter und unter der Vorgabe anderer vorgeschobener Gründe erfolgen. Diese Antworten stellen in ihrem Wesen nichts weiter als eine Erpressung und Unterdrückung der Besitzlosen dar, weil die Lohnabhängigen in arge Schwierigkeiten geraten, die Kosten ihres laufenden Lebensunterhalts zu bestreiten. Die Unternehmer besitzen diese wirtschaftliche Schwierigkeit - das bei der Aussperrung oder Arbeitslosigkeit entstehende Problem zur Bestreitung des existentiellen Lebensunterhaltes - nicht und spielen somit ihre wirtschaftliche Überlegenheit und Macht gegen die Besitzlosen voll aus. Mit diesem Mittel versuchen sie, die Lohnabhängigen zum

Stillhalten und Schweigen zu erpressen. Die Unternehmer tun dies, obwohl sie wissen, daß sie die Besitzlosen um den wahren Wert ihrer Arbeitsleistung betrügen. Denn sie wollen auch weiterhin von deren fremdgeleisteten Mehrwert leben.

2.1.1.2. Künstliche Güterverknappung

Verdeutlichen wir uns diesen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch einmal an der Krise des Kapitalismus. Die Krise des Kapitalismus ist, wie schon beschrieben, nichts weiter als eine Geldkrise. Sie entsteht, weil es güterwirtschaftlich zu einem Überangebot kommt, hierauf die Preise der Angebote in den Keller fallen und die Eigentümer der Produktionsmittel die Produktion einstellen. Ihre Arbeiter entlassen sie, weil sie mit diesem "Inventar" keine Gewinne mehr erzielen können. Im Klartext heißt dies: Weil die Gewinnspanne der Unternehmer insgesamt nicht mehr breit genug ist, müssen Menschen Not leiden, damit die Unternehmer - durch die von ihnen eingeleitete künstliche Güterverknappung - eine Nachfrageerhöhung erreichen und schließlich ein weiteres Gewinnmaximum erzielen.
Die mit der Überproduktion auftretenden Folgen der künstlichen Güterverknappung, Unterversorgung, Arbeitslosigkeit, Armut, Not und Elend verfehlen nicht nur das Ziel der Freien Marktwirtschaft, sondern auch das Ziel der heute gescheiterten Sozialen Marktwirtschaft, welches in der güterwirtschaftlichen Selbstversorgung der Bevölkerung liegt.
Die Güterverknappung entspricht nicht dem wirklichen Interesse der Bevölkerung, deren überwältigende Mehrheit zu den Nichteigentümern an Produktionsmitteln gehört und den schwersten materiellen Schaden an der Verknappung der Güter trägt. Die Besitzlosen haben kein Interesse am Machtkampf der Unternehmer, der nicht nur zur Anhäufung und Einverleibung fremden Kapitals (Akkumulation und Zentralisierung), sondern auch zur Gewinnung größerer politischer Macht führt. Ihren elementaren Interessen zur Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse entspräche eine Güterselbstversorgung durch die gezielte Auftragsproduktion, an dessen Auftragsbestimmung alle gleichberechtigt und in freier Selbstbestimmung nach basisdemokratischem Mehrheitsrecht teilnehmen!

Trotz dieser geschilderten und bekannten Sachzusammenhänge wird das Marktwirtschaftssystem beibehalten.
Dieses wird für die Funktion von Waren- und Geldkreislauf durch die künstliche Verknappung des Angebots immer wieder manipuliert und zu Lasten der Besitzlosen gehen! Die einzigen, die hiervon profitieren, sind die Mächtigen, die

durch Akkumulation und Zentralisierung des Kapitals noch mehr Gewinne einstreichen und noch mehr wirtschaftspolitische Macht erlangen.
Das einzig wirkliche Ergebnis der kapitalistischen Marktwirtschaft ist ein Millionenheer von Arbeitslosen, die deshalb nicht am Produktionsprozeß beteiligt werden, weil es sonst zu einer Überproduktion und zu einem Überangebot kommt, so daß der Kapitalismus und die wirtschaftliche Macht des Großkapitals zusammenbricht.

2.1.1.3. Ausbeutungsgraderhöhung durch Arbeitslosigkeit

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten stellt eine Arbeitslosigkeit - heute selbst von hochqualifizierten Arbeitskräften - ein bewußtes Entwicklungsziel des Kapitalismus dar. Die ARBEITSLOSEN stellen eine Quelle billiger Arbeitsware, womit die Menschen, die sich in der Arbeitslosigkeit befinden, zu einer Reservearmee von Arbeitskraftanbietern degradiert werden. Diese Billigware erhöht natürlich den Konkurrenzdruck zwischen den lohnabhängigen Arbeitsplatzbesitzern, die jetzt zusätzlich mit der Reservearmee der Billigarbeitskraftanbieter konkurrieren müssen. Somit wird die Arbeitslosigkeit ein Mittel zur Gesellschaftsunterdrückung, mit der das Geldbürgertum die Preise für Arbeitskräfte zu drücken versucht, um noch einen höheren Ausbeutungsgrad zu erzielen! D.h., daß Überproduktion und Arbeitslosigkeit zwangsläufige Entwicklungsziele einer jeden kapitalistischen Gesellschaft nach jedem Krieg darstellen.
Im Ergebnis gehört die Arbeitslosigkeit durch Überproduktion zur Strategie der Großunternehmer, mit der sie einen noch höheren Ausbeutungsgrad ihres besitzlosen Arbeitskräfteinventars erreichen können.
Im "legalen" Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft stellt die Plünderung der menschlichen Lebenskraft und Lebensenergie das tatsächliche Ausbeutungsziel der Unternehmer dar, die dieses Unterfangen zur Selbstbereicherung betreiben und somit der höchste Rang unter den Unternehmern nur von den schlimmsten Blutsaugern eingenommen werden kann.

> Hiermit sind Ausbeutung, Unterdrückung, Streiks, soziale Unruhen, Aufstände, Kriminalität, Revolten, Revolutionen, Gewalttaten und Plünderungen nur der Ausdruck für einen zum Teil bewußten und zum Teil unbewußten Kampf um den einbehaltenen Arbeitsmehrwert, wobei die Wurzeln dieses Kampfes im Gegensatz von Kapital und Arbeit zu suchen sind.

2.1.2. Gegensatz zwischen Kapital und Demokratie

2.1.2.1. Demokratiefeindlichkeit des Kapitals

In seinem Wesen ist schon der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zutiefst demokratiefeindlich. Das Eigentumsrecht - die hiermit verbundene Ausbeutung und Unterdrückung durch die Eigentümer sowie deren mit der Verfügungsgewalt erzwungene Einbehaltung des Mehrwertes - stellt in seinem Kern schon einen grundsätzlichen Verstoß gegen die Demokratie und das demokratische Selbstbestimmungsrecht aller Menschen dar. Das durch den Staat verbürgte Eigentumsrecht, welches die durch Unterdrückung und Ausbeutung erzielte Unterschlagung des fremdgeleisteten Arbeitsmehrwertes erst garantiert, kann unmöglich einer ehrlichen demokratischen Weltanschauung entspringen und dem bewußten demokratischen Willen einer Mehrheitenherrschaft entsprechen, weil es gegen die elementarsten demokratischen Selbstbestimmungsrechte derselben Bevölkerungsmehrheit verstößt! Wir müssen uns immer ins Gedächtnis rufen, daß die Einbehaltung des Mehrwerts durch direkte (Aussperrung, Entlassung) oder indirekte (Überproduktion, Arbeitslosigkeit, Lohn nach Angebot und Nachfrage) Unterdrückung erzwungen wird und dies unmöglich auf dem demokratischen Mehrheitswillen einer jeden Landesbevölkerung beruhen kann!
Die Einbehaltung des fremdgeleisteten Mehrwerts durch das Eigentumsrecht - als kleine Ursache - verstößt durch die Ansammlung und Zentralisation des Kapitals - als im Großen wirksamer Gesellschaftsmechanismus - gegen die Prinzipien der demokratischen Selbstbestimmungsrechte und ist somit zutiefst undemokratisch, weil gerade mit diesen Gesellschaftsmechanismen gesellschaftspolitische Macht- und Herrschaftsverhältnisse entstehen, die zur Durchsetzung der Interessen einzelner genutzt und dadurch zwangsläufig gegen die elementarsten demokratischen Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verstoßen werden!
Im Eigentumsrecht leben eher Bruchstücke der Sklaverei, Leibeigenschaft und Hörigkeit unserer eigenen Gesellschaftsvergangenheit weiter, die einst durch den entschlossenen Freiheitswillen der Menschen mit blutigen Aufständen und Revolutionen beseitigt wurden. Durch die im Eigentumsrecht enthaltenen Gesellschaftsmechanismen ist das Eigentum - in Verbindung mit einem Marktwirtschaftssystem - der tragende Keim der Unterdrückung, Ausbeutung und Sklaverei und wird diese immer wieder auf das neue verursachen, sobald er auf den fruchtbaren Boden der hierfür empfänglichen Gesellschaftsumstände fällt. Denn früher gehörten auch Sklaverei und Leibeigenschaft zum Eigentumsrecht und gingen aus dem Willen zur maximalen Ausbeutung des eigenen Eigentums her-

vor. Hiermit spiegeln sich im Eigentumsrecht eher Diktatur und Unterdrückung als Demokratie und Freiheit.

2.1.2.2. Demokratiefeindliche Erziehung des Kapitalismus

Der beschriebene Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nicht nur demokratiefeindlich, sondern er birgt zudem einen Erziehungsmechanismus, der in einem demokratiefeindlichen Verhalten mündet. Ursache ist das ungleiche Machtverhältnis von Arbeit und Kapital, welches zur Unterdrückung der Besitzlosen führt und von ihnen Unterwerfung, Gehorsam und Obrigkeitshöhrigkeit zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades erzwingt.
Der Kapitalismus leitet nicht etwa zum gleichberechtigten demokratischen Selbst- und Mitbestimmungswillen aller an. Eine hieraus zwangsläufig erwachsene gleichberechtigte Verteilung der erwirtschafteten Werte widerspricht dem materiellen Ausbeutungsziel des Kapitalismus zutiefst! Daher muß die Herausgabe des von den Besitzlosen erarbeiteten Mehrwertes durch Gehorsam, Unterwerfung, Unterdrückung, Obrigkeitshöhrigkeit und Gewohnheit erzwungen werden. Denn freiwillig wird ein Besitzloser diesen Mehrwert nicht herausrükken.
Somit tragen Geldwirtschaft und Eigentumsrecht immer den Keim zum Wiedererstarken der Diktatur in sich, da hier Wirtschaftsmechanismen wirken, die von den Menschen - mit dem Mittel der Unterdrückung - Gehorsam und Unterwerfung abverlangen und das menschliche Wesen über seine materielle Abhängigkeit so prägen, daß er Obrigkeitshörigkeit und bedingungslosen Gehorsam durch Gewohnheit als Wesensart verinnerlicht. Durch Gewohnheit wird diese Wesensart im Denken der Menschen schließlich zum befürworteten und "anstrebenswerten" Verhaltensreflexmuster normiert.

Die Mittel dieses Erziehungsmechanismus lassen sich überall auf allen Gesellschaftsebenen beobachten.
Im Geschäftsleben durch das unterwürfige Werben um Auftraggeber, indem die Geschäftsleute den Auftraggebern mit Werbegeschenken und kleinen Aufmerksamkeiten Honig ums Maul schmieren und sich ihnen anbiedern. Tun die Geschäftsleute dies nicht, so kann es sehr schnell passieren, daß sich die Auftraggeber einen freundlicheren und aufmerksameren Verhandlungspartner für ihre Geschäfte suchen.
In der innerbetrieblichen Gruppendynamik großer Unternehmen ist dieser Erziehungsmechanismus auch sehr leicht nachzuzeichnen. Zur maximalen Ausbeutung wird von Besitzlosen absoluter Gehorsam und Unterwerfung verlangt. Entweder die Arbeitseinheit Mensch paßt sich an die Verhältnisse des interes-

selosen Gehorsams an und erbringt unaufgefordert und brav ein Maximum ihrer Arbeitsleistung fürs Kapital, oder sie verursacht durch ihre "uneinsichtige Eigenwilligkeit" mehr Unkosten als ihre gehorsamen und fleißigen Kollegen, so daß sie auf lange Sicht als höherer Unkostenfaktor gefeuert und arbeitslos wird. Die mit dieser Unterdrückung erzwungene Anpassung nimmt mit zunehmender Überproduktion und steigender Arbeitslosigkeit immer mehr zu, da immer mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die am Existenzminimum leben. Somit wird die Zahl der Menschen wachsen, die eine bedingungslose Bereitschaft zur Unterwürfigkeit und zum Gehorsam mitbringen. Es entsteht ein Erziehungsmechanismus, der das Wesen ganzer Völker verändert, prägt und mit dem in der Vergangenheit schon regelrechte Züchtungserfolge erzielt worden sind. (Siehe Veränderung der Deutschen während der Industrialisierung zum ordentlichen, sauberen und pünktlichen Maschinenmenschen)

Durch den Akkumulationsprozeß des Kapitals wachsen und erstarken Wirtschaftsinstitutionen und Machtzentren, in denen durch Unterdrückung und Unterwerfung Gehorsam und Obrigkeitshörigkeit erzwungen werden. D.h., daß mit dem Anwachsen des kapitalistischen Organisationskörpers auch die hiermit verbundenen Verhaltensmuster systematisch auf die Gesamtgesellschaft ausgedehnt werden. Hiermit stellt jeder kleiner Wirtschaftsorganismus (Unternehmen) innerhalb der Gesellschaft einen pyramidenförmig organisierten und obrigkeitshörigen Wirtschaftsapparat dar, der auch nach einer Machtergreifung eines Diktators über den Staat gehorsam weiterfunktionieren und die neuen Befehle ausführen wird.

Innerhalb einer solchen Wirtschaftsorganisation wird es der einzelne Mensch in seiner Gesamtheit nicht schaffen, sich einer diktatorischen Machtübernahme einer kleinen Gruppe in Staat und Wirtschaft zu widersetzen, weil diese nur andere und neue Herrscher darstellen, die die Befehle erteilen und ein Widerstand hiergegen außerhalb der Erfahrung des einzelnen Menschen liegt! Die Macht der Gewohnheit - zur Unterordnung, zum Gehorsam und zur Obrigkeitshörigkeit - wird soweit reichen, daß die meisten aus ihrer erlernten Angst vor der Obrigkeit unfähig sind, aus einem bewußten Selbstbestimmungswillen heraus Widerstand zu leisten, so daß von einer kapitalistischen Gesellschaft bei einem schrittweisen Abbau demokratischer Selbst- und Mitbestimmungsrechte kein Widerstand zu erwarten ist. Denn der demokratisch gleichberechtigte Selbst- und Mitbestimmungswillen sowie die Erfahrung im Umgang mit ihm liegt außerhalb des Erfahrungsalltages der meisten Menschen, in dem nur die demokratiefeindlichen Verhaltensmuster von Gehorsam, Unterwerfung, Unterordnung und Obrigkeitshöhrigkeit fallen und den ein Zusammenschließen in Gruppen zur Durchsetzung und Beibehaltung gemeinsamer demokratischer Rechte meist völlig unbekannt ist. Wir können also davon sprechen, daß diese demokratiefeindliche Wesensart zum ritualisierten und verinnerlichten Verhaltensreflexmuster wird, das durch

den Anteil am Eigentum als Rollenverhalten festgeschrieben ist. Somit ist der Gegensatz von Kapital und Arbeit nicht nur in sich demokratiefeindlich, sondern der Kapitalismus birgt in sich einen Erziehungsmechanismus, der zu einem demokratiefeindlichen Gesellschaftsverhalten führt und dem einzelnen Menschen die Wesensform verleiht, die als Voraussetzung zum Entstehen einer autoritären Diktatur notwendig ist.

2.1.2.2.1. Demokratiefeindliche Erziehung des Kapitalismus

Der Spiegel; 9/92; S.109; 10/92; S.126 f. --> XI

Der demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus des Kapitalismus

------

Die zunehmende Überwachung der Gesellschaft durch die Unternehmen

Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern und Mitarbeitern in der Industrie durch die Polizei. Enge Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Staatsapparaten im Sinne der Kapitaleigner

Datenschutz

Inoffizielle Mitarbeiter

Über Mittelsmänner bei der Kripo hatte der Werkschutz des Weltkonzerns BASF offenbar jahrelang illegalen Zugriff auf Computerdaten der Polizei.

Ein Ludwigshafener Privatdetektiv, früher selber Polizist, hatte ehemalige Kollegen schwer belastet. Für den Werkschutz des Weltkonzerns BASF (135 000 Mitarbeiter, Jahresumsatz: 46 Milliarden Mark) hätten, so der Vorwurf, Beamte des Präsidiums jahrelang ungezählte Bedienstete mittels Computerabfragen überprüft. Die Daten seien illegal an das Unternehmen weitergegeben worden.

•
•
•

Nach Angaben eines früheren Kommissariatsleiters, festgehalten in einem internen Polizeibericht, sollen „regelmäßig von der BASF übergebene Listen mit Personendaten, im wesentlichen im Zusammenhang mit Neueinstellungen, abgeklärt" und „die Ergebnisse zurückgemeldet worden sein". Bestätigt sich die Aussage, hätten die Polizisten gleichsam als inoffizielle Mitarbeiter der BASF fungiert.

Diese „Vorgehensweise", so ein hochrangiger Beamter, habe spätestens 1971 begonnen und sei zumindest bis in die achtziger Jahre hinein praktiziert worden. Allmonatlich bis zu 300 Karteikarten mit Personaldaten wurden damals, soviel steht für die Fahnder jetzt schon fest, „vom Ermittlungsdienst der BASF unmittelbar dem Fahndungskommissariat zugeleitet".

Dort, so die Recherchen, wurden die Betroffenen, zuletzt angeblich nur noch die Mitarbeiter von Fremdfirmen, „durch eine Angestellte einer kompletten ‚Polis'-Abfrage unterzogen".

Der BASF-Werkschutz hätte auf diese Weise Zugang zu höchst sensitiven Daten gehabt. Denn in der Datenbank „Polis" (Polizeiliches Informationssystem) sind nicht nur Vorstrafen registriert: Der Polizeicomputer spuckt auf Knopfdruck auch Haftbefehle, Verdachtsmomente oder Personenbeschreibungen aus – Daten, über die nicht einmal die Staatsanwaltschaft verfügt.

Eine Weitergabe solcher geheimer Informationen an Privatpersonen oder Betriebe ist eindeutig rechtswidrig. Laut Strafgesetzbuch kann die „Verletzung des Dienstgeheimnisses" mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

•
•
•

Bedient wurde möglicherweise nicht nur der Chemiekonzern. Der Privatdetektiv, der die Ermittlungen ausgelöst hat, behauptet, ein hochrangiger Kriminalbeamter habe „auch für Personen aus seinem Bekanntenkreis Abklärungen durchführen lassen".

Der Spiegel; 9/92; S.109

Datenschutz

Wie ein Schlag

Im Ludwigshafener Datenschutz-Skandal werfen Experten der Polizei „Schleppnetzfahndung" gegen Arbeitnehmer vor.

Wenn im Dienstzimmer des Kriminalobermeisters Thomas Kracht, 34, von der Terrorismus-Abteilung im Ludwigshafener Polizeipräsidium das Telefon klingelte, meldete sich am anderen Ende der Leitung immer mal wieder ein Mitarbeiter vom Ermittlungsdienst des Chemiekonzerns BASF.

Die Werkschützer hatten meistens einen ganz bestimmten Wunsch: Kracht sollte mal eben in der Datenbank „Polis" (Polizeiliches Informationssystem) einen „Namen checken".

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XI

„Diese Form der Kooperation mit dem Werkschutz war, zumindest in unserer damaligen Abteilung, üblich", erinnert sich Kracht, der sieben Jahre lang, bis Herbst 1989 im Präsidium arbeitete. Dann machte er sich als Privatdetektiv selbständig.

•
•
•

Allerdings war Kracht nach eigenem Bekunden häufig auch dann behilflich, wenn die private Ermittlungstruppe keinerlei Erklärung für ihren Datenhunger parat hatte. So erfuhren die Werkschützer bisweilen von Delikten und Verurteilungen, die, wie Kracht einräumt, „in keinem polizeilichen Führungszeugnis aufgetaucht wären".

Ebenso wie er hätten auch seine früheren Kollegen gehandelt; das sei „der Leitung bekannt gewesen".

Die Aussage, die Kracht letzte Woche dem SPIEGEL zu Protokoll gab, hat dem Datenschutzskandal um die BASF und die Ludwigshafener Polizei eine neue Dimension gegeben. Der Verdacht erhärtet sich, daß dem Werkschutz des Chemiegiganten, anders als von der Konzernleitung bislang dargestellt, sehr wohl Rückmeldungen aus der polizeilichen Datenbank zugeflossen sind.

Aufgrund eines SPIEGEL-Berichts hatte der Weltkonzern (135 000 Mitarbeiter, Jahresumsatz: 46 Milliarden Mark) bereits einräumen müssen, daß jahrelang monatlich bis zu 300 Karteikarten mit Personaldaten an das Ludwigshafener Polizeipräsidium zur Überprüfung weitergeleitet worden seien. Nach Darstellung der BASF sind der Polizei allerdings „ausschließlich" Beschäftigte von Fremdfirmen gemeldet worden, in Ludwigshafen derzeit rund 8000.

•
•
•

Eine Rückmeldung der Überprüfungsergebnisse an die BASF, behauptete Heinz, habe es nicht gegeben. Nach den Ermittlungen der Polizei hingegen kam es bei etlichen „Festnahmeersuchen und Haftbefehlssachen" zu einer äußerst engen Zusammenarbeit, die nur aufgrund von Rückmeldungen funktionieren konnte.

Nach Darstellung des Präsidiums war es „zum Teil notwendig, über den BASF-Ermittlungsdienst der zur Festnahme ausgeschriebenen Person habhaft zu werden".

•
•
•

Schon die von der BASF bisher eingeräumten Praktiken kämen einer „Raster- oder Schleppnetzfahndung" gleich, für die laut Gesetz enge Grenzen gezogen seien.

Jura-Professor Rudolf sieht auch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit durch die jahrelange Polizeipraxis „eklatant verletzt". Der Datenschutzbeauftragte: „Ein beispielloser Fall."

Aufgeflogen ist die Affäre eher zufällig. Privatdetektiv Kracht war von einem ehemaligen Kompagnon angezeigt worden. Als die Polizei im Dezember zu einer Hausdurchsuchung anrückte, stieß sie auf interessante Unterlagen: Der Ex-Kollege hatte sich offenbar in mehr als 100 Fällen von einem Spezi aus dem Polizeipräsidium rechtswidrig mit „Polis"-Informationen versorgen lassen.

Kracht ging in die Offensive. Die Staatsanwaltschaft, riet er, solle wegen dieses „vergleichsweise geringen Austausches" nicht soviel „Aufhebens" machen. Viel interessanter sei, „in welch großem Umfang die BASF, mit ausdrücklicher Duldung der Kripo-Chefs, mit Polizeidaten bedient wurde".

•
•
•

Ende voriger Woche bestätigte das Mainzer Innenministerium, die BASF habe bis 1988 auch den Verfassungsschutz zur Überprüfung von Mitarbeitern eingeschaltet. Das Ausmaß dieser Kontakte werde „noch untersucht".

Zudem durchstöberte die Staatsanwaltschaft am letzten Freitag die Ludwigshafener Personalabteilung des Chemiekonzerns und stellte Daten von 70 000 Personen sicher.

•
•
•

Die einstmals ungetrübte Harmonie zwischen Werkschutz und Ludwigshafener Polizei ist fürs erste jedenfalls dahin. Womöglich hat das auch Auswirkungen auf die Spendierfreudigkeit des Konzerns, der jahrelang die Ordnungshüter unterstützte.

Zwei Polizeistationen wurden von der BASF regelrecht gesponsert.

Herrschte anderswo Mangel an moderner Ausstattung und Büromaterial, waren die Beamten im 5. Revier und in der Dienststelle Oppau vergleichsweise üppig versorgt – bis hin zu Handtüchern mit BASF-Aufdruck, wie die Ludwigshafener *Rheinpfalz* letzte Woche berichtete. Das Revier Oppau wurde laut übereinstimmender Darstellung mehrerer Beamter mit Hilfe des Chemie-Konzerns ausgebaut.

Der Spiegel; 10/92; S.126 f.

Datenschutz

Blond, vollbusig

Der Sicherheitsdienst der Deutschen Bank spioniert mit Geheimdienstmethoden Bürger aus, um Anschlägen vorzubeugen.

Frühmorgens gegen acht Uhr, die ersten Bankangestellten kamen gerade zum Dienst, entrollte der Trupp friedlicher Demonstranten sein Spruchband: „In Euren Häusern ruht das geraubte Gut der Armen". Das Transparent leuchtete den ganzen Vormittag Beschäftigten der Deutschen Bank entgegen, die zu ihren Arbeitsplätzen in den Glastürmen der Frankfurter Hauptverwaltung strebten.

Das Häuflein der frierenden Demonstranten, die mit krakelig gemalten Parolen die Manager eines Weltunternehmens zum Umdenken bewegen wollten, bot vor der imposanten Kulisse des Frankfurter Bankenviertels ein mitleiderweckendes Bild. Und bald hatten sich die Protestierer wieder verkrümelt.

Doch die Mahnwache am Nikolaustag 1990 hatte Folgen: Die Initiatoren werden seitdem wie potentielle Attentäter behandelt.

Unbemerkt hatten Mitarbeiter der Deutschen Bank die Mahner einzeln und als Gruppe auf Videofilm gebannt, auch ihre Autokennzeichen sowie ihre Begleiter abgelichtet. Die Bänder wurden aufgehoben. Porträts und Kennzeichen sind elektronisch als Standbilder gespeichert.

Die heimlichen Videofilmer gehören zum hauseigenen Sicherheitsdienst der Deutschen

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Bank, der sich unauffällig umständlich nach der Adresse des Unternehmens nennt: „Vorstandssicherheit-Taunusanlage". Gemeinsam mit der ebenfalls hauseigenen „Sicherungsgruppe" obliegt den Männern der Schutz des Vorstands vor Anschlägen.

Wie bei der Nikolaus-Demo wird so im weiten Umfeld des Bankhauses jedermann erfaßt und registriert, der den Bankern als möglicherweise gewalttätiger Gegner ins Visier kommt. Das mächtige Unternehmen hält sich seine private Fahndungsdatei.

Der bankeigene Sicherheitsdienst verfügt derzeit, so steht es in einem internen „Erfahrungsbericht", über zwei „Observationsfahrzeuge", die nahezu rund um die Uhr im Einsatz sind, wie sich auch aus „Tätigkeitsberichten" der Sicherheitsdienstler ergibt.

Die technische Ausstattung könnte leicht den Neid der Geheimdienste wecken. In dem einen Observationsauto sind zwei Kameras für Tages- und Nachtaufnahmen „auf der Hutablage schwenkbar montiert und durch große Lautsprecherboxen getarnt", wie es der Erfahrungsbericht beschreibt. Die Kameras sind fernbedienbar und können „im Einsatzraum" ihre Bilder bis zu 500 Meter weit zu einem Aufnahmeauto übertragen. Bei dem anderen Überwachungsauto, einem Campingbus, ist die Kameratechnik im Lüftungsstutzen auf dem Dach versteckt.

•
•
•

Verdächtig und mithin zu observieren, so ergibt es sich aus den internen Aufzeichnungen, sind alle Personen, die sich etwa an einer Kreuzung „längerfristig aufhalten".

Die Bankspione haben als Früchte solcher Beobachtungen serienweise Einzelbilder von Bürgern und Fahrzeugen auf Bildplatten gespeichert. Klare Verstöße gegen das Datenschutzrecht:

•
•
•

Die Sammelwut der Bank ist beträchtlich. Da war einem Videofilmer in der Frankfurter Gutleutstraße, weitab von Bankzentrale und Vorstandsvillen, ein VW-Bus verdächtig erschienen, Kennzeichen „HU - WE 147". In seinem Bericht hielt er fest, er habe das Auto auf „Bildplatte gespeichert", das „Kennzeichen" als Bild „Nr. 193" noch einmal gesondert.

Wie schnell Passanten verdächtigt werden, zeigt ein weiteres Beispiel aus dem Taunusstädtchen Kronberg. Ein Sicherheitsdienstler speicherte ausweislich des Zahlenwerks auf seinem Arbeitsbericht Bilder einer jungen Frau. Beobachtet hatte er lediglich eine „Joggerin, weißes Hemd, kurze weiße Hose, blond, vollbusig!" – das reichte für die Datei.

Der Filmer wurde am selben Tag noch einmal fündig und speicherte mehrere Bilder rund um ein Auto mit Bad Homburger Kennzeichen. Originalton aus seinem Tätigkeitsbericht: „HG – T 438, Ford Fiesta weiß / Frau mit Walkman steigt unvermittelt ein." Auch das reichte für die Verdächtigten-Datei.

Ein zusätzlicher Vermerk auf diesem Tätigkeitsbericht gibt der Schnüffel- und Speicherpraxis noch eine weitere Dimension: Sie vollzieht sich, so berichteten es auch Sicherheitsdienstler, oft in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Auf dem Tagesbericht steht lediglich der unverfängliche Satz: „E 106/Kennzeichen durchgegeben und um Überprüfung gebeten." E 106 ist die Amtsbezeichnung einer Polizeidienststelle in Königstein, die dem hessischen Innenministerium direkt untersteht und im Hochtaunus, ebenfalls Wohnort zahlreicher Wirtschaftsführer, für den amtlichen Schutz der Prominenz zuständig ist. Die elektronische Ausstattung der Dienststelle ist nach Angaben der örtlichen Schutzpolizei „vom Feinsten".

Sicherheitsdienstler der Bank beschreiben die Zusammenarbeit mit der Polizei so: Da würden verdächtige Autokennzeichen an die Polizei in Frankfurt oder Königstein weitergegeben. Oft genug komme die dann „mit den Namen und Daten rüber", die in der Bank gleich mitgespeichert würden.

Die Frankfurter Polizei bestreitet eine derartige Auskunftspraxis. Der Dienststellenleiter Peter Ossig von E 106 dementiert vorsichtiger: „So weit gehen wir meistens nicht."

Der Spiegel; 20/92; S.55 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

2.1.2.3. Herrschaft und ideologisches Bewußtsein

Unbedingt hinzuzufügen ist, daß dieses kapitalistische Kräfteverhältnis - zwischen Eigentümern und Besitzlosen - die Ansichten der Gesellschaft zur Rollenverteilung prägt und die automatisch entstehende zwischenmenschliche Rangordnung (also Herrschaft und Unterwerfung) als normal und richtig anerkennt. Dies geschieht, weil dieser Umgang als zwischenmenschliches Ritualverhalten zur fast ausschließlichen und uneingeschränkten Normalität unserer Erlebniswelt gehört.
Die Herkunft dieses Denkmusters ist in der Geschichte unserer Kultur zu suchen, die über die Lehens- und Ständegesellschaft führt und im Kapitalismus mündete.

> Das Element, welches all diesen Gesellschaftsformen zur Herrschaftsausübung gemeinsam war, ist die Weltanschauung des fernhandel betreibenden Patriarchats (Väterrecht), **wobei das Väterrecht auch wieder sehr eng mit dem Eigentumsrecht verbunden und mit der Verfügungsgewalt der Väter über das Eigentum sowie der materiellen Abhängigkeit des einzelnen vom Eigentum durchgesetzt wird.**

Beim Patriarchat handelt es sich um eine geschlechtsbezogene Rollenverteilung als Väter- oder Männerrecht, welches zur Findung von bindenden Gemeinschaftsentscheidungen eine Rangfolge als Herrschaftsordnung festschreibt, in der sich der einzelne dem Willen und der Entscheidung eines Gruppenoberhauptes (zuerst Familien- und Sippenvorsteher, später Herrscher, König von Gottes Gnaden als erbliches Stände- und Herrschaftsrecht) unterwerfen muß. Das Väterrecht wird auch als Väterherrschaft bezeichnet und ist der Aufbau einer Gesellschaft nach den Verwandtschaftsbeziehungen zur väterlichen Familie (Väterfolge). Das Patriarchat tritt z.T. bei solchen handeltreibenden Völkern zutage, bei denen das Hauptgewicht auf der Zugehörigkeit zu einer großen Familie und Sippe liegt und eine Schichtung der Gesellschaft besteht. Damit ist das Halten einer Anzahl von Knechten, Mägden oder Sklaven verbunden. Da das Patriarchat in seiner extremsten Form Sklaverei und unbedingte Unterwerfung unter die totale Autorität des Patriarchen voraussetzt, ist es nicht verwunderlich, daß die Abhängigkeit aller Familienmitglieder von der Väterherrschaft in den sippenübergreifenden Gesellschaftsstrukturen nachgebildet ist. Das alte Rom ist sowohl für diese familiären als auch staatlichen Verhältnisse, in denen eine offene Sklaverei herrschte, ein gutes Beispiel.

> <u>Im Patriarchat werden und wurden somit die Entscheidungen ausschließlich von Männern als Oberhäupter getragen, wobei sich die</u>

Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen der Gesamtgesellschaft in der kleinsten Gesellschaftseinheit - der Familie - widerspiegeln, was natürlich das Einverständnis des einzelnen zu dieser Rollenverteilung - als Mittel zur Herrschaftsausübung über die Gesellschaft - vergrößert.

Mit dem Entstehen des Kapitalismus und dem Beginn der Französischen Revolution beseitigte das Bürgertum das vererbliche patriarchalische Stände- und Herrschaftsrecht, stellte alle Menschen formal gleich und übertrug die patriarchalische Weltanschauung auf das mit der Zentralisation des Eigentums entstehende Herrschaftssystem. Dieses neue wiederum von Männern getragene Herrschaftssystem begründete sich nun mit dem Naturrecht, in dem nur die Stärksten, Intelligentesten und Fleißigsten durch ihre Leistung im Gesellschaftsrang aufsteigen konnten.
Hiermit erhielt das neue, am Kapitalismus orientierte patriarchalische Rangordnungssystem von Herrschaft, Unterordnung und Gehorsam sein gedankliches Gerüst und somit seine ideologische Existenzgrundlage.

Die Übertragung dieser Weltanschauung sowie die Übertragung des pyramidenförmigen Rangordnungssystems auf alle staatliche Gesellschaftsinstanzen, Geldabzugs- und Unterdrückungsapparate erfolgte zwangsläufig und reibungslos, womit in diesen staatlichen Institutionen ein ähnlicher demokratiefeindlicher Erziehungsmechanismus existent ist wie im Kapitalismus, **wobei das Ziel dieser Institutionen in der Herrschaft und in der Aufrechterhaltung der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse liegt.**
D.h., alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse mit einem Rangordnungssystem, insbesondere die staatlichen, sind immer als reine willenlose demokratiefeindliche Machtapparate anzusehen, deren Funktion immer auf die des Befehlsempfängers reduziert werden kann! Denn wie sollte eine Herrschaftsausübung über die Apparate in Staat und Wirtschaft ohne die innere, willenlose, demokratiefeindliche Herrschaftsstruktur der Rangordnung und Angst vor der Obrigkeit sonst funktionieren?

Die Übertragung der hierarchischen Herrschaftsstrukturen auf alle Gesellschaftsebenen geschieht also automatisch und findet im Kapitalismus durch die Ideologie des Naturrechtes sogar eine hervorragende Begründung.

1. Sie entspricht der Gewohnheit des Denkens.

2. Aus der Gewohnheit des Denkens wird eine andere Gesellschaftsorganisation als unvorstellbar, undenkbar und nicht funktionstüchtig verworfen und zurückgewiesen, gerade weil diese gegen die durch unsere Erlebniswelt geprägte Lebensvorstellung von Rollenverteilung und Herrschaftsausübung verstößt und somit erst undenkbar wird!

Vorstellbar ist dieses Herrschaftssystem auch als Matriarchat (Mütterrecht), wobei dieses nur ein Spiegelbild des heutigen geschlechtsbezogenen Rollenverständnisses wäre.

An dieser Stelle ist der demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus in Staat und Wirtschaft in seiner Entstehung erklärt.
Der Kapitalismus birgt einen über materielle Abhängigkeiten verursachten demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus, durch den er das Rollenverhalten von Herrschaft, Unterwerfung und Gehorsam als zwischenmenschliches Ritual hervorruft. Hierdurch verleiht er dem einzelnen Menschen die Wesensform, die zur Entstehung einer autoritären Diktatur notwendig ist. Seine ideologische Existenzgrundlage findet dieser Erziehungsmechanismus im Zusammenfluß von der vom Kapitalismus neu geprägten patriarchalischen Struktur der Rangordnung und dem darwinistischen Leistungsdenken, welche mit der Gewohnheit und "Normalität" der Erlebniswelt im Handeln und Denken bestätigt und verstärkt werden.

Mit dem Zusammentreffen dieser zwei Elemente von materialistischen Erziehungsmechanismus und ideologischer Weltanschauung beginnt der in unserer kapitalistischen Gesellschaft selbständig wirkende und sich ritualisierende Herrschaftsmechanismus, mit dem sich die Gesellschaft selbst unterdrückt. Somit wird sich im Rahmen des Kapitalismus das Gesellschaftssystem von Unterdrükkung und Ausbeutung durch seinen Erziehungsmechanismus - selbst bei einem plötzlichen Wegfall des Kapitalismus - immer wieder reproduzieren. Die beobachtbaren tiefgreifenden Wirkungen auf das Verhalten und Denken der Menschen können jedoch erst durch das hierzu passende ideologische Weltbild erzielt werden. Erst mit diesem ideologischen Hintergrund als "Erklärung für beobachtbare Gesellschaftsabläufe" erhält dieser Erziehungsmechanismus - durch seine allgemeine Anerkennung - seine umfassende erzieherische Kraft. Denn mit dieser Erklärung wird das vom Kapitalismus ausgehende demokratiefeindliche Verhalten von Herrschaft, Unterwerfung und Gehorsam als natürlich und richtig angesehen!

2.1.2.4. Demokratisches Selbstverständnis in der BRD

Die kapitalistische und "demokratische Gesellschaft" der BRD zeichnet zu den von mir festgehaltenen Mechanismen ein ganz anderes Bild. Hören wir uns an, welcher Standpunkt vertreten und welche Position zur Ausbeutung, Unterdrükkung und Unterwerfung der Besitzlosen eingenommen wird.

In ihrem Selbstverständnis bedeutet Privateigentum nicht mehr Vorherrschaft vom Eigentum und Ausschluß vom Eigentum nicht mehr Ohnmacht. Es wird behauptet, daß die politische Demokratie, die in der Bundesrepublik besteht, die Unterwerfung der Staatsmacht unter den Eigentumsinteressen einzelner ausschließt. Der Mechanismus der allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen zwingt seine Repräsentanten, viele Interessen und nicht allein oder vorrangig die von Privateigentümern der Produktionsmittel zu berücksichtigen. Keine Regierung könnte sich eine derart einseitige Politik leisten, keine Partei besitzt eine Chance, dafür eine Stimmenmehrheit zu erreichen. Die Errichtung und Festigung der politischen Demokratie in der BRD bedeutet ferner, daß außer den Mehrheitsparteien zahlreiche organisierte Interessenverbände an der politischen Willensbildung beteiligt sind. Somit ist das Privateigentum an den materiellen Eigentumsbedingungen und Lebensquellen nicht länger die wichtigste oder gar einzige Grundlage sozialer Macht. Wählerauftrag und organisierte Zusammenschlüsse von Interessenverbänden und Wählergemeinschaften haben als Machtquellen größere Bedeutung erlangt. Das hiermit zugrunde liegende Strukturmuster zur Herrschaftsausübung ist daher nicht mehr von alleinherrschaftlicher (monokratischer), sondern von viel- und mehrheitlicher (pluralistischer) Natur.

Dieser Gedankengang hört sich im ersten Moment sehr gut an, nur daß Unterdrückung, Ausbeutung und die entstehenden wirtschaftspolitischen Gesellschaftsmechanismen plötzlich per Definition nicht mehr bestehen. Mit dieser theoretischen Begriffsbestimmung zu unserer Gesellschaft machen es sich gewisse Leute trotz jüngster Ereignisse in der Republik immer noch sehr einfach. Doch sie ist so einfach, daß sie bestenfalls auf dem Papier funktionieren kann. Zudem ist diese theoretische Funktionsbeschreibung des Kapitalismus in der Demokratie zu sehr auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt und vernachlässigt sträflichst seine weltweit wirkenden Mechanismen.

2.1.2.5. Kapitalismus heißt Bestechung und Schmiergeld

Können Sie diesem theoretischen Gedankengang zum kapitalistischen Selbstverständnis innerhalb einer demokratischen Gesellschaft aufgrund Ihrer täglichen Erfahrungen zustimmen? Erleben wir nicht täglich die durch die gehobene Stellung der Kapitaleigentümer erzwungene Ausbeutung und Unterwerfung, deren wirtschaftliche Überlegenheit und Macht über uns sowie deren vielstufigen Hierarchien, Einfluß- und Befehlsstrukturen, die sie zu unserer Ausbeutung Mittels ihrer Ausbeutungsapparate schufen? So kann uns z.B. selbst unser Chef in ihrem Namen ausbeuten, obwohl er vielleicht - aufgrund der vielstufigen Hierarchie oder Eigentumsstruktur - noch nicht einmal weiß, wem die Firma, in der er arbeitet, wirkliche gehört.
Ich frage Sie: Wir arbeiten 40 Std. pro Woche, obwohl nur 5 güterwirtschaftlich notwendig sind. In wessen Interesse geschieht dies? Und in wessen Interesse liegt es, daß eine Aufklärung über den Sachverhalt der 5-Std.-Woche unterlassen wird?
Nun gut. Wenden wir uns zur Aufklärung dieser Fragen den politischen Ereignissen aus den Jahren 1987 bis 1989.

Wir alle erinnern uns sicherlich noch an die Parteispendenaffäre von 1987/88 in der BRD. Alle sprachen von einer Spendenaffäre. Viele erkannten hierin nicht die ganze Wahrheit, die sich mit diesem sauberen und neutralen Wort - Spendenaffäre - wunderbar verdecken ließen. Dies war keine Affäre wie eine Liebesaffäre, und die Spenden kamen auch nicht zum Zweck der Wohltätigkeit. Das, worum es sich wirklich handelte, war ein Bestechungsskandal, d.h. die Veruntreuung des demokratischen Wählerauftrages - sozusagen Hochverrat - in Tateinheit mit Unsummen von Schmiergeldern, die in dieser Höhe nur vom Großkapital geleistet werden können. Plötzlich besaßen wir einen Kanzler, Helmut Kohl, der sich zum Flick Bestechungsskandal nicht mehr erinnern konnte. Es ist sehr verständlich, daß unser Kanzler zu Vorgängen des Bestechungsskandales einen "Black Out" hatte, was er von einem angesehenen und gutverdienenden Arzt auch bescheinigt bekam. Er weiß halt manchmal nicht, was er tut, deswegen ist er ja auch in der Regierung.
Logisch. Wenn ich bestochen oder gegen das Gesetz verstoßen würde, könnte ich mich auch nicht mehr daran erinnern, nur daß ich mir keinen Arzt leisten kann, der mir diesen Unsinn auch noch bescheinigt. Erst Geld macht dies mög-

lich. Mit Geld kauft das Geldbürgertum Regierung, Staat und Staatsanwalt zum Super-Sonderpreis.

Knapp 50 Menschen sollen es in der BRD sein, die über eine solche Kapitalmacht verfügen, daß sie die Republik kaufen können. 50 Menschen schmieren, bestechen und kaufen mit allen Mitteln der Kunst und setzen so ihre Interessen durch. Sie torpedieren unser demokratisches Selbstverständnis, höhlen es aus und benehmen sich wie in einem Supermarkt. Am Ende verhöhnen sie uns noch mit den von ihnen manipulierten Regierungsschaukämpfen und parlamentarischen Theateraufführungen im Bundestag, mit denen sie uns glauben machen wollen, die Regierungsparteien streiten für unsere Interessen. Dabei sind Wortwechsel und Inhalt von Regierung und Opposition schon genau abgestimmt, und wenn das Volk unruhig wird, bekommt es auch mal einen Brocken hingeworfen, damit es wieder ruhig ist und den Herrschenden nicht seine dumpfe, passive Regierungstreue verloren geht. In diesem Sinne ist die parlamentarische Opposition nur dazu da, die entstehende Unzufriedenheit aufzufangen und der Bevölkerung nach seiner Wahl ein paar Verbesserungen zu gewähren, um die Loyalität zum Herrschaftsapparat aufrecht zu erhalten. Im Grunde setzt sich das Spiel nur fort, weil die Opposition nun die Regierung stellt und niemand den Schritt zu einer grundlegenden Systemveränderung (die Aufhebung des Privateigentums an den materiellen Arbeitsbedingungen und Lebensquellen sowie die Aufklärung über die 5-Std.-Woche) unternimmt. Denn die Politiker von Regierung und Opposition stehen immer im "Spendensegen" des Großkapitals. Mit der "Flickspendenaffäre" wird nur der Destabilisierungs- und tatsächliche Steuerungsfaktor des heutigen Eigentumsrechts andeutungsweise sichtbar, weil er ausnahmsweise mal aufgeflogen ist, trotzdem aber folgenlos bleibt.

Aus diesem Grunde lassen sich im rheinhausener Bestechungsskandal der Firma Krupp von 1988 genau dieselben wirtschaftspolitischen Vorgänge nachweisen. Hier sollte ein ganzes Stahlwerk abgebaut werden, weil der Eigentümer durch die weltweit vorhandene Überproduktion natürlich um die Preise und seine Gewinne fürchtete. Eine ganz Region war im Aufruhr, weil den lohnabhängigen Arbeitnehmern ihre Lebensgrundlage entzogen werden sollte. Der Bestechungsskandal flog erst auf, als ein Tonband mit abgehörten Telefongesprächen durch die Medien ging, das aufdeckte, daß selbst die SPD Führungsspitze am Verrat der besitzlosen Bevölkerung eifrigst mitmischte und auch die Gewerkschaft ihren Anteil hieran trugen.
Dies ist kein Wunder, wenn wir so naiv sind, Politikern, Parteien und Gewerkschaften durch demokratische Wahlen einen zeitlich begrenzten Blankowählerauftrag zur Alleinherrschaft über uns bzw. zur alleinigen Interessenvertretung zu erteilen.
Nur so ist es verständlich, daß ein Herr Schwarz-Schilling als Postminister die Medienverkabelung in der BRD nicht mit dem modernen und technisch tausend-

fach leistungsfähigeren Glasfaserkabel durchführt. Nein, er wählte die veralteten, ordinären Kupferleitungen, weil seiner Frau eine Fabrik zur Kupferleitungsherstellung (Sonnenschein-Batterien) gehört. Sie hätten wohl prompt die Aufträge zur Lieferung entsprechender Kupferkabel bekommen. Doch die anderen Großkonzerne wie Siemens funkten dazwischen. In der momentanen Lage der wirtschaftlichen Machtverhältnisse werden sich die Großanbieter das Geschäft wohl oder übel teilen müssen.
Wenn der Frau von Herrn Schwarz-Schilling eine Fabrik zur Herstellung von Glasfaserleitungen gehört hätte, wäre die Entscheidung von "unserem Landesvater" ganz sicher fortschrittlicher und fortschrittsfördernd ausgefallen. Daß in 5-10 Jahren die Straßen wieder aufgerissen und die Kupferleitungen durch Glasfaserkabel ausgetauscht werden müssen, kann somit nur zu einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Bundesregierung gehören, damit die Menschen auch weiterhin sinnlose Arbeit zur Erhaltung der 40-Std.-Woche hingeschmissen bekommen.

Das politische Eintreten von Herrn Schwartz-Schilling für einen nicht so sendeleistungsstarken Fernsehsatelliten zielte genau in dieselbe Richtung. Ist die Sendeleistung zu schwach, können die Fernsehprogramme nicht mehr von jedem einzelnen Haus empfangen werden, so daß in jeder Stadt eine zentrale Satellitenempfangsstation notwendig wird und mit ihr erst die Verkabelung jedes Haushaltes. Dieses politische Eintreten von Herrn Schwarz-Schilling geschah, trotzdem heute zwischen den Sendeleistungen verschiedener Satelliten kaum noch nennenswerte Preisunterschiede bestehen. Interessant nicht?

Berücksichtigen wir die Macht der Kapitaleigner und ihr Ausbeutungsziel an fremdgeleisteter Arbeit, so wird uns nicht nur klar, warum wir immer noch 40 Std. pro Woche arbeiten, sondern uns werden auch die Hintergründe und Handlungsmotive unserer "von uns gewählten" Politiker verständlich. Die Verschlechterung im Streikrecht und Mietrecht zu ungunsten der Besitzlosen (also derjenigen die am Eigentum ausgeschlossen sind) sowie die Änderung der Ladenschlußgesetze kennzeichnen sehr deutlich und unübersehbar die Macht des Geldes, mit dem sich die Kapitaleigner ganze Regierungen gefügig machen!

Die Veränderung im Streikrecht z.B. entstand nicht etwa durch eine Machtprobe zwischen den Besitzlosen und den Kapitaleignern. Auch die Veränderung der Ladenschlußzeiten zu Ungunsten der im Handel Beschäftigten ist nicht auf den Zusammenbruch eines Streiks zurückzuführen. Nein, die von uns allen gewählte Regierung veränderte die gesetzlichen Rahmenbedingungen so, daß dies eine entscheidende Verschlechterung im Kräfteverhältnis für uns Besitzlosen ergab. Das Kapital kann uns nun noch besser durch Zwang unterdrükken und ausbeuten, weil unsere Regierung die Güte besaß, uns unsere rechtlichen Möglichkeiten zur Gegenwehr - durch ein noch engeres gesetzliches Korsett - zu entziehen. Die Regierung handelte so, obwohl die überwältigende

Mehrheit dieser Gesellschaft zu den Lohnabhängigen gehört und die Wirkungen dieser Gesetze gegen die elementarsten Lebensbedürfnisse der Besitzlosen zielt. Auch das neue Mietrecht fällt in diese Sparte. Heute können die Vermieter ihre Mieter wieder nach Herzenslust vor die Tür setzen und mit Eigenbedarf - den die Vermieter noch nicht einmal nachweisen müssen - aus ihren Wohnungen klagen. Hiermit ist der Mietpreisspekulation Tür und Tor geöffnet. Die Besitzlosen sind wieder die Dummen, weil sich mit den steigenden Mietpreisen nur der Ausbeutungsgrad für die Eigentümer erhöht und die Besitzlosen hierdurch noch mehr für Fremde arbeiten "dürfen".

Ähnlich verhält es sich mit der geplanten Privatisierung der Bundespost. Hier beteiligen sich die Konzerne selbstverständlich nur an den Bereichen, mit denen sie Gewinne einfahren können. Der Rest wird vermutlich Staatseigentum bleiben und aus unseren Steuergeldern finanziert, von den die Besitzlosen den Löwenanteil tragen. Die Kapitaleigner besitzen nur ein Interesse an den Wirtschaftszweigen, mit denen sie Gewinne erzielen und noch mehr vom erwirtschafteten Mehrwert einkassieren können. Alles andere juckt sie nicht.

Selbst bei den Sozialversicherungen ist es nicht viel besser! Auch hier mochten die Großkonzerne bei den gewinneinbringenden Aufgabengebieten mitverdienen, so daß ihnen unsere Regierung schließlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür erschloß. Es ist also kein Wunder oder eine politische Fehlleistung, wenn unser Minister Norbert Blüm 1988/1989 die Sozialversicherungsordnung so umgestaltete, daß zukünftig Privatanbieter mit Angebote für Besserverdienende auf den Markt drängen.

Zuerst ein paar Worte zur Funktionsweise unserer Sozialversicherung und deren Solidaritätsprinzip. Das Solidaritätsprinzip soll sicherstellen, daß die jungen, kräftigen und gesunden Menschen für die kranken und alten aufkommen, da jeder im Laufe seines Lebens alt, krank, schwach und gebrechlich wird und in unserer Gesellschaft wegen dieser menschlichen Schwächen niemand Not leiden soll. Zudem sollen die Besserverdienenden - durch höhere Abgaben - für die Schlechterverdienenden einen Teil der Beitragsleistungen übernehmen und mittragen, da der Sozialversicherungsbeitrag für die Schlechterverdienenden eine deutlich höhere Belastung darstellt als für einen Besserverdienenden.

Die Veränderung der Sozialversicherungsordnung erlaubt eine Unterwanderung des Solidaritätsprinzips. Mit Billigangeboten für die besseren Verdienstklassen werben die Privatanbieter gerade um die jungen und gesunden Menschen. Sie können ihnen wesentlich bessere Sozialversicherungsangebote machen, weil die Geworbenen naturgemäß wegen ihrer Jugend und Gesundheit seltener krank werden. Natürlich werben die Privatanbieter in besonderem Maße um die höheren Verdienstklassen, deren Abgabepflicht bei den allgemeinen öffentlichen Sozialversicherungen ziemlich hoch ist und die mit der Höhe ihres Beitrags die Sozialleistungen der schlechter Verdienenden mittragen. Die privaten unterbieten diesen öffentlichen Sozialversicherungssatz für die Besserver-

dienenden bei gleichzeitig hohen Regelbeitragssatz für Schlechterverdienende, so daß die Besserverdienenden in die privaten Sozialversicherungen abwandern, weil dies für sie billiger und günstiger ist. Die Privaten können dies, weil sie vom Gesetzgeber nicht wie die öffentlichen Sozialversicherungen in die Pflicht genommen sind, jeden Antragsteller mitzuversichern und somit nicht die Sozialschwachen und schlecht verdienenden Bevölkerungskreise mitschleppen müssen. Die Beitragszahler, die in den öffentlichen Sozialversicherungen übrig bleiben, sind somit nur die sozialversicherungspflichtigen lohnabhängigen Arbeitnehmer bis zu einem durchschnittlich mittleren Verdienst - wobei die Beitragslast der Sozialschwachen zum Teil von den Besserverdienenden mitgetragen wird - sowie die Kranken und Alten, die nach dem Solidaritätsprinzip sowieso nur noch mit durchgeschleppt und "durchgefüttert" werden.

Die Folge ist, daß der Beitragssatz in den öffentlichen Sozialversicherungen steigt und die privaten für die Besserverdienenden noch mehr Anziehungskraft bekommen. Nun können private Konzerne endlich auch im Gesundheitsbereich ihre "guten Geschäfte" machen und Gewinne selbst mit unserer Gesundheit erzielen. In diesem Zusammenhang hört sich die Begründung, die diese privaten Anbieter zum Einstieg in diesem Marktbereich verlauten ließen, schon sehr zynisch an. "Sie wollten nur unser Gesundheitssystem verbessern helfen" und vermutlich aus reiner Nächstenliebe und Menschlichkeit in das "saubere Gesundheitswesen" investieren. Vermutlich werden die Privaten zu guter letzt auf die Öffentlichen und deren entstehende Verschuldung weisen und lachend ausrufen: "Haben wir es euch nicht vorausgesagt, daß es ohne die Privatwirtschaft nicht geht?"

Über diesen Umweg verdienen jetzt nicht nur die privaten Sozialversicherungsanbieter und die Besserverdienenden, sondern sie erhöhen auf diesem indirekten Wege auch die Ausbeutungsrate der Unternehmer, die an die privaten Versicherungen natürlich einen niedrigeren Beitragssatz zu entrichten haben. Die einzigen, die hierbei wieder mal in die Röhre schauen, sind die Besitzlosen. "Sie dürfen schon wieder mehr arbeiten"!

Wen wundert es in diesem Zusammenhang noch, daß die Politiker der großen Parteien wieder ganz offen vom Entstehen einer 2/3 Gesellschaft sprechen. Eine 2/3 Gesellschaft heißt, daß 1/3 am oder unter dem Existenzminimum lebt. Diese werden ihr Dasein als Tagelöhner fristen und am Gesellschaftsleben nicht mehr als gleichberechtigte und gleichwertige Menschen teilnehmen! D.h., daß in der BRD - nach 40 Jahren des Überflusses - wieder eine am Eigentum ausgeschlossene rechtlose Tagelöhnerklasse entsteht, weil diese Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft immer eintreten wird. So werden Rauchpilze über unseren Städten wie in Berlin am 1.Mai 1989 aus den sozialen Spannungen heraus wieder zum Normalfall. In Berlin leben zwischen Kottbusser Tor und Mauer schon wieder an die 50.000 Menschen, von denen das Gros unter dem

amtlich festgelegten Existenzminimum dahinsiecht. (Der Spiegel Nr.19/1989 Seite 114)

Unsere Politiker ließen sich vom Kapital kaufen und schwärmten für die Vorteile der freien Marktwirtschaft, die uns die USA deutlich vorzeigt. Jahrhunderte der europäischen Erfahrungen, die von Früh- bis Spätkapitalismus reichen, sind plötzlich vergessen. Und nun haben wir sie zurück - unsere Erinnerung - und zudem ein Stück der New Yorker Bronx im Berliner Kiez. Die anderen Städte werden nicht mehr lange auf sich warten lassen, deshalb vergrößern diese in der Regel auch ihre Polizeitruppenstärke, deren Ausrüstung und die Gefängnisse.

Bisher unbeachtet blieb auch der sprunghafte Anstieg der Obdachlosen in allen Städten der Republik. Daß Obdachlose kein Wahlrecht besitzen, paßt nur zu gut ins Bild der zukünftigen 2/3 Gesellschaft. Somit hat der Einstieg und die Entstehung der rechtlosen proletarischen Tagelöhnerklasse schon begonnen; und vielleicht wird es auch Sie treffen.

Doch ich will Ihnen noch ein paar Beispiele benennen, um Ihnen die Sicht auf den Gegensatz zwischen Kapital und Demokratie - durch die Bestechung der Regierung - zu erleichtern.

Der Bau der Startbahn West 18 in Frankfurt gegen den massiven Protest der Bevölkerung und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wobei der Bau gegen den Willen breiter Bevölkerungsteile mit Polizeigewalt durchgedrückt wurde, ohne die Durchführung der von den Politikern versprochenen und von den Bürgerinitiativen geforderten Volksabstimmung.

Die durch die Unternehmen und Konzerne stattfindende Fremdmittelförderung der Universitäten, so daß die Universitäten nicht mehr Hort der Bildung und Forschung sind. Durch die von den Unternehmen gezahlten Gelder werden die Universitäten zum Forschungs- und Entwicklungsinstrument der Kapitaleigner, wodurch die Unternehmen eine Menge Geld sparen, da sie vom Staat über den Umweg der Universitäten im Forschungsbereich subventioniert werden. Neben einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit Bundesdeutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt werden zukünftig Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsrichtung der Universitäten durch die Unternehmen gesteuert, so daß alles Wissen, das sich nicht direkt vermarkten läßt, mehr oder weniger in Vergessenheit gerät. Zudem soll das kritische Wissen über bestimmte Gesellschaftsumstände - wie das der Sozialwissenschaften - von den Universitäten ge-

drängt werden, so daß letztendlich der "neue Mensch" nicht mehr diesen "treulosen Weltverbesserern" und deren "Irrlehren" in Berührung kommt.

Es ist schon beachtlich, zu welchen Handlungen sich die von uns gewählten Politiker hinreißen lassen, wenn die Kapitaleigner anfangen, mit ein paar Geldscheinen zu wedeln. Dies ist der Gegensatz von Kapital und Demokratie, an dem nur die Regierungsmitglieder und Kapitaleigner verdienen. Dies ist ein Element des Gegensatzes, den ich meine, der zur Demokratiefeindlichkeit des Kapitalismus führt, denn Regierungen werden früher oder später immer gekauft.

> Da wir innerhalb einer repräsentativen Demokratie alle Entscheidungsgewalt einer kleinen überschaubaren Gruppe von Politikern aushändigen, wird die ***Käuflichkeit der Regierung*** - wegen dieser kleinen überschaubaren Gruppe von Menschen - zum Normalfall. Die Regierungsgewalt wird zu **einer Ware wie jede andere auch**, wobei die Käuflichkeit nur eine **Frage des Preises ist**, den **Angebot und Nachfrage** bestimmen.

Und daß Regierungen gekauft werden, kann der aufmerksame Beobachter fast schon wöchentlich im Tagesgeschehen beobachten, wobei dies unmöglich ein demokratischer Vorgang sein kann!

Ich könnte dieses ganze Buch mit Beispielen füllen, doch es ist müßig, und wenn Sie selbst aufmerksam beobachten, finden Sie tausende. Ich greife nur diese spektakulären heraus, um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen und will nicht in besonderem Maße auf die von der Regierung in die Diskussion gebrachte Rentenalteranhebung wegen der zurückgehenden Geburtenzahlen eingehen und auch nicht auf die "Beweisführung", daß mit der abnehmenden Zahl von Erwerbstätigen die Renten unbezahlbar werden. Der Irrsinn dieses Denkens wird mit der hohen Arbeitslosenzahl und mit meinen Berechnungen zur 5-Std.-Woche als offensichtlicher Verdummungsfeldzug entlarvt. Das Ziel ist die Erhöhung des absoluten Mehrwerts und die Verbesserung der Ausbeutungsrate für die Großunternehmer, indem das Rentenalter hochgesetzt wird und somit die Konkurrenz zwischen den Arbeitskraftanbietern ansteigt. Ein anderes Ziel gibt es nicht.

2.1.2.5.1. Machtquelle erfolgreicher Bestechungen liegt im Kapital

Der Spiegel; 9/86; S.17 ff. --> XV

Die Machtquelle erfolgreicher Bestechungen liegt im Kapital

Die großen Bestechungsskandale

„Das ist alles sehr, sehr ernst“

Katastrophenstimmung in der CDU: Die Ermittlungen der Staatsanwälte gegen Helmut Kohl, ausgelöst durch eine Anzeige des Grünen Otto Schily, lassen Unionspolitiker um Wählerstimmen bangen. Aus Nervosität unterlief selbst dem gewieften Taktiker Heiner Geißler eine Panne: Er schrieb Kohl einen „Blackout“ zu.

•
•
•

Die Anzeige Schilys gegen Helmut Kohl hat die Unionsspitzen aufgeschreckt. Zum ersten Mal ermitteln Staatsanwälte gegen einen amtierenden Bundeskanzler: Kohl sieht sich Ermittlungen ausgesetzt wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage, der Untreue und der Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Parteispenden-Affäre.

Nur mühsam können die Christdemokraten Gelassenheit zur Schau tragen. Tatsächlich herrscht Katastrophenstimmung. Niedersachsens Albrecht: „Das ist entsetzlich.“

•
•
•

Nervosität im Kanzleramt, Pannen im Krisenmanagement verrieten in der vergangenen Woche, wie unsicher Kohl und seine Truppe sind, wie wenig sie Risiken einschätzen können. Werden die Ermittlungen eingestellt, oder kommt die Anklage und, wenn ja, wann?

•
•
•

Auch der CDU-Generalsekretär mochte nicht untätig bleiben. In seinem Eifer, dem Kanzler aus der Patsche zu helfen, vergriff sich Heiner Geißler im Vokabular und verkündete der Nation übers Fernsehen: Bei der Vernehmung im Mainzer Untersuchungsausschuß habe Kohl „möglicherweise einen Blackout gehabt“.

Geißler wollte den Kanzler vor dem Vorwurf schützen, im Ausschuß vorsätzlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Kohl hatte am 18. Juli 1985 auf Fragen des Ausschußvorsitzenden, ob der CDU-Chef in seiner Zeit als Mainzer Ministerpräsident die illegalen Spendenpraktiken der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ gekannt habe, mit „Nein“ geantwortet (siehe Seite 22).

Statt abzuwiegeln, sorgte Geißler für neue Schlagzeilen. Kohl war so erbost über Geißlers Fern(seh)diagnose, daß er von Schäuble verlangte, den Parteimanager hart zu rempeln: Der disqualifizierte Geißlers Äußerungen als „totalen Quatsch“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 26).

Wer bis dahin noch verpaßt hatte, was in Bonn los ist, jetzt war er im Bild. Die alternative „taz“ jubilierte: „Blackout is beautiful!“

Die Spitzenleute der Union können es kaum fassen, in welch verzwickte Lage sich der Kanzler durch seine Aussagen vor den Mainzer Landtagsabgeordneten hineingeredet hat. Es geht jetzt nicht nur um die Frage, ob Kohl vorsätzlich die Unwahrheit gesagt hat, als er sich äußerte zu den Praktiken der Staatsbürgerlichen Vereinigung, Spenden zugunsten der Parteien zu waschen. Der Kanzler muß sich auch gegen den Vorwurf verantworten, die illegale Spendenpraxis geduldet und sich somit der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig gemacht zu haben.

Seine Verteidigungslinie erscheint nicht sehr stark. Kohl will jetzt seine mündlichen und schriftlichen Aussagen so verstanden wissen, daß er zwar von Spenden der Staatsbürgerlichen Vereinigung an die CDU wußte, den illegalen Charakter der Parteienfinanzierung am Finanzamt vorbei aber nicht kannte. Kohls Problem: Er selber hat mehrfach öffentlich erklärt, daß er sehr wohl auch Mitte der siebziger Jahre schon über die steuerrechtlichen Probleme der Parteienfinanzierung im Bilde war.

(Selbst für ein Drehbuch zu dumm, Anm.d.Autors)

Bundeskanzler Kohls Auftritt vor dem Mainzer Parteispenden-Untersuchungsausschuß

Die erste Frage, die der Ausschußvorsitzende dem Kanzler am 18. Juli 1985 vor dem Mainzer Parteispenden-Untersuchungsausschuß „U1“ stellte, hatte Helmut Kohl richtig verstanden und klar beantwortet.

•
•
•

Die Kanzleramtsberater hatten den Regierungschef bestens präpariert. Bei kniffligen Fragen sollte der Kanzler zur Stützung seines Gedächtnisses auf das zurückgreifen, was in einem Aktendekkel vor ihm lag: auf die schriftlich eingereichten Fragen des Ausschusses vom 13. Mai 1985 und die dazu passenden Antworten Kohls, die von seinen juristi-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

schen Helfern ausgearbeitet und am 29. Mai nach Mainz geschickt worden waren. Im übrigen, so der Rat an den Regierungschef, müsse er vieles von dem, was er über Parteispenden wisse, einfach vergessen.

•
•
•

Nach einem etwa halbstündigen belanglosen Geplänkel stellte der Ausschußvorsitzende Schnarr noch einmal die entscheidende Frage, die dem Kanzler das Ermittlungsverfahren wegen uneidlich falscher Aussage einbringen sollte. Es gab in dieser Passage der Vernehmung nicht „eine Reihe von verwirrenden Fragen", und es ging auch nicht „kunterbunt" zu, wie Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble letzte Woche glauben machen wollte. Schnarr redete langsam und verständlich.

Der Vorsitzende wollte erneut wissen, „ob Sie, Herr Bundeskanzler, als damaliger Ministerpräsident etwas davon wußten, daß diese Staatsbürgerliche Vereinigung, die in Koblenz ihren Sitz hatte, als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage diente".

Und auf diese klare und einfache Frage, die nach Geißlers Ansicht für den Kanzler „sehr kompliziert formuliert" war, hat Kohl knapp und unmißverständlich geantwortet: „Nein!"

Dem „Nein" folgten Ausführungen, die belegen, daß Kohl genau wußte, um was es an dieser Stelle seiner Vernehmung ging: • • •

Der pfälzische Christdemokrat, seit über zwölf Jahren Parteivorsitzender der CDU, verstieg sich sogar zu der Aussage, er habe erst „aus der Diskussion, die wir im parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn am Rande dieses Geschehens hatten", von der „steuerlichen Behandlung der Staatsbürgerlichen Vereinigung" erfahren.

Dabei belegen viele Dokumente, Aktennotizen und Kassenbelege, daß sich Kohl seit Mitte der sechziger Jahre als CDU-Fraktionsvorsitzender und als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, als Bonner Oppositionschef und als Parteivorsitzender aktiv in den SV-Geldtransfer eingeschaltet und über die Verwendung von Millionensummen mit beraten hat. Als Kohls Berater hinterher das ausgeschriebene Protokoll studierten, begriffen sie offenkundig sofort, daß der Bundeskanzler mit seinem Nein eine folgenschwere Antwort gegeben hatte. Helmut Kohl mußte nachbessern.

„Bei der Durchsicht des Protokolls über meine Zeugenaussage" schrieb er zwei Monate später dem Ausschußvorsitzenden Schnarr, sei ihm „aufgefallen", daß seine Antwort „zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, sofern man die Antwort isoliert betrachtet". Doch Kohl stellte nichts richtig, erklärte nicht, wo es „Mißdeutungen" geben könnte. Er schwafelte und vernebelte – wie im Ausschuß.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

„Der Schock ist erheblich"

Die internationale Presse zum Verfahren gegen Kohl

la Repubblica

Seit Schily, ein Jurist von sprühender Intelligenz, die Anklage gegen die CDU vorgebracht hat, diskutiert die CDU intern darüber, ob ein Rücktritt Kohls ihr nicht sogar nützt. Kohl, der in der öffentlichen Meinung wenig Prestige genießt, ist der einzige Schwachpunkt bei den sonst ausgezeichneten Wahlchancen der CDU.

Die Vorstellung, daß im Wahljahr der Kanzler und seine Mitarbeiter die ersten Seiten der Zeitungen mit ihren Verhören durch die Ermittlungsrichter in Beschlag nehmen, ist besorgniserregend, um so mehr, weil es zusammenfällt mit jenem erpresserischen Schmiergeldskandal der CDU in Berlin, die mehr an die sizilianische und amerikanische Mafia erinnert als an die ordentliche deutsche Gesellschaft.

DIE WELTWOCHE

Ist die FDP dreist genug, sich dieser Union korrupter Spendenempfänger erneut zur Koalition anzubieten? Und wie lange sollen sich andere Staatschefs dazu hergeben, wie Reagan in Bitburg, auf Kosten der Popularität im eigenen Land Kohls Image aufzumöbeln? . . .

Einen Kanzler, von dem aktenkundig ist, daß er lügt, würde sich nicht einmal eine Bananenrepublik leisten.

Soweit sollte Helmut Kohl es nicht kommen lassen, wenigstens seiner CDU zuliebe. Er, der „ganz typische Deutsche" (Kohl über Kohl), sollte jetzt konsequent sein, die Beobachter Lügen strafen und gehen.

LA STAMPA

Nicht einmal die vielen großen Skandale der letzten drei Jahre haben Deutschland auf die explosive Nachricht von Montag vorbereitet, daß gegen Kohl ermittelt wird, weil ihm eine falsche Zeugenaussage vorgeworfen wird. Nichts dergleichen hat die Bundesrepublik je erlebt. Der Schock ist daher erheblich.

FINANCIAL TIMES

In Bonn lief gestern der Publicity-Apparat der Bundesregierung auf Hochtouren, um die Möglichkeit herunterzuspielen, daß gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen angeblicher Falschaussage vor zwei Untersuchungsausschüssen Strafanzeige erstattet wird.

Die Bundesregierung ist über die ausländische Berichterstattung über die Entscheidung der Staatsanwaltschaft in Koblenz, eine Untersuchung dieser Anschuldigungen einzuleiten, eindeutig entsetzt.

THE TIMES

Sollte der Fall jedoch zu einem Gerichtsverfahren führen, ist es schwer vorstellbar, daß er im Amt bleiben könnte.

Selbst wenn die Staatsanwaltschaft nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens beschließt, keine weiteren gerichtlichen Schritte einzuleiten, besteht doch stets die Gefahr, daß dennoch politischer Schaden angerichtet worden ist. Aber selbst das kann zu diesem Zeitpunkt nicht angenommen werden. Der Fall wird womöglich im Sande verlaufen.

Sollte es jedoch zum Schlimmsten kommen, ist es wahrscheinlicher, daß die Christ-Demokraten eher einen Kanzler fallenlassen als das Risiko einzugehen, eine Wahl zu verlieren.

Neue Zürcher Zeitung

Es liegt auf der Hand, daß seine politischen Gegner ein nicht geringes Interesse daran haben, diese Geschichte in der Öffentlichkeit möglichst intensiv am Kochen zu halten. Solange das Ermittlungsverfahren gegen ihn nicht offiziell eingestellt ist, bietet der Kanzler unweigerlich eine *zusätzliche Angriffsfläche,* gegen die er sich durch eigenes Handeln nur schwer schützen kann, weil er ja das Gesetz des Handelns viel weniger selbst bestimmen kann als bei rein politischen Auseinandersetzungen.

Doch bei aller bereits bewiesenen Unberechenbarkeit des unseligen Parteispendenkomplexes – wirklich gefährlich kann für Kohl die Angelegenheit nur dann werden, wenn gegen ihn auf Grund der weiteren Ermittlungen *Anklage* erhoben und ein eigentliches Prozeßverfahren eingeleitet würde. In diesem Falle wäre, ebenso wie beim früheren Wirtschaftsminister Lambsdorff, ein Rücktritt vom Amt die wohl unausweichliche Konsequenz.

„Weiß ich nicht mehr“

Kanzler Kohls Auftritt vor dem Bonner Flick-Ausschuß

Der Zeuge Helmut Kohl war sich seiner Sache ganz sicher. Die „30 000 Mark“, sagte der Kanzler mit großer Bestimmtheit, „sind bei uns nicht eingetroffen“. Auf Fragen des Abgeordneten Otto Schily wies er immer wieder darauf hin, daß eine von Flick-Buchhalter Rudolf Diehl notierte Spende mit dem Datum 6. Dezember 1977 „von uns nicht vereinnahmt wurde“.

Reihum hatten den Regierungschef, am 7. November 1984 im kargen Sitzungssaal 1903 des Bonner Parlamentshochhauses, auch andere Mitglieder des Flick-Untersuchungsausschusses nach der Abwicklung dieser Zahlung gefragt.

Gönnerhaft und mit einem Lächeln im Gesicht hatte Kohl noch anfangs seinen Parteifreund, den Ausschußvorsitzenden Manfred Langner, aufgeklärt: „Letzte Bemerkung: Da fehlt eine Summe von 30 000 Mark, die nach der Diehl-Liste an mich gegeben worden ist. Von dieser Summe weiß ich nichts. Das ist die Summe vom 6. 12. 1977.“

•
•
•

Lange und intensiv hatte sich Helmut Kohl für diesen Auftritt vor dem Bonner Untersuchungsausschuß präparieren lassen. Die Vorbereitung schien ihm so wichtig, daß er keine Zeit fand, am Begräbnis der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi teilzunehmen.

Die Aktenlage kannte Kohl genau. Manchmal sogar nahm er die Fragen des Vorsitzenden vorweg. Seine Formulierungen waren oft absichernd nebulös, 79mal hatte der Kanzler Gedächtnislücken. „Meine Antwort“, sagt er dann, „kann doch korrekterweise nur lauten: weiß ich nicht mehr.“

Warum Helmut Kohl aber bei den strittigen 30 000 Mark so bestimmt und zweifelsfrei sagen konnte, daß diese Summe nicht geflossen sei, beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft. „Es ist denkbar“, schrieb Schily in seiner Strafanzeige den Bonner Ermittlern, daß Kohl den Zahlungseingang in Abrede stellt, weil er die Weitergabe „an seine Partei nicht zu belegen vermag“.

Bei seiner Vernehmung vor der Bonner Staatsanwaltschaft am 5. Juli 1982 hatte der CDU-Vorsitzende zugegeben, von Flick Bargeld genommen zu haben. Er war besonders oft und auch mit großen Summen ausgestattet worden. Daß es insgesamt 565 000 Mark waren, die Diehl zwischen 1974 und 1980 eintrug, war Kohl allerdings „völlig unbekannt“.

•
•
•

Einer der beiden Staatsanwälte, die ihn damals vernommen hatten, war der Flick-Spezialist Martin Dettmann. Er prüft jetzt auch die Schlüssigkeit der Schily-Strafanzeige. Dettmann kann sich auf zahlreiche Indizien stützen. Auf keine andere Summe gibt es in den Ermittlungsakten so eindeutige Hinweise wie auf die 30 000 Mark vom 6. Dezember 1977.

Unter diesem Datum findet sich in den Flick-Unterlagen der Eintrag: „Barabhebung für Kasse Diehl“ bei der Deutschen Bank, 60 000 Mark.

Der Buchhalter Diehl vermerkte am selben Tag unter der Rubrik „Inoffizielle Zahlungen“:

6. 12.	vB wg. Kohl	30 000 DM
6. 12.	vB wg. Graf Lambsdorff	30 000 DM

Parallel dazu quittierte der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch am 6. Dezember 1977 den Empfang eines Barbetrages in Höhe von 60 000 Mark. Diehl vermerkte auf der Rückseite der Quittung „30 Ko 30 GrLa*“, ins Kassenbuch trug er ein: „vB wg. Kohl und Lambsdorff 60 000“.

•
•
•

Kohls Abwiegeln hängt womöglich damit zusammen, daß er seine Vertraute vor kompromittierenden Nachforschungen schützen wollte. Denn bei seiner Zeugenaussage konnte der Kanzler nicht wissen, was von Brauchitsch im Dezember 1985 vor dem Bonner Landgericht über Juliane Weber enthüllen sollte: „Sie hat schon mal für Herrn Kohl Geld empfangen.“

Das hatte der Kanzler vor dem Untersuchungsausschuß verschwiegen.

Nach Kohls Darstellung war in der Regel von Brauchitsch der Geldlieferant. Der Manager habe „aus seinen Gründen den Weg gewählt, diese Spenden bar zu überbringen“. Der Kanzler in der Vernehmung: „Ich habe mit dem Haus Flick in diesem Zusammenhang ausschließlich mit Herrn von Brauchitsch zu tun gehabt.“

•
•
•

Nur einmal deutete der Kanzler in seiner Vernehmung an, daß außer Brauchitsch mitunter auch ein Geldbote das Bare brachte. Kohl: „Wenn er kam oder jemanden vorbeischickte, hat er diese Spenden mir übergeben.“

Weil Kohl im Ausschuß kein Wort über die Botentätigkeit Juliane Webers verlor, sieht Schily den Vorwurf der Falschaussage auch in diesem Punkt begründet. „Daß Dr. Kohl die Beteiligung seiner langjährigen Mitarbeiterin Juliane Weber beim Spendeninkasso verschwiegen hat“, so Schily, „läßt nur den Schluß auf eine vorsätzliche Handlungsweise zu.“

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XVII

Diehls Eintragungen und vertrauliche Notizen aus Brauchitschs Terminkalender weisen bei der sogenannten Nikolaus-Spende, die Kohl mit so großer Verve bestritten hat, auf die Geldbotin Juliane Weber hin:

▷ Am 5. Dezember 1977 schreibt eine Brauchitsch-Sekretärin die Notiz: „Frau Weber/Sekr. Kohl, fragt an, ob es Ihnen recht ist, wenn sie morgen, Dienstag, 6. 12., gegen 16 Uhr bei Ihnen kurz vorbeikommt." Am selben Tag notiert Diehl: „30 000 DM wg. Kohl."

Schily vermutet, daß Juliane Weber mindestens vier weitere Male die Düsseldorfer Flick-Zentrale als Geldbotin besucht hat – Besuche, von denen der Kanzler angeblich nichts wußte:

▷ Am 2. September 1975 heißt es in einem Vermerk: „Min. Präs. Kohl wird gegen Mittag wieder anrufen/ h." Am selben Tag verzeichnet das Sekretariat von Brauchitsch um 19.35 Uhr einen Anruf von Kohl. Diehl trägt unter dem Datum vom 3. September 1975 ein: „Ka* wg. Kohl ü/vB 50 000." Am 4. September ist im Brauchitsch-Kalender ein Besuch Juliane Webers eingetragen.

▷ Unter dem 13. Juli 1976 schreibt Diehl in seine Liste 50 000 Mark „wg. Kohl". Einen Tag später verzeichnet eine Brauchitsch-Sekretärin um 9.20 Uhr einen Anruf von Kohl. Im Kalender des Flick-Managers steht am 15. Juli 1976 der Besuch von Frau Weber.

▷ Am 10. Mai 1977 vermerkt Diehl eine Zahlung von 50 000 Mark, wiederum, „wg. Kohl". Juliane Weber kommt, laut Kalender, am 12. Mai.

▷ Am 17. Januar 1979 um 19 Uhr und am 18. Januar um 14.45 Uhr vermerkt eine Brauchitsch-Mitarbeiterin Anrufe von Helmut Kohl. Flick-Buchhalter Diehl trägt unter dem 19. Januar „wg. Kohl 30 000 DM" ein. Am selben Tag schreibt eine Sekretärin im Tageskalender von Brauchitsch für 11.30 Uhr den Besuch von Kohl-Gehilfin Weber ein.

•
•
•

Rätselhaft blieb nach Kohls Vernehmung auch der Verbleib von weiteren 25 000 Mark. Nach den Aussagen von Brauchitschs und den Notizen des Buchhalters Diehl hat der CDU-Vorsitzende im August 1978 einen Betrag in dieser Höhe erhalten. Im März 1979 wurden, wie Brauchitsch in seiner Schutzschrift ausführte, zwei Zahlungen über 30 000 Mark und 25 000 Mark an Kohl ausgehändigt.

In der CDU-Schatzmeisterei hat Kohl am 9. März 1979 aber statt 80 000 Mark nur 55 000 Mark abgeliefert.

Der Kanzler wartete vor dem Ausschuß mit zwei Varianten auf.

Erste Version: Er habe die 55 000 Mark 1979 erhalten und abgeliefert. Wenn diese Darstellung Kohls zutrifft, sind die 25 000 Mark vom August 1978 verschwunden.

Zweite Version: Möglich sei auch, daß er 25 000 Mark im Sommer 1978 und 30 000 Mark 1979 bekommen habe. Wenn diese Einlassung Kohls korrekt ist, stimmt die Erklärung von Brauchitschs nicht, und Kohl hätte 25 000 Mark sieben Monate lang bei sich liegen lassen.

Nach beiden Versionen ist nur eines klar: weitere 25 000 Mark fehlen.

„Das war nicht gut"

Wie das ZDF auf Geißlers Blackout reagierte

Um in der Sache weiter zu informieren und aufzuklären", so ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel, suchten die TV-Oberen am Mittwoch letzter Woche für derlei Sendungen eine nicht eben übliche „journalistische Form". Ruprecht Eser, stellvertretender Chef beim „heute-journal", plädierte für ein Streitgespräch und suchte den Kontakt zu Geißler. Schily war sofort gewonnen. Appel, der zunächst skeptisch war, sagte Eser sein „Kompliment" für das Arrangement.

Eine weitere Entscheidung Esers und des diensthabenden Moderators Gerd Helbig fand bei Appel nachher weniger Gefallen: Weil der Bonner ZDF-Studioleiter Peter Hopen im Urlaub und sein Stellvertreter Joachim Jauer bereits mit einem anderen Beitrag im heute-journal vertreten war, sollten die Kontrahenten Geißler und Schily ins Bonner Studio, während Helbig von Mainz aus moderierte.

Nach Geißlers Ausrutscher mit dem Kanzler-„Blackout" meldeten sich sogleich die redaktionellen Bedenkenträger zu Wort. Am Donnerstag in der Schaltkonferenz der ZDF-Redaktionen Mainz, Bonn und Berlin kritisierte Appel nach einem pflichtgemäßen „Glückwunsch" für die „interessante" Sendung „die Durchführung": Schlecht sei, daß bei einem solchen Gespräch „kein Moderator vor Ort" gewesen und „die Geisterschlacht von Mainz aus dirigiert" worden sei. Und: „Wo es um Schicksalsfragen der Nation geht, können Sie nicht sagen, hier habt ihr sechs Minuten, dann ist Schluß."

Mit wachsendem Abstand zur Sendung wuchs die Selbstkritik – insonderheit wegen des bevorstehenden Wahlkampfs. Appel: „Wir dürfen uns nichts ans Hemd kleben lassen. Wir dürfen uns nicht vorwerfen lassen, daß wir was inszenieren."

Am Ende ging es nicht mehr um den Lapsus des Generalsekretärs einer Regierungspartei, sondern um eine vermeintliche Panne in der Inszenierung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders. Nach der Schaltkonferenz am Donnerstag meldete sich bei Appel Intendant Dieter Stolte: „Haben Sie das Ding gesehen?"

In einer Dienstbesprechung mit sechs Mitarbeitern der Hauptabteilung Aktuelles trug Appel bei Stolte vor, man sei sich einig: „Das war in der Realisierung nicht gut." Stolte: „Ich teile Ihre Meinung."

Zwei Tage später waren die Schuldigen gefunden. Der Intendant: „Es war ein Fehler, daß vermutlich das Streitgespräch dafür gar nicht geeignet ist. Es wäre ja auch denkbar gewesen, zwei hintereinander laufende Interviews zu machen."

Zwar: Was Herr Geißler so redet, „das ist ja seine Verantwortung", so Appel. Aber er bat die ZDF-Redakteure, „künftig zu bedenken, daß es so nicht geht".

Der Spiegel; 9/86; S.17 ff.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XVIII

Der Spiegel; 44/84; S.26 ff. --> XIX

Eine deutsche Tradition

Parteispenden

Flick – ein Mann kauft die Republik

Der Vater Friedrich Flick zeigte sich genial im Geldeinnehmen, der Sohn beweist Talent vornehmlich im Ausgeben. Friedrich Karl Flick, dessen Familien-Name zum Symbol für die Bestechlichkeit der Politik durchs große Geld wurde, ist eine schillernde Unternehmerfigur – ein Mann, der mit dem Trauma des übergroßen Vaters nicht fertig wird; ein Konzernherr, der bisher vor allem durch seine Eskapaden auffiel.

⋮

Von draußen gesehen, ist Friedrich Karl Flick, während er die Notiz voller Wehleid schreibt, auf dem Höhepunkt seiner Macht. 45 000 Menschen, in mehr als 200 Firmen über den Globus verstreut, arbeiten für ihn. Sein Vermögen läßt sich nur grob abschätzen: Vielleicht sind es vier, vielleicht auch fünf oder sechs Milliarden Mark.

Von seiner Firmenzentrale in Düsseldorf-Oberkassel aus wird ein gewaltiger Industriebesitz verwaltet. Die Papierfabrik Feldmühle und das Chemie-Unternehmen Dynamit Nobel gehören dazu, die Edelstahlwerke Buderus in Wetzlar und die Panzerfabrik Krauss-Maffei in München. In den USA verfügt Flick über fast ein Drittel des gutverdienenden Mischkonzerns Grace.

Friedrich Karl Flick, oder FKF, wie der Eigentümer dieses Industrie-Imperiums intern heißt, sitzt außerhalb seines eigenen Firmenreiches noch in den Aufsichtsräten zweier der bedeutendsten Unternehmen der Bundesrepublik: bei Daimler-Benz und bei der Deutschen Bank. Zehn Prozent der Daimler-Aktien zählen zu seinem Vermögen.

In Bonn und anderswo hören zu jener Zeit, 1981, Politiker auf Flicks Kommando, das meist von Brauchitsch weitergibt. 25 Millionen Mark hat er allein in den siebziger Jahren an Parteien und Politiker verteilt und verteilen lassen: 15 Millionen an CDU/CSU, 6,5 Millionen an die FDP und 4,3 Millionen an die SPD, die ja nun mal den Kanzler stellt. FKF ist der Zahlmeister der Republik; sein Name wird, zwei, drei Jahre später, zum Synonym für die Käuflichkeit bundesdeutscher Politiker.

⋮

Der Vergleich fällt für den Sohn miserabel aus. Der Alte verfügte über *alle* Gaben, um ein Industrie-Imperium zu errichten und zusammenzuhalten. Der Junge gebietet fast nur noch über *ein* Werkzeug aus dem Handwerkskasten des Vaters: Er streut Geld über das Land, um Menschen zu kaufen, die ihm und seiner Sache dienen könnten.

Aus den Tagesgeschäften hält sich Flick raus. Das Lesen von Akten und Bilanzen, die Lieblingsbeschäftigung seines Vaters, ist ihm ein Greuel.

⋮

Für Münchner Einwohner ist Flick nahezu unsichtbar. Sein Haus in der Pienzenauer Straße neben der Isar – dort wohnt auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann – fehlt im Stadtadreßbuch.

⋮

Im Jahr seiner zweiten Scheidung, 1975, trennte sich Flick auch von dem größeren Teil seiner Mercedes-Aktien. Nach Scheinverhandlungen und geschickt gestreuten Gerüchten, wonach der Schah des Iran Mercedes aufkaufen wollte, griff schließlich die Deutsche Bank zu und übernahm 29 Prozent der Daimler-Aktien für gut zwei Milliarden Mark.

Flick führte das entscheidende Gespräch mit dem damaligen Bankchef Franz-Heinrich Ulrich im Schweizer Wintersportort St. Moritz. Ein paar Monate später schenkte er Ulrich zu dessen 65. Geburtstag ein Gemälde von Karl Hofer; es hatte 85 000 Mark gekostet.

Als Franz Josef Strauß acht Wochen später sechzig wurde, wurde Flick-Freund Neumeister wieder tätig: Für das Strauß-Präsent – das silberne Pferd von Meister Jeremias Ritter – berechnete der Kunsthändler 60 000 Mark.

⋮

Zuwendungen an Politiker schon in den dreißiger Jahren

In der neuen Welt bietet noch die Mitgliedschaft im „Cyford Cay Club“ auf den Bahamas die Möglichkeit zur Zerstreuung. Die Liste der Klubmitglieder verrät, daß Flick unter Ebenbürtigen ist: Sein Freund Helmut Horten steht ebenso darauf wie Peter Cadbury (Schokolade), Morgan Firestone (Reifen), Henry Ford (Autos), John Haig (Whisky) und John F. Hennessy (Cognac).

Flicks Renommee in Amerika hat freilich durch die deutsche Steuer- und Schmiergeld-Affäre gelitten. Das US-Magazin „Newsweek“ erinnerte seine Leser an jene Tradition des Hauses Flick, die hierzulande selten beschrieben wird: „Seine Familie besitzt eines der großen Vermögen Europas, das zum Teil mit Sklavenarbeit aus Rüstungsaufträgen der Nazis aufgebaut worden ist.“

Die Tradition des Hauses benutzte verblüffenderweise auch Eberhard von Brauchitsch, Flicks langjähriger erster Angestellter, in seiner Verteidigung gegen den Vorwurf der Bestechung von Politikern. „Zuwendungen“ an Politiker, so von Brauchitsch, habe es bei Flick schon in den dreißiger Jahren und auch von Anbeginn an in der Bundesrepublik gegeben.

Tatsächlich hatte Vater Friedrich 1931 alle Hände voll zu tun, um seinen Konzern vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Der Sohn eines bäuerlichen Holzhändlers hatte zunächst seinen Aufstieg in Oberschlesien begonnen. Stark genug, kaufte sich Flick dann bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG ein. Doch mit der Weltwirtschaftskrise drohten Gelsenberg und damit der Flick-Konzern unterzugehen.

Flick senior fand einen Ausweg. Plötz-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XIX

lich wucherten aus dem Nichts Gerüchte, daß Franzosen Gelsenberg kaufen wollten. Der Reichskanzler Heinrich Brüning und sein Finanzminister Hermann Dietrich sprangen ein und nahmen, sozusagen als nationale Tat, Flick für 100 Millionen Mark die Gelsenberg-Aktien ab. Das war ein erstaunlicher Preis angesichts des Umstandes, daß der Börsenwert gerade 25 Millionen betrug.

Eine Erklärung wäre möglich: Brüning bekam von Flick 150 000 Mark, Dietrich sogar 950 000. Der Brüning-Nachfolger von Papen stand mit 100 000 Mark in den Flick-Büchern, genauso General von Schleicher.

⋮

Doch als die Nazis kamen, war Flick gerüstet. Sein Stellvertreter Otto Steinbrinck, ein U-Boot-Kommandant des 1. Weltkrieges, stand mit den Nazis auf bestem Fuße und war bald führendes Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler". Steinbrinck spendete im Auftrage seines Chefs Millionen für den Kameraden. Die Spenden für die Nazis summierten sich auf über 7,5 Millionen Mark.

Flick selbst kümmerte sich um den späteren Generalfeldmarschall Hermann Göring. Er war bei Göring, wie dessen engster Mitarbeiter während der Nürnberger Prozesse aussagte, „absolut Persona grata". Er half Göring beim Aufbau des Stahlwerkes Salzgitter, das zu den besonderen Hobbys des NS-Potentaten gehörte. Zum Geburtstag von Göring glänzte Flick – auch die teuren Geschenke haben Tradition – mit größeren Aufmerksamkeiten, etwa dem Bild eines alten Meisters.

Göring war Flick bei einem der größten Arisierungs-Raubzüge der NS-Zeit behilflich: Der Konzernschmied konnte seinem Imperium den Besitz der tschechoslowakischen Familie Petschek anfügen. Die jüdischen Firmen-Inhaber verfügten über ein Drittel der deutschen Braunkohle-Vorräte.

Kurz vor Ende des Krieges gebot Flick über das größte private Industrie-Imperium im Reiche Adolf Hitlers. „Niemand", lobte Goebbels' Wochenzeitung „Das Reich", „hat die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer mehr verdient als Friedrich Flick."

Am 13. Juni 1945 half Flick all das Geld nicht mehr. Die Amerikaner verhafteten ihn auf seinem Alpenwohnsitz in der Nähe von Bad Tölz. Gemeinsam mit Steinbrinck und seinem Vetter Konrad Kaletsch wurde Flick angeklagt. Der Vorwurf: Sklavenarbeit, Plünderung und Inbesitznahme jüdischer Betriebe.

Flick bekam sieben Jahre. Die relativ milde Strafe erklärte der US-Hauptankläger Robert H. Jackson: „Ich bin gegen derartige weitere Prozesse." Der Grund: Die Amerikaner hatten inzwischen den neuen Feind im Osten ausgemacht und wollten ihre eigene Rüstungsindustrie nicht durch harte Urteile gegen deutsche Rüstungsproduzenten verschrecken.

Als der US-Hochkommissar John McCloy Flick im August 1950 nach fünfjähriger Haft begnadigte, hatte der alte Herr bereits seinen 67. Geburtstag hinter sich. Doch das Beste im Leben des Friedrich Flick sollte erst noch kommen.

Draußen war inzwischen die Christlich-Demokratische Union entstanden, in der Flick bestens repräsentiert war. Sein ehemaliger Privatsekretär Robert Tillmanns gehörte ebenso zu den Gründungsmitgliedern der CDU wie Odilo (genannt Odi) Burkart, ein leitender Mitarbeiter des Konzerns. Tillmanns sollte es bald sogar im Kabinett Konrad Adenauers zum „Bundesminister für besondere Aufgaben" bringen.

Als Flick selbst aus Landsberg entlassen wurde, waren zwar drei Viertel seines Imperiums den Russen in die Hände gefallen, aber er besaß noch die Maxhütte in Bayern, ein Hochofenwerk in Lübeck und Kohle an der Ruhr.

Flick erkannte als einer der ersten Industriellen, daß künftig mehr Geld in der verarbeitenden Wirtschaft als in der Grundstoffindustrie zu verdienen sei. Ganz konsequent trennte er sich von seinem Kohlebesitz. 1954 hatte er rund 280 Millionen Mark flüssig und kaufte sich in aller Stille zunächst bei Daimler-Benz, später bei der Feldmühle und Dynamit Nobel ein.

Zu Flicks wichtigsten Helfern beim Übergang vom Dritten Reich in die zweite Republik gehörte der Bankier Robert Pferdmenges, zugleich Intimus des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Pferdmenges hatte bereits während der NS-Zeit in einigen Flick-Aufsichtsräten gesessen. Später nahm der Kölner Bankier mehrere Mandate für den Konzernchef wahr, als der nach seiner Entlassung noch durch einige Auflagen an seiner vollen Entfaltung gehindert war.

Der vielseitige Pferdmenges kümmerte sich in den frühen Jahren der Republik zugleich um die finanzielle Ausstattung der konservativen Parteien. Auf eine Anregung Adenauers hin wurde die „Staatsbürgerliche Vereinigung" (SV) gegründet. Die älteste und größte Geldwaschanlage der Republik bediente ausschließlich bürgerliche Parteien wie CDU/CSU, FDP, DP und BHE mit Bargeld.

Zu den Gründervätern der SV gehörten Bankiers und Industrieführer von Rang. Das Präsidentenamt übernahm AEG-Chef Friedrich Spennrath, als Beisitzer fungierte Pferdmenges.

Alle Mitglieder des BDI-Ablegers waren sorgsam ausgesucht, die Aufnahmebedingungen so streng wie bei einer geheimen Loge. Wenn auch zunächst als Zweck des Vereins die „Förderung des demokratischen Staatswesens" in der Bundesrepublik ausgewiesen war, so verfolgte die SV als Tarnorganisation für Steuermanipulationen vor allem ein Ziel: mit Millionen-Spenden die SPD von der Macht fernzuhalten.

Die Spendensammler übernahmen das Inkasso bei rund 50 Großunternehmen aus der Industrie, dem Handel, bei Banken und Versicherungen. Allein 1972 und 1976, vor Wahlen zum Deutschen Bundestag, kamen 78,5 Millionen Mark in die Kassen der SV.

Das Haus Flick ließ es sich nicht nehmen, neben den Zuweisungen an die SV selbständig tätig zu werden. Überliefert sind aus den frühen fünfziger Jahren wg.-Zahlungen an den langjährigen CDU-Minister Gerhard Schröder sowie an die FDP-Politiker Ernst Achenbach und Hans Wolfgang Rubin.

Kein Wunder, daß die Angelegenheiten des Hauses Flick bald wieder bestens geordnet waren. Zwar drängelten die alliierten Kommissare noch eine Weile auf eine Liquidation des Flickschen Restreiches. Doch die Bundesregierung machte „gegen diese Maßnahme Bedenken geltend", meldeten die Zeitungen.

Die Bedenken fanden Gehör. Nichts wurde liquidiert. Acht Jahre nachdem Flick aus dem Landsberger Gefängnis entlassen worden war, gratulierte Konrad Adenauer anläßlich Flicks 75. Geburtstag zum „großen und staunenswerten Lebenswerk". Flick hatte es im Greisenalter noch einmal geschafft: Wieder war er der reichste Mann im Staate.

Es wurde für den Alten Zeit, an die Nachfolge zu denken. Flick stellte zunächst den Juristen und Mannesmann-Direktor Wolfgang Pohle als Generalbevollmächtigten ein. Pohle hatte ihn während der Nürnberger Prozesse vertreten und verfügte über erstklassige Beziehungen zur neuen deutschen Politik. Für die CDU zog der Flick-Helfer 1953 in den Bundestag ein. Später wechselte er auf Vermittlung von Franz Josef Strauß zur CSU und bekleidete, prädestiniert wie kein zweiter, bei der bayrischen Regierungspartei das Amt des Schatzmeisters.

Die zweite Neubesetzung im Hause Flick hieß Otto A. Friedrich, ein erfolgreicher Industrieführer während der NS-Zeit. Vom Flick-Sprungbrett schaffte Friedrich den Sprung auf den Präsidentenstuhl der Deutschen Arbeitgeber-Verbände.

⋮

Friedrich Karl hatte Betriebswirtschaft studiert und in der Bundesrepublik sowie in Amerika Erfahrungen gesammelt.

⋮

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XX

Vater Friedrich hielt es für Zeitverschwendung, daß der Sohn durch eine Arbeit über den „Qualitätswettbewerb im marktwirtschaftlichen System" zum Dr. Flick promovierte.

Die Zweifel an der Qualifikation des Sohnes führten den alten Flick zu einem alten Bekannten der Familie: Eberhard von Brauchitsch hatte mit Friedrich Karl während der Berliner Kindertage in der Sandkiste gespielt und war von Vater Flick ebenso wie der eigene Sohn kurz vor dem Zusammenbruch ins bayrische Bad Tölz verfrachtet worden.

Von Brauchitsch arbeitete sich rasch ein. Doch dann kam es zum Krach mit Friedrich Karl. Der Sohn spürte die Konkurrenz. Überdies gerieten die Ehefrauen der beiden Jugendfreunde heftig aneinander. Brauchitsch wechselte 1971 in die Dienste des Verlegers Axel Springer.

Doch ein Jahr später endete das fast 90jährige Leben des Friedrich Flick. Vom Totenbett aus rief FK von Brauchitsch zurück. Axel Springer verstand die Notwendigkeit und ließ v.B. ziehen – nicht ohne ihm auch weiterhin ein stattliches Beraterhonorar zu zahlen.

Als Friedrich Karl seinen Jugendfreund 1982 endgültig feuerte, fand v. B. nochmals Aufnahme bei Springer. Der Verleger gab ihm zu seinem Beratervertrag Wohnung und Büro in Berlin. Erst als Anklage gegen von Brauchitsch erhoben wurde, löste Springer offiziell den Vertrag. v. B. kümmert sich freilich immer noch als Geschäftsführer um die private Vermögensverwaltung des Verlegers.

In den frühen siebziger Jahren arbeiteten Friedrich Karl und v. B. zunächst bestens zusammen. Nach dem Tod des Alten half v. B., die Alleinherrschaft des Sohnes abzusichern.

Dann setzte das Duo zu seinem Herkules-Werk an: Um die Steuerbefreiung für die Daimler-Milliarden durchzudrükken, mußte die traditionelle Spenden-Maschinerie des Hauses Flick auf höchste Touren gebracht werden.

Die Durchstechereien in Bonn, ob es Schmiergelder an die Politiker oder Abendessen für Minister und Beamte waren, besorgte Eberhard von Brauchitsch. Er versprach seinem Firmenchef, er werde die „Schreihälse" aus SPD und FDP, die Flicks Jahrhundertgeschäft nicht zulassen wollten, „aus dem Wege räumen".

Damit meinte der Flick-Vertraute die Bundestagsabgeordneten Böhme, Spöri, Funcke und Matthäus-Maier, die sich in ihren Fraktionen gegen die steuerfreie Wiederanlage des Erlöses aus dem milliardenschweren Verkauf des Flickschen Daimler-Benz-Aktienpakets sträubten.

Flick hätte sich keinen besseren Interessenvertreter als den gelernten Advokaten Eberhard von Brauchitsch wünschen können.

Brauchitsch, Abkömmling einer schlesischen Adelsfamilie und Neffe von Hitlers Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, verfügt über alle Attribute, die schlichteren Volksvertretern Ehrfurcht einflößen.

•
•
•

Geld spielte keine Rolle. Die schwarze Kasse quoll über von jenen Millionen, die von Brauchitsch über die katholische Steyler Mission dem Staat direkt abgeluchst hatte. Doch es fehlte dem Konzernchef und seinen Helfern auch nicht an herkömmlich verdientem Geld.

Aus internen Papieren geht hervor, daß die Flick-Firmen nach Abzug aller Investitionen im Schnitt jährlich 70 Millionen Mark bei der Düsseldorfer Dachgesellschaft abliefern mußten.

•
•
•

Brauchitsch fand nie etwas dabei, „private Mittel für gesellschaftspolitische Zwecke einzusetzen". Denn „ein Konzern" wie Flick, beschreibt Ex-Flick-Manager Manfred Nemitz die Philosophie des Unternehmens, „lebt nicht im luftleeren Raum". Er ist „staatlichen Einflüssen und Tendenzen ausgesetzt, die man entweder für gut befindet oder denen man entgegenzusteuern sucht".

Brauchitsch bekannte auch freimütig, daß während der sozialliberalen Regierungszeit vor allem rechte Flügelmänner der FDP wie Friderichs, Lambsdorff und Möllemann besonders gefördert wurden. Die nämlich sollten die unternehmerfeindlichen Kreise in der SPD „eindämmen".

Doch auch Genossen profitierten von den Segnungen des Hauses Flick, wenn es galt, mit Geldzahlungen den Einfluß der Linken in der SPD zu neutralisieren (siehe Seite 34) oder durch gezielte Spendenzahlungen innerparteiliche Flügelkämpfe zu beeinflussen.

Was da geschah durch das Haus Flick, wie da von einem Konzern Dutzende von Politikern ausgehalten wurden – das ist heute, da alles rauskommt, den Manager- und Unternehmer-Kollegen des FKF und des v. B. überaus peinlich.

•
•
•

SPD/SPENDEN

In anderem Licht

Flick hat auch bei den Sozialdemokraten Berater ausgehalten, um die Politik der SPD-Regierung zu beeinflussen.

•
•
•

Gleichwohl steht fest, daß sozialdemokratische Spendensammler keineswegs behutsamer vorgingen als ihre Kollegen von FDP, CDU und CSU. Sie kannten sich aus mit allen Tricks, das Parteiengesetz zu umgehen: von der illegalen Umwegfinanzierung über gemeinnützige Organisationen bis hin zu getürkten Rechnungen über allerlei nicht erbrachte Leistungen wie Anzeigen, Abonnements und Materiallieferungen, die von den Geldgebern als Betriebsausgaben abgesetzt wurden.

•
•
•

An Hartnäckigkeit ließen es die Sozis beim Eintreiben der Gelder nicht fehlen, wie das Beispiel des inzwischen ebenfalls verstorbenen langjährigen Verlegers des SPD-Organs „Vorwärts", Walter Petersen, zeigt. Petersen hatte Industriellen „Patenschaftsabonnements" der in seinem Neuen Vorwärts Verlag (NVV) erscheinenden kommunalpolitischen Zeitschrift „Die demokratische Gemeinde" aufgeschwatzt. Die Hefte wurden angeblich in die DDR geliefert.

Auch Flick war mit von der Partie. Laut Jahresrechnung 1973 lieferte etwa der NVV im Auftrag des Düsseldorfer Konzerns „monatlich 1000 Exemplare" des Gemeinde-Blatts „an Empfänger in der SBZ", macht 25 232,43 Mark. Als der Betrag knapp zwei Monate später noch nicht eingegangen war, mahnte Petersen prompt den Flick-Gesellschafter Paefgen mit dem höflichen Zusatz: „In der Annahme, daß es sich hierbei um ein Versehen Ihrer Buchhaltung handelt, bitte ich Sie, mir die heutige Erinnerung nicht nachzutragen."

Eingedenk der Tatsache, daß westdeutsche Druckerzeugnisse den DDR-Oberen ein Greuel sind, notierten die Staatsanwälte über den Abo-Komplex: „Dieser Vorgang erscheint – gelinde ausgesprochen – dubios zu sein."

Noch dreister trieb es der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Hilmar Selle, der 1974 beim damaligen

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XXI

Konzern-Gesellschafter Konrad Kaletsch vorstellig wurde und 40 000 Mark im Kuvert erhielt. Beim Nachzählen daheim fehlte ein Tausender, den Selle telephonisch nachforderte.

Diehls Buchführung erfaßte den Vorgang nicht ganz korrekt: Unter dem 9. Oktober 1974 sind „wg. Selle" 40 000 Mark notiert, der Tausender erscheint zusätzlich am 5. November.

•
•
•

Des Chefbuchhalters Diehl berühmtes Kürzel „wg." ziert die Namen vieler SPD-Prominenter – von Parteichef Willy Brandt bis zum Bundestagsabgeordneten Peter Reuschenbach, neuerdings auch Oberbürgermeister von Essen. Die Genossen haben freilich allesamt bestritten, persönlich Geld vom Konzern kassiert zu haben. Und Eberhard von Brauchitsch selbst stellt klar, die Gelder seien stets an Alfred Nau geflosssen und dafür bestimmt gewesen, Sonderaktionen für die unter „wg." genannten Politiker zu fördern. Sonderaktionen hieß in den Flick-Siebzigern vor allem dies: die Regierungspartei SPD bei Laune halten, um die steuerfreie Wiederanlage des Milliarden-Erlöses aus dem Verkauf der Flickschen Mercedes-Aktien nach Paragraph 6 b Einkommensteuergesetz und 4 Auslandsinvestitionsgesetz sicherzustellen.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der SPD-Journalist Günter Markscheffel, ein Mann mit einer ansonsten ehrenwerten sozialdemokratischen Biographie. Während der NS-Zeit in Widerstand und Emigration, hatte sich Markscheffel nach dem Kriege mit seinem hartnäckigen Einsatz gegen die Demontagen von Industrieanlagen in der französischen Besatzungszone verdient gemacht. Er war Herausgeber der SPD-Zeitung „Die Freiheit" in Mainz, später Chef des Bonner SPD-Pressedienstes und zuletzt Gustav Heinemanns Persönlicher Referent im Bundespräsidialamt.

Danach arbeitete Markscheffel, inzwischen Mitte 60, als freier Journalist – und als Flick-Berater. Das Zubrot hat ihm offenbar Eberhard von Brauchitsch verschafft, den er als jungen Studenten in Mainz kennengelernt hatte.

Welche Bedeutung der Manager dem verdienten Genossen im Kampf um die Daimler-Transaktion beimaß, erhellt eine Notiz vom Oktober 1975, in der Brauchitsch dem Pressesprecher des Konzerns, Manfred Kiesewetter, empfahl, sich „alsbald" mit Markscheffel zu treffen:

> Der freie Journalist in Bonn, Günter Markscheffel, mit dem wir bekanntlich freundschaftlich verbunden sind, ist einer der erfahrensten Männer auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Markscheffel hat unsere eigene Public Relation in der vergangenen Zeit kritisch beobachtet und ist sowohl hinsichtlich der Analyse als auch der Strategie, die sich daraus ergibt, fündig geworden . . . Ich lege großen Wert darauf, daß wir aus den Erkenntnissen von Herrn Markscheffel „Honig saugen".

Mit dem Altsozi hatte Brauchitsch einen guten Griff getan. Denn gerade in der SPD-Bundestagsfraktion, zu deren Sitzungen Markscheffel freien Zugang hatte, formierte sich hinhaltender Widerstand gegen das Steuergeschenk für Flick. Markscheffel war fortan zu Diensten mit vielen Berichten über die Stimmung bei den Genossen und mit der Vermittlung von Kontakten.

Brauchitsch wußte das zu schätzen. Zum 1. Januar 1976 erhöhte der Konzern Markscheffels Honorar auf 3000 Mark monatlich „mit Rücksicht auf Ihre so wichtige Beratung für unser Haus".

Im Oktober 1975 berichtete Markscheffel seinem Geldgeber Erfreuliches aus der Fraktion. Zwar habe der Abgeordnete Rolf Böhme für seine Bemerkungen gegen die Steuerbefreiung und für eine Änderung des Paragraphen 6 b „beträchtlichen Beifall" bekommen. Doch sei er nach den Entgegnungen Herbert Ehrenbergs und des Finanzministers Hans Apel „ziemlich klein" geworden. „So, lieber Herr von Brauchitsch", schloß Markscheffel, „ich denke, daß die Kuh jetzt vom Eis ist."

Auch Brauchitsch gab sich nach einer Unterredung mit Böhme im Dezember verhalten optimistisch. „Ich glaube, daß das Gespräch von großem Nutzen war", schrieb er seinem Markscheffel, und daß Böhme „jetzt manches in einem anderen Licht sieht als vordem".

Die Herren irrten. Anfang 1976 schlug der Abgeordnete im SPD-Pressedienst „Volkswirtschaft" schon wieder gegen Flick zu. Da war auch Markscheffel perplex. Der Genosse an den Manager:

> Nach Ihrem Gespräch mit B. hatte ich angenommen, daß jetzt Ruhe ist. Mir ist jetzt noch rätselhafter, was B. eigentlich mit seinen Artikeln bezweckt. Ich bin nämlich sicher, daß es sich um einen Alleingang handelt, der nur den Zweck hat, sich gegenüber Ehrenberg und anderen zu „profilieren".

Kurz darauf riet Markscheffel seinem Gönner, die Attacken endlich zu kontern. „Als das beste Mittel, weitere unsachliche Polemiken zu unterbinden", betrachte er es, „die klare und rücksichtslose Darstellung der wirklichen Absichten der FLICK-KG so bald wie möglich auf den publizistischen Markt zu bringen".

Doch Brauchitsch zog wohl doch die stille Einflußnahme vor. Und Günter Markscheffel hielt Augen und Ohren offen. Im Januar 1977 etwa notierte der Manager für Konzernchef Flick, was ihm „unsere bekannte Quelle" gerade mitgeteilt hatte:

> § 6 b wird akut. Dr. Böhme ist Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Finanzen-Steuern geworden. Ich habe mich mit ihm darüber unterhalten. Er will – zusammen mit den Leuten vom DGB – „reinen Tisch mit 6 b" machen. Sein Anspruch: „Der Brauchitsch kann ja von uns nicht erwarten, daß wir ewig die Klappe halten, und seine Freundschaft mit Friderichs* wird ihm auch nicht nützen."

Auch welche SPD-Abgeordneten er für besonders geeignet hielt, von dem Flick-Mann in Sachen Steuerbefreiung angesprochen zu werden, ließ der Genosse seinen Brauchitsch wissen. Markscheffel im Juli 1978: „Sie sollten sobald wie möglich mit Junghans und Reuschenbach Kontakt aufnehmen"; beide hätten „jetzt Schlüsselpositionen in der Fraktion". Und im Monat darauf: „Achten Sie auch auf Heinz Westphal . . . Der Mann rückt groß noch vor."

In jener Zeit war der sogenannte zweite Geleitzug, mit dem Flick die wiederangelegten Veräußerungsgewinne steuerfrei halten wollte – der Kauf weiterer Aktien des amerikanischen Chemie-Konzerns Grace –, ins Schlingern geraten. Markscheffel vermittelte Brauchitsch Gespräche mit SPD-Fraktionsgeschäftsführer Konrad Porzner und SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg, die der Manager als beruhigend empfand.

Auch von SPD-Finanzminister Hans Matthöfer berichtete der Flick-Berater Erfreuliches, wie Brauchitsch notierte:

> Unser Freund G. M. teilt mir heute mit, daß sich Matthöfer wegen unseres II. Geleitzuges Rückendeckung bei Willy Brandt geholt hat. Willy Brandt habe Matthöfer gesagt: „Ich verstehe zwar nicht viel davon, aber das Ganze scheint doch sehr vernünftig zu sein."

Konrad Porzner muß der Kontakt zu dem großen Mann aus Düsseldorf besonders beeindruckt haben. Nach einem weiteren Gespräch mit dem Wehner-Gehilfen Ende März 1979 schrieb Brauchitsch an Friedrich Karl Flick:

> Aus dem Gespräch mit Porzner ergab sich aber auch, daß Du persönlich und das Haus in Bonn inzwischen einen ganz hohen Stellenwert habt. Man betrachtet unser Haus als eine sicher nicht SPD-freundliche, aber staatspolitisch verantwortungsbewußte Institution und legt im

* Gemeint ist der damalige FDP-Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XXII

Der Spiegel; 3/91; S.24 ff. --> XXIII

Bereich der Führung der SPD und der Fraktion großen Wert darauf, mit uns auch im Beratungsverhältnis Verbindung zu halten.

Günter Markscheffels rastloser Einsatz wurde Ende 1978 mit einem „Sonderhonorar" gewürdigt. „Versuch einer Anerkennung", schrieb ihm Brauchitsch, „für Ihre großen und erfolgreichen Bemühungen um eine Vermittlung zwischen den großen Gruppen in unserer Republik im Jahre 1978. – Wenn Sie wollen, eine Tantieme auf das Beratungshonorar."

Markscheffel konnte auch weiterhin mit Rat und Tat behilflich sein. Nachdem Rolf Böhme zum Parlamentarischen Staatssekretär bei Matthöfer aufgestiegen war, hatte sich nämlich der Abgeordnete Dieter Spöri des Flick-Themas bemächtigt. Immer wieder bohrte der renitente Genosse nach, ob denn die Re-Investitionen des Flick-Konzerns wirklich volkswirtschaftlich so wertvoll seien, daß sie steuerlich gefördert werden müßten.

Auf Anraten Markscheffels beschwerte sich Brauchitsch im März 1979 brieflich bei Willy Brandt, Konrad Porzner und dem Abgeordneten und Vorstandsmitglied der Salzgitter AG, Hans-Jürgen Junghans, über das Störfeuer. Seinem Bonner Berater schrieb er zugleich: „Wenn Sie die Möglichkeit haben . . . bei den Adressaten dieser Briefe ein wenig nachzuhelfen, dann glaube ich, daß die Aktionen von Herrn Spöri abschließend ad absurdum geführt werden können."

Spöri (Brauchitsch: „ein notorischer Demagoge") aber blieb den Herren auch fortan als Störenfried erhalten. Als der SPIEGEL (31/1979) über die Aktivitäten des Abgeordneten berichtete und dabei ermittelte, das Finanzministerium sei in Sachen Flick „zumindest nachdenklich" geworden, eilte Markscheffel flugs zu Hans Matthöfer. Dann konnte er Brauchitsch beruhigen: „Das Ministerium steht unverändert auf dem Ihnen bekannten Standpunkt."

Nicht minder Positives vernahm der Manager in einem Gespräch mit dem SPD-Chef am 11. September 1979. Brauchitsch in einer Aktennotiz: „Herr Brandt hat ausdrücklich bestätigt, daß alle Erwartungen, die in unsere Re-Investitionen gesteckt worden sind, erfüllt wurden."

Am Ende aber waren die Bemühungen des Flick-Lobbyisten von der SPD umsonst. Im November 1981 wurden die Bonner Staatsanwälte bei Buchhalter Diehl fündig und leiteten bald darauf gegen von Brauchitsch ein Verfahren wegen Bestechung ein.

Der Spiegel; 44/84; S.26 ff.

Neue Kulisse, das alte Spiel

Bestechungen

„Das mache ich mit Lothar aus"

Lothar Späth in Not: Groß ist die Aufregung im Ländle nach den Enthüllungen über die Reise- und Urlaubsgepflogenheiten des Regierungschefs. Der bislang unangreifbare Ministerpräsident wackelt. Neue Einzelheiten über teure Trips – mal in die Karibik, mal nach Malaysia – dürften Späth zusätzlich in Bedrängnis bringen.

Für die Bewohner der Karibik-Insel Martinique war es ein besonderer Tag. Auf dem Flughafen Fort-de-France-Lamentin landete zum erstenmal ein Überschallflugzeug vom Typ Concorde. Nur acht Passagiere kamen die Gangway herunter – deutsche VIPs auf Urlaubstour.

Der Jet aus Paris war für mehr als eine halbe Million Mark von dem Industriellen Max Grundig gechartert worden. An Bord waren auch Lothar Späth, heute 53, und seine Ehefrau Ursula.

Nicht minder exklusiv als der Hinflug war das anschließende Urlaubsprogramm. Fast zwei Wochen, mitten im Bundestagswahlkampf Anfang 1987, schipperte die Gesellschaft auf der 62 Meter langen Grundig-Yacht „Maria-Alexandra" mit 20 Mann Besatzung durch die Karibik. Auf der Antillen-Insel Saint Lucia legten die Urlauber einen Zwischenstopp ein, abends ließ Grundig an Bord Filme vorführen.

Für einen wie Späth war die Teilnahme an dem Luxus-Trip nichts Ungewöhnliches.

•
•
•

Enthüllungen über die schlüpfrige Nähe von Späth zu Geld und Gönnern schreckten die Schwaben auf. Lothar Späth, der vor eineinhalb Jahren noch als Konkurrent von Kanzler Helmut Kohl gehandelt wurde und im eigenen Land als unangreifbar galt, muß um seine politische Existenz kämpfen.

Ein Niedergang im Concorde-Tempo. „Was immer noch kommen mag", kommentierte *Die Zeit* vergangene Woche, „Lothar Späth ist politisch am Ende." Die von Helmut Kohl gern gelesene *Bild*-Zeitung ernannte den Schwaben zum „Nassauer des Jahres".

•
•
•

Da ist beispielsweise die SEL, die Späth so häufig zu Diensten war. Offenkundig nicht zum Schaden der Firma.

Nicht nur, daß Späth dem SEL-Chef Lohr Zugang zur philippinischen Präsidentin Corazon Aquino und zu Indonesiens Staatspräsident Suharto verschaffte. Auch mit der baden-württembergischem Landesverwaltung kam der Elektronikkonzern gut ins Geschäft.

Auf Weisung von Späths Staatsministerium bekam SEL ohne Ausschreibung den Zuschlag über die Ausstattung der gesamten Landesbehörden mit Telefax-Geräten. Das war 1984, im Jahr der ersten Ägäis-Schiffstour der

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXIII

Familie Späth auf Einladung von SEL-Chef Lohr. Der erste Mann des Landes bemühte sich auch, die Bundeswehr zur Anschaffung von SEL-Feldtelefonen zu bewegen.

Mit keinem aus der Großindustrie ist Späth so eng wie mit Daimler-Vorstand Werner Niefer, 62. Und auch diese Kumpanei wirft offenbar gegenseitigen Gewinn ab.

Da sind einige gemeinsame Urlaubs- und Vergnügungsreisen, mit und ohne Familien. Es ging nach Kanada, Fernost, auch zur Olympiade nach Seoul.

Was hat Niefer nicht alles schon für seinen Freund Lothar getan. Der frühere Wirtschaftsminister Martin Herzog war beispielsweise eine Empfehlung des Mercedes-Managers.

•
•
•

Was hat Späth nicht auch alles für Niefer und seine Firma getan. Bis zur gemeinsamen Kanada-Reise war der Stuttgarter Regierungschef einer der eifrigsten Befürworter der schnellen Katalysator-Einführung. Nach der Tour plädierte der Ministerpräsident für ein behutsameres Vorgehen in Sachen Katalysator. Reisen bildet.

Beim Ausbau der Daimler-Benz AG zum größten deutschen Konzern griff Späth persönlich in die Fusionsverhandlungen ein. Er sorgte dafür, daß die Flugzeugfirma Dornier nicht an Mannesmann oder BMW fiel. Wie ein Unternehmensmakler bedrängte er in einer Nachtsitzung die verzweigte Dornier-Sippe, doch an Daimler-Benz zu verkaufen.

1986 schanzte Späth dem größten deutschen Konzern Subventionen über 100 Millionen Mark zu. Mit dem Geld wurde die reiche Firma (Barreserven damals: elf Milliarden Mark) beim Bau eines Werks in Rastatt unterstützt. „Moral und Ethik“, kritisierte die Mittelstandsvereinigung der CDU im Ländle, seien „gefährdet“.

Späth machte sich auch für eine Lieblingsidee seiner Tennisfreunde Edzard Reuter und Heinz Dürr stark. Der Daimler- und der AEG-Chef wollten die Universität Ulm, einst bescheidenste unter den Hochschulen Baden-Württembergs, zu einer Denkfabrik der Industrie umbauen.

Weil Späths Wissenschaftsminister Helmut Engler vor einer allzu engen Verbindung von Industrie und Wissenschaft warnte, entzog Späth dessen Ministerium die Kompetenz über das Projekt und räumte Reuters Konzern wichtigen Einfluß bei der Umgestaltung der Uni ein.

Immer wenn der Stuttgarter Mammutkonzern Probleme mit dem Staat hatte, war das ein Fall für Niefer. „Das mache ich mit Lothar selber aus“, brüstet er sich.

•
•
•

Einige von Späths Freunden bewegen sich in zweifelhaftem Umfeld oder sind selbst in justitiable Geschäfte verstrickt. An ihnen hält Kumpel Späth in Treue fest, etwa an seinem Steuerberater Roland Scheuer.

Gegen Scheuer wird seit Jahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Betrug ermittelt. Scheuer hatte sich als Steuerberater eines zwielichtigen Firmenverbundes betätigt, der nach Ansicht der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität Geldanleger gelinkt hatte.

Scheuer betreut auch die Firma Reko, die Gesellschaft des Giftmüllschiebers Walter Reinger, der über eine Briefkastenfirma in der Schweiz mit dem Land Baden-Württemberg eine gemeinsame Firma betreibt, um gefährlichen Müll außer Landes zu bringen (SPIEGEL 34/1990).

Späth-Freund Hans Schlampp, ein wegen Beihilfe zur Bestechung und versuchten Betrugs verurteilter Bauunternehmer aus Mannheim, ist trotz eines Haftbefehls auf freiem Fuß und wartet auf seinen nächsten Prozeß.

Dessen Skatbruder, der Sauerkrautfabrikant Hermann Manz, wurde wegen Subventionsbetrugs in Millionenhöhe zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten verurteilt. Manz genießt häufig die Vorzüge eines Hafturlaubs.

Der Spiegel; 3/91; S.24 ff.

Das goldene Schlitzohr

Der Stuttgarter Dienstreisen-Ausschuß kommt kaum voran: Späth hat Gedächtnislücken, die CDU blockiert die Ermittlungen.

•
•
•

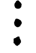
Auch seinen Parteifreunden gebricht es offenbar an Problembewußtsein. Demonstrativ schwiegen sie letzte Woche bei der Vernehmung im Landtag. Mit Geschäftsordnungs- und Verfahrenstricks hatte die Mehrheitspartei zuvor schon den Affären-Ausschuß blockiert. „In Wirklichkeit“, urteilte ein CDU-Mitglied, „ist das nur Kasperltheater.“

•
•
•

Allzeit bereit stand für ihn Fluggerät von Firmen wie Bosch und Daimler-Benz, Dornier oder dem Badezimmerausrüster Duscholux. Das persönliche Büro Späths im Stuttgarter Staatsministerium agierte als eine Art Mitflugzentrale: Nahezu Woche für Woche orderte es Jets der Industrie sowie Hubschrauber von Prominenten wie beispielsweise dem Donaueschinger Fürsten Joachim Egon Maximilian Friedrich Leo Joseph Maria Hubertus Fürst zu Fürstenberg.

Mit Maschinen von Daimler-Benz und Bosch ließ sich Späth beispielsweise 1978 und 1979 mal zu Bundesratssitzungen, mal zum CDU-Bundesparteitag, mal zur CDU-Strategiekommission befördern.

Mit fixen Fliegern, geordert bei Blendax (Zahnpasta), SEL (Elektronik) oder Burda (Medien), jettete er 1980 bei Wahlkampfeinsätzen kreuz und quer durch die Republik. Eine verdeckte Parteienfinanzierung habe er in dem Flug-Sponsoring nie gesehen, erwiderte Späth auf eine Frage des SPD-Ausschußvorsitzenden Frieder Birzele.



Spendieren ließ sich Späth nicht nur Dienstreisen. Stattlich ist auch die Liste von Vergnügungstouren, die in den letzten Monaten publik wurden (SPIEGEL 2, 3, 7/1991) – darunter Segeltörns mit Familie auf Kosten von SEL, ein Concorde-Flug in die Karibik mit dem Unternehmer Max Grundig und Privatreisen mit Duzfreunden wie dem nordbadischen Bauunternehmer Hans Schlampp.

Vor dem Ausschuß offenbarte Späth jetzt, daß er Ostern 1982 auch mit dem Großbetrüger und ehemaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, in Israel urlaubte. Einen „Teil“ der Reise will Späth selbst bezahlt haben – wieviel, sagt er nicht: „Doch es kann gut sein, daß Nachmann den größten Teil der Kosten übernommen hat.“

Um Buchführung oder Belege will er sich nie gekümmert haben. Wann immer Späth im Ausschuß nicht weiter weiß, rettet er sich in Erinnerungslükken: „Fragen Sie den Gastgeber“, wimmelt er Fragen nach der Reisefinanzierung ab.

Auch von der illegalen Parteifinanzierung über Spendenwaschanlagen wie den „Verband der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums e. V.“ hatte Späth, wie er erneut beteuerte, angeblich keine blasse Ahnung.

Zwar galt der Klub zur Eigentums-

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

förderung CDU-intern als „unser Verband“: Im Vorstand saßen regionale CDU-Größen, überdies logierte der Spendenwaschsalon im Gebäude der Stuttgarter CDU-Landesgeschäftsstelle, Hohenheimer Straße 9.

Doch als der Grüne Schlauch wissen wollte, ob Späth „nicht mal neugierig gefragt“ habe, was die Partei denn da für einen spendenträchtigen Verein beherberge, verneinte das „Cleverle“: Er sei da „wirklich ohne Arg“ gewesen.

Zur Farce zu werden droht die Arbeit des Ausschusses, der neben den Zuwendungen an Regierungsmitglieder auch den Justiz-Filz im Ländle ausleuchten soll, nicht nur wegen der Späthschen Vernebelungstaktik („Es könnte so, so oder so gewesen sein“), sondern auch aufgrund der Blockadepolitik der christdemokratischen Mehrheit.

Schon den Untersuchungsauftrag hatte die CDU im Landtag kräftig gestutzt (SPIEGEL 5/1991), obwohl das Untersuchungsausschußgesetz unzweideutig feststellt, „der in einem Minderheitsantrag bezeichnete Untersuchungsgegenstand“ dürfe „gegen den Willen der Antragsteller nicht geändert werden“.

Zunächst drückte die CDU durch, daß der Ausschuß umbenannt wurde: Statt um „Zuwendungen an Regierungsmitglieder“ geht es jetzt, unverfänglich, um die „Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern“.

Um unangenehme Wahrheiten verbergen zu können, sorgte die CDU überdies dafür, daß viele kritische Fragen gar nicht gestellt werden dürfen. Beweisanträge etwa der Grünen wurden reihenweise abgebügelt.

So wurde die ursprünglich vorgesehene Suche nach „ministeriellen Weisungen“ unmöglich gemacht, die nach Vermutung der Grünen zur Schonung straffällig gewordener Prominenter durch die Landesjustiz geführt haben könnten. Verborgen in ministeriellen Stahlschränken sind weiterhin Akten zur Wirtschafts- und Wohnbauförderung, die womöglich eine besondere Bevorzugung regierungsnaher Günstlinge beweisen.

⋮

Die Vernehmung des Zeugen Späth hat gezeigt, zu welchen abstrusen Konsequenzen die Verdunklungstaktik der CDU führt. Späth wurde zu seinem Fall als erster Zeuge gehört, damit er ausführlich seine Sicht präsentieren konnte.

⋮

Aufgefallen ist ihm jedoch, daß ihm der frühere SEL-Boß Helmut Lohr einen Betrag von 5470 Mark in bar nach angeblicher Rückzahlung wieder zugesteckt hat. Späth will das Geld als Spende an den CDU-Landesverband weitergeleitet haben. Doch dort wurde der Betrag nie verbucht. Die Buchhaltung habe ihn nicht einordnen können, exkulpiert sich Späth für das Fehlen von Belegen bei der mysteriösen Transaktion.

Der Spiegel; 13/91; S.28 ff.

Konto für Imagepflege

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden Lothar Späth wegen des Verdachts der Bestechlichkeit.

Die Weisung aus der Staatskanzlei des baden-württembergischen Ministerpräsidenten an das Wirtschaftsministerium war eindeutig. Unbedingt müsse, so ließ Lothar Späth anordnen, eine Kooperation des deutsch-französischen Elektronikkonzerns SEL mit der ungarischen Fernsehgerätefirma Skala Coop staatlich gefördert werden – egal wie.

Doch die einschlägigen Bestimmungen griffen nicht. Weder handelte es sich bei dem Stuttgart-Budapester Joint-venture, das sich den Namen Selectronic gab, um ein förderungswürdiges Entwicklungsprojekt, noch war der Partner ein zuschußbedürftiges mittelständisches Unternehmen.

Guter Rat war im Wirtschaftsministerium bald beschafft: Die Experten erfanden, um den Herzenswunsch des Christdemokraten Späth zu erfüllen, ein „Konzept einer überbetrieblichen Förderungsmaßnahme“.

Zum Träger des staatlich geförderten Programms wurde die Carl-Duisberg-Gesellschaft bestimmt, eine Stiftung für Berufsausbildung in Partnerländern der Bundesrepublik. Hintergrund der ungewöhnlichen Aktion: Bei einer Reise nach Ungarn 1986 hatte Späth seinem damaligen Freund, dem SEL-Chef Helmut Lohr, versprochen, das deutsch-ungarische Joint-venture des Konzerns zu unterstützen.

⋮

Nun erscheine, resümiert der Leitende Oberstaatsanwalt Dieter Jung, auch eine gemeinsame Ägäis-Reise von Späth und Lohr im Mai 1986 „in einem anderen Licht“. Deren Kosten von rund 88 000 Mark hatte der SEL-Konzern übernommen. Sollte sich ergeben, daß SEL auf Späths Veranlassung von 1986 an rechtswidrig Finanzhilfen des Landes erhalten habe, sei ein Anfangsverdacht der Bestechlichkeit begründet.

Der Spiegel; 31/91; S.75 f.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XXV

2.1.2.5.2. Drehbuchaffäre

Der Spiegel; 37/92; S.50 ff. --> XXVI

Die Drehbuchaffäre

Entsprechend gestützt

Düsseldorfs Gesundheitsminister Heinemann zieht wohlpräpariert vor den Untersuchungsausschuß zur Ärzte-Affäre – mit einem Katalog von Fragen und Antworten.

Das wird ein starker Auftritt. Schon die erste Frage des Ausschußvorsitzenden wird der Düsseldorfer Gesundheitsminister Hermann Heinemann, 64, klar und eindeutig beantworten. Die Angaben zu seiner Person im Landtagshandbuch, wird der weißhaarige Sozialdemokrat jovial sagen, reichten völlig aus.

⋮

Lampenfieber sollte bei dem Minister gar nicht erst aufkommen, wenn es dort in den nächsten Wochen um seine Rolle bei der Vergabe von Fördermillionen an das Bochumer Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie GmbH (EFMT) geht. Was immer sich die Opposition einfallen läßt, um Heinemanns Part möglichst dubios erscheinen zu lassen – der gelernte Bankkaufmann glaubt, er habe das Zeug, jederzeit Herr der Lage zu bleiben.

Ein Beraterstab hat den Chef des Düsseldorfer Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bestens präpariert: Ein richtiges Drehbuch haben die Helfer verfaßt, über 130 Seiten dick. Nach Auswertung von Aktenbergen, SPIEGEL-Geschichten und Landtagsprotokollen hat das Team alle, wirklich alle „nach der Aktenlage denkbaren Fragen" aufgeschrieben.

Wichtiger noch: Dankenswerterweise haben die Autoren auch die „vorgeschlagenen Antworten" mitgeliefert, rund 300 an der Zahl.

⋮

Übersichtlich ist der Fragen- und Antwortenkatalog in die Teile A bis M eingeteilt. Um Heinemann oder andere Zeugen aus seinem Ministerium nicht zu verwirren, wird schon auf dem ersten Blatt verraten, daß „dabei auch Überschneidungen auftreten" können. Im Notfall sollen die Genossen dem Minister im Ausschuß mit „Stützfragen" aus der Klemme helfen – etwa:

Frage: Kann man nicht aus dem Schreiben der Stadt Bochum vom 11. 12. 1990 den hohen strukturpolitischen Stellenwert des geplanten Forschungsvorhabens folgern?

Antwort: Ja, ohne Zweifel.

Der Auftritt ist trefflich vorbereitet. Spannend genug war schon die bisherige Szenenfolge: Dem Chef des Düsseldorfer Gesundheitsministeriums waren zwei junge Doctores aus dem Revier ans Herz gewachsen. 1988 hat er sie erstmals besucht, später machte er für die Röntgenologen Rainer Seibel und Dietrich Grönemeyer ordentlich Werbung, auch als Patient schaute er mal vorbei.

Kurz nach dem letzten Check-up des Ministers bekamen Grönemeyer und Seibel 26,1 Millionen Mark für einen Großgerätepark überwiesen – Technik vom Feinsten, wie sie wohl keine Universitätsklinik hat. Bewilligt hatte die Förderung Heinemanns MAGS (SPIEGEL 10/1992).

Der Geldsegen mobilisierte Deutschlands Ärzteschaft. „Ein unerhörter politischer Skandal", kritisierte Peter Peters, Direktor des Instituts für Klinische Radiologie an der Uni Münster. Der Fall Heinemann wurde Thema eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Besonders unangenehm für die Sozialdemokraten: Zwei weitere Ministerkollegen sind in Affären verstrickt, die bei dieser Gelegenheit mit aufgehellt werden sollen.

⋮

Heinemanns Fall macht die Genossen nervös. SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann befürchtet, „daß dem Hermann keiner helfen kann". Heinemanns möglicher Nachfolger, der Duisburger SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Pflug, hingegen glaubt, daß der Minister „siegreich" aus der Affäre herauskommen werde. Pflug kennt den Fragen- und Antwortenkatalog genau und setzt offenkundig auf das Drehbuch.

⋮

Der im Hause Heinemann gefertigte Wälzer mit den vielen Fragen und den geschickten Antworten war dem listigen SPD-Obmann im Untersuchungsausschuß, Ernst Walsken, noch nicht ausführlich genug. Er ließ zusätzlich ein geheimes Zehn-Seiten-Papier zur „Strategie im Fall EFMT" anfertigen, das auch im Heinemann-Ministerium kursiert.

„Die Sachentscheidung", ist da zu lesen, müsse „immer wieder gegen den Filz- und Verleumdungsvorwurf gestellt" werden. Ganz leicht wird das nicht fallen. Denn die großzügige Alimentierung des Ärzte-Teams steckt, den Ausschußakten zufolge, voller Merkwürdigkeiten.

So bewilligte Heinemanns Ministerium bereits Monate vor der Gründung des EFMT großzügig die Zuschüsse für das Millionenprojekt. Vorgeschlagene Antwort: „Der Antrag des EFMT auf Förderung lag . . . bereits geraume Zeit vor und wurde in der Folgezeit nur noch modifiziert."

Nach dem Gesellschaftsvertrag betrieb das EFMT „ausschließlich Grundlagenforschung". Heinemann aber beteuerte noch am 5. Februar dieses Jahres, in dem Institut solle „keine Grundlagenforschung" betrieben werden. Vorgeschlagene Antwort: „Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Begriff ‚Grundlagenforschung' möglicherweise aufgrund eines Mißverständnisses in den Gesellschaftsvertrag des EFMT eingeflossen ist."

⋮

Weitere Vorwürfe: Die fällige Handelsregister-Eintragung erfolgte zu spät. Zudem wurde den Betreibern des Instituts vom Ministerium empfohlen, eine eigene Vermarktungsgesellschaft zu gründen – schwer möglich bei einer gemeinnützigen Gesellschaft. So ist die Lage nicht ganz einfach für die Genossen. „Grundsätzlich kann der verfahrensleitende Grundgedanke nur sein", so steht es in dem Strategiepapier, „daß jeder als Zeuge Geladene nur zu seinem eigenen verantwortlichen Handlungsbereich befragt werden" solle.

Und: „Interpretation und Wertungen zu Dokumenten, Aussagen, Vorhaltungen etc., für die andere die Verantwortung tragen, sind eigentlich nicht zulässig. Von der Fraktion muß dieser Ansatz entsprechend gestützt und durch Entlastungsfragen etc. aktiv mitgetragen" werden.

„Auf diese Weise" könnten „am ehesten mögliche Widersprüche vermieden, zumindest jedoch minimiert werden".

Am besten wäre es wohl, die Opposition bekäme auch ein paar Exemplare.

Sonst noch Fragen?

Der Spiegel; 37/92; S.50 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXVI

2.1.2.5.3. Beispiele für Staats- und Wirtschaftsverfilzung auf allen Ebenen
Neue Presse 23.05.92; Der Spiegel; 52/91; S.80 f. --> XXVII

Beispiele für Staats- und Wirtschaftsverfilzung auf allen Ebenen

------

Die kommunale Ebene

Rechnungshof hatte auf Korruption hingewiesen

Taunus-Mafia zog sogar Minister über den Tisch

Wiesbaden (li). – Seit dem Auffliegen der Korruptionsaffäre im Hochtaunus überschlagen sich die Politiker mit Forderungen nach Überprüfung der Bauaufträge in den Kommunen. Doch jetzt sickert durch, daß die Prüfung durch den Hessischen Rechnungshof wohl funktioniert hat, daß aber die korrupten Taunus-Mafiosi sogar die aufsichtführenden Ministerialen in Wiesbaden über den Tisch gezogen haben.

Neue Presse 23.05.92

Teure Erde

Im hessischen Hochtaunuskreis wandern Politiker und Beamte reihenweise ins Gefängnis – Strafverfolger sprechen von „höchster Korruptionsdichte".

.
.
.

Doch die Affäre um die beamtete „Taunus Connection" *(Frankfurter Rundschau)* steht erst am Anfang, Dutzende von Verfahren werden folgen. Denn der noble Landkreis, in dessen grünen Hügeln der Frankfurter Geldadel bevorzugt Wohnung nimmt, weist nach den Erkenntnissen der Frankfurter Staatsanwaltschaft „die höchste derzeit bekannte Korruptionsdichte" einer deutschen Verwaltung auf.

Das gab es noch nie: Im Taunus waren, ohne Ausnahme, „die Kosten für jede einzelne Bauleistung" des Kreises oder der Gemeinden, so der ermittelnde Staatsanwalt Günter Wittig, 38, „vorher ausgehandelt oder getürkt". Die hilfreichen Politiker fühlten sich derart sicher, daß Schmiergelder in sechsstelliger Höhe noch flossen, als im benachbarten Frankfurt längst reihenweise korrupte Beamte ins Gefängnis gesteckt wurden (SPIEGEL 23/1990).

Und noch etwas ist neu im Taunus: Bei den „Entscheidungsträgern", so Strafverfolger Wittig, hätten nicht etwa die örtlichen Baufirmen das Schmiergeld angeboten. Vielmehr seien die Politiker „als Fordernde" aufgetreten.

Das Handlungsmuster beschrieb ein beschuldigter Beamter am Beispiel des früheren Bürgermeisters von Schmitten, Georg Hahl (CDU): Der habe von den Unternehmern erst „nur Parteispenden" verlangt. Danach aber sei sein gesamtes persönliches Handeln von der „Sucht nach Geld" bestimmt worden. Mindestens 615 000 Mark, rechnete ein Beschuldigter den Strafverfolgern vor, seien so in die Privatschatulle des Bürgermeisters geflossen. Hahl ist der einzige der Inhaftierten, der die Vorwürfe bestreitet.

Daß der ungewöhnliche Schmiergeldsumpf überhaupt ans Licht kam, war anfangs nur ein Nebenprodukt der Frankfurter Bestechungsaffäre, in der bislang rund tausend Unternehmer und öffentliche Bedienstete als Beschuldigte geführt wurden – Höchststrafe bisher: sieben Jahre Gefängnis; 600 Verfahren stehen noch aus.

Um seine Frankfurter Schmiergeldaktionen zu beschönigen, hatte ein kleiner Bauunternehmer die Fahnder aufgefordert, doch einmal in den benachbarten Hochtaunuskreis zu schauen. Dort steckten die örtlichen Bauunternehmer, Beamte und auch die Politiker „alle unter einer Decke".

Die Staatsanwälte sondierten und stießen zwischen Königstein und Bad Homburg alsbald auf groteske Verhältnisse: Ausschreibungen öffentlicher Bauprojekte gab es, wenn überhaupt, nur im engsten lokalen Rahmen. Endgültig alarmierte die Strafverfolger dann ein Bericht des CDU-Politikers Herbert Alsheimer. Der Chef des Finanzausschusses im Kreistag hatte das Vertrauen seiner Partei und alle Ämter verloren, als er es einmal wagte, erweiterte Ausschreibungen zu fordern.

In den Akten und bei ihren Vernehmungen stießen die Ermittler folgerichtig auf „unglaubliche Zustände" (Wittig) mit mehrstelligen Millionenschäden für Kreis und Gemeinden. Galuschka etwa

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXVII

Der Spiegel; 15/91; S.72 f.; 18/91; S.118 f.; 51/91; S.77 ff. --> XXVIII
Der Spiegel; 11/92; S.126 f. --> XXVIII

ließ sich für jeden Kubikmeter Erde, den Bauunternehmer im Kreis bewegten, eine Mark bezahlen. Die Endabrechnungen, die den Behörden für den teuren Erdaushub präsentiert wurden, fielen so hoch aus, daß auch die Unternehmer noch zu ihrem Reibach kamen.

So war es auch im Fall eines Baubeamten, der dringend 400 000 Mark benötigte. Der Staatsdiener zeichnete einem kleinen Bauunternehmer fingierte Rechnungen über ein Mehrfaches des Betrags ab, um anschließend seinen Anteil zu kassieren.

Selbst an einer fünfstelligen Geldstrafe wegen Untreue, die ein Bürgermeister berappen mußte, weil er eine vorherige Geldstrafe wegen eines Amtsvergehens aus der öffentlichen Kasse bezahlt hatte, verdiente die örtliche Bauwirtschaft nach Angaben der Geständigen noch mit: Sie zahlte die Strafe für den Politiker, und üblicherweise flossen solche Beträge dann „mit an die 300 Prozent Aufschlag" (Wittig) in die nächste Rechnung ein.

Der Spiegel; 52/91; S,80 f.

Wie in Palermo

Mehrere Schmiergeldaffären erschüttern den traditionellen Ruf Münchens, eine saubere Verwaltung zu haben.

Der Spiegel; 15/91; S.72 f.

Im Garten verbuddelt

In die auswuchernde Münchner Schmiergeldaffäre sind offenkundig auch Behörden verwickelt – und der Siemens-Konzern.

•
•
•

Die Erdinger Spezialisten sind während der Ermittlungen um Machenschaften beim Bau eines neuen Münchner Klärwerks überraschend schnell auf einen Sumpf aus Manipulationen, Protektion und Korruption gestoßen. Was sich zunächst, ähnlich den schweren Korruptionsskandalen in West-Berlin 1985 und Frankfurt 1990, wie eine kleine kommunale Schmiergeldaffäre ausgenommen hatte, entpuppt sich jetzt immer mehr als kriminelles Komplott im Stil eines Verbrechersyndikats.

In den Bestechungsskandal sind mittlerweile mehrere Referate der Stadt München, staatliche Baubehörden, die örtliche Bundesbahndirektion und die Münchner Flughafengesellschaft verwickelt. Geschmiert wurde, so steht zu vermuten, beim neuen Airport der Bayern-Metropole ebenso wie beim U-Bahn-Bau und bei einer Vielzahl kleinerer und größerer städtischer Projekte.

Der Spiegel; 18/91; S.118 f.

Gebühren für Wegelagerer

Erste Anklage im Münchner Bestechungsskandal: In die Schmiergeld-Affäre ist auch der Weltkonzern Siemens verstrickt.

Verabredungsgemäß sitzt der seriöse ältere Herr im Foyer des feinen Hotels Zürich und blättert in der *Süddeutschen Zeitung*. Die attraktive jüngere Dame, die auf ihn zusteuert, hält als Erkennungszeichen den neuesten SPIEGEL in der Hand.

Sie flüstert ein Kennwort, er auch eines – alles klar: Die Frau händigt dem Herrn diskret ein Köfferchen mit 115 000 Mark Bestechungsgeld aus.

Die Szene, die einem schlechten Krimi entstammen könnte, soll sich nach Erkenntnissen der Münchner Staatsanwaltschaft im November 1988 in der Schweizer Bankenmetropole abgespielt haben. Sie gehört zu einem handfesten Korruptionsskandal um Münchner Großbauprojekte, der knapp zweieinhalb Jahre später aufgeflogen ist.

Der Geldempfänger von Zürich war, so ermittelten die Strafverfolger, der Rentner und ehemalige Siemens-Vertriebsingenieur Joseph Kraemer, heute 70, eine Schlüsselfigur in der Münchner Schmiergeld-Affäre.

Das Geldköfferchen überbrachte eine Mitarbeiterin der Schweizer Siemens-Tochterfirma Sibag, die in Zürich das Vermögen der Auslandsniederlassungen verwaltet.

•
•
•

In der Affäre, die seit neun Monaten schwelt, geht es insgesamt um ein Auftragsvolumen von über 100 Millionen Mark und rund 5 Millionen Mark Schmiergelder (SPIEGEL 18/1991).

•
•
•

Obendorfer kontrollierte seinerzeit im Baureferat alle Elektro-Aufträge der Stadt und fungierte überdies als örtlicher Bauleiter des Halbmilliarden-Projekts Klärwerk II. Auf der Baustelle in Dietersheim nördlich von München trug Obendorfer, wohl nicht von ungefähr, den Spitznamen „Mr. Siemens".

Die Komplizen auf der Seite der Schmiergeld-Empfänger waren größtenteils geständig: Sie schanzten einer Münchner „Elektro-Mafia" (Kripo) aus über 20 Firmen nahezu alle Aufträge zu.

Obendorfer lieferte die ihm schon vorliegenden Kostenangebote und verriet, was die Stadt für die ausgeschriebenen Baulose auswerfen wollte. Kraemer sondierte bei der Mafia mit Hilfe seiner Siemens-Verbindungen, welche Firma sich im Zuge illegaler Preisabsprachen jeweils am besten als Billigstbieter eignen würde.

Der rührige Pensionär soll auch den Fluß der Bestechungsgelder organisiert haben – normalerweise wurden drei Prozent der Netto-Auftragssummen bezahlt. Zwei Prozent nahm „Mr. Siemens" im Baureferat, ein Prozent kassierte Kraemer selber.

•
•
•

Die Ermittler fragen sich nun, ob derlei branchenübliche Schmiergeldpraktiken nur bei Projekten wie dem Klärwerk München II an der Tagesordnung waren. Etliche Spuren des Münchner Bestechungsskandals, in den auch ein halbes Dutzend staatlicher Behörden verwickelt sind, führen beispielsweise zum Mammutbau des neuen Münchner Großflughafens (Kosten: 8,5 Milliarden Mark): Zwei mittelständische Elektrobetriebe, beide von der Klärwerk-Clique, sind bereits Ermittlungen der Kripo ausgesetzt.

Der Spiegel; 51/91; S.77 ff.

Obendorfer hatte der Münchner Siemens-Niederlassung für Anlagentechnik, aber auch anderen Nutznießern eines illegalen Firmenkartells millionenschwere Aufträge aus städtischen Klärwerksprojekten zugeschanzt: Er verhökerte die Bieterlisten der Konkurrenz samt den Kostenanschlägen der Stadt.

Wenn die Kartellbrüder dennoch Probleme hatten, einen der Ihren als Billigstbieter bei der Ausschreibung durchzubringen, half Obendorfer mit Manipulationen wie etwa Tipp-Ex-Korrekturen in Rabattangeboten nach.

Auch die Firma Siemens profitierte von derlei Gefälligkeiten. Sie berappte für Obendorfer und dessen Kompagnon, den Siemens-Pensionär Joseph Kraemer, 70, insgesamt Bestechungs-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXVIII

gelder von fast drei Millionen Mark – mit verblüffender Leichtigkeit.

Das war es, was in dem Verfahren den Weltkonzern erst richtig in die Bredouille brachte: Wie konnten hohe Beträge so ohne weiteres von einem Schweizer Siemens-Konto für Auslandsprovisionen abgerufen und als Zahlungen für Korea- oder Iran-Aufträge verbucht werden, die teilweise nicht einmal existierten?

Richter Bechert warf immer wieder die Frage auf, ob da womöglich „alles nach einer Siemens-Firmenphilosophie abgelaufen" sei. „Man spricht dezent von ‚Provisionen' statt ‚Schmiergeld'", so Bechert in seiner Urteilsbegründung, „als seien levantinische Methoden erst am Ostrand des Mittelmeers zu Hause."

⋮

Dafür gab es im Prozeß wenigstens ein paar Anhaltspunkte für die Vermutung, daß Inland-Schmierereien bei Siemens gang und gäbe waren. So sagte der Angeklagte Manfred Signer aus, er habe seinerzeit im Klärwerksfall seinen Vorgesetzten Michael Tacke, damals wie heute kaufmännischer Chef der Zweigniederlassung München, bereits „vor dem ersten Geldfluß" informiert. Einzige Reaktion Tackes laut Signer: „Er nahm es zur Kenntnis, damit war der Fall erledigt."

Am Geldfluß beteiligt waren die Siemens-Standorte München, Erlangen und Karlsruhe. Dort schien es buchstäblich in der Luft gelegen zu haben, daß die Firma an das begehrte „Referenzprojekt" (so etliche Angeklagte) Klärwerk München II nur mit Inlandsprovisionen herankommen würde. Wo immer der Drahtzieher Kraemer auftauchte, der das Geschäft schon zu seiner aktiven Zeit bei dem Elektrokonzern nebenher betrieben hatte, waren seine Ansprechpartner in der jeweiligen Firmenleitung ganz gut im Bilde.

⋮

Die Manager von Siemens mischten jedenfalls, das muß nach dem Prozeß als erwiesen gelten, an vorderster Stelle in einer Elektro-Mafia mit, die nach Einschätzung der Kripo „organisierte Wirtschaftskriminalität in Reinkultur" betrieb.

Konsequenzen hat der Konzern aus dem Schmiergeldskandal bislang offenbar nicht gezogen. Die Beschuldigten durften auf ihren gutdotierten Posten bleiben oder in Rente gehen. Die Familienfirma ersparte den Angeklagten, mit 100 000 Mark Kaution pro Mann, auch die Untersuchungshaft sowie die Kosten der Verteidigung. Er finde es „sehr nobel", bedankte sich Ex-Vorstand Keim vor Gericht, „daß man mich sogar als Pensionär unterstützt".

Der Spiegel; 11/92; S.126 f.

Die Landesebene

„Auf Ihr ausdrückliches Anraten"

Der Name der Firma Van der Valk sei ihm „überhaupt nicht geläufig", versicherte Verkehrsminister Günther Krause auf Fragen nach der Raststätten-Affäre. In Wahrheit hat sich der einstige DDR-Politiker, wie neue Dokumente zeigen, persönlich für die Firma eingesetzt und schriftlich auf „sofortige" Erledigung gedrängt.

Der Spiegel; 26/91; S.36 ff.

Wirklich ein dickes Ding

Entgegen allen Dementis ist in der Raststättenaffäre doch Geld geflossen – an den Erfurter CDU-Innenminister Böck.

Ein paar Wochen vor Heiligabend, an Allerheiligen 1990, rüstete ein Pfarrer zur Bescherung.

In der Kantine der Bezirksverwaltung Erfurt traf er mit dem thüringischen CDU-Landeschef Willibald Böck, 45, zusammen. Nach ein paar Artigkeiten zog der ostdeutsche Geistliche ein dikkes Couvert aus der Aktentasche. Der Briefumschlag enthielt gebündeltes Bares – vier Päckchen à 5000 Mark.

Das Geld, eröffnete der Sendbote dem Christdemokraten, komme „von den Geschäftsfreunden aus Hessen", es sei für den Bundestagswahlkampf bestimmt. Böck nickte.

Dann riß der Pastor ein Blatt aus seinem Kalender. Er notierte: „Quittung 20 000,-- bar erhalten, Erfurt den 1. XI. 1990". Der Vorsitzende der thüringischen Christdemokraten unterschrieb den Beleg – „Böck".

Sieben Tage später wurde Böck als Innenminister vereidigt. Kurz darauf suchte ihn der Kirchenmann im neuen Ministerbüro auf. Wieder wanderte, wie der Theologe schwört, ein Couvert über den Tisch.

Der große Erfurter Strippenzieher Böck hat an beide Treffen nur „schwache Erinnerungen". Als ihn der SPIEGEL vor drei Monaten erstmals nach der Herkunft der 20 000 Mark befragte, wich der ehemalige Lehrer aus. „Das Geld", juxte er, stamme „sicherlich aus einem Rauschgiftgeschäft – woher sonst?"

⋮

Exakt 50 000 Mark soll die Stutz-Gruppe dem Pfarrer aus Thüringen gegeben haben, um bei der christliberalen Landesregierung für ein günstiges Klima zu sorgen. „Herr Böck", hat der Mittler dem SPIEGEL an Eides statt zu Protokoll gegeben, „legte ebenso

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

wie der Absender des Geldes keinen Wert auf eine Empfangsbestätigung."

Die Erfurter Regierung und das hessische Gastronomie-Unternehmen Stutz bastelten nach dem Zusammenbruch der DDR an einem großen Deal: Die Stutz-Gruppe wollte sich die heißbegehrten Konzessionen für Ausbau und Betrieb aller Raststätten an den Thüringer Autobahnen sichern.

Mindestens acht Standorte hatte das Alsfelder Unternehmen ausgemacht – nach Ansicht von Branchenkennern jeder so wertvoll wie ein Volltreffer in der Lotterie. Die Erlaubnis, am Rande der neuen gesamtdeutschen Verkehrsadern Service-Stationen errichten zu dürfen, verspricht fette Gewinne.

Die Zusammenarbeit zwischen den fixen Geschäftemachern aus dem Westen und den neuen Herren im Osten klappte reibungslos. Am 8. Dezember 1990 schrieb der Frankfurter Rechtsanwalt Arno Kuhn, Geschäftspartner von Stutz, einen Brief an den „sehr geehrten Herrn Minister" Böck.

„In Anlehnung an die Absprachen vom 28. August 1990" schlug Kuhn eine „Rahmenvereinbarung" zwischen „dem Land Thüringen und der Autobahn-Service Gesellschaft mbH" (ASG) der Unternehmensgruppe Stutz vor. Kernpunkt: Thüringen sichere der neugegründeten ASG die Standorte an den Highways im Lande zu.

Der Einfachheit halber „erlaube" er sich, für den Exklusivvertrag diese „Formulierung vorzuschlagen", schrieb der Anwalt dem Politiker. Böck war einverstanden.

Am 28. Dezember 1990 unterschrieb er gemeinsam mit dem damaligen Erfurter Wirtschaftsminister Hans-Jürgen Schultz (FDP) die Rahmenvereinbarung – Wort für Wort der alte Kuhn-Text.

⁝

Ohne jegliche Ausschreibung hatten neben seriösen Gastronomiebetrieben etliche völlig unbekannte und zum Teil obskure Investoren den Zuschlag erhalten, zum Schaden der Bundesrepublik Deutschland.

⁝

Jetzt steht fest, daß, zumindest in Thüringen, sehr wohl Geld im Spiel war. Dem Wilden Osten steht eine ganz neuartige Affäre ins Haus. Fintenreiche Absprachen mit Ministerialen, Fürsprache dienstbarer Politiker, Geld in Couverts – das sind Indizien für die Käuflichkeit von politischen Entscheidungen, ein aus Westdeutschland altbekanntes Muster.

⁝

In Thüringen waren eine Reihe von Amtsträgern im Spiel. Bei mehreren Treffen mit der Stutz-Gruppe wurde über die Vergabe von Konzessionen an der A 4 und an der A 9 verhandelt.

Häufig war der erste Ministerpräsident Thüringens, Diplomingenieur Josef Duchač, zugegen. Gelegentlich wurde auch im Innenministerium mit Böck verhandelt. „Man stimmt weiter darin überein", notierte Kuhn in einem Vermerk, „daß die Rastanlagen an den Autobahnen die Visitenkarten eines Landes sind."

Das Verhältnis war so herzlich, daß die westlichen Partner dem Innenminister sogar einen vierseitigen Gesetzentwurf für eine Fachhochschule im Schloß Beichlingen, 30 Kilometer nördlich von Weimar, zimmerten. Nur die Unterschrift des Innenministers war freigelassen worden.

⁝

Die im Westen übliche Buchführung für Parteispenden hat es im Osten offenbar nicht gegeben. „Wenn Sie von irgend jemandem Geld geschenkt kriegen", glaubt Böck, „dann brauchen Sie das normalerweise nirgendwo zu verrechnen."

Er habe das Geld halt „für Aufgaben eingesetzt, die hier vor uns sind". Das sei „in allen Landesverbänden" so gewesen, behauptet der Politiker.

Die regelmäßige persönliche Alimentierung von Politikern hat auch im Osten offenbar schon Format – die Landschaft wird tüchtig gepflegt. Gezahlt wird in der Regel nicht an anonyme Parteiapparate, sondern an Einzelpersonen, deren Wohlwollen sich die Firmen sichern wollen.

Selbst im Wahlkampfjahr 1990 wies der CDU-Landesverband Thüringen gerade mal 84 857 Mark an Spendeneinnahmen aus.

Das finanzielle Engagement hat die Stutz-Gruppe dennoch nicht ans Ziel gebracht. Trotz heftiger Unterstützung durch Thüringens CDU-Politiker wurde Stutz bei der zentralen Vergabe der Lizenzen für die Bundesautobahn-Raststätten von der Konkurrenz überrollt.

Zu den Usancen im Raststättengeschäft, berichtet ein Kaufmann, habe die Zahlung eines „Eintrittsgeldes" gehört – „je nach Umsatz bis zu einer Million Mark".

Da war der Einsatz von Stutz wohl zu gering.

Der Spiegel; 21/92; S.24 ff.

PARTEISPENDEN

Schelle um den Hals

Mit Bangen erwarten Bonner und Stuttgarter Polit-Prominente den nächsten Parteispendenprozeß: Sie fürchten, der angeklagte Ex-Bosch-Manager Merkle könnte über illegale Parteipraktiken auspacken.

Hans Lutz Merkle, 76, war verbittert. Viele seiner Kollegen in der Industrie, so klagte der frühere Bosch-Chef, hätten „psychische Torturen" durchlitten. Erst seien sie „zur Parteikasse gebeten", dann „den Raubtieren zum Fraß" vorgeworfen worden. Bis auf „wenige erfreuliche Ausnahmen" hätten die Politiker versagt.

⁝

Über den Vertrauensbruch will Merkle jetzt öffentlich reden, und er hat reichlich Gelegenheit: Am Dienstag dieser Woche beginnt vor der 6. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts ein Parteispenden-Verfahren gegen den einstigen Bosch-Manager.

In einer 86 Seiten starken Anklageschrift wirft ihm die Stuttgarter Staatsanwaltschaft fortgesetzte Hinterziehung von Körperschaft- und Gewerbesteuer in Höhe von 3 980 108 Mark vor. Vorsorglich hat der Vorsitzende Richter 27 Verhandlungstage angesetzt. Kein anderer Parteispenden-Prozeß, der Flick-Fall ausgenommen, ist von ähnlicher Brisanz, schon wegen der Person des Angeklagten.

⁝

Der Bosch-Herr gehörte dem Vorstand und dem Kuratorium des „Politischen Seminars der Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V." (SV) an. Die SV war eine gigantische Geldbeschaffungsanlage für die Christliberalen. Über Jahre hinweg lenkte der Verein die Geldströme der Industrie in Parteikassen und Politikertaschen. Merkle beriet den Vorstand der SV bei der Verteilung der Gelder.

Die SV war jene Inkasso-Stelle, an die sich Kohl bei seiner Aussage vor dem Mainzer Parteispenden-Ausschuß im

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXX

Juli 1985 zum Erstaunen von Parteifreunden nicht mehr richtig erinnern konnte; an einer Anklage wegen uneidlicher Falschaussage kam der Regierungschef damals nur knapp vorbei (SPIEGEL 9/1986).

⋮

Erst störte ihn, daß Parteien „Grundsätze sorgsamen Wirtschaftens mißachtet" hatten, dann fiel ihm auf, daß die Erfinder der Geldwaschanlage, die Politiker, im Gegensatz zu seinen Kollegen aus der Industrie nahezu ungeschoren davonkamen. Von „Feiglingen" spricht Merkle nun und davon, daß „das Gespräch zwischen Wirtschaft und Politik gestört ist".

⋮

Zu tief sitzt die Enttäuschung darüber, daß auch Späth sich nicht öffentlich zu dem Bündnis bekannt hat, das jahrelang im Schwabenland so mustergültig geklappt hat: die Allianz von Wirtschaft, Staat und Parteien.

Merkle war Gründungsvater der „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V., Stuttgart", der größten regionalen Geldwaschanlage der Republik. Er war ihr erster Vorsitzender und hatte im Kuratorium das Sagen.

Offiziell war der Verein, der eng mit Regierung und CDU kooperierte, ein Berufsverband, der das Sammeln bei den Unternehmen im Ländle übernahm. Von der Staatsanwaltschaft wird Merkle nun vorgeworfen, ihm sei bekannt gewesen, daß solche Verbände allenfalls 25 Prozent der Einnahmen an Parteien weiterleiten dürfen. Über sogenannte Kaskadenvereine wie den „Verband der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums e.V." seien aber „zwischen 42 Prozent und 114 Prozent" der Einnahmen an die Parteien geflossen.

Allein zwischen 1971 und 1981 erhielten Politiker und Parteien aus dem christliberalen Spektrum 24 507 415 Mark. Das Ziel war schon früh festgelegt worden – „ein Maximum von Wählern für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen".

So manchen Sturm hatte der erlauchte Spendenverein überstanden. Übereifrige Steuerfahnder, die früher schon mal das Netz der illegalen Spenderorganisationen enttarnen wollten, waren versetzt worden, der baden-württembergische Finanzminister Hermann Müller (FDP) hatte eine brisante Spendenakte in seinem Tresor verschwinden lassen – Merkle und die anderen Unternehmer im Land konnten sich ziemlich sicher fühlen.

Daß Späth die Arbeit der Waschanlagen bestens kannte, zeigt ein vertrauliches Dokument aus dem Herbst 1980. Der Regierungschef gab – „Betrifft Parteifinanzen" – die Anweisung, abzuklären, welche Summen für die verschuldete Union von den Fördergesellschaften reingeholt werden könnten.

Wie gut die Zusammenarbeit in Stuttgart lief, belegt ein Termin aus dem Jahre 1981. Am 3. Juni fand in der Villa Reitzenstein eine Vorstandssitzung des „Verbandes der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums" statt. Der Verband, der sogar in Merkles Konzern als „Tarn-Institution" bezeichnet wurde, war von Späth eingeladen worden, weil der Ministerpräsident sich über dessen Aktivitäten informieren wollte.

Als im Frühjahr 1983 junge Staatsanwälte die Spendenvereine durchsuchten, glaubten manche im Schwabenland an Revolte. Die Allianz von Geld, Parteien und Staat zeigte sich ohnmächtig.

Auch die Möglichkeiten eines Regierungschefs, auf die Ermittlungen Einfluß zu nehmen, seien begrenzt, hörten Merkles Leute aus der Umgebung von Späth – lediglich eine diskrete Erledigung sei drin. Justizminister Heinz Eyrich traf sich mit Merkles Anwälten, aber Einfluß nehmen wollte er nicht: Er wisse auch nicht, wie „man der Katze die Schelle um den Hals hängen" könne.

Ganz starrsinnig waren die Strafverfolger beim legendären Merkle allerdings nicht. Spendentransfers von Merkle an die Staatsbürgerliche Vereinigung in Höhe von 8 224 000 Mark (seit 1955) blieben strafrechtlich folgenlos – die Geldwäsche wurde als „unwesentliche Nebenstraftat" eingestuft. Andere gehen für solche Summen ins Gefängnis.

Merkle wurde wegen der Millionenzahlungen an die Fördergesellschaft ein Strafbefehl angeboten, doch er lehnte ab; er wäre anderenfalls vorbestraft gewesen. Die Umwegfinanzierung, argumentierte er, sei doch der Finanzverwaltung bekannt gewesen.

Der Spiegel; 23/89

Großer Koffer

Schweizer Bank-Unterlagen, von der Kripo beschlagnahmt, bringen Licht in eine SPD-Affäre um illegale Geldwäsche-Praktiken.

⋮

Die beschlagnahmten Papiere, vor allem Computerauszüge und Kontrollblätter von zwei Baseler Konten, belegen, daß die SPD tief in ein mieses Kriminalstück um Parteispenden und illegale Geldwäsche verwickelt ist – Helmut Kohl kann zufrieden sein.

Die Bankauszüge der Baseler Internationalen Genossenschaftsbank (Ingeba) lassen kaum noch Zweifel, daß es die langgesuchte schwarze Kasse der Sozialdemokraten (SPIEGEL-Titel 28/1986) tatsächlich gegeben hat. Inhaber der Konten, die jetzt überprüft werden, ist die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung (FNS), die der israelischen Arbeitspartei nahesteht und nach einem deutschen Sozialdemokraten und Mitgründer des Staates Israel benannt ist. Vor allem auf die FNS-Bankverbindung mit der Nummer 14 169 133 hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zweistellige Millionenbeträge eingezahlt.

Bonner Strafverfolger hatten bislang aus einer Indizienkette geschlossen, das Geld sei nicht, wie FES und FNS behaupten, nach Israel geflossen, sondern in die Schatullen der SPD geschleust worden. Die jetzt aufgefundenen Papiere stützen diesen Verdacht.

⋮

Erst jetzt, mit den Kontoauszügen aus der Schweiz, läßt sich belegen, daß das Geld nicht nach Israel geflossen ist, sondern durch briefliche, telegraphische oder telephonische Order auf weitere Schweizer Konten obskurer Vereinigungen verteilt wurde – ein System, das die Ermittler aus der Spendenbeschaffungspraxis der Union und der FDP bereits kannten.

Daß die SPD, die immer so sauber tut, jetzt wieder ihre Spendenaffäre am Bein hat, entlastet die Union womöglich von politischem Druck. Ausgerechnet im Wahljahr 1990 sollen sich CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 63, und sein Generalbevollmächtigter Uwe Lüthje, 57, wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung in Höhe von rund neun Millionen Mark vor Gericht verantworten – ein Mammut-Prozeß mit Dutzenden prominenter Zeugen aus der Industrie ist zu erwarten.

Die SPD holt nun auf: Nach der Aktenlieferung aus der Schweiz müssen der ehemalige FES-Geschäftsführer Günter Grunwald, 64, und der Sozi-Bankier Walter Hesselbach, 74, mit einer Anklage rechnen. Die beiden Sozialdemokraten stehen im Verdacht, Beihilfe zur Hinterziehung von Körperschaft- und Vermögensteuer bei der FES in Höhe von elf Millionen Mark und zur Verkürzung von Ertragsteuern bei Unternehmen in Höhe von 1,3 Millionen geleistet zu haben.

⋮

Der Bankier spielt die Hauptrolle in der SPD-Affäre. Er saß als einziger in allen Gremien, die in den Naphtali-Fall verstrickt sind. Als Präsident des Kuratoriums der FES entschied er über die Geldvergabe mit, als Vorstandsvorsitzender der FNS konnte er den Geldfluß lenken. Bei der FNS-Hausbank Ingeba

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

saß Hesselbach dem Aufsichtsrat vor; er besaß Vollmacht über die Naphtali-Konten und verwaltete sogar das Vermögen der israelischen Stiftung.

Der frühere Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, der zeitweise 48 Posten und Ehrenämter innehatte, gilt als überaus diskret. Er schätzt „Haltung" und die Tugend „zu schweigen, wo es geboten" ist. Hesselbach hat jahrzehntelang manches knifflige Geldmanöver für SPD und FDP abgewickelt. Als 1969 die Liberalen klamm waren, ermöglichte er seinem Duzfreund, dem FDP-Politiker Heinz Herbert Karry, einen Sechs-Millionen-Kredit bei der Ingeba.

Er kannte viele der Schweizer Konten Karrys und könnte vielleicht auch das Rätsel um einen weiteren Sechs-Millionen-Transfer lösen: Dieses Geld, die größte Einzelspende der Nachkriegszeit, traf 1984 bei der FDP in Bonn ein und stammte angeblich von dem in der Schweiz lebenden Kaufhaus-König Helmut Horten.

Experten halten diese Version der Liberalen für falsch: Der inzwischen verstorbene Horten war nie durch besondere Spendierfreude aufgefallen und hatte auch keinen aktuellen Anlaß, in die FDP zu investieren. Seit jüngstem gibt es Indizien dafür, daß das Geld aus einer schwarzen Kasse des Hesselbach-Freundes Karry stammt, die vor fünf Jahren aufgelöst worden ist.

•
•
•

Die SPD-Spitze, die jegliche Verantwortung abschiebt, hat offenbar kein besonderes Interesse an der Aufklärung. Der frühere SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg, 69, jedenfalls blitzte mit dem Vorschlag ab, die Partei sollte sich selber über den Verbleib der FES-Millionen Gewißheit verschaffen.

Jetzt gibt es neuen Erklärungsbedarf. Bei einer ersten Auswertung der Unterlagen stießen die Fahnder auf ein bislang unbekanntes Drittkonto: Ein großer Teil der Naphtali-Millionen wurde an ein „Institut für Internationale Begegnungen" transferiert, das ein dickes Konto, aber offenbar keine ordentliche Adresse hat. In Zürich, seinem angeblichen Sitz, ist es nicht zu finden.

•
•
•

Kleines Licht

Baden-württembergische Unternehmer, die wegen Parteispenden von der Justiz verfolgt werden, sind empört: Kaum einer der beteiligten Stuttgarter CDU-Politiker muß vor Gericht.

•
•
•

Lists Speditionstätigkeit gehörte zu einem raffiniert ausgeklügelten Steuersparmodell. Die Firma Behr, für die er „ganz gelegentlich" auch fuhr, zahlte in der Regel 5000 Mark monatlich für Lists Dienste und ließ den Mitarbeiter steuermindernd durch die Bücher laufen. Geflossen ist das Geld an die CDU, die sich den Trick mit dem „Spezial-Spediteur" (List) ausgedacht hatte und mit der List jeweils abrechnen mußte.

Um das ganz besondere Arbeitsverhältnis hat sich vor allem der frühere CDU-Generalsekretär und jetzige Innenminister Dietmar Schlee, 51, persönlich und intensiv gekümmert. Eingeschaltet in die Umwegfinanzierung waren auch der langjährige CDU-Schatzmeister Alfred Hubertus Neuhaus, 58, und dessen Intimus Franz Koch, der in der Stuttgarter CDU-Geschäftsstelle für das Finanzwesen zuständig war.

„Auf Vermittlung des CDU-Landesverbandes", heißt es in einer Vereinbarung zwischen List und der Partei, sei der Deal mit der Firma Behr zustande gekommen: List solle zwar mit der Kühlerfabrik einen Vertrag schließen, habe aber der CDU in Baden-Württemberg „konzeptionell und in praktischer Ausführung zur Verfügung zu stehen sowie eine postunabhängige Verteilerorganisation aufzubauen".

Derlei Schein-Arbeitsverhältnisse sind in den Finanzaffären der Bonner Parteien keine Seltenheit gewesen. So stellten Firmen wie die Großhandelskette Metro oder Flick, um Politikern gefällig zu sein, etwa der FDP die Dienste von Sekretärinnen zur Verfügung – ein klarer Fall von Steuerhinterziehung.

Weil Personalkosten nicht von der Steuer abzusetzen sind, wenn das Personal gar nicht oder nur sporadisch für den Betrieb arbeitet, mußten die ertappten Behr-Manager eine Buße zahlen – nichts Aufregendes eigentlich. Was dem Fall dennoch Gewicht gibt, ist eine schwäbische Besonderheit, die jetzt bei Insidern im Land für Aufregung sorgt: Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat es versäumt, gegen die christdemokratischen Erfinder des merkwürdigen Arbeitsvertrages ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Der zuständige Staatsanwalt Wolfgang Schmid, 42, mag wegen „der Schranke der Geheimhaltungspflicht" offiziell nicht darüber reden, aber im kleinen Kreis hat er schon eine Erklärung parat. In Sachen Parteispenden habe es halt „eine wahnsinnig große Zahl von Einzelfällen" gegeben; die Sache mit den Politikern sei wohl übersehen worden. Außerdem sei die Angelegenheit inzwischen ja verjährt. An Schlamperei wollen manche Spender und ihre Anwälte indes nicht glauben – sie vermuten dahinter System und sammeln Fälle nach dem List-Muster für eine Abrechnung mit den Behörden.

In der Tat fällt auf, daß die baden-württembergische Justiz bei der Verfolgung von Spendern aus der Wirtschaft nicht vor großen Namen zurückschreckt, aber – anders als etwa die Bonner Ermittler – die Profiteure der Umwegfinanzierung in den Parteien sanft behandelt. Lediglich „gegen einen früheren Funktionsträger der CDU", so Schmid, sei Anklage erhoben worden.

Jahrelang wurden im Ländle Ermittlungen von Steuerfahndern torpediert, die CDU-Spitzenpolitiker in Bedrängnis hätten bringen können. Neugierige Fahnder, die der illegalen Parteienfinanzierung auf die Spur kamen, wurden von der Arbeit entbunden, brisante Akten verschwanden im Tresor eines Finanzministers.

Seit 1982 aber, als Bonner Staatsanwälte auf die Spendenwaschvereine im Südwesten aufmerksam wurden und ihre Stuttgarter Kollegen nachziehen mußten, ist das Klima zwischen Politik und Wirtschaft in Baden-Württemberg empfindlich gestört. Verärgert reagieren seither vor allem die Spender, denen die Justiz nun auf den Fersen ist. Sie fühlen sich, klagten Wirtschaftsvertreter jüngst auf einer Tagung, an der 41 Unternehmer teilnahmen, „von den Politikern verschaukelt", „an die Wand geschmiert" oder „ausgelinkt".

•
•
•

Im Eberspächer-Prozeß war klargeworden, wie viele Politiker am Tropf der Wirtschaft hingen und, so das Gericht, die „Gesetzesverstöße hingenommen oder sogar gefördert" haben. „Es ist schwer", urteilte Richter Werner Meinhold, „vom Bürger Steuermoral zu erwarten, wenn führende Politiker sich darüber hinwegsetzen."

Mehr und mehr kommt auch Regierungschef Lothar Späth, 51, ins Gerede. Der habe, erklärte der wegen Parteispenden angeklagte frühere Bosch-Chef Hans Lutz Merkle, 76, vorletzte Woche vor Gericht, 1977 vor Mitgliedern einer sogenannten Waschanlage einen Vortrag gehalten. Ironisch fragte Merkle, ob der Christdemokrat wohl gewußt habe, vor welchem Kreis er spreche. Richter Klaus Teichmann daraufhin: „Der Redner steht nicht ohne Grund im Ruf der Klugheit."

Der Ministerpräsident selber versicherte jüngst, er habe umgehend nach seinem Amtsantritt als CDU-Vorsitzender im Juli 1979 die Umwegfinanzierung abgestellt. Bei Großspendern kursiert allerdings ein vertrauliches „Diktat des Herrn Ministerpräsidenten vom Band", datiert vom 20. Oktober 1980: „Betrifft: Parteienfinanzen".

„Ich schlage vor", heißt es in dem Vermerk aus Späths „Persönlichem Büro", „eine kleine Finanzkommission der Partei einzuberufen", die „eine mittelfristige Finanzierung des Landesverbandes erstellt". Als ersten von sieben

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXII

Punkten vermerkte Späth: „Klärung der Möglichkeiten mit den Fördergesellschaften".

Unangenehm kann für Späth auch die Erinnerung an eine Begegnung mit Merkle Anfang der achtziger Jahre werden, über die sich der sorgfältige Chefmanager einen Aktenvermerk angelegt hat. Damals bat ihn Späth, dem CDU-Landesverband mehr als 3,5 Millionen Mark zukommen zu lassen, die auf einem CDU-Sonderkonto der Waschanlage Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V. (SV) lagerten – Merkle gehörte zu den obersten Geldverteilern des Waschvereins.

Doch zum Zeitpunkt der Späth-Anfrage hatte die Bundes-CDU seit mehr als einem Jahr die gesetzeswidrige Geldsammelei über die SV eingestellt und auch längst – mit Helmut Kohl an der Spitze – beschlossen, von dem heißen Geld keine Mark mehr anzufordern. Merkle lehnte denn auch den Transfer an Späth ab.

Der Spiegel; 29/89; S.34 ff.

Die internationale Ebene

Beispiele

Reitstall und Jaguar

Spaniens Sozialisten haben Korruption in den eigenen Reihen großzügig geduldet. Die Chronik der Skandale wurde ein dicker Wälzer.

Die Chefs zeigten sich schäbig, und der kleine Angestellte rächte sich: Als die Firma Filesa in Barcelona ihrem chilenischen Angestellten Carlos van Schouwen ausstehende Honorare nicht zahlen wollte, machte der sich Fotokopien von Geschäftspapieren und ging damit zur Presse.

Das war ärgerlich für die Firma und peinlich für ihre Eigentümer: die regierenden Sozialisten des Felipe González. Filesa in Barcelona stellte sich rasch als Teil eines verzweigten Netzes zur Geldbeschaffung heraus, das seit langem im verborgenen betrieben wurde.

Angeblich lieferte die Filesa Gutachten, für die sie anderen Firmen Rechnungen ausstellte. Die berechnete Leistung wurde nie erbracht oder war wertlos, das Geld dagegen wurde sehr wohl kassiert: Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) brauchte es für Werbefilme, den Druck von Propagandamaterial oder die Miete von Parteisitzen.

Manches floß auch ins Ausland. In Basel unterhielten Filesa und Time-Export, eine ähnliche Firma, Konten im Wert von 550 Millionen Pesetas (9 Millionen Mark).

Fast täglich deckt die spanische Presse seit Wochen immer neue Spuren der Affäre auf. Ministerpräsident González zeigte sich „sehr besorgt".

⋮

„Das alte Prinzip der Anarchisten, daß Macht korrumpiert, hat sich in dieser Partei bestätigt", schrieb die Madrider Zeitung *El Independiente*.

Die spanischen Journalisten José Díaz Herrera und Ramón Tijeras jedenfalls fanden genügend Stoff, als sie den Skandalen der PSOE nachspürten. Das Buch, das sie danach über das „Geld der Mächtigen" verfaßten, wurde ein 700-Seiten-Wälzer**.

** José Díaz Herrera/Ramón Tijeras: „El Dinero del Poder". Cambio 16; Madrid 1991.

Der Spiegel; 04/91; S.167 ff.

Argentinien

Kafka und der Koran

Unter Präsident Menem blüht die Vetternwirtschaft wie nie zuvor. Von der Korruption profitieren vor allem die Arabischstämmigen.

⋮

Saadi, das Oberhaupt eines aus dem Nahen Osten eingewanderten Araberclans, verwaltet Catamarca wie seinen Privatbesitz; seine Familie kontrolliert Regierung und Parlament, Richter, Polizei und fast alle Verwaltungsbeamte. Der Haß auf die Günstlingswirtschaft des Provinzfürsten ist groß, doch noch größer war bislang die Furcht vor seinem Einfluß.

Erst mit dem ungeklärten Mord an María Soledad brach sich der aufgestaute Volkszorn Bahn. „Das Verbrechen ist ein politischer Skandal", klagt die Nonne Marta Pelloni, die schließlich die wöchentlichen Protestmärsche organisierte. „Das Volk schreit jetzt nach Gerechtigkeit in soviel ungeklärten Fällen von Mord, Raub, Drogenhandel und Prostitution."

Im fernen Buenos Aires wäre der Provinzaufstand wohl kaum zur Kenntnis genommen worden, hätte er nicht beispielhaft den von Grund auf verrotteten Staatsapparat der gesamten Nation angeprangert. Unter dem peronistischen Präsidenten Carlos Menem hat die Vetternwirtschaft ein solches Ausmaß angenommen, daß selbst die an Korruption gewöhnten Argentinier staunen.

Der Spiegel; 03/91; S.138 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXIII

2.1.2.6. Beispiele für die Staats- und Wirtschaftsverfilzung

Meine Lebensgefährtin sagt mir an dieser Stelle, ich solle doch nicht so viel behaupten, ohne dies in irgendeiner Form nachzuweisen. Dies hätte sie schon an Rudi Dutschkes, "Mein langer Marsch", gestört. Nun, sie hat recht.

Mit den nun folgenden Beispielen will ich zeigen, daß von Bestechungsskandalen alle Gesellschaftsebenen betroffen sind, in denen Herrschaft ausgeübt wird, und daß die heute bestehende Verfilzung von Staat und Wirtschaft sehr leicht nachzuweisen ist. Letztendlich herrscht heute wieder die Wirtschaft durch den Staat, indem die Wirtschaft die Regierung und damit die Entscheidungsgewalt kauft.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre meiner Auswahl, die Sie auf den Seiten XXXIV bis XXXVI finden.

Wundern Sie gewisse Vorgänge in Staat und Wirtschaft noch? Dies sind keine Zufälle!

Bei den Mechanikern gibt es ein schönes Sprichwort: "Wer nicht schmiert, fährt überhaupt nicht!", und dies gilt für alle Gesellschaftsebenen. Wer nicht mitspielt, wird abserviert, und dies trifft nicht nur für die Manager und Politiker zu.

Der Staat als politisches Vollzugsorgan der Kapitaleigner

Daimler/MBB

Weiße Salbe

In trautem Zusammenspiel haben Bonner Beamte und Daimler-Benz die Ministererlaubnis für den Verkauf von MBB vorbereitet.

Wenige Tage bevor Helmut Haussmann Wirtschaftsminister wurde, brachte Hans-Dietrich Genscher im FDP-Präsidium die geplante Übernahme des Technik- und Rüstungskonzerns MBB durch den Auto-Riesen Daimler-Benz zur Sprache. „Herr Haussmann", wandte Genscher sich direkt an den liberalen Aufsteiger, „fühlen Sie sich in dieser Frage wirklich frei?" „Ja, ich bin frei", gab Haussmann zurück, „ich bin nicht festgelegt." Worauf Genscher das Thema abschloß: „Dann können wir Sie ja zum Wirtschaftsminister machen."

Es sei ihm wichtig gewesen, erklärte der Außenminister Parteifreunden, „coram publico" festzustellen, daß Haussmann sich weder seinem Vorgänger, Martin Bangemann, noch Kanzler Helmut Kohl gegenüber verpflichtet hätte, die Fusion zu genehmigen.

Haussmanns Antwort war so wirklichkeitsfern wie Genschers Schlußfolgerung. Die Weichen waren im Dezember vergangenen Jahres, als dieser Dialog ablief, längst gestellt, der Daimler-Coup war gelaufen, die Ausnahmegenehmigung des Bonner Wirtschaftsministers zugesichert. Die nachfolgenden, gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren dienten nur der Beruhigung von kritischen Bürgern und irritiertem Parteivolk. Alles Show.

Das Kartellamt verbot den Daimler-Deal: „Das angemeldete Vorhaben wird untersagt"; die Monopolkommission forderte harte Auflagen: „. . . kann eine Genehmigung des Zusammenschlusses in der beantragten Form nicht empfehlen"; die IG Metall und die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer durften in öffentlicher Anhörung protestieren: „unheilige Allianz zwischen staatlicher Industriepolitik und Großindustrie". Alles ohne Belang.

Der Wirtschaftsminister war – oder fühlte sich zumindest – an das Votum seines Vorgängers gebunden. Haussmann war nie „frei", sondern von Anfang an „festgelegt".

Ende dieser Woche wird der FDP-Minister die problematische Vereinigung genehmigen. Er wird mit dieser Entscheidung, wie der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth spottet, dem Wettbewerb, für liberale Politiker das Wesenselement der Marktwirtschaft, ein „Staatsbegräbnis erster Klasse" ausrichten.

Mit einem Bündel von Auflagen denkt Haussmann die Verletzung marktwirtschaftlicher Gebote beschönigen zu können. „Schmerzlich" und „durchaus einschneidend" würden die Fusionsbedingungen für Konzernchef Edzard Reuter ausfallen, beruhigte Haussmann vergangene Woche seine ums liberale Image besorgten Parteifreunde.

Was der Wirtschaftsminister wohlweislich verschwieg: Die Auflagen wurden im Team-Work von Ministerialen und Konzernstrategen gebastelt. Ein Konzern kontrolliert sich selbst, das Ministerium liefert zu. Selten wohl bekamen die Verfechter der Stamokap-Lehre – der These vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, wonach Staat und Konzerne prächtig miteinander kungeln – ein schöneres Beispiel geliefert.

Natürlich, es wird nicht richtig verhandelt zwischen Managern und Ministerialen. Es handelt sich bei den Unterredungen, im Jargon der Ministerialen, um „Non-Gespräche", Nicht-Gespräche – eine Variation des Grundsatzes, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Zahlreiche solcher Nicht-Gespräche fanden zwischen Fachbeamten und Daimler-Experten statt, auch die Chefs trafen zusammen. In der vergangenen Woche saßen Daimler-Vorsteher Reuter und Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht beisammen.

Hausintern gab der liberale Minister die Devise aus, auf diesen Veranstaltungen sollte „die Schmerzgrenze" für Daimler ausgelotet werden: Wie weit können die Auflagen gehen, ohne die von langer Hand eingefädelte Mammut-Fusion zu gefährden?

Eine der beiden von der Monopolkommission geforderten Voraussetzungen für die Genehmigung der Fusion kam deshalb von vornherein nicht in Frage: Den „Bereich militärischer Triebwerke", bei der Daimler-Benz-Tochterfirma MTU angesiedelt, wollte Reuter keinesfalls ausgliedern. Die Sache sei tabu – beschied Haussmann folglich auch seine Parteifreunde.

Auf „wesentliche Teile der Wehrtechnik" zu verzichten, die andere Bedingung der Monopolkommission, schien da schon eher verhandelbar – zumal Reuter wie Haussmann den zutreffenden Eindruck zu korrigieren bemüht sind, sie kreierten einen Rüstungsmoloch.

•
•
•

Alles dick aufgetragen – und doch nur weiße Salbe. Keine der vorgesehenen Auflagen zerstreut die Sorge des Bundeskartellamts, „als Folge des Zusammenschlusses" gewinne der neue Super-Konzern „im Rüstungsbereich eine wirtschaftliche Machtstellung, die zugleich auch eine politische Dimension aufweist".

Haussmanns Parteifreunde werden ihren Wirtschaftsminister dennoch gewähren lassen, viele resignierend, den vermeintlichen Zwängen nachgebend. Die Nachdenklicheren aus den Regierungsfraktionen wissen durchaus, daß ihnen künftig keiner mehr glaubt, wenn sie über die Vorzüge einer Wettbewerbswirtschaft reden.

Die stellvertretende FDP-Vorsitzende Irmgard Adam-Schwaetzer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, hat für sich schon eine Konsequenz gezogen. Sie werde, sagt sie, bei der EG in Brüssel nicht mehr wie bisher eine Fusionskontrolle fordern, die sich am strengen deutschen Wettbewerbsrecht orientiert.

Denn: „Wenn ich das den EG-Kollegen erzähle, wird es nur noch ein riesiges Gelächter geben."

Der Spiegel; 36/89; S.116 ff.

Neue Presse; 14.03.92; Der Spiegel; 09/90; S.157 ff. --> XXXV

Fischer will Plutoniumfabrik mit allen Mitteln stoppen

Im Frühjahr 1991, wenige Tage vor dem Regierungswechsel, gab der damalige Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU) dem 900-Millionen-Projekt seinen Segen. Mehr noch: Um die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen die Atomfabrik zu brechen, ordnete Weimar den Sofortvollzug an. Seitdem wird in Hanau-Wolfgang gebaut. Die Aufhebung des Sofortvollzugs würde bedeuten, daß die Firma Siemens die Bauarbeiten einstellen muß.

Joschka Fischer begründete den neuen Schritt damit, daß ein „Originalunterlagensatz der Genehmigung für die Durchführung der atomrechtlichen Aufsicht" nicht existiere. Denn die Weimar-Genehmigung steht seit Bekanntwerden der sogenannten „Akten-Affäre" auf wackligen Beinen. Dabei geht es um insgesamt 22 Umzugskisten mit Genehmigungsakten, die gesetzwidrig „zur Angleichung" bei Siemens zwischengelagert waren.

Ein Gutachter hat laut Fischer mitterweile rund 150 nachträgliche Änderungen festgestellt, die zum Teil erhebliche sicherheitstechnische Bedeutung hätten.

Anders die SPD: „Es ist gut, daß jetzt durch die Landesregierung Licht in dieses Dunkel gebracht wurde", sagt Lothar Klemm, Chef der Sozialdemokraten im Landtag. Es zeichne sich immer klarer ab, daß die damalige Auslagerung der Genehmigungsunterlagen nicht aus Platzmangel sondern mit dem Ziel der Veränderung des Akteninhalts vorgenommen wurde.

Für die Grünen ist es „im Interesse der Bevölkerung in der Hanauer Region nötig, eine weitere Gefälligkeitsentscheidung Töpfers zu verhindern".

Neue Presse; 14.03.92

Schweiz

Von innen ausgehöhlt

Die Schweizer Freisinnigen regieren das Land wie ihren Privatbesitz, das Volk wird beschnüffelt – Lehren aus dem Fall Kopp.

Am 27. Oktober 1988 hatte Bundesrätin Kopp, die erste Frau in einem eidgenössischen Regierungsamt, ihren Ehemann angerufen, um ihn zum sofortigen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der Zürcher Shakarchi Trading AG zu bewegen. Das Unternehmen, so hatte sie gerade erfahren, sei in eine Geldwäscherei-Affäre verwickelt.

Das Telefonat löste eine Kettenreaktion aus. Die Bundesrätin mußte nach wochenlanger Gegenwehr gehen. Die daraufhin eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission stieß im Kopp-Ministerium dann auf die eigentliche Sensation: eine monströse Überwachungsmaschine der politischen Polizei. Dieser eidgenössische „Stasi-Skandal" brachte das ganze politische Gefüge der Schweiz ins Wanken.

Wie der Überwachungsapparat die Macht nutzte, um seinen Einfluß zu mehren und Andersdenkende auszugrenzen, wie perfekt der Filz von Politik und Wirtschaft im Dunstkreis der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) funktionierte, das zeigten die Aussagen im Kopp-Prozeß.

Der engere Stab der Ministerin Kopp etwa bestand aus ehrgeizigen jungen Juristen und Juristinnen – promoviert, ausgestattet mit solidem Paragraphen-Wissen, aber offenkundig bar jeder politischen Moral. „Ich konnte mir nicht vorstellen", gab die persönliche Mitarbeiterin von Elisabeth Kopp allen Ernstes zu Protokoll, „daß ein Bundesrat irgend etwas nicht tun darf."

Wie hätte sie auch auf die Idee kommen können? Wichtig war den Freisinnigen, die ihrer Partei nahestehenden Interessengruppen, wie die Bankiervereinigung oder Wirtschaftsverbände, stets bei Laune zu halten – zum Beispiel durch die verzögerte Einführung einer neuen Strafnorm gegen die illegale Geldwäscherei. Ebenso wichtig war, den guten Ruf der Chefin zu pflegen, der durch die geschäftlichen Affären ihres Gatten dauernd in Gefahr war.

So kam es zum Eklat. Weil der Bundesanwalt sich geweigert hatte, gegen die Shakarchi Trading AG ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen, suchte ein frustrierter Ermittler Rat bei einer Ministerialbeamtin. Die las den Namen Hans W. Kopp in den Akten – und alarmierte sogleich ihre Freundin im Vorzimmer der Ministerin.

Das schien ihr das Nächstliegende – denn wie im kleinen Kreis an der Ministeriumsspitze lenkte der freisinnige Politikerklüngel, so zeigte die Kopp-Affäre beispielhaft, die ganze Eidgenossenschaft quasi als Familienunternehmen. Wer nicht dazugehörte oder gar Kritik äußerte, wurde systematisch ausgegrenzt, registriert und überwacht.

Die Bundespolizei diente dabei, so wird seit zwei Wochen immer deutlicher,

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXV

als Prätorianergarde des rechtsbürgerlichen Machtkartells. Generationen von konservativen, ihren Chefs blind ergebenen Beamten im Bund und in den Kantonen übertrugen die überkommenen Feindbilder auf ihre Nachfolger. Tagtäglich legten sie über 200 neue Registerkarten an, über Linke und Liberale, über Dritte-Welt-Aktivisten, kirchlich Engagierte oder Umweltfreunde – rund 60 000 im Jahr, mit dem einzigen Ziel, jedwede Änderung der hergebrachten politischen Verhältnisse im Keim zu ersticken.

Als im Gefolge der Kopp-Untersuchungen die große Registratur in der Bundesanwaltschaft mit 900 000 Karten entdeckt wurde (SPIEGEL 7/1990), waren darin bereits 15 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung als potentielle Gefahr erfaßt; von den Ausländern war es sogar jeder dritte.

In den vergangenen zwei Wochen kamen bei der Bundesanwaltschaft und im Bereich der militärischen Abwehr weitere Karteien zum Vorschein:

- ▷ Auf einer „V-Liste" stehen 3000 Bürgerinnen und Bürger, die zum Teil im Krisenfall interniert werden sollten. Wo die Lager geplant waren, ist noch nicht bekannt.
- ▷ Auf einer „Extremistenkartei" sind 10 000 Namen verzeichnet.
- ▷ Eine spezielle „Jura-Registratur" enthält Aktivisten, die für die Schaffung eines selbständigen Kantons Jura kämpften. Die Bespitzelung wurde auch weitergeführt, nachdem sie 1978 ihr Ziel erreicht hatten.
- ▷ Schließlich fand sich ein Dokumentenpaket des Schweizerischen Roten Kreuzes über 80 000 ausländische Ferienkinder. Die wollte man als potentielle Spione registrieren.

„Unser demokratisches System", empörte sich die Linksliberale Rosmarie Bär, Abgeordnete der Grünen im Nationalrat, „wurde von innen heraus ausgehöhlt – durch jene, die es zu schützen vorgaben."

Kaum war der Volkszorn etwas verraucht, erschreckte Verteidigungsminister Kaspar Villiger die Bürger mit dem Geständnis, er habe bei der militärischen Abwehr eine Liste mit angeblich unzuverlässigen Soldaten und Offizieren entdeckt. Zuvor hatte er mehrfach mündlich und schriftlich beteuert, eine solche Kartei existiere nicht.

Die vorerst letzte Bombe platzte am Dienstag vergangener Woche: Im Fernsehen enthüllte der Journalist Andreas Kohlschütter (*Die Zeit, Weltwoche*), ein hoher Offizier der Abwehr habe im März 1989 versucht, ihn als Spitzel anzuwerben. Gegen Bezahlung hätte er die Friedensbewegung und die Mediengewerkschaft Schweizerische Journalisten-Union ausforschen sollen.

Trotz aller Enthüllungen wehrt sich die freisinnige Staatspartei gegen weitere Untersuchungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission in der Überwachungs-Affäre. Die Schweizer Geheimdienstler könnten bei ihren ausländischen Kollegen vollends als „unzuverlässig" in Verruf geraten, warnen FDP-Politiker.

Der Sozialdemokrat Rudolf Strahm brachte die Entwicklung auf den Punkt: „Wo sind eigentlich die Liberalen geblieben? Derselbe Freisinn, der einst linke Flüchtlinge verteidigte und schützte, hat nun den Polizeistaat organisiert."

Tatsächlich ist aus der FDP – der fortschrittlichen Gründerpartei der modernen Eidgenossenschaft, der Hüterin liberaler Traditionen – eine reaktionäre Hilfstruppe geworden, gerade recht, einer winzigen Minderheit von Privilegierten Macht und Einfluß zu sichern.

Das Gericht in Lausanne konnte vorigen Freitag die Fehlentwicklung nicht anhalten. Die Ex-Justizministerin, der vom Bundesanwalt „Egoismus und Verlogenheit" vorgeworfen wurde, kam ohne Strafe davon: Freispruch wegen Mangels an Beweisen. Es konnte nicht belegt werden, daß sie die amtliche Quelle der Informationen über die Geldwäscherei gekannt, mithin bewußt ein Amtsgeheimnis verletzt habe.

Und Elisabeth Kopp verließ am Freitag das Bundesgericht so, wie sie es schon am Wochenbeginn betreten hatte – in der Überzeugung vollkommener Unschuld.

„Eigentlich müßte man jetzt", frotzelte ein Zuschauer der Schlußszene dieser eidgenössischen Schmierentragödie, „für die Frau aus Dankbarkeit eine Kollekte abhalten: Ohne ihren Fehltritt wüßten wir bis heute noch nichts von unserem Schnüffelstaat."

⋮

Japan

Göttliche Hilfe

Geld entschied die Wahl: Fast allen in Bestechungsskandale verstrickten Regierungspolitikern gelang die Rückkehr ins Parlament.

⋮

Nakasone konnte seiner Wahl durchaus nicht sicher sein: Wegen dubioser Aktiengeschäfte hatte der Ex-Premier im vergangenen Jahr alle Parteiämter, selbst die Mitgliedschaft in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), niederlegen müssen. Den nunmehr „Unabhängigen" beschrieb die japanische Presse als „Hauptteufel im Recruit-Skandal".

Jahrelang hatte der Tokioter Konzern Recruit Dutzende einflußreicher Politiker, vornehmlich aus der LDP, gekauft: Er versorgte sie mit Vorzugsaktien zu Gefälligkeitspreisen; die Volksvertreter konnten die Papiere gewinnbringend an der Börse weiterverkaufen.

Über den Recruit-Skandal stürzte eine Regierung, geriet die LDP in die schwerste Krise ihrer Geschichte: Die alte Garde ihrer Spitzenpolitiker schien erledigt.

Irrtum. Als die Stimmen Anfang voriger Woche ausgezählt waren, hatten sie ihre Parlamentssitze zurückerobert: Nakasone-Nachfolger Noboru Takeshita, wegen Recruit zurückgetreten; Ex-Außenminister Shintaro Abe und Ex-Finanzminister Kiichi Miyazawa, wegen Recruit entlassen; Ex-Regierungssprecher Takao Fujinami, wegen Recruit geschaßt und derzeit vor einem Tokioter Gericht der Bestechlichkeit angeklagt.

Die LDP jubelt. Mit der absoluten Mehrheit im Unterhaus des Parlaments behalten die Konservativen das Machtmonopol, das sie seit der Parteigründung vor 35 Jahren besitzen. „Die Recruit-Affäre ist hiermit erledigt", kommentierte Ministerpräsident Toshiki Kaifu, „die in Skandale verwickelten Politiker sind durch die Wahlen rehabilitiert worden."

⋮

Die Parlamentswahl vom vorletzten Wochenende hat einmal mehr bestätigt, daß die japanische Gesellschaft, hinter einer Fassade von demokratischen Institutionen, althergebrachten Feudalstrukturen verhaftet bleibt. Politik vollzieht sich als persönliches Ritual wie zwischen Lehnsherren und Vasallen, nicht als Auseinandersetzung um Programme. Ideologie spielt keine Rolle. Was zählt, ist das einfache Wechselspiel von Geben und Nehmen, ideell wie materiell, das Wähler und Machthaber zusammenschweißt.

⋮

Die Japaner verstehen ihn gut. Für sie ist es ganz normal, daß etwa ein Abgeordneter bei Hochzeiten oder Beerdigungen in seinem Wahlkreis mit Banknoten gefüllte Umschläge verteilt. Nach einer Untersuchung der Tageszeitung *Asahi* liegen die durchschnittlichen Kosten solcher Stimmpflege jedes Jahr bei 20 Millionen Yen pro Politiker. Die Grenze der Legalität wird dabei leicht überschritten. Gegen mehr als 20 LDP-Parlamentarier ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen „Stimmenkaufs".

Der Spiegel; 09/90; S.157 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXVI

2.1.3. Demokratiefeindlichkeit des internationalen Kapitals

2.1.3.1. Flexibilisierung der Produktionsstätten

Noch erdrückender ist das, was geschieht, wenn eine Regierung mal nicht nach der Pfeife der Kapitaleigner tanzt. ***Flexibilisierung der Produktionsstätten*** heißt jener Zauberspruch, mit dem hierauf Regierungen und ganze Industrienationen erpreßt werden.

Das von 1978-1982 aus dem Boden gestampfte Bayerwerk in Brunsbüttel, welches ursprünglich Schelde-Chemie hieß, ist ein Beispiel für eine solche Machtdemonstration. Bundesregierung und Landesregierungen begriffen sicherlich die weitreichende politische Bedeutung dieses industriellen Großanlagenprototyps. Innerhalb von vier Jahren stampfte das Kapital dieses Großanlagenprojekt auf der grünen Wiese aus dem Nichts und ging in die Produktion! Der Fachkräftebedarf konnte nur in geringem Maße von der dort ansässigen Bevölkerung gedeckt werden, so daß die Fachkräfte aus den traditionellen und gewachsenen Industriezentren angeworben wurden und nachzogen. D.h., heute können innerhalb von drei bis vier Jahren ganze Industriezentren verlagert werden! So schnell geht das.

Selbst die belgische Regierung bekam zu spüren, was die "Flexibilisierung der Produktionsstätten" heute heißt. Die Schelde-Chemie war ursprünglich eine GmbH, die sich aus den Konzernen Bayer AG und Ciba-Gaigy zusammensetzte und in Belgien an der Schelde geplant war. Daher auch der Name Schelde-Chemie. Da aber die belgische Regierung zu viel Umstände mit dem Gewässerschutz und sonstigen Auflagen und Genehmigungsverfahren machte und dies den Konzernmanagern zu langsam ging, entschlossen diese sich kurzerhand, auf den Standort Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) auszuweichen. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins bereitete den Konzernen durch ihre industriefreundliche Gewerbeansiedlungspolitik und evtl. Umweltschutzauflagen keine Schwierigkeiten und biederte sich diesen Unternehmen durch besonders günstige Preise für Gewerbeflächen förmlich an. Mit diesem industriefreundlichen Gewerbeansiedlungskonzept versuchte die Landesregierung, der in Schleswig-Holstein besonders hohen und erdrückenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden und dieser mit den Arbeitsplätzen, die durch die Gewerbeansiedlung entstehen sollten, entgegenzuwirken. Schleswig-Holstein besitzt mit die höchste Arbeitslosigkeit in der Republik!
Im Ergebnis heißt dies:

> Wenn eine Regierung zu stark auf die Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen - z.B. zum Schutz der Natur - beharrt, dann wird einfach ein Werk geschlossen und in ein anderes Land verlagert. Was zurück-

bleibt, ist die Bevölkerung, sind die Arbeitskräfte und die Unmengen von Arbeitslosen, die nun die Gesellschaft durch Arbeitslosengeld unterhalten muß.

2.1.3.1.1. Flexibilisierung der Produktionsstätten

Der Spiegel; 15/90; S.75 ff. --> XXXVII

Die Flexibilisierung der Produktionsstätten

„Ein neues Seveso steht bevor"

Mit Wissen der Bundesregierung sind Teile der stillgelegten Hamburger Chemiefabrik Boehringer nach Spanien verkauft worden. In den Pyrenäen soll die Dioxin-Schleuder jetzt in Betrieb gehen. Experten schließen, so eine interne Studie des Technischen Überwachungs-Vereins, eine „katastrophale Verseuchung" nicht aus.

⁝

Da ist die internationale Öko-Organisation World Wide Fund for Nature (WWF) ganz anderer Meinung. Die Produktion in Sabinánigo sei, sagt der Genfer WWF-Anwalt Jean-Pierre Egger, 48, „einer der größten Umweltskandale Europas".

In dem Ort, 30 Kilometer südlich der französischen Grenze und in unmittelbarer Nachbarschaft des Nationalparks Ordesa gelegen, betreiben die Industrias Quimicas del Noroeste S.A. (Inquinosa) eine der risikoreichsten Chemieproduktionen, mit der in Westeuropa sonst nur noch der französische Konzern Rhône-Poulenc bei Grenoble ein Geschäft macht: Hergestellt und verarbeitet wird das Insektenvernichtungsmittel Lindan.

Die Giftküche in der Provinz Aragón ist Kontrolleuren der Europäischen Gemeinschaft schon mehrfach unangenehm aufgefallen. Die EG-Kommission klagt gegen Inquinosa beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg – wegen sechsfachen Verstoßes gegen Umweltrichtlinien der Gemeinschaft.

⁝

Nun hat sich die Madrider Regierung vorerst schützend vor die Pestizid-Produzenten gestellt: Spanien verwehrte, was es unter EG-Mitgliedstaaten noch nie gegeben hat, einer Delegation der Gemeinschaft den Zutritt zur Anlage und die Einsicht in die Akten.

Auch die Bonner Regierung versucht sich aus der Affäre zu ziehen. Die Pestizid-Fabrik hinter den spanischen Bergen ist zwar mit westdeutscher Hilfe gebaut worden: Ein Teil der Maschinerie stammt aus dem Hamburger Zweigwerk des Chemiekonzerns Boehringer, das wegen Gefährdung der Umwelt vor sechs Jahren dichtgemacht wurde.

⁝

Heinz Davidsohn, 41, von der Hamburger Umweltbehörde, die der Provinzregierung von Aragón Amtshilfe gewährt: „Sabinánigo ist ein Musterfall für die Verlagerung umweltbelastender Produktionen ins Ausland." Und Jesús Maestro, 32, von der spanischen Umweltschutzgruppe Adepa zur Rettung der aragónesischen Pyrenäen fragt: „Warum hat Bonn das erlaubt?"

Die Ökologen sehen drastische Gefahren auf die Bergregion zukommen. Bei der Produktion des Pestizids Lindan entstehen giftige Dioxine und Furane, die beim Menschen zu Erbgutveränderungen und Chlorakne führen können. Im Hamburger Boehringer-Werk war zum Beispiel auch das Seveso-Dioxin (2,3,7,8-TCDD) angefallen, das bis zu tausendmal wirksamer ist als Zyankali.

Gleichwohl bot der Chemiekonzern technische Apparaturen aus der Skandal-Fabrik zum Verkauf an. An mehrere „in- und ausländische Chemieunternehmen" (Boehringer) hat die Firma Teile aus dem stillgelegten Hamburger Werk im Wert von 180 000 Mark verkauft.

Auf dem Landweg lieferte im Juni 1988 eine Spedition ein Reaktorgefäß, Mischer, Trockner, drei Kondensatoren, vier Pumpen sowie Durchflußmesser, Glasrohre und Ventile einschließlich der benötigten Schrauben nach Spanien.

Dabei habe es sich, so Boehringer, ausschließlich um „noch nicht gebrauchte" oder „gereinigte Apparateteile" gehandelt. Auch wer ein Leben lang mit diesen Geräten umgehe, brauche eine „Gesundheitsgefährdung" nicht zu fürchten. Der Hamburger Senat allerdings bezweifelt diese Angaben: Das Mischgerät zum Beispiel, so ergaben Messungen, war immer noch mit Seveso-Dioxin in geringen Mengen belastet gewesen.

Die ausgemusterte Technik aus der westdeutschen Dioxin-Schleuder ist inzwischen bei Inquinosa neu montiert worden. Im vorigen Monat beantragte die Firma eine Betriebserlaubnis für die Zersetzeranlage („Cracker").

⁝

Unternehmer und Behörden gehen ein beispielloses Risiko ein. Das ist, vermutet der WWF, mit der besonderen Aufgabe der umstrittenen Chemiefabrik zu erklären: Sie soll, so der Verdacht, im Auftrag der westeuropäischen Chemieindustrie den weltweiten Vertrieb und die Produktion von Lindan sichern, die in fast allen westeuropäischen Ländern strengen Beschränkungen unterliegt.

⁝

Das Sonderreferat Chemieanlagen und Biotechnologie des TÜV-Rheinland fertigte schließlich ein Gutachten, das auf Wunsch des Auftraggebers „vertraulich" behandelt wird. Auf sechs Seiten des Dokuments E 891732 wird der Inquinosa-Anlage ein verheerendes Zeugnis ausgestellt:

- ▷ Bei einem Feuer könnten große Mengen Dioxine und Furane aus der Anlage freigesetzt werden und zu einer „katastrophalen Verseuchung" der Umwelt führen;
- ▷ die Kontamination der Luft durch gefährliche Stoffe stelle eine Gefährdung für die benachbarten Wohngebiete dar;
- ▷ eine sehr genaue Überprüfung der Anlage sei unerläßlich, andernfalls könne ein ähnlicher Unfall wie in Seveso nicht ausgeschlossen werden.

Die spanisch-deutsche Studie widerlegt zudem die Angaben der Inquinosa-Betreiber, sie produzierten mit einem „neuartigen Cracking-Verfahren". Denn „nach den vorgelegten Daten über den Produktionsprozeß", so die TÜV-Experten, „unterscheidet sich das Verfahren nicht wesentlich" von dem der ehemaligen Boehringer-Fabrik in Hamburg.

„Da wurde ein großes Geheimnis daraus gemacht", erinnert sich Ingenieur Lluís Bassas, Leiter des TÜV-Büros in Barcelona. Die Prüfer hätten von der Firma lediglich ein „oberflächliches" Diagramm der geplanten Produktionsabläufe erhalten. Die Inquinosa-Anlage habe er „selbst nie gesehen", sagt Bassas, der „grundlegende Daten über den genauen Prozeßablauf" in der Lindan-Anlage vermißt. Verschwiegen wurde den Prüfern auch die „kriminelle Lagerung" (Egger) des toxischen Rohmaterials.

Der Spiegel; 15/90; S.75 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXVII

2.1.3.2. Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismus

Hinzu kommt, daß mit der Verlagerung der Produktionsstätten ins Ausland sowieso wesentlich mehr Gewinn zu erzielen ist, weil dort die amtlichen Bestimmungen "zum Schutz der Arbeitskräfte und der Natur" nicht so gut sind und zudem die Lohnkosten erheblich niedriger ausfallen. Dies ist schon fast der Originalton der Arbeitgeberverbände. Seit 1982 schicken sie diese Überlegungen in regelmäßigen Abständen über den Äther (Radio und Fernsehen) der BRD. Die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer war jenes Druckmittel, mit dem sie in den letzten Jahren die besitzlosen lohnabhängigen Arbeitnehmer aufforderten, im eigenen Interesse für eine Verbesserung der nationalen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt "ihre Gürtel enger zu schnallen", weil ihnen sonst die Arbeitsplätze auf nationaler Ebene verloren gingen!

Die in diesen Jahren folgenden "fast Nullrunden" bei den Tarifverhandlungen, die, wenn überhaupt, die Inflationsrate ausglichen, waren das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaften auf dieses nicht zu überhörende Druckmittel.
Mit der entstandenen Möglichkeit zur Flexibilisierung der Produktionsstätten müssen jetzt nicht nur die Regierungen der verschiedenen Staaten um die Gunst der multinationalen Konzerne wetteifern (wenn die Regierungen armer Länder vom multinationalen Großkapital nicht sowieso schon gekauft sind), sondern auch die besitzlosen Arbeitnehmer der unterschiedlichen Staaten und Kontinente. Hiermit steuert das Geldbürgertum, wegen der anhaltenden Überproduktionskrise, die konjunkturelle Entwicklung ganzer Wirtschaftsregionen, Staaten und sogar die ganzer Kontinente! Durch seine Investitionen verändert und bestimmt es nicht nur die Interessenlage und Handlungsausrichtung ganzer Bevölkerungen, sondern Staat und Gesellschaft werden in das von den Kapitaleignern bestimmte Handlungsziel hineingezwängt, weil sie außerhalb des vom Kapital erzwungenen industriellen Marktwirtschaftsrahmens nicht mehr existieren können! (Siehe die Reaktion der "Entwicklungsländer" auf den Anpassungsfond des IWF, Internationaler Währungsfond (1990-1992). Dieser Sachverhalt dürfte bekannt sein, so daß ich ihn nicht im einzelnen belege.)
Die Flexibilisierung der Produktionsstätten wird somit zum Kampf- und Druckmittel gegen die besitzlose lohnabhängige Bevölkerung, zu welcher die Kapitaleigner selbstverständlich greifen, weil sie als Eigentümer die Verfügungsgewalt über ihr Kapital besitzen. Halten wir fest:

> Billigere Löhne, die hiermit verbundenen niedrigeren Herstellungskosten sowie geringere Mengen an Auflagen, die z.B. von einer Regierung zum Schutz von Umwelt und Natur erhoben werden können und dem einzelnen Unternehmen erhebliche Kosten verursachen, sind die Gründe, die zu einer Flexibilisierung der Produktionsstätten führen,

welche gleichzeitig ein geeignetes Erpressungsmittel der Kapitaleigner gegen Staat, Regierung und Gesellschaft darstellen.

Und wohin zieht sich das Kapital mit seinen flexibilisierten Produktionsstätten z.Z. zurück? Nach Süd-Korea, Taiwan, Süd Afrika, um nur einige Länder zu nennen, in denen die Arbeiter noch bis aufs Blut gepeinigt werden.

Wie schon beschrieben, wird die Produktion mit der (Lohn-) Sklaverei besonders billig, und an einer billigen Produktion und einem "guten Geschäft" besitzen die Unternehmer wie immer ein besonderes Interesse.

Nur allein die Anwesenheit von industriellen Produktionsstätten und die Investition in solche Staatswesen unterstützt die nationale Wirtschafts- und Überlebenskraft dieser Länder und wird mit der anhaltenden weltweiten Überproduktionskriese auch zu einer schärfer werdenden Unterdrückung und Ausbeutung der Besitzlosen in unserem Land führen!

Untersuchen wir kurz den gesellschaftspolitischen Entwicklungsmechanismus, der in diesem Handeln der Kapitaleigner als Weltwirtschaftsmechanismus verborgen liegt. Es kommt in Ländern wie Süd-Afrika durch die größere Gesellschaftsunterdrückung zu einer höheren Ausbeutungsrate, womit die in diesen Ländern hergestellten Güter auf dem Weltmarkt besser und billiger verkauft werden können. Dies zieht eine Akkumulation (Ansammlung) des Kapitals gerade in diesen Ländern nach sich, weil in diesen besonders hohe Gewinne erzielt werden, womit die wirtschaftspolitische Macht des Staates (über eingenommene Steuern) als auch des jeweiligen Konzerns wächst. Wollen die multinationalen Konzerne in diesem entstehenden weltweiten Akkumulationsprozeß nicht irgendwann unterliegen und das Heranwachsen eines allein von diesem Land ausgehenden Konzerns als neuen weltwirtschaftspolitischen Machtfaktor verhindern, so sind sie gezwungen, in diese Länder zu investieren, um einen Teil des dort stattfindenden Kapitalansammlung in die eigenen Kassen umzuleiten. Tun sie dies nicht, so besteht die Gefahr, daß sie irgendwann von einem in diesem Land herangewachsenen Wirtschaftskonzern geschluckt werden, der zudem wirtschaftspolitischer Alleinherrscher seines Landes ist und versuchen wird, seine wirtschaftspolitische Macht über seine Grenzen hinaus auszudehnen.

Die sich einstellenden "guten Geschäfte" durch eine besonders hohe Ausbeutungsrate und die Verhinderung eines neuen multinationalen Konzerns, der als neuer weltwirtschaftspolitischer Machtfaktor den eigenen Konzern schlucken könnte, sind die zwei "guten Hauptgrün-

de", die für die Kapitaleigner eine Investition in Ländern wie Süd-Afrika so lohnenswert machen.

Hinzu kommt die hiermit entstehende Tatsache, daß über diesen Umweg die nationale Wirtschafts- und Überlebenskraft von Ländern mit einem Gesellschaftssystem wie in Süd-Afrika unterstützt und gefördert wird.
Durch die nationalökonomische Konkurrenz auf dem Weltmarkt entsteht ein äußerst gefährlicher Weltwirtschaftsmechanismus, der zum Zeitpunkt einer weltweiten Überproduktion im Rahmen der nationalstaatlichen Konkurrenz auf lange Sicht immer zu einem Export von Gesellschaftssystemen mit einer besonders hohen "Wirtschaftlichkeit" bzw. einer besonders hohen Unterdrückung und Ausbeutungsrate führt; vorausgesetzt diese Gesellschaftssysteme räumen der technisch-handwerklichen Elite, dem Mittelstand und dem oberen Mittelstand, also dem Bildungsbürgertum, besondere Rechte und Vorrechte (insbesondere für den Zugang zu den Schulungsinstituten) ein, wobei die untere Klasse zunehmend offener und brutaler ausgebeutet wird und somit das Potential billiger Arbeitskräfte stellt. Verschlechtern sich jedoch auch die Bedingungen für das Bildungsbürgertum (z.B. durch eine Verkleinerung ihrer Schicht bei einer sehr harten wirtschaftlichen Konkurrenz und/oder eine Einschränkung ihrer politischen Rechte) und ist die Staatsführung nicht auf eine systematische Vergrößerung der technisch-handwerklichen Elite zur Freisetzung eines größeren industriellen Wachstumsschubes zur Verbesserung der eigenen Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen politischen Herrschaftsbereichen (Staaten bzw. Bündnissysteme) bedacht, so setzt der steile Abstieg der nationalen Wirtschaft zusehens ein.
Insgesamt kann daher gesagt werden:

Auf dem Weltmarkt sind gerade die erzeugten Güter der Länder, die die just beschriebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einhalten, besonders "preiswert", so daß durch die erzielten Gewinne die nationale Wirtschaftskraft dieser Staaten wächst und sie freiheitlichere Staatswesen wirtschaftlich in die Knie zwingen.

Dies ist der weltweite Akkumulationsprozeß, dessen Entwicklungsmechanismus immer zu einem Export der Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme führt, weil der Handel hierfür die materiellen Voraussetzungen schafft.
Entweder die freiheitlicheren Staaten gleichen ihre "Wirtschaftlichkeit" ebenfalls durch eine Verbesserung der "Ausbeutungsrate" an, so daß sie weltwirtschaftspolitisch überleben können, oder sie werden irgendwann wirtschaftlich überrannt, so daß es in beiden Fällen auf jedem Fall zu einem Gesellschaftssystemexport von Unterdrückung und Ausbeutung kommt.

<u>Die Grundvoraussetzung hierfür ist das Unterdrückungsinteresse, das durch das Ziel der Steigerung der Ausbeutungsrate entsteht und die Ursache für die Ansammlung des Kapitals und für die Verlagerung der Produktionsstätten in den Ländern mit einer hohen Ausbeutungsrate darstellt, in deren Folge die nationale Wirtschaftskraft dieser Länder wächst und einen Gesellschaftssystemexport als zwangsläufig entstehenden Mechanismus hervorruft!</u>

Die Manager der multinationalen Konzerne sollen nicht so tun, als wüßten sie dies nicht. Sie sollen auch nicht ständig ihre "Alibinigger" - wie VW und BMW in Süd-Afrika - vorführen, die die gleichen Löhne wie Weiße erhalten. An den allgemein billigeren Produktionskosten durch Fremdfirmenzulieferer und der beibehaltenen hohen Ausbeutungsrate durch die Staatsgewalt und ihrer Unterdrückung ändert dies nichts!
Die Gründe, warum die multinationalen Weltkonzerne trotz ihrer wirtschaftspolitischen Macht nicht in die Gesellschaftsordnung dieser Staaten eingreifen bzw. nur nach starken weltweiten Protesten hierzu zögernd bereit sind, können wie folgt angegeben werden:

1. Ein Eingreifen in das fremde Gesellschaftssystem kostet - ohne die Möglichkeit eines späteren Gewinns - zu viel Geld, so daß die Mehrheit der verknöcherten Kapitalisten vor einem solchen Unterfangen sofort zurückschrecken wird.

2. Welcher Kapitalist wird bei gleichbleibender Konkurrenz freiwillig bereit sein, auf den relativen Mehrwert, den ihm ein Staat durch seine Gesellschaftsordnung der Ausbeutung, Unterdrückung und Sklaverei zur Verfügung stellt, zu verzichten?

3. Eine Einigkeit unter den multinationalen Konzernen, um gegen ein solches Gesellschaftssystem geschlossen vorgehen zu können, wird es nur selten geben (und zwar genau dann, wenn das liberale Bürgertum vorübergehend die Oberhand gewinnt), weil immer genügend Unternehmer vorhanden sind, die eine solche gemeinsame Linie wegen der mit der Verknappung vergrößerten Gewinnspanne und dem hieraus entstehenden Profitinteresse unterlaufen werden. Daher rührt z.B. auch die grundsätzliche Unternehmereinstellung: "Wenn ich das Geschäft nicht mache, dann macht es ein anderer!"

In diesen genannten Unternehmensinteressen - dem Ziel einer größt möglichen Gewinnspanne durch "gute Geschäfte" sowie der Angst vor dem "weltweiten Akkumulationsprozeß" - sind z.B. die Gründe zu suchen, die dazu führten, daß das Kapital dem Aufruf zum Wirtschaftsboykott, 1987/88, gegen Süd-Afrika nur schleppend Folge leistete.
Oder erinnern wir uns an China. Erinnern wir uns an Deng Xiaoping, an seine barbarische Massenabschlachtung und seinem riesigen Massaker. Er ließ auf friedliche und besonnene Studenten schießen. 4000 Menschen wurden abgeschlachtet. Auf dem Platz des Himmlischen Friedens fanden sie ihren ewigen Frieden. Die ganze Welt war schockiert und konnte es kaum fassen. Alle schrieen, und es hagelte Protestnoten und Verurteilung. Doch was waren die Verurteilungen und Proteste von Wirtschaft und Regierung gegen dieses chinesische Massaker weiter als eine Heuchelei vor der eigenen Bevölkerung? Der Wirtschaftsboykott, das einzige politische Druckmittel, welches evtl. die weiteren in China folgenden Massenverhaftungen und Hinrichtungen hätte verhindern können, setzte aus wirtschaftlichen Erwägungen nur sehr schleppend und unzureichend ein.
Und warum?
In China leben 1 Milliarde Menschen, das ist 1/5 der Weltbevölkerung. China war zu diesem Zeitpunkt der größte unberührteste Markt der Erde, und keiner wollte sich das "gute Geschäft" auf diesem Markt verderben.
Ich denke, daß hiermit die wahre Natur der kapitalistischen Marktwirtschaft in seiner internationalen Demokratiefeindlichkeit und sein Unterdrückungsexportmechanismus herausgearbeitet ist.

Gesellschaftsplanung

Schiffahrt

Wie auf St. Pauli

Mit rabiaten Mitteln behindert die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd die Sanierung der Ost-Konkurrenz. Eckart van Hooven von der Deutschen Bank mischt kräftig mit.

Die „Arnstadt", die in Hamburg Container für Westafrika lädt, gehört zur stattlichen Flotte der DSR Deutsche Seereederei Rostock GmbH. Rund 140 solcher Ost-Pötte befahren noch die Weltmeere.

Auf eine Milliarde Mark schätzen Experten den Wert der einstigen DDR-Handelsflotte. Kaum ein anderer der früher volkseigenen Betriebe kann solch eine positive Bilanz vorlegen.

Doch die Zukunft ist unsicher, für die „Arnstadt" und ihre 21 Besatzungsmitglieder ebenso wie für alle anderen Schiffe der DSR, die jetzt zum Vermögen der Berliner Treuhand gehören. 30 betagte DSR-Frachter sind bereits verkauft, meist an Länder der Dritten Welt. Wie viele Schiffe bei der Reederei bleiben, wie viele der noch rund 9000 Beschäftigten, Seeleute wie Landvolk, ihren Job behalten werden, kann niemand sagen.

Möglicherweise schon in dieser Woche wird über die Zukunft der DSR entschieden. Bei der Treuhand in Berlin liegt das Überlebenskonzept der Rostocker. Die ostdeutsche Reederei soll einen weltweiten Liniendienst mit der Bremer Senatorlinie und der koreanischen Reederei Cho Yang aufziehen, sechs neue, hochmoderne Containerfrachter sollen die DSR stärken.

Schiffahrtsexperten geben einer umgerüsteten DSR gute Chancen, im hart umkämpften internationalen Schiffsverkehr Kurs halten zu können. Doch gerade die schönen Aussichten sind es, die der DSR Schwierigkeiten bereiten.

Durch die Rostocker könnte westlichen Reedereien eine unliebsame Konkurrenz erwachsen. Vor allem Hapag-Lloyd (HL) in Hamburg, größte der deutschen Reedereien, müht sich, die mecklenburgische Schiffahrtslinie zu stören.

„Wir sehen uns einer nie geahnten Opposition gegenüber, die keine Mittel scheut", klagt DSR-Aufsichtsratschef Hans Reich, im Hauptberuf stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt.

Ein erbitterter Streit ist entbrannt um das Wohl und Wehe der ostdeutschen Schiffahrtslinie. „Da geht es zu wie beim Preisboxen auf St. Pauli", sagt ein Hamburger Reeder.

Als hartnäckigsten Quertreiber haben die ostdeutschen Seefahrer einen Mann ausgemacht, der eigentlich ganz andere Sorgen haben sollte: Eckart van Hooven, 65, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank mit Sitz in Hamburg. Als Aufsichtsratschef der DMS Rostocker Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG ist der umtriebige Banker zuständig für die vom Konkurs bedrohte Werftindustrie in Deutschland-Ost.

Das wäre wahrlich Arbeit genug. Doch der gebürtige Hamburger fühlt sich auch anderen verbunden. Seit langem schon sitzt er als stellvertretender Vorsitzender im Hapag-Lloyd-Aufsichtsrat. Das verpflichtet, zumal 12,5 Prozent der HL-Aktien der Deutschen Bank gehören.

Am liebsten hätte van Hooven die Leitung des DSR-Aufsichtsrats wohl mit übernommen und damit den gesamten maritimen Bereich der alten DDR unter seine Kontrolle gebracht. Da das kaum durchsetzbar gewesen wäre, versuchte er, wenigstens Experten seiner Wahl in die DSR zu bugsieren – etwa Dieter Ulken, Vorstandsmitglied bei Hapag-Lloyd.

Treuhand-Chef Detlev Rohwedder mochte nicht mitziehen. Ulken blieb ebenso draußen vor wie andere Manager, die van Hooven intern vorgeschlagen hatte.

An der Küste ist es längst kein Geheimnis mehr, daß die angestrebte Kooperation zwischen der bislang nur mäßig erfolgreichen Senatorlinie und der Deutschen Seereederei den Hapag-Lloyd-Managern nicht ins Konzept paßt. „Die haben gemerkt", sagt Senator-Chef Karl-Heinz Sager, „daß da eine leistungsstarke Organisation entstehen kann."

Wo immer es geht, macht van Hooven hinter verschlossenen Türen Front gegen die Rostocker. Gegenüber Treuhand-Managern und in seinem DMS-Aufsichtsrat etwa wetterte der Bankier heftig gegen DSR-Aufseher Reich. Der Frankfurter Kollege sei für die Aufgabe kaum der richtige Mann – „dem fehlt der Überblick".

Natürlich paßt es van Hooven auch nicht, daß Reichs staatliches Geldinstitut die geplanten sechs DSR-Neubauten allein finanziert. Bei einem Kredit von 460 Millionen Mark, das sind 80 Prozent der Gesamtkosten, würde die Deutsche Bank auch gern mitverdienen.

Ärgerlich zumindest ist, daß die neuen Containerschiffe nicht auf den notleidenden Ost-Werften gebaut werden sollen, sondern bei westdeutschen Konkurrenten in Kiel, Bremen und Emden. Doch Reich kann nachweisen, daß die Werften in Mecklenburg-Vorpommern den Großauftrag abgelehnt haben. Sie sehen sich technisch nicht in der Lage, die Schiffe zu bauen.

Küstendenker van Hooven propagiert einen weitergehenden Plan für die Zukunft der Ost-Reederei. „Die DSR-Schiffe", schlägt er intern schon seit längerem vor, „sind das Tafelsilber Mecklenburgs – das gilt es jetzt zu veräußern." Der Erlös, so der Banker, könne für Sozialpläne der notleidenden Werftindustrie im Osten verwendet werden.

Die Wühlarbeit zeigt offenbar Wirkung. Im Februar stoppte die Berliner Treuhand vorerst die bereits genehmigten Neubauten. Alles solle, so hieß es lapidar, noch einmal gründlich geprüft werden.

Es mag dabei durchaus hilfreich gewesen sein, daß Hapag-Lloyd gute Verbindungen zur Treuhand hält. Verwaltungsratschef Jens Odewald sitzt bei Hapag-Lloyd im Aufsichtsrat, sein Stellvertreter Otto Gellert pflegt enge Beziehungen zu HL-Vorstandsvize Bernd Wrede. Aufsichtsratschef André Leysen wiederum sitzt im Verwaltungsrat der Treuhand.

Im Aufsichtsrat der Ost-Werften rührt sich unterdes Widerstand gegen die plumpe Interessenpolitik des Vorsitzenden van Hooven. Entschuldigend schrieb Schiffbau-Verbandschef Norbert Henke, der neben van Hooven im DMS-Aufsichtsrat sitzt, an Reichs Kreditanstalt für Wiederaufbau: „Wir wenden uns ausdrücklich gegen alle Tendenzen und Bestrebungen, die aus zum Teil durchsichtigen Überlegungen darauf gerichtet sind, die Schaffung einer wettbewerbsfähigen ostdeutschen Schiffahrt zu verhindern."

Der Kleinkrieg an Land hat sich bei Ostdeutschlands Seeleuten herumgesprochen. „Es ist schon erschreckend", sagt „Arnstadt"-Kapitän Keipus, „wie ein paar westdeutsche Herrgötter mit unserer Zukunft spielen."

Der Spiegel; 12/91; S.132 f.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Spanien

Grüner Vampir

EG-Richtlinien aus Brüssel und die Forstpolitik der Regierung in Madrid sind mitschuldig an den landesweiten Waldbränden.

⋮

Auch José Manuel Romay, Landwirtschaftsminister der nordspanischen Region, glaubt an „kriminelle Organisationen", die sogar aus Flugzeugen heraus Brandkörper auf die Forste werfen.

„Spanien brennt an allen Ecken", klagte die Madrider Tageszeitung *El Mundo*. In Valencia brannten im Juli 12 000 Hektar nieder, in der Extremadura fraß das Feuer 3500 Hektar des Naturparks von Monfragüe, Nistgebiet von zwölf Prozent aller auf der Welt lebenden Geier und eines Viertels aller schwarzen Kraniche. Allein die erste Augustwoche kostete Galicien 3000 Hektar Wald.

Die Zahl der Feuersbrünste steigt von Jahr zu Jahr. 1989 verwüsteten 19 000 Brände die spanischen Wälder. Ein Drittel davon, so glauben die Experten, wurde mutwillig gelegt. Sie bezichtigen vor allem streitsüchtige Bauern, die sich über die Grenzen ihrer Grundstücke nicht einigen können, oder rücksichtslose Viehzüchter, die Feuer entfacht zu haben. In Galicien brachen in diesem Sommer bis zu 150 Brände gleichzeitig aus.

Zwar bestreitet niemand das unselige Wirken der Brandstifter, doch von einer mächtigen Mafia fand sich bislang keine Spur. Spanische Ökologen glauben deshalb, daß die aufwendige Suche nach organisierten Kriminellen von der wichtigsten Ursache für die Brände ablenkt: einer verfehlten Strukturpolitik.

Umfangreiche Aufforstungsprogramme haben im vergangenen Jahrzehnt riesige neue Waldflächen geschaffen. Papier-Multis, Brüsseler EG-Bürokraten und Madrider Behörden „verändern das Antlitz unseres Landes", klagen Naturschützer, „weil die uns zwingen wollen, ohne Rücksicht auf traditionelle Landschaft und Kultur immer mehr Zellstoff zu liefern".

Die Grünen kämpfen deshalb – auch das gibt es – gegen die neuen Bäume. Ihre Parole: „Mehr Holz bedeutet Krieg."

Dem Aufruf zum Widerstand gegen die Neupflanzungen folgten inzwischen vor allem Landwirte: Im asturischen Dorf Tazones zogen Bauern nächtens mit dem Beil zu Felde und hackten 50 000 junge Bäume nieder. Für sie heißt der Feind „eucalyptus globulus", ein von den Papierfabriken wegen seines schnellen Wachstums besonders geschätzter Baum aus dem fernen Tasmanien. Im Bergland hinter der kantabrischen Küste gilt das importierte Gewächs als „grüner Vampir", der die heimischen Wälder zerstört.

Schon bedecken die exotischen Eukalyptusforste allein in Galicien 200 000 Hektar Land. Der Baum gedeiht nicht nur auf den Plantagen, sondern verbreitet sich schnell darüber hinaus. Nach jedem Brand wächst er als erster wieder nach und verdrängt auf diese Weise die ursprüngliche Vegetation.

Weil im Agrar-Europa der EG kein Bedarf für Kleinbauern besteht, die Milch und Käse produzieren, soll der Norden der iberischen Halbinsel ein wichtiger Zelluloselieferant werden. Billiges Land und viel Regen machen Galicien, Asturien und Nordportugal für die Zellstoffproduktion attraktiv. Zwei neue Werke, darunter auch eine Fabrik des deutschen Feldmühle-Konzerns, sind in Galicien geplant. Sie können helfen, den Importbedarf der Gemeinschaft für den Papierrohstoff zu senken.

Doch die Produktion von Zellstoff bringt schwere Umweltbelastungen mit sich, während der volkswirtschaftliche Nutzen gering bleibt: Im Vergleich zu den hohen Investitionen entstehen nur wenig neue Arbeitsplätze. „Das ist Dritte-Welt-Wirtschaft", behauptet der Madrider Ökologieprofessor Fernando González Bernáldez. Spanien solle nur den Rohstoff liefern, „das gewinnträchtige Papier produzieren Konzerne wie die Feldmühle weiterhin in ihren Heimatwerken".

Der Spiegel; 36/90; S.193 ff.

Festival der Heuchelei

Noch zwei Wochen bis zum Weltgipfel in Rio de Janeiro: Die globale Umweltkrise verschärft den Konflikt zwischen Erster und Dritter Welt. Der Norden will die Umwelt schützen, der Süden fordert eine gerechte Weltwirtschaft. Ohne drastische Zugeständnisse der Industriestaaten läßt sich der Klimakollaps nicht aufhalten.

Niemals zuvor stand Mutter Erde so sehr im Mittelpunkt der Weltpolitik.

⋮

Alle Staaten, gleich ob arm oder reich, sollten auf das Konzept des „sustainable development", einer „nachhaltigen Entwicklung", verpflichtet werden: Die natürlichen Ressourcen müssen so bewirtschaftet werden, daß die ökologische Stabilität erhalten bleibt – nur so kann die Erde auch für künftige Generationen bewohnbar bleiben.

⋮

Extrem strittig ist schon, wie der jeweilige Anteil der einzelnen Nationen am Treibhauseffekt berechnet und gewichtet werden soll. Ginge es nur nach der Gesamtmenge der gegenwärtigen jährlichen Emissionen, so würden etwa Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien zu den größten Klimasündern der Erde zählen.

Werden die Emissionen dagegen auf die Kopfzahl der Bevölkerung bezogen, rangieren diese Staaten keineswegs unter den wichtigen Treibhaus-Schädlingen. Läßt man die kleinen Opec-Länder – wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar – mit ihren undichten Öl- und Gasförderanlagen außer Betracht, so liegen die energiehungrigen USA an der Spitze, gefolgt von den Industrienationen Australien und Kanada (siehe Grafik).

Die Wortführer der Drittweltländer ziehen aus dieser Pro-Kopf-Rechnung den Schluß: Der Norden trägt allein die Verantwortung für das Weltklima und seine Regulierung. Immerhin beansprucht derzeit das knappe Viertel der Weltbevölkerung in den industrialisierten Ländern 75 Prozent der Energievorräte, 85 Prozent des kommerziell verbrauchten Holzes sowie 72 Prozent der Stahlproduktion.

⋮

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XXXIX

Unter der realistischen Annahme, das Ökosystem Erde vertrage jährlich 17,5 Milliarden Tonnen CO_2, ergibt sich für die Industrieländer eine vernichtende Bilanz: Die Vereinigten Staaten produzieren fünfmal und Deutschland immerhin mehr als dreimal so viele Klimagase, wie den Ländern nach einer ausgewogenen Pro-Kopf-Verteilung zustünden (siehe Grafik Seite 235).

Dagegen könnten Staaten wie Pakistan noch für Jahrzehnte aus dem vollen schöpfen – ihnen bliebe reichlich Spielraum zu weiterer, auch stark umweltbelastender wirtschaftlicher Entwicklung. Selbst Indien und China behielten ein riesiges Potential und zählten, bei einem fairen Weltklimavertrag, zu den Gewinnern.

Um aber Länder wie China oder Indien auf einen anderen, umweltverträglichen Entwicklungsweg zu verpflichten, müßte der Norden glaubwürdige Vorleistungen erbringen. Das verweigern vor allem die Vereinigten Staaten.

Seit Jahren läßt sich US-Präsident Bush seine globale Umweltpolitik von seiner nationalen Kohle- und Ölindustrie diktieren. Wahrheitswidrig verbreitet etwa das American Petroleum Institute, Mitglied der Global Climate Coalition, eines machtvollen US-Lobbyverbands zur Verharmlosung der Klimagefahr: „Der Nutzen einer Emissionsminderung ist unsicher, aber die Kosten sind hoch.“

Folgsam versprach Präsident Bush, er werde „keinen Vertrag unterzeichnen“, welcher der Industrie zusätzliche Kosten zumutet und „unsere wirtschaftliche Erholung behindert“. Sein konservativer Herausforderer im Vorwahlkampf in diesem Jahr, Pat Buchanan, legte sogar noch zu und warnte vor den „globalen Parasiten“ aus dem Süden, für die man „keine Spur unserer Souveränität“ aufgeben dürfe.

Im Vergleich dazu wirken die Westeuropäer fast schon wie Ökovorkämpfer. Dabei wollen die EG-Regierungen bisher den Jahresausstoß an klimaschädigenden Gasen gerade mal auf dem Niveau von 1990 stabilisieren. Die deutsche Bundesregierung versprach eine CO_2-Verminderung um ein Viertel – das liegt im Rahmen des technisch leicht Machbaren. Der energieverschwendende Lebensstil der Bürger muß sich da kaum ändern.

EG-weit blieb allerdings völlig unklar, wie die gesteckten Ziele erreicht werden sollen. Der richtungweisende Vorschlag der EG-Kommission, den Energieverbrauch in Industrie und Haushalten mit einer eigenen Steuer zu belegen, liegt wegen des zähen Widerstands der Industrie auf Eis.

Statt die Auseinandersetzung in den eigenen Ländern zu führen, erscheint es den Regierungsvertretern und auch engagierten Umweltschützern aus den Industriestaaten viel leichter, eine rigide Ökopolitik in den Ländern der Dritten Welt durchzusetzen – am besten unter der Kontrolle eines vom reichen Norden dominierten Umwelt-Sicherheitsrats der Uno.

Im Geiste einer neuen Welt-Umweltordnung, so schrieb etwa das deutsche Magazin *Natur* in einem Bericht über den Untergang der Regenwälder, dürfe die „nationale Unabhängigkeit“ der armen Länder „keine heilige Kuh“ mehr sein. Die globalen Umweltgefahren seien „weit bedrohlicher als der Einmarsch Saddam Husseins in Kuweit“.



Auch diese Schreckensvision – von weltweiten Völkerwanderungen der Armut – lenkt den Blick auf ein Problem, das von den Industriestaaten bisher verdrängt wurde: Wer die globale Ökokrise meistern will, muß zuvor die extrem ungleiche Verteilung wirtschaftlicher Macht beseitigen. Sie ist eine der Hauptursachen der Zerstörung.



Der drückende Zinsendienst zwang die Regierungen der Schuldnerländer, ihre wenigen verkäuflichen Waren um jeden Preis zu exportieren – ohne Rücksicht auf die von der Natur gesetzten Grenzen:

▷ In Brasilien forcierten die Militärs den agrarindustriellen Anbau von Sojabohnen in ihren Südstaaten und trieben damit Hunderttausende von Kleinbauern in die Slums der Städte und in die Regenwälder des Amazonasgebietes.

▷ Im Senegal weiteten die Schuldenmanager den Erdnußanbau aus und bereiteten so, durch Übernutzung der Böden, der Wüste den Weg.

▷ In Costa Rica wurden, um den Rindfleischexport in die USA zu steigern, Millionen Hektar Urwald in Weidefläche umgewandelt; eine verheerenden Erosion der Böden folgte.

▷ In der Republik Elfenbeinküste sicherten sich ausländische Konzerne großzügige Konzessionen zum finalen Holzeinschlag in den schon fast völlig vernichteten Tropenwäldern; in Ghana werden die letzten Baumriesen zu Holzkohle verarbeitet und als Brennstoff verkauft.

Aber alle noch so großen Anstrengungen, durch Exporte die Zahlungslast zu mindern, sind gescheitert – die Zinsen auf dem Weltkapitalmarkt stiegen immer weiter, vor allem weil die US-Regierung zur Finanzierung ihres Haushaltsdefizits gewaltige Geldmittel brauchte. Der Schuldenberg wuchs.

So zahlte etwa Mexiko zwischen 1982 und 1988 mehr als 100 Milliarden Dollar an Banken und Regierungen der Gläubigerländer. Am Ende des Jahrzehnts war die Verschuldung des Landes trotzdem um noch einmal 18 Prozent auf insgesamt 112 Milliarden Dollar angewachsen.

Daraus entwickelte sich ein absurder Kapitalfluß zwischen reichen und armen Ländern: Jahr für Jahr strömt inzwischen gut dreimal soviel Geld von Süd nach Nord, wie in umgekehrter Richtung als Entwicklungshilfe gezahlt wird (siehe Grafik).

Die Weigerung der Gläubigerländer, die alten, eigentlich längst bedienten Kredite zu erlassen, komme einem „unerklärten Krieg gegen die armen Kontinente“ gleich, resümierte die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Susan George in einer kürzlich veröffentlichten Analyse des Schuldenproblems*.

Zugleich verwehren die Industrieländer ihren Schuldnern die Möglichkeit, mit eigenen Produkten auf den Märkten des Nordens die dringend benötigten Devisen zu verdienen.

Beinahe alle OECD-Länder halten an der sogenannten Zolleskalation fest: Fertigwaren wie Textilien, Schuhe und verarbeitete Lebensmittel werden, um die heimischen Verarbeiter vor der zumeist billigeren Südkonkurrenz zu schützen, mit höheren Importzöllen belegt als Rohstoffe. Außerdem verschanzen sich die Nordstaaten hinter einem ganzen Arsenal von Qualitätskontrollen, Quotenregelungen und anderen protektionistischen Handelshemmnissen. Darum gelangt aus Ghana oder der Elfenbeinküste nur Rohkakao statt Schokolade nach Europa, wird der Kaffee in Rotterdam und Bremen geröstet und verpackt statt in Kolumbien oder Kenia und sind auf dem EG-Markt viel weniger Hosen und Kleider aus Indien erhältlich, als auf diesem Subkontinent eigentlich produziert werden könnten.

Von der Verarbeitung bleiben die

* Susan George: „The Debt Boomerang“. Pluto Press, London; 224 Seiten; 7,95 Pfund.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XL

Der Spiegel; 47/92; S.154 ff. --> XLI

Drittweltländer ausgesperrt. Dabei ist es jener Abschnitt in der Herstellungskette, der am meisten Gewinn abwirft. Jedes Jahr, so schätzen Ökonomen der Weltbank, gehen den Entwicklungsländern dadurch mindestens 55 Milliarden Dollar verloren.

Um dennoch mehr einzunehmen, blieb den Staaten des Südens meist nur die Ausweitung der Rohstoffproduktion – ein dramatischer Verfall der Weltmarktpreise folgte. Um auch nur die gleiche Menge Devisen zu erwirtschaften wie 1980 und dafür Maschinen und Fertigprodukte zu importieren, müssen die Drittweltstaaten heute im Durchschnitt bereits doppelt soviel Rohprodukte exportieren.

Vor diesem Hintergrund empfinden viele im Süden die Forderung, sie sollten sich zum Wohle aller um den Schutz der Umwelt kümmern, als blanken Hohn. „Wenn wir den Regenwald erhalten sollen", folgerte ein brasilianischer Unced-Diplomat, dann müsse „auch der Protektionismus in Europa ein Ende haben".

Über diese zentralen Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses wurde bei den zweijährigen Unced-Verhandlungen jedoch gar nicht ernsthaft geredet. Eherne Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und das Welthandelsabkommen Gatt, über die eigentlich hätte verhandelt werden müssen, wurden nicht angezweifelt, auch die Schuldenkrise blieb ausgeklammert.

Statt dessen schlugen die Uno-Bürokraten vor, die wirtschaftliche Ungleichheit und die ökologischen Wunden der Erde mit dem umfassenden Entwicklungshilfeplan „Agenda 21" zu heilen.

Alle in diesem Projekt zusammengefaßten Programme – von der Verbesserung der Handelsbeziehungen bis zur Sanierung der Trinkwasserversorgung in den Großstädten der südlichen Hemisphäre – sollen jährlich 125 Milliarden Dollar kosten, gerade mal soviel, wie derzeit die westdeutschen Bundesländer für den Aufbau Ostdeutschlands aufbringen.

Ein paar Milliarden Dollar mehr Entwicklungshilfe, darüber sind sich die Experten einig, können jedoch nicht einmal ansatzweise eine Tendenzwende in Richtung „sustainable development" bewirken. Aber als vorläufige Scheinlösung kommt der Hilfsplan fast allen Regierungen gerade recht, weil er keinerlei schmerzhafte Veränderungen erfordert.

•
•
•

Mehr und mehr verkomme der Unced-Prozeß „zum bloßen Glasperlenspiel, bei dem sich die Eliten der Drittweltstaaten ihre Forderungen abkaufen lassen", kommentierte die Entwicklungspolitikerin Barbara Unmüßig, die im Auftrag der deutschen Umweltverbände die Beteiligung deutscher Initiativen in Rio koordiniert.

Monatelang fochten dabei die Staaten der G-77-Gruppe für einen unabhängigen „Grünen Fonds", in dessen Entscheidungsgremien sie selbst die Mehrheit stellen sollten. Die OECD-Länder wollen dagegen ausgerechnet die von ihnen beherrschte Weltbank, ausgewiesen durch Dutzende von Großprojekten mit ökologisch katastrophalen Auswirkungen (SPIEGEL 39/1988), das neue Welt-Umweltprogramm verwalten und kontrollieren lassen.

Erwarteter Kompromiß: Die bei der Weltbank neu installierte „Global Environment Facility" („Globale Umwelteinrichtung") wird die Aufsicht über den Welt-Ökofonds erhalten; dafür sollen aber die Entwicklungsländer mehr Mitbestimmungsrechte erhalten als in den anderen Weltbank-Gremien.

Aufs neue zeige sich, „wie wenig die meisten Regierungen der Dritten Welt wirklich die Interessen ihrer Völker vertreten", bemerkte der Ökonom Gordon Shepherd, der den WWF bei der Unced vertritt. „Ihre große Chance, Verhandlungen über die wirklich wichtigen Fragen zu erzwingen, haben sie vertan."

Der Spiegel; 21/92; S.224 ff.

Gatt

Planwirtschaft wohin?

Die geplatzten Verhandlungen über Agrarsubventionen zwischen der EG und den USA kommen wieder in Gang, Europa verzichtet auf Gegenmaßnahmen gegen die angekündigten US-Strafzölle. Die kompromißbereiten Deutschen setzten sich durch, die Franzosen gaben nach: Der drohende Handelskrieg scheint abgewendet.

•
•
•

Eine Woche zuvor waren die Verhandlungen über den Abbau von Agrarsubventionen zwischen der EG und den USA gescheitert, die Vereinigten Staaten hatten mit Strafzöllen gedroht. Nun mußten die Minister der Zwölf entscheiden, wie die EG reagieren sollte.

•
•
•

Die hochsubventionierte Produktion von Ölsaaten in Europa behindert den Absatz nicht subventionierter Sojabohnen aus den USA. Zweimal schon haben die Amerikaner mit Erfolg gegen die EG-Subventionen geklagt, jetzt sollen die Europäer entsprechend den Gatt-Sprüchen ihren subventionierten Ausstoß an Raps und Sonnenblumen freiwillig drosseln. Und das träfe vor allem auch französische Bauern.

•
•
•

Die EG-Agrarreform sieht die Reduzierung von Anbauflächen um 15 Prozent vor.

Die USA bestehen darauf, daß die Europäer eine bestimmte, herabgesetzte Produktionsmenge nicht überschreiten. Da die Erträge pro Hektar aber schwanken, entspricht eine nach den US-Wünschen gedrosselte Produktion je nach Referenzjahr anderen Hektarzahlen.

Der Spiegel; 47/92; S.154 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLI

2.1.3.3. Weltweite Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie

Wir in den industriell hochentwickelten, "demokratischen" Industrienationen müssen also mit den Arbeitskraftanbietern der Billiglohnländer konkurrieren, so daß wir gezwungen sind, den Unternehmern im allgemeinen einen noch höheren Mehrwert an unserer Arbeit durch niedrigere Löhne anzubieten. Dies geschieht wegen der vorhandenen Überproduktion an Gütern auf internationaler Ebene sowie der damit entstehenden erhöhten Konkurrenz der Arbeitskräfteanbieter auf dem Weltmarkt. Dies führt zu einer steigenden Verelendung und Ausbeutung der Besitzlosenklasse, wobei sich die ehemalige nationale Wirtschaft auf die internationale Ebene ausweitete und der Welthandel die neue internationale Weltökonomie darstellt.

> Damit verlagerte sich der Klassengegensatz der einst nationalen Wirtschaft auf die heutige internationale Ebene der Weltwirtschaft. Die Konflikte und Ungleichheiten der früher üblichen Binnenmarktstruktur haben sich somit - unter den neuen Verhältnissen weltwirtschaftlicher Verflechtungen - vom nationalstaatlichen Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf die Beziehungen zwischen hochindustrialisierten und sogenannten "Entwicklungsländern" verschoben!

Das Mittel zur Ausbeutung der "Entwicklungsländer" ist deren Hochverschuldung bei den Industrienationen, so daß sie meist kaum noch in der Lage sind, die Zinsen zurückzuzahlen. Der Zins ist hier das Mittel zur Abschöpfung des fremdgeleisteten Arbeitsmehrwert ganzer Nationen, den die Kapitaleigner zur Selbstbereicherung in die eigenen Bankhäuser umleiten.

Unter diesem Gesichtspunkt müßte die von Marx 1859 verfaßte "Kritik der politischen Ökonomie" (später, 1867, "Das Kapital", Band 1) erweitert werden, da auch seine Arbeit, unter Einbeziehung der von Engels aus dem Marxschen Nachlaß bearbeiteten Bände, Band2 (1885) und Band3 (1894), nur ein Fragment ist und Marx selbst nicht mehr dazu kam, den Zusammenhang von Staat und Ökonomie sowie die Rolle des Weltmarktes usw. zu behandeln.

Unter weltpolitischen Gesichtspunkten ergibt sich hier eine sehr interessante und gefährliche Entwicklung, die jederzeit durch die Flexibilisierung der Produktionsstätten gegen unser Land zurückschlagen kann.
Obwohl die offene Lohnsklaverei, die bedingungslose Unterdrückung, die gnadenlose Ausbeutung und der Faschismus als Mittel zur Ausbeutung durch den 2.Weltkrieg derzeit aus unserem Land offiziell vertrieben sind, praktiziert das Geldbürgertum diese Methoden in anderen Staaten lustig weiter und erhält somit die beschriebenen Zustände innerhalb der Weltgesellschaft am Leben.

Hiermit ergibt sich weltpolitisch eine neue Art von Rollenverteilung, in der den Menschen der "Entwicklungsländer" die Rolle der einstigen besitzlosen Proletarierklasse zufällt. In dieser weltpolitischen Machtstrategie des Großkapitals stellen die hochindustrialisierten Gesellschaften mit ihrem scheinbar demokratischen Selbstverständnis nur eine hochentwickelte militärische Streitmacht. Die Industrienationen werden durch diese Verschiebung des Klassengegensatzes, und zwar zu einem Klassengegensatz zwischen hochindustrialisierten Staaten und Entwicklungsländern, zum Rückzugsgebiet und Hinterland des Großkapitals, von dem die Kapitaleigner gefahrenlos operieren, ihren machtpolitischen Einfluß ausbauen und ihre wirtschaftliche Ausbeutung vergrößern. Hierfür stellen die hochentwickelten Industrienationen mit ihren durch das Fernsehen (welches auf direktem oder indirektem Wege vom Großkapital kontrolliert wird) manipulierten Völkern nur die billige Söldnerarmee, die unter dem Deckmantel der nationalen Idee, der demokratischen Ideale und der volkstümlerischen Identität die knallharten Interessen des Geldbürgertums verteidigen. D.h., daß wir mit unseren hochmodernen Armeen nichts weiter als ein Puffer sind, den das Kapital in seiner weltwirtschaftspolitischen Machtstrategie zwischen sich und das auf die Entwicklungsländer verlagerte Besitzlosenproletariat schob. Dies und nichts anderes ist die neue und alte Aufgabe der bessergestellten Industrienationen im weltweiten Strategieplan des Geldbürgertums.

Ein Beispiel dafür, daß sich mit dieser Streitmacht nicht nur auf theoretischer Ebene knallharte Kapitalinteressen durchsetzen lassen, sondern heute auch schon durchgesetzt werden, ist schnell gefunden. In Amerika drohte z.B. ein von den USA ausgehender Angriffskrieg gegen ein Entwicklungsland, nur weil dieses sich von einem aus den USA unterstützten Diktator befreite und gleichzeitig auch das in seinem Land befindliche US-Kapital enteignete. Nur mit dieser grundsätzlichen Tat konnte sich dieses Land - Nicaragua - aus der Umklammerung der Wirtschafts- und Leistungskraft abschöpfenden Ausbeutung (durch die multinationalen Konzerne) lösen und die Grundlage für die Entwicklung eines eigenständigen, selbstversorgenden, ausbeutungsfreien Wirtschaftskörpers legen. Die Folge war eine ständige Kriegsdrohung durch die USA, die in der Verminung nicaraguanischer Häfen durch die Marine der USA und den (durch die Unterstützung vom CIA erst möglichen) Aufbau der Contraarmee mündete. Die USA waren nur sehr schwer durch die entstehende Weltöffentlichkeit daran zu hindern, im imperialistischen Sinne früherer Tage in Nicaragua selbst militärisch einzugreifen.

Die sich aus diesem Zusammenhang ergebende Schlußfolgerung für die weltwirtschaftspolitische Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie ist:
Dem Kolonialismus, der im Imperialismus mündete, ist der modernere und feinere ***Zinswirtschaftsimperialismus*** gefolgt, der durch die militärische Überlegenheit der Industrienationen abgesichert wird. Durch die hohe Verschuldung der "Entwicklungsstaaten" - an der die Banken einen erheblichen Anteil haben - entwickelte sich eine neue Form der Sklaverei

- Die *Zinswirtschaftssklaverei* -

Hieraus folgt, das Großkapital in den Industrienationen will den "Entwicklungsländern" gar nicht helfen! Vielmehr besitzt das Großkapital das Interesse, die "Entwicklungsländer" durch eine hohe Verschuldung - diese ist so hoch, daß die "Entwicklungsländer" kaum die Zinsen zurückzahlen können - in Abhängigkeit zu halten, weil sich sehr gut von dem in den Entwicklungsländern erwirtschafteten Mehrwert leben läßt.
Die Verschuldungspolitik und die "Investitionspolitik" in Staaten mit einer hohen Unterdrückung stellen nur die zwei Seiten derselben Strategie zur Verbesserung der Ausbeutungsrate dar und sind in ihrem Kern eine moderne Form des Imperialismus in Verbindung mit der Lohnsklaverei.

2.1.3.3.1. Unterdrückungs- und Ausbeutungsexportmechanismus

TAZ 23.06.89; TAZ 23.06.89 --> XLII

Der Unterdrückungs- und Ausbeutungsexportmechanismus

Militär feuert auf Demonstranten in Birma

Trotz eines Handelsboykotts westlicher Länder produziert die bundesdeutsche Maschinenfabrik Fritz Werner weiter Waffen in Birma

Bangkok (afp/taz) — Bei einer Demonstration zum Gedenken an die blutig niedergeschlagenen Proteste vor einem Jahr in der birmanischen Hauptstadt Rangun ist am Mittwoch einer der Organisatoren erschossen worden.

⋮

Am 21. Juni vergangenen Jahres setzte das Regime Ne Wins Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung gegen die demonstrierende Bevölkerung, Studenten und Mönche ein. Im Laufe der Protestbewegung gegen das autokratische Einparteien-Regime Ne Wins und seiner Stellvertreter Sein Lewin, der als Schlächter von Birma in die Analen eingin und schließlich von Saw Maung abgelöst wurde, kamen 3.000 Zivilisten ums Leben. Nach der rigorosen Niederschlagung des Volksaufstands im September haben die USA, Japan wie auch die Europöische Gemeinschaft ihre Wirtschaftshilfe an Birma eingestellt und einen Handelsboykott verhängt.

⋮

Auf halbem Weg zwischen Rangun und Mandalay unterhält, von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt, die Werkzeugmaschinenfabrik Fritz Werner eine Waffenfabrik, die landesweit größte ausländische Investition. Sie stellte insbesondere während der Unterdrückung des Volksaufstandes zwischen März und September des letzten Jahres und auch heute angesichts des weltweiten Boykotts eine wichtige Nachschubquelle für die Militärs dar. In einem Antrag des US-Senators D. P. Moyniham an den amerikanischen Senat zur Fortsetzung der amerikanischen Handelsblockade heißt es hinsichtlich der Unterstützung durch westliche Nationen unter anderem: „Bis heute stellt die Waffenfabrik für Handfeuerwaffen und Munition der westdeutschen Firma Fritz Werner das ***einzige Joint-venture des Landes*** dar. Trotz der Einstellung von Wirtschaftshilfe durch die westdeutsche Regierung produziert diese Firma weiterhin jene todbringenden Waffen für das birmanische Militär.

TAZ 23.06.89

VR China

Mindestens 27 Menschen sind in China in den letzten Tagen hingerichtet worden. Von den USA über Europa bis Japan wird nun über Sanktionen gegen das Reich der Mitte gesprochen. Weltweit protestieren AuslandschinesInnen, Regierungen und DemonstrantInnen. In der Tat nimmt die Repression in China dramatische Ausmaße an. Dramatisch, weil unter den Augen der Öffentlichkeit. Doch seit dem Sieg der Revolution 1949 sind Millionen der Repression zum Opfer gefallen.

⋮

Nicht erst seit dem Massaker auf den Tiananmen und den Todesurteilen von Schanghai und Peking zeigt die Kommunistische Partei Chinas, wozu sie fähig ist. Schon seit Jahren lesen sich die Berichte von amnesty international (ai) über die Volksrepublik China wie Auszüge aus einem Horrorfilm. Im sozialistischen Reich der Mitte waren Menschenrechtsverletzungen nie ein Thema. Todesstrafen wurden, wenn es die politischen Kampagnen der Herrschenden erforderten, im Eilverfahren ausgesprochen. Der Unterschied zu anderen Ländern der Region: Menschenrechte fanden nie eine Lobby im Westen. Während die Hetzjagd der Regimes in Indonesien, Südkorea und auf den Philippinen nach Dissidenten und Gewerkschaftlern in der Vergangenheit immer wieder eine breite Solidaritätsbewegung im Westen hervorbrachte, zeitigten Todesstrafen, Völkermord und Folter in China nur Ignoranz, betretenes Schweigen oder gar Solidarität mit der chinesischen Führung — selten aber mit den Opfern. In den letzten zehn Jahren hat zudem die Euphorie über die chinesische Wirtschaftsreform westliche Politker zum Schweigen gebracht. Angesichts des größten Marktes auf Erden, der sich da zu öffnen begann, waren Menschenrechte in China kein Thema. Bestenfalls die Grünen Petra Kelly und Exgeneral Gert Bastian weigerten sich, in den Lobgesang einzustimmen und brachten immer wieder penetrant die Tibetfrage aufs Tapet.

⋮

Ende der 70er Jahre antwortete Deng Xiaoping auf Jimmy Carters Forderung nach Menschenrechten und Reisefreiheit im Reich der Mitte mit dem lapidaren Satz: „Wenn Sie wollen, daß ich zehn Millionen Chinesen freilasse, damit sie in die USA ausreisen können, tue ich das gern."

⋮

Die Todestrafe wird in der Volksrepublik China durch Genickschuß vollstreckt. Für die Kosten der Kugel müssen die Verwandten aufkommen. Was eine Todeskugel wert ist, liegt im Ermessen der lokalen Henker. In Tibet sollen den Hinterbliebenen dafür in diesem Frühjahr 600 Yuan (umgerechnet etwa 300 Mark) berechnet worden sein. Das ist mehr als ein Monatslohn.

TAZ 23.06.89

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLII

SPD: UN-Waffenembargo gegen Südafrika nicht eingehalten

„Deutsche Rüstungsgüter bestimmen nahezu das Straßenbild"

BONN, 28. Juni (AP). Die SPD hat die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, alle bislang genehmigten Exporte nach Südafrika offenzulegen. Der SPD-Abgeordnete Günther Verheugen stellte am Mittwoch vor Journalisten in Bonn eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage seiner Fraktion nach den deutsch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen vor, die nach seinen Worten „skandalöse Tatbestände" offenbart.

Die Bundesregierung sei im letzten Jahr nicht nur zum Handelspartner Nummer eins aufgestiegen. In den Jahren 1986, 1987 und 1988 seien auch Ausfuhrgenehmigungen nach den Ausfuhrlisten A, B und C (Waffen und Rüstungsgüter, nukleare Anlagen und Ausrüstungen und andere Waren von strategischem Wert) im Wert von 230 Millionen Mark erteilt worden. Verheugen widersprach der Feststellung der Bundesregierung, das von den Vereinten Nationen beschlossene Waffenembargo sei bei diesen Exporten beachtet worden.

Jeder, der einmal in Südafrika gewesen sei, wisse, daß deutsche Rüstungsgüter das Straßenbild „nahezu bestimmen", sagte der SPD-Politiker. Nach seinen Worten benutzen etwa die südafrikanische Armee und Polizei für ihre Einsätze in den schwarzen Gebieten importierte, mit Lizenz hergestellte oder dort umgebaute deutsche Fahrzeuge. Außerdem seien die Polizeiwaffen weitgehend deutschen Ursprungs.

FR 29.06.89

Geladene Pistole

Norbert Blüm durfte in Südafrika guten Willen zeigen, aber keine Politik machen.

•
•
•

Blüms Engagement ist ehrlich, aber seine politische Kompetenz gleich Null. Die Fakten im deutsch-südafrikanischen Verhältnis legen andere fest.

Der Handel mit Südafrika wächst seit Jahren mit zweistelligen Raten, Waffen- und Nukleargeschäfte inklusive. Bundesdeutsche Banken haben den Buren über 1,3 Milliarden Mark geliehen. Und der Minister Blüm darf keinen Wirtschaftssanktionen das Wort reden, Kanzler Kohl ist dagegen, er sorgt sich um die Platin-, Mangan-, Chrom- und Vanadium-Lieferungen.

Der kleine Norbert durfte öffentlich wettern, hatte aber Order, die trauten Beziehungen nicht ernstlich zu stören.

Botschafter Stabreit achtete darauf, daß der Menschenrechtskämpfer an der Leine blieb.

Warum fuhr Blüm, obwohl er dies wußte? Die überall kritisierte Gesundheitsreform hinter und den aussichtslosen Wahlkampf um die Macht an Rhein und Ruhr vor sich, wollte Blüm sich wohl endlich einer Altlast entledigen. Nach seiner spektakulären Chile-Tour 1987, wo er Diktator Augusto Pinochet massiv angegangen war, hatte er großspurig einen Demonstrationstrip nach Südafrika angekündigt.

Von Franz Josef Strauß bedrängt, verbot Kohl die Tour. Nun, nach zwei Jahren, durfte Blüm seine Ankündigung wahr machen. Der Zeitpunkt war denkbar schlecht. Am 6. September sind Parlamentswahlen am Kap. Dann soll auf den sturen Pieter Willem Botha der Konservative Frederik W. de Klerk folgen.

•
•
•

Viele Schwarze in Südafrika trauen de Klerks Versprechen nicht. Sie kennen das Spiel. Auch Botha war einst durch die Welt gereist und hatte das Ende der Rassengesetze versprochen. De Klerk ist seit Jahren Mitglied eines Kabinetts, das die Unterdrückung und Diskriminierung der schwarzen Mehrheit im Lande verfeinert, aber nicht abgeschafft hat.

•
•
•

Blüm ist stets aufs neue empört, wenn ihm die phantasievollen Polizeistaat-Methoden geschildert werden. Aber bewegen kann er nichts, wie er beim Besuch des Noch-Staatschefs Botha erkennen muß.

Der Burenführer schreit sofort los, als der deutsche Gast in die Begrüßung einflicht, er wolle über Apartheid reden:

BOTHA: Zwei Tage sind Sie da, und Sie wollen über Apartheid reden, davon wissen Sie nichts.

BLÜM: Da brauche ich gar nicht herzufahren, das habe ich schon daheim gewußt, daß Apartheid falsch ist. Es gibt überhaupt keinen Grund, Menschen nach ihrer Hautfarbe zu unterscheiden.

BOTHA: Sie sind unhöflich.

•
•
•

BLÜM: Ich möchte Nelson Mandela sehen.

BOTHA: Ausgerechnet. Da wollen so viele hin. Das will der gar nicht.

BLÜM: Ich kann Ihnen versichern, er will mich gerne sehen.

BOTHA: Das geht nicht.

Blüm darf weder zu Mandela noch die Liste mit den Namen von 78 zum Tode Verurteilten übergeben. Als Botha erneut schreit, bellt Blüm zurück: „Sie haben Apartheid im Kopf."

•
•
•

Blüm ist betroffen, er schluckt, als er vor die Tür tritt. Doch nach einer Weile fängt er sich wieder: Dem habe er's aber gegeben.

Mehr deutsche Hilfe für schwarze Bildungsprogramme müßte her, sinniert der Minister am Abend. Mit Visa-Entzug könnten die Südafrikaner abgestraft werden, wenn sie Oppositionelle nicht ausreisen ließen. Und sogar „die Drohung mit Wirtschaftssanktionen" will er aufrechterhalten: „Die Pistole muß schußbereit bleiben."

Das ging wohl etwas zu weit. Denn gleich nach dieser Blüm-Aussage diktierte der Pressesprecher der Deutschen Botschaft lokalen Reportern die offizielle Version in die Blöcke: Die Bundesrepublik denke in dieser Frage „wie die britische" – Sanktionen seien „kontraproduktiv".

Der Spiegel; 27/89; S.23 f.

Mercedes Südafrika holte die Polizei

JOHANNESBURG, 3. September (dpa). Mit einem Großeinsatz der Polizei wurde ein Streik von schwarzen Arbeitern bei der südafrikanischen Tochter des deutschen Autoproduzenten Mercedes-Benz beendet. Die Sprecherin des Unternehmens, Wendy Hoffman, bestätigte am Montag, daß die Teilnehmer des Streiks – etwa 400 von 3500 Beschäftigten – entlassen würden.

FR 04.09.90

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLIII

2.1.3.4. Loyalitätserhaltung in den Industriegesellschaften

Zur Sicherung dieser wirtschaftspolitischen Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie bedarf das Geldbürgertum natürlich der Systemloyalität der in den Industrienationen lebenden Bevölkerung. Hierzu nutzt das Großkapital das Verhältnis des unterschiedlichen Lebensstandards und Luxus zwischen den einzelnen Staaten und Nationen, die heute in "Entwicklungsländer" und hochentwickelte Industrienationen aufgeteilt sind. Zur Aufrechterhaltung der Loyalität der Bevölkerung greift das Geldbürgertum in den Industrienationen zum Mittel der kleinen Geschenke, indem es den Lebensstandard der Bevölkerung anhebt und ihm ein bißchen Demokratie und Sicherheit bewahrt. Mit dem Mittel der Massenmedien - vor allem das Fernsehen - besitzt das Geldbürgertum ein Werkzeug zur Wissens- und somit zur Bewußtseinssteuerung, mit dem es Wissensinhalte, Weltbilder, Denk- und Wahrnehmungsmuster für seine Zwecke gestalten kann. Denk-, Handlungs- und Wahrnehmungsrichtung können mit dem Fernsehen in Inhalt und Erlebniserkennungsausrichtung gesteuert werden.
<u>Die Bewußtseinsmanipulation ist hier die Vorspiegelung falscher Weltwirtschaftsrealitäten, wobei die Bewußtseinsmanipulation z.B. für den beobachtbaren Unterschied im Lebensstandard (zwischen den verschiedenen Staaten und Nationen) Leistungsunterschiede in der Arbeit durch völkerspezifische Merkmale und gesellschaftssystembedingte Abweichungen vorgibt!</u>
Somit werden die beobachtbaren Unterschiede im Lebensstandard von den Menschen in den Industrienationen als gesellschaftssystembedingte Vorzüge und volksspezifische Unterschiede in den Arbeitsleistungen wahrgenommen und auch als Ursache angegeben! Dies erzeugt bei den Menschen der Industrienationen wiederum eine besondere Systemloyalität, weil die eigene Lebensqualität und der eigene Wohlstand auf die eigene Arbeitskraft sowie die Leistung des gesamten "Volkes" zurückgeführt wird.
Die Ideenverbindung Nationalstaat und Gesellschaftssystem, die in einem Staatswesen vereinigt sind, verfeinert nur das Mittel, welches zur Systemloyalität führt, weil die Ursache des eigenen Wohlstandes im besseren Gesellschaftssystem gesehen wird und so die Meinung entsteht, daß das eigene Gesellschaftssystem das überlegenere ist, wobei diese Meinung die staatstragende Regierungstreue und Systemloyalität hervorruft. Hierin wird von den Menschen der Industriegesellschaft die Ursache für die weltweiten Mißstände gesehen und nicht in der neuen besonderen Form der weltweiten Ausbeutungsstrategie der Kapitaleigner.
Doch die beschriebene Bewußtseinsmanipulation, mit der die Wahrnehmung der Menschen durch vorvereinnahmende Situationserkennungsmuster verzerrt wird, stellt nur ein Mittel zur Erhaltung der Regierungstreue in den Industrienationen dar. Die Situationserkennungsmuster verzerren lediglich die Ausdeutung der

wahrgenommenen Wirklichkeit und sollen eine scheinbare Erklärung für die heutigen Gesellschaftsmißstände liefern.
Verschwiegen wird, daß wir uns heute in weltweiten Ausbeutungsverhältnissen bewegen, in dem selbst die billigen Söldnerarmeen der Industrienationen nur der vorläufige Endpunkt einer über Jahrhunderte gewachsenen Weltgesellschaftsstruktur sind.

Der Ursprung der heute existierenden weltweiten Ausbeutungsverhältnisse liegt in der Erschließung der Handelswege und wird heute als der Beginn des Kolonialismus angesehen. Der Kolonialismus fand seinen ersten Höhepunkt in der Einsetzung fremder Herrschaftshäuser in den Kolonien sowie in der Zerstörung deren Binnenmarktstruktur, so daß im Handel eine erste Abhängigkeit zu den Mutterländern entstand.
Einen zweiten Höhepunkt in der Herstellung der wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse finden wir in der Industrialisierung Europas, wobei der Imperialismus und die Industrialisierung Europas untrennbar miteinander verbunden sind. Die sprunghafte Zunahme des industriellen Produktionsumfanges führte in den Kolonien zu einer gründlichen Zerstörung des Binnenmarktes, die von den aufstrebenden Industrieländern zur Sicherung der Absatzmärkte für ihre eigenen industriellen Massenwaren systematisch vorgenommen wurde. Dies war notwendig, da eine industrielle Massenproduktion und eine damit verbundene Entwicklung der europäischen Industrie erst durch die Verlagerung der weltweiten Güterproduktion nach Europa richtig profitabel wurde. Als Beispiel für das Vorgehen der Industrienationen will ich das Buch, "Welthandel und Welthunger" (München 1988, Ast Data, S.44 ff., Beispiel 4, "Die britische Handelskompanie und Indien"), zitieren. Die Seidenzwirnmaschine, die die Fasern zu einem Faden drehte, wurde im 17. Jahrhundert in Italien erfunden und dort ängstlich als Geheimnis gehütet. "Ein Engländer namens John Lombe schmuggelte 1716/1717 die Konstruktionspläne außer Landes, und bereits nach einigen Jahren erbaute Johns Bruder Thomas eine riesige Seidenzwirnfabrik in Derby. Mit ihrer Länge von 500 Fuß, ihren sechs Stockwerken und etwa 400 Fenstern war sie eines der Wunder jener Zeit. ..." Die entstehende Textilindustrie besaß auf die Stadt Manchester einen bedeutenden Einfluß. "... In siebzig Jahren, 1760 bis 1830, wuchs die Einwohnerzahl von Manchester auf das Zehnfache. Daß dies aber nicht nur die technischen Wunderwerke verursachten, bezeugt ein Brief vom 17. März 1769 der East India Company an ihre bengalische Niederlassung. In diesem Brief gab sie die Anweisung, wie die Weiterverbreitung in Bengalen verhindert werden sollte: Die Heimarbeit sollte unterbunden werden, damit die Seidenspuler in den Fabriken der Company arbeiten mußten. Auf diese Weise wurde versucht, die Kontrolle über die Arbeitskraft zu gewinnen, um den indischen Manufakturen die Rohstoffbasis zu entziehen.

Die völlige Zerstörung der indischen Baumwollindustrie vollzog sich in drei Schritten:

1. Schritt: *1770 gelang es der englischen Wollindustrie, den Import zu sperren, wodurch der einheimischen Baumwollfabrikation der Weg zum Binnenmarkt freigemacht wurde.*

2. Schritt: *Die technische Entwicklung der Jahre 1730 bis 1805 machte enorme Fortschritte in Richtung Massenproduktion und damit Kostensenkung. In der Zeit zwischen 1750 und 1770 nahmen die Baumwollexporte der Briten um das Zehnfache zu.* (Hobsbawm, Eric J.: Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750. 2.Bde. 3. und 6. Aufl. Frankfurt 1979, S.56 ff)

3. Schritt: *Im Jahr 1818, als Indien nahezu vollständig erobert war, wurde die Ausfuhr von textilverarbeitenden Maschinen nach Indien gesetzlich untersagt. Durch die technische Neuerung sank der Verkaufspreis eines Pfundes gesponnener Baumwolle, zwischen 1774 und 1820, auf etwa ein Zehntel des ursprünglichen Preises. Die indischen Erzeuger konnten zu diesem Preis manuell nicht mehr produzieren, und folglich wurde der größte Teil der indischen Heimarbeiter arbeitslos."*

("Welthandel und Welthunger", München 1988, Ast Data, S.44 ff., Beispiel 4 "Die britische Handelskompanie und Indien")
(Weitere Quellen --> Myrdal, Gunnar: Asiatisches Drama, Frankfurt 1980, S.455 / Schönbäck, Ph.: Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwikkelter Länder am Beispiel Indiens. 4.Aufl. Wien 1975, S.8 / Marx, Karl: Die Britische Herrschaft in Indien; Die ostindische Kompanie, ihre Geschichte und die Resultate ihres Wirkens. In: Marx-Engels-Studienausgabe Bd.IV. Frankfurt 1980)"

Hierüber hinaus errichteten die Imperialmächte eigene abgeschlossene Handelsräume, in denen die wirtschaftliche Abhängigkeit der Kolonien von der industriellen Massenproduktionen der Mutterländer ein zusätzliches Herrschaftsinstrument bedeutete (siehe Gandhis Argumentation zum Spinnrad). Aus den Folgen dieser wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse konnten sich die meisten Kolonien selbst nach ihrer Unabhängigkeit nicht lösen.
D.h., die Folge des Imperialismus war und ist eine weltweite Arbeitsteilung, innerhalb der die Welt in Sektoren von Produktionsstätten und Rohstofflieferanten aufgeteilt wurde und somit auch heute noch die alten wirtschaftlichen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Industrie- und "Entwicklungsländern" fortbestehen. Auf dieser Grundlage wurde von den Industrienationen die verfeinerte Form des Zinswirtschaftsimperialismus aufgebaut, weil die Industrienationen den "Entwicklungsländern" auf dem Weltmarkt (wegen der funk-

tionierenden Binnenmarkt- bzw. Selbstversorgerstruktur der Industrieländer und der damit gegebenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den "Entwicklungsländern") von vornherein überlegen waren. Die "Entwicklungsländer" hingegen waren von den Industrienationen abhängig, weil sie keinen funktionstüchtigen Binnenmarkt besaßen und somit bis heute auch keine Selbstversorger sind.

Auf dem Hintergrund dieser historischen Entwicklung basiert auch das Ausbeutungssystem der heutigen Weltgesellschaft. Fast alle Versuche der unabhängig gewordenen "Entwicklungsländer", aus dem Produktionsstättenmonopol der Industrienationen auszubrechen, schlugen fehl. Die für die aufzubauende Industrie aufgenommenen Kredite waren das endgültige Aus für die meisten "Entwicklungsländer". Denn durch die hohen Zinslasten und die hohen Einfuhrzölle für industrielle Produkte in die Industrienationen (wobei die hohen Einfuhrzölle dem Schutz der eigenen Industrie dienten) wurden die hergestellten Güter unattraktiv, so daß die "Entwicklungsländer" in den reichen Staaten keine Absatzmärkte fanden. Das Ziel war und ist die Zerstörung oder besser eine Verhinderung der sich in den "Entwicklungsländern" im Aufbau befindlichen Industrie, so daß sie sich auch weiterhin nicht aus dem Abhängigkeits-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis zu den Industrienationen lösen können. Die Folge ist im allgemeinen eine weiter anhaltende weltweite Verlagerung der Produktion auf weniger werdende hochtechnisierte Industrienationen, wobei die verarmenden und in steigender Arbeitslosigkeit dahinsiechenden "Entwicklungsländer" dazu verdammt sind, unsere industriellen Massenprodukte zu konsumieren, ohne je in der Lage zu sein, diese selbst herzustellen.

Auf dieser materiellen Grundlage basiert nun das Herrschaftssystem der heutigen Weltgesellschaft. Die Industrienationen besitzen aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse und des von den "Entwicklungsländern" abgezogenen Geldmehrwerts ein erheblich höheres Wirtschaftspotential, weshalb sie wesentlich mehr Geld aus der Wirtschaft für Rüstungsausgaben abzweigen können. Das Ergebnis ist, daß die Industrienationen riesige, hochmoderne, technisch gut ausgerüstete, stehende Armeen besitzen, so daß sie für die "Entwicklungsländer" zu militärisch hoch überlegenen, unschlagbaren Gegnern werden. Ein weiteres Ergebnis ist, daß nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten eine pyramidenförmige Rangordnung zur Verteilung des güterwirtschaftlichen Mehrwertes und der politischen Herrschaft besteht, sondern auch zwischen den einzelnen Staaten, wobei die einzelnen Industrienationen unterschiedlich hohe Spitzenpositionen im Bereich der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Rangordnung einnehmen, während die "Entwicklungsländer" die breite Masse der unteren Ränge stellen. D.h., daß sich zwischen den Staaten eine Hierarchie

gebildet hat und die einzelnen Staaten somit nicht gleichberechtigt am Weltgeschehen teilnehmen. Gleichzeitig heißt dies, daß die Staatsbürger der unteren Schicht in den verschiedenen Staaten unterschiedlichen Hierarchien angehören und ihnen somit im Rahmen der heutigen Weltgesellschaft und Staatenhierarchie ein unterschiedlicher materieller Wohlstand zukommt. Ein Besitzloser einer Industrienation nimmt also als Arbeiter eine bessere Position ein als ein Arbeiter eines "Entwicklungslandes", weil die Industrienationen in der Staatenhierarchie einen höheren Rang inne haben.

> Die tatsächliche Ursache für die beobachtbaren Unterschiede im Lebensstandard liegt also nicht in gesellschaftsbedingten Vorzügen oder in volksspezifischen Arbeitsleistungsunterschieden, so wie es der Bevölkerung in den Industrienationen durch die Massenmedien vorgegaukelt wird, **sondern in der Verlagerung der industriellen Produktionsstätten in die Industrienationen und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit in den "Entwicklungsländern"!**

Kommen wir nun zurück zum weltpolitischen Gesichtspunkt, der sich für die Kapitaleigner der multinationalen Konzerne automatisch mit der beschriebenen Rangordnung - als Rollenverteilung zwischen den "Entwicklungsländern" und Industrienationen - ergibt. Zur eigenen Herrschaftssicherung und zur Erhaltung ihres Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln greifen sie in den Industrienationen zur Lebensstandarderhöhung sowie zur beschriebenen Bewußtseinsmanipulation. Aus der materiellen Besserstellung der Besitzlosen in den Industrienationen folgt die Staats- und Systemloyalität, weil die untere Klasse durchaus weiß, daß sie gegenüber der Besitzlosenklasse aus den "Entwicklungsländern" etwas zu verlieren hat. Zum Schutz der eigenen Besserstellung rücken die Besitzlosen der Industrienationen gegenüber den Besitzlosen der "Entwicklungsländer" zusammen und stellen sich erst aus diesem Grund hinter Staat und Regierung, woraus schließlich die Staats- und Systemloyalität entsteht. D.h., die Aufrechterhaltung der materiellen Vorzüge, die den Besitzlosen der oberen Staatenhierarchie bewußt durch das Geldbürgertum zugespielt werden, verhindert bis heute die von Marx optimistisch angenommene Solidarisierung des Weltproletariats, so daß es nie zu einer Weltrevolution kam, gerade weil die proletarischen Bürger der verschiedenen Staaten unterschiedlichen Rängen innerhalb der Weltgesellschaft angehören!

Die Erhöhung des Lebensstandards und die beschriebene Bewußtseinsmanipulation, die hier nur der Rechtfertigung für das eigene Handeln und der Verschleierung der tatsächlichen Zusammenhänge von Ausbeutung und Unterdrükkung dient, erzeugen die Systemloyalität der Bevölkerung innerhalb der Indu-

strienationen, mit der selbst das Weltproletariat in Arm und Reich aufgeteilt wird und die Besitzlosen der Industrienationen eine bereitwillige und billige militärische Streitmacht bilden. Diese hochmodernen Armeen schob das Kapital als Puffer zwischen sich und das in die Entwicklungsländer verlagerte Proletariat, wobei die Besitzlosen der Industrienationen für das Geldbürgertum nichts weiter sind als eine Söldnerbande, mit der sie auch ihre Interessen gegen die "Entwicklungsländer" durchsetzen!

Doch tatsächlich wird die Bevölkerung der Industrienationen mit dem Mittel der Bewußtseinsmanipulation auch betrogen. Denn wie stellt sich das Leben für die Menschen in den Industrienationen in Wirklichkeit dar?
Die viel zu teuren Mietwohnungen, die viel zu schnell rostenden PKW`S, die Fernseher, die Videoanlagen und der sonstige wenige Luxus, den wir anstatt der 5-Std.-Woche erhalten und im Vergleich zu den "Entwicklungsländern" Reichtum und Wohlstand darstellen, sind der Preis, mit dem das Geldbürgertum unsere Regierungstreue kauft. Die Bevölkerung merkt natürlich nicht, welchen Preis sie hier in Wirklichkeit zahlt und daß der Wohlstand nur ein Mittel der weltweiten wirtschaftspolitischen Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie ist. Die Industrienationen werden mit dieser Strategie zum gefahrlosen Rückzugsgebiet und Hinterland des Großkapitals, wobei die Kapitaleigner durch den an diese Länder zurückgeführten Wohlstand in der Bevölkerung eine billige und willige Söldnerarmee finden, die wegen der nationalen Staatsidee und Staatssicherheit einen hervorragenden Militärpuffer für das Großkapital darstellt. Dies ist das weltpolitische Machtkonzept, welches seit dem 2.Weltkrieg in den Industrienationen blendend aufgeht.

Der in den Industrienationen wiederentstehende Klassengegensatz als 2/3 Gesellschaft stellt unter internationalen Gesichtspunkten nur eine Optimierung der weltökonomischen Gewinnspanne dar, die zukünftig wohl soweit getrimmt wird, daß dem Geldbürgertum in den Industrienationen keine Gefahr durch eine Revolution droht. Diese Optimierung muß nicht bei 2/3 liegen. Sie kann auch 4/5 umfassen, womit ein Anteil von 1/5 Nichtgesellschaft kleiner ist als 1/3 und die Gesellschaft insgesamt stabiler wird. Die Optimierung wird sowohl eine Erhöhung des Mehrwertes für die Kapitaleigner als auch eine höhere Arbeitsgeschwindigkeit und Leistungsbereitschaft bei den Besitzlosen hervorrufen, die angesichts der erhöhten Konkurrenz zwischen den Arbeitskraftanbietern bei einer 1/3 Nichtgesellschaft um die Arbeitsplätze entsteht. Somit schlägt der Wirt-

schaftsmechanismus des Ausbeutungs- und Unterdrückungsexportes heute schon in leichter, nicht destabilisierender Form auf unsere Gesellschaft zurück.

Sollte die Bevölkerung einer Industrienation irgendwann nicht mehr so wollen, wie es die Kapitaleigner von ihr erwarten, so bleibt das Mittel der Flexibilisierung der Produktionsstätten. Die Bevölkerung einer Industrienation wird mit der Verlagerung der Produktionsstätten einfach fallen gelassen, womit die Gefährlichkeit des beschriebenen Entwicklungsmechanismusses auch voll gegen unsere heutige Industriegesellschaft in der BRD zurückschlagen kann. Das Geldbürgertum wird sich helfen, indem es in weiser Vorausplanung einfach ein anderes Land zum hochindustrialisierten Militärpuffer umgestaltet und dieses als Schwellenland vorsorglich bereithält. Dies könnte beispielsweise als neuer Wirtschaftsraum entstehen und Thailand, Süd-Korea und Malaysia umfassen.

2.1.3.5. Industriegesellschaft und Ausbeutung

Fassen wir zusammen! Eine kapitalistische Weltwirtschaft wird die Entwicklung dieses ***Unterdrückungsexportmechanismus*** nicht nur bedingen, sondern sogar immer durch das bewußte Interesse am "guten Geschäft" fördern. Durch die Erpressung mit dem Mittel der Flexibilisierung der Produktionsstätten sind alle Regierungen gezwungen, auf die Wünsche des Kapitals mehr einzugehen als auf die Bedürfnisse der sie wählenden Bevölkerung, weil mit einem Abzug der Produktionsmittel ihre Länder sehr schnell verarmen würden. So sind auch die Regierungen in unserer "repräsentativen Demokratie" neben ihrer Käuflichkeit gezwungen, die Rechte der Besitzlosen (z.B. die Arbeitsrechte) Zug um Zug abzubauen, um sich so den multinationalen Konzernen in ihrem Machtstreben noch besser anbiedern zu können. Es ist also im Kapitalismus kein Wunder, wenn eine "repräsentative Demokratie" Schritt für Schritt in einen "repräsentativen Absolutismus" umgestaltet wird, weil jeder Regierung die gleichen Handlungsziele vorliegen.
Wundern Sie sich also nicht, wenn BRD Politiker plötzlich vollmundig behaupten, daß sie in der Elefantenhochzeit (Kapitalfusion) von Mercedes-Benz und MBB (Mai 1989), die zusammen einen der größten multinationalen Rüstungskonzerne darstellen, kein Marktmonopol entstehen sehen, welches einen besonderen wirtschaftspolitischen Einfluß auf die BRD oder andere Nationen ausüben könnte. Diese Politiker besitzen hierfür vielfältige Beweggründe, und wahrscheinlich ist der neben diesen Politikern niedergehende Spendenregen so dicht, daß ihnen einfach die Sicht auf diesen Zusammenhang versperrt wird.

Beziehen wir meine weltweiten Betrachtungen auf die BRD, so stellt sie in der Staatenhierachie eine hochindustrialisierte Nation höchsten Ranges dar, die den Kapitaleignern als Rückzugsgebiet dient. Sie gehört zu den Staaten, in denen Loyalitätserhaltung zur Herrschaftssicherung des Geldbürgertums und Unterdrückungsexport scheinbare Gegensätze sind. Trotzdem können in ihr die Gesellschaftsverhältnisse zur Verbesserung des Ausbeutungsgrades getrimmt werden, ohne daß es insgesamt zu einer offensichtlichen Gesellschaftsunterdrükkung kommt. Denn die Kapitaleigner benötigen in den Industrienationen die Loyalität der Bevölkerung zur Sicherung ihres Eigentums gegenüber den "Entwicklungsländern". Ob in unserem Land eine Trimmung zur 2/3 Gesellschaft erfolgt und unsere Gesellschaft weiterhin als Militärpuffer dient oder ob es hier zum totalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsexport kommt, hängt von mehreren heute noch nicht überschaubaren Faktoren ab:

1. Wie die Bewußtseinsentwicklung der Weltbevölkerung zur weltweiten wirtschaftspolitischen Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie verlaufen wird und ob eine Gewöhnung an die heutigen Weltgesellschafts-Klassenunterschiede ohne Gegenwehr eintritt. Hieraus folgt auch, wie sehr uns das Großkapital für seine Zwecke als Militärpuffer gegen die "Entwicklungsländer" benötigt, wobei von diesem Kräfteverhältnis auch die Menge des an uns zurückfließenden Reichtums bestimmt wird.

2. Von der Moralentwicklung innerhalb der Industriegesellschaften und ob diese die fortlaufende Entwicklung zum Weltgesellschafts-Klassensystem weiterhin dulden. Sollten sich in unseren Industriegesellschaften ernsthafte Tendenzen zur sozialen Umwälzung zeigen, so wird das Geldbürgertum diese Staatswesen durch die Möglichkeit zur Flexibilisierung der Produktionsstätten vermutlich fallenlassen.

Eines dürfte klar geworden sein. Tiefgreifende Gesellschaftsumwälzungen ohne eine aufgeklärte Weltbevölkerung sind unmöglich! Die gesamte Weltbevölkerung muß hieran teilnehmen, weil wir sonst durch engstirnige nationale Weltansichten auf das Blutigste untereinander ausgespielt werden. An dieser Gesellschaftsumwälzung wird sich auch der von mir bisher nicht beachtete Mittelstand beteiligen müssen, weil wir sonst nicht nur mit engstirnigen "nationalen Gegensätzen" in Schach gehalten, sondern auch weiterhin durch ein künstlich am Leben erhaltenes "Ständesystem" unterdrückt werden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß die multinationalen Konzerne der westlichen Industrienationen dem Grunde nach ein riesiges Weltwirtschaftskar-

tell in Einheit (oder besser Verfilzung) mit Staat und Regierung der jeweiligen Nation darstellen. Die Kapitaleigner der multinationalen Konzerne beherrschen heute schon in einer weltweiten Planwirtschaft die Gesellschaften ganzer Erdteile, indem sie als ***Gesellschaftsplaner*** **des Westens** die kulturelle und wirtschaftspolitische Entwicklungsrichtung ganzer Kontinente steuern, bestimmen und gestalten! (Siehe Vorgänge innerhalb der IWF, Internationaler Währungsfonds, von 1988 bis heute)

2.1.3.5.1. Ausverkauf der politischen Entscheidungsbefugnisse

Der Spiegel; 11/89; S.20 ff.; 26/89; S.92 f. --> XLIV

Die Macht der Gesellschaftsplaner und wie sie die politischen Entscheidungsbefugnisse in der BRD einkaufen

Wurde Alfred Herrhausen seinen Gegnern in der Wirtschaft zu mächtig, und wurde er deshalb zur Zielscheibe (Anm.d.Autors)?

Er führt Deutschlands größte Bank, er kontrolliert den dominierenden Industrie-Komplex des Landes, und er zählt den Kanzler zu seinen Freunden: Wohl noch nie beherrschte einer die Wirtschaftsszene so souverän wie derzeit der Deutsche-Bank-Sprecher Alfred Herrhausen. Der Banker ist allgegenwärtig – nicht immer mit Erfolg.

Die letzten Töne der Gaité Parisienne von Jacques Offenbach sind verklungen, der erste Auftritt des Stuttgarter Balletts ist beendet. Beifall, Vorhang, Pause.

Doch im Zuschauerraum der Deutschen Oper in Berlin wird es nicht hell, es wird ganz dunkel. Die rund 1800 Repräsentanten der internationalen Finanzwelt mit Damen, die der Einladung der Deutschen Bank zum Ballett am Rande der Währungsfonds-Jahrestagung im September vergangenen Jahres gefolgt sind, werden Zeuge eines Solos, das nicht im Programm steht und dennoch bühnenreif ist.

Ein Spotlight tastet sich durch das Dunkel zur Bühnenmitte. Hinter dem schweren, dunkelbraunen Vorhang tritt, mit effektvoller Verzögerung, eine elegante Gestalt hervor: Im Rampenlicht steht Alfred Herrhausen.

Ohne Rednerpult und Manuskript, über ein kleines Mikrophon am Revers, redet der Chef der Deutschen Bank in tadellosem Oxford-Englisch zehn Minuten lang – über „das Freiheitssymbol Berlin", über die wirtschaftlichen Veränderungen in Europa, über die „politische Verantwortung der Banken".

Pointiert wie ein professioneller Conférencier setzt er die Pausen, gekonnt variiert er die Stimme, gelassen unterstreicht er mit sparsamen Gesten seine Worte. Es ist ein makelloser Auftritt, dem internationalen Banker-Publikum angemessen. Die Geldgewaltigen aus New York und London, aus Tokio und Zürich zeigen sich beeindruckt.

⋮

Eine regionale Ballung von industrieller und finanzieller Kraft und Herrlichkeit, wie sie der Komplex Deutsche Bank heute darstellt, ist einzigartig in den demokratisch regierten Ländern der Industriewelt.

⋮

Es ist eine Machtfülle, die nur schwer mit den Erfordernissen eines demokratisch und marktwirtschaftlich organisierten Gemeinwesens in Übereinstimmung zu bringen ist. Marktwirtschaft und Demokratie zeichnen sich gemeinhin dadurch aus, daß Herrschaft nur für begrenzte Zeit verliehen wird und daß die Gewalt geteilt ist.

Das Phänomen Deutsche Bank geriet in den letzten Jahren zunehmend in Widerspruch zu diesen Grundregeln des Systems.

Der Spiegel; 11/89; S.20 ff.

Bankenmacht: „Auf Dauer kaum erträglich"

Es geht um Firmenverflechtungen, Depotstimmrecht und Aufsichtsratsposten:

⋮

Es ist die stille, die bessere Form der Macht, die auf äußerliche Zeichen und laute Demonstration ihrer Herrschaft verzichten kann. Über Beteiligungen, über das Stimmrecht der von ihnen vertretenen Aktionäre, über Kredite und Aufsichtsratsposten sind die Banken mit der gesamten Wirtschaft verwoben. Sie lenken Investitionen, sie schmieden Konzerne, das Schicksal von Unternehmen und ihrer Beschäftigten hängt von den Banken ab – doch wer kontrolliert jene, die alles kontrollieren?

⋮

Unter dem Daimler-Dach entsteht nach den Zukäufen von AEG, MTU, Dornier und nun wahrscheinlich auch MBB ein Industrie-Moloch, der durch die Verzahnung mit der Deutschen Bank ein neuer Machtfaktor in der deutschen Industrie wird. Die Deutsche Bank, mit 28 Prozent an Daimler-Benz beteiligt, sichert sich mit der Fusion den Einfluß auf Wachstumsbereiche der Hochtechnologie und das milliardenschwere Rüstungsgeschäft.

⋮

„Die Verbindung von Nummer eins der Banken und Nummer eins der Industrie", kritisiert der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, „ist gesellschaftspolitisch auf Dauer kaum erträglich."

⋮

Es geht insbesondere um das Depotstimmrecht der Banken – die gebündelte Stimmenmacht aller von den Banken vertretenen Aktionäre, die nicht selbst an Hauptversammlungen teilnehmen. Die Banken können damit meistens Mehrheiten hinter sich bringen. „Die Idee der Hauptversammlung", beklagte Lambsdorff, „wird durch das Depotstimmrecht zur Farce."

Auch vor dem Unternehmensbesitz der Banken machen die Kritker nicht halt. Die Kreditinstitute haben sich stattliche Beteiligungen in allen Bereichen

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XLIV

der deutschen Wirtschaft zugelegt, von Bauunternehmen und Brauereien über Auto- und Maschinenhersteller bis zu Kaufhäusern und Filmbetrieben.

•
•
•

Die SPD fordert ferner, den Einfluß der Banken in den Aufsichtsräten anderer Unternehmen zu beschneiden. Danach soll kein Bankier mehr als fünf Mandate halten. Spitzenbankiers haben fast alle die zulässige Höchstzahl von zehn Mandaten ausgeschöpft. Die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank halten rund hundert Aufsichtsratsmandate.

Unterstützt von Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte und der Monopolkommission, fordern die Sozialdemokraten auch, daß Bankiers nicht mehr wie bisher in den Aufsichtsräten konkurrierender Industriefirmen und Handelskonzerne sitzen dürfen. Vorstandsmitglieder der Commerzbank beispielsweise sitzen in den Kontrollgremien der drei konkurrierenden Warenhauskonzerne Karstadt, Kaufhof und Horten; die Deutsche Bank hat Aufsichtsmandate in den Chemie-Unternehmen Bayer, BASF, Henkel und Schering.

Wie die Bankiers in schwergewichtigen Branchen ihren Einfluß nutzen, wird derzeit von den fünf Mitgliedern der Monopolkommission kritisch geprüft. Die unabhängigen Gutachter aus Wirtschaft und Wissenschaft untersuchen im Auftrag der Bundesregierung die Folgen der Fusion Daimler/MBB.

Das Bundeskartellamt in Berlin hatte im April den geplanten Zusammenschluß wegen schwerwiegender Nachteile für den Wettbewerb in den Sektoren Lastwagenbau, Raumfahrt und Rüstung untersagt. Die beiden Möchtegern-Partner beantragten daraufhin im Bonner Wirtschaftsministerium eine Sondererlaubnis.

Minister Helmut Haussmann kann sich über das Nein des Kartellamtes hinwegsetzen, wenn er die gesamtwirtschaftlichen Vorteile höher bewertet als die Wettbewerbsbeschränkungen. Vorher muß er ein Gutachten der Monopolkommission einholen.

Der Spiegel; 26/89; S.92 f.

Fortsetzung siehe auch Seite XXXIV oder Der Spiegel; 36/89; S.116 ff.

Anklage im größten Parteispendenprozeß gegen die Christdemokraten ...

Die Stimmung in der Runde war gedrückt. Wehleidig beklagten die Kassenwarte von CDU, CSU, SPD und FDP die Undankbarkeit der Parteioberen.

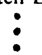
•
•
•

Hauptangeklagter ist Kiep, 63, seit fast 18 Jahren Bundesschatzmeister der CDU. Auf die Anklagebank soll auch sein engster Mitarbeiter und Generalbevollmächtigter Uwe Lüthje, 57.

Die beiden Christdemokraten sollen mit Hilfe der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V., Köln/Koblenz“ (SV) Beihilfe zur Steuerhinterziehung in großem Stil geleistet haben. Es geht um Parteispenden in Höhe von 18 505 000 Mark, die durch die Geldwaschanlage SV geschleust wurden.

Das hatte für die Geldgeber aus Hochfinanz und Industrie zwei entscheidende Vorteile: Ihre Namen mußten nicht, wie sonst bei Parteispenden über 20 000 Mark üblich, in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden; zudem konnten sie ihre Gaben, da die SV als gemeinnützig anerkannt war, von der Steuer absetzen, was bei direkter Subventionierung der Parteien nicht möglich gewesen wäre. Der Fiskus ist bei dem Schmierenstück um 9 029 398 Mark geprellt worden.

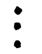
Der Prozeß verspricht eine Veranstaltung auf hohem gesellschaftlichem Niveau zu werden. Beteiligt an den schrägen Geldgeschäften waren beste deutsche Adressen – 19 Firmen und Konzerne wie Kaufhof, Brinkmann, Melitta und die Vereinigten Elektrizitätswerke.



Etliche von ihnen müssen, wenn die 3. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts das Hauptverfahren eröffnet, mit unangenehmen Fragen rechnen. Von Interesse kann sein, warum die Likörbrennerei Eckes mit 1,26 Millionen Mark in den Listen steht oder warum die Commerzbank 3,2 Millionen Mark spendierte. In nur zwölf Jahren, von 1969 bis 1980, flossen 214 Millionen Mark an CDU/CSU und FDP.

Mit Beginn der Verhandlung wird für Mitte nächsten Jahres gerechnet. Ausgerechnet im Bundestagswahl-Jahr 1990 würde dann die CDU wegen der illegalen Umverteilung von Steuergeldern in Parteikassen ins Zentrum der Parteispendenaffäre rücken.

In dem Verfahren (Aktenzeichen 40 Js 359/81) gegen Kiep und Lüthje sollen die verschlungenen Wege von 61 Großspenden nachgezeichnet werden.



Von den Konten der SV floß das Geld an Tarnorganisationen in der Bundesrepublik, wie das Würzburger „Institut für Staatslehre und Politik e.V.“ des Ritterkreuzträgers Friedrich August Freiherr von der Heydte. Dann wurde es an dubiose Auslandsvereine transferiert. Im Koffer oder per Überweisung kamen die Spenden an die eigentliche Adresse zurück: Union und FDP.

Auf die Geldverwalter der SV und ihre Helfer war Verlaß. Der Bundesverband der Deutschen Industrie bestimmte den Kurs, alte Kameraden aus dem Dritten Reich, wie Buwert und der SV-Funktionär Otto Mönckmeier (siehe Kasten Seite 40), sorgten bei Fiskus-Beamten für Entgegenkommen.

Die SV verfolgte nur ein Ziel: mit Millionen-Summen die SPD von der Macht fernzuhalten. Von einem Kaufhof-Vorstandsmitglied blieb der zeitlose Satz, daß „wir für die Auseinandersetzung mit der Linken in den kommenden Jahren alle persönlichen materiellen Möglichkeiten ausschöpfen“ müssen.

Die Geber, das zeigt die Anklageschrift, beschränkten sich nicht nur auf heimliches Spenden, sondern versuchten auch, direkten Einfluß auf die Politik zu nehmen. Eine Kommission mit Merkle von Bosch und dem BDI-Präsidenten Fritz Berg an der Spitze übernahm die Verteilung der Gelder.

Ähnlich wie der Großspender Friedrich Karl Flick versuchten die Herren-Ausstatter,

- ▷ mit Geldzahlungen den wirtschaftspolitischen Kurs von CDU/CSU und FDP zu beeinflussen,
- ▷ Politiker durch Spenden für ihre Ziele einzunehmen,
- ▷ den Einfluß der Progressiven in CDU und FDP zu neutralisieren und

Gesellschaftsplaner, wirt. Planungsbehörde und politische Planungsbehörde bzw. das Verhältnis zwischen Kapitaleignern und Politikern.

Die Gesellschaftsplaner und die kartellkapitalistische Eigentumsvernetzung ihres Wirtschaftsapparates. **(Anm.d.Autors)**

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLV

▷ durch gezielte Spendenzahlungen innerparteiliche Flügelkämpfe zu entscheiden.

Wer in Union oder FDP vom Kurs abwich, wurde von der Spendenliste gestrichen. Als die FDP 1956 in Nordrhein-Westfalen den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold stürzte und ein Bündnis mit der SPD schloß, drehte die SV den liberalen Abweichlern den Geldhahn zu.

Geld gab es gegen Leistung oder Wohlverhalten. Als der ohnehin industriefreundliche Gerhard Stoltenberg mal eine kritische Bemerkung über die Arzneimittel-Branche fallenließ, verlangte der Kölner Pharma-Industrielle John-Werner Madaus eine „Richtigstellung". Andernfalls, drohte der Unternehmer, stelle er die Zahlungen an die CDU über die SV-Kasse ein.

Als die Junge Union in den siebziger Jahren vehement für mehr Mitbestimmung in den Betrieben eintrat, meldete sich ein Unternehmer, der in seiner Firma als rüder Patriarch bekannt war: Horst Bentz, der damalige Chef von Melitta, forderte kategorisch, die CDU müsse ihre Jungmannen in die Schranken weisen. Wenn die Positionen der Nachwuchsorganisation „etwa noch von der Partei übernommen" würden, so Bentz, dann sei Schluß.

Der Spiegel; 26/89; S.37 ff.

„Das ist schon was Widerliches"

SPIEGEL-Redakteur Hans Leyendecker über das Ende der Parteispendenaffäre

•
•
•

Die Wände sind mit akkurat aneinandergereihten Leitzordnern zugewachsen, in sechs Reihen gestapelt wuchern die Akten quer durch den Raum: Hinweise und Nachweise aus rund 1860 Verfahren, denen zufolge deutsche Industriebarone durch planmäßig betriebenen Steuerbetrug mit Millionensummen Parteikassen gefüllt und Politiker ausgestattet haben.

Die gekaufte Republik ist hier ebenso zu besichtigen wie ein Teil der Hinterlassenschaft des Milliardärs Friedrich Karl Flick, vermittelt werden auch Einblicke in die Kumpanei der obersten Finanzbehörden mit Parteien und Wirtschaft.

•
•
•

Der Bonner Steuerfahnder Klaus Förster, der als erster den politischen Schweinestall ausmisten wollte, bekam Ärger im Amt und quittierte resigniert seinen Job. Die FDP-Sekretärin Gertrud Rech, die mit ihren Enthüllungen 1980 die Affäre ins Rollen gebracht hatte, wurde arbeitslos und erlitt zwei Herzinfarkte. Die CSU versprach ihr Hilfe, aber die Christsozialen waren nur an Berichten über Lambsdorff interessiert.

Weltfremd klingt heute die anfängliche Befürchtung vieler Juristen oder Politiker, ein großer Teil der Elite dieser Republik müsse wegen Steuermauscheleien hinter Gitter. In 510 Fällen stellten die Bonner ihre Verfahren „mangels hinreichenden Tatverdachts" ein, 519mal wegen geringen Verschuldens. 119 Prozesse wurden gegen Geldauflagen eingestellt, 84 Strafbefehle beantragt. Nur in acht Fällen wurden Anklagen erhoben, keiner der Beschuldigten wurde gestäupt.

•
•
•

Skandale und Korruption sind in modernen Demokratien nichts Außergewöhnliches: Japan und Italien haben ihre großen Parteispendenaffären gehabt, und derzeit versuchen Richter in Frankreich, den Finanzsumpf der sozialistischen Machthaber trockenzulegen.

Entscheidend für den Sittenbefund ist aber die gesellschaftliche Verarbeitung der Affären. Eine reinigende Wirkung scheint in Deutschland von Aufdeckung und Aufklärung kaum mehr auszugehen. Jeder neue Skandal wird nur noch wahrgenommen, wenn er wenigstens eine Ungeheuerlichkeit mehr bietet als der vorige – mit jedem neuen Sündenfall gewöhnen sich die Bürger mehr an den fauligen Geruch.

Ungesetzliche Parteienfinanzierung habe es fast so lange gegeben, wie die Bundesrepublik besteht, argumentieren jetzt die Täter. Am Ende will niemand für den Anfang verantwortlich sein.

•
•
•

Als die Staatsanwälte die Schiebereien durchleuchten wollten, planten Politiker einen Staatsstreich von oben: Sie wollten sich, durch Gesetze, selbst begnadigen. Doch in letzter Minute wurde das Amnestie-Komplott aufgedeckt und vereitelt.

•
•
•

Doch die Spitzen der Parteien taten arglos, als hätten sie nie mit krummen Geschäften zu tun gehabt. Als höchstes Gut im Zeugenstand galt ein miserables Erinnerungsvermögen. Der Gedächtnisverlust wurde zum Erkennungsmerkmal der Geldfüchse – die Amnesie ersetzte die Amnestie.

•
•
•

Staatsanwälte sind meist eher staatsgläubig, doch reihenweise haben sich Spendenermittler und Steuerfahnder die letzten Male vor der Wahl gedrückt. Die private Bewältigung der Affäre ist auch ein Generationsproblem.

•
•
•

Einigen Neuigkeitswert besaß im Düsseldorfer Prozeß gegen Kiep und Lüthje die Erkenntnis der Ermittler, daß acht Millionen Mark irgendwo in der Schweiz versickert sind, Empfänger unbekannt. Schon nach dem Verbleib einer Spende von 300 000 Mark, die von der Frankfurter Metallgesellschaft über die SV an die CDU adressiert war, hatten Lüthje und Kiep lange geforscht. Schließlich erzählte ein SV-Funktionär, das Geld sei an den damaligen Spitzenpolitiker Rainer Barzel gezahlt worden.

•
•
•

Kaiser und Könige der Wirtschaft pflegen daran zu würgen, daß überhaupt jemand die Stirn hat, gegen sie zu ermitteln. Man ist schließlich wer, und so gesehen war es verständlich, daß sich die Salondame Gabriele Henkel bei Düsseldorfs Ministerpräsidenten Johannes Rau darüber beschwerte, daß die Ermittler auch vor ihrem Mann Konrad, einem Ehrenbürger der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt, nicht haltmachten.

Einer von den Kommandohöhen der Wirtschaft hatte auch im Kiep-Prozeß seinen Auftritt – Rudolf August Oetker, 74, Kaufmann aus Bielefeld. Gelassen passierte er noch einmal die Affäre wie auf einem Laufsteg, führte vor, wer die Großen sind und daß sie nicht zufällig die Großen sind.

Der Vorsitzende sprach von Spenden, „die eine beträchtliche Höhe hatten". Mit langgezogenem „Jaaa" bestätigte der Zeuge den Sachverhalt – wie sollte es anders sein, man ist Oetker, und Spenden fielen in die Zuständigkeit von Mitarbeitern.

Für Kiep empfindet der Industrielle, der Millionen für die CDU herausgerückt hatte, vor allem Mitleid: „So Schatzmeister zu sein, das ist schon was Widerliches ... rumlaufen und betteln. Man geht natürlich zu denen, die etwas haben."

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLVI

Der Spiegel; 11/92; S.24 f. --> XLVII

Die Ermittler in Hessen ließen das größte Einzelverfahren verjähren, das sich gegen die Deutsche Bank richtete, die in den Jahren 1957 bis 1980 insgesamt 25 055 311,20 Mark auf steuerbegünstigten Umwegen an die Parteien gespendet hatte. Das war gut gefingert und ganz oben ausgetüftelt, von der damaligen SPD-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Holger Börner. Das Wort eines Frankfurter Oberstaatsanwaltes, es gelte, die besondere „Qualität der Beschuldigten" zu berücksichtigen, gehört in die Seminare, wenn von Artikel 3 des Grundgesetzes die Rede ist: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."

Bayern erwies sich als wahres Dorado für die Sünder, in Rekordzeiten wurden dort die Verfahren erledigt. Immer fand sich ein leitender Ministerialrat, der rechtsphilosophische Rabulistik betreiben durfte: Politikern, die zur Umwegfinanzierung auffordern, fehle der „Täterwille" (animus auctoris), weil sie ja von der Steuerverkürzung nicht profitierten.

So viel Verständnis blieb nicht unbemerkt. Bei der Commerzbank in Frankfurt fanden Ermittler einen schriftlichen Beleg über landesspezifische Vorzüge. „Die Nachbarbanken", heißt es da, „zahlen über Filiale München, weil sie der Meinung sind, daß im Falle der Steuerprüfung die Spenden nur einem der CDU/CSU freundlich gesinnten Steuerbeamten bekanntwerden."

Das wurmt die im Norden. Mehrfach, und leider vergebens, hat Schatzmeister Kiep gedrängt, seinen CSU-Kollegen Karl-Heinz Spilker, 70, in den Zeugenstand zu rufen. Die Kammer lehnte ab. Der Fall Spilker hätte sich gelohnt – der Christsoziale hat eng mit der SV zusammengearbeitet, 1982 schon ermittelten die Bonner einen Steuerschaden von 2,8 Millionen Mark.

Weil die meisten Tatorte außerhalb Nordrhein-Westfalens lagen, wurde der Fall nach erregter Diskussion an die Bayern abgegeben. Damit sei das Verfahren „mausetot", hat ein Staatsanwalt prophezeit, und tatsächlich wurde die Affäre Spilker 1988 in Nürnberg still beerdigt.

Alle scheinen ihren Frieden gefunden zu haben. Die Unternehmer sind froh, daß keiner von ihnen ins Loch mußte, die beschuldigten Politiker haben sich rausgewunden, und die kleinen Leute haben vermutlich eh nichts anderes erwartet.

Der Spiegel; 19/91; S.87 ff.

März 1992
Die unendliche Geschichte setzt sich fort (Anm.d.Autors).

Gefährliche Abhängigkeit

Das Jahr der deutschen Einheit war für die Parteien ein Jahr des großen Geldes. Rund 180 Millionen Mark sammelten die Schatzmeister der bundesweit operierenden Parteien 1990 allein an Spenden ein – 65 Millionen Mark mehr als 1989.

Bei der Verteilung, so weisen die noch unter Verschluß gehaltenen Rechenschaftsberichte der Parteien aus, beherzigten die Spender offensichtlich eine Regel: Je lauter das Bekenntnis zur Einheit, desto größer die Zuwendung.

Während die Grünen einen Spenden-Rückgang erlebten, kassierten CDU und CSU besonders kräftig. Bei Helmut Kohls Christdemokraten gingen 1990 insgesamt 72,4 Millionen Mark ein, fast 30 Millionen Mark mehr als im Jahr zuvor. Besser noch erging es der CSU: Sie konnte ihren Anteil an Spenden binnen eines Jahres verdoppeln – auf fast 36 Millionen Mark.

Zu danken haben die Schatzmeister vor allem den Wirtschaftsbossen. Wenige Jahre nach der Flick-Affäre, die für einige Zeit die Spendierfreude der Unternehmer gedämpft hatte, waren die Industrieführer großzügig wie nie zuvor – allen voran die Vorzeige-Unternehmen der deutschen Wirtschaft. So bedachte die Deutsche Bank CDU/CSU, FDP und SPD mit 1,22 Millionen Mark (davon allein 760 000 Mark für die CDU); übertroffen lediglich vom Auto- und Rüstungskonzern Daimler-Benz, der sich mit 1,7 Millionen Mark beteiligte.

Die Parteien bringen sich damit erneut in gefährliche Abhängigkeit. Beispiel SPD: Unter den 25 Großspendern, die den Sozialdemokraten mehr als 40 000 Mark eingezahlt haben und deshalb vom Schatzmeister öffentlich ausgewiesen werden müssen, befinden sich acht Bau-Unternehmen und große Architektenbüros – allesamt aus der Umgebung der bayerischen Landeshauptstadt München. Dort regiert seit Jahren die SPD unter Oberbürgermeister Georg Kronawitter.

Der Spiegel; 11/92; S.24 f.

Ohne Worte

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLVII

Der Herrenausstatter

Der PR-Berater Moritz Hunzinger gilt als Großmaul der Branche – doch Politiker aller Couleur nutzen gern seine Kontakte zur Wirtschaft.

Dem Höhenrausch folgte schnell der finanzielle Absturz: Erst kaufte der 1994 frisch gewählte Bundestagsabgeordnete seinem Vater ein neues Auto. Dann richtete Cem Özdemir, 36, dem Grünen-Kreisverband Ludwigsburg ein Büro ein. Als das Finanzamt schließlich seinen Anteil an dem schönen neuen Einkommen kassieren wollte, waren die Konten des eleganten Jungstars leer. Özdemir musste sehr schnell zahlen. Er suchte Hilfe – und fand sie bei Moritz Hunzinger, 43.

Ein Abgeordneter in finanzieller Not – ein schöneres Objekt für seine Großmut hätte der ebenso wendige wie windige PR-Berater nicht finden können. „Zügig und einfach", lobt Özdemir, habe Hunzinger ihm geholfen: 70 000 Mark zu niedrigen Zinsen, den Rest erledigte der Steuerberater.

Erst allmählich, so Özdemir, habe es ihm gedämmert, dass der Kredit von dem Kontakthändler in der Öffentlichkeit vielleicht missverstanden werden könnte. Ein Vorgang mit Geschmäckle, auch wenn der Schwabe beteuert, es seien keine Gegenleistungen erbracht worden.

Natürlich nicht. Allerdings erinnern sich Teilnehmer der von Hunzinger organisierten Gesprächskreise, gerade den smarten Grünen recht häufig als Gast gesehen zu haben. Özdemir ist ein Einzelfall, sagt Hunzinger.

Möglicherweise – was die Kreditvergabe angeht. Aber der Fall Özdemir beleuchtet das System Hunzinger. Es ist strikt auf Geben und Nehmen aufgebaut, und vieles läuft in einem Graubereich, den alle Beteiligten lieber nicht allzu hell ausleuchten wollen.

Schließlich handelt der Mann mit Beziehungen. Er kümmert sich um Abgeordnete und Minister, damit die sich um seine Klienten aus der Industrie kümmern. Das alles muss sich nicht unbedingt vor den Augen der Öffentlichkeit abspielen.

Deshalb ist der Fall Scharping auch ein Fall Hunzinger. „Ein schwarzer Tag", dröhnte der große Kommunikator, nachdem der Minister wegen seiner Kontakte zu dem PR-Unternehmer aus dem Amt gejagt worden war. „Das politische System in Deutschland", so der PR-Mann düster, „hat das nicht verdient."

Gemeint war wohl: Moritz Hunzinger hat das nicht verdient. Denn nun wenden sich auf einmal alle von ihm ab, denen er in der Vergangenheit unter die Arme gegriffen hat – mit Krediten, mit Spenden, mit einem guten Abendessen. Es ist schwer, in diesen Tagen in Berlin einen Politiker zu treffen, der sich guter Beziehungen zu dem Frankfurter Lobbyisten rühmt. Für einen „Beziehungsmakler" (Eigenwerbung) ist das der Super-GAU.

Denn Kontakte sind Hunzingers Kapital. Minister, Staatssekretäre, Oppositionsführer – es ist die Aura der allgegenwärtigen Nähe zur Macht, die den PR-Manager in den Augen seiner Klienten aus der Wirtschaft so wertvoll erscheinen lässt.

•
•
•

Dass er dem damaligen SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping auf ein unmittelbar vor der Bundestagswahl am 27. September 1998 eröffnetes Konto 80 000 Mark als Vorschuss für ein Buchprojekt gezahlt hat, sei in seinem Verlag Blazek und Bergmann „keine Ausnahme". Bei wem er dies denn sonst noch so gehandhabt habe? Da fällt ihm jetzt keiner ein.

•
•
•

„Das ist Zufall", sagt Hunzinger unbeeindruckt. „Klingt trotzdem Scheiße, merke ich gerade."

Und ein schriftlicher Vertrag mit dem SPD-Politiker? Gibt es natürlich nicht. Wozu auch? „Das ist doch ein ehrenwerter Mann. Der läuft doch nicht weg."

Überhaupt hat Hunzinger eine Abneigung gegen alles Schriftliche, Fixierbare. Die angebliche Rechnung über 54 885 Mark, nach einem Einkauf beim Frankfurter Herrenausstatter Möller & Schaar auf Scharpings Namen ausgestellt? „Gibt es nicht." Allerdings, das räumt Hunzinger ein: „Ich habe da mal was in der Größenordnung bezahlt" – aber nicht für Scharping. Eine Rechnung gab es auch nicht. „Ich brauch doch keine Rechnung für Klamotten."

•
•
•

Hunzinger lebt von dieser Unschärfe. Sein Verhältnis zu den Mächtigen soll immer noch etwas intimer erscheinen, als es tatsächlich ist. Dabei ist es intim genug.

Schon als Twen pflegte der Selfmade-Mann politische Kontakte. Fortan sammelte er Adressen. Über 50 000 hat er nach eigenen Angaben mittlerweile im Bestand: Unternehmer, Politiker, Journalisten, Berater, Manager und Banker. Im hauseigenen Computersystem „Cobra" werden persönliche Vorlieben, etwa der bevorzugte Wein oder die präferierte Automarke, gespeichert. Zu Geburtstagen oder sonstigen Anlässen gibt's Kärtchen, nach für ihn absolvierten Terminen noch einmal einen kleinen Dankes- und Erinnerungsanruf.

Um die VIPs kümmert sich der Chef persönlich. Am ausziehbaren Eichentisch im Penthouse direkt über dem Büro im vornehmen Frankfurter Holzhausen-Viertel lädt Hunzinger zum „Politischen Salon" oder zu „Parlamentarischen Abenden" in Nobelherbergen wie dem Berliner Hotel Adlon am Brandenburger Tor.

Der frühere Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) trat bei Hunzinger ebenso auf wie Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch. Sozialdemokrat Scharping ebenso wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU). CSU-Landesgruppenchef Michael Glos wurde auf Hunzingers Parlamentarischen Abenden gesehen, Friedrich Merz und auch der heutige FDP-Chef Guido Westerwelle.

Umsonst muss niemand zu Hunzinger kommen. Dem damaligen Grünen-Fraktionschef Joschka Fischer bot der Kontakter 1998 für ein Treffen mit Wirtschaftsführern eine Parteispende in Höhe von 19 999 Mark als Dankeschön – und bat um Verständnis, dass ein „konservatives" Unternehmen nicht unbedingt im Parteispendenbericht der Grünen auftauchen wolle. Als Fischer Außenminister wurde, wunderte er sich, wie oft er in Artikeln mit Hunzinger in Zusammenhang gebracht wurde.

Von Hunzinger profitierten alle Parteien. Von Spenden versteht er was, schließlich

XLVII-E1

sammelt er für die CDU-Sozialausschüsse seit 1999 als Schatzmeister Gelder ein. Im Rechenschaftsbericht der CDU für 1999 tauchen neben Hunzingers Namen schon mal 70782,61 Mark auf, bei der CSU gar 129920,00 Mark. Die FDP kassierte ein Jahr zuvor mehr als 100000 Mark – von Moritz Hunzinger privat und der Hunzinger Public Relations GmbH.

SPD-Politiker holte sich der alerte Geschäftsmann dagegen gern in den Aufsichtsrat. Der damalige SPD-Abgeordnete Hans Martin Bury saß dort, bevor ihn Gerhard Schröder 1999 zum Kanzleramtsminister berief. Der frühere hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) leitete das Gremium acht Monate. Nicht alle lassen sich so leicht von Hunzinger einspannen: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhold Robbe verließ den Aufsichtsrat nach nur einer Sitzung – entsetzt über die dortigen Zustände.

Der PR-Profi bot Abgeordneten schon mal 20000 Mark, wenn sie Minister zu einem seiner Treffen vermittelten. Das Geld holt er sich von seinen Industriekunden zurück. 150000 Mark stellte der Geschäftsmann den Konzernen mitunter für „Einzelgespräche mit politischen Entscheidungsträgern" in Rechnung.

⋮

Der Spiegel; 30/2002; S.32f.

XLVII-E2

2.1.4. Gegensatz von Kapitalismus und Rechtsstaat

Wenn Sie diese Überschrift lesen, werden Sie sich vielleicht fragen, was der Kapitalismus mit dem organisierten Verbrechen gemein hat. Überlegen Sie selbst. Worum geht es beim organisierten Verbrechen?

- Um Eigentum und um die mit ihm entstehende Macht -

Das organisierte Verbrechen hängt sehr eng mit dem Eigentumsrecht und der künstlichen Verknappung von Gütern zusammen und findet gerade hierin seine Entstehungsursache!
Wie schnell das organisierte Verbrechen zunimmt und welchen Einfluß es auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft besitzt, will ich in den nun folgenden Zeilen erläutern. Wenn ich Ihnen die Ausmaße des organisierten Verbrechens beschreibe, dann werden Sie selbst sehr schnell erkennen, worum es wirklich geht.

2.1.4.0.1. Wirtschaft und Verbrechen

Der Spiegel; 10/92; S.113 ff.; 05/91; S.108 ff.; 46/90; S.135 ff. --> XLVIII

Wirtschaft und Verbrechen

Im Kleinen

Ende der Sackgasse

Mit Tricks und Rollkommandos drängen Hauseigentümer in Ostdeutschland Mieter aus ihren Wohnungen: Die Neuvermietung verspricht höheren Profit.

⋮

Der Spuk hat im Osten Methode. Bei Rechtsanwälten und Mietervereinen in den neuen Ländern häufen sich die Hilferufe von Hausbewohnern, die mit rüden Methoden auf die Straße gedrängt werden.

Vor allem in ostdeutschen Großstädten wie Leipzig, Erfurt oder Dresden neigen immer mehr Hausbesitzer „aus Profitgier zu dramatischem Verhalten", wie der Erfurter Mieteranwalt Thomas Damm beobachtet hat. Denn dort ist Wohnraum besonders knapp und begehrt.

⋮

Mieteranwälte berichten von Rollkommandos, die unliebsame Hausbewohner mitsamt ihrer Einrichtung kurzerhand an die Luft setzen; selbsternannte Entmietungsspezialisten offerieren in den neuen Bundesländern ungeniert ihre Dienste.

Der Leipziger Immobilienmakler Christian M[illegible] beispielsweise erhielt kürzlich den Anruf einer Rechtsanwaltskanzlei, die ihm „umfassende Hilfestellung" anbot: „Für 10 000 Mark machen wir Ihnen jedes Haus leer."

⋮

Auch sogenannte Modernisierungsmaßnahmen sind geeignet, den Störfall Mieter zu beseitigen. Geschickt machen sich rabiate Eigentümer dabei winterliche Kälteeinbrüche zunutze.

So riß ein Bautrupp an einem Wohnhaus in Erfurt den Schornstein nebst Hauswand ein; wochenlang konnten die Mieter nicht heizen, und die Schlafzimmerbetten standen im Freien.

Der Spiegel; 10/92; S.113 ff.

Im Mittelstand

Brutal zur Sache

Schlammschlacht unter deutschen Optikern: In der „Haßbranche", wie ein Brillenhändler die Zunft nennt, ließ Preisbrecher Günther Fielmann die Detektive los.

⋮

Der Bombenalarm wie die vergammelten Käse- und Fleischstücke zählen zu jenen Streichen, mit denen sich Deutschlands Optiker seit über einem Jahrzehnt malträtieren. Mal wird, so im Rendsburger „Brillenstudio", die Eingangstür mit Pattex zugeklebt, mal eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Rundschreiben werden gefälscht und Konkurrenten ausspioniert.

Die Unternehmer lassen einbrechen, und praktisch jede Woche fallen sie mit Prozessen, Abmahnungen und einstweiligen Verfügungen übereinander her. „Die Optikerbranche ist eine Mafia", sagt Helmut Baur, Inhaber der Böblinger Binder Optik (30 Filialen): „Da geht's brutal zur Sache."

Der Spiegel; 05/91; S.108 ff.

Im großen Stiel

Ecstasy und Cadillac

Mitarbeiter der Chemiefirma Imhausen stehen erneut vor Gericht – als Hersteller von Designerdrogen.

Bei dem Angebot zögerte der promovierte Chemiker Morris Key, 51, nicht eine Minute. Monatlich mindestens 30 000 Dollar, Spesen extra, sicherte ihm sein amerikanischer Landsmann, der Rechtsanwalt Charles Frederik Pofahl, 49, zu, wenn Key ihm bei der Herstellung des synthetischen Rauschgifts Methylendioxymethamphetamin (MDMA) behilflich sei.

Pofahl selbst, so beschlossen die beiden, sollte sich um die Finanzierung und den Vertrieb der heißen Ware kümmern, die in der Rauschgiftszene unter so schillernden Namen wie „Ecstasy" oder „XTC", „Cadillac" oder „Adam" bekannt ist.

Als Produktionsstätte wählte Key die Firma Unipharm im mittelamerikanischen Guatemala. Anfangs besorgten sich die beiden US-Dealer den benötigten Drogengrundstoff Piperonylmethylketon (PMK) bei einer westdeutschen Firma, die in illegalen Giftgeschäften hinreichend Erfahrung hatte – bei der Imhausen-Chemie im badischen Lahr, Lieferantin der Giftgasfabrik im libyschen Rabita.

Seit Juli 1988 stellte Imhausen die

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLVIII

Chemo-Droge selbst her. Die Deutschen produzierten schneller, mehr und besser als Unipharm.

In der kommenden Woche stehen Key und Pofahl (Deckname: „Dave") in Offenburg vor Gericht, zusammen mit dem Imhausen-Prokuristen Ingo Graefe und dem Chefchemiker Jean-Marie Grunenwald.

Das Verfahren gegen den fünften Angeklagten, den Imhausen-Geschäftsführer Hans-Joachim Renner, 61, ist inzwischen abgetrennt. Der Vertraute des im Juni als Drahtzieher des Giftgasgeschäftes mit dem libyschen Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi zu fünf Jahren Haft verurteilten Firmenchefs Jürgen Hippenstiel-Imhausen unternahm einen Selbstmordversuch. Er schluckte hochgiftigen Orchideen-Dünger.

Nach Auffassung des Offenburger Staatsanwalts Gerhard Vallendor hat die Firma Imhausen „eine neue Dimension der Rauschgift-Produktion" in der Bundesrepublik geschaffen. Vallendor: „Da wurden Drogen fabrikmäßig hergestellt."

⋮

Weil das Geschäft blühte, wollte die Bande auch in die europäische Drogenszene einsteigen. In der Firma Imhausen-Chemie glaubten die Amerikaner den idealen Partner gefunden zu haben.

Während Pofahls Kundschafter zu Testverkäufen in Italien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden herumreisten, verhandelte er selbst mit Graefe offiziell über die Produktion von einer Tonne Novatrim I jährlich (Auftragswert für Imhausen: mindestens 200 000 Mark). In Wahrheit ging es um reines MDMA.

Aus einer Tonne MDMA lassen sich, hat Staatsanwalt Vallendor errechnet, „gut sechs Millionen Tabletten pressen". Schon bei durchschnittlich 20 Mark pro Pille konnten die Dealer 120 Millionen Mark Umsatz pro Jahr machen.

Sowohl Grunenwald als auch der für den Produktionsbereich zuständige Geschäftsführer Renner, ebenfalls Chemiker, mußten wissen, daß es sich bei der Ware um ein nach dem Betäubungsmittelgesetz verbotenes Amphetaminderivat handelte.

Doch „Bedenken gegen die Ausführung des Auftrags" haben laut Anklageschrift „nicht bestanden". In einem Probelauf produzierte Imhausen vorab 169,6 Kilogramm Novatrim I zum Preis von 55 103,04 Mark, Mehrwertsteuer inklusive.

Pofahl persönlich transportierte die Ware nach Pfaffen-Schwabenheim. Dort preßte die Firma Astrapin ohne Identitätskontrolle „pflichtwidrig" (Anklage) das MDMA-Pulver zu 1 350 000 Tabletten. Rund 400 000 „Cadillac"-Tabletten landeten auf dem Schwarzmarkt. Der Rest wurde von Fahndern bei einer Razzia in einem als Blumenladen getarnten Drogenumschlagplatz in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam beschlagnahmt.

Der Spiegel; 46/90; S.135 ff.

Deal mit Cadillac

Die Firma Imhausen, wegen Giftgasgeschäften mit Libyen in Verruf, hat große Mengen einer Chemo-Droge illegal in den Handel gebracht.

⋮

Daß sich die Amerikaner in der Bundesrepublik umtaten, hat nicht nur mit dem weltweit guten Ruf der Chemie- und Pillenbranche zu tun. In kaum einem anderen Land dürfen die Grundstoffe für Rauschgifte ohne gesetzliche Beschränkung hergestellt werden: Die Bundesregierung hat sich bisher, mit Rücksicht auf die starke Pharma-Lobby, nicht dazu durchgerungen, die Basissubstanzen in die Drogenliste des Betäubungsmittelgesetzes aufzunehmen.

Wer beispielsweise LSD produzieren will, braucht den Stoff Ergotamintartrat, der auch gegen Migräne hilft. Zur Gewinnung von Kokain ist Äthyläther notwendig. Phenylaceton dient legal zur Herstellung von Arzneimitteln, illegal zum Kochen der synthetischen Droge Amphetamin („Speed"). Essigsäureanhydrid, das bei der Herstellung von Zigarettenfiltern, Sulfonamiden oder Folien gebraucht wird, verwandelt Mohn in das Rauschgift Heroin.

Wenn solches Zeug irgendwo auf der Welt konfisziert wird, führen die Spuren meist nach Deutschland. Bereits 1982 hielt der Internationale Ausschuß für Suchtgiftkontrolle, eine Uno-Behörde, fest, „90 Prozent aller beschlagnahmten Essigsäureanhydrid-Mengen" kämen aus der Bundesrepublik. Mehrfach schon blitzte das BKA mit dem Vorschlag ab, den Handel mit solchen Chemikalien zu kontrollieren.

Chemiker Key will, unterstützt von Jurist Pufahl, deshalb auch ganz offen vorgegangen sein. Bei der deutschen Chemiker-Gesellschaft in Frankfurt habe er, so seine Aussage, nachgefragt, welche bundesdeutschen Firmen den Drogengrundstoff PMK produzieren. Dabei sei der Name Imhausen gefallen.

Der Spiegel; 36/89; S.106 ff.

„Beide Unternehmen ruinieren"

Nach achtjährigen Ermittlungen beginnt in Frankfurt der wahrscheinlich größte Umweltprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik: Vor Gericht stehen Chemie-Manager, die giftige Holzschutzmittel auch dann noch verkauft haben sollen, als schwere Gesundheitsrisiken für Tausende von Verbrauchern schon absehbar waren.

⋮

Zwei Geschäftsführer der Düsseldorfer Desowag Materialschutz GmbH. einer früheren Tochterfirma des Chemiekonzerns Bayer, müssen sich wegen „gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit schwerer Gefährdung durch Freisetzung von Giften" verantworten.

⋮

Allein die Zulassung der Anklage ist für die Chemie-Industrie ein schwerer Schlag. Vor allem der Bayer-Konzern, bis 1986 mit 37 Prozent an der Desowag beteiligt, muß mit Imageschäden rechnen. Denn die Ermittler haben bei einer Durchsuchung skandalträchtiges Material sichergestellt.

In einer Reihe von Protokollen und Vermerken, von denen viele als „streng vertraulich" gekennzeichnet sind, haben die Desowag- und Bayer-Manager anfechtbares Verhalten dokumentiert: Obwohl firmenintern schon in den siebziger Jahren die potentielle Gefahr von PCP bekannt war, klärten die Desowag-Manager die Öffentlichkeit nicht auf.

Schnell verworfen wurde die Idee, den Kunden, die in Wohnräumen Hölzer mit dem PCP-haltigen Xyladecor imprägniert hatten, einen „Nachanstrich" mit dem PCP-freien Desowag-Produkt „Seidenglanz" zu empfehlen, um ein gesundheitsbedrohendes Ausgasen von Pentachlorphenol zu verhindern.

Auch im Mai 1977, als sich die Deso-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XLIX

Der Spiegel; 44/89; S.59 ff. --> L

wag-Hierarchen nach Presseberichten über die Gefährlichkeit von Holzschutzmitteln zu einer Krisensitzung zusammenfanden, entschieden sie sich für die weitere Vermarktung von PCP-Produkten.

Der Gedanke, kurzfristig die Rezeptur der Holzschutzmittel und die Verpakkung zu ändern, stieß auf wenig Zustimmung. Desowag-Geschäftsführer Hagedorn argumentierte laut internem Protokoll: „Wenn wir die Packungen ändern, machen wir doch im nachhinein auf die Giftigkeit aufmerksam."

Ein anderer Gesprächsteilnehmer gab zu bedenken, das PCP-haltige Xyladecor sei doch noch für vier Jahre zugelassen: „Vorzeitig kündigen können wir den Prüfbescheid nicht, solange noch die alte Ware auf dem Markt ist." Bevor PCP-freie Produkte offeriert wurden, sollten die giftigen Altbestände restlos abgesetzt werden.

Der Verkauf wurde noch durch Tricks forciert. Die Firma ließ die Aufdrucke, wie die Staatsanwaltschaft vermerkt, „verbraucherfreundlich" umgestalten: Statt eines roten wurde ein grüner Schriftzug aufgedruckt. Zudem räumte das Unternehmen gewerblichen Kunden großzügige Preisnachlässe ein.

Wie skrupellos die Chemie-Manager operierten, belegt eine von der Revisionsabteilung des Konzerns im November 1984 angefertigte Aktennotiz („streng vertraulich"), mit der ein übler Deal sanktioniert wurde. Just zu dieser Zeit, als sich im Inland bereits Tausende von Holzschutzmittel-Geschädigten gemeldet hatten, verhökerte die Desowag das Xyladecor nach Indonesien. Dabei galt dort, wie den Beteiligten nach Erkenntnissen der Ermittler bekannt war, ein totales Import- und Verwendungsverbot für dieses Mittel. Im Fall Indonesien arbeitete die Desowag laut internem Vermerk mit Umdeklarationen. So wurde Natriumpentachlorphenol, das Desowag von der Dynamit Nobel AG bezog, als „Basilit PN Perlen" an die holländische Firma Flexchemie fakturiert.

Dieses Unternehmen markierte die Ware auf Kosten von Desowag um und verkaufte sie an den indonesischen Kunden „als nicht PCP-haltige Ware". Die Konzern-Revision hielt dazu schriftlich fest, das Procedere mit der „falsch deklarierten Ware" sei „zur Erhaltung des Marktes erforderlich".

Mit höchst dubiosen Methoden arbeiteten die Angeklagten nach Recherchen der Staatsanwaltschaft offenbar auch, wenn es darum ging, das Bundesgesundheitsamt (BGA) oder unabhängige Gutachter auf ihre Seite zu bekommen.

So spielte die Berliner Kontrollbehörde das PCP-Risiko noch bis in die achtziger Jahre herunter. Zwar erklärten die Gesundheitshüter aufgrund zahlreicher Untersuchungsergebnisse, eine Gefahr sei nicht ganz auszuschließen. Es fehle aber noch an eindeutigen Beweisen.

Wie eng der Kontakt zwischen BGA und Desowag war, zeigen mehrere interne Vermerke. Wegen eines kritischen Fernsehberichts im Sommer 1978 wurde ein Treffen vereinbart, „um die mit Sicherheit auf das BGA und die Industrie zukommenden Fragen in gleichem Tenor beantworten zu können".

Im Holzschutzmittel-Skandal ist die Kontrollbehörde nach Auffassung von Staatsanwalt Schöndorf ihrer Rolle denn auch „nicht oder nicht ausreichend nachgekommen". Vielmehr gebe es Anhaltspunkte dafür, „daß beide Seiten identische Interessen verfolgt" hätten. Auch gegen das BGA wird deshalb wegen des Verdachts der „Körperverletzung im Amt" ermittelt.

Möglicherweise spielten bei den Absprachen finanzielle Zuwendungen der Desowag an das BGA eine Rolle. Laut Firmenprotokoll genehmigte das Unternehmen die vom BGA gewünschte Finanzierung von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern für die Dauer von zwei bis drei Jahren – Kostenpunkt: 140 000 Mark im Jahr.

⁝

Auf der Suche nach Verbündeten setzten sich die Chefs der Desowag mit Abgesandten des PCP-Lieferanten Dynamit Nobel AG und sogar mit Vertretern der Konkurrenzfirma Sadolin zusammen, um eine gemeinsame Abwehrstrategie zu finden.

Über das Motiv für das gemeinsame Vorgehen waren sich die Beteiligten einig: „Keiner dieser Prozesse darf verloren werden. Dies würde die beiden Unternehmen ruinieren."

Der Spiegel; 21/92; S.120 ff.

Schmieren, schieben, schweigen

Mit rund hundert Strafverfahren will die Justiz die bislang größte Schmiergeldaffäre der deutschen Atomindustrie aufarbeiten.

⁝

Jahrelang hatten die Herren aus Hanau den westdeutschen Kernkraftwerken den verstrahlten Abfall mit dem Versprechen abgenommen, den Atommüll in Belgien verbrennen und verpressen zu lassen und die Rückstände, in Fässer verpackt, zurückzuschicken. Ihre Kunden hielten die Manager dabei mit kleinen Geschenken und großen Barbeträgen so sehr bei Laune, daß denen gar nicht auffiel, was sich hinter der Fassade von Transnuklear wirklich verbarg: ein Ring zur illegalen Verschiebung von Atommüll von und nach Belgien.

Als die bislang größte Schmiergeldaffäre der deutschen Nuklearindustrie vor zwei Jahren aufflog (SPIEGEL 18/1987), wurde erst TN geschlossen, dann auch die Mutterfirma Nukem. Plötzlich fand niemand mehr den Verdacht abwegig, die Firmen könnten sogar Kernwaffen-Material verschoben haben.

Der Fall hat eine juristische Kettenreaktion ausgelöst: rund hundert Strafverfahren. Belangt werden sollen auch die Schmiergeldempfänger, darunter zahlreiche Sicherheits- und Strahlenschutzbeauftragte westdeutscher Kernkraftwerke, laut Staatsanwalt Wolfgang Popp „80 bis 100 Leute".

⁝

Bei ihren Ermittlungen kamen die Strafverfolger zu dem Ergebnis, daß die Hanauer Atommanager beim Belgien-Geschäft entgegen ihrer ursprünglichen Behauptung nicht etwa aus Überlastung die Übersicht verloren hatten, sondern daß die Sache als schmutziges Geschäft geplant war. Von Anfang an stand fest, daß die meisten deutschen Abfälle in Belgien wegen zu hoher Strahlung gar nicht bearbeitet werden konnten.

Im – verbotenen – Austausch gegen ihren eigenen Strahlenmüll bekamen die deutschen Atomkraftwerke, angeblich ohne etwas davon zu ahnen, komprimierte belgische Nuklearabfälle. Deren ursprünglich geringere Strahlungsintensität war eigens für den illegalen Transfer in die Bundesrepublik mit beigemischten Kernbrennstoffen erhöht worden, damit die Dosisleistung stimmte.

Exakt zu jener Zeit, als das Belgien-

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

L

Geschäft anlief, begannen, so fanden die Ermittler heraus, die Schmiergeldzahlungen. Die Zuwendungen sollten offenbar verhindern, daß sich die Mitarbeiter der Kernkraftwerke zu sehr dafür interessierten, wo ein großer Teil des westdeutschen Atommülls tatsächlich landete: Bis Ende 1983 wurden die hochaktiven Verdampferkonzentrate beispielsweise aus dem Reaktor Biblis, als belgischer Müll deklariert, einfach in die Nordsee gekippt.

Die Staatsanwaltschaft sieht auch den Tatbestand des Betrugs erfüllt, weil den westdeutschen Reaktorbetreibern eine Entsorgung vorgegaukelt wurde, die gar nicht stattfand. Verantworten sollen sich dafür nun drei Atommanager, darunter der ehemalige Nukem-Finanzchef.

Die drei Beschuldigten werden, zusammen mit sechs weiteren, zusätzlich wegen Untreue angeklagt: Mittels Phantomrechnungen haben sie, so die Ermittler, Firmengeld in schwarze Kassen umgeleitet, aus denen wiederum die Schmiergelder gezogen wurden – nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft insgesamt rund fünf Millionen Mark.

•
•
•

Andere Firmenmittel gingen für den „Besuch von Bars und Bordellen" (Farwick) drauf. Einem leitenden TN-Angestellten wird vorgeworfen, er habe sich ganz nebenbei, binnen zwei Jahren, auch noch den stolzen Betrag von 25 184,70 Mark über „fingierte Bewirtungsunterlagen" erschlichen.

•
•
•

Erstaunt haben die Strafverfolger registriert, daß sich die Neue Nukem im Bemühen um Distanz zu den einstigen Geschäften nicht einmal bemüht, die Millionenbeträge, „die verschleudert und veruntreut worden sind" (Staatsanwalt Wolfgang Popp), wieder hereinzuholen. Popp: „Da herrscht Stillschweigen."

Der Spiegel; 44/89; S.59 ff.

Atomwirtschaft

Großer Guru

Fast vier Jahre nach dem Abfall- und Schmiergeldskandal der Nuklearindustrie geraten die Großen der Branche ins Visier der Strafverfolger.

Der Abschied von Manfred Stephany, 61, kam zwar vorzeitig, doch er verlief würdig und ehrenvoll.

Auf einer „außerordentlichen Sitzung" lobte der Aufsichtsrat den Geschäftsführer für seinen Anteil an der „erfolgreichen Entwicklung" der Hanauer Atomfirmen Nukem und Transnuklear (TN). Stephanys vorgezogener Ruhestand war der Creme der deutschen Atomwirtschaft sogar noch einen Dank für „besondere Leistung" wert.

•
•
•

Nach jüngsten Zeugenaussagen war womöglich Stephany selber der Erfinder jener Bestechungspraxis in deutschen Kernkraftwerken, die zur Folge hatte, daß Bedienstete alle Augen zudrückten: So konnte die Atomwirtschaft „unter Umgehung aller Sicherheitsvorschriften" (Umweltminister Klaus Töpfer) ihren lästigen Atommüll nach Belgien verschieben.

•
•
•

Peter Vygen, 54, bis 1987 technischer Geschäftsführer der Skandalfirma Transnuklear. Am Mittwoch letzter Woche mochte er den „großen Guru" (Vygen über Stephany) nicht länger decken. Am 26. Verhandlungstag im Hanauer TN-Prozeß, als die Beweisaufnahme schon geschlossen werden sollte, packte Vygen aus.

Bereits 1978, bei seinem Eintritt in die TN-Geschäftsführung, habe Stephany erklärt, die Transportfirma müsse „durch ungewöhnlichen Akquisitionsaufwand zum Erfolg geführt werden". Was der Nukem-Chef, zugleich Oberaufseher im TN-Verwaltungsrat, damit meinte, erfuhr Vygen bis 1982: Da wurden mehrere Autos und sogar „ein Camperfahrgestell" von Stephanys Nukem „unter falscher Deklarierung beschafft" und gegen Auftragerteilung an Kunden verschenkt. Der Boß, so Vygen, sei stets informiert gewesen.

Als später „von Kunden große Bargeldsummen gefordert wurden", laut Vygen erstmals von Bediensteten des Kernkraftwerks Würgassen, hat Stephany nach seiner Aussage einen anderen Weg „gebilligt": Für die Bücher wurden „Ersatzbelege zur Entnahme vollversteuerten Geldes" gefertigt – eine vornehme Umschreibung für Falschbuchungen.

Als diese Methode, weil gewinnschmälernd, zu teuer wurde, ersannen die Beteiligten einen anderen Weg, ihre schwarzen Bestechungskassen zu füllen: „Geldbeschaffung über Scheinfirmen und Scheinaufträge" (Vygen). Gemeinsam hätten die TN-Geschäftsführung und ihr Oberaufseher Stephany „beschlossen, diesen Weg zu gehen". Nukem ließ die falschen Briefköpfe und Rechnungsformulare drucken, das Schmiergeld floß fortan reichlich – und steuermindernd. Am Ende fehlten in der TN-Kasse rund 21 Millionen Mark.

Nach dem Vygen-Geständnis werden die Strafverfolger nicht nur Stephany nachsteigen. Verwickelt in den Fall ist die gesamte deutsche Atomfamilie. Stephanys Nukem nämlich war nicht nur die Mutterfirma der maßgebenden deutschen Nuklearfirmen. In ihren Besitz und ihre Beteiligungen teilten sich so große Namen wie Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE), der größte Atomstromhersteller der Republik, sowie die Frankfurter Degussa und der Elektromulti Siemens. Die sind jetzt, ebenso wie Stephany, ins Visier der Strafverfolger geraten.

Kenner der Atombranche wissen, daß Nukem-Stephany seinerzeit jeden Schritt mit seinem Aufsichtsrat absprach, an dessen Spitze RWE-Chef Franz Josef Spalthoff saß. „Die haben", so eine Nukem-Mitarbeiterin, „fast täglich lange telefoniert." Der Ablauf war auch dem Bonner Atomministerium bekannt, wo ein Abteilungsleiter den Zustand auf die Formel brachte: „Was Stephany weiß, weiß auch der Vorstand von RWE."

Auch die Frankfurter Degussa wird sich jetzt unangenehme Fragen gefallen lassen müssen. Das vornehme Unternehmen hatte die Nukem auf dem Höhepunkt des Schmiergeldskandals in ihre „unternehmerische Obhut" genommen und „erbarmungslose Rechtmäßigkeit" bei der Prüfung der Vorgänge versprochen. Es blieb bei dem Versprechen. Auf die Belege, denen laut Vygen „die moralisch vorwerfbare Verwendung deutlich anzusehen" war, stießen die Prüfer nicht.

Der Spiegel; 26/91; S.90

Schmuggler boten Atomsprengkopf aus der GUS an

F.A.Z. BONN, 16. Oktober. Nach Erkenntnissen der Bochumer Staatsanwaltschaft haben mehrere in Frankfurt festgenommene Schmuggler einen Atomsprengkopf aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten angeboten. Bei München wurden größere Mengen atomwaffenfähigen Urans sichergestellt. Die Landespolizei fand am Dienstag 2,2 Kilogramm stark strahlendes Uran 234, 235 und 238 auf einem Autobahnparkplatz. Sieben Personen wurden festgenommen. Abgeordnete aller Parteien äußerten sich im Bundestag besorgt über den Schmuggel radioaktiven Materials. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kündigte eine Verschärfung der Gesetze an. CDU-Generalsekretär Hintze sprach von einer „Gefahr für die gesamte Menschheit".

FAZ 17.10.92

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

Unter der Obhut des Diktators

Bundesdeutsche Firmen helfen Hussein bei der Aufrüstung des Irak

•
•
•

Das Rüstungsgeschäft mit dem Irak ist dagegen ein Massendelikt, Firmen quer durch die deutsche Wirtschaft sind darin verstrickt. Ob beim Bau von Raketen oder Kanonen, ob bei der Produktion von Giftgasen oder biologischen Kampfstoffen, ob gar bei der Entwicklung der Atombombe – überall haben deutsche Spezialisten die Hand am Drücker.

Immer wieder das gleiche Spiel. Geliefert wird schnell, geprüft nur zögernd und großzügig. Alles ist zu verkaufen, wenn es nur richtig verpackt und deklariert ist. Der Fall Irak könnte das wohl traurigste Kapitel in der schlimmen Geschichte bundesdeutscher Rüstungsexporte abgeben.

Fall 1: Für das Projekt Saad 16 im irakischen Mosul entwickelten deutsche Firmen Raketen und Chemiewaffen. Generalunternehmer war die Bielefelder Gildemeister Projecta GmbH (Gipro). Viele lieferten zu, Unternehmen wie MBB, Carl Zeiss oder Degussa. Mosul ist das Forschungszentrum der irakischen Militärs.

Fall 2: In fragwürdige Geschäfte mit dem Irak ist seit Jahren die münsterländische Firma H + H Metalform verwikkelt. Sie hilft mit bei der Urananreicherung für Husseins Bombe. Mitte 1987 ließ H + H über die damalige NASSR-Dependance Meed International in London nachfragen, ob der Irak an der Lieferung von Abwurftanks interessiert sei. Mit solchen „drop tanks" können C-Waffen von Flugzeugen aus eingesetzt werden.

Fall 3: Gegen die Karl Kolb GmbH aus dem hessischen Dreieich ermitteln die Darmstädter Staatsanwaltschaft und das Zollkriminalinstitut in Köln wegen einer hochbrisanten Lieferung in den Irak. Die Firma soll Know-how und Anlagen für Labors geliefert haben, in denen der Irak das Giftgas produzierte, mit dem später im Golfkrieg Tausende von Iranern und Kurden umgebracht wurden.

Im Fall 4, dem Projekt Tadschi, dürften nach den bisherigen Erkenntnissen der Fahnder weit über hundert deutsche Firmen beteiligt sein. Die Kanonenfabrik, in der bereits in der Anlaufphase jährlich rund 1000 mittlere und schwere Artillerie-Geschütze der Kaliber 105 bis 203 Millimeter produziert werden, ist in diesen Wochen fertiggestellt worden. Gleich nebenan, vom Militär streng gesichert und mit Wachtürmen umgeben, ist – ebenfalls mit Beteiligung deutscher Firmen – eine Munitionsfabrik in Betrieb. Artilleriegranaten lagern stapelweise im Freien, in der Klöckner-Fabrik werden derzeit ausgediente Panzer eingeschmolzen.

Das meiste Belastungsmaterial stellten die Fahnder beim Generalunternehmer, der von Hans Singer geführten Ferrostaal, sicher. In Dutzenden von Firmenakten der MAN-Tochtergesellschaft fanden die Beamten Hinweise auf eine Reihe anderer MAN-Firmen. Die SMS Hasenclever GmbH lieferte eine Schmiedepresse, ein MAN-Betrieb in Nürnberg einen 50-Tonnen-Kran.

Nach neuesten Funden ist auch sicher, wer die Technik für die Bohrungen der Kanonenrohre lieferte. Die Maschinenfabrik Ravensburg und die zur Hälfte zum Gildemeister-Konzern gehörende TBT Tiefbohrtechnik mehrten mit diesen Aufträgen ihren Umsatz.

Es wurde Technik vom Feinsten geboten: Die Drehbänke sind mit Computersteuerungen von Siemens ausgerüstet. Zur Feineinstellung waren zeitweilig bis zu drei Programmiergeräte von Siemens (Typ PG 685) im Einsatz.

Die Fertigung von Kanonenrohren und Geschossen verlangt höchste Präzisionsarbeit. Ferrostaal brachte daher die Firma Buderus, einen Spezialisten für Gußtechnik, ins Geschäft. Die Essener Ruhrgas ist in Tadschi ebenfalls dabei. Ihre Tochterfirma LOI Industrieofenanlagen hat Spezialöfen für Rohre von maximal 15 Metern Länge und Härteanlagen geliefert.

Der Spiegel; 32/90; S.116 f.

Betreff:
Karl Kolb KG

Eindeutiger Schluß

Gutachten belegen: Deutsche Fabriken im Irak sind nur für die Giftgasproduktion geeignet. Mehrere Manager wurden verhaftet.

•
•
•

Die Staatsanwälte stützen sich vor allem auf das in der Vorwoche fertiggestellte Gutachten des Schweizer Wissenschaftlers Werner Richarz. Der Dekan an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich kam zu dem eindeutigen Schluß, daß die von den Deutschen in den Irak geschickten Anlagen von vornherein für die Produktion von Giftgasen konstruiert worden seien.

Für die Herstellung von Pestiziden jedenfalls, wofür sie nach offizieller Version bestimmt waren, würden die Fabriken in Samarra nach Ansicht von Richarz kaum taugen. Und der Spezialist für Chemieanlagen steht mit seiner Erkenntnis nicht allein.

Dieter Hallmann vom Göttinger Max-Planck-Institut kam wie der Schweizer zu dem Ergebnis, die Anlagen in Samarra seien zur Synthese von Nervengasen wie Tabun oder Lhost geeignet. Hallmann war bereits als Gutachter im Prozeß gegen die Firma Imhausen tätig, die den Libyern eine Giftfabrik geliefert hatte.



Ende vergangener Woche leitete die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die rheinische Handelsfirma Export-Union GmbH ein. Sie steht im Verdacht, den Irak mit Spezial-Stahl für die Nukleartechnik beliefert zu haben (SPIEGEL 33/1990).

•
•
•

Einer der vergangene Woche von den ZKI-Fahndern verhafteten W.E.T.-Gesellschafter, der ehemalige BND-Agent Al Kadhi, war schon mal im Knast: Er hatte dem Iran Gasmasken gegen irakisches Giftgas geliefert. Al Kadhi wurde bei einer Irak-Reise verhaftet und zum Tode verurteilt. Erst auf deutsche Intervention kam er frei.

Der Spiegel; 34/90; S.73

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LII

Der Spiegel; 41/90; S.148 ff.; 12/91; S.112 ff. --> LIII

Senfgas von Ahmed

Geständnisse über deutsch-irakische Giftgasgeschäfte

⋮

Jetzt halten die Ermittler erstmals Beweise in der Hand: Geständnisse von zwei kürzlich festgenommenen westdeutschen Chemiemanagern.

In der Untersuchungshaft im hessischen Hanau bestätigte der frühere Gesellschafter der Hamburger Water Engineering Trading (W.E.T.), Peter Leifer, den Staatsanwälten, was die seit langem vermutet hatten. Die Chemieanlagen, die W.E.T. Mitte der achtziger Jahre von Hamburg nach Bagdad geliefert hat, waren für militärische Zwecke bestimmt.

Da kam viel zusammen: eine gewichtige Rohrverschraubungsanlage beispielsweise, die einem eindeutig unfriedlichen Zweck dient. Die Greifer transportieren Granaten oder Bomben des Kalibers 122. Auch eine ganze Fabrik zur Herstellung von Vorprodukten für Nervenkampfstoffe ist in den Irak gelangt.

Die Ermittler wissen nun auch, wie die Geschäfte getarnt wurden. Ein sieben Millionen Mark teures Gerät, offensichtlich zum Füllen der Giftgasgranaten entwickelt, wurde als Kühlcontainer für Milchpulver deklariert.

Auch der Ingenieur Ewald Langer, der ebenso wie fünf weitere Manager wegen des Verdachts schmutziger Geschäfte mit dem Irak in Frankfurter U-Haft saß, kam ins Erzählen. Langer hat früher bei der Chemiefirma Pilot Plant, einem Schwesterunternehmen des Labor-Ausrüsters Kolb, im hessischen Dreieich gearbeitet und war für die Chemielieferanten oft in Samarra, wo Diktator Hussein seine Chemiewaffen baut.

Pilot Plant hat sechs Chemiefabriken in die Wüste gesetzt. Ganz harmlos, hieß es bisher, seien die Anlagen. Schädlingsvernichtungsmittel für Dattelplantagen sollten sie produzieren. Zur Herstellung von Nervenkampfstoffen seien sie völlig ungeeignet.

Jetzt räumt Experte Langer ein, daß schon Mitte der achtziger Jahre Zwischenprodukte für Kampfstoffe in Samarra produziert worden sind.

⋮

Je deutlicher die Ermittlungen die Verstrickung westdeutscher Unternehmen in die Aufrüstung des Arabers Hussein machen, desto blamabler wird die Affäre für die Bundesregierung. In Bonn wurde die Existenz deutscher Giftgasanlagen im Irak jahrelang mit erstaunlicher Chuzpe bestritten.

Selbst die Vorlage von Satellitenfotos und eine Ton-Bild-Schau der Amerikaner über die Anlagen in Samarra konnte bei der Bundesregierung keinen Eindruck machen.

Noch 1986, als die Lieferungen in den Irak schon aktenkundig waren, warb der Pullacher Bundesnachrichtendienst (BND) ausgerechnet den W.E.T.-Gesellschafter Leifer, der nun so geständnisfreudig ist, als Mitarbeiter an. Fast zwei Jahre lang, so räumt die Behörde ein, habe der Exporteur seine Irak-Erkenntnisse abgeliefert.

⋮

Wie deutsche Firmen den Irak für die biologische Kriegführung ausrüsteten

⋮

„Niemals", sagt Labsco-Geschäftsführer Jürgen Huth, sei ihm bei dem Auftrag (Wert: 1,56 Millionen Mark) der Gedanke gekommen, „daß es sich um eine andere Anwendung als im Hospitalbereich handeln könnte". Das ist für ihn „auch heute nach wie vor schlicht undenkbar". Die Namen der Offiziere kenne er nicht: „Ich kann ja kein Arabisch."

Dabei weiß seit Jahren jeder Fachmann, daß Saddam Husseins Einkäufer weltweit Laborausrüstungen, Bakterienstämme, Nährlösungen und Fermentationsanlagen für die Entwicklung der bakteriologischen Kriegführung zusammenkaufen. Und offenbar sind – nicht anders als bei Atom- und Chemiewaffen – die Deutschen gute Lieferanten.

Ein gutes halbes Dutzend Firmen sind im Visier der Fahnder. Schon seit drei Jahren weisen amerikanische Dienste auf verdächtige westdeutsche Unternehmen hin.

Abermals ist auch das Hamburger Unternehmen „Water Engineering Trading" (W.E.T.), das sich bereits mit Giftgasgeschäften einen Namen gemacht hat (siehe Seite 152), in die Affäre verwikkelt. Die Firma hat Stoffe, die zur Herstellung von Biowaffen geeignet sind, geliefert.

Informationen deutscher Ermittler über die Beteiligung der Hamburger Gesellschaft an der biologischen Aufrüstung in Bagdad sind schon im vergangenen Jahr in der Bonner Staatssekretärsrunde diskutiert worden. Doch die Beamten reagierten wie gehabt. Mit Rücksicht auf das ohnehin angeschlagene Image der deutschen Industrie wurde die Sache geheimgehalten.

Der Spiegel; 41/90; S.148 ff.

Deutschlands feinster Industriekonzern beschäftigt die Staatsanwaltschaft. Über 100 Fahnder schleppten Akten aus Büros und Privatwohnungen von Daimler-Benz-Managern. Der Verdacht: Der Konzern soll illegal Militärfahrzeuge ins Ausland verkauft, leitende Mitarbeiter sollen ungerechtfertigt Provisionen eingestrichen haben.

Es waren schwere Zugmaschinen ganz besonderer Art, insgesamt 20 Stück, die Deutschlands führender Industriekonzern an den Irak lieferte: Sattelschlepper mit Tiefladern, ausgerüstet für den Transport von 75 Tonnen und mehr. Noch im Juli vergangenen Jahres gingen die letzten der 20 bestellten Schwerlaster, Typ MB 3336/A, in Richtung Bagdad.

Bei einem Daimler-Geschäftspartner, der Firma Marrel in Wülfrath, waren die Tieflader für eindeutige Zwecke umgerüstet worden. Die Acht-Achser, auf denen sich natürlich auch harmlose Baufahrzeuge transportieren lassen, wurden von den Stuttgartern ohnehin als Panzertransporter angeboten; in Wülfrath aber erhielten sie darüber hinaus eine Sonderausstattung – die Tieflader wurden für den Transport von Raketen präpariert.

Ganz offensichtlich war es ein Geschäft mit Kriegsgerät, für das eine Ausfuhrgenehmigung des Bundesamts für Wirtschaft in Eschborn erforderlich gewesen wäre. Diese Genehmigung lag nicht vor: Für die Daimler-Leute waren es einfach Tieflader, die sie an das Saddam-Regime lieferten, ausgerüstet für ein „Projekt 144".

Daß hinter dem harmlos klingenden Namen mehr steckte, hätte auch das Management erfahren können: „Projekt 144", so fanden die Nachrichtendienste heraus, war die Tarnbezeichnung für Scud-Raketen, jene Waffen, die der Despot Saddam Hussein im Golfkrieg auf Israel und Saudi-Arabien abfeuern ließ.

⋮

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LIII

Der Verdacht der Staatsanwälte: Zum einen sei das Unternehmen Daimler-Benz in illegale Waffengeschäfte mit Ländern in Spannungsgebieten verstrickt. Zum anderen hätten sich, mit gänzlich anderen Geschäften, mehrere leitende Mitarbeiter persönlich bereichert: Ein paar Gleichgesinnte auf den obersten Etagen des größten und angesehensten Industrieunternehmens der Bundesrepublik sollen Millionen von Mark über Jahre hinweg von – zumeist ausländischen – Geschäftspartnern als „Kickbacks“ erhalten haben, als eine Art Provision für die Vermittlung von Geschäften, bei denen Außenstehende ungerechtfertigt verdienten.

Ganz systematisch hätten leitende Daimler-Mitarbeiter auf Kosten des Unternehmens Gelder abgezweigt. Und, noch toller: Die Fahnder suchen auch nach einer Wohnung, die eigens dafür angemietet worden sei, verräterische Unterlagen – insbesondere Belege über die Provisionszahlungen – aufzubewahren. Eine Mitarbeiterin, deren Name die Staatsanwälte kennen, soll den Schlüssel zu der Wohnung aufbewahren.

Die Strafverfolger waren anonym mit Informationen gespickt worden. Eine Anzeige, die dem SPIEGEL vorliegt, führt über zehn Schreibmaschinenseiten vielerlei brisante Details aus. Die Einzelheiten lassen keinen Zweifel daran, daß der Informant auf der Leitungsebene des Konzerns arbeitet. Der Stuttgarter Oberstaatsanwalt Klaus Bieneck: „Der Inhalt ist so konkret, daß wir nach der Strafprozeßordnung gezwungen waren, die Verfolgung einzuleiten.“

„Sie können mir die rechte Hand abhacken, wenn ich je in solche Geschäfte verwickelt war“, sagt Werner Niefer, Chef von Mercedes-Benz, des Automobilbereichs im Daimler-Konzern. Auch Niefer war in Presseberichten der vergangenen Woche in den Verdacht geraten, zu den Leuten zu gehören, die heimlich kassierte Gelder unter sich aufgeteilt haben sollen.

•
•
•

Daß der Konzern vor der Annexion Kuweits Lkw in den Irak geliefert hat, bestreitet auch Niefer nicht. Doch Mercedes-Benz hat sich stets darauf berufen, daß für normale Fahrzeuge – die also nicht eindeutig für militärische Zwecke umgerüstet sind – keine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz erforderlich ist.

Die Zollfahnder, die in der vergangenen Woche an der Massen-Durchsuchung teilnahmen, waren jedoch so erfolgreich, daß Niefer und seine Leute ein paar neue Erklärungen brauchen werden. Die schon zuvor bei Daimler-Partner Marrel sichergestellten Unterlagen belegen deutlich, daß die nach Bagdad exportierten Tieflader für das „Projekt 144“ umgerüstet wurden – als mobile Abschußrampen für Scud-Raketen.

So erhielten die Tieflader hydraulische Stelzen, die dem Fahrzeug Standfestigkeit geben. Darüber hinaus wurden die Zugmaschinen und Tieflader mit Einrichtungen bestückt, die eine Rakete aus der Waagerechten in Schräglage oder in die Senkrechte bringen können. Selbst technische Zeichnungen der Raketen auf den Daimler-Fahrzeugen waren in Wülfrath vorhanden.

•
•
•

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat sich bislang als nicht gerade übereifrig erwiesen, wenn es um den größten Steuerzahler der Region, den Daimler-Konzern, ging. So wollte ein Staatsanwalt das Verfahren wegen eines noch weitgehend ungeklärten Verkehrsunfalls in Rom, den Werner Niefer verursacht hatte, gegen eine Geldbuße von 60 000 Mark einstellen.

Ein Richter lehnte dies ab, gewiß kein alltäglicher Vorgang in der deutschen Justiz (SPIEGEL 3/1991). Erst nach Anzeigen von Privatpersonen, die sich auf diesen Bericht bezogen, wurde nun ein Ermittlungsverfahren gegen jenen Staatsanwalt eingeleitet, der Niefer mit einer für dessen Einkommen bescheidenen Geldbuße davonkommen lassen wollte.

•
•
•

Seit der deutsche Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) 1989 unter den Stern von Daimler-Benz geriet, arbeitet der früher so bodenständige Automobilkonzern auf vermintem Gelände. Die jüngste Fahndung im Konzern läßt ahnen, wie rasch das angesehene Unternehmen beschädigt werden kann.

Allzu bereitwillig haben sich die Daimler-Leute besonders auf Geschäfte mit dem unberechenbaren Diktator in Bagdad eingelassen. Nach der internationalen Entrüstung über die deutsche Beteiligung an der Giftgasproduktion muß Daimler sich nun massive Kritik an seiner Hilfe für die militärische Aufrüstung des Irak gefallen lassen.

Die Daimler-Tochter MBB hat sich als vielseitiger Helfer der Iraker erwiesen. Das Angebot reichte von im Ausland aufgerüsteten Hubschraubern bis zur Beteiligung an der Entwicklung des 1,6-Milliarden Mark teuren Militärforschungszentrums in Mosul. Auf Umwegen gelangten sogar MBB-Studien über eine hochgefährliche Waffe mit der Sprengkraft einer kleinen Atombombe, der FAE-Bombe, nach Bagdad.

Selbst wenn die Iraker Raketen aus Bayern erhielten, waren die Geschäfte – selbstredend – völlig legal. Über die 1972 gegründete Verkaufsgesellschaft Euromissile (MBB-Anteil: 50 Prozent) kaufte Saddam rund 10 000 Panzerabwehr-Raketen der Systeme „Hot“ und „Milan“, sowie 1050 „Roland“-Flugabwehr-Raketen.

•
•
•

Bei all dem gerät ein wenig aus dem Blick, daß selbst die Fahrzeugsparte des Konzernriesen seit Jahren in zweifelhafte Rüstungsaktivitäten verwickelt ist. Exakt zählen die Daimler-Manager in internen Statistiken („Lieferungen Mil. Fahrzeuge“) auf, wieviel sie an die Armeen in aller Welt geliefert haben. Danach wurden von 1976 bis 1986 genau 12 645 militärische Fahrzeuge in den Iran verkauft, der Kriegsgegner Irak erhielt 6737 Geländewagen, Unimogs und Armeelaster. Libyen bekam 7460 Wagen, und in das Krisengebiet Pakistan gingen 6648 militärische Fahrzeuge.

Der Spiegel; 12/91; S.112 ff.

Noch Fragen?

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LIV

2.1.4.1. Kapitalismus und das organisierte Verbrechen

In erster Linie handelt es sich beim ***organisierten Verbrechen*** um eine Ausweitung des Marktes auf eine Ebene, die heute als Verbrechen angesehen wird. Trotz dem es hier um Verbrechen und kriminelle Handlungen geht, sind diese Marktebenen mit ihnen "Handelswaren" sehr gewinnträchtig.

Was liegt also näher, als die Marktbereiche eines Unternehmens auf das "Warenangebot" des organisierten Verbrechens auszudehnen, wenn das "Warenangebot" durch die staatliche Verbrechensbekämpfung sowieso schon künstlich verknappt ist und somit die Geschäfte in diesem Marktbereich sehr vielversprechend sind?

Wie einträglich diese Geschäfte selbst schon auf der untersten Ebene krimineller Unternehmen sein können, zeigt der Straßenstrich in der Innenstadt von München. Hier werden an manchen Tagen bis zu einer Million Mark umgesetzt, so viel wie in Karstadts Glitzerkaufhaus an der Hamburger Mönckebergstraße. (Der Spiegel Nr. 9/88 S.73)

Warum sollten also Geschäftsleute, die auch sonst jedes "gute Geschäfte" zu machen pflegen, auf diesen so gewinnträchtigen Geschäftsbereich des organisierten Verbrechens verzichten? Dieser Bereich stellt doch nur eine illegale Ausweitung ihres "Warenangebots" dar! Wie nahe diese Überlegung liegt, zeigte z.B. der Auto-Manager John De Lorean, der mit seiner Sportwagenfirma in die Miesen geriet. Er versuchte, sein Unternehmen mit einem 150-Millionen-Mark-Kokain-Deal zu retten. (Spiegel-Spezial 1/89 S.8/9)

Doch heute ist selbst das Geschäft mit dem illegalen Warenangebot - das organisierte Verbrechen - nach dem Warenhausprinzip - die Masse machts - straff durchorganisiert.

> *Das Sex-Geschäft wird von wenigen Großzuhältern organisiert; Liebesmädchen werden von weltweit arbeitenden Menschenhändlern importiert und bundesweit verteilt.*

> *Rund 14000 Luxusautos werden jährlich von Autoknackerringen auf westdeutschen Straßen und Parkplätzen abgeholt, umfrisiert und von kriminellen Speditionsunternehmen in alle Welt verfrachtet.*

> *Restaurants in den Vergnügungs- und Szene-Vierteln der Großstädte sind nach klassischem Mafia-Muster in der Hand von Schutzgeld-Erpresserringen.*

> *Die massiv steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen (1986 fast 150000) geht zum größten Teil auf das Konto bundesweit operierender OK-Gruppen*

(OK = Organisierte Kriminalität). Die Beute, nur vom Feinsten, landet bei einer Handvoll Großhehlern.

> *Der Kokainhandel wird "intensiver als jeder andere Drogenhandel"(so der Frankfurter Rauschgiftfahnder Klaus Krumb) organisiert. Kapitalstarke Organisationen verschieben und verteilen im Jahr schätzungsweise 50 Tonnen hart Drogen im Lande (Der Spiegel, Nr. 9/88, S.72).*

Wir haben es beim organisierten Verbrechen also nicht mit Gelegenheitsverbrechern oder mit psychisch Kranken zu tun. Es handelt sich vielmehr um eine straff organisierte Geschäftsebene mit einem illegalen Warenangebot und knallharten Gewinninteressen.

Besonders deutlich läßt sich dies im Drogenhandel zeigen. In diesem Bereich nahm das Wachstum des illegalen Warenangebots besonders krasse Züge an und führte zu einer weltweiten Vernetzung von wirtschaftspolitischen Macht- und Interessenansprüchen. So schreibt Der Spiegel, daß die harten Drogen das einzige Massenartikel seien, dessen Geldgewicht buchstäblich schwerer ist als die Ware:
Die Kubikmeter von Dollarnoten, welche die Syndikate für ihren Stoff kassieren, bereiten ihnen ein schwieriges Transportproblem als der Stoff selbst - die größte bisher in Amerika auf einmal beschlagnahmte Summe an Narco-Dollars wog eine halbe Tonne. Gegen diese Rechnung ist nicht anzukommen, weder mit der Polizei noch mit dem Henker, nicht mit Appellen und Drohungen. In weniger als 2 Jahrzehnten hat sich das Rauschgiftgeschäft zu einem weltweiten "Untergrund-Empire" entwickelt, das der amerikanische Autor James Mills in einem 1200-Seiten Buch detailreich beschreibt. Der "Playboy" rechnete aus, "daß im illegalen Drogenhandel schon mehr Geld steckt als in jedem anderen Geschäft auf der Erde". Auf 500 Milliarden Dollar, das ist eine Fünf mit elf Nullen oder das halbe Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik, schätzen US-Experten das weltweite Drogengeschäft. Drogenkartelle haben sich ein halbes Dutzend Staaten gekauft, um dort ungestört produzieren, lagern, weitertransportieren oder Geld waschen zu können. Zu diesen Rauschgiftstaaten zählen Panama und die Bahamas, Belize und Burma, Haiti und Bolivien (das eine amerikanische Zeitschrift als "Narco-Kleptokratie" schmähte), aber auch der Libanon; das winzige, vom langjährigen Bürgerkrieg verheerte Land gilt als einer der größten Rauschgiftlieferanten der Welt. In drei Dutzend Ländern reicht der Arm der Rauschgiftbosse bis weit in Regierung und Verwaltung. Dazu gehören große Staaten wie Brasilien, Mexiko, Kolumbien, Kenia, Indien und Pakistan, kommunistische Länder wie Kuba, Bulgarien, Afghanistan und Laos, Diktaturen wie

Paraguay oder Chile, linke Regierungen wie in Nicaragua, rechte wie in Taiwan oder Thailand.
(Spiegel-Spezial 1/89 S.5)

Und Hundert Milliarden an Narco-Dollars stecken in respektablen Geschäften rund um den Globus, haben im internationalen Cash-flow seit langem die Petrodollar überflügelt. Von mindestens 40 Banken, darunter die größten Geldhäuser in Amerika, Asien, Europa und Australien, ist bekannt, daß sie Rauschgift-Milliarden verwahren oder bewegen.
Drogengeld steckt in Wolkenkratzern in Manhatten ebenso wie in Frankfurter Hochhäusern, in Touristenkonzernen und Ferienklubs, Spielkasinos und Fluglinien. Eine Drogenmafia betreibt in Amerika 8200 Hotels und Motels. New Yorker Banken und Brokerhäuser pflegten früher Kunden, die mit Koffern oder Golftaschen voller Barem ankamen, bewaffnete Leibwächter zu stellen, um sie vor Belästigungen zu schützen. In der Wall Street wurden schon mehr als ein Dutzend Börsenmakler als Kokainhändler verhaftet.
Banken in Südamerika, auch staatliche, haben eigene Schalter, "ventanillas siniestras", und speziell geschulte Beamte für den Umgang mit Drogen-Millionen, die unter Umgehung aller Devisenbestimmungen sicher und sauber gebunkert werden können. US-Nachbar Mexiko, eines der offiziell höchstverschuldeten Länder der Welt, verdient an seinen illegalen Marihuana-, Heroin- und Kokainexporten weit mehr als an seiner Erdölausfuhr, die auf dem Papier als wichtigster Wirtschaftszweig gilt. Der DEA (DEA =>Drogenbehörde d. USA, Drug Enforcement Administration) *sind in Mexikos Drogenprovinzen Farmen bekannt, auf denen tausende von Sklaven für die Drogenbarone jedes Jahr Zehntausende Tonnen Marihuana ernten.*
Gegen diese geballte Kapitalmacht, die "ganze Länder kauft und die Geopolitik verändert" ("Time"), nehmen sich dann selbst die spektakulärsten Erfolge der weltweiten Drogenfahndung wie Peanuts aus.
Im Monat Dez. 1988 meldete die amerikanische Zollbehörde einen großen Schlag gegen ein internationales Bankinstitut, das Narco-Dollars "gewaschen" hätte: Nach zweijähriger weltweiter Ermittlungsarbeit wurden 40 Mitarbeiter der Bank of Credit and Commerce International, einer der größten Privatbanken der Welt mit Hauptsitz in Luxemburg, verhaftet, insgesamt 85 Angestellte des Geldinstitutes beschuldigt, bei der Wäsche von 32 Millionen Dollar Drogenprofiten aus Kolumbien und Panama geholfen zu haben.
Zum Vergleich: Der in Florida verurteilte Geldwäscher Ram•n Milian Rodriguez soll bis zu seiner Verhaftung über zwei Milliarden Dollar zur Wäsche nach Panama gebracht haben. Für diese Summen reichten nicht einmal mehr Geldzählmaschinen aus, die Notenpakete wurden nur noch gewogen. In Miami, Amerikas Rauschgiftmetropole, steht zumindest jeder zehnte Polizist, der die Drogendealer verfolgen soll, auf deren Lohnliste.

In Mexiko, wo die Mörder eines DEA-Agenten der Verhaftung durch eine 300.000-Dollar-Gabe an die festnehmenden Beamten entgehen konnten, sind zwei Ex-Präsidenten in den Verdacht geraten, von der Drogenmafia gekauft gewesen zu sein. Auch ein thailändischer Ex-Premier war direkt ins Drogengeschäft verwickelt. In Haiti und Bolivien putschten sich Generäle an die Macht, um an der Drogenkasse mitzuverdienen. "In Mexiko", so ein US-Justizbeamter, "ist die Drogenkorruption vertikal, horizontal und total."
Spiegel Spezial (1/89 S.5-9)

Südamerikanische Wirtschaftsführer blicken besorgt auf die Bonanza, die sie zu überrollen droht. "Bald wird über 60 Prozent des besten Weidelandes den Drogenbaronen gehören", klagt ein Vertreter der kolumbianischen Viehzüchter. Denn nicht allein der alte Pferdenarr Ochoa Restrepo protzt gern mit Haziendas, auch seine Kollegen von der Narco-Zunft sehen in Landgütern neben dem praktischen Nutzen auch den sozialen Status.
Spiegel-Spezial (1/89 S.66)

Zur Geldreinwaschung unterhalten Finanzjongläre ganze Firmenimperien, Immobilienbüros und einen Diamantenhandel ausschließlich zum Zweck, die Zahlen mit den vielen Nullen auf den Kontoauszügen erklären zu können (Der Spiegel Nr.9/88).

Ist es hier noch erstaunlich, wenn der Drogenkönig Pablo Escober einer Freundin, die beim Fernsehen arbeitet, gleich ein ganzes Studio schenkt? (Spiegel-Spezial 1/89 S.64)

Die Weltmacht Droge ist binnen weniger Jahre zum größten liquiden Finanzimperium aufgestiegen, ein wild wucherndes Konglomerat von Narco-Multis, das allein ob seines schieren Geld- und damit Korruptionspotentials von niemanden mehr zu kontrollieren, wegen seiner globalen Ausdehnung von keiner nationalen oder internationalen Behörde mehr zu stoppen ist.
So gewaltige Ausmaße haben die internationalen Geschäfte des Drogen-Empires erreicht, daß wichtige Wirtschaftsdaten ganzer Staaten - die USA eingeschlossen - nicht mehr stimmen.
Schon 1985 stellte eine geheime Studie verschiedener Regierungsbehörden in Washington fest, daß "die Dollars, die als Drogenprofite aus den USA in andere Länder transferiert werden, einen beträchtlichen Teil des amerikanischen Bruttosozialproduktes ausmachen und erhebliche Abweichungen von den offiziellen Daten des internationalen Kapitaleinflusses sowie der Zahlungsbilanzen mehrerer Länder verursachen". Überspitzt gesagt, hat die Drogenmafia bereits beträchtliche Teile der Welt im Griff.
(Spiegel Spezial 1/89 S.5-9)

Doch nicht nur der Drogenhandel blüht und haftet an unserer Gesellschaft wie ein parasitäres Geschwür. Andere Bereiche des organisierten Verbrechens sind genauso einträglich. *Ende 1985 wurden bei einer Polizeirazzia in Fälscherwerkstätten in Mailand, Rom und anderen Orten Italiens so viele falsche DM-Noten sichergestellt, daß sie kaum noch zu zählen waren. Die italienischen Falschgeldfahnder beschränkten sich darauf, die Geldpakete zu wiegen. Die Waage zeigte sieben Millionen Deutsche Mark.*
(Der Spiegel Nr.9/88 S.79)

Das Prinzip der Schrottdiebe, die vom Schrottplatz stehlen, was sie dem Schrotthändler dann wieder verkaufen, hat die ehrenwerte Gesellschaft zum Milliardengeschäft gemacht.
Multi-Milliarden-Summen, von der Unterwelt zusammengestohlen in allen Etagen der Volkswirtschaft, werden über feine Bankhäuser wieder zurückgereicht - Jahr für Jahr.
"Irgendwann", schwant einem BKA-Mann, "gehört so die Oberwelt der Unterwelt."
(Der Spiegel Nr.9/86 S.83)

Doch ist dies nicht schon der Fall?
Die Auswirkungen auf die Politik sind heute kaum noch zu übersehen! Die gelegentlichen Fahndungserfolge in der Verbrechungsbekämpfung durch die Polizei und Verurteilungen durch Richter - die immer noch nicht begriffen haben, was wirklich gespielt wird und als kleine Beamte und Angestellte zum Teil todesmutig ihren Kampf gegen das organisierte Verbrechen fortsetzen - gleichen eher Alibierfolgen als einer ehrlichen Verbrechensbekämpfung.
Wer sollte an dieser Verbrechensbekämpfung auch ein wirkliches Interesse besitzen, wo sich doch hiermit von den "hohen Herren" so "gute Geschäfte" erzielen lassen?
Ein marktwirtschaftliches Interesse besteht bestenfalls an der Beibehaltung der insgesamt vorliegenden Gesellschaftsverhältnisse, um hiermit weiterhin gute Gewinne erwirtschaften zu können. Mit den "Erfolgen" in der Verbrechensbekämpfung schalten die wirklich Mächtigen bestenfalls lästige Konkurrenten oder in Ungnade gefallene Mithelfer aus.

Und genauso sieht das Bild aus, das sich von Zeit zu Zeit auf der Welttribüne zeigt, wenn mal wieder Licht auf die dunklen Machenschaften der Mächtigen fällt und wiedermal einer von diesen "Kriminellen" - als Strafe für Eigenwilligkeit oder überzogene Konkurrenz nach dem machiavellischen Machtprinzip zur Erpressung der anderen - ins Gefängnis kommt.

An einer tatsächlichen Bekämpfung des organisierten Verbrechens besitzen auch die Regierungen kein ernsthaftes Interesse. Denn nicht nur, daß die Regierungen vom Geldbürgertum bestochen werden. Nein, das Geld des Geldbürgertums für die Bestechungen stammt aus kriminellen Quellen, so daß alle "hohen Herren" aus Politik und Wirtschaft am organisierten Verbrechen verdienen!

Gerade am Beispiel der Contras läßt sich am schlüssigsten belegen, weshalb der von Präsident Reagan und seiner Ehefrau Nancy so vollmundig beschworene ("Just say no") und von seinem Vize Bush aufgenommene Krieg gegen das Rauschgift nichts als Wortgeklingel ist. Denn ausgerechnet in den acht Reagan-Jahren haben sich die Drogenmultis zum weltweiten Imperium entwickelt und das mit tatkräftiger Unterstützung Washingtons. ... Einer von ...Reagans schlimmsten Skandalen während seiner Amtszeit - die Iran-Contra-Affäre um Waffen für die Ajatollahs gegen Geiseln sowie illegales Geld für die Contras in Nicaragua, bekannt unter dem Schlagwort "Irangate" - war auch eine riesige Rauschgift-Affäre. Unter dem in diesem Skandal allmächtig agierenden US-Oberleutnant Oliver North, der sich bei seinen Kongreß-Hearings als verfolgte Unschuld gab, nur Gott und Vaterland gedient zu haben wollte, geschah Unerhörtes: Jene Flugzeuge, die Waffen für die Contra-Verbündeten in den mittelamerikanischen Busch brachten, flogen von dort randvoll mit Rauschgift in die USA zurück. Zum Dank für diese Amtshilfe beim Drogenschmuggel spendeten die Kokainbarone dann reichlich für die Sache der Contras - beispielsweise einmal zehn Millionen Dollar auf einmal.
Eine DC-6, die im März 1986 von Miami aus eine Waffenladung für die Contras nach Honduras brachte, landete bei der Rückkehr auf der Homestead Air Base in Florida - einem Luftwaffenstützpunkt, auf dem die zivile Polizei nichts zu melden hat - mit zwölf Tonnen Marihuana im Bauch. Die 75.000 Dollar Lohn für den Waffentransport erhielt der Pilot Michael Tolliver von dem Olliver-North-Vertrauten Felix Ismael Rodriguez persönlich ausbezahlt, einem exilkubanischen CIA-Agenten, der sogar, wie amerikanische Autoren belegen, mindestens zweimal mit dem Vizepräsidenten George Bush zusammengetroffen war.

Ein anderer Exilkubaner namens Rammon Milian Rodriguez ... ..., 1983 in Florida verhaftet, ... war Geldwäscher für die Drogenmafia, hatte jeden Monat etwa 200 Millionen Dollar in Scheinen von Florida nach Panama geflogen, den dortigen starken Mann, General Manuel Antonio Noriega, mit vier Millionen Dollar pro Monat geschmiert, damit das "money-laundering" über Panama Banken problemlos verlief.
Dieser General Noriega war seit 1970 eine wichtige Stütze des US-Geheimdienstes CIA, obwohl er schon seit 1972 auf der Liste amerikanischer Drogenfahnder stand - seine Nationalgarde stellte den Drogenbaronen Transportmittel und Lagerhäuser.
Bei einem US-Besuch wollte die Drogenbehörde DEA mit Noriega darüber reden, doch die CIA sabotierte den Treff. Erst in diesem Frühjahr distanzierte sich

Washington von seinem Drogen-General in Panama und versucht seither, ihn zu stürzen.
Wo Rauschgift und Politik derart intim werden konnten, daß es zu einem staatlich sanktionierten "guns-for-drugs program" (so die US-Journalistin Leslie Cockburn in ihrem Buch "Out of Control") kommen konnte, verwischen sich naturgemäß auch die Grenzen zwischen legalen und illegalen Geschäften. Und wo Gewinn das Credo der Gesellschaft ist, stinkt auch Rauschgifthandel nicht.
(Siegel Spezial 1/89 S.7-8)
Ein Beispiel für "**Gefängnis für Eigenwilliges Verhalten**" bietet sich mit Carlos Lehder.
Lehder ist jener deutschstämmige Kolumbianer, der als einziger der ganz großen internationalen Drogendealer hinter US-Gefängnisgittern landete. Er wurde im Juli in Florida zu lebenslänglich plus 135 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Schicksal konnte ihn nur ereilen, weil der besonders rüde Drogenboß sich mit seinen Kumpanen überworfen hatte.
(Spiegel Spezial 1/89 S.8-9)

Noch deutlicher wird die Verfilzung von Staat, Regierung und organisiertem Verbrechen in Kolumbien, wo der Drogenkönig Pablo Escobar sogar die Teilnahme der kolumbianischen Radrennfahrer an der Tour de France finanzierte. In diesem Land hat der Handel fast schon seinen natürlichen Charakter angenommen, indem er mit all den Dingen handelt, für die als Ware eine Nachfrage besteht und womit kaum noch zwischen "legalen" oder "kriminellen Unternehmen" zu unterscheiden ist. Die Brüder Miquel und Giberto Jos, Rodriguez Orejuela, Capos des Drogenhandels in Cali, kauften sich gleich eine mit amerikanischen Hilfsgeldern aufgebaute Gewerkschaftsbank, um ihre Dollar zu waschen. (Spiegel Spezial 1/89 S.65)
Auch ins Pharmageschäft stiegen sie groß ein: "Von den rund 6000 Apotheken in Kolumbien gehören 500 der Drogenmafia", weiß der Direktor eines europäischen Pharma-Multis, "die schaffen aber ein Drittel des Umsatzes." Die Rodriguez-Brüder kontrollieren über Strohmänner die Firma Technoquimicas, die in Kolumbien Alka-Seltzer herstellt, und erwarben in Cali eine Fabrik des US-Konzerns Merck Sharp & Dohme.
*Tatsächlich scheint Kolumbien von einer Art Drogenpest befallen. "Es ist inzwischen fast unmöglich zu wissen, ob eine Firma vom Kokaingeld infiziert wurde oder nicht", meint ein Wirtschaftsprofessor in Bogot . Aber es sind nicht allein Menschen und Unternehmen, die angesteckt werden: "**Der Staat handelt heuchlerisch**", meint der Ex-Staatsanwalt Alfredo Gutiérrez Márquez, "**mit der einen Hand bekämpft er den Drogenhandel, mit der anderen kassiert er zufrieden den Gewinn aus dem Kokain.**"*
"Schalter der Schande" nennt man in Kolumbien einen Dienst der Zentralbank, der schon seit den siebziger Jahren die Legalisierung von Dollar-Guthaben erlaubt, die ins Land gebracht werden - ohne Fragen über Herkunft oder Bestim-

mung. Zwischen einer und zwei Milliarden Dollar sind allein im vergangenen Jahr auf diese Weise ins Land geströmt, gewiß die Hälfte davon sind "Narco-Dollar". Und alle vier Jahre, wenn wieder ein Präsident gewählt wird, beschert er seinem Volk eine Steueramnestie, die auch dem schmutzigsten Geld blendend weiße Legalität verschafft.
(Spiegel Spezial Nr.1/89 S.65)

Ist dies denn wirklich ein Wunder?
In jedem System, in dem das Geld, das ein Kandidat für den Wahlkampf aufbringen kann, entscheidend ist, mußten die Drogen Bosse letztlich erfolgreich werden: "Man rechnet heute, daß zehn Prozent der Abgeordneten in Drogengeschäften verwickelt sind und daß nochmals zehn Prozent Geld von Rauschgifthändlern bekommen", meint Fabio Castillo, "das sind rund 50 Volksvertreter."
(Spiegel-Spezial 1/89 S.69)

Am bekanntesten ist wohl der Versuch der Drogenmafia vom 4.5.1984, mit dem sie sich anschickte völlig offiziell einen ganzen Staat zu kaufen. Dieser Versuch ist unter dem Namen "Pakt von Panama" bekannt geworden. Gegen eine garantierte Straffreiheit der Drogen-Bosse hätten diese ihr ganzes Geld nach Kolumbien geholt, was Kolumbien in die Lage versetzt hätte, seine Auslandsschulden auf einen Schlag zu begleichen. (Spiegel Spezial 1/89 S.69)

Sogar die Kirche wird bestochen und ist lau, wenn es um die Verurteilung des Kartells geht. "Auch ich habe Geld vom Kartell bekommen, um es an die Armen zu verteilen", meint der Bischof Dario Castrillón Hoyos in Medellin; und Kirchenoberhaupt Kardinal Alfonso López Trujillo wettert nur gegen Linke.
(Spiegel-Spezial 1/89 S.70)

So ist das nun mal. Zuerst sorgen Unternehmer für die Ausbeutung der Besitzlosen, und dann geben sie der Kirche ein Almosen, damit diese nicht leer ausgeht und sie die ausgesaugten Wracks möglichst lange am Leben erhalten kann. So etwas nenne ich "Arbeitsteilung zur Gesellschaftsunterdrückung", wobei die Kirche die Bewußtseinsmanipulation für ein Leben in Demut und Ohnmacht sowie die Seelsorge für die vielen kleinen Sünden ihrer besitzlosen Gläubigen übernimmt, wodurch diese Gläubigen durch die ihnen von der Kirche eingeredete Gewissensangst zu wehrlosen Schäfchen werden.

Ich denke, daß jedem nun langsam klar werden muß, welches durchtriebene Spiel hier gespielt wird!
So befahl z.B. der Drogenkönig Pablo Escobar die Schließung der Universität von Antioquia in Medellin und Staat und Regierung halten still. Nach dem Mord an einem Zahnmediziner verkündete Pablo Escobar in Flugblättern: "*Wir werden einen Menschen töten für jeden Tag, den die Universität offen bleibt*". Niemand weiß, wann es wieder Vorlesungen geben wird. (Spiegel Spezial 1/89 S.67)

Der Staat kennt die Hintermänner, doch er hält still. Eine fehlende rechtliche Handhabe als Begründung von Seiten der Regierung, um nicht gegen die Drogen-Bosse vorzugehen, kann hier nur noch als Alibi vor dem Volk angesehen werden. Hier versucht sich der Staat, der Regierungstreue seines Volkes zu versichern, was Unmut und Aufstände verhindern soll. Für die Drogenmultis ist dies immer noch die billigste Form, über den Umweg einer gekauften demokratisch gewählten Regierung zu herrschen und hierbei die Dummheit des Volkes und das Festhalten an seiner Regierung auszunutzen.

2.1.4.1.1. Wirtschaft wird von Verbrecherkartellen aufgesogen.

Der Spiegel; 10/92; S.146 ff. --> LV

Die Wirtschaft wird von Verbrecherkartellen aufgesogen.

Der Drogenhandel sei zu einem multinationalen Warenmarkt geworden, meint Ingo Walter in seinem Buch „The Secret Money Market“. Ein „sehr bewegliches Topmanagement“ verfüge über „ein weitverzweigtes Vertriebsnetz“ und bediene „relativ preisunempfindliche Kunden“.

Die großen Dealer sind kaum zu bezwingen, ihr Profit ist gewaltig, ihr Risiko klein. Da bleibe, meinen Amerikas Parlamentarier, nur der Zugriff auf das Geld, das die Gangster am Leben hält.

Ob der Kampf gegen die Drogenmafia und ihre Geldwäscher überhaupt noch zu gewinnen ist, scheint vielen inzwischen zweifelhaft. Die wirtschaftliche Depression in den USA macht die Bekämpfung der Geldwäsche nicht einfacher. Geschäftsleute, die am Rande des Ruins stehen, haben wenig Hemmungen, ein gutes Geschäft mit Bargeld mitzunehmen.

Nachdem US-Fahnder vor einem Kongreßausschuß über ihre Erfahrungen mit Geschäftsleuten berichtet hatten, erregte sich der Abgeordnete Beryl Anthony: „Nie in meinen zwölf Jahren im Kongreß habe ich schockierendere Aussagen gehört.“ Für einen texanischen Kollegen waren die Enthüllungen schlicht „eine nationale Schande“.

Bei 79 Händlern von Luxusgütern wie Uhren, Schmuck, Teppichen, Autos, Gemälden waren Fahnder vorstellig geworden. Nebenbei sprachen sie auch von Drogengeld und fragten die Kaufleute, ob sie heimlich Bargeld in größeren Mengen annehmen würden. Lediglich drei lehnten das Angebot ab.

Ein Juwelier in Atlanta im US-Staat Georgia akzeptierte 17 400 Dollar in bar, obwohl zur selben Zeit in seinem Hinterzimmer Steuerfahnder seine Bücher prüften. Der Verkäufer eines Sportwagens vom Typ „Corvette“, Preis 23 000 Dollar, erklärte den als Kunden auftretenden Fahndern, er müsse zwar Formulare für die Behörden ausstellen. Aber sie könnten sich „irgendeinen Namen ausdenken, von mir aus Mikkey Mouse“.

•
•
•

Die „ungezügelte Gier“ nach dem Dollar, glaubt Raymond McGrath, Abgeordneter aus New York, hat das „Verantwortungsbewußtsein der Bürger gelähmt“.

Die großen Kartelle und die kleinen Schieberbanden beschäftigen inzwischen mehr Leute als Konzerne wie Ford oder General Motors. Wie Goldgräber einer anderen Epoche, gleichermaßen getrieben von der Gier nach Geld, raffen Hilfstruppen der Mega-Dealer die Scheine zusammen: Die Geldwaschmafia hat den Beruf des „smurfers“ geschaffen. Smurfer sind Boten, die bei Banken und Postämtern fortlaufend für einige tausend Drogendollar Barschecks („money orders“) erwerben, um die 10 000-Dollar-Meldepflicht zu umgehen.

Der Strom der durch Geldwäschereien fließenden Dollar ist inzwischen so breit geworden, daß die Beute von den Großwäschern per Hand nicht mehr zu zählen ist. Blitzblanke Geldzählmaschinen, wie Banken sie benutzen, wurden installiert. Manchmal schaffen es nicht einmal die Maschinen, die automatischen Zählgeräte laufen heiß. Häufig werden deshalb die Dollareinnahmen der Kartelle nur noch gewogen, ein Dollarschein wiegt ein Gramm.

Die Syndikatshelfer, die zählen und bündeln, müssen die Arbeit mit den spekkigen Dollarnoten häufig unterbrechen, weil ihnen übel wird – Geld stinkt eben doch. Ist das Zeug verpackt, muß es rasch weggeschafft werden; die Autos werden oft überladen, deshalb sind verstärkte Stoßdämpfer eingebaut.

•
•
•

Überschüssige Dollarbeträge deponierten die Großwäscher bei mehreren Banken. Darunter war auch eine Bank in Los Angeles, deren Manager die Wäscher ermunterte: „Bringt mir, so viel ihr wollt.“ Allerdings verlangte er wegen der hohen Einzahlung eine Sondergebühr für das Zählen.

•
•
•

Investiert wird mit der gleichen Sorgfalt im Rauschgifthandel wie im Hotelgewerbe, im Importgeschäft wie in der Textilindustrie. Die Terrorisierung der Gesellschaft betreiben die Gangster ebenso sachlich wie ihre Maklerbüros.

Ein Netzwerk mit modernster Technik und cleveren Managern, Investment-Brokern, Rechtsanwälten oder Wirtschaftsprüfern und manchmal sogar Drogenfahndern steuert die weltweiten Geschäftsoperationen.

Die Welt der Haussiers, Spekulanten und Gentlemen-Killer hat längst auch Hollywood erreicht. Nach den Recherchen von Eduardo Vetere, dem Chef der Kriminalitätsabteilung der Uno in Wien, werden mit Drogengeldern wahrscheinlich Filmproduktionen in Los Angeles finanziert. Amerikas Produzenten, meint Vetere, forschten

•
•
•

„nicht gerade intensiv nach der Herkunft des Geldes“.

Den Drogenbaronen gehören mittlerweile, wie das Nachrichtenmagazin *Time* vermutet, „viele der neuesten Wolkenkratzer im Stadtzentrum von Los Angeles“. Über dubiose Holdings und Scheinfirmen hätten sie „wertvolle Brocken der amerikanischen Wirtschaft erworben“.

Drogengelder bescherten Städten wie Miami einen regelrechten Boom. In der Florida-Metropole wurde mit gewaschenem Geld eine neue Skyline hochgezogen. Gangster-Millionen stecken schon in Zeitungsverlagen und Fernsehanstalten.

•
•
•

Wenn die Oberwelt von der Unterwelt beherrscht wird, haben nicht nur Luxusdealer Konjunktur. Die kleinen Händler, die im Schatten der Freiheitsstatue ums Überleben kämpfen, wollen ein Stück vom großen Kuchen.

Die Geldwäsche hat längst die Slums erfaßt. Die Ärmsten der Armen lassen sich oft von Dealern ihre staatlichen Lebensmittelgutscheine mit einem Abschlag abkaufen. In rund 200 000 Krämerläden, Supermärkten und Shopping-Centern werden die „food stamps“ dann gegen Bargeld eingelöst.

Statt für 100 Dollar in staatlichen Bons Lebensmittel zu kaufen, tauschen viele Arme die Marken bei einem Dealer gegen Drogen um – zum Gegenwert von 50 Dollar. Der Dealer verkauft den Bon für 75 Dollar an einen Händler, der ihn für 100 bei den Behörden einlöst.

Der Spiegel; 10/92; S.146 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LV

2.1.4.1.2. Verzahnung von Wirtschaft und Verbrechen

Der Spiegel; 31/91; S.85 ff.; Stern; 34/91; S.134 ff. --> LVI

Die Verzahnung von Wirtschaft und Verbrechen

Drogenhändler, Waffenschieber und Terroristen gehörten zu den Kunden, Milliarden verschwanden in dunklen Kanälen: Neue Einzelheiten machen die Affäre um die Bank of Credit & Commerce International zum Finanzskandal des Jahrhunderts. Die britische Notenbank war seit langem über BCCI-Machenschaften informiert.

•
•
•

Der aufsehenerregende Schlag gegen die BCCI vom 5. Juli markiert den Beginn einer Bankaffäre, die inzwischen als „Finanzskandal des Jahrhunderts" (Londons *The Sunday Times*) gilt. Nie zuvor, so ist in den drei Wochen seit Schließung der Bank bekanntgeworden, hat ein Finanzinstitut mit so dreisten Betrugsmanövern über so viele Jahre hinweg soviel Geld verschoben wie die BCCI. Nie zuvor hat eine Bank mit so vielen dubiosen oder gar kriminellen Kunden zusammengearbeitet wie das ehedem in 69 Ländern der Welt aktive Geldhaus.

Zu den Inhabern von BCCI-Konten zählten Rauschgifthändler, Waffenschieber und Terroristen wie der Palästinenser Abu Nidal. Prominente BCCI-Geschäftspartner waren Diktatoren wie Ferdinand Marcos (Philippinen), Manuel Noriega (Panama) und Saddam Hussein (Irak).

Selbst der Nationale Sicherheitsrat der US-Regierung und der amerikanische Geheimdienst CIA sollen die Dienste der obskuren Bank in Anspruch genommen haben. Der Nationale Sicherheitsrat leitete angeblich Gelder für den berüchtigten Deal mit dem Iran und für die nicaraguanischen Contras über die BCCI weiter. Die US-Geheimdienstler unterhielten BCCI-Konten, über die sie beispielsweise verdeckte Operationen in Afghanistan finanziert haben sollen.

„Die Kultur der Bank ist kriminell", erklärte Londons Notenbank-Chef Robin Leigh-Pemberton vergangene Woche vor dem Finanzausschuß des Unterhauses.

Der Gouverneur der Bank von England hatte vor den Parlamentariern erscheinen müssen, weil sich der Bankskandal in Großbritannien mittlerweile zu einer Politaffäre ausgeweitet hat. Zentralbankier Leigh-Pemberton und Regierungschef John Major wird vorgeworfen, schon seit langem über betrügerische Machenschaften von BCCI-Managern informiert zu sein.

Die BCCI ist zwar eine internationale Bankengruppe, ihre wichtigsten Unternehmen sind formal in Luxemburg und den karibischen Cayman Islands beheimatet. Tatsächlich aber war der Finanzkonzern, den der pakistanische Bankier Agha Hasan Abedi mit Hilfe reicher arabischer Freunde 1972 gegründet hatte, von London aus gesteuert worden.

•
•
•

In dem BCCI-Report hatte Price Waterhouse die Usancen des Unternehmens als „eine der wohl komplexesten Betrügereien in der Bank-Geschichte" beschrieben. Mit seinen Manipulationen habe das BCCI-Management „totale Verluste von mehren Milliarden Dollar" verschleiert.

Mittlerweile wurde deutlich, daß die Bank von England schon sehr viel früher über dubiose Vorgänge in der BCCI unterrichtet war, als sie zunächst eingestehen mochte. So haben die Bankenaufseher in der Londoner City schon im Frühjahr 1988 Hinweise auf Geschäftsbeziehungen zwischen der BCCI und Terroristen in Nahost erhalten.

Die Notenbank leitete die Informationen an die britischen Geheimdienste weiter. Und die verfolgten fortan interessiert die Geldbewegungen auf Konten der palästinensischen Top-Terroristen Abu Nidal oder der auf Entführungen spezialisierten Hisbollah-Truppe im Libanon.

•
•
•

In den USA kontrollierte die BCCI heimlich die First American, die größte Bank-Holding in Washington. Zahlreiche US-Politiker sollen von der BCCI geschmiert worden sein. Das US-Magazin *Time* will sogar herausgefunden haben, daß die BCCI nicht nur Schreibtischtäter beschäftigte. Laut *Time* gab es ein „schwarzes Netzwerk" innerhalb der Bank, das vornehmlich von Büros in Karatschi aus „wie eine weltweite Geheimdienstorganisation und eine mafiaähnliche Vollstrecker-Truppe" operierte.

Die 1500 Beschäftigten des „schwarzen Netzwerks" sollen mit Waffen, Drogen und Gold gehandelt haben. Wer ihnen in die Quere kam, wurde angeblich erpreßt, entführt oder sogar ermordet. Nach britischen Zeitungsberichten soll die BCCI auch bei der Beschaffung nuklearen Materials für Argentinien, Libyen und Pakistan geholfen haben.

Der Spiegel; 31/91; S.85 ff.

Als Mitte Juli in Lüttich der ehemalige belgische Wirtschaftsminister André Cools auf offener Straße erschossen wurde, tappte die Polizei zunächst völlig im dunkeln. Vergangene Woche wurde publik, was das Motiv für den Mord an dem prominenten Politiker gewesen sein könnte: Er soll im Besitz brisanter Unterlagen über Waffengeschäfte mit Iraks Kriegstreiber Saddam Hussein gewesen sein. Angeblich in den Deal verwickelt: Die Bank of Credit and Commerce International (BCCI). Ihre Handlanger sollen belgische Beamte bestochen haben, um Export-Genehmigungen zu bekommen.

•
•
•

Geheimdienste wie die CIA oder Gangster-Organisationen wie das »Schwarze Netz« in Asien sind darin verwickelt. »Bank for Crooks and Criminals International« (Bank für internationale Schwindler und Kriminelle) wird die BCCI mittlerweile genannt.

•
•
•

Vor Aufdeckung des Skandals hatte sich die Bank, diesseits wie jenseits des Atlantiks, das Wohlwollen hochrangiger Fürsprecher und wichtiger Behörden mit subtileren Mitteln gesichert. Dem ehemaligen US-Präsi-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

denten Jimmy Carter spendierte die BCCI für seine Umweltstiftung »Global 2000« acht Millionen Dollar, was dem Geldinstitut in den USA einen guten Ruf und seinem Chef Agha Hasan Abedi das Wohlwollen des einst mächtigen Erdnußfarmers aus Georgia einbrachte. Als Carters früherer Haushaltsdirektor Bert Lance, Chef der »National Bank of Georgia«, mit seinem Unternehmen in finanzielle Turbulenzen geriet, war der saudische Tycoon Ghaith Pharaon zur Stelle und griff dem Südstaaten-Banker unter die Arme – vermutlich im Auftrag von Abedi.

Trickreich – um nicht zuviel Staub aufzuwirbeln – ging der Pakistaner bei der »First American Bankshares« vor, dem größten Kreditinstitut Washingtons. Mit BCCI-Darlehen kauften Strohmänner die Aktien der First American auf. Anschließend erklärten sie sich außerstande, die Kredite zu tilgen. BCCI übernahm formell die Wertpapier-Pakete der US-Bank und damit die Macht.

Verwaltungsratsvorsitzender der First American ist Clark Clifford, langjähriger Berater verschiedener US-Präsidenten und Verteidigungsminister unter Lyndon B. Johnson. Er will von der BCCI in seinem Haus nichts gewußt haben. Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die Frage, ob auch Clifford Vorteile aus dem Deal gezogen hat.

Adnan Kashoggi, bei dunklen Waffen-Deals stets mit an vorderster Front, sagte bereits 1987 vor einer Kommission des US-Kongresses aus, daß auch US-Regierungsstellen das weltweite BCCI-Netzwerk für verdeckte Transaktionen nutze. Von Kashoggi-Konten bei der Bank-Filiale in Monte Carlo lief nach seinen Angaben die Finanzierung geheimer, 17 Millionen Dollar schwerer Waffenlieferungen der USA an den Iran. Ebenfalls über dubiose Kanäle der Bank soll der amerikanische Oberst Oliver North die vom US-Kongreß verbotene Finanzhilfe für die Contras in Nicaragua geschleust haben. Und der pakistanische Finanzminister Sartaj Aziz berichtete jetzt in einem Interview, die CIA habe auf ähnliche Weise afghanischen Rebellen in ihrem Kampf gegen die Sowjetarmee unterstützt.

Entsetzt fragen sich viele Amerikaner, was eigentlich alles passieren muß, bevor die Verantwortlichen eingreifen. Schon Mitte der achtziger Jahre, so berichtet US-Senator Kerry, habe die CIA regelmäßig Regierungsstellen über kriminelle Machenschaften der BCCI informiert. Offensichtlich sei es ihr aber gelungen, das Vertrauen einflußreicher Personen zu erlangen und so einer Untersuchung zu entkommen.

In Washington, so klagt der ehemalige Zolldirektor William von Raab an, habe es einen »grauen Kern« gegeben: »Diese Leute waren teuer für die Bank. Sie sollten sie vor der Kontrolle der Regierung schützen. Diese Lobby war jeden Dollar der gezahlten Millionen wert.«

Die reicht womöglich bis in die Umgebung von US-Präsident Georg Bush. Dessen Kandidat für den vakanten Chefposten bei der CIA ist Robert Gates, der bereits in den achtziger Jahren stellvertretender Direktor des Geheimdienstes war. Zu jener Zeit also, als die CIA Transaktionen über die BCCI abwickelte und über schmutzige Geschäfte des Geldhauses bestens informiert war.

HERBERT UNIEWSKI

Stern; 34/91; S.134 ff.

Ab 50 000 Mark nur mit Ausweis

Bonn und die Banken wollen Härte gegen Geldwäscher zeigen

Die Bundesregierung, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, habe gesetzliche Schritte gegen das Waschen illegaler Gelder seit Jahren hinausgeschoben. Offenbar sei sie stärker vom Bankgeheimnis als von der Drogenkriminalität beeindruckt.

Es sei ein Skandal, meinte vergangene Woche auch der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel, daß es noch immer keine geeigneten strafrechtlichen Instrumente zur Eindämmung der Drogengeschäfte gebe. „Drastische Schritte" gegen die Geldwäsche seien erforderlich.

Aufgeschreckt durch den SPIEGEL-Bericht über die Geldwäsche in Deutschland (SPIEGEL 9/1992), bestritten Finanzministerium und Banken, daß sie zu sorglos und leichtfertig mit dem Problem umgehen. Im gleichen Kontext teilten sie mit, daß nun aber wirklich bald etwas passiere.

Der Bundesverband deutscher Banken erklärte „nochmals seine Bereitschaft, die Geldwäsche aktiv zu bekämpfen und an allen entsprechenden Initiativen intensiv mitzuwirken". Er arbeite „seit Jahren eng mit den zuständigen staatlichen Stellen" zusammen. Kommentatoren fanden die Stellungnahme der Banken „schlicht unverschämt" (*Mannheimer Morgen*). Grundsätzlich seien die Institute für harte Maßnahmen gegen Geldwäsche, wenn aber gehandelt werden solle, überwögen die Bedenken.

Die „zuständigen Stellen" in Bonn wollen den Gesetzentwurf zum Aufspüren von Drogengeldern, der lange in Schubladen und Expertenzirkeln hin- und hergeschoben wurde, nun bis Ende März vom Kabinett verabschieden lassen. Die Bestimmungen sollen das Enttarnen von Drogengeldern ermöglichen, aber das Bankgeheimnis nicht antasten. Nach dem Gesetzentwurf sollen künftig die Bankkunden bei Finanztransaktionen von mehr als 30 000 Mark und bei Bareinzahlungen von mehr als 50 000 Mark verpflichtet werden, sich zu identifizieren. Nach Auffassung des FDP-Politikers Detlef Kleinert dürfe der Kampf gegen die Geldwäsche nicht zu einer Aufweichung des Bankgeheimnisses führen. Im übrigen aber sollte für das Gesetz jetzt vom Parlament Druck gemacht werden.

Der Spiegel; 10/92; S.152

Überrascht?

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

2.1.4.2. Verbrechensexportmechanismus

Genaugenommen können sich Normalunternehmen nicht aus dem organisierten Verbrechen heraushalten. Auch hier wirkt im Rahmen der Marktwirtschaft ein Verbrechensexportmechanismus, der dem Unterdrückungsexportmechanismus sehr ähnlich sieht. Dieser basiert auch auf dem Fundament der Kapitalakkumulation.

> Investieren die Normalunternehmen nicht in das organisierte Verbrechen, so laufen sie Gefahr, irgendwann aufgrund des Kapitalakkumulationsprozesses geschluckt zu werden.
> **Die Folge ist, daß im Rahmen der Marktwirtschaft zunehmend alle Dinge als käufliche Ware angeboten werden, für die eine Nachfrage besteht, da in Wirklichkeit legales und illegales Warenangebot im Kapitalismus eine Einheit bilden.**

Es ist also nicht sonderbar oder eigenartig, daß die Drahtzieher des organisierten Verbrechens in der BRD nicht viel anders aussehen und arbeiten wie die ehrenwerten Herren in den Chefetagen der Wirtschaft.
Gerade *...diese Erkenntnis hat das BKA dem Innenminister in einer neuen Studie aufgeschrieben: Eine "Organisierte Kriminalität eigenen Zuschnitts" gebe es im Lande, "deren Gefährlichkeit gerade darin begründet liegt, daß sie ähnlich vielgestaltig und flexibel ist wie die Wirtschaft unseres Landes".*
Die "neue Form der Organisierten Kriminalität", sagt der Berliner Leitende Kriminaldirektor Dieter Schenk, seit Januar Vize beim Berliner Verfassungsschutz, habe in Deutschland auch einen "neuen Trägertypus" geschaffen: den ***"seriösen Geschäftsmann"****. Für den, so Schenk, ist* ***"die Kriminalität lediglich die Fortsetzung seiner Arbeit mit anderen Mitteln"****. Entsprechend sind die Methoden. "Modernste Funkgeräte, Autotelephon, Telex und alle anderen denkbaren modernen Kommunikationsmittel, die auch das normale Geschäftsleben kennt, kommen zum Einsatz", heißt es in einem Erfahrungsbericht der "Arbeitsgemeinschaft Kripo", eines Zusammenschlusses der Kripochefs aus Bund und Ländern.*
Die Kriminellen, so die Fachleute in ihrem Bericht, verfügten mittlerweile über eine Infrastruktur, "die den technischen Mitteln der Polizei in keiner Weise nachsteht, sondern sie sogar häufig übertrifft".
Machtlos stehen die Ermittler vor einem Netzwerk krimineller Unternehmungen, deren Umsatz der Stuttgarter OK-Experte Stümper auf 164 Milliarden Mark pro Jahr schätzt - fast ein Zehntel des Bruttosozialprodukts. Und die Kriminalstatistik belegt das Wachstum der kriminellen Monopole: Immer weniger Täter sind für immer mehr Straftaten verantwortlich.

Längst nimmt eine "Verzahnung der organisierten Formen der Kriminalität mit unserem Wirtschafts- und Sozialsystem", wie sie das BKA-Dossier prognostiziert, deutlich Konturen an.
In keiner Stadt ist bislang die kriminelle Verquickung von Unterwelt und Oberwelt so konsequent aufgedeckt worden wie in Berlin. ***Die Bezeichnung "Filz", unter der in Berlin die Korruptionsaffäre um den Baustadtrat Wolfgang Antes abgehandelt wird, vertuscht nur, daß es dabei auch um organisiertes Verbrechen ging.***
In den Sog der Ermittler geriet eine ehrenwerte Gesellschaft von Lokalpolitikern, Firmenjongleuren und Baulöwen, die Amt und Mandat mißbrauchten, betrogen, Schmiergeld anboten oder annahmen. Es ging um erschwindelte Subventionen und Bauaufträge ebenso wie um Brandstiftung, Erpressung, Großschmuggel oder Anstiftung zum Mord. "Wir sind auf so ziemlich alles gestoßen, was das Strafgesetzbuch hergibt", sagt ein Ermittler, "außer der Vorbereitung eines Angriffskrieges.
Am Berliner Modell sehen Praktiker eindrucksvolle Beweise für die enge Verflechtung zwischen Wirtschaftskriminalität und Berufsverbrechertum.
Beispielhaft zeigte sich, so der Berliner Sumpf-Ermittler Schenk, wie betuchte Ganoven aus der "Machtbasis der Bordelle" Geld und Erpressungspotential ziehen, "Freiräume durch private Macht" errichten und "in mehreren Ebenen die gesellschaftliche Infrastruktur durchdringen". Der erfahrene Fahnder: "Man leistet sich exzellente Steuerberater und Rechtsanwälte. Eine Bank brauchen die nicht mehr zu überfallen."
In Berlin "wurde gearbeitet wie bei der klassischen sizilianischen Mafia", urteilt der OK-Experte und Journalist Dagobert Lindlau. Der Fernsehmann hat in Berlin recherchiert - und auf Sizilien. Sein Buch, "Der Mob", steht derzeit auf den Bestseller-Listen.
Der Vergleich mit der italienischen Mafia gilt nicht nur für Berlin. Ganze Wirtschaftszweige fallen - wie in Italien - unter die Räuber. Kriminelle Organisationen haben begonnen, das Baugewerbe in den Griff zu nehmen.
Und in Großstädten gibt es schon Hinweise auf breit organisierte Bau-Korruption: In Frankfurt ließ die Staatsanwaltschaft mehr als 20 Bauverwalter und Bauunternehmer verhaften, die mit Korruption die öffentliche Auftragsvergabe in der Main-Metropole zu ihrem Nutzen kontrolliert haben sollen.
Eine Sonderkommission in Hamburg ermittelt gegen mehrere hundert Verdächtige, die bei Bauaufträgen für Bundeswehrgebäude, Schulen und Krankenhäuser kräftig abgesahnt haben sollen. Über hundert Behördenbedienstete sind im Visier der Ermittler. Zwei Beamte fielen auf, weil sie Teilhaber am Lübecker Bordell "Sudfaß" waren - zusammen mit St.-Pauli-Größen.
(Spiegel Nr.9/88 S.72 u.73)

Gibt es noch immer jemanden, der an die Möglichkeit einer rechtschaffenen Marktwirtschaft glaubt oder an eine Demokratie im Kapitalismus?
Die genannten Tatsachen im Zusammenhang mit den erläuterten Gesellschafts-mechanismen müßten eigentlich eindeutig und erdrückend sein!

2.1.4.2.1. Wirtschaft, Verbrechen und Politik

Der Spiegel; 26/89; S.88; 13/91; S.130 ff.; 37/90; S.112 ff. --> LVIII

Wirtschaft, Verbrechen und Politik

Das Geheimnis der Wohnungen

Daimler-Benz gerät zunehmend in den Verdacht dunkler Geschäfte. Die Staatsanwälte fanden zwei Wohnungen, in die Firmenakten ausgelagert worden waren. Der Bundesnachrichtendienst gab der Bonner Regierung schon im Januar Hinweise, Boden-Boden-Raketen des Irak seien auf Mercedes-Lkw transportiert worden.

Der Spiegel; 26/89; S.88

„Liefern auf Teufel komm raus"

Was sich Unternehmer alles einfallen lassen, um heikle Exportgeschäfte abzuwickeln

Der Anrufer Rudolph Maximilian Ortmayer kam am Telephon ohne Umschweife zur Sache. „Ich glaube", sagte der Firmenboß zu seinem Gesprächspartner, „wir haben einen gemeinsamen Bekannten, der in Eschborn sitzt."

Geheimnisvoll berichtete er, es gebe da einen delikaten Fall. Deshalb habe ihm ein Beamter des Eschborner Bundesamtes für Wirtschaft (BAW) zur Kontaktaufnahme geraten.

Die Referenz verfehlte ihre Wirkung nicht. Am anderen Ende der Leitung wußte Helmut Maier, Geschäftsführer der Karl Kolb GmbH & Co. KG in Dreieich bei Frankfurt, gleich Bescheid: Das Gespräch sei ihm schon angekündigt worden.

Schnell entwickelte sich das Telephonat zu einem offenherzigen Dialog zweier Firmenchefs über heikle Ausfuhraufträge. Und der Mann, der das Gespräch im Frühjahr 1985 angeregt hatte, war der BAW-Referent für Chemie und radioaktive Stoffe, Manfred Ruck, 47, der aus jahrelanger Praxis weiß, wie bei Waffenausfuhren und Nuklearexporten in Länder der Dritten Welt geschummelt wird.

Der Laborgerätehersteller Kolb stand damals bereits im Verdacht, Chemie-Anlagen in den Irak exportiert zu haben, die in Wahrheit der Herstellung von Giftgas für den Golfkrieg dienen sollten. Es handele sich, wiegelte Kolbs Geschäftsführer Maier in dem Telephonat ab, um „standardmäßige Chemie-Geschichten".

Das wollte sein Gesprächspartner Ortmayer, seinerzeit Geschäftsführer der Neue Technologien GmbH (NTG) im hessischen Gelnhausen, genauer wissen. Schließlich plante er, ein Gerät nach Pakistan zu verkaufen, mit dem der Bombenstoff Tritium aus Schwerem Wasser zurückgewonnen werden kann. Gegen das Geschäft (Volumen: 20 Millionen Mark) hatte zwar das BAW nichts einzuwenden, aber Maier fürchtete einen Einspruch des Auswärtigen Amtes – aus Rücksicht auf Washington.

Doch Ortmayer beharrte darauf, den Handel durchzuziehen: „Man kämpft ja um Aufträge."

•
•
•

Über die Eschborner Exportkontrolleure und das Bonner Wirtschaftsministerium hatten die Firmenmanager nichts zu klagen, deren Wirken fanden sie ausgesprochen hilfreich. „Der Druck", klagte Maier, sei „stark vom Auswärtigen Amt" gekommen, es habe tatsächlich „Einflußnahme aus Washington" gegeben. Das wußte auch Ortmayer aus eigener Erfahrung zu bestätigen: „Die stehen denen ja dauernd auf den Füßen." In beiden Fällen hatten US-Experten massiv vor den Exportgeschäften gewarnt.

Daß ihre Lieferungen politisch umstritten waren, gestanden sich die beiden hessischen Unternehmer ein. Ortmayer prahlte, er habe den Forschungsminister Riesenhuber und der wiederum „einen Blutsfreund" eingeschaltet. Maier wollte unbedingt verhindern, daß über sein Geschäft in der Presse berichtet wird. Wenn in der Zeitung stehe, daß eine Hanauer Firma Pakistan beim Bau der Atombombe helfe, dann störe das „den Kohl wieder, verständlicherweise". Ortmayer beruhigte seinen Gesprächspartner: „Was unser Kanzler sagt, muß man ja nicht unbedingt ernst nehmen."

•
•
•

Bei politischen Problemen, bot Maier an, könne er seinen Rechtsanwalt empfehlen, einen „sehr fähigen Mann". Der Anwalt („Ich bin kein Verteidiger von Giftgas-Lieferanten") habe sich verpflichten lassen, nachdem das Eschborner Amt die Harmlosigkeit der Lieferungen bestätigt hatte.

Der Spiegel; 13/91; S.130 ff.

Mit dunklen Waffengeschäften heizen westdeutsche Firmen die Krise im Nahen Osten an

•
•
•

Die Bestellungen gehen nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste trotz des Embargos immer noch ein. Wenn nicht zufällig der Staatsanwalt kommt, wird über dunkle Kanäle weiter geliefert. Nur der Preis erhöht sich.

•
•
•

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LVIII

Die deutsche Exportwut macht offenbar vor nichts halt. Was allein zählt, ist der Profit. Geliefert wird nahezu alles, von der Kanonenschmiede bis hin zum Know-how für die Atombombe.

•
•
•

Der Fall ist ein anschauliches Beispiel für die Verfilzung von Politik und Rüstungslobby. Es wird getäuscht und finassiert. Sobald ein neuer Skandal in Sicht ist, werfen Beteiligte und Betroffene mit Nebelkerzen um sich. Es gilt, nur irgendwie durchzukommen.

„Wenn wir auch nur einen einzigen Anhaltspunkt gehabt hätten", empörte sich der Bonner Wirtschaftsstaatssekretär Erich Riedl (CSU), „daß die und jene Firma sich bereit erklärt hatten, Giftgasanlagen im Irak zu bauen, die hätten nicht die geringste Chance gehabt, überhaupt den Flughafen zu erreichen."

Die Chronologie des Giftgasfalles zeigt ein ganz anderes Bild.

1981 begann die Pilot Plant, eine Schwesterfirma der hessischen Karl Kolb KG, im irakischen Samarra mit dem Bau einer Giftgasanlage. Im Mai 1982 gab ein Techniker des Preussag-Konzerns der deutschen Botschaft in Bagdad den Hinweis, in der Anlage sollte später Giftgas hergestellt werden.

Sein Tip hatte durchschlagenden Erfolg: Als der Preussag-Mann einen Monat später auf Heimaturlaub weilte, bekam er überraschend die Kündigung. „Mein Hinweis", so der Ex-Preussag-Mann, „traf offenbar ins Schwarze." Chef in Bagdad war übrigens der damalige Preussag-Repräsentant Al-Kadhi.

Zwei Jahre später schlug die CIA Alarm, und die *New York Times* berichtete ausführlich über die Giftgasanlagen der Deutschen. Für den damaligen FDP-Wirtschaftsminister Martin Bangemann war der Fall klar: reiner „Konkurrenzneid" der Amis.

Zwei sogenannte Experten, die von Bonn nach Samarra geschickt wurden, konnten nichts Auffälliges entdecken. Washington überschwemmte den deutschen Wirtschaftsattaché mit weiteren Hinweisen. Von 1984 an mischten sogar die W.E.T.-Leute im Geschäft mit.

1986 endlich nahm die Darmstädter Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf. Vor drei Wochen schließlich kamen sieben Manager wegen ihrer irakischen Aktivitäten in Haft.

Nun weiß es auch Riedl, er streitet aber jede Verantwortung ab: „Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man bekanntlich klüger."

Das Ritual der Politiker ist so simpel wie verlogen: Nach der Affäre um die Giftgasfabrik Rabita in Libyen verkündete die Bundesregierung mit starken Worten, sie werde das Kriegswaffenkontrollgesetz rigoros verschärfen.

Als sich die Aufregung gelegt hatte, wurden die scharfen Passagen im Gesetzentwurf wieder abgeschwächt, die Mindeststrafe für den illegalen Umgang mit A-, B- und C-Waffen von zwei Jahren auf ein Jahr gesenkt. Wer sich zudem „leichtfertig" in einen solchen Deal eingelassen hat, kann straffrei ausgehen, wenn er das Geschäft nur „unerheblich gefördert" hat.

Sogar die Vorschriften zur Herstellung chemischer Kampfstoffe wurden aufgeweicht. Bis Juli 1989 war es verboten, ohne Genehmigung Anlagen zu exportieren, die für die Giftgasproduktion „geeignet" sind. Die Vorschriften wurden erweitert, neuerdings müssen die Anlagen „besonders geeignet" sein, um ein Verbot zu erwirken.

Derzeit, unter dem Eindruck der Kriegsgefahr im Nahen Osten, haben in Bonn mal wieder die Scharfredner mit ihrer Forderung nach härteren Gesetzen Konjunktur – bis auf weiteres.

Kein großes Risiko für die Lieferanten heißer Waren. Zwar laufen derzeit bundesweit 37 Ermittlungsverfahren, in die mehr als 170 deutsche Firmen verstrickt sind. Erst am vergangenen Mittwoch begann in Hanau ein Prozeß um illegale Atomgeschäfte mit Pakistan. Aber die Exportkontrollen sind lasch; und hat die Sore erst einmal die deutschen Grenzen passiert, fällt der Nachweis verbotener Geschäfte schwer.

Hinzu kommt, daß sich die Behörden leicht täuschen lassen. Die Export-Kontrollen seien, stellten die Richter im Verfahren gegen vier Ex-Manager der Waffenschmiede Rheinmetall in Düsseldorf fest, „wenn überhaupt, halbherzig und eben für die Wirtschaft erfolgt".

Mit einer ähnlichen Begründung war ein Freiburger Kaufmann trotz der Lieferung von kerntechnischen Anlagen nach Pakistan 1985 nur zu einer milden Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt worden. Die staatlichen Kontrollbehörden, so die Richter, hätten ihm die Tat sehr leicht gemacht.

Daß die Akteure bei verbotenen Geschäften so glimpflich davonkommen, ist vom Gesetzgeber offenbar beabsichtigt: Die Sanktionen bei Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz waren bislang zumeist Bußgelder und wurden aus der Portokasse beglichen.

Es ist wohl auch kein Zufall, daß die juristische Bewältigung der Rüstungsskandale nicht gelingen will. Bei der üblichen Beteiligung mehrerer Firmen an einem Projekt sind oft Staatsanwaltschaften an verschiedenen Orten eingeschaltet, ohne voneinander zu wissen. Jede fängt fast immer bei Null an.

Der Gesellschaft für bedrohte Völker sind die schleppenden Ermittlungen seit langem ein Ärgernis; im Fall MBB hat sie deswegen die Arbeit selbst in die Hand genommen. „Angesichts des offensichtlich zögerlichen Vorgehens der Strafermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften" drangen einige Mitglieder der Menschenrechtsorganisation am vorigen Donnerstag in MBB-Lagerhallen bei München ein. Seit Freitag ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Die zum Daimler-Benz-Konzern gehörende Firma hat in den vergangenen Jahren offiziell in den Irak Hubschrauber für Rettungseinsätze und für VIP-Transporte geliefert. Die Helikopter wurden inzwischen zu Kampfhubschraubern umgerüstet. Anfang August sollte die letzte Teillieferung an die irakische Luftwaffe gehen, das Embargo kam dazwischen.

Gerät doch mal einer vor Gericht, muß er nicht den Mut verlieren. Der Lahrer Fabrikant Jürgen Hippenstiel-Imhausen, Lieferant der Giftgasfabrik im libyschen Rabita, kam mit fünf Jahren Haft vergleichsweise milde davon. Den Gewinn aus dem verbotenen Geschäft in Höhe von rund 60,1 Millionen Mark darf er behalten.

Was in Bonn gern als Einzeltat eines kriminellen Unternehmens dargestellt wird, ist in Wirklichkeit das Geschäft von über 40 Firmen (siehe Schaubild Seite 118). Bis auf Hippenstiel gingen bislang alle anderen straffrei aus.

Der Spiegel; 37/90; S.112 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Politik, Staat und Verbrechen

Rüstungsexporte

Knacker für Kaschmir

Trotz aller Proteste gegen Rüstungsexporte: Bonn läßt weiter Waffen in Krisengebiete liefern.

Die Manager der Ottobrunner Waffenschmiede Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) waren verärgert. Die Bundesregierung drohte ihnen ausgerechnet das Geschäft mit Indien zu vermasseln, dem größten Waffenimporteur der Welt.

Viel Geld und dicke Anschlußaufträge standen auf dem Spiel. Die französische Firma Euromissile (MBB-Anteil: 50 Prozent) hatte mit dem Verteidigungsministerium in Neu-Delhi einen Vertrag über die Lizenzfertigung von 12 000 Milan-Panzerabwehrraketen geschlossen.

Weil sich aber im Frühjahr 1990 in Kaschmir, der zwischen Pakistan und Indien geteilten Grenzprovinz, Truppen beider Länder fast täglich Scharmützel lieferten, wurde der Bonner Regierung die Sache zu heiß. Das Auswärtige Amt stoppte das Projekt. Die Zustimmung wurde vorläufig verweigert.

Doch so rasch gibt ein Riese wie MBB (6,3 Milliarden Mark Umsatz, 22 000 Beschäftigte) nicht auf. Letzten Monat stauten sich in Bonn fünf Anträge der Daimler-Benz-Tochter MBB auf Fortsetzung des Raketen-Projekts mit Indien. Bonn stimmte der Lieferung in die Krisenregion zu – und das zu einem denkwürdigen Zeitpunkt: Der Krieg am Golf war gerade eine Woche alt.

Obwohl Indien im Januar seine Truppen in Kaschmir in höchste Alarmbereitschaft versetzt hatte, wollte Bonn plötzlich Hinweise auf „ein Nachlassen der Spannungen" erhalten haben. Nach Verständigung zwischen Wirtschaftsministerium und Auswärtigem Amt bekam MBB die Genehmigung zur Fortsetzung des bereits 1981 vereinbarten Waffendeals.

⋮

Die Entscheidung der Bundesregierung, den Export des Panzerknackers in die Krisenregion nicht länger zu unterbinden, fiel relativ leicht, weil der Flugkörper in deutsch-französischer Zusammenarbeit hergestellt wird. Und bei gemeinsam mit Verbündeten betriebenen Projekten wird durchweg dem Kooperationsinteresse der Vorrang eingeräumt.

Die Milan-Lieferung in den kriselnden Subkontinent macht einmal mehr die Skandalträchtigkeit deutscher Waffenexporte deutlich. Obwohl zur Zeit nahezu täglich über frühere Exportsünden diskutiert wird und aus allen Parteien der Ruf nach harten Gesetzen ertönt, öffnen die Regierenden den Rüstungshändlern insgeheim immer neue Schlupflöcher.

Vor allem auf dem Umweg über private oder staatliche europäische Partner sind die Deutschen bei der Aufrüstung der Dritten Welt nach wie vor gut im Geschäft. Und die Schuld daran trifft längst nicht nur die Regierung Kohl.

Bereits im Dezember 1971 hatte der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) in einem Vertrag über die Rüstungskooperation mit Frankreich vereinbart:

> Keine der beiden Regierungen wird die andere Regierung daran hindern, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen.

Kurz darauf gründete MBB gemeinsam mit der französischen Aérospatiale die für heikle Projekte bestens einsetzbare Firma Euromissile.

Der Spiegel; 08/91; S.114 ff.

Schlimmer als die Pest

Das Giftgas, mit dem der irakische Diktator Saddam droht, wird vor allem mit deutscher Hilfe produziert.

Beim Bundesnachrichtendienst in München-Pullach, der bundesdeutschen Spionagezentrale, herrschte helle Aufregung. Einer der Agenten, der Irak-Spezialist Al Kadhi, war in die Hände von Saddam Husseins Geheimdienst gefallen und zum Tode verurteilt worden. In einem Gefängnis von Bagdad wartete der Spion auf seine Hinrichtung.

Ein Wettlauf mit der Zeit begann, prominente Fürsprecher setzten sich für den Delinquenten ein. Bundespräsident Richard von Weizsäcker schickte ein Gnadengesuch an den irakischen Staatschef. Außenminister Hans-Dietrich Genscher nutzte politische Gespräche mit dem Diktator Saddam Hussein, um für den Deutsch-Iraker um Gnade zu bitten.

Noch während der Genscher-Visite im November 1987 wurde das Todesurteil in Lebenslänglich umgewandelt. Wenig später kam Al Kadhi frei. Bei seiner Ankunft in der Bundesrepublik warteten auf ihn nicht nur seine deutsche Ehefrau. Auch die Zollfahndung interessierte sich für den Heimkehrer und schrieb ihn zur Aufenthaltsermittlung aus.

Dem BND-Mann droht nun auch hier ein Prozeß. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Al Kadhi, 51, wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz (Aktenzeichen 21 Js 35285 6/87). Er soll gemeinsam mit ehemaligen Preussag-Managern wesentlich an der Giftgas-Produktion im Irak beteiligt sein.

Über die Hamburger Firma Water Engineering Trading GmbH (W.E.T) soll Mitinhaber Al Kadhi den Irak mit Anlagen beliefert haben, in denen die chemischen Grundstoffe zur Herstellung der Nervengase Tabun und Sarin erzeugt werden. Die Fabrik (Bezeichnung: „Projekt 33/85") wurde in Einzelteilen über die Türkei ins militärisch streng abgeschirmte Falludscha gebracht.

Diktator Saddam ließ von W.E.T. auch tonnenweise Chemikalien wie Methylenchlorid und Natriumfluorid herbeischaffen. Sie sind zur Produktion von Tabun unverzichtbar.

⋮

Ein BND-Mann als Lieferant von Giftgas-Technik, der mit Hilfe höchster Politiker aus dem Kerker kam – ein Ding, das man sich bislang allenfalls als wirklichkeitsfernes Krimistück vorstellen konnte. Der Fall Al Kadhi zeigt, wie tief bundesdeutsche Wirtschaft und Politik in die Aufrüstung des nahöstlichen Kriegstreibers verstrickt sind.

Der Spiegel; 33/90; S.80 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LX

Der Spiegel; 52/91; S.76 f. --> LXI

Deckname ZR

Der Bundesnachrichtendienst wußte von Anfang an über die Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer libyschen Giftgasfabrik Bescheid.

Die Holzkiste enthielt Delikates wie Kaviar und Gänseleberpastete. Empfänger Andreas Böhm, 60, Geschäftsführer der Salzgitter Industriebau GmbH, konnte sich zunächst keinen Reim auf Herkunft und Zweck des Präsents machen.

Das Rätsel klärte sich wenige Tage später. Zwei Herren vom Pullacher Bundesnachrichtendienst (BND), die sich mit den Namen „Cramp" und „Wilhelm" vorstellten, sprachen bei Böhm vor. Der Manager erinnert sich an die Unterredung vom 17. März 1989: „Die waren auf Entschuldigungstour."

Seit Anfang der achtziger Jahre schon hatte Böhm den Auslandsspähern allerlei Informationen über internationale Aktivitäten des damals noch bundeseigenen Salzgitter-Konzerns zugeschanzt. Von der bizarren Liaison war sogar, so Böhm, der damalige Vorstandsvorsitzende der Salzgitter AG, Ernst Pieper, 63, unterrichtet.

Doch nun sah sich Zuträger Böhm von den Pullachern „schlecht behandelt". Der BND gehe mit seinen Informationen nicht sorgsam um, warf er Cramp und Wilhelm vor, weitere Zusammenarbeit sei in Frage gestellt.

In Rage gebracht hatte den Hobby-Agenten ein Bericht der Bundesregierung darüber, wie sich deutsche Firmen, neben Salzgitter beispielsweise die Lahrer Imhausen-Chemie, unter Bruch nationalen und internationalen Rechts am Bau einer Giftgasfabrik im libyschen Rabita beteiligt hatten. Der BND, argwöhnte Böhm, habe absprachewidrig seine Informationen über die Chemiewaffenproduktion weitergeplaudert.

Die Geheimdienstler stellten, zur Versöhnung, ein Gespräch auf höchster Ebene mit dem damaligen BND-Chef Hans-Georg Wieck in Aussicht, zu dem Böhm und Pieper geladen werden sollten. Die BND-Beamten fürchteten auch, der vergrätzte Böhm, der als einer der Drahtzieher beim Bau der Giftgasfabrik gilt, könne Unliebsames ausplaudern.

Inzwischen ist die Zusammenarbeit von Böhm, der seit August in Untersuchungshaft sitzt, und BND aktenkundig. Dem Bundeskriminalamt (BKA), das in der Rabita-Affäre ermittelt, berichtete der Ex-Manager, er sei zunächst von der BND-Außenstelle in Hamburg, später durch die Pullacher Zentrale direkt betreut worden.

Stimmt Böhms Version, an der die Rabita-Fahnder kaum zweifeln, dann ist der Bundesnachrichtendienst und mit ihm die Bundesregierung tief in einen der größten Skandale um illegale Rüstungslieferungen verstrickt.

Monatelang hatten 1988 und 1989 das Kanzleramt, das die Aufsicht über die Geheimdienste führt, das Wirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt jegliches eigenes Wissen über eine Beteiligung deutscher Firmen an der Chemiewaffenfabrik des libyschen Revolutionsführers Muammar el-Gaddafi geleugnet. Erst Hinweise des US-Geheimdienstes CIA, so verteidigte sich Bonn gegen weltweit erhobene Vorwürfe, hätten die Behörden darauf gebracht, daß westdeutsche Firmen an dem illegalen Geschäft beteiligt waren.

Nun erweist sich, daß der BND, durch Böhm mit Details versorgt, von Anfang an über den Bau in Rabita unterrichtet war. Anfangs, sagte Böhm beim BKA aus, habe der Pullacher Geheimdienst vor allem an Berichten über industrielle Projekte in der Sowjetunion Interesse gezeigt. Später aber habe sich die Neugier auf Chemiewaffenproduktion im arabischen Raum verlagert.

Dazu hatte Böhm einiges zu berichten. Es wäre dem BND „ein leichtes" gewesen, sagte er nach einer Vernehmung beim BKA, die Bundesregierung wegen der deutschen Beteiligung am Rabita-Projekt rechtzeitig zu warnen und damit einen „Skandal zu vermeiden". Sein Name, so Böhm, sei vom BND sogar „genannt" worden.

Daß der Pullacher Geheimdienst in der Rabita-Affäre mitgemischt hat, vermutet der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel „schon seit langem". Nun bahnt sich ein neuer Geheimdienstskandal an.

Unangenehmen Fragen sieht sich diesmal möglicherweise der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und Kanzler-Kronprinz Wolfgang Schäuble ausgesetzt. Schäuble, damals Chef des Kanzleramtes, hatte am 15. Februar 1989 einen Rabita-Bericht serviert, der vielen Parlamentariern lückenhaft erschien.

In dem Rapport war jedenfalls von den engen Beziehungen des BND zu dem Rabita-Mitwisser und Salzgitter-Manager Böhm nicht die Rede. Unerwähnt ließ Schäuble auch, daß der BND regelmäßig durch einen „befreundeten Dienst" über den Fortgang der Bauarbeiten in Rabita informiert wurde. So arbeitete seit 1985 auf der libyschen Baustelle ein Informant, Deckname „ZR", der sich wöchentlich unter einem Code meldete.

So wußte ZR Ende Februar 1989 zu berichten, daß die Libyer „zur Täuschung und Vorführbarkeit eine Forcierung der Pharmaproduktionslinien und der Pharmaproduktionsflächen, die in Zellenbauweise ausgeführt sind", planten.

Auch ein weiteres wichtiges Detail konnte ZR mitteilen. Der libysche Finanzmanager, „Mr. Bashir", habe von Gaddafis Revolutionskomitee Vollmacht erhalten, für noch fehlende Maschinen, Materialien und Ersatzteile den „bis zu zehnfachen Listenpreis" zu zahlen.

Berichte über Giftgasprojekte hat der BND nicht nur aus Rabita erhalten. Die Pullacher Späher sind auch in den anderen großen Giftgasskandal der Bundesrepublik, die Lieferung von Chemikalien und Maschinen an Iraks Diktator Saddam Hussein, verstrickt.

So soll die Hamburger Firma Water Engineering Trading (W.E.T.) tonnenweise Stoffe wie Methylenchlorid und Natriumfluorid für den Irak beschafft haben – die Chemikalien sind zur Herstellung des Nervenkampfstoffes Tabun unverzichtbar. Zudem lieferten W.E.T. und andere Unternehmen 1986 eine Fabrik ins militärisch streng abgeschirmte Falludscha, die angeblich Pestizide herstellen sollte; in Wahrheit aber produzierte sie Ausgangsstoffe für die Nervengifte Sarin und Tabun.

Als die W.E.T.-Manager Peter Leifer, Reinhold Otto Krauskopf und Nazar Al-Kadhi, ein Deutsch-Iraker, am 17. August 1990 verhaftet wurden, stellte sich heraus, daß Leifer jahrelang für den BND gearbeitet hatte.

Der Geheimdienst hatte Leifer 1986 als Mitarbeiter angeworben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Irak-Geschäfte des W.E.T.-Managers schon aktenkundig. Fast zwei Jahre lang, so räumte Pullach ein, habe der Exporteur seine Irak-Erkenntnisse brav beim BND abgeliefert (SPIEGEL 37/1990).

Der Spiegel; 52/91; S.76 f.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXI

2.1.4.3. Einheit von Wirtschaft, Staat und Verbrechen

Fassen wir zusammen. Der Verbrechensexportmechanismus ist durch den Akkumulationsprozeß innerhalb der Marktwirtschaft ein natürlicher Vorgang. Durch die höheren Gewinne im organisierten Verbrechen ist der normale Unternehmer gezwungen, im Wirtschaftsbereich des Verbrechens zu investieren und die erzielten Gewinne dort zur Vergrößerung seines eigenen Kapitalstocks anzulegen. Geschieht dies nicht, so wird gerade dieses Unternehmen durch die höhere Ansammlung des Kapitals im Wirtschaftsbereich des organisierten Verbrechens geschluckt. D.h., im Zuge der Zeit wird der Handel mit "legalen Waren" - durch die Wirtschaft - und der Vertrieb von "illegalen Waren" - durch das organisierte Verbrechen - wegen der Ansammlung des Kapitals eine Einheit bilden. Dies entspringt dem wirklichen Wesen des Handels:

> Das Ziel des "guten Geschäftes" ist es nun einmal, ein "gutes Geschäft" zu machen, indem der Handel in seiner Suche nach Marktnischen alle Waren auf den Markt bringt, für die eine Nachfrage besteht und mit denen Gewinne erwirtschaftet werden können. "Legales" und "illegales" Warenangebot stellen somit in Wirklichkeit immer eine Einheit in der Marktwirtschaft dar, weil diese Einheit seiner tatsächlichen Natur entspricht. Der heutige **Handel** ist nur der legale Bestandteil der kapitalistischen Marktwirtschaft. Das **organisierte Verbrechen** als ein weiteres "gutes Geschäft" ist in diesem Zusammenhang nur die Ausdehnung des Handels auf den tatsächlichen Umfang des kapitalistischen Marktwirtschaftskörpers, wobei diese Ausdehnung durch das Eigentumsrecht angestoßen wird.

Das vom Staat garantierte Handelsrecht sowie die Möglichkeit, durch den Handel ein "gutes Geschäft" zu machen, ist somit lediglich jener organisierte Betrug gegen die gute Sitte und den Humanismus, der sich im organisierten Verbrechen gegen den Menschen fortsetzt. Im Kern bleibt der Wesenszug des Handelns (d.h., ein "gutes Geschäft" machen zu wollen) "**das Verbrechen der Ausbeutung**", das sich gegen den einzelnen Menschen und die gesamte Gesellschaft richtet und immer - im Kleinen als auch im Großen - gegen die Menschlichkeit und die elementarsten Menschenrechte verstößt.

Somit ist es nicht so, daß die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihrem Eigentumsrecht das Verbrechen fördert.

-Die kapitalistische Marktwirtschaft ist das Verbrechen-

Die Blutspur des "guten gewinnbringenden Geschäftes" zieht sich quer durch die Geschichte, wobei das "gute Geschäft" in der Ausbeutung, Versklavung und der fast völligen Ausrottung der reinrassigen Ureinwohner Amerikas (wobei auch angesehene Hamburger Handelshäuser im Dreieckshandel zwischen Afrika, Süd-Amerika und Europa ihr Schäfchen ins Trockene brachten), in den Freibeutern von England - denen Königin Elisabeth II einen Schutzhafen bot, die für sie die spanischen Galeeren auf hoher See überfielen und plünderten - und im heutigen Rauschgifthandel nur seine wahre Gestallt annimmt. Doch neu ist selbst dieser Rauschgifthandel nicht. Im 19.Jahrhundert überzogen die Briten China zwei mal mit einem Krieg wegen des Rauschgiftes, aber nicht um die Rauschgiftquelle zu vernichten. Die Chinesen wurden mit Kanonen gezwungen, ihren Markt dem Opium zu öffnen, welches England in Indien erntete. (Spiegel-Spezial 1/89 S.11)

Die Kronkolonie Hongkong wäre nicht gegründet worden, wenn die britische East Indian Company nicht einem Opium-Umschlaghafen gebraucht hätte. Ihrer Majestät Opium-Monopol hatte um 1880 ein Handelsvolumen von jährlich 5000 Tonnen.

(Spiegel-Spezial 1/89 S.77)

Somit liegt es also nur in der Tradition der Wirtschafts- und Staatsgeschichte, daß Burmesische Soldaten, die seit Monaten auf rebellische Studenten in den Straßen ihrer Städte schießen, vor ihrem "Einsatz" eine Ration Opium erhalten. (Der Spiegel 1/89 S.11)

Auch wundert es mich nicht mehr, daß ein Herr Barschel - ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein - plötzlich aus scheinbar unerklärlichen Gründen nach dem damaligen Abhörskandal tot in einer Badewanne aufgefunden wird. "Lupara bianca" (weiße Flinte) heißt in Sizilien eine besonders wirksame Methode, wenn plötzlich Kronzeugen oder Mitwisser, die zuviel wissen und nicht spuren, einfach verschwinden oder wie 1987 der Pinzner-Zeuge Bernd Wünsch *"sich unter unerklärlichen Umständen selbst erschießt und sich dazu ausgerechnet auf einen Misthaufen legt"*.

(Der Spiegel Nr.9/88)

Herr Barschel wußte wohl zuviel, war aufgeflogen und wollte in seiner Eigenwilligkeit mit allen Mitteln seine politische Laufbahn fortsetzen, was ihm meiner Meinung nach mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Verhängnis geworden ist.

Die Verfilzung von Staat, Wirtschaft und Verbrechen ist so mächtig, daß sich selbst ein Bundeskanzler wie Helmut Kohl manchmal nicht mehr daran erinnern kann, was er zu gewissen Zeitpunkten tat und scheinbar unter chronischen Filmrissen leidet. *"Die Amnesie ersetzte die Amnestie"*, schrieb der Spiegel in seinem Abschlußbericht zum letzten großen Prozeß im Parteispenden-Skandal. (Der Spiegel 19/91 S.91)

> Es besteht also eine totale Verflechtung von Staat, Politik, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen, welche erst aus dem Eigentumsrecht und der Marktwirtschaft heraus entstehen kann und die Grundlage der heutigen Macht- und Herrschaftsstrukturen bildet. Daher gibt es auch kein Interesse der Mächtigen, Marktwirtschaft und Eigentumsrecht als Ursache für all die beschriebenen negativen Folgen aufzulösen, weil sie hiermit ihre eigene Herrschaftsgrundlage zerstören würden und die Demokratie machbar wäre.

Ich kann immer nur wiederholen:
In der heutigen Form gleicht unsere Gesellschaftsordnung nur einer verfeinerten Form der Sklaverei, in der die Besitzlosen nur Wohn- und Ausbeutungsort frei wählen dürfen. Aufgebrochen wurde das totale Eigentumsverbrechertum erst mit der gegen die Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten neuen sozialen Moral, welche um die Jahrhundertwende in Aufständen und Revolutionen durch die Besitzlosen mündete und zur Ausgrenzung der schlimmsten Verbrechen durch den unbeschränkten Handel führte. Diesen illegalen Wirtschaftskörper erobert sich nun der Marktwirtschaftsmechanismus Schritt für Schritt zurück. In diesen insgesamt geschilderten Mechanismen liegt die Ursache, warum wir unsere demokratischen Selbstbestimmungsrechte noch nicht bis über das Eigentumsrecht ausdehnen konnten, das Privateigentum an Produktionsmitteln und Lebensquellen abschafften und zu einer wirklichen Mehrheitenherrschaft vordrangen.

-Ursache ist und bleibt das Eigentum in Verbindung mit dem Handel-

2.1.4.3.1. Politik und Verbrechen

Der Spiegel; 31/91; S.102 ff. --> LXII

Politik und Verbrechen

„Das war der Tod persönlich"

SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über den größten Chemie-Versuch an Menschen und seine Folgen (I)

Zu erzählen ist eine häßliche, verschlungene, lange Geschichte. Sie beginnt im Jahr 1956. Wann sie enden wird, weiß niemand.

Sie verbindet auf unangenehme Weise drei Menschen: Co Thi Ren, Lehrerin in der vietnamesischen Provinz Song Be, vor kurzem an Krebs erkrankt; Michael Landesman aus New York, früher Lieutenant der U. S. Army, jetzt an Krebs leidend; und Harri Garbrecht, Hamburg, ehemals Arbeiter in der T-Säure-Produktion von C. H. Boehringer Sohn, seit längerem besorgt über starke Halsschmerzen.

Drei US-Präsidenten sind in die Geschichte ebenso verwickelt wie 35 000 amerikanische Kriegsveteranen und 1500 deutsche Arbeiter; vor allem aber sieben Chemie-Firmen aus zwei Ländern.

Die lange Geschichte streift die Karriere von Richard von Weizsäcker, in den sechziger Jahren Geschäftsführer des Chemie-Unternehmens C. H. Boehringer Sohn, seit 1984 Bundespräsident.

Zu erzählen ist die seltsame Karriere der giftigsten Chemikalie, die Menschen je geschaffen haben.

•
•
•

In der Geschäftsleitung der Ingelheimer Konzernzentrale war für Personal und Soziales seit 1962 ein nicht mehr ganz junger Mann verantwortlich, von dem man heutzutage gemeinhin glaubt, er sei weißhaarig im Schloß Bellevue zur Welt gekommen. Einen Monat nach Harri Garbrecht hatte der Jurist und Bankier Richard von Weizsäcker seine Arbeit bei Boehringer aufgenommen.

Beide waren über persönliche Kontakte zum Chemie-Unternehmen gekommen. Der arbeitslose Former Garbrecht hatte von einem Kollegen gehört, daß das Hamburger Werk dringend Arbeiter suche, gut bezahle, ein billiges Mittagessen biete, das Arbeitszeug stelle und Weihnachten sogar Pakete an die Kinder seiner Beschäftigten verteile.

Den Bankier Weizsäcker gewann der Firmenchef Ernst Boehringer persönlich für das Unternehmen. Über das Gehalt und die Sozialleistungen ist nichts bekannt, wohl aber, daß der neue Mann fortan als Mitinhaber im Handelsregister geführt wurde. Weniger die beruflichen Erfolge des Bankiers – ihm gelang es, erstmalig in der Geschichte der kleinen Essener Privatbank Waldthausen einen Schalterbetrieb zu eröffnen –, sondern mehr die traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Familien hatten den Chemieboß auf Richard von Weizsäcker gebracht.

Ernst Boehringer herrschte in dem 4000-Mann-Betrieb wie ein Patriarch und suchte in Richard von Weizsäcker ein intellektuelles Pendant. Das Herz-Kreislauf-Mittel Catapresan, den Wehenhemmer Partusisten und andere Medikamente, aber auch Backpulver und Unkrautvertilger produzierte der Betrieb.

„Goldgerändertes Familienunternehmen" nannte das *Handelsblatt* seinerzeit den Konzern, und wie in jeder ordentlichen Familie achtete man im Hause Boehringer auf Disziplin und Sauberkeit: In den fünfziger Jahren stand der Seniorchef noch persönlich am Tor, um Verspätete nach Hause zu schicken; in den unruhigen Sechzigern flogen aufbegehrende Jugendvertreter raus, und bei Einstellungen war immer die Abstammung wichtig: „Als wohl einziger Großbetrieb in der Bundesrepublik beschäftigt Boehringer keine ausländischen Arbeitskräfte", schrieb 1970 die *Frankfurter Allgemeine*.

Personalvorstand Richard von Weizsäcker wurde schnell der engste Vertraute Ernst Boehringers, zu seiner Freude, zum Verdruß allerdings von dessen ehrgeizigen Nachkommen. Denen traute der Patriarch nicht zu, sein Werk fortzusetzen.

•
•
•

Am 29. Oktober 1956 diktiert Ernst Boehringer seiner Sekretärin einen folgenschweren Brief. Er ist an die Mediziner seines Hauses gerichtet, Durchschlag an die Vorstandsmitglieder.

•
•
•

Boehringer diktiert: „Wie schon zum Ausdruck gebracht, bitte ich, von einer Publikation der in der Arbeit Kimmig, Schulz und Sorge niedergelegten Erkenntnisse abzusehen." Kimmig und Schulz sind Ärzte an der Hautklinik des Hamburger Universitätskrankenhauses, Sorge ist Abteilungsleiter im Hamburger Boehringer-Werk. „Darüber hinaus halte ich es für erforderlich", fährt Boehringer fort, „daß der Bericht auch im eigenen Kreis vertraulich behandelt wird und nicht benötigte Exemplare der Arbeit zurückgezogen werden."

Der Bericht, dem Boehringers Sorge gilt, enthält eine wissenschaftliche Sensation. Die drei Wissenschaftler haben eine neue chemische Verbindung entdeckt, genauer gesagt, die tödliche Giftigkeit einer Verbindung, noch genauer: Sie haben die giftigste Chemikalie entdeckt, die Menschen je in die Welt gesetzt haben.

Die Geschichte dieser Entdeckung ist ebenso spannend wie abstrus.

Bereits seit der Aufnahme der Lindan-Produktion in den Boehringer-Werken Ingelheim (1946) und Hamburg (1951) klagen die Arbeiter über Pickel und Geschwüre, Potenzstörungen und Schlaflosigkeit. 1954 landet ein Erkrankter in der Hautklinik der Universität Hamburg. Der Assistenzarzt Karl-Heinz Schulz diagnostiziert eine schwere Chlorakne, eine seit der Jahrhundertwende bekannte Hautkrankheit unbekannter Herkunft.

Schulz setzt sich in die Straßenbahn und fährt mit dem Patienten an seinen Arbeitsplatz, die T-Säure-Abteilung des Boehringer-Werkes. Der Arzt trifft in der düsteren Halle auf eine Schar schwer pickelgesichtiger Männer, die schuppiges Trichlorphenol aus Fässern in einen Kessel schaufeln.

Schulz nimmt Proben aus allen möglichen Stufen des Produktionsprozesses mit und streicht diese Stoffe Dutzenden von Kaninchen auf deren sensible Ohren. Er will wissen, ob die Tiere Chlorakne bekommen und wo im Produktionsprozeß das Gift entsteht.

76 verschiedene Substanzen aus Ingelheim und Hamburg hat Schulz schließlich seinen Tieren aufgetragen, über die Hälfte erweist sich als giftig, ohne daß klar wird, welche chemische Verbindung in den verschiedenen Proben die Krankheit verursacht.

Wie giftig die geheimnisvolle Substanz ist, wird klar, als bei einem Treffen von Werksärzten ein Mediziner der BASF die Ergebnisse seiner Kaninchenversuche vorträgt. 1953 hatte es in der T-Säure-Produktion dieser Firma ein Unglück gegeben, das bei 42 Arbeitern schwere Hauterkrankungen verursachte.

Die eitrigen Furunkel seien aber nur die Anfangssymptome, berichtet der Werksarzt, die Kaninchen seien später an Lebernekrose verendet, selbst solche, „die nur im Käfig neben den Untersuchungstieren gesessen hatten".

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXII

Auch bei 3 seiner 31 Boehringer-Patienten entdeckt Schulz inzwischen Leberschädigungen. 15 Monate nach der ersten Untersuchung sind die Arbeiter mit entzündeten Furunkeln übersät. Sie klagen über Appetitlosigkeit und Schwächegefühle.

Ein Zufall hilft Schulz schließlich weiter. Der Laborant des Reinbeker Instituts für Holzchemie erscheint mit schwerer Chlorakne in der Hautklinik. Auf der Suche nach einem neuen Holzschutzmittel hatte der Leiter des Instituts reines Tetrachlordibenzodioxin hergestellt, ohne zu ahnen, welches Ultragift er produzierte. Beim Öffnen des Trockenschrankes war dem Laboranten der weiße Staub ins Gesicht geweht.

Zusammen mit dem Boehringer-Chemiker Georg Sorge prüft Schulz die Stufen der Säureproduktion durch und entdeckt, daß bei der Verwandlung von 1,2,4,5-Tetrachlorbenzol zu 2,4,5-Trichlorphenol das hochgiftige 2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) als Verunreinigung entsteht.

Eine Dosis von 0,00000005 Gramm reicht, um die Tiere in kurzer Zeit zu töten. Wenn Schulz ihnen das Dioxin stark verdünnt auf das Ohr streicht, bildet sich innerhalb von vier Tagen eitrige Chlorakne.

Um zu erfahren, ob es für den Menschen genauso giftig ist, pinseln sich Schulz und Sorge im Selbstversuch eine noch schwächere Lösung auf die Haut. Beide bekommen Chlorakne.

Besonders Sorge, Abteilungsleiter der T-Säure-Produktion bei Boehringer, ist in großer Aufregung. Er ahnt, mit welch tödlicher Substanz seine Arbeiter seit Jahren hantieren. „Ich leg' mein Labor ins Freie", sagt er zu Schulz, als er neue Versuche ankündigt, „ich mach' das abends, wenn keiner da ist. Ich will hier keinen zur Hilfe haben, ich mach' das alleine mit dem Zeug." Sorge wird später Selbstmord begehen.

Firmenchef Ernst Boehringer hat ihm untersagt, seine Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Dioxin zu veröffentlichen. Am 17. Oktober 1956 läßt er dies dem Vorgesetzten von Schulz, dem Hautklinikleiter Professor Joseph Kimmig, mitteilen. Am 7. November schickt Boehringer dem Mediziner sogar zwei seiner Leute ins Haus, um Schulz ebenfalls zum Schweigen zu bringen.

Boehringer fordert obendrein den Leiter seiner medizinischen Abteilung auf, „in geeigneter Weise auch auf Herrn Professor Oettel/BASF Einfluß zu nehmen, um ihn von der Beschäftigung mit diesem Thema mit dem Ziele einer Veröffentlichung abzuhalten".

Selbst an den erkrankten Laboranten aus dem Institut für Holzchemie denkt Boehringer. Er nutzt seine guten Beziehungen zur CDU, um den Dienstherrn des Bundesinstituts in das große Schweigen einzuspannen. Heinrich Lübke, damals noch Landwirtschaftsminister, untersagt dem Institut, öffentlich vor dem Dioxin zu warnen und die Substanz näher zu erforschen.

Chemiefirmen und Aufsichtsbehörden halten so dicht, daß die Öffentlichkeit erst im Juli 1976 durch das Unglück in Seveso von der bedrohlichen Substanz erfährt – 20 Jahre nach deren Entdekkung. Bis dahin sind allein im Hamburger Boehringer-Werk nach Berechnungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses 100 Kilogramm von dem Gift in die Welt gesetzt worden, das schon in minimaler Dosis lebensgefährlich ist.

•
•
•

Garbrecht und seine Kollegen nehmen den feinen Dioxinstaub über die Atemluft und die Haut auf. In täglich geringen Mengen zwar, aber da Dioxin gut fettlöslich ist, lagert es sich im Körper ab, summiert sich und wird innerhalb von sieben Jahren nur um die Hälfte wieder abgebaut.

Ein nicht bei Boehringer beschäftigter Mensch hat durchschnittlich 7 ppt Dioxin im Körper – das sind 0,000000007 Gramm je Kilogramm Körperfett. Bei einem an Dickdarmkrebs verstorbenen Arbeiter aus der T-Säure-Produktion wurden später 1100 ppt Dioxin gefunden, bei einem anderen 2252 ppt. Garbrecht wurde später, 14 Jahre nach dem Ende seiner Arbeit in der T-Säure-Abteilung, ein zehnfach überhöhter Dioxinwert attestiert.

Über die Gefahren erfährt Garbrecht nichts, solange er bei Boehringer arbeitet. Harmlos wie Backpulver sei die T-Säure, wird ihm gesagt. Bei extremer Dampfentwicklung setzen die Männer an den Kesseln Gasmasken auf.

•
•
•

Die Dioxine durchdringen „ohne Hindernis die Blut-Hirn-Schranke und schädigen das Zentralnervensystem", steht in einem der vielen Gutachten, die in Garbrechts Wohnzimmerschrank liegen. Im Falle des Patienten liege „eindeutig eine durch Dioxin-Exposition hervorgerufene neurologische Abnormität im Sinne eines toxischen neurasthenischen Syndroms vor", schreibt einer der Ärzte, die Garbrecht bisher inspiziert haben.

Gedächtnisausfälle, Weinkrämpfe, Impotenz, Lethargie, Selbstmordtendenz – Harri Garbrecht durchlebt alle Symptome, die schon 1961 die Studie über Boehringers Dioxinkranke beschrieben hatte.

•
•
•

Die Werksleitung machte sich Sorgen um ihn. Harting, der den Tag gewöhnlich regungslos im Sessel verbringt, erwacht aus seiner Gleichgültigkeit und erzählt im Ton seines besorgten Arbeitgebers: „Also, Herr Harting, nun hören Sie mal auf. Wo sollen wir Sie denn noch hinstellen, ewig sind Sie krank. Die Kollegen können doch nicht ewig für Sie mitarbeiten."

Solche Klagen mußten sich viele Arbeiter anhören, und sie zeigten Wirkung. „Denn arbeiten bei Boehringer", sagt Harting, „das war etwas Besonderes. Der Betrieb war wie eine große Familie, da arbeitete jeder für den anderen mit."

Bereits bei Mannesmann, der ersten Station seiner Industriekarriere, hatte Richard von Weizsäcker Interesse für die Belange der Belegschaft gezeigt. Er saß als Jurist in der Personal- und Sozialabteilung.

Der Justitiar des Unternehmens, Günter Geißeler, hatte ihn dort untergebracht, weil der junge Mann während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seinen Vater Ernst von Weizsäcker so geschickt verteidigte. Günter Geißeler saß im Prozeß dem Schwerindustriellen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach zur Seite.

Weizsäcker und er als sein Vorgesetzter hätten beide schnell gemerkt, erinnert sich Geißeler im Buch „Richard von Weizsäcker. Profile eines Mannes" an die gemeinsame Zeit in der Personalabteilung, daß der deutsche Arbeiter „sich in seiner Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft nicht vom deutschen Soldaten unterscheide".

Beide waren während des Krieges Adjutanten eines Infanterieregiments gewesen. Das habe sie gleichermaßen geprägt, meint Geißeler: „Im Kriege hatten wir gelernt, daß Fürsorge für die Truppe eine der vornehmsten Aufgaben des Offiziers ist. Jetzt hatten wir Fürsorge für die Belegschaft zu üben. Das war eine sehr befriedigende Arbeit."

Bei Boehringer sei Richard von Weiz-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

säcker durch großen Ehrgeiz und Zielstrebigkeit aufgefallen, sagt ein Jurist aus der damaligen Firmenspitze. Weizsäcker ist zu jener Zeit im sechsköpfigen Vorstand auch für die Rechtsabteilung verantwortlich, doch deren erfahrene Leiterin pflegt lieber das direkte Gespräch mit Ernst Boehringer, an ihrem neuen, strebsamen Vorgesetzten vorbei.

Gegenüber dem Leiter der Personalabteilung setzt sich Richard von Weizsäcker jedoch durch, die Personalprobleme gelangen über ihn in die wöchentlichen Sitzungen der Geschäftsführung. Arrogant den Untergebenen gegenüber, zäh um mehr Einfluß auf das Unternehmen ringend – so beschreiben Boehringer-Leute seinen Karrierestil.

Nur selten wird er in den Ingelheimer Betriebshallen gesehen. Das Hamburger Werk, die einzige Zweigniederlassung von C. H. Boehringer Sohn, betritt der Personalvorstand Weizsäcker nie.

Daß die Fürsorge für die Hamburger Werksfamilie mangelhaft ist, muß der Boehringer-Geschäftsführung klar sein. Als später die Delegation eines tschechischen Chemiebetriebes, in dem laufend Chlorakne auftritt, die hygienischen Bedingungen in der Hamburger T-Säure-Abteilung studieren möchte, wird das schamvoll abgelehnt. Die Vorstellung der Tschechen, „daß wir mit deutscher Gründlichkeit einen extrem sauberen Betrieb . . . betreiben, mußten wir enttäuschen", heißt es im Besuchsbericht an den Vorstand.

„Die Pflanzen schützen, den Menschen nützen" – nach dieser schönen Philosophie wird im Hause Boehringer produziert. Der Dreck, den die Familie dabei macht, wird sorgfältig vergraben.

Zunächst auf dem Werksgelände, solange sich noch ein freies Plätzchen in der Erde finden läßt. Dann wächst über der Erde langsam das „Delta"-Gebirge (Höchststand 1964: 3000 Fässer) und die „Alpha"-Halde (Rekordmarke 1965). Die Arbeiter und Anwohner nennen sie den „Mottenpulverberg". Das weiße, stinkende Pulver fliegt bei starkem Wind durch die Nachbarschaft.

Weil es auf dem Firmengelände eng wird, läßt Boehringer Ende 1964 insgesamt 696 Fässer mit Delta-Paste im Atlantik verschwinden und beginnt gleichzeitig, Hamburgs Deponien zu verseuchen. Insgesamt 7600 Tonnen Chemieabfall, belastet mit etwa 15 000 Gramm TCDD, habe das Unternehmen abgekippt, stellt später ein Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft fest. 250 Gramm Dioxin haben in Seveso gereicht, um einen Landstrich von 270 Hektar zu entvölkern.

•
•
•

Der Personalvorstand Richard von Weizsäcker ist Mitte der sechziger Jahre noch kein grauhaariger Mann, aber die besorgten Magenfalten, die später im Gesicht des Präsidenten Ausdruck von stetigem Mitgefühl sein werden, haben sich schon formiert. Im sechsten Stock der Konzernzentrale, gleich neben dem Büro des Firmenvaters, tüftelt er mit Blick auf die Forschungslabors an den zukunftsweisenden Entscheidungen des Unternehmens. Er hat auch die Leitung der Stabsabteilung übernommen. „Ernst Boehringer übergab ihm Sonderaufgaben, die er bis zur Entscheidungsreife bearbeitete", sagt ein Mann aus der damaligen Firmenspitze.

Im biographischen Standardwerk „Richard von Weizsäcker" von Werner Filmer und Heribert Schwan wird die Entwicklung des Personalvorstandes zum Co-Strategen des Unternehmens so beschrieben: „Dem leidenschaftlichen, impulsiven Unternehmer Boehringer bot Weizsäcker eine Art Korrektiv für unzählige neue Geschäftsideen. Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung."

•
•
•

Schon 1956, als der Öffentlichkeit die Entdeckung des hochgiftigen Dioxins verheimlicht wurde, hatten die Deutschen die Chlorphenol-Hersteller auf ihr Dioxin-Know-how aufmerksam gemacht, allerdings ohne große Resonanz. Der US-Firma Diamond Alkali beispielsweise, die nach einer Dioxinverpuffung einen Toten beklagte, war das Boehringer-Wissen zu teuer.

Dow Chemical aber will das deutsche Verfahren kaufen, und beide Unternehmen beschließen am 11. Dezember 1964 enge Kooperation bei der Chlorphenol-Herstellung. Bereits am 28. Januar 1965 teilen die Amerikaner mit, daß sie dank der Boehringer-Hilfe nun zuversichtlich seien, ohne heftige Chlorakne weiterproduzieren zu können. Allerdings fragen sie vorsichtshalber nach „Leberschnitten von Chlorakne-Schäden". Boehringer besorgt sie aus dem gutbestückten Kabinett des Doktor Schulz.

Es sei nicht länger nötig, den Boehringer-Leuten „einen Scheck über den Kopf zu halten", schreibt ein Dow-Forscher daraufhin seinen Vorgesetzten. Auch wenn man den Deutschen jetzt schon die volle Summe zahle, könne man zukünftig mit ihrer Hilfe rechnen.

Die hohe Zahlungsmoral und die große Eile haben denselben Grund: Es wartet das schnellste und dickste Geschäft in der Geschichte des Dioxins. Millionen Tonnen T-Säure liegen (buchstäblich) in der Luft: Sie sollen im Auftrag der amerikanischen Armee produziert und auf der anderen Seite der Erde von Flugzeugen versprüht werden, über dem dichten Dschungel Vietnams.

Wer meint, daß auf diese Weise ein friedlicher Unkrautkiller militärisch zweckentfremdet wird, irrt. Endlich gelangt das 2,4,5-T im Sinne seiner Erfinder zum Einsatz: als chemische Waffe.

Denn 2,4,5-T ist in den Labors der Militärs zur Welt gekommen, 1944, als die Amerikaner nach kriegsentscheidenden Waffen gegen die Japaner suchten. Die Chemiker in Fort Detrick (USA) kämpften gegen die Atomphysiker in Los Alamos (USA) – der Touch-down von Hiroschima entschied die Schlacht. Der Frachter mit der Säure, die den Großteil der Reisernte vernichten sollte, drehte kurz vor dem Ziel ab.

•
•
•

Das von Ernst Boehringer verordnete Schweigen galt nicht so sehr der Konkurrenz als vielmehr der Öffentlichkeit: Die einträgliche Säure sollte in Ruhe weiterproduziert werden können. Bei einem Mann kamen Boehringers Boten damals allerdings etwas zu spät: Hautarzt Schulz hatte schon auf einem Dermatologen-Kongreß über TCDD als Auslöser der Chlorakne referiert. So erfuhr zumindest die Fachwelt von der Entdeckung.

Irgendwie erreichte die Nachricht vom tödlichen Fund auch das Chemical Corps der U. S. Army. Der Leiter der Abteilung Wirkstoff-Forschung reiste 1959 nach Europa, um die Kriegstauglichkeit des neuen Hamburger Giftes zu prüfen. Sein Fazit: „Dioxin darf nicht für die chemische Kriegführung eingesetzt werden, weil es zu tödlich ist." Der Report verschwand im Archiv, wie dem Buch „Supergift Dioxin" von Hans-Dieter Degler und Dieter Uentzelmann zu entnehmen ist.

Heinrich Lübke, damals noch Landwirtschaftsminister, warnte vor dem billig herzustellenden TCDD als möglichem Kampfstoff. Im Hause Boehringer konnte man sich den Einsatz von Dioxin zu Verteidigungszwecken vorstellen. Gegen ABC-geschützte Fahrzeuge allerdings, gab man zu bedenken, wäre ein mit TCDD verseuchtes Gelände wirkungslos.

Das Dioxin an die Front schaffen ließ schließlich Präsident John F. Kennedy. Er genehmigte im November 1961 das Versprühen der dioxinhaltigen T-Säure über den Dschungeln Vietnams. Ziel: Entlaubung der Wälder und Zerstörung der Reisfelder, um dem Vietcong Dekkung und Nahrung zu nehmen.

•
•
•

15 Herbizide wurden getestet; „Agent White", „Agent Blue" und „Agent Orange" waren die wirksamsten. Das wegen seiner schnellen Zerstörung bevorzugte Agent Orange enthielt 50 Prozent T-Säure-Ester.

Captain James R. Clary, der den Giftwaffeneinsatz mit vorbereitete und den Abschlußbericht der Air Force verfaßte, gibt heute zu, daß die hohen Dioxinmengen in der T-Säure bekannt waren. „Wir dachten, daß nur der Feind das

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Zeug abbekommt. Darum machten wir uns keine Sorgen. Konnten wir ahnen, daß unsere eigenen Soldaten dadurch vergiftet wurden?"

Er selbst habe sich immer von dem Zeug ferngehalten, „weil wir wußten, daß Dioxin hochgiftig ist, im Verdacht stand, krebserzeugend zu sein". Clary war Anfang der sechziger Jahre als Biologe in der B-und-C-Waffen-Division der Air Force. „Es gab Wissenschaftler, die gewarnt haben vor Dioxin: Das sei in jeder Konzentration gefährlich. Und es gab welche, die sagten, in dieser hohen Konzentration ist es gefährlich."

Allen Bedenken zum Trotz lief die „Operation Hades" an, wie die Militärs mit ihrem Sinn für Humor die Aktion nannten. Die amerikanischen Soldaten in den Sprühflugzeugen flogen, ganz Unterwelt, in Zivil und wußten, daß die US-Regierung im Falle ihrer Gefangennahme ihren Auftrag bestreiten würde.

Nach Ende der Testphase, in der vor allem Straßenränder entlaubt wurden, hieß das Unternehmen ganz offiziell und vertrauenerweckend Operation „Ranch Hand" (Farmgehilfe), und deshalb leerten die Piloten ihre 3800-Liter-Tanks nun immer öfter über Reisfeldern. Präsident Kennedy sorgte sich in einem Fernschreiben an seinen Saigoner Botschafter, ob das Abwurfsystem auch genau genug sei und genügend Zielgebiete mit erntereifen Pflanzen erreicht werden könnten.

⋮

Als 1963 die ersten Gerüchte über den Einsatz chemischer Waffen in den USA kursierten und ein mißtrauischer Kongreßabgeordneter den Präsidenten an das Versprechen seiner Vorgänger Roosevelt und Eisenhower erinnerte, die USA würden unter keinen Umständen als erste chemische Waffen einsetzen, ließ John F. Kennedy das Versprühen von Unkrautvertilgern herunterspielen. Es gehe nur um kleine Mengen, und die seien ungiftig.

⋮

Die Aussicht auf das Jahrhundertgeschäft treibt die großen Säureproduzenten an einen Tisch. Am 24. März 1965 hält das amerikanische Dioxinkartell im Hause von Dow Chemical in Midland „The Chloracne Problem Meeting" ab. Vertreter von vier Firmen tauschen Leberschnitte, Kaninchenohren und Krankenberichte und sind sich darüber einig, daß sie in einer „Gefahrenzone" produzieren. Ihre Hauptangst: daß ihre zivilen Kunden, die den Unkrautvernichter versprühen, dieselben häßlichen Pickel bekommen wie ihre Arbeiter.

Wenn das passiere, so der Dow-Abteilungsdirektor Verald Keith Rowe, dann wäre „die gesamte 2,4,5-T-Industrie hart getroffen", und der Gesetzgeber würde „den Stoff entweder verbieten oder sehr scharf kontrollieren".

Den Toxikologen von Dow Chemical, das beweisen Firmenpapiere, ist klargeworden, mit welch unangenehmer Substanz sie es zu tun haben: Dioxin habe bereits bei vielen Arbeitern Leberschäden verursacht; Wasser und Seife seien vollkommen untauglich, um kontaminierte Haut zu reinigen; am besten sei es, so die Anweisung an die Laborarbeiter, jeden Hautkontakt zu vermeiden.

Am 3. März 1965 wird Boehringer eindringlich von Dow gewarnt, auch Tetrachlorbenzol, ein Zwischenprodukt der T-Säure-Herstellung, sei „überraschend giftig". Boehringer warnt zurück, daß die Verbrennung der Produktionsrückstände gefährlich sei, weil Dow Chemical auf diese Weise das darin enthaltene Dioxin per Schornstein über ganz Midland blase. Man solle das Gift lieber „zur Versenkung bringen".

⋮

Bis Ende 1965 hat die Army 3,9 Millionen Liter Herbizide in Vietnam versprüht, 10 Millionen Liter für 1966 bestellt und 20 Millionen Liter für 1967. Macht zusammen 64 Millionen Dollar und 81 600 Gramm Dioxin.

Der New Yorker Michael Landesman besucht Anfang 1966 die Columbia Graduate School; er ist 24 Jahre alt und studiert Wirtschaft. „Free the world", das sei wichtiger, als zu Ende zu studieren, erzählt er seinen Kommilitonen Er beschließt, als Freiwilliger nach Vietnam zu gehen, dorthin, wo schon 300 000 junge Amerikaner kämpfen.

Die zwölfjährige Co Thi Ren aus dem Dorf Xa läuft jeden Morgen zur Schule, seit Beginn des Jahres 1966 um allerlei Bombenkrater herum. Sie liest sehr gern, wenn sie ihren Eltern mal nicht auf dem Reisfeld helfen muß, und möchte Lehrerin werden.

Harri Garbrecht hört 1966 zum erstenmal das Wort „Vietnam" bei Boehringer. Das Zeug da drüben, das ginge alles nach Vietnam, habe sein Meister gesagt und zum riesigen Alpha-Berg gezeigt, der im Laufe der Jahre auf dem Betriebsgelände gewachsen war.

⋮

„Sind alle, die an irgendeiner Macht sind, Lumpen?" fragt Richard von Weizsäcker am 6. November 1965, so gegen 10.30 Uhr. „Diese Welt ist so verworren und kompliziert geworden, daß auch größte Geister oft vergeblich um die Übersicht ringen."

Nicht seinen Arbeitern redet der Personalvorstand von Boehringer zu, sondern Eltern, Lehrern und Schülern. In der Turnhalle von Ober-Ingelheim nutzt er ein Schuljubiläum, um einen seiner Festvorträge zu halten, die ihn später so berühmt machen. Er ist aus der Boehringer-Geschäftsführung der einzige, der Interesse an der Ingelheimer Lokalpolitik zeigt.

Der Referent des Landesverbandes der Chemischen Industrie, Helmut Kohl, Fraktionsvorsitzender im Mainzer Landtag, hat, auf der Suche nach Nachwuchstalenten, bereits Gefallen gefunden an dem eloquenten Industriegeist und aktiven Protestanten Weizsäcker: Einen Teil seiner Arbeitszeit darf der Geschäftsführer dem Präsidium des Kirchentages widmen. Wirtschaft und Kirche, Geld und Moral – als personifizierte Union ist er äußerst interessant für die CDU.

⋮

Die an ihm zu bewundernde Fähigkeit, die komplizierte Welt in einfache Worte zu fassen, ist schon entwikkelt, auch wenn es noch nicht um Apartheid, Oder-Neiße oder Israel geht, sondern um den mangelhaften Schulsport: „Wer kein Gefühl für den Leib bekommt, gewinnt ihn auch nicht für den Geist und den ganzen Menschen."

⋮

Ein entlaubter Wald sei ein gutes Kampfgebiet gewesen, sagt Michael Landesman böse lächelnd. „Du konntest dich nicht mehr verlaufen." Denn verirrt habe er sich verdammt oft in Vietnam, er sei schlotternd und allein durch den Dschungel gestolpert, ungefähr so wie die Jungs im Film „Platoon".

Braun sei der besprühte Dschungel gewesen, wie verfault, mit schlappen, verkrüppelten Blättern. Das letzte Grün war die Tarnfarbe der Kampfanzüge. „Wir wußten nichts, nicht mal den Namen Agent Orange. Das Zeug kam aus unseren C-123-Maschinen, also war es in Ordnung. Klar?! Wen willst du fragen, wir waren mitten im Nirgendwo!"

⋮

Die Pillen sollen seine Krebszellen abtöten. Landesman hat Chronisch-lymphatische Leukämie, die sich zum Non-Hodgkins-Lymphom entwickelt, eine unter Vietnam-Veteranen verbreitete Krebsart. Bei Boehringer in Hamburg sind fünf Arbeiter daran gestorben.

Die Untersuchung von verstorbenen U. S. Marines ergab, daß diejenigen, die in Agent-Orange-Gebieten kämpften, eine um 110 Prozent erhöhte Non-Hodgkins-Rate hatten.

⋮

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Der Spiegel; 26/89; S.40 --> LXVI

Auf ihrem Schulweg habe sie ein paarmal laute Flugzeuge am Himmel gesehen, erzählt Co Thi Ren, „die Wolken sprühten". Die Männer hätten sich dann Tüten über den Kopf gestülpt, die Frauen und Kinder seien unter Büschen in Deckung gegangen.

Am nächsten Tag habe ihre Haut gejuckt, später habe sie sich geschält. Andere Kinder hätten schwarze Pickel bekommen, einige sogar schwarze Haut, flüstert ihre Mickymaus-Stimme.

•
•
•

Als sie vor vier Monaten vom Krankenhaus ihrer Gemeinde nach Saigon geschickt wurde, war sie glücklich, frisch verheiratet und schwanger – zum ersten Mal. Sie hatte Lust auf Saures und ein hoffnungsvolles Spannen in der Brust.

An der violetten Verfärbung ihrer Schamlippen sahen die Ärzte, daß sie in der Gebärmutter eine Entzündung haben mußte. Dafür sprachen auch die einsetzenden Blutungen und die Schmerzen. Der Ultraschall und die Urinprobe brachten die Gewißheit – sie hatte kein Kind in der Gebärmutter, sondern einen Tumor. Ein Chorionkarzinom. In den ersten Monaten löst dieser Krebs im Körper einer Frau schwangerschaftsähnliche Empfindungen aus.

Das Chorionkarzinom ist so heimtückisch wie selten, in Europa noch seltener als in Südostasien. In Südvietnam hat sich seine Häufigkeit seit den Jahren des Dioxinregens verfünffacht. Frauen aus besprühten Gebieten bekommen zudem viermal öfter Blasenmole – eine Wucherung der Plazenta, die den Embryo vernichtet – als andere Vietnamesinnen. Die Zahl der Totgeburten stieg in diesen Landstrichen um bis zu 2600 Prozent.

Der Spiegel; 31/91; S.102 ff.

„Das Judentum hat ausgeträumt"

Die Nazi-Vergangenheit der führenden CDU-Spendensammler

Helmut Kohl hatte nur eine vage Erinnerung. „Buwert? Buwert?" fragte er zögernd im Mainzer Parteispendenausschuß, um dann zu ergänzen: „Ich habe Dr. Buwert vor ein paar Jahren, glaube ich, einmal gesehen. Er ist doch von der Staatsbürgerlichen Vereinigung?"

Das war reichlich untertrieben, Hans Buwert ist schließlich nicht irgendwer. Er war Gründungsmitglied der Staatsbürgerlichen Vereinigung (SV), prüfte deren Bilanzen, führte die Geschäfte und war ihr Präsident. Er habe „mit Hilfe einer Sekretärin", schrieben Steuerfahnder, „den vor dem Finanzamt verborgenen Spendenhandel organisiert".

Vor dem Untersuchungsausschuß sollte Kohl, vormals Ministerpräsident in Mainz, im Juli 1985 Auskunft geben, was er von den Aktivitäten der Geldsammelstellen im Lande wußte und ob er die Rolle der SV als Geldwaschanlage und Finanzierungsinstitut der Union kannte.

Mag sein, daß Kohl eine engere Verbindung zu Buwert abstritt, weil er sich nicht dem Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung aussetzen wollte; mag aber auch sein, daß ihm die Nähe zu den Vereinslenkern aus anderen Gründen peinlich ist.

Denn in der SV waren, bislang in der Union schamhaft verschwiegen, etliche alte Nazis am Werk. Deren Vergangenheit war in der Unionsspitze bekannt, störte aber nicht, solange das Geld floß.

Buwert, Berliner des Jahrgangs 1897, war seit 1935 Hauptschriftleiter des NS-Kampfblattes „Die nationale Wirtschaft", das er zehn Jahre lang redigierte. Über die Zeitschrift schrieb er, ein Protegé des Ministers, Reichsführers des „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes" (NSRB) und späteren Generalgouverneurs im besetzten Polen Hans Frank: „Sie will ein Spiegelbild nationalsozialistischen Wollens sein und den großen Kreis der Wirtschaftsrechtler geistig und weltanschaulich einigen."

Parteigenosse Buwert war vielfältig einsetzbar: als Redner („Arbeitsbeschaffung durch Verbrauchslenkung") und Autor im „Nationalsozialistischen Jahrbuch", als Mitarbeiter der „Deutschen Arbeitsfront" oder als Ausschußmitglied der „Akademie für Deutsches Recht".

Im April 1938 ernannte Minister Frank den NSRB-Spitzenfunktionär zum „Reichsuntergruppenwalter Wirtschaftstreuhänder", womit Buwert der oberste seiner Gilde war; im ersten Kriegsjahr wurde ihm „die Aufgabe der Rationalisierung der gesamten Industrie im Sudetengau übertragen", wie die „Nationale Wirtschaft" berichtete.

Im dritten Kriegsjahr formulierte sein Blatt: „Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus" sei der „goldene Traum des Judentums in Deutschland, als erstem Land Europas, ausgeträumt". Als der Krieg schon als verloren galt, feuerte Buwerts Blatt noch mal an: „Die Parole für das 5. Kriegsjahr: Noch mehr, noch besser, noch schneller produzieren!"

Sein Chef im NSRB, der 1966 verstorbene ehemalige Flak-Hauptmann der Reserve, Otto Mönckmeier, war bei der Wortwahl manchmal noch markiger. Der promovierte Jurist, NSDAP-Mitglied seit 1930, empfand sein Amt, so schrieb er 1935, „als Kampf auf Leben und Tod gegen das liberalistische Lebensprinzip und seine Entartungserscheinung, die marxistische Ideologie".

Einfluß hatte er auch. Seinem Minister schlug Mönckmeier im Frühjahr 1939 vor, den „Reichsbankdirektor Dipl.-Kfm. Pg. Karl Blessing" zum „Reichsuntergruppenwalter" der Betriebswirte im NSRB zu ernennen. Frank erfüllte die Bitte. Nach dem Krieg wurde Blessing Präsident der Bundesbank.

Beim Übergang vom Dritten Reich in die Demokratie hatten auch Buwert und Mönckmeier kaum Probleme. Im Kreise alter Kameraden bauten sie die SV auf. Mit deren Geldern wurden auch der „Bund Freiheit der Wissenschaft", die „Notgemeinschaft für eine freie Universität, Berlin" und das „Notopfer Schlesien e.V." gefördert.

Der Spiegel; 26/89; S.40

Ein Bindeglied zwischen den Wirtschaftsapparaten der Gesellschaftsplaner und den politischen Apparaten der Planungsbehörde.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

LXVI

2.1.4.4. Westliches Weltwirtschaftskartell

Das westliche Weltwirtschaftskartell ist jedoch nicht DAS KAPITAL als gleichförmiger Herrschaftskörper mit einer Führungsperson an der Spitze. Es ist ein planwirtschaftlicher Zusammenschluß der führenden Kapitalisten zu einem Kartell, mit dem sie die Möglichkeiten der gegenseitigen Konkurrenz - zum wechselseitigen Vorteil der Risikoverminderung für den einzelnen - auf ein sehr geringes Maß zurückschraubten. Die Zusammenkünfte dieser Weltwirtschaftskartelle zur Absprache und zum Abstecken gemeinsamer planwirtschaftlicher Handlungs- und Verhaltensräume können wir in den Wirtschaftsnachrichten sehr gut verfolgen. So traf sich die CrÜme de la CrÜme des europäischen Managements im Frühjahr 1989 - als informelles Interessenskartell - im Stuttgarter Neuen Schloß zur Festlegung wirtschaftspolitischer Verhaltensregeln und Wettbewerbsgrenzen innerhalb des neuen europäischen Binnenmarktes 1992. Ihr Thema war: "Konkrete Konsequenzen für politische Weichenstellung sowie unternehmerische Strategien und Entscheidungen, wie sie der vollendete Binnenmarkt verlangen und ermöglichen wird."
(Der Spiegel 23/89)
D.h., an der Spitze dieses Weltwirtschaftskartells finden immer noch - nach abgesteckten wirtschaftspolitischen Verhaltensregeln und Wettbewerbsgrenzen - Machtkämpfe statt. Jeder einzelne und jede Gruppe der führenden Kapitaleigner versucht, mehr Einfluß und Kapital zu gewinnen, um so die Führungsrolle innerhalb des Kartells zu übernehmen.

> <u>Da es sich bei den führenden Kapitaleignern innerhalb des westlichen Weltwirtschaftskartells um eine kleine überschaubare Gruppe handelt, tritt wegen der entstehenden Gruppendynamik der Anteil am Eigentum langsam in den Hintergrund.</u> Der einzelne Kapitaleigner bezieht sich zur Herrschaftsausübung zunehmend auf informelle Gruppenstrukturen, zwischenmenschlichen Beziehungen und Interessengruppen, so daß sich informelle Herrschafts- und Machtstrukturen innerhalb des Kartells ergeben, die auf zwischenmenschlichen Beziehungen basieren und auf die sich in immer stärkerem Maße die Macht verlagert, so daß der wirtschaftliche und politische Einfluß - der sich nur aufgrund des persönlichen Anteils am Eigentum ergibt - zwangsläufig in den Hintergrund tritt.

Mit der Beschreibung "aller Handelsebenen" sowie der Verquickung von Staat, Regierung, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen sind wir beim wahren Ge-

sicht des westlichen Weltwirtschaftskartells angelangt. Erst hieraus läßt sich das scheinheilige Winden und Wenden des Kapitals erklären und die Ursache, warum es systematisch alle Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen ergreift. Alle menschenverachtende Handlungsweisen und Vorgehensweisen werden mit dieser ursächlichen Sichtweise zum Kapitalismus erklärbar und verständlich. Das westliche Weltwirtschaftskartell, welches meiner Ansicht nach heute schon besteht und unter sich die weltwirtschaftspolitischen Herrschaftsbereiche aufteilt, ist nur die größte und mächtigste Ausdrucksform desselben uns alle umklammernden Eigentumsrechts.

Den gelegentlich noch stattfindenden marktwirtschaftlichen Verdrängungskampf deute ich als Machtkampf innerhalb des Kartells, der zwischen den einzelnen Personen und informellen Gruppenzusammenhängen stattfindet.

Die tatsächlich international bestehende Einheit von Staat, Wirtschaft und Verbrechen - die Welt ist nur noch in Interessensphären der einzelnen ***informellen Kartellgruppen*** aufgeteilt, deren Wirtschaftsgrenzen unscharf, undeutlich und verschwommen sind - paßt nur zu gut ins Bild. Dies ist die einzige sinnvolle Schlußfolgerung, die sich aus den geschilderten Tatsachen und Sachzusammenhängen ableiten und sich aus der heutigen Weltrealität überdeutlich entnehmen läßt. Nur so sind z.B. die zwischen den USA und der EG geschlossenen In- und Exportverträge erklärbar, die eine genaue planwirtschaftliche Quotenregelung für den Austausch bestimmter Güter (Stahl, Weizen, etc.) im Interkontinentalen Handel festlegen. Denn ein freier Welthandel oder eine freie Marktwirtschaft kann dies unmöglich sein. Und welchen anderen Grund sollte es für eine Supermacht wie die USA für eine Einmischung in den Welthandel schon geben, als daß die wirklichen Interessen dieses Staates von einer in ihm vorherrschenden informellen Kartellgruppe bestimmt werden?
Ist es nicht so, daß in den USA nur der Präsident werden kann, der entweder schon reich ist oder seinen Wahlkampf von den amerikanischen Konzernen finanziert bekommt, so daß die vorherrschenden informellen Kartellgruppen, in deren Schuld der Präsident steht, mit seiner Wahl bestimmt sind?
Was bleibt denn hier an demokratischer Entfaltungsmöglichkeit, wenn Wirtschaft und Politik ein solches Bündnis eingehen?

Des weiteren können wir z.B. eine weltwirtschaftspolitische Verhaltensregel als Wettbewerbsgrenze sehr deutlich bei den multinationalen Mineralölkonzernen beobachten. Diese stellen insgesamt eine Kartellgruppe dar und steuern durch Preisabsprachen die internationale Preisentwicklung für Mineralöl, indem sie gemeinsam ihre Preise erhöhen oder senken. Sie sind es auch, die die Entwicklung anderer Kraftstoff-Motoren blockieren und so den technischen Fortschritt und Umweltschutz behindern. Sie kauften und kaufen z.B. alle Patente für Wasserstoffmotoren (Firma Exxon), die zum Teil in ihren Raffinerien schon seit Jahrzehnten laufen und mit denen sie das in den Raffinerien entstehende Abfallprodukt Wasserstoff sinnvoll verwerten. Verhindern wollen sie, daß z.B. im

Straßenverkehr noch andere kraftstoffbetriebene Motoren in Umlauf kommen und ihnen ihr "gutes Geschäft" mit dem Kraftstoff Mineralöl versauen. Gleichzeitig bauen sie mit einem solchen Schritt vor, denn irgendwie muß es ja weitergehen, wenn wir alles Mineralöl verfeuert haben!

Genau das gleiche Spiel können wir in der Konsum- und Verschleißwirtschaft beobachten. Eine Wettbewerbsgrenze für das Weltwirtschaftskartell ist die unbedingt einzuhaltende Verschleißwirtschaft, die den Waren-Geldkreislauf erhalten und die über die Konsumgesellschaft errichtete wirtschaftspolitische Herrschaft sichern soll. Ein gutes Beispiel findet sich hierfür in der Automobilindustrie. Die Personenkraftfahrzeuge halten 12 Jahre anstatt der heute möglichen 120-150 Jahre, obwohl eine längere Lebensdauer kaum höhere Produktionskosten verursacht und von einer Firma angeboten, der Verkaufsschlager auf dem Weltmarkt für einen internationalen Marktverdrängungskampf wäre! Trotzdem geschieht dies nicht, was einen totalen Widerspruch zur kapitalistischen Marktwirtschaftsideologie und dem freien Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte darstellt. Die künstliche Verkürzung der Lebensdauer von Personenkraftfahrzeugen ist eine der Wettbewerbsgrenzen, die als wirtschaftspolitische Verhaltensregel weltweit eingehalten und als Gebot zur Erhaltung der Konsumgesellschaft international vom Weltwirtschaftskartell nicht überschritten wird!

So kann ich die Entrüstung, die Prof. Dr. Wolfgang Kartte (seit 1976 Präsident des Bundeskartellamtes in Berlin) in seinem Spiegel Essay, "Europa, ein Rollfeld für Multis?", äußert, überhaupt nicht nachvollziehen. Er ist schockiert über das Thema des europäischen Managements beim Treffen im Stuttgarter Neuen Schloß, dessen Vorbereitung in den Händen von McKinsey/Deutschland lag. Aufgebracht, nachdenklich und vielleicht endlich wach schreibt Kartte zu diesem Tagungsthema:

Welche politischen Weichen sollten gestellt werden? McKinsey-Chef Herbert Henzler ließ die Katze aus dem Sack: Als Hauptgewinner von "Europa 92" sieht er die international tätigen Unternehmen an. Die multinationalen Konzerne, die großen Gewinner im Machtgefüge, sollten sich, so sein Rezept, in möglichst vielen Ländern als good local citizen zeigen. Allerdings müßten die Bürger sich mit einem abfinden: Sozialpolitische Forderungen werde der Staat schon deshalb immer weniger erfüllen können, "weil die globalen Unternehmen sich der nationalen Kontrolle entziehen".

Die Standortwahl der Multis folge objektiven Kriterien. Aber ihre Infrastrukturmaßnahmen hätten, neben ökonomischen Gesichtspunkten, "auch weltwirtschaftliche Verantwortung" zu berücksichtigen. Dem Staat, dem großen Verlierer, wird nur noch eine bescheidene Aufgabe zugewiesen, nämlich die "Vision Europa" zu vertreten und zu zeigen, welche Rolle er "im Zusammenwirken mit Unternehmen, Konsumenten und Arbeitnehmern" noch spielen könne.

Das ist schon starker Tobak. Die Multis entziehen sich der Kontrolle durch den Staat, reklamieren bei ihren Investitionen weltwirtschaftliche Verantwortung und der Staat soll um seine verbleibende Rolle mit ihnen ringen.
(Der Spiegel, 23/89)
Ich kann es kaum glauben. Ist Wolfgang Kartte wirklich so naiv? Springen denn die wirtschaftspolitischen Vorgänge jedem aufgeschlossenen Beobachter nicht schon längst in die Augen?

Ich glaube, daß Herbert Henzler nur die Wahrheit aussprach und diese sowieso schon Realität ist. Und die Topmanager bekennen sich immer offener hierzu, denn sie sind die neuen Fürsten, die diese Welt regieren und wissen, daß sie keinen Widerstand zu fürchten brauchen, weil es keinen mehr gibt. Sie wissen sehr genau, daß sie den 150-jährigen Kampf gegen die Arbeiterbewegung, Sozialisten und Gewerkschaften gewonnen haben und ihnen keine weitere klassenbewußte, demokratische und kampferprobte Besitzlosenorganisation entgegentreten wird, die gegen sie ernsthaften Widerstand leistet oder sie gar "abwählen" könnte. Und genau dies drückt sich zunehmend deutlicher im Sprachgebrauch des Multinationalen Kapitals aus. Als Beispiel für die markanten Töne aus den "Schaltzentralen der Macht" zitiere ich den Entwurf eines Statuts für die europäische Aktiengesellschaft:
"Die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft ist sowohl auf den Inlandsmärkten als auch auf dem Weltmarkt ernsthaft gefährdet. Wir werden nicht schritthalten und erst recht nicht die Führung übernehmen können, wenn es uns nicht gelingt, unsere Industrien dazu zu bewegen, ihre Kräfte zu vereinen."
(Der Spiegel, 23/89, S.142)
Dies ist die Gesellschaftswirklichkeit. Über das verkrampfte und schockierte Festklammern an der "Sozialen Marktwirtschaft" vom Präsidenten des Bundeskartellamtes kann ich mich nur wundern. Die Geschichte wird zeigen, daß die Soziale Marktwirtschaft nur ein Mittel des multinationalen Kapitals war, mit dem das Geldbürgertum den Selbstbestimmungswillen, die Solidarität und die Kampfkraft der Arbeiterbewegung ideologisch austrocknen wollte!

Mit den nun folgenden Beispielen will ich den schon eingetretenen schwindenden wirtschaftspolitischen Einfluß der Staaten belegen. Dieser wirkt sich so aus, daß es nicht mehr nur bei der indirekten wirtschaftspolitischen Weltkartellbildung durch planwirtschaftliche Absprachen von Verhaltensregeln und Wettbewerbsgrenzen bleibt. Die Weltwirtschaftskartelle beginnen sich zunehmend, ganz offen und für jeden nachvollziehbar zusammenzuschließen.

2.1.5. Weitere Gegensätze im kapitalistischen System

Ich glaube, es ist nun allgemein verständlich, wenn ich schreibe, daß Staat und Gesellschaft in allen Ebenen dem Verwertungsinteresse des Kapitals untergeordnet werden.

Der andauernde zerstörerische Gesellschaftsmechanismus des Kapitalismus verursacht den innerhalb der ***informellen Kartellgruppen*** "tobenden" Machtkampf, den ich nun beschreiben werde.

Bisher unerwähnt blieb das ehemalige ***östliche Wirtschaftskartell*** mit seiner angeblich anderen Gesellschaftsordnung - dem Kommunismus -, welches mit seinem monopolkapitalistischen Staatseigentum und dem entfachten Kampf (zwischen dem ***östlichen Monopolkapitalismus*** und dem ***westlichen Weltwirtschaftskartell***) um eine weltweite wirtschaftliche Vormachtstellung für eine weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt sorgte. Trotz planwirtschaftlicher Absprachen, die auch zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken - also zwischen Ost und West - stattfanden, reichte der Konkurrenzkampf immer noch so weit, daß die beiden Kartelle gezwungen waren, möglichst arbeitsarme, billige Herstellungsverfahren anzuwenden. Dies gilt auch für die internen ***informellen Kartellgruppen*** innerhalb des ***östlichen*** und ***westlichen Wirtschaftskartells*** (hier z.B. die in Gruppen zusammengeschlossenen Kapitaleigner in Japan, Europa und den USA), wobei diese beiden Wirtschaftskartelle (Ost, West) die jeweils höchste Zusammenschlußebene der ***informellen Kartellgruppen*** des jeweiligen Gesellschaftssystems waren. Alle Kartellgruppen (das östliche und westliche Wirtschaftskartell ebenso wie die internen informellen Kartellgruppen) waren und sind gehalten, zusätzliche Unkosten zu vermeiden und versuchten bzw. versuchen deshalb, im Rahmen abgesprochener Wettbewebsgrenzen möglichst viele Arbeitskräfte einzusparen.

Die von diesem Handlungsziel ausgehenden Verhaltensweisen sind die im Großen wirksamen zerstörerischen Gesellschaftsmechanismen, die ich nun in verkürzter Form darstellen werde und ihren Ausgangspunkt in den Machtkämpfen der einzelnen Kartellgruppen finden.

2.1.5.1. Gegensatz von Kapitalismus und Naturschutz

Bei der Arbeitskräfteverringerung, also der Verringerung der notwendigen Arbeitszeit zur Kosteneinsparung, sind wir an dem Punkt angelangt, aus dem der Gegensatz zwischen Kapital und Naturschutz hervorgeht.

Die Abfallentsorgung oder die Wiederherstellung zerstörter und verseuchter Landschaftsgebiete bedeutet Arbeit, und Arbeit kostet Geld. Geld jedoch versucht der Unternehmer, mit allen Mitteln einzusparen. Die Gründe sind:

1. Die Unternehmer wollen Gewinne machen und reich werden.

2. Sie wollen auf dem Markt konkurrenzfähig bleiben.

"Hiermit beißt sich die kapitalistische Katze in den Schwanz".
D.h., die Unternehmen produzieren nur, um Gewinne zu erzielen. Sie sind auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, und die Erhaltung der Natur als das Interesse der Gemeinschaft steht ihnen hierbei nur im Wege!

Die Einwegverpackungen sind hierfür ein gutes Beispiel. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bedeuten Einwegverpackungen für das einzelne Unternehmen weniger Arbeit als die zusätzlichen Wiederverwertungsarbeiten durch Mehrwegverpackungen, wobei die Mehrwegverpackungen unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu einer erheblichen Arbeitseinsparung führen und hiermit sinnvoll sind, verschlechtern aber aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Konkurenzfähigkeit erheblich, da nun das Einzelunternehmen Arbeitskräfte zur Wiederverwertung und somit zur Abfallverminderung bereitstellen müßte. Die Unkosten der Abfallbeseitigung trägt jedoch nicht der einzelne Unternehmer. Nein, sie werden von den Gemeinden übernommen. Jeder einzelne zahlt für seine Abfallentsorgung seine Beitragspflicht, weil er den Dreck verursacht und ihn sich mit den Einwegverpackungen selbst einkauft. Hier werden typischer Weise die Unkosten, die für die Wiederverwertungsarbeiten von Mehrwegverpackungen notwendig sind, auf die Gemeinschaft als Arbeitsunkosten für die Abfallentsorgung umgelegt!

Was im Kleinen beginnt, geht natürlich im Großen weiter. Die Dünnsäureverklappung ist ein Beispiel hierfür. Die Bayer AG verklappt dieses Gift - trotz weltweiter Proteste - weiter in der Nordsee.
Und warum? Luft und Wasser sind Gemeinschaftsgüter, für deren "Verbrauch" niemand Abgaben zu zahlen brauch. Die Verbrauchsmenge spielt hier keine Rolle, da ein Privateigentum an im Überfluß vorhandene Güter sinnlos ist und niemand - zumindest bis vor einem Jahrzehnt - ein Interesse besitzt, die Verbrauchsmengen einzuschränken. Ein Unternehmer kann bekanntlich nur an Dingen verdienen, die knapp sind. Erst hierdurch entsteht das Marktverhältnis von Angebot und Nachfrage. Vielleicht sind wir bald auch mit Luft und Wasser soweit.

Und die Verursacher der systematischen Nordsee-Zerstörung sind bekannt. Bayer, Höchst, BASF, Sandoz usw. Sie alle produzieren die Produkte, die zu den Meereskillern gehören und in der Nordsee "endgelagert" werden: PVC, Schwermetall, Düngemittel (den Nordseealgendünger), Bleichmittel, gebleichte

Zellstoffe, Waschmittel, Haushaltsreiniger usw. Beseitigt wird dieser Dreck in der Nordsee, weil`s billiger ist!.
Doch trösten Sie sich. Im europäischen Raum des Mittelmeeres sieht es nicht viel anders aus. Mit Billigangeboten versuchen nun die Italiener, die Urlauber an die algenverseuchten Strände der Adria zu locken. Für viele Wissenschaftler ist es heute nur noch ein Rechenexempel, bis die Adria oder das Mittelmeer als Dreckkloake endgültig umkippt.

Ich muß eine Schlüsselfrage stellen, bevor ich sie in der Fülle der auf mich einströmenden Gedanken vergesse. Welcher Kapitaleigner eines multinationalen Unternehmens besitzt im Rahmen der weltwirtschaftlichen Kartellabsprachen ein Interesse, die Verschleißproduktion der Konsumgesellschaft einzustellen?
Kein Kapitaleigner besitzt ein Interesse, diesen Wahnsinn der eingebauten Sollbruchstellen zu stoppen, da er sich selbst die Machtbasis seiner Herrschaft entziehen würde! <u>Somit ist die Konsumgesellschaft wegen der dem Kapitalismus eigenen Gesellschaftsmechanismen der Hauptverursacher der Umweltzerstörung!</u>

Die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die bekannt sind als Ozonschicht-Killer, dürfen weiterproduziert werden, obwohl sich FCKW durch andere Stoffe oder alternative Herstellungstechnologien fast völlig ersetzen ließe - und nicht nur in Spraydosen. Trotzdem wollen Hoechst und Kali weiter produzieren. Wahrscheinlich ist die Produktionsumstellung so kostenaufwendig, daß die Topmanager einen Pfennig weniger verdienen und daher die Weiterproduktion vorerst kostengünstiger ist. Die Müllhalde Luft ist halt billiger! Und so werden wir auch zukünftig ihren Dreck einatmen müssen!

Zu mir sagte ein guter Bekannter, daß das Abschaffen der Geldwirtschaft und des Kapitalismus unmöglich sei. Denn ohne das Interesse an einem guten Verdienst wäre nie der Katalysator für Automobile erfunden worden. Er meinte, der Umweltschutz könne nur durch das Verdienstinteresse einzelner entstehen, denn sonst wäre niemand bereit, etwas für den Umweltschutz zu tun.
Für mich klingt diese Argumentation schon fast nach bitterem Sarkasmus, denn im sarkastischen Sinne trifft sie die heutige Lebenswirklichkeit vollständig. Zuerst schaffen die durch den Kapitalismus geformten Verhaltensmechanismen die Rush-Hour (wie im Band I, Absatz: "Die Rush-Hour entfällt", beschrieben), weil jeder etwas verdienen und möglichst gut leben will, und dann kassiert die Autoindustrie ein zweites Mal ab, weil wir im Dreck der Rush-Hour fast ersticken. Sie erfindet den Katalysator.

Und just lese ich in den Greenpeace-Nachrichten I/89 S.13: *"Die Autoindustrie muß endlich energiearme Motoren in Serie bauen. Prototypen, die lediglich knapp zwei Liter Kraftstoff auf hundert Kilometer verbrauchen, gibt es längst. Wir können sie nur nicht kaufen: Den Autoproduzenten ist die Umstellung auf abgasarme Wagen zu teuer, und der Lobby der Mineralölkonzerne sind die Benzinsparer ein Dorn im Auge."* Und hiermit kassiert das Kapital ein drittes Mal.

Für die Wasserstoffmotoren, die den heute sinnlos verfackelten Wasserstoff verwerten, gilt das gleiche. Die Wahrheit ist, daß im Kapitalismus kein Unternehmer ein Interesse an abgasarmen oder gar abgaslosen Motoren besitzt, weil hierdurch niemand mehr ein "gutes Geschäft" machen könnte.

An der Energieeinsparung und der hiermit verbundenen Qualmverringerung besitzen selbst die Energieversorgungsunternehmen kein Interesse. Eine kurze Erklärung zur Stromerzeugung und der damit verbundenen Umweltverschmutzung:
In Kohlekraftwerken z.B. erhitzen Steinkohlefeuer Wasser zu Dampf. Der entstehende Dampfdruck treibt Turbinen an, wobei durch die entstehende Drehbewegung in Generatoren mit einem umlaufenden Magnetfeld Drehstrom erzeugt wird.
Je mehr Kohle, Öl oder Strom die Energieversorgungsunternehmer verkaufen, desto höher sind ihre Profite. Und so honorieren sie obendrein den besonders hohen Stromkonsum der Vielverbraucher mit Mengenrabatten und Schleudertarifen. Regenerierbare Energieträger wie Sonne und Wind hat die Kraftwerkslobby bislang ebenfalls geblockt: Denn dezentrale Kleinkraftwerke, Windräder oder Solaranlagen machen Haushalte und Industriebetriebe unabhängig. Und dann wackelt das Strommonopol.
(Greenpeace-Nachrichten I/89 S.13)

Nun müssen wir uns zwangsläufig fragen: Schont unsere kapitalismus orientierte Weltgesellschaft wenigstens seine grünen Lungen, z.B. die Regenwaldfläche am Amazonas? Nein! Natürlich nicht. Warum auch? Damit ließe sich ja nichts verdienen! Die armen Länder - an der Spitze Brasilien, das ein Drittel der Regenwaldfläche in der Welt beherbergt - stecken in der Schuldenfalle.
Mit dem verzweifelten Verkauf und der Ausbeutung ihrer Tropenwälder zerstören sie eine ihrer - und unserer - größten Schätze: Über die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten leben in der grünen Lunge der Erde, die außerdem weltweit wesentlich das Klima mitbestimmt. Noch. Wenn das Vernichtungstempo der Re-

genwälder anhält, werden sie, so schätzen Experten, wenn ein heute 20-jähriger Mensch 40 Jahre alt ist, von der Erde fast völlig verschwunden sein.
Holzhandelstrusts lassen die Trassen in die unerschlossenen Wälder reißen, auf denen die brandschatzenden landlosen Siedler, oft die Ärmsten der Armen, folgen. Sie bebauen die für Landwirtschaft ungeeigneten Böden, die nach ein, zwei Jahren ausgelaugt sind. Dann ziehen sie weiter. Die verschuldeten, häufig korrupten Regierungen der "Entwicklungsländer" schreiten selten ein.
(Greenpeace-Nachrichten I/89)

Und warum schreiten hiergegen die Industrienationen nicht entschlossen genug ein? Mit der "Schuldenfalle", in der die "Entwicklungsländer" stecken, vergrößern die informellen Kartellgruppen ihren Kapitalstock. Wie beschrieben, ziehen die Geldverleiher den "Entwicklungsländern" - über die Zinsen für ihre Schulden - das Geld aus der Tasche, weil durch diesen erbeuteten Geldmehrwert besonders hohe Gewinne einzufahren sind.

Wieder ist uns eine Hoffnung genommen, daß im Kapitalismus oder in der Eigentumswirtschaft nur der Funke eines lebensbewahrenden Sinns aufblitzen könnte. Sie werden sehen. Mit dem sich abzeichnenden teilweisen Erlaß des Schuldenberges, den die Bankmanager natürlich mit einer unglaublichen sozialen Selbstdarstellung hinausposaunen werden, ist wiederum nur eine weitere Trimmung der weltweit bestehenden Wirtschaftssklaverei zu erwarten.

Viele meiner "Freunde", mit denen ich endlose Gespräche zu diesem Thema führte, sagten hierzu, daß sie sich sowieso bald in die Karibik absetzen wollten und daß ihnen dann meine Thesen scheißegal sein werden. Vor kurzem las ich in den Greenpeace-Nachrichten I/89:

Kloake Karibik?

Das Traumziel vieler Touristen verwandelt sich langsam in eine Kloake: erwarten die Reisenden bald statt weißer Strände und sauberem Wasser abgeholzte Küstenwälder, tote Korallenriffe und Badeverbote?
Was sich wie ein Horrorszenario anhört, ist das Fazit eines Berichts des UN-Umweltschutzprogramms (UNEP). Nach dem Urteil der Experten drohen der 7.000 Quadratkilometer großen Region - wo in 28 Ländern und acht Kolonien 40.000 Menschen leben - "schwere und irreversible Schäden", wenn weiter so sorglos der Abfall aus chemischer, petrochemischer und metallverarbeitender Produktion, aus Raffinerien, Tankstellen, aber auch aus Haushalten ins Wasser geleitet wird.
Ein Beispiel für die rasante Umweltzerstörung ist die Bucht von Nuevitas im Norden Kubas. Wo es einst von Austern und Krabben wimmelte, wuchern heute hauptsächlich Algen.

Es gibt also kein Entrinnen. Und zwar für niemanden von uns! Wenn Sie Ihre Kinder oder Ihre Enkel wirklich lieben, dies nicht nur leeres Geschwätz ist und Ihnen am Überleben der Menschheit etwas liegt, dann sind Sie und ich zum gemeinsamen Handeln gezwungen. Einen anderen Weg gibt es nicht, weil wir schon mit dem Rücken zur Wand stehen.

Wenn wir nichts tun, werden uns die Katastrophen, die heute auf uns zurollen, nicht nur unseren Lebensraum zunehmend einschnüren und uns unsere Freiheit nehmen. Sie werden uns alle umbringen.

Die Nordseekilleralgen sind erst der Anfang, der mit der Nordseeverdrekkung begann.

Es wird ein zweites Tschernobyl geben, das womöglich wieder von einem waghalsigen Experiment ausgelöst wird. In Tschernobyl wurde das Unglück vermutlich über das Wechseln der Kernbrennstäbe im etwas herabgefahrenen Betrieb ausgelöst. Die Auswechslung im herabgefahrenen Betrieb sollte die Unkosten senken. Der schnelle billige "Wechsel" war der schnellste, den die Welt je sah.

Tankerunglücke wie im Prince-William-Sund an der Westküste von Alaska wird es auch weiter geben. Der Öl-Multi Exxon besaß wohl nicht genügend Geld, um seinen 300 m langen Supertanker, "Exxon Valdez", von einem guten Kapitän führen zu lassen. Nein! Exxon nahm den 42-jährigen Säufer, Joseph Hazlewood, der zum Zeitpunkt der Katastrophe angetrunken war und noch nicht einmal in seiner Heimat, New-York, ein Auto fahren darf. Der Führerschein ist ihm wegen Trunkenheit am Steuer entzogen worden und das, obwohl die Amerikaner nicht so harte Alkoholbestimmungen besitzen wie die BRD. Zudem ist es kein Geheimnis, daß selbst die 200.000 Bruttoregister-Tonnen Supertanker oft nur von schlecht ausgebildeten Besatzungen geführt werden (Der Spiegel, 17/91, S.256). Eine Wiederholung ist somit jeder Zeit möglich. Insgesamt kann hier nur noch geschlußfolgert werden:

Eine gelegentliche Naturkatastrophe ist für die Multis billiger als eine gut ausgebildete Besatzung.

Doch ich kann gar nicht schnell genug schreiben, um auf dem neusten Stand der Katastrophen zu bleiben. Die Berichte zu den Tankerunglücken in Genua und Livorno im April 91 zeigen nur, wie richtig ich liege.

Somit wird es immer weitere Umweltkatastrophen wie in Sevezo und Giftgaskatastrophen wie in Indien geben.

Wir werden weiter unsere Böden verseuchen, unser Trinkwasser mit Nitrat und anderem Zeug vergiften und unsere Flüsse weiter zu Abwasserkloaken machen lassen.
Die Luftverschmutzung, das Aufheizen der Atmosphäre, den Treibhauseffekt, das Ozonloch, die Klimakatastrophen und die für uns persönlich wachsende Krebsgefahr lassen wir über uns ergehen, nur weil einige wenige ihre Geld- und Machtgier nicht stillen können. Klimaveränderungen, Wüstenausdehnung, Meeresspiegelerhöhung, Arbeitslosigkeit, Hungersnöte, Mißernten und Dürrekatastrophen sollen wir uns für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus bieten lassen?
Wollen wir wirklich weitermachen wie bisher, nur weil irgendwo ein paar wenige weiter ihre "guten Geschäfte" betreiben wollen, wobei die Vernichtung der Natur nur einen neuen freigelegten Wesenszug des Kapitalismus darstellt und immer ein Verbrechen gegen die Menschheit bleiben wird?

Für die, die immer noch Vertrauen zum Staat und dessen Rechtsprechung besitzen, will ich Beispiele anfügen, wie der Staat mit aktiven Umweltschützern umgeht.

Am 16.Juni 1987 schweißten Greenpeace-Aktivisten am Bayer Elb-Abflußrohr in Brunsbüttel einen Probeentnahmehahn fachgerecht fest. Vor dem Amtsgericht begründete Harald Zindler diese Tat mit den Worten: *"Unser Abwasserkontrollhahn - als öffentliche Probeentnahmestelle - sollte ein Schritt in die Richtung gläsernes Abflußrohr sein: Jeder Bürger soll die Möglichkeit bekommen zu kontrollieren, welche Schadstoffe hier in die Elbe wandern - in das einst fischreichste Gewässer Europas."* (Greenpeace 1/89 S.20/21)
Um 1900 lebten rund tausend Elbfischer vom Aal-, Lachs- und Zanderfang. Heute fischen die letzten sieben Kutter im Trüben, und für die tumorgezeichneten Fänge aus der Elbe, die in ihren Netzen landen, besteht Vermarktungsverbot. Die Niederlassung Bayer-Brunsbüttel darf per Einleitungsbescheid vom 14.April 1988 jedes Jahr allein 10 Tonnen Chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) in die Elbe einleiten. Der Anwalt des Staates sagte hierzu nur, daß ihn ein *"ungutes Gefühl"* beschleiche. *"Da dürften extrem schädliche Stoffe eingeleitet werden, solange sie nur die Grenzwerte unterschreiten. Das Umweltstrafrecht ist da machtlos."*
Doch der Greenpeace-Aktivist bekam von demselben Anwalt und Richter des Staates eine "empfindliche Geldstrafe" von 100 Tagessätzen à 40 DM wegen Sachbeschädigung, und die Schadensersatzklage der Firma Bayer an Greenpeace ist noch nicht durch. (Greenpeace 1/89 S.20/21)
Nach der Beschreibung des Zusammenhangs von politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Macht, wobei dieser Zusammenhang mit dem Kapitalismus automatisch entsteht, wissen wir, warum die Bayer Dreckschleuse keine Sachbeschädigung wegen Umweltzerstörung sein "darf" und legal ist.

Jede Regierung im kapitalistischen Staatsgefüge wird sich in ihrer Gesetzgebung immer nach den bestehenden Interessen der Kapitaleigner ausrichten, denn das Sprichwort: "Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.", gilt auch für die Regierung, die erst durch die "guten Geschäfte" der Kapitaleigner ihr Auskommen findet. Die Worte, daß das Umweltstrafrecht hier machtlos sei, sind in diesem Zusammenhang nur noch ein Alibi, mit dem die Regierungstreue der Menschen und die Autorität des Staates aufrecht erhalten werden soll. Sie erinnern mich an die mangelnde rechtsstaatliche Handhabe der kolumbianischen Regierung, gegen die Drogenfürsten vorzugehen, in deren Folge die parlamentarische Demokratie nur noch wenig Ähnlichkeit mit dem demokratischen Anspruch: "Alle Macht geht vom Volk und seinem Mehrheitswillen aus!", besitzt.

Der Vergleich zur staatsmonopolistischen Parteienherrschaft der Kommunisten, die in ihrem Staatssystem lediglich den Staatsmonopolkapitalismus einführten, ist schnell gemacht. Im Staatsmonopolkapitalismus des Ostens war der Staat der Unternehmer. Dort gab es die beschriebenen Probleme des offenen Interessengegensatzes erst gar nicht. Solche Probleme, zur Verschleierung der tatsächlichen Lage scheinbar vor Gericht zu lösen, waren dort undenkbar, weil eine Anklage des Staates Selbstmord war. Dies war "wenigstens" eine ehrliche Art, die Probleme wegzudefinieren und vor allem wußten alle, woran sie waren.

Wirtschaft, Verbrechen, Staat und Justiz

„Das Land braucht sie ja noch"

SPIEGEL-Redakteur Hans Leyendecker über den Merkle-Prozeß und Versäumnisse im Parteispenden-Skandal

An der angemessenen Ehrerbietung hatte es der Stuttgarter Staatsanwalt Wolfgang Schmid, 43, nicht fehlen lassen. Artig und mit einem leichten Diener begrüßte der Strafverfolger am Dienstag morgen letzter Woche den Angeklagten. Doch, wie in fast allen 76 Verhandlungstagen zuvor, blieb der Gruß ohne Erwiderung – Hans Lutz Merkle, 77, übersah ihn einfach.

Die Mißachtung des Ermittlers war nicht persönlich gemeint – aber keiner verfolgt „Gottvater", wie der frühere Bosch-Chef in der Industrie genannt wird, ungestraft.

•
•
•

Im Stil eines preußischen Gutsherrn machte er allen Beteiligten klar, daß ein Merkle nicht gern über sich richten läßt – er richtet selber.

Am Anfang voriger Woche endlich konnte der Firmen-Patriarch die fällige Reverenz des Vorsitzenden Richters Klaus Teichmann, 53, entgegennehmen. Die 6. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart sprach gegen Merkle wegen fortgesetzter Hinterziehung von Körperschaft- und Gewerbesteuer in Höhe von rund 1,5 Millionen Mark eine sogenannte Verwarnung mit Strafvorbehalt aus. Merkle wurde außerdem mit der Auflage bedacht, an drei gemeinnützige Einrichtungen 600 000 Mark zu zahlen.

Eine solche Verwarnung ist ein vergoldeter Schuldspruch, mit dem normalerweise Bagatellfälle erledigt werden. Denn trotz der Rüge darf sich Merkle als unbestraft bezeichnen. „Die bloße Verwarnung" sei eine „richterliche Respektbezeigung vor dem Industriellen Hans Lutz Merkle", kommentierte die *Süddeutsche Zeitung*.

•
•
•

Ungewöhnlich wie das milde Strafmaß war auch die Form der Urteilsverkündung. Richter Teichmann bedauerte quasi, daß der Steuerhinterziehungsparagraph 370 der Abgabenordnung kein Loch ließ, durch das Merkle leicht hätte schlüpfen können.

Die richterliche Verneigung machte noch einmal deutlich, was all die Monate im Gerichtssaal zu studieren war: der kleine Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Niemand und jemandem, der als ein Großer in der westdeutschen Gesellschaft steht. Von „moralischem Freispruch" sprach Merkle, es war ein Freispruch dritter Klasse für den Staat.

Mit dem Prozeß in Stuttgart endete eines der letzten großen Parteispenden-Verfahren. Acht Jahre lang hatte die Staatsanwaltschaft gegen einen der einflußreichsten Industriellen ermittelt. Die Strafverfolger machten ihn dafür verantwortlich, daß die Firma Robert Bosch zwischen 1971 und 1981 in ihren Steuererklärungen gut sechs Millionen Mark als Mitgliedsbeiträge an Berufsverbände ausgewiesen und als Betriebsausgaben abgesetzt hatte, obwohl es sich erkennbar um nicht steuerbegünstigte Parteispenden gehandelt habe. Der Schaden für den Fiskus lag bei 3 980 108 Mark – weil etliche Zahlungen zwischen 1971 und 1977 verjährt waren, schmolz der Betrag auf rund 1,5 Millionen Mark. Gleichwohl – für solche Summen kann man ins Gefängnis kommen.

Es war schon recht, daß ein Merkle auf der Anklagebank saß, aber es fehlten Anstifter und Sekundanten aus der Politik und die Oberen aus den Finanzbehörden, die beim Steuerschummeln der Parteien beharrlich weggeguckt hatten.

Eine Kette von Versäumnissen: Versagt haben die Staatsanwälte. Obwohl sie frühzeitig eindeutiges Material gegen Politiker in den Händen hatten, konnten sich diese in die Verjährung davonstehlen. Das Davonkommen wurde ihnen leichtgemacht. So erhielt die CDU 1983 beschlagnahmte Akten zurück, die gegen Ende des Prozesses wieder auftauchten. Die wichtigsten Kapitel über Finanzen waren gefilzt. „Feuerbestattung" heißt das im Schwabenland.

Die Polit-Prominenz des Landes hat sich durch Auftritte im Zeugenstand gründlich blamiert. Innenminister Dietmar Schlee war die Erinnerung an sein Diktatzeichen unter von ihm verfaßte Protokolle abhanden gekommen, Regierungschef Lothar Späth geriet in den Verdacht einer uneidlichen Falschaussage, weil er die Existenz von die CDU belastenden Papieren bestritten hatte, die dann doch auftauchten. Nur an den früheren Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger traute sich die Justiz ran. Sie ermittelt wegen Falschaussage.

•
•
•

Schon gibt es Versuche der Verharmlosung. „Im Falle Merkle", kommentierte Herausgeber Fritz Ullrich Fack vorigen Mittwoch in der *Frankfurter Allgemeinen*, „geht es um eine Finanzierungsweise, die nicht mit den unverblümten Machinationen der ‚Staatsbürgerlichen Vereinigungen' zu vergleichen war."

Das ist in mehrfacher Hinsicht absurd: Zum einen hat die *FAZ* beispielsweise im August 1974 einen größeren Betrag auf ein Konto der illegal operierenden „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V." (SV) fließen lassen, zum anderen war eben jener Merkle die Symbolgestalt der Wirtschaft in der gigantischen Geldbeschaffungsstelle SV.

Merkle gehörte dem Vorstand und dem Kuratorium des „Politischen Seminars" der SV an. Über Jahrzehnte hinweg lenkte die Geldwaschanlage auf dunklen Kanälen rund 200 Millionen in Parteikassen und Politikertaschen. Der Industrielle hatte eine Schlüsselrolle: Er beriet den Vorstand der SV bei der Verteilung der Gelder, was ihm noch mehr Einfluß sicherte. Er hatte Gefallen dran.

•
•
•

Spendentransfers von Merkle an jene Inkasso-Stelle (8 224 000 Mark seit 1955) blieben strafrechtlich folgenlos – die Geldwäsche stuften Stuttgarter Strafverfolger als „unwesentliche Nebenstraftat" ein. Die Ermittler schlossen Merkles SV-Akten wegen angeblicher Arbeitsüberlastung und beschränkten sich auf die steuerlich weit komplizierteren Fälle der Berufsverbände.

Die Justiz hat sich als unfähig erwiesen, es mit Beschuldigten solchen Kali-

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

bers aufzunehmen – offenbar ist sie nicht zäh genug, sich auf die Wucherungen einer solchen Affäre einzulassen.

Die in Bonn 1981 nur knapp vereitelte Amnestie hat längst gegriffen – bei den Politikern. Bis auf zwei, drei Ausnahmen mußte keiner der Nutznießer vor Gericht, in Bayern wurden alle wichtigen Parteispendenfälle still beerdigt, in Hessen ließen Strafverfolger das größte Verfahren gegen die Deutsche Bank verjähren, und auch in Nordrhein-Westfalen ist die Luft raus: Wichtige Fälle wurden verschlampt, die großen Industriellen wie Konrad Henkel oder Hans Gerling kommen ohne Schrammen davon.

Der Spiegel; 46/90; S.34 f.

Justiz

Pflicht zum Gehorsam

Der Mainzer Justizminister Caesar überzieht widerspenstige Staatsanwälte mit Dienstordnungsverfahren. Einer soll sogar gefeuert werden.

Hermann Hillebrand, 57, Chef der Staatsanwaltschaft in Bad Kreuznach, weiß, was einen idealen Untergebenen auszeichnet: Der Mitarbeiter muß seinem Chef mit „Taktgefühl und Respekt" begegnen.

Auch der liberale Mainzer Justizminister Peter Caesar, 51, oberster Dienstherr von Hillebrand, verlangt hausintern von seinen Staatsanwälten ein „achtungsvolles und vertrauenswürdiges Verhalten" gegenüber den Vorgesetzten. Dazu gehöre auch die „Pflicht zum Gehorsam".

Wie es rheinland-pfälzischen Staatsanwälten ergeht, die es an rechtem Taktgefühl und an Respekt fehlen lassen, erfahren derzeit vier Ermittler, die in einem Weinpanscherverfahren heftig mit ihren Vorgesetzten aneinander geraten waren. Gegen die Staatsanwälte Dieter Bracht, 47, Hilmar Haentjes, 50, Christine Morgenstern, 34, und gegen den „Proberichter" Andreas Grönewald, 30, läuft ein Dienstordnungsverfahren, weil sie Weisungen aus dem Justizministerium als rechtswidrig kritisiert und sich geweigert hatten, sie zu befolgen. Grönewald, noch in der Probezeit, soll sogar entlassen werden.

Im Februar letzten Jahres hatten die vier für bundesweites Aufsehen gesorgt. Bei Ermittlungen gegen die in den Glykolskandal verwickelte Weinfirma des CDU-Prominenten Elmar Pieroth wollten sie auch das Büro und die Wohnung von Hanns Schreiner, Chef der Mainzer Staatskanzlei, durchsuchen. Ihre Vorgesetzten hinderten sie jedoch damals daran und entbanden sie von dem Verfahren (SPIEGEL 11/1990). Ein fünfter mit dem Verfahren befaßter Staatsanwalt quittierte aus Protest gegen die „Eingriffe von oben" den Dienst.

Die Wein-Firma (3000 Mitarbeiter, rund 500 Millionen Mark Jahresumsatz) soll laut Anklage zwischen 1978 und 1985 neun Millionen Liter Wein mit minderwertigen Zusätzen verschnitten haben, darunter Weine aus Österreich, die mit Glykol gesüßt waren. Den Schaden für die Verbraucher beziffert die Landeszentralstelle für Wein- und Lebensmittelstrafsachen in Bad Kreuznach auf fast 140 Millionen Mark.

Bei einer Durchsuchung im Haus des früheren Pieroth-Geschäftsführers Adolf Huber waren Dokumente sichergestellt worden, die belegen, daß der Manager enge Kontakte zu Staatssekretär Schreiner pflegte und mit ihm auch über das Weinpanscherverfahren gesprochen hatte.

Als Huber Anfang letzten Jahres verhaftet wurde, schickte er dem Freund in der Staatskanzlei einen Kassiber. Der Ex-Pieroth-Geschäftsführer in seiner abgefangenen Botschaft: „Wo Einfluß ist, soll er ausgeübt werden."

Dubios erschien den Staatsanwälten zudem ein Darlehen über 60 000 Mark, das ein Sohn des Staatssekretärs im Dezember 1988 von Huber zu extrem günstigen Bedingungen erhalten hatte – zinslos, unkündbar, rückzahlbar im Jahr 2008. Von dem Vertrag, versicherte Schreiner, habe er nichts gewußt.

Die Ermittler beantragten beim Bad Kreuznacher Amtsgericht einen Durchsuchungsbeschluß gegen Schreiner – und erhielten ihn. Der Staatssekretär, so ihre Vermutung, verwahre womöglich wichtige Informationen über den Pieroth-Skandal in seinen Unterlagen.

Doch aus der Aktion wurde nichts. Hillebrand stoppte den Tatendrang seiner Untergebenen. Abgestimmt hatte er sich zuvor mit dem Koblenzer Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich, dem die Gründe für den Durchsuchungsbeschluß nicht ausreichten. Ulrich bestand auf einem persönlichen Gespräch. Weil sie die Entscheidung ihrer Vorgesetzten für rechtswidrig und Eile für geboten hielten, gaben die Staatsanwälte ihren Widerspruch gleich zweimal zu Protokoll und kündigten an, die Aktion auch gegen den Willen der Oberen durchzuziehen.

Die Reaktion kam prompt. Mit ausdrücklicher Zustimmung von Justizminister Caesar wurden die Ermittler vom Fall Pieroth entbunden – ein in Rheinland-Pfalz beispielloser Fall. Der Durchsuchungsantrag gegen Schreiner, begründete Caesar den Eingriff, sei „unsachgemäß", „pflichtwidrig" und noch dazu „hinter dem Rücken der Vorgesetzten" gestellt worden. Die Behördenleitung habe nur durch einen Zufall von dem geplanten Vorhaben erfahren.

•
•
•

Lediglich die Vorabinformation an Generalstaatsanwalt Ulrich, räumten die Ermittler ein, hätten sie abgelehnt. Sie befürchteten damals, Schreiner könne über inoffizielle Kanäle aus dem Justizministerium gewarnt werden. Der Verdacht richtete sich jedoch nicht gegen Ulrich, der das Ministerium in außergewöhnlichen Fällen unterrichten muß, sondern gegen eine mögliche undichte Stelle im Ressort des Freidemokraten Caesar.

Diesen Argwohn haben die Vorgesetzten ihren Mitarbeitern nicht verziehen. Die widerborstigen Staatsanwälte wurden aus der Landeszentralstelle für Wein- und Lebensmittelstrafsachen versetzt. Das Justizministerium wirft den vier Ermittlern vor, der von ihnen erwirkte Durchsuchungsbeschluß, der später auf Antrag des Behördenleiters vom Bad Kreuznacher Landgericht aufgehoben wurde, sei „rechtswidrig". Zudem hätten sie mit ihrer Weigerung, die Weisung ihres Vorgesetzten zu befolgen, Dienstpflichten verletzt.

Den Beschuldigten droht ein Verweis, eine Geldbuße oder sogar eine Gehaltskürzung.

•
•
•

Da keine fachlichen Mängel vorliegen, wird der geplante Rauswurf mit angeblicher Charakterschwäche Grönewalds begründet. Der Jurist bleibe hartnäckig und mißtrauisch bei seiner Kritik an Vorgesetzten und werde sich in ähnlichen Situationen vermutlich nicht anders verhalten wie im Fall Pieroth.

Das Mißtrauen Grönewalds hat Gründe. Caesars Stellvertreter, Ministerialdirektor Gerhard Michel, 61, mußte im Untersuchungsausschuß zugeben, er habe die CDU-Landtagsfraktion über den Fortgang der Ermittlungen im Pieroth-Verfahren auf dem laufenden gehalten und auch mit dem Chef der Staatskanzlei

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

darüber gesprochen.

Der frühere stellvertretende CDU-Fraktionschef Werner Langen, jetzt Weinbauminister im Kabinett von Christdemokrat Carl-Ludwig Wagner, wurde von Parteifreund Michel im Februar 1990 unter anderem mit Details aus den Haftbefehlen gegen Pieroth-Manager gespickt.

Der Spiegel; 13/91; S.53 ff.

„Schläfrige Hunde“

Wie in Baden-Württemberg die Justiz das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft deckte

⋮

Mit Leuten wie Scheuer hat die Justiz in Baden-Württemberg auffällig oft ihre Schwierigkeiten. Wo immer im Ländle ein Cleverle aus dem Dunstkreis oder gar der Spitze der CDU in die Akten gerät, gibt es prompt Ermittlungspannen, lähmt Personalmangel die Arbeit, verschwinden Schriftsätze oder werden Anklagen einfach vergessen.

Der „Geruch der Rechtsbeugung“ (so ein SPD-Abgeordneter) liegt über der Justiz, die der Stuttgarter Regierungschef Späth hinterlassen hat. Staatsanwälte stehen im Verdacht, die riskante Kumpanei zwischen Politik und Wirtschaft, die zum Regierungsstil in Stuttgart gehört, auch dort gedeckt zu haben, wo die Grenzen von Korruption und Betrug, Steuerhinterziehung oder Begünstigung überschritten waren.

Nie zuvor ist die Unabhängigkeit einer ganzen Landes-Justiz so offen zur Diskussion gestellt worden wie nun nach dem Rücktritt Späths. Am Dienstag dieser Woche steht – gleich nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten – die Einsetzung des Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung des Stuttgarter Landtags, der sich neben Späths Traumschiff-Affäre auch mit den zahlreichen Affären der Späth-Justiz befassen muß.

Eine ganze Liste von Prozessen ist es, die, zusammengestellt von den Oppositionsparteien SPD, FDP und Grüne, nun der Untersuchungsausschuß aufarbeiten soll – alles Verfahren, in denen, wie im Fall Scheuer, der Verdacht besteht, daß Juristen

▷ der CDU nahestehende Unternehmen, die in Strafverfahren verwickelt sind, begünstigt oder

▷ strafrechtliche Vorwürfe gegen Mitglieder der CDU-Spitze unterdrückt und ihre Verstrickung in Affären unterschlagen haben.

Kapitaleigner kontrollieren über die politische Planungsbehörde (Politiker) die Justiz (Anm.d.Autors).

In Baden-Württemberg wird augenscheinlich nicht ohne Ansehen der Person ermittelt. Die Begründung dafür hat der Justizminister Heinz Eyrich (CDU) im September selbst gegeben, als er auf Klagen der SPD über verschleppte Ermittlungen im Parteispendenverfahren antwortete.

⋮

So hat die Justiz keinen Finger gerührt, geschweige denn einen erhoben, als Staatsanwälte darauf stießen, daß sich Späth vom damaligen SEL-Chef Helmut Lohr 1986 Traum-Trips durch die Ägäis hatte spendieren lassen. Bis heute sträuben sich die Ermittler hartnäckig gegen den Verdacht, daß der Fall, über den der Landesvater schließlich stürzte, vielleicht strafbare Vorteilsannahme war – obgleich Staatsanwälte einräumen, daß der 90 000 Mark teure Urlaub der Preis für das „Wohlwollen“ des Landeschefs gewesen sein mag.

⋮

Die Kumpanei, mit der Partei- und Wirtschaftsführer im Ländle zusammenwirken, wurde allerdings erheblich gestört, als sich die Justiz mit der Parteispendenaffäre konfrontiert sah. Die Hartnäckigkeit, mit der seit 1981 die Bonner Strafverfolger in der Flick-Affäre ermittelten, machte es unmöglich, die auch in Baden-Württemberg betriebene Parteifinanzierung mit Spenden aus der Wirtschaft über Geldwaschanlagen weiterhin als Kavaliersdelikt zu behandeln.

Die Linie der Stuttgarter Justiz war klar: Mit Verve wurde gegen die Spender in der Wirtschaft ermittelt – die Anstifter und Nutznießer in der Politik konnten sich mit Hilfe der Ermittler aus der Verantwortung stehlen. Kompromittierende Akten verschwanden, Staatsanwälte vergaßen Strafverfahren einfach, Richter ließen sie wegen Arbeitsüberlastung liegen.

„Ganz bewußt wurde daraufhin gearbeitet, daß Späth und andere nicht vor den Richter müssen“, kommentiert der Rechtsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Bebber, die Bemühungen der Strafverfolger. Nirgendwo werde, sagt der SPD-Fraktionschef Dieter Spöri, die „Deformation“ der Justiz seines Landes deutlicher als im Umgang mit den Parteispenden.

„Ermittlungsfehler“ nennt Wolfgang Schmid, der Ankläger des ehemaligen Bosch-Chefs und Parteispenders Hans Lutz Merkle, was sich seine Behörde im Umgang mit heiklen Akten aus der Stuttgarter CDU-Zentrale leistete.

Die zuvor beschlagnahmten Aktenordner waren noch während der laufenden Ermittlungen wieder an die CDU zurückgegeben worden. Als die Affäre publik wurde, versuchte der Behördenchef hinzubiegen, was es hinzubiegen gab: Die Akten seien „zum Gähnen“ langweilig und hätten ohnedies keine Beweiskraft, teilte er mit. Genau jene Protokolle aus dem CDU-Präsidium bestätigten jedoch die Mitwisserschaft Lothar Späths.

⋮

Die juristische Schläfrigkeit bei den Ermittlungen in der Parteispendensache wurde in der Stuttgarter Gerichtskantine schon 1984 kommentiert: Unter Staatsanwälten war die Rede von „Weisungen von weiter oben, doch langsam zu tun“, weil beispielsweise „Wahlen bevorstehen“ oder auch ein „Landtagsausschuß weitere Akten anfordern“ könnte. Dem ersten Parteispenden-Untersuchungsausschuß, der 1983 im Stuttgarter Landtag eingesetzt wurde, rückten denn auch Justiz- und Finanzbehörden die entscheidenden Unterlagen gar nicht erst heraus.

Anders als der Spender Merkle, der im vergangenen November verurteilt wurde, an drei gemeinnützige Einrichtungen insgesamt 600 000 Mark zu zahlen, mußte der Spenden-Empfänger, der einstige Stuttgarter CDU-Schatzmeister und Schwetzinger Zigarrenfabrikant Alfred Hubertus Neuhaus, gar nicht vor Gericht. Der Mann, der fast zehn Millionen Mark am Fiskus vorbei in die Parteikasse geschleust hat, kam mit einem Strafbefehl über 31 200 Mark davon.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihn zwar zunächst angeklagt, die Anklage aber wieder zurückgezogen. Grund, so die Stuttgarter Ermittler: Man habe eingesehen, daß „der Sachverhalt inzwischen geklärt ist und eine Hauptverhandlung gegen Neuhaus zu schwerwiegenden Verjährungsfolgen führen würde“.

Daß die Anklage bis kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist bei der 11. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts herumlag, begründeten die Richter mit „Überlastung“. SPD-Fraktionschef Dieter Spöri mochte das nicht glauben: „Die Drahtzieher und Profiteure werden hierzulande bei der Aufarbeitung der Parteispenden-Affäre, wo es um Millionen von hinterzogenen Steuern geht, zielbewußt geschont.“

⋮

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXIX

Wo der Filz aus Wirtschaft, Partei und Justiz sichtbar wird, taucht meistens auch der Name des Stuttgarter Leitenden Oberstaatsanwalts Dieter Jung, 54, auf. Der Chef-Ermittler räumt selber ein, daß seine Behörde, als Schwerpunktabteilung für alle großen Wirtschaftsstrafsachen, „ins Gerede gekommen" ist.

Das Gerede betrifft vor allem den Chef. Oppositionsführer Spöri hat dem Juristen schon öffentlich vorgeworfen, „Recht und Gesetz als Staatsanwalt zu brechen".

Jedenfalls weiß der Staatsanwalt Jung sehr genau, was sein Chef, Justizminister Eyrich, von ihm erwartet: Jung war jahrelang Abteilungsleiter in dessen Haus. Der Eyrich-Vertraute erklärte sofort nach seinem Amtsantritt im November 1984 die gesamte Spendenaffäre zur Chefsache. Akten wurden in einem eigens dafür angeschafften Panzerschrank gehortet.

Jung, der in Justizkreisen als ausgemachter Karrieretyp gilt, führt ein straffes Regiment in seiner Behörde. In der Abteilung 1 der Stuttgarter Staatsanwaltschaft (ein Insider: „Die macht alles, was groß, stinkig und wichtig ist") hat Jung eine handverlesene Schar von Staatsanwälten versammelt. „Gewerkschaftsmitglieder kommen da kaum unter", weiß man in Stuttgarter Behörden. Jungs Dezernenten müssen unaufgefordert über alle bedeutsamen Fälle berichten, auch wenn „es keiner Gegenzeichnung bedarf".

Doch die Kontrolle über seinen Behördenapparat reicht ihm offenbar nicht aus. Über die drei Ermittlungsrichter am Stuttgarter Amtsgericht, Hubertus Pauli, Rainer Wolf und Uwe Hausel, ließ Jung über Monate hinweg Statistiken führen.

Nach dem Geschmack des Staatsanwaltschaft-Chefs hatten die drei Richter zu häufig Anträge der Polizei auf Durchsuchungen und Haftbefehle abgelehnt. Jung ging sogar soweit, beim damaligen Amtsgerichtspräsidenten Gert Mehl die Versetzung der drei kritischen Richter zu verlangen.

Das ist der Ton, mit dem die Justiz im Ländle auf Linie gebracht worden ist. Politisch konforme Richtersprüche kann sich die Landesregierung zudem erwarten, weil sie die eigenen Leute in den richtigen Gerichtspositionen weiß.

Namentlich höhere Richterstellen werden häufig mit Ministeriumsjuristen besetzt: Der Karlsruher Landgerichtspräsident Ingo Bückert etwa kam aus dem Justizministerium, der Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident Karlmann Geiß, zuvor Landgerichtspräsident in Ulm, war zu Beginn seiner Laufbahn zehn Jahre im Ministerium, unter anderem als Persönlicher Referent des Justizministers.

Auch ohne direkte Weisungen reicht der baden-württembergische Parteien- und Vettern-Filz genügend weit in die Justiz hinein. Die geschickte Besetzungspolitik sorgt im Alleinlauf für den „vorauseilenden Gehorsam", den der grüne Fraktionschef und Stuttgarter Rechtsanwalt Rezzo Schlauch entdeckte. Juristen, die in politisch bedeutsamen Verfahren Eigensinn an den Tag legen, müssen mit der Displazierung aus den Reihen der eigenen Kollegen rechnen. So erging es zum Beispiel dem Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, 51.

Der Ermittler in Verfahren gegen Jürgen Hippenstiel-Imhausen, den Lieferanten der Giftgasanlagen von Rabita, fand in seinem Büro nach der Rückkehr von einer Dienstreise im Juli vergangenen Jahres die Rabita-Akten nicht mehr vor. Kollegen hatten auf Weisung des Behördenchefs Holger Preisendanz das Klein-Büro einfach ausgeräumt.

Der Grund für den ungewöhnlichen Zugriff: Der als hartnäckig bekannte Ermittler Klein wollte sich nicht auf den Deal einlassen, mit dem die Justiz die gerichtsöffentliche Erörterung über Giftgas-Geschäfte westdeutscher Industrieunternehmen und Imhausen-Partner mit Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi schnell zu Ende bringen wollte. Bei einem Teilgeständnis, so lautete das Angebot der Strafverfolger, könne der Lahrer Chemie-Fabrikant mit einem kurzen Prozeß und dem Verzicht auf weitere Ermittlungen wegen Steuerhinterziehungen in zweistelliger Millionenhöhe rechnen. Imhausen gestand die Lieferung der Rabita-Anlage und bekam, ganz günstig, fünf Jahre Haft.

Staatsanwalt Klein aber, der darauf bestanden hatte, den Fall zu Ende zu ermitteln, muß sich nun an einem anderen Schreibtisch mit dem Kassieren von Führerscheinen beschäftigen. Eine Entscheidung, die nach Ansicht des SPD-Landtagsabgeordneten Walter Caroli „eindeutig zu Lasten der Wahrheitsfindung" ging.

Der Spiegel; 04/91; S.34 ff.

Justiz

Totes Recht

Trotz eindeutiger Rechtslage weigert sich die Justiz, den Gewinn aus dem illegalen Geschäft mit der libyschen Giftgasfabrik Rabita abzuschöpfen.

Verbrechen", schimpft der SPD-Abgeordnete Walter Caroli, 48, aus dem badischen Lahr, „lohnt sich, besonders für die Großen und in Baden-Württemberg."

Was den Sozi so erregt: Der Chemiefabrikant Jürgen Hippenstiel-Imhausen, wegen seiner Beteiligung am Bau der libyschen Giftgasfabrik Rabita zu fünf Jahren Haft verurteilt, darf den Gewinn aus dem „Geschäft mit dem Tode" (Staatsanwalt Hans-Heiko Klein) von rund 70 Millionen Mark behalten – mit ausdrücklicher Billigung des Stuttgarter Justizministeriums.

Unser Alibieverurteilter Jürgen Hippenstiel-Imhausen (Anm.d.Autors)

Die von vielen Juristen als außerordentlich milde beurteilte Strafe hatte sich der kriminelle Unternehmer für ein Teilgeständnis eingehandelt. Doch selbst wenn Hippenstiel-Imhausen, 50, die verordneten 60 Monate Knast absitzen sollte, „sind das", rechnet Caroli vor, „pro Monat mehr als eine Million Mark, eine Riesensauerei".

Gewinne aus illegalen Geschäften, bestimmt das Strafgesetzbuch ganz eindeutig, werden eingezogen. „Ist eine rechtswidrige Tat begangen worden und hat der Täter oder Teilnehmer für die Tat oder aus ihr einen Vermögensvorteil erlangt", heißt es im Paragraphen 73, „so ordnet das Gericht dessen Verfall an."

Dabei handelt es sich nicht um eine zusätzliche Strafe, betont der Kölner Oberstaatsanwalt Horst Franzheim, „sondern um eine Ausgleichsmaßnahme, denn für rechtswidrig erlangte Tatvorteile kann der kriminelle Empfänger keinen rechtlichen Schutz beanspruchen".

•
•
•

Die baden-württembergische Justiz mißt im Imhausen-Umfeld zudem mit zweierlei Maß: Im Dezember vergangenen Jahres verurteilte das Offenburger Landgericht vier Angeklagte, darunter die Imhausen-Angestellten Ingo Graefe und Jean-Marie Grunenwald, wegen der fabrikmäßigen Herstellung und Verbreitung von Designerdrogen zu Freiheits- und Geldstrafen. Die Gewinne in Höhe

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXX

von mehr als einer Million Mark aus dem kriminellen Geschäft kassierte das Gericht ein – auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

Der Spiegel; 06/91; S.64

Gesellschaftsplaner beherrschen Justiz und Strafverfolgung (Anm.d.Autors).

Justiz

Categoria A 2/D

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wollte ein Verfahren gegen Mercedes-Chef Niefer einstellen – unter merkwürdigen Begleitumständen.

Der Stuttgarter Amtsrichter Christof Nicol ist seit rund 20 Jahren im Justizdienst; er hat klare Vorstellungen von Recht und Gesetz.

Einen seiner Grundsätze schrieb der Richter jetzt, aus aktuellem Anlaß, an den Stuttgarter Staatsanwalt Christoph Hölscher. „Die Tatsache, daß der Beschuldigte im öffentlichen Leben steht", so Nicol, „darf nicht zu einer anderen Beurteilung führen."

Der Beschuldigte ist tatsächlich nicht irgendwer, schon gar nicht in Baden-Württemberg: Werner Niefer leitet den Autohersteller Mercedes-Benz. Er hatte am 31. Mai vergangenen Jahres, bei einer Busfahrt in Rom, die Stuttgarterin Christine Rehm schwer verletzt. Seither lief gegen den Manager ein Verfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung, des Fahrens ohne Fahrerlaubnis und der Unfallflucht.

Wegen „geringer Schuld" sei das Verfahren einzustellen, hatte der Staatsanwalt dem Richter geschrieben. Der Mercedes-Chef selbst hatte die gütliche Einigung vorgeschlagen, eine Anklage könnte die traumhafte Karriere des hemdsärmeligen Schwaben jäh beenden. Der Mercedes-Chef (Jahreseinkommen: über zwei Millionen Mark) wollte 60 000 Mark an sechs verschiedene karitative Einrichtungen zahlen, um das Verfahren „baldmöglichst abschließen" zu können.

Doch Nicol weigerte sich, den Beschluß zu unterzeichnen. Er habe, sagt er, „im Lebtag so etwas noch nie gelesen". Der Richter: „Bei einem normalen Fall, da verwette ich meinen Kopf, beide Arme und Beine, wäre bei einer solch schweren Verletzung mindestens ein Strafbefehl oder gar eine Anklage herausgekommen."

Doch es ist alles andere als ein normaler Fall: Merkwürdig sind die Umstände, die zu Niefers Unfall führten. Und noch erstaunlicher ist das Bemühen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, über diese Merkwürdigkeiten hinwegzusehen.

Niefer hatte an jenem Maientag mit der Konzernspitze von Mercedes-Benz Italien (MBI) und Kollegen aus Stuttgart in einem römischen Feinschmeckerrestaurant gespeist.

Danach wollte er die Gruppe mit dem Reisebus chauffieren. In einer engen Kurve erwischte der Bus die Fußgängerin Christine Rehm, 28, und verletzte sie schwer an der Wade. Viermal wurde sie bislang operiert, sieben Wochen lag sie im Krankenhaus. Sie wird, das steht inzwischen fest, einen bleibenden Schaden behalten. Niefer will nichts bemerkt haben, obwohl er, so der italienische Polizeibericht, neun Meter an einer Mauer entlangschrammte.

Erst ein Sicherheitsbeamter machte seinen Chef auf den Vorfall aufmerksam. Allerdings leistete niemand aus der ehrenwerten Gesellschaft Erste Hilfe, Niefer begab sich nicht einmal an den Unfallort. Er habe geglaubt, die Geschädigte sei eine Italienerin, gab er in seiner Vernehmung an; er hätte „sowieso nicht helfen" können, da er weder Italienisch spreche noch eine ärztliche Ausbildung habe. Die Polizei traf erst nach einer Stunde ein. Von Niefer und den Businsassen aus Deutschland war da nichts mehr zu sehen.

Er habe sich, sagt Niefer, von MBI-Präsident Carlo Mauro erklären lassen, daß man in Italien nicht länger als eine Stunde auf die Polizei warten müsse, dann dürfe man sich entfernen.

Die Staatsanwaltschaft gab sich mit solchen Erklärungen offensichtlich zufrieden. Ihre Akten an den Richter enthielten weder die Korrespondenz mit der italienischen Polizei noch fand sich eine Skizze oder ein Foto vom Unfallort.

Die verletzte Frau wurde lediglich einmal vernommen, mögliche Spätfolgen interessierten nicht. Ob Niefer vor dem Unfall getrunken hatte, schien die Ermittler ebenfalls wenig zu kümmern. Die Kellner des Restaurants „Cecilia Metella" wurden jedenfalls nicht befragt.

Nicht einmal alle Teilnehmer der Busfahrt wurden gehört. Die Staatsanwaltschaft beschränkte sich auf die Vernehmung einiger weniger – Kollegen oder Untergebene des Mercedes-Chefs.

Niefer und seine Anwälte konnten der Staatsanwaltschaft erzählen, was sie wollten. Es gab keinerlei Probleme.

Kaum zu glauben, daß Mauro, ein Jurist, tatsächlich Niefer den Rat erteilt hatte, er könne sich nach einer Stunde vom Unfallort entfernen. Denn das italienische Straßenverkehrsgesetz sieht eine Anhalte-, Warte- und Beistandspflicht bei Unfällen mit Personenschäden vor, ohne zeitliche Begrenzung.

Doch die Staatsanwaltschaft prüfte Niefers Aussagen bei Mauro merkwürdigerweise erst gar nicht nach. Der italienische Mercedes-Mann wurde bis heute nicht vernommen. Seltsam auch: Bei seiner Vernehmung am 4. September 1990 erklärte Niefer: „Eine Fahrerlaubnis für diesen Bus in Italien hatte ich allerdings nicht." Er habe jedoch in Brasilien einen nationalen Führerschein erworben.

Das muß Niefer leichtgefallen sein. Die Papiere sind dort für zehn Mark zu kaufen. Tatsächlich legte der Mercedes-Chef einen brasilianischen Führerschein (Nr. 053946585) der „Categoria A 2/D" vor. Das Dokument hat allerdings einen entscheidenden Fehler: Das Ausstellungsdatum – 13. September 1990 – liegt Monate nach dem Unfall.

Niefers Anwälte hatten dafür natürlich eine Erklärung. Es handele sich, sagen sie, um einen Ersatzführerschein. Als Beweis legten sie eine völlig unleserliche Telefax-Kopie eines Antragsformulars für eine Fahrerlaubnis in portugiesischer Sprache vor; auf ihr waren nur noch der Name Werner Wilhelm Niefer und das Datum 1. September 1981 lesbar.

Den Ermittlern genügte das. Sie bemühten sich nicht einmal um eine Übersetzung des Formulars.

„In der Behandlung von Prominenz aus Politik und Wirtschaft", sagt der grüne Landtagsabgeordnete Rezzo Schlauch, „hat sich in Baden-Württemberg eine Praxis entwickelt, die den Begriff der Klassenjustiz in den Schatten stellt." Schlauch, praktizierender Rechtsanwalt, sieht „überall den gleichen Filz, ob bei Imhausen, SEL-Lohr oder Niefer".

Auch für Richter Nicol besteht „kein Zweifel, daß in einem Verfahren gleichen Schuldgehalts, das sich nicht gegen einen Prominenten" richtet, die Staatsanwaltschaft Stuttgart anders reagiert hätte.

Der Spiegel; 03/91; S.31 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Der Spiegel; 18/91; S.32; 14/90; S.29 f. --> LXXII

„Druck von Daimler nehmen"

Staatsanwälte in Stuttgart gehen sehr behutsam mit Deutschlands führendem Industriekonzern um. Doch für Daimler-Benz ist die Affäre um Rüstungsexporte in den Irak und andere Länder noch längst nicht ausgestanden. Im Management, das zeigen neue Erkenntnisse, war mehr bekannt, als bislang zugegeben wird.

•
•
•

Der Bundesnachrichtendienst machte die Bundesregierung inzwischen auf die besondere Brisanz dieses Deals, der abgeschlossen und abgewickelt wurde, aufmerksam. Die Transporter, heißt es in der Warnung aus Pullach, könnten „als Abschußrampen für Boden-Boden-Raketen dienen".

Mercedes dementierte prompt. Die Fahrzeuge seien ausschließlich für den Transport von Bergekranen vorgesehen gewesen. Wegen des zivilen Einsatzes habe auch keine Ausfuhrgenehmigung beantragt werden müssen.

Die dem SPIEGEL vorliegenden Verträge belegen dagegen den möglichen militärischen Einsatz der Sattelschlepper. Intern räumen die Manager das inzwischen sogar ein. Mercedes habe, heißt es in einem Vorstandspapier des Konzerns, die Lkw „für militärische Zwecke ausgerüstet". Allerdings seien sie nicht besonders „konstruiert", ihr Export mithin nicht genehmigungspflichtig.

•
•
•

So belastend war für Mercedes das Irak-Geschäft, daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft schließlich prüfte, ob sie deswegen gegen Daimler ermitteln sollte. Oberstaatsanwalt Klaus Bieneck ließ sich sämtliche Akten zum Scud-Fall schicken. Die Kollegen in Wuppertal und Düsseldorfer Zollfahnder hatten seit Ende Januar gegen die Firma Marrel ermittelt. Und da war, auch gegen Mercedes, einiges zusammengetragen worden.

Am Donnerstag, dem 21. März, trafen die Mercedes-Marrel-Akten bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein. Die Unterlagen füllten zwei Umzugskartons. Doch bereits einen Tag später ließ Bieneck heftige Zweifel an den Vorwürfen gegen Daimler erkennen.

Am folgenden Montag dann, als gerade neue Details über das Irak-Geschäft bekannt geworden waren, verschaffte Bieneck nach Absprache mit dem umstrittenen Leitenden Oberstaatsanwalt Dieter Jung (siehe Kasten) dem mächtigen Konzern einen Freispruch im Rekordtempo: Gegen „Angehörige von Mercedes" gebe es „keinen konkreten Beteiligungsverdacht".

•
•
•

Der Stuttgarter Konzern war über alle Details des Geschäfts informiert. Das geht aus einem Protokoll über eine dreitägige Sitzung im Juni 1989 hervor. In diesen Verhandlungen ging es auch um die Marrel-Arbeiten. Zu den Sitzungsteilnehmern gehörten zwei Mercedes-Manager. Zudem sind die Marrel-Leistungen auch in dem von Daimler-Benz abgeschlossenen Vertrag als Generalunternehmer enthalten.

Veränderungen der Aufbauten lassen Fahnder an der Mercedes-Version zweifeln, die Sattelschlepper seien für den Transport von Bergekranen vorgesehen.

Der Spiegel; 18/91; S.32

Waffenexporte

Gestochene Handschrift

In der Affäre um U-Boote für Südafrika ermitteln die Staatsanwälte nun auch gegen Politiker und hohe Beamte.

•
•
•

Die Unterlagen der Kieler Staatsanwälte belegen den Verdacht: Bundesdeutsche Firmen, allen voran die Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) haben den weißen Störenfried am Kap in die Lage versetzt, U-Boote nach deutschen Plänen und mit deutscher Hilfe zu bauen. Dabei flossen nach den Erkenntnissen der Staatsanwälte Schmiergelder und Provisionen in Millionenhöhe.

Die Kieler Staatsanwälte stießen während ihrer Hausdurchsuchungen bei rund 20 Firmen und Privatpersonen auch auf Hinweise, daß bundesdeutsche Politiker, Mitglieder der Bundesregierung und hohe Beamte, jahrelang alles taten, um den Skandal zu vertuschen (SPIEGEL 13/1990).

•
•
•

Die Kollegen in der Bundeshauptstadt haben inzwischen auch in einer anderen Sache Post von der Waterkant bekommen. Bei ihren Durchsuchungen stießen die Kieler auf Unterlagen, die klären können, ob Helmut Kohls engster Mitarbeiter im Kanzleramt, Ministerialdirektor Horst Teltschik, im Zuge der U-Boot-Affäre „Verwahrungsbruch" begangen hat. Der Kohl-Vertraute hatte zugegeben, mit Unterlagen zum Südafrika-Geschäft den Reißwolf gefüttert zu haben.

Von den Kieler Strafverfolgern weiterbearbeitet wird dagegen ein Verfahren, das auch Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg in neue Schwierigkeiten bringen könnte. Stoltenberg, damals Finanzminister und seit 1983 über das dubiose Südafrika-Geschäft informiert, schaltete 1985, als der Skandal hochkam, nicht etwa die Staatsanwaltschaft ein, sondern beauftragte die ihm unterstellte Oberfinanzdirektion Kiel (OFD) mit den Ermittlungen.

So sei, rechtfertigte sich der Christdemokrat später vor dem Untersuchungsausschuß, „am ehesten sichergestellt, daß, falls erforderlich, die Staatsanwaltschaft zum richtigen Zeitpunkt eingeschaltet wird." Sie wurde nicht, was vor allem das Verdienst des OFD-Präsidenten und Stoltenberg-Freundes Svend Olav Hansen war, gegen den inzwischen wegen des Verdachts auf Rechtsbeugung ermittelt wird. Der Finanzfahnder und seine Behörde machten sich so mißmutig an die Aufklärung, daß ein Beamter von Stoltenbergs Bonner Finanzministerium im Juli 1987 in einem Vermerk warnte, daß bei der Kieler OFD „entweder das Können fehlte oder/und an die Sache mit einer bestimmten Einstellung herangegangen wurde".

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXII

Wie die aussah, belegen neue Funde. Hansen selber war den beschuldigten Firmen behilflich, als ein sie belastendes Detail des U-Boot-Deals bekannt wurde. Nachdem die OFD das Verfahren gegen HDW und IKL im Januar 1988 eingestellt hatte, weil angeblich keine baufähigen Pläne geliefert wurden, kam heraus, daß der südafrikanische Partner längst zwei Millionen Mark „Lizenzgebühren" gezahlt hatte. Die Summe sollte laut Vertrag vom 15. Juni 1984 aber nur fällig werden, wenn „sich LSM nach Maßgabe dieser Vereinbarung zum Bau eines U-Bootes entschließen" sollte. Hansen – so belegen die Akten – hat „am 26. Januar 1988 auf Herrn Nohse (IKL) eingewirkt, die zwei Millionen Mark zurückzuzahlen". Vertuschen – nicht aufklären –, hieß die Devise.

Bei einer der Durchsuchungsaktionen stießen die Ermittler auf eine Kladde des ehemaligen HDW-Vorstandsmitgliedes Peter Hansen-Wester. Das Din-A4-Heft, vom Manager mit „gestochener Handschrift" (ein Beteiligter) beschrieben, erwies sich als wahre Goldgrube.

Die Ermittler fanden darin auch den Namen des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs in Stoltenbergs Finanzministerium, Friedrich Voss.

•
•
•

Insgesamt 20 Prozent der Auftragssumme hätten die Südafrikaner an Schmiergeldern zahlen müssen – davon 5 Prozent an einen türkischen „Agenten T." und 5 an die U-Boot-Bauer HDW und IKL, immerhin 15 Millionen Mark.

Trotz der Funde der Staatsanwaltschaft haben HDW und IKL noch gute Chancen, glimpflich aus der U-Boot-Affäre zu kommen. Die Kieler dürfen nämlich aus formalen Gründen nur wegen eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz ermitteln. Um auch wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat tätig werden zu können – das Geschäft mit Südafrika verletzt ein Geheimschutzabkommen mit Indien –, fehlt ihnen bislang die Ermächtigung der Bundesregierung. Viel Zeit bleibt nicht mehr: Mögliche Straftaten aus dem U-Boot-Geschäft mit Südafrika drohen am 29. April – fünf Jahre nach Vertragsabschluß – zu verjähren.

Der Spiegel; 14/90; S.29 f.

U-Boot-Affäre

Eleganteste Lösung

Neue Dokumente belegen, daß der Kanzler und seine Vertrauten viel tiefer in das illegale Südafrika-Geschäft verwickelt waren, als sie zugeben wollen.

•
•
•

Klar ist: Die staatliche Kieler Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) gingen Südafrika trotz eines Uno-Waffen-Embargos in den achtziger Jahren gemeinsam beim U-Bootbau zur Hand.

Sie lieferten Pretoria für etliche Millionen Mark Konstruktionspläne und hochwertigen Stahl, Elektronik ebenso wie qualifiziertes Fachpersonal.

Doch immer, wenn es darum ging, wie viel Bundeskanzler Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg oder sein früherer Staatssekretär im Finanzministerium Friedrich Voss – allesamt frühzeitig in die Absichten der Firmen eingeweiht – vom Treiben wußten und wie sehr sie sich für das Südafrika-Geschäft einsetzten, gab es Erinnerungslücken.

Auf das Gedächtnis der Zeugen alleine sind die Parlamentarier nicht mehr angewiesen. Jetzt steht fest, daß Teltschik, Voss und Schreckenberger und wohl auch Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuß Grund zur Zurückhaltung hatten. Zudem sind Theo Waigel und Wolfgang Schäuble in die Affäre verstrickt.

Indizien finden sich in Firmennotizen und in einem Brief von Franz Josef Strauß an Helmut Kohl vom November 1984. Dieses Material übermittelte die Bonner Staatsanwaltschaft dem Ausschuß.

Bei einer „Durchsuchung der Wohnräume des früheren Vorstandsvorsitzenden von HDW, Klaus Ahlers, in Bremen", so informierte der Kieler Behördenleiter Lothar von Raab-Straube in einem Schreiben den Bonner Oberstaatsanwalt Dieter Irsfeld, seien Schriftstücke beschlagnahmt worden, die „den Verdacht nahelegen, daß die Bekundungen des Ministerialdirektors Horst Teltschik" vor dem Untersuchungsausschuß „nicht der Wahrheit entsprachen".

•
•
•

Bereits am 13. September 1984 schickte das damalige Vorstandsmitglied von HDW, Peter Hansen-Wester, seinen Kollegen in der Geschäftsführung – „streng vertraulich" – einen Sachstandsbericht, aus dem hervorgeht, daß nicht nur Teltschik, sondern auch Helmut Kohl frühzeitig in das verbotene Geschäft eingeweiht waren.

•
•
•

Wie früh Helmut Kohl in die Geschäfte eingeweiht war, geht aus einem Strauß-Brief hervor, den die Staatsanwälte bei den Hausdurchsuchungen fanden.

Schon im Juli 1984 mahnte der Ministerpräsident aus München an, in der Sache sei „höchste Eile" geboten. In einem zweiten Schreiben vom 5. November 1984 erinnerte der Bayer Kohl an Absprachen, die der Kanzler nach einem Besuch des südafrikanischen Premiers Botha mit Strauß getroffen hatte.

> In meinem Schreiben an Dich vom 31. Juli 84 habe ich darauf hingewiesen, daß Du mit mir der Auffassung warst, das Anliegen, das Dir und mir von dem damaligen Ministerpräsidenten ... des betreffenden Landes vorgetragen wurde, positiv zu entscheiden, wobei es noch offen war, ob es zu einer kleinen oder zu einer größeren Lösung kommt. Professor Schreckenberger hat aufgrund meines Schreibens noch am 31. Juli 1984 Herrn Nohse von IKL in Lübeck und ... auch anschließend Herrn Ahlers von HDW angerufen. Dabei wurde vereinbart:
> 1. Größere Lösung anstreben.
> 2. „Kleine Lösung" vereinbarungsgemäß wirksam werden zu lassen.
> 3. Nach den Parlamentsferien, also vor erster Lieferung am 6. Oktober 84, soll endgültige Genehmigung erfolgen ...

•
•
•

HDW und IKL lieferten prompt, und zwar auch noch, nachdem HDW 1985 angeblich die Order erteilt hatte, das Südafrika-Geschäft einzustellen. Zu diesem Zeitpunkt bekam die Bundesregierung Bedenken wegen internationaler Proteste.

Die Beamtenriege konzentrierte ihre Bemühungen darauf, alles unter der Decke zu halten. „Te. *(Teltschik, – Red.)* und Schrbg. *(Schreckenberger)* mußten Sch. *(Schäuble)* nochmals schriftlich über Projektvorgang berichten", notierte sich HDW-Vorstand Hansen-Wester am 8. Januar 1986. Außerdem wolle „Zo. gemeinsam mit Waigel ein Gespräch mit Sch. führen", um „die genaueren Hintergründe für Aktivitäten der Kieler Oberfinanzdirektion zu erfahren".

Weil die Lieferungen ruchbar geworden waren, wollten die Politiker den schweren Verstoß

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXIII

gegen das Außenwirtschaftsgesetz als simple Ordnungswidrigkeit tarnen.

Sie schalteten deswegen nicht die Staatsanwaltschaft, sondern nur die Oberfinanzdirektion ein. „Überlegung im Kanzleramt (u. a. Schäuble)", notierte sich Hansen-Wester die offizielle Strategie, „Vorgang über Strafbefehl offiziell zum Abschluß bringen. Ist laut Te. die eleganteste Lösung".

Die Firmen zeigten sich nicht abgeneigt. „Sofern die politische Beerdigung des Projektes über ein Ordnungswidrigkeitsverfahren bewerkstelligt werden kann, ist dies für HDW/IKL akzeptabel", schrieb Hansen-Wester in einem persönlichen Vermerk am 31. Oktober 1986 nieder. „Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Höhe des Bußgelds akzeptabel ist." Als die Firmen einen Strafbefehl von 50 000 Mark nicht akzeptieren wollten, beerdigte Soltenbergs Behörde kurzerhand das Verfahren. Ohne Strafbefehl, versteht sich.

Der Spiegel; 38/90; S.34 f.

Politisch dicht

In einem Geheim-Beschluß erhebt das Kieler Landgericht schwere Vorwürfe gegen Bundesregierung und Werft-Manager wegen des U-Boot-Handels mit Südafrika.

Bei dem Vorstandsvorsitzenden der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Klaus Neitzke, kam Freude auf. „Genugtuung" und „große Erleichterung" bereitete dem Manager ein Spruch des Kieler Landgerichts.

Da war, Mitte Juli, die III. Große Wirtschaftsstrafkammer in einem Beschwerdeverfahren wegen diverser Hausdurchsuchungen bei Werftmanagern und U-Boot-Konstrukteuren zu einem Ergebnis gekommen, das einem Freispruch der Werft in der seit fast vier Jahren schwelenden U-Boot-Affäre gleichkam: Der umstrittene Handel mit Südafrika, befanden die Richter, begründe nicht einmal „den Anfangsverdacht von Straftaten".

Das Gericht kam zu dem Schluß, der Verkauf von Bauplänen für die Kriegsschiffe an den Apartheid-Staat verstoße weder gegen eine amtlich auferlegte Geheimhaltungspflicht noch sorge er für eine strafrechtlich erhebliche Störung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Allenfalls eine Ordnungswidrigkeit komme in Betracht.

Im Vertrauen auf die Kieler Landrichter, die, äußerst ungewöhnlich, ihre umstrittene Entscheidung „vollständig als geheim" erklärten und selbst den Kollegen der ersten Instanz „den Einblick verweigern" (Amtsrichter Jörg Möller), trat der HDW-Gewaltige um so forscher auf. Es bleibe dabei, ließ Neitzke mitteilen, daß die Werft „das in gutem Glauben begonnene Südafrika-Geschäft" nach einem Veto des Bonner Wirtschaftsministeriums im Juni 1985 sofort gestoppt habe. Danach seien „keine Teile oder weitere Pläne nach Südafrika geliefert" worden.

Die Unschuldsbeteuerungen der Kieler Kriegsschiff-Exporteure sind, wieder einmal, falsch. Ausgerechnet die ausführliche Begründung des umstrittenen Urteils, das die Kieler Staatsanwaltschaft zur Einstellung ihrer strafrechtlichen Ermittlungen und Abgabe des Verfahrens an die Oberfinanzdirektion veranlaßte, macht das Ausmaß der Waffenhandelsaffäre – Straftat oder nicht – erst richtig deutlich.

Zum ersten Mal wird in dem 60seitigen Beschluß („Geheim – amtlich geheimgehalten") von Gerichts wegen und quasi amtlich festgestellt, daß HDW und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) sogar bis „Anfang 1987" ohne Genehmigung hochsensible Pläne des U-Boot-Typs 209 ans Kap verkauften.

Dabei verfolgten die Norddeutschen nach Feststellungen der Richter bewußt das Ziel, dem Rassisten-Regime gegen den Willen der Vereinten Nationen den Bau modernster U-Boote zu ermöglichen.

Unerschütterlich hatten HDW und IKL bislang behauptet, die gelieferten Blaupausen und Konstruktionspläne im Wert von 42,6 Millionen Mark hätten zum Bau eines U-Bootes nicht ausgereicht.

Entscheidende Materialien seien nach Verweigerung der Genehmigung im Sommer 1985 ja nicht mehr geliefert worden. Penibel führen die Kieler Richter nun jedoch auf, welche der fehlenden Pläne, Fotos und Berechnungen zur Fertigung der Boote oder „von Vorrichtungen zum Abfeuern von Torpedos" auch später noch „geliefert worden sind oder werden sollten".

Dazu gehörten so vertrauliche Daten wie die „Unterlagen über den Taucherausstieg bei den an Argentinien gelieferten U-Booten", die „endgültige Stabilitätsberechnung" des an Indien gelieferten Typs oder die „kompletten Fertigungsunterlagen für die Torpedorohrsektion und die Torpedorohre". Auch die „endgültigen Erprobungsprotokolle (Fabrikabnahmetest, Hafenabnahmetest, Seeabnahmetest)" und die „vom Germanischen Lloyd geprüfte logistische Dokumentation" hätten sich darunter befunden.

Allein die „logistische Dokumentation", der die „Funktion einer Bedienungsanweisung" zukomme und die 160 technische Handbücher umfasse, nach Erkenntnis des Gerichts ebenfalls erst nach dem Veto aus Bonn ans Kap gebracht, sei eine „entscheidende Voraussetzung für den Bau". Wo Unterlagen fehlten oder „bei technischen Problemen" habe der südafrikanische Vertragspartner sogar „vielfach die Beratungshilfe der Firmen IKL bzw. HDW in Anspruch genommen".

Eine Beendigung des dubiosen Geschäftes, das „nach Lage der Akten vorsätzlich" fortgeführt worden sei, ist nach Feststellungen der Richter „nicht vor Januar/Februar 1987 anzunehmen", womöglich gar später.

Die Abwicklung unter Decknamen und Tarnbezeichnungen sowie mit Hilfe konspirativer Treffs, mal in Paris, mal in Rendsburg, kommt denn auch nach Meinung eines Kieler Juristen „der Operation einer kriminellen Vereinigung gleich".

Die Operation wurde offenbar – während offiziell keine Genehmigung vorlag – im Geheimen von der Bundesregierung gefördert. Zwar haben Kanzler Helmut Kohl und sein Berater Horst Teltschik immer wieder erklärt, sie könnten sich nicht recht erinnern. Doch die Angaben in der Kieler Gerichtsentscheidung helfen ihnen möglicherweise auf die Sprünge.

So begründen die Richter ihre Ansicht, die Schuld der HDW-Leute sei „im unteren Rahmen anzusiedeln", gerade mit der Enthüllung, daß die Manager „erst nach dem ihnen anfänglich übermittelten ‚grünen Licht' der Bundesregierung" intensiv tätig geworden

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

seien.

Zudem war das Bundesverteidigungsministerium über den Handel offensichtlich bis zuletzt im Bild.

⋮

Angesichts so schwerwiegender Belastungsmomente ist es für Bonner Juristen „schier unverständlich“, daß die Kieler Richter lediglich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren empfahlen. „Das hätte normalerweise für eine Haftsache gelangt“, urteilt ein hoher Regierungsbeamter. Die Staatsanwälte müßten, was möglich ist, die Ermittlungen wieder an sich ziehen.

In der Kieler SPD-Landesregierung – Schleswig-Holstein ist Anteilseigner bei HDW – wird der Spruch ohnehin als „Polit-Urteil“ qualifiziert. Mit der ungewöhnlichen Geheimnistuerei habe die Kammer „ohne Not versucht“, so ein Regierungsmitglied, „das Verfahren politisch dichtzuschreiben“.

Ungewöhnlich ist das Kieler Verfahren allerdings nicht nur wegen der Geheimniskrämerei. An dem Kammerspruch beteiligt war als einer von drei Berufsrichtern Wilfried Hoops. Dessen Ehefrau Petra Ahlers-Hoops ist, ausgerechnet, zugelassene Rechtsanwältin in der Kieler Sozietät, die mit dem U-Boot-Verfahren beschäftigt ist – als Verfahrensbevollmächtigte von HDW.

Der Spiegel; 41/90; S.40 ff.

Im Rahmen der beschriebenen Verfilzung von Staat, Wirtschaft und Justiz war es dann auch nicht anders zu erwarten, daß Ende 1992 der Prozeß zum U-Boot-Handel ohne nennenswerte Folgen abgeschlossen wurde.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

AFFÄREN

„Einfach tot gestellt"

Der Genfer Generalstaatsanwalt Bernard Bertossa, 59, über die Leuna-Affäre, die deutsche Justiz und die Weitergabe seiner Akten an die Bundesanwaltschaft

SPIEGEL: Herr Bertossa, warum muss die Leuna-Affäre deutsche Staatsanwälte interessieren?

Bertossa: Weil es kein normales Geschäft ist. Es geht um den Kauf der ostdeutschen Leuna-Raffinerie und des Tankstellennetzes Minol durch den französischen Konzern Elf Aquitaine in der Regierungszeit Helmut Kohls. An den Geschäften war der deutsche Staat direkt beteiligt. Es wurden Gelder abgezweigt, auch deutsche Staatsbürger haben davon profitiert. Man findet Deutschland am Anfang und am Ende dieser Geschichte.

SPIEGEL: Welche Rolle haben deutsche Ermittler in der Affäre gespielt?

Bertossa: Uns hat sehr erstaunt, dass die deutschen Justizbehörden bisher überhaupt nichts dazu beigetragen haben, die Wahrheit herauszufinden. Deshalb haben wir als letztes Mittel die Delegation der Ermittlungen an die Bundesrepublik beschlossen. Am vergangenen Mittwoch erhielt ich die offizielle Bestätigung, dass die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe um Einsicht in unsere Leuna-Akten bittet, um festzustellen, ob sie zuständig ist. Ich habe am Freitag der Bundesanwaltschaft die Akten übergeben.

SPIEGEL: Was bedeutet diese Delegation?

Bertossa: Wir übergeben nicht einfach nur unsere Akten. Wir übertragen unsere Ermittlungskompetenz in der Leuna-Affäre an die deutschen Strafverfolgungsbehörden, soweit es Bürger der Bundesrepublik betrifft. Das heißt, der deutsche Staatsanwalt, der den Fall übernimmt, darf einen Beschuldigten auch wegen Straftaten verfolgen, die er in der Schweiz begangen hat.

SPIEGEL: Gab es denn bisher überhaupt irgendeine Form der Zusammenarbeit?

Bertossa: Schlechter hätte es nicht sein können. Die Deutschen haben sich einfach tot gestellt. Wir haben der Augsburger Staatsanwaltschaft im September 2000 alle Fakten, die Deutschland betreffen, angeboten. Aber es gab keinerlei Reaktion. Unser Problem war nicht, dass sich die Deutschen offiziell weigerten, zu ermitteln, oder uns sagten, ihr jagt einem Gespenst nach, sondern das absolute Schweigen.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich das Schweigen? Sind zu viele prominente Persönlichkeiten in die Affäre verwickelt?

Bertossa: Ich weiß es nicht. Aber ich bin von dieser Haltung nicht überrascht. 1996 meldete ich den deutschen Behörden, dass Siemens bei einem öffentlichen Auftrag in Spanien mit Bestechungsgeldern operierte. Es gab keine Reaktionen. Oder der Fall Uwe Barschel. 1987 verstarb der CDU-Politiker unter zweifelhaften Umständen in Genf. Es dauerte bis Anfang der neunziger Jahre, ehe sich Ihre Justiz bewegte. Dabei war klar: Was auch immer geschah, der Grund für Barschels Tod war in Deutschland zu finden.

SPIEGEL: Welchen Schluss ziehen Sie?

Bertossa: Ich schildere nur meinen allgemeinen Eindruck. Ich weiß nicht, wie unabhängig Ihre Staatsanwaltschaften sind. Ich weiß aber, dass sie nicht ganz so unabhängig sind wie in der Schweiz. Unsere Regierung greift nicht in Verfahren ein. Ich kann nicht sagen, ob die deutsche Justiz bestimmte Weisungen im Fall Leuna erhalten hat oder einfach nicht ermitteln will.

SPIEGEL: Warum pochen Sie auf Ermittlungen der deutschen Behörden zu Leuna?

Bertossa: Wir haben keine Möglichkeit, deutsche Staatsangehörige, die nicht in der Schweiz leben, bei uns zu verurteilen. Wir beharren aber darauf, dass alle Verdächtigen gleich behandelt werden. Es kann nicht sein, dass bei einem internationalen Fall nur die Schweizer Mittelsmänner verurteilt werden, und alle anderen dürfen sich in Sicherheit wiegen.

SPIEGEL: Leuna hat auch eine politische Dimension ...

Bertossa: Natürlich. Die Bürger Ihres Landes haben das Recht zu erfahren, warum und wie bei der Leuna-Privatisierung Geld veruntreut wurde. Und wer davon profitiert hat. Diesen Teil der Wahrheit kann nur die deutsche Justiz ans Licht fördern. Und dies muss geschehen, weil wir vermuten müssen, dass deutsche Behörden und Politiker Geld erhalten haben.

SPIEGEL: Was ist Ihr konkreter Verdacht?

Bertossa: Ich stelle fest, dass Herr Holzer ohne objektiven Grund Provisionen in beachtlicher Höhe erhalten hat. Diese Millionen flossen über ein komplexes Firmen- und Kontengeflecht, das keinen ökonomischen Sinn ergibt. Ich stelle auch fest, dass deutsche Politikerinnen und Politiker unter den Personen sind, die bei der Privatisierung Leunas von Elf Aquitaine Gelder erhielten.

SPIEGEL: Gibt es in den Akten Hinweise auf Empfänger möglicher Schmiergeldzahlungen?

Bertossa: Wir reden hier über den Verdacht der Geldwäscherei und des Betruges. Wir glauben, in unseren Akten befinden sich genügend Verdachtsmomente, die Ermittlungen rechtfertigen. Wenn die deutschen Staatsanwälte diese Akten gelesen haben, werden sie wissen, welche Fragen sie welchen Personen stellen müssen.

SPIEGEL: Sie glauben also, dass die deutschen Ermittler zwingend Verfahren gegen deutsche Politiker eröffnen müssen?

Bertossa: Legen Sie mir nicht in den Mund, was ich nicht sagen will. Leuna wurde durch deutsche Behörden privatisiert. Das Geschäft hat zu Veruntreuungen bei Elf Aquitaine geführt und Provisionszahlungen ausgelöst, die nicht gerechtfertigt waren. Und ich nehme zur Kenntnis, dass im Kanzleramt – wie durch ein Wunder – ausgerechnet die Akten zum Leuna-Geschäft verschwunden sind. Eine demokratische Strafverfolgungsbehörde muss dann einfach handeln. Anderenfalls bleibt nur der Schluss, dass gewisse Delikte wie Korruption in Deutschland nicht verfolgt werden. Dann muss man sie auch konsequenterweise aus dem Strafgesetzbuch streichen.

INTERVIEW: MARKUS DETTMER, JAN DIRK HERBERMANN

Der Spiegel; 30/2001; S.66

LXXV-E1

2.1.5.2. Gegensatz von Gewinn und Arbeitszeitverkürzung

Der Interessengegensatz von Gewinnmaximierung und Arbeitszeitverkürzung müßte schon sehr deutlich aus meiner Beschreibung, "Die Herkunft des Mehrwertes", hervorgegangen sein. Die güterwirtschaftliche Gewinnspanne der Kapitaleigner liegt zwischen notwendiger und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit versteckt. Der Unternehmer ist bedacht, die Länge der geleisteten Arbeitszeit auszudehnen, um so seinen absoluten güterwirtschaftlichen Mehrwert als Gewinnspanne zu vergrößern. Aus diesem Grund werden die Unternehmer den durch den technischen Fortschritt gewonnenen relativen Mehrwert nicht freiwillig hergeben.
Dies war es eigentlich schon.

Des weiteren will ich eine Meinung, die heute immer häufiger anzutreffen ist und immer vollmundiger bei den Verfechtern des Kapitalismus - den Marktwirtschaftsradikalen - vertreten wird, etwas Genauer untersuchen. Die Marktwirtschaftsradikalen behaupten doch glatt, daß der technische Fortschritt und die mit ihm verbundene Rationalisierung mehr Arbeitsplätze schafft. "Rationalisierung erzeugt Vollbeschäftigung", ist ihr Wahlspruch. Wie ich dies das erste Mal hörte, verschlug es selbst mir die Sprache.

Also gut. Beleuchten wir den Unsinn dieser Aussage. Denn die Massenmedien haben wiedermal mit der Erzeugung einer vorherrschenden Meinung den Verstand vieler kurzgeschlossen.
Der Preis der hergestellten Güter wird größtenteils von den in ihnen enthaltenen Lohnkosten bestimmt. Die Lohnkosten entstehen z.B. durch die zur Herstellung der Güter notwendigen Arbeitszeit, die von allen Arbeitskräften insgesamt aufgebracht wird.
Das Ziel des Unternehmers ist es, die hergestellten Güter mit einem größt möglichen Gewinn zu veräußern. Zur Steigerung der Gewinne ist es notwendig, die Unkosten - im wesentlichen die Lohnkosten - zu senken. Die Höhe der Lohnkosten wird überwiegend durch die Anzahl der Beschäftigten zur Herstellung der Güter im Produktionsprozeß bestimmt (lebendige Arbeit). Eine Rationalisierung (z.B. durch vollautomatische rechnergestützte Fließbandstraßen) ist eine deutliche, unverkennbare Einsparung menschlicher Arbeitskraft, und zwar ohne daß die Produktivität eines Betriebes gesenkt wird. Im Gegenteil. Die Produktivität nimmt in der Regel zu und verdoppelt sich sogar, wenn die Maschinen 24 Std. am Tag arbeiten.

Der ***Preis für die Rationalisierungsmaschinen*** ist wiederum ein Ausdruck der zu ihrer Herstellung und Wartung aufgewandten Arbeitszeit (Lohnkosten). Auch hier gilt der Leitsatz: Der Preis einer Maschine - als hergestelltes Gut - wird im wesentlichen von der zu ihrer Herstellung und Wartung notwendigen Arbeitszeit und den damit entstehenden Lohnkosten bestimmt. Hieraus folgt:

> Wenn eine Rationalisierungsmaschine oder die insgesamte Rationalisierungstechnologie mehr Arbeitsplätze schaffen würde, als sie vernichtet, wäre sie durch die entstehenden Lohnkosten teurer als die wegfallenden Arbeitskräfte im Produktionsbereich und für einen Unternehmer unrentabel.
> **Denn das Ziel des Unternehmers ist es, eine Gewinnmaximierung zu erreichen und nicht Arbeitsplätze zu schaffen, so daß er die Unkosten in allen auftretenden Formen so gering wie möglich hält.**

Rationalisierung heißt also:

> Das Ersetzen menschlicher Arbeitsleistung durch Maschinen, so daß im Produktionsprozeß immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden und immer mehr menschliche Arbeit freigesetzt wird.

So, und nun möchte ich wissen, wie der technische Fortschritt und die Rationalisierung volkswirtschaftlich mehr Arbeitsplätze schafft?

Die Rationalisierung bleibt also ein Mittel der Kapitaleigner, das ihren Verwertungsinteressen untergeordnet wird, und mit dem sie sich den relativen Mehrwert für ihre Ziele aneignen. Für die Besitzlosen bleibt die Entfaltung ihrer Produktivkraft und die entstehende Überproduktion die Geldwirtschaftsfalle der Wirtschaftssklaverei. Einen anderen Zusammenhang kann ich nicht entdecken.

2.1.5.3. Gegensatz Kapitalismus und Leistungsgesellschaft

So und nun zu einem Gegensatz, der den Höhepunkt der Volksverdummung darstellt und die übelste und höhnischste Form des gegen die Bevölkerung gerichteten Sarkasmus ist. Das Propagieren der Leistungsideologie halte ich für eine der höhnischsten Vorgehensweisen, mit der sich das Geldbürgertum über

die Gesellschaft lustig macht. Mit der Schilderung zum einbehaltenen Mehrwert entsteht er eigentlich schon:

Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Leistungsgesellschaft

Wie heißt es so schön? Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Das heißt, daß jeder alles haben kann, sobald er hierfür seine spezielle Arbeitsleistung für die Gesellschaft erbringt. Doch können wir diesem Anspruch wirklich zustimmen?
Ich kann an der von einem Unternehmer, Geldverleiher, Großhändler oder Geldabzugsapparat ungefragt durchgeführten Einbehaltung des Arbeitsmehrwertes keine besondere "Leistung" erkennen. Mit dieser Unterschlagung des Mehrwertes fremder menschlicher Arbeitsleistung entsteht kein Nutzen für die Allgemeinheit in Form von hergestellten Gütern oder zur Verfügung gestellten Dienstleistungen, die die Allgemeinheit bereichern und an denen alle zugewinnen, so daß sich für die Einbehaltung des fremdgeleisteten Mehrwerts keine moralische Rechtfertigung finden läßt. Das Wesen dieses Vorenthaltens des fremdgeleisteten Arbeitsmehrwertes ist viel eher das eines parasitären Blutsaugers, der sich am Gesellschaftskörper und dessen gesellschaftlicher Arbeitsleistung festsog und sich nun an den fremdgeschaffenen Gütern und Diensten labt. Von diesem Reichtum lebt die nun entstehende sogenannte "gesellschaftliche Führungselite" und pumpt sich mit ihm voll, ohne daß die tatsächlich güterwirtschaftlich Produktiven hierfür einen sinnvollen und nutzbringenden Gegenwert erhalten. Wie weit dies heutzutage geht, wird in meinen Berechnungen zur 5-Std.-Woche deutlich. Was leistet diese aus der ungleichen Verteilung des Produktiveigentums entstehende "Führungselite" innerhalb unserer sogenannten Leistungsgesellschaft denn tatsächlich für uns? Wie sieht ihre erbrachte Leistung für die Gesellschaft denn aus, aus der sie ihr Recht ableitet, anderen Menschen einen Teil ihrer Arbeitsleistung vorzuenthalten und sie um den wahren Wert ihrer Leistung zu betrügen?
Eine Leistungsgesellschaft, in der jeder den Wert seiner Arbeitsleistung erhält, <u>auf die nur der einen Anspruch besitzt</u>, der sie erbringt, ist dies auf jeden Fall nicht! Wenn jeder in dieser Gesellschaft Anspruch auf den tatsächlichen Wert seiner Leistung hätte und diesen Wert auch tatsächlich erhielte, wäre hiergegen vermutlich noch nicht einmal etwas einzuwenden, weil hierin niemand eine Ungerechtigkeit entdecken könnte. Dem ist jedoch nicht so!

> **Die eigentliche Leistung, die unsere sogenannte Leistungsgesellschaft tatsächlich meint, ist der Kampf um den erzeugten güterwirtschaftlichen Mehrwert, der als eine Art Beute von der Arbeitsleistung fremder Menschen abgezogen und böswillig unterschlagen wird, so daß es zu einer parasitären Bereicherung an fremdgeschaffener Arbeit kommt. Die Leistung ist der Kampf um**

den fremdgeschaffenen Arbeitsmehrwert, wobei sich die Gesellschaftsmitglieder gegenseitig versuchen, um den wahren Wert ihrer Arbeitsleistung zu bringen und ein ausbezahlter Lohn nicht den tatsächlich geschaffenen Gütermehrwert wiedergibt, sondern nur den erzielten Erfolg beim Kampf um die zu verteilende Beute fremdgeschaffener Arbeitserzeugnisse.

Vielleicht müssen die Eigentümer - als Unternehmer, Verpächter oder Bänker - diese Art der Geldbeschaffung als Leistung ansehen, weil sie sonst mit ihrem Leben als Parasiten moralisch nicht fertig werden. Eine Leistung kann ich bestenfalls noch bei ihren Vorläufern - den Freibeutern, Piraten und Sklavenhändlern - erkennen, die zu ihrem Geschäft von Mord und Totschlag noch einen "Schuß" Ehrlichkeit besaßen, für die die Beutebeschaffung noch eine echte Leistung war und die hierbei auch nicht so scheinheilig taten.
Die eigentliche wirkliche Leistung der Geschäftsleute ist es heute, die Beute an der fremdgeschaffenen Arbeitsleistung so zu erringen, daß sie nicht mehr Gefahr laufen, hierfür erschlagen zu werden, weil die Ausgebeuteten durch die Massenmanipulation den Betrug nicht bemerken. Vielleicht ist es das, was heute mit der Leistungsgesellschaft gemeint ist, nur das mir dies irgendwie entgangen sein muß.

2.2. Ursache der Geldwirtschaftsgegensätze

Die Verursacher der geschilderten menschenfeindlichen Gesellschaftsmechanismen sind im Kapitalismus die Institutionen von Privateigentum und Handel, wobei der Handel mit seinen Regeln das Ziel des "guten Geschäfts" erzeugt und somit die beschriebenen Verhaltensweisen auslöst und dauerhaft in Gang setzt.
Mit den entstehenden Wirkungen - die lebensfeindlichen Gesellschafts- und Verhaltensmechanismen - kann ich auch dem selbstgefälligen Gedankengang zur pluralistischen, repräsentativen Demokratie - d.h. dem kapitalistischen Selbstverständnis in einer demokratischen Gesellschaft - nicht zustimmen. Meine Gründe hierfür dürften klar geworden sein, so daß mir das kapitalistische Selbstverständnis zur Demokratie wie eine schmerzhafte Verhöhnung meines demokratischen Selbstbestimmungswillens und meiner demokratischen Rechte nachhallt.

Ich kann somit die Gedanken zur pluralistischen, repräsentativen Demokratie ohne die konsequente Kritik des Privateigentums an den Produktionsmitteln und

den Lebensquellen nicht teilen, weil dieser Weg durch praktische Beobachtungen und Erfahrungen als falsch, gescheitert und überaltert anzusehen ist und meiner Ansicht nach die Vergesellschaftlichung und Demokratisierung des heutigen Eigentums zur Folge haben muß!

Mit der Erkenntnis der mit der Geldwirtschaft entstehenden Herrschafts- und Machtmechanismen ist es nicht mehr verwunderlich, daß sich ausgerechnet alle mächtigen und einflußreichen Leute um die Regierung drängen, mit ihr zusammenglucken und sie auf Galaveranstaltungen und ausschweifenden Festen einladen. Alle wollen durch das Kaufen der Regierung sowie der Regierungsgewalt noch reicher werden und noch mehr wirtschaftspolitische Macht erlagen.

Alles was Rang und Namen hat, macht hier mit. Die Einheit von Staat, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen geht durch alle Gesellschaftsebenen. Die Reichen kaufen sich die wirtschaftspolitischen Begleitumstände für noch höhere Gewinne. Und wer nicht schmiert, der wird ausgestochen.
Wo schon Geld ist, kommt noch Geld dazu, und die Besitzlosen sind die einzigen, die in die Röhre schauen. Und die Tiefe dieses durch das Eigentum entstehenden Bestechungssumpfes wird immer wieder durch neue Skandale ausgelotet.

Seien wir ehrlich, die Macht des Geldes regiert auch diesen Staat, und die Macht des Geldes ist durch keinen Staat zu beherrschen. Die mit dem Geld entstehende Macht wird sich immer leichtfüßig über unsere demokratischen Mehrheits- und Mitbestimmungsrechte hinwegsetzen und die Menschen für ihre Ziele lediglich bis zur Gebrauchsunfähigkeit benutzen.

Die Kenner sehen es richtig, wenn sie meinen, daß z.B. der Gegensatz zwischen Demokratie und Kapital im Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital enthalten ist. Dennoch lassen sich die Mechanismen, die in der kleinen Ursache des Eigentumsrechts versteckt liegen, über den Weg der vom Eigentumsrecht erzeugten Wirkungen (der Handel, das Entstehen des Kapitalstocks, die Gegensätze zwischen Kapital, Arbeit, Demokratie, Rechtstaat, Natur, Arbeitszeitverkürzung und Leistungsgesellschaft) verständlicher entwickeln sowie einleuchtender im Zusammenhang darstellen. Über diesen Weg der Darstellung ist schnell zu begreifen, daß wir die wirkliche Ursache des Unheils - das heutige Eigentumsrecht - beseitigen müssen und nicht bloß wie ein paar aufgescheuchte Tauben an den vielgestaltigen Wirkungen von Eigentum und Handel durch noch mehr Gesetze und eine noch kompliziertere Staatsform herumdoktern dürfen.

Abschließend will ich die Wirkung von Eigentum und Handel mit erkennbaren Lösungsansätzen kurz aufzählend herausarbeiten.

2.2.1. Ende des kapitalistischen Erziehungsmechanismus

Was nutzt es einem Menschen, wenn er zwar formal frei ist, diese formale Freiheit aber - durch seine materielle Abhängigkeit von lebensnotwendigen Gütern - unterlaufen wird?
Wenn sich die lebensnotwendigen Güter genauso wie die Produktionsmittel überwiegend in den Händen einiger weniger befinden und der Besitzlose durch deren Verfügungsgewalt über diese Güter und der hiermit verbundenen materiellen Abhängigkeit in seinem Selbstbestimmungswillen unterworfen wird?
Nichts!
Mit seiner materiellen Abhängigkeit entsteht der Zwang zur Unterordnung. Das Eigentumsrecht, die Eigentumsverteilung, die Verfügungsgewalt und die Geldwirtschaft schaffen die Rollenverteilung, die den Besitzlosen zum Wirtschaftssklaven macht!

> Die Besitzlosen werden durch ihre körperliche Abhängigkeit von Nahrung und anderen lebensnotwendigen Gütern sowie der Verfügungsgewalt weniger über die Produktionsmittel und lebensnotwendigen Güter - im ehemals östlichen Monopolkapitalismus genauso wie im westlichen Kartellkapitalismus - zur Unterwerfung und Obrigkeitshörigkeit erzogen.

Ursache ist ihre körperliche Abhängigkeit und das Fehlen der Möglichkeit, auf andere materielle Lebensbedingungen auszuweichen. Die Lösung wäre somit die materielle Unabhängigkeit von lebensnotwendigen und kulturellen Grundgütern, die von der gesamten Gesellschaft als existentielles Menschenrecht formuliert und garantiert werden müßte.

> **Ein gesellschaftlich garantiertes Grundrecht auf lebensnotwendige und kulturelle Güter (z.B. Wohnung, Nahrung usw.) sowie deren Bereitstellung zum freien Ge- und Verbrauch aller schafft die wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes einzelnen, die dem Erziehungsmechanismus zum Gehorsam, zur Unterwerfung und zur Obrigkeitshörigkeit entgegenwirkt!**

Das heißt:

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist der kleine Bruder der Freiheit!

Unsere historische Aufgabe wird die Herstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines jeden einzelnen sein, damit Demokratie und Freiheit hierin ihren tatsächlichen Ausgangspunkt finden. Unser Ziel muß es deshalb sein, Güter im Überfluß herzustellen, um so auch während einer anfänglichen Hamstereuphorie eine Bedarfssättigung innerhalb der Bevölkerung zu erreichen. Nur so läßt sich der Erziehungsmechanismus von Unterwerfung und Obrigkeitshörigkeit mit seinem materiellen Ausgangspunkt aufbrechen. Wir beseitigen einfach die materiellen Abhängigkeitsverhältnisse. Der Mensch wird automatisch, nach der Befriedigung seiner materiellen Wünsche, seine geistigen Fähigkeiten entdecken und mit ihnen den Drang, diese zu entfalten. Doch mehr zum Aussehen einer Herrschaftsfreien Gesellschaft und den Weg dorthin finden Sie in meinem dritten und fünften Band.

2.2.2. Ausbeutungs- und Herrschaftsziel als Einheit

Der kapitalistische Erziehungsmechanismus ist nur eine Wirkung unseres Gesamtsystems, das den einzelnen Menschen - als kleinste Einheit - in seinem Wesen trifft und ihn so umgestaltet, daß die Besitzlosen - als Ganzes - zur tragenden Säule dieses Gesellschaftssystems werden. Erst mit der beschriebenen Wesensgestallt, die durch den Kapitalismus im einzelnen Menschen geformt wird, entsteht das demokratiefeindliche Verhalten der Gesellschaft, welches das Fundament von Herrschaft und Unterwerfung ist und für die Entstehung der Obrigkeitshörigkeit und einer autoritären Diktatur die Grundvoraussetzung bildet. Die ungleiche Eigentumsverteilung sowie die Verfügungsgewalt weniger über dieses Eigentum bleiben jedoch der eigentliche Ausgangspunkte, in dessen Folge das Wesen des einzelnen Besitzlosen geformt wird.

Ursache ist das Ausbeutungsziel der wenigen Kapitaleigentümer, die der breiten Schicht der Besitzlosen ihre tatsächliche Arbeitsleistung unterschlagen. Aus dem Ausbeutungsziel entspringt das Herrschaftsziel des Geldbürgertums, so daß die Besitzlosen unterworfen werden und in dieser Folge der Erziehungsmechanismus zur Unterwerfung, Gehorsam und Obrigkeitshörigkeit zwangsweise entstehen muß.

Somit ist die Ausbeutung fremdgeleisteter Arbeit untrennbar mit der Herrschaft über den Menschen verbunden und findet im Erziehungsmechanismus zur Unterwerfung, zum Gehorsam und zur Obrigkeitshörigkeit nur den Ausdruck seiner tatsächlichen Einheit. Begrifflich zu unterscheiden sind also die ***wirtschaftliche***

Macht (die durch die Abhängigkeit der Besitzlosen vom einseitig verteilten Eigentum entsteht, was im Kapitalismus durch die Kartelle der wenigen Kapitaleigner gegeben ist und im ehemaligen Staatsmonopolkapitalismus des Ostens durch die Parteiherrschaft der KP gegeben war) und die ***politische Herrschaft***, wobei die politische Herrschaftsgewalt auf der wirtschaftlichen Macht basiert.
Es liegt also auf der Hand, daß die Beseitigung der heutigen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nur durch eine Vergesellschaftlichung der Handelsgüter bzw. eine Ausdehnung der demokratischen Rechte über die Grenzen des heutigen Eigentumsrechtes erreicht werden kann und dieser Sachverhalt eine wesentliche Grundlage für das Entstehen einer dauerhaften demokratischen Zivilisation bildet.

2.2.3. Bestechlichkeit aller Rangfolgeorganisationen

Eine weitere Ursache der menschenfeindlichen und zerstörerischen Gesellschaftsgegensätze findet sich in der Art und Weise, wie sich heute Menschen zur gemeinsamen Willensvertretung zusammenschließen. Ich will dies am Beispiel von Regierung und Staat erläutern.

Rufen wir uns zunächst die Wirkung der Herrschaftsverlagerung in die Hände weniger ins Gedächtnis, so wie sie heute in jedem Staatssystem anzutreffen ist. Wir wissen, daß Regierung und Staatsgewalt immer bestochen und gekauft werden. Es entsteht über diese Käuflichkeit eine totale Verfilzung von Staat, Regierung, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen. Der Wählerauftrag der überwiegend besitzlosen Bevölkerung wird von den Regierungen veruntreut, indem unsere gewählten Abgeordneten unter dem Deckmantel ehrenwerter Ziele nur noch die Interessen des Kapitals unterstützen und propagieren (Siehe z.B. die Äußerungen des Kanzlers zum Streik der ÖTV im Mai/April 1992).
Unsere Frage muß also lauten:
Wo liegt der Ausgangspunkt für diese Gesellschaftszustände?

Zunächst muß geklärt werden, mit welcher Eigentums- und Herrschaftsstruktur unseres Staates die Möglichkeit entsteht, Gesetzgebung und Staatsgewalt gegen die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu lenken.

Als Ursache stelle ich hierfür den ***Blankowählerauftrag*** der Bevölkerung fest, mit dem sie einer zu wählenden Regierung den Auftrag erteilt, fast in "Alleinherrschaft" über die Gesellschaft zu regieren. Mit dieser praktischen Alleinherrschaft von Regierung und Parlament ist der Gegensatz zur Mehrheitenherrschaft (Demokratie) gegeben, da hiermit eine Herrschaft über die Bevölkerung beginnt.

Mit EINER "demokratischen Wahl" erteilt die Gesellschaft einer sehr kleinen Gruppe von Menschen einen Blankowählerauftrag zur Alleinherrschaft über sich selbst, was dem wirklichen Wesen einer tatsächlichen Mehrheitenherrschaft natürlich widerspricht.

Der Grund für diesen Widerspruch ist in der mangelnden Kontrollierbarkeit der gewählten Abgeordneten sowie in der fehlenden Durchsetzungsgewalt der Bevölkerung gegen ihre Abgeordneten zu finden. Versuchen wir die Ursachen hierfür stichpunktartig zusammenzutragen, so lauten sie in etwa wie folgt. Die Gründe für die Demokratiefeindlichkeit liegen in:

1. der Übertragung aller Herrschafts- und Regierungsgewalt durch einen Blankowählerauftrag, der an die "Volksvertreter" vergeben wird. Aus ihrer Wahl können die Abgeordneten jeden X-beliebigen gegen die Bevölkerung gerichteten böswilligen Wählerauftrag herauslesen, ohne daß der Gesellschaft ein Mittel zur Gegenwehr bleibt, gerade weil die Bevölkerung ihren Wählerbeauftragten von vornherein einen Blankowählerauftrag erteilte.

2. der mangelnden Möglichkeit der Bevölkerung, an einem echten Meinungsbildungsprozeß teilzunehmen und ihren Willen durch direkte Volksabstimmungen durchzusetzen. Dieses liegt in der den Abgeordneten übertragenen uneingeschränkten Herrschaftsgewalt begründet.

3. dem mangelnden Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, wobei sich das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in der JEDERZEITIGEN ABWÄHLBARKEIT der Abgeordneten durch ihre Wähler ausdrückt und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes erst durch die hiermit einsetzende Kontrollierbarkeit der Wählerbeauftragten möglich wird!

4. der fehlenden Möglichkeit zur jederzeitigen Abwählbarkeit der Abgeordneten, da erst die jederzeitige Abwählbarkeit die feste Bindung der Abgeordneten an Auftrag und Willen ihrer Wähler hervorruft.

5. der mangelhaften Öffentlichkeit aller Beratungen und Verhandlungen. Erst mit der Öffentlichkeit aller Beratungen und Verhandlungen entsteht jener Druck durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung, der die Abgeordneten an den Auftrag ihrer Wähler kettet und eine in ihrem Wesen demokratiefeindliche Veruntreuung des Wählerauftrages unmöglich macht. Hiermit müssen die Abgeordneten ihre echten Verhaltens- und Vernunftsziele öffentlich darlegen, was in Einheit mit der jederzeitigen Abwählbarkeit der Abgeordneten zu deren totalen Kontrolle durch den demokratischen Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung führen wird, so daß die gegen die Gesellschaft gerichteten Bestechungen und Betrügereien kaum noch machbar sind.

6. der nicht zu vergessenden Öffentlichkeit aller Abstimmungen und Wahlen. Damit wird für jeden Beobachter sichtbar, ob nach einer ergreifenden Rede auch die dazugehörige Tat des Abgeordneten folgt.

Mit der Einforderung dieser sechs Entmachtungspunkte wird dem Wildwuchs von Regierungs- und Herrschaftsgewalt durch den demokratischen Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung die Grundlage entzogen. Hiermit werden die Selbstbestimmungsrechte aller Menschen garantiert und der Herrschaftsmißbrauch durch eine kapitale Minderheit unterbunden. Von dauerhafter Wirkung bleiben diese Forderungen jedoch nur, wenn das Eigentum vergesellschaftlicht und das demokratische Selbstbestimmungsrecht radikal über das Eigentumsrecht ausgedehnt wird. Erfolgt dies nicht, so werden über die wirtschaftliche Macht und die hiermit verbundenen materiellen Abhängigkeitsverhältnisse die alten politischen Herrschaftsbeziehungen - wegen der Eigentumsansammlung - wiederentstehen.

Als zweiten ursächlichen Punkt sehe ich die hierarchische Organisation der Staats- und Gewaltapparate, die den gewählten Regierungen als Mittel zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsgewalt dienen. Durch unsere Wahl wird heute nur die Führungsspitze dieser Herrschafts- und Gewaltapparate ausgewechselt, indem wir "unsere Herrscher frei wählen" und ihnen nach ihrer Wahl die alleinige VERFÜGUNGSGEWALT über alle staatlichen HERRSCHAFTS- und GEWALTAPPARATE aushändigen.

Die Rangordnung innerhalb dieser staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparate ist ein weiteres Element zur Verstärkung der von der parlamentarischen Demokratie ausgehenden demokratiefeindlichen Wirkung, die schon in der zum Rang gehörigen Entscheidungsbefugnis innerhalb von Regierung, Partei und Parlament vorgegeben ist, was im übrigen kennzeichnend für die repräsentative Stellvertreterdemokratie ist.

> Dieser hierarchische Aufbau der Staatsapparate erzieht seine Mitglieder genau nach den gleichen gruppendynamischen Mechanismen zur Unterwerfung, zum Gehorsam und zur Obrigkeitshörigkeit, so wie ich sie schon für den demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft schilderte. Aus diesem Grund wird selbst bei einer namentlich offensichtlichen Veruntreuung des demokratischen Wählerauftrages kein Widerstand aus den Staats- oder Parteiapparaten zu erwarten sein, da ihre ureigenste Aufgabe in der Herrschaft

über die Gesellschaft im jeweiligen Interesse der momentanen Staatsherrscher begründet liegt. Denn die Menschen innerhalb dieser staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparate werden von den Staatsherrschern eigens zur bedingungslosen Gefolgschaft und zum blinden Gehorsam erzogen, so daß "unsere demokratische Regierung" über "ihr Volk" eine absolute Herrschaft ausüben kann, indem sie sich nur noch dieser staatlichen Herrschaftsapparate zu bedienen braucht. Eine Handlung der Regierung, die gegen die Bevölkerung gerichtet ist, wird von Seiten der staatlichen Herrschaftsapparate fast folgenlos bleiben, weil diese nur den bedingungslosen Gehorsam kennen, der diese Apparate aufgrund der inneren Rangordnungsstrukturen als einziges wirklich charakterisiert.

Die Demokratie liegt wegen des beschriebenen Erziehungsmechanismus zur **Angst vor der Obrigkeit** jenseits des Staatswesens und jenseits der durch die kapitalistische Wirtschaft geprägten Natur der in diesem Staatswesen arbeitenden Menschen. Zudem werden sich die meisten gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Interessengruppen dieser Staatsstruktur aus ihrem ideologischen Selbstverständnis heraus unterordnen, so daß sich die Regierung in vielen Fällen selbst dieser staatsunabhängigen, hierarchischen Zusammenschlüsse als Herrschaftsinstrumente bedienen kann, wie es z.B. mit den Parteien der Fall ist.

Somit erhält die Regierung durch unseren Blankowählerauftrag nicht nur die moralische Rechtfertigung zur Herrschaft über und gegen uns, sondern sie hält mit dem uns heute selbstverständlichen Staats- und Gewaltapparat ein williges Machtinstrument in der Hand, mit dem sie jederzeit ihre Herrschaftsgewalt gegen die Bevölkerung durchsetzen kann.
Dies sind die Bedingungen, die zur "Alleinherrschaft" einer Regierung führen.

Daß es beispielsweise nach den Wahlen, trotz immer wieder wechselnder Abgeordneter, zur Bestechlichkeit der Regierung kommt, kann damit begründet werden, daß eine Regierung ein kleiner überschaubarer Personenkreis ist, in dessen Händen die gesamte politische Herrschaftsgewalt liegt und auf demokratischem Wege von der Bevölkerung kaum kontrollierbar oder unter Druck zu setzen ist.

Die Folge dieser Eingangsvoraussetzungen wird immer die sein, daß Regierungs- und Staatsgewalt zur käuflichen Ware werden, da es sich hier um ein beschränkt vorhandenes, genau umrissenes, auf eine kleine Gruppe von Menschen verteiltes Gut handelt.

Im Rahmen der Marktwirtschaft wird also die regierende und gesetzgebende Staatsgewalt zur käuflichen Ware, die den rechtsprechenden und den Staatswillen ausführenden Gewaltapparat (die gesetzausführende Polizeigewalt und Militärmacht) als Warenangebot beinhaltet.
Dem entspricht das Interesse des Geldbürgertums an der Bestechlichkeit einer Regierung zur eigenen Macht- und Profitvergrößerung sowie zur Vergrößerung des eigenen Kapitalstocks, womit die Nachfrage nach der Bestechlichkeit einer Regierung geklärt ist.
Der ***Preis der Regierung*** regelt sich wiederum über den Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage. Dem größten und besten Preisangebot wird wie bei einer Versteigerung nachgegeben. Das beste Preisangebot kann natürlich nur der Anbieter erbringen, der durch Kapitalanhäufung, Zentralisation des Kapitals oder Kartellbildung am vermögensten ist und sich durch sein Preisangebot gegen seine Gegner durchsetzt. Somit wird die Regierung ebenso wie die ihr zugeordnete Herrschafts- und Entscheidungsgewalt zu einer "ganz normalen käuflichen Ware - wie jede andere Ware auch"!

Dies ist der ***Bestechlichkeitsmechanismus*** aller hierarchisch aufgebauten Organisationen, deren Entscheidungsträger - durch die ihnen übertragene Entscheidungsgewalt für alle Beratungen und Verhandlungen - zur käuflichen Ware werden. Dieser Bestechlichkeitsmechanismus ist in allen hierarchisch aufgebauten Zusammenschlüssen zu beobachten, an deren Spitze ein kleiner Personenkreis von Entscheidungsträgern steht. Alle Parteien, Parlamente, Gewerkschaften etc. bieten hier genügend Beispiele, da sie fast ausnahmslos nach diesem Rangordnungsmuster, insbesondere wegen der an der Spitze stehenden Entscheidungsträger, organisiert sind und immer wieder durch neue Bestechungsskandale hierfür "unrühmliches" Material liefern. Im Rahmen hierarchisch aufgebauter Zusammenschlüsse wird dieser Bestechlichkeitsmechanismus immer als fester Bestandteil der Marktwirtschaft entstehen, weil dies durch Angebot und Nachfrage ein natürlicher Marktwirtschaftsvorgang ist und die wenigen Entscheidungsträger an der Spitze hiervon immer profitieren werden.

Ausgangsursache für diesen Bestechungsmechanismus ist wiederum das Eigentumsrecht, die Verfügungsgewalt über das Eigentum, das kapitalistische Marktwirtschaftssystem sowie das Recht auf den fremdgeleisteten Mehrwert, weil dies erst das Entstehen einer Kapitalmacht ermöglicht und mit dem Handel selbst der Bestechungsmechanismus ganzer Regierungen einsetzt!

Die Umwandlung der Staatsapparate in gehorsame und demokratiefeindliche Herrschaftsinstrumente

BAYERN

Martyrium fortsetzen

Mit einem Disziplinarverfahren gegen den Schwandorfer Landrat und Atomgegner Hans Schuierer hat sich die CSU in eine politische Zwickmühle manövriert.

Hans Schuierer hat sonntags ein festes Programm. So gegen 14 Uhr spaziert der Landrat von Schwandorf in der Oberpfalz, meistens mit Gattin Lilo, in den Taxölderner Forst, wo unweit von Wackersdorf die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) gebaut wird.

Dort, am Franziskus-Marterl, trifft das Paar auf einige hundert Gleichgesinnte, die sich regelmäßig sonntags zu einer kurzen Andacht am Kreuz und zum Protest gegen die WAA versammeln, das Herzstück der deutschen Atomindustrie. Meistens geht es friedlich zu; ein Kirchenchor singt fromme Lieder, und der Landrat spricht ein paar Worte zu den unermüdlichen Kernkraftgegnern.

Was Schuierer sagt, wird aufmerksam registriert. Einige Waldspaziergänger schreiben sogar mit. Das sind meistens Beamte des Freistaates Bayern, die für ihren Dienstherrn, Innenminister Edmund Stoiber in der Landeshauptstadt München, Beweise gegen den aufsässigen Landrat sammeln.

Was die Spione im Laufe der Jahre alles aufgezeichnet haben, soll am Freitag dieser Woche vor der 10. Kammer des Verwaltungsgerichts in der Bezirkshauptstadt Regensburg ausgebreitet werden. Da wird dem Landrat Schuierer wegen seiner anhaltenden Unbotmäßigkeit der Prozeß gemacht.

So einen „unverhohlenen Versuch der Disziplinierung" habe es im Freistaat noch nicht gegeben, meint der beschuldigte Politiker: Mit ihm solle zugleich die „gesamte Bevölkerung rund um Wackersdorf eingeschüchtert werden".

Wegen des erwarteten Andrangs mußte das Tribunal gegen die Symbolfigur des WAA-Widerstands bereits vom Gerichtsgebäude in das benachbarte Deutsch-Amerikanische Institut verlegt werden – mit ihrer brachialen Atompolitik schaffen es die CSU-Politiker immer wieder, daß sich die Oberpfälzer um ihren wackeren Landrat scharen.

Schuierer ist ein Mann des Volkes. Der gelernte Maurer, vorübergehend Kreisbausekretär, gewann 1972 in Schwandorf zum erstenmal die Landratswahlen, und seitdem siegt er immer wieder – für Sozialdemokraten in der bayrischen Provinz eine Seltenheit. Als Arbeiterkind ist der Kommunalpolitiker ein Freund deutlicher Worte, auch bei seinen Auftritten im Wald nimmt er gewöhnlich kein Blatt vor den Mund.

Als sich Schuierer 1985 dabei auch mit dem regierenden Ministerpräsidenten und WAA-Förderer Franz Josef Strauß anlegte und von „Ein-Mann-Demokratie" und „CSU-Demokratur" sprach, war das Maß voll: Wie ehemals ein Hintersasse im Königreich Bayern muß sich der gewählte Landrat nun gleichsam wegen Majestätsbeleidigung und Aufführerei vor Gericht verantworten.

Fünf Dienstvergehen haben Schuierers unmittelbare Vorgesetzte in der Oberpfälzer Bezirksregierung auf Münchner Geheiß in einer „Anschuldigungsschrift" zusammengestellt. So soll der Landrat einmal „Hauptredner" auf einer nicht angemeldeten Demo gegen die WAA gewesen sein. Ein andermal soll er erst nach zweifacher Aufforderung durch die Polizei das Hüttendorf der WAA-Gegner auf dem Baugelände verlassen haben. Als ihn dann auch noch ein scharfer Polizeihund anfiel, nannte Schuierer das „Terror in Vollendung".

Das war deutlich – und mehr, als die CSU von einem Beamten hinnehmen wollte. Daß umgekehrt Strauß und sein Innenminister August Lang den Störenfried aus der Oberpfalz als „Steigbügelhalter des Kommunismus" diffamierten, ihn „Volksverhetzer" und „Rädelsführer" nannten und offen der „Sabotage" beschuldigten, das zählt anscheinend nicht. Anders als ein Provinz-Landrat genießen die hohen Herren bei ihren Attacken parlamentarische Immunität.

⋮

Immerhin, das beamtenrechtliche Disziplinarverfahren habe auch „etwas Gutes", meint Schuierer: Die Regensburger Verwaltungsrichter müßten klären, was ein kommunaler Wahlbeamter in Bayern überhaupt noch sagen darf.

Der Spiegel; 14/89; S.113 f.

Soldaten

Dienen ohne Sauerstoff

Ein Major der Bundeswehr wurde degradiert – aus politischen Gründen.

Major Helmuth Prieß erhielt viel Lob: Als Soldat habe er besondere Zivilcourage bewiesen und vorgelebt, „daß auch der Bürger in Uniform ein freier Mann ist, der in öffentlichen Angelegenheiten ein freies Wort sagen darf und soll". Dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis-Komitee war das im Jahr 1984 eine Auszeichnung wert.

Die Bundeswehr fand nicht soviel Gefallen an ihrem nonkonformistischen Major, der gegen die atomare Aufrüstung der Nato auf die Straße ging und es für legitim hält, daß Soldaten mit potentiellen Mördern gleichgesetzt werden. Jetzt wurde der freimütige Prieß, 52, vom Truppendienstgericht Koblenz angeklagt und degradiert.

Anfang November 1989 hatte Helmuth Prieß zusammen mit 20 anderen Soldaten ein Urteil des Landgerichts Frankfurt gutgeheißen, wonach der Arzt Peter Augst während einer Schülerdiskussion über den Einsatz von Atomwaffen ungestraft sagen durfte: „Alle Soldaten sind potentielle Mörder."

Der Richterspruch war ein Ärgernis für die Bundeswehrführung. Minister Gerhard Stoltenberg sorgte höchstselbst dafür, daß Major Prieß wegen seines Kommentars zum Urteil vor den Militär-Kadi mußte.

Gezielt wurde mit Prieß der Sprecher des „Darmstädter Signals" vorgenommen, einer 1983 gegründeten Gruppe friedensbewegter Soldaten, die der konservativen Hardthöhe schon lange auf die Nerven fällt.

Mal attackierten die „Signaler" die Stationierung neuer Atomwaffen in Ost und West und warben für den Abbau von Feindbildern, mal stellten sie die nukleare Option der Nato-Strategie in Frage. Auch zum Frankfurter Soldaten-Urteil mochten die Darmstädter nicht schweigen, zumal die Bundeswehrführung den

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

LXXVI

Richter heftig gescholten hatte.

„Da wurde übel gegen das Urteil gehetzt und durch verkürzte und falsche Darstellungen fast eine Pogrom-Stimmung erzeugt", empört sich Helmuth Prieß noch im nachhinein. Deshalb nahm das Darmstädter Signal entschieden Stellung:

> Wir begrüßen das sogenannte Soldaten-Urteil. Zum einen ist der Kampf der Meinungen das Lebenselement unserer Gesellschaft, zum anderen halten wir die Aussage „alle Soldaten sind potentielle Mörder" inhaltlich für richtig.
>
> Gerade die immer noch gültige Strategie der atomaren Abschreckung bringt uns in Gewissensnot, weil sie bei ihrem Versagen zum massenhaften unterschiedslosen Töten zwingt.
>
> Im Gegensatz zum Bundesminister der Verteidigung halten wir eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Urteil und seiner Begründung sowohl außerhalb als auch innerhalb der Bundeswehr für notwendig.

Die Resolution wurde am 7. November 1989 formuliert, sie ging allen Bundestagsabgeordneten zu. In der Öffentlichkeit fand der Appell im Freudentaumel über die Maueröffnung wenig Beachtung. Aufmerksame Leser hatten die streitbaren Soldaten allerdings im Bundesverteidigungsministerium.

Noch im Dezember wurden die Vorgesetzten der 21 Unterzeichner angewiesen, den Vorgang disziplinarrechtlich zu ahnden. In bislang acht Fällen traten Militärgerichte in Aktion. Zwei Soldaten wurden freigesprochen, sechs verurteilt – die Richtersprüche reichten von geringer Geldbuße über zeitweiligen Beförderungsstopp bis hin zur Degradierung um einen Dienstgrad.

An Major Prieß, der im Heeresamt der Bundeswehr in Köln arbeitet, wurde ein Exempel statuiert. Das Truppendienstgericht Mitte in Koblenz befand ihn schuldig, gegen seine Pflichten als Vorgesetzter, gegen das Kameradschaftsgebot und die Pflicht zu achtungs- und vertrauenswürdigem Verhalten verstoßen zu haben. Außerdem hätte Prieß als Sprecher des Darmstädter Signals die Resolution mildern müssen, meinten die Koblenzer Richter.

„Ich war am Zustandekommen der Erklärung völlig unbeteiligt", erklärte Prieß. Gleichwohl dachte er nicht daran, sich davon zu distanzieren. „Kein Wort nehme ich davon zurück."

Die Strafe für die Unbotmäßigkeit ist hart. Der Major wird um zwei Dienstränge zum Oberleutnant zurückgestutzt – hochgerechnet auf die nächsten 20 Dienst- und Pensionsjahre muß Prieß einen Einkommensverlust von mehr als 400 000 Mark hinnehmen.

Derart drakonische Urteile werden beim Bund normalerweise nur für Räuber, Einbrecher, Betrüger, Hehler und andere Kriminelle ausgesprochen. Deshalb hält Prieß die Degradierung für einen „Angriff auf meine persönliche Ehre". Dabei hatte ihm die zuständige Personalabteilung im Verteidigungsministerium am 14. August 1991 sogar noch schriftlich eine Beförderung zum Oberstleutnant zugesagt – „falls keine gravierenden Umstände eine Förderung verbieten". Die sind jetzt aus Sicht der Bundeswehr eingetreten.

Nicht zu Unrecht mutmaßt der Major, daß die Bundeswehrführung an seiner Verurteilung großes Interesse hatte. Die Umstände des Verfahrens stützen seinen Verdacht.

Der Leitende Rechtsberater des Heeresamtes, Siegfried Fiedler, war in einem neunseitigen Gutachten über Prieß und einen Mitdelinquenten am 2. Februar 1990 zu einem für die Hardthöhe unerfreulichen Schluß gekommen: „Die beiden Soldaten haben kein Dienstvergehen begangen." Es könne zudem nicht verboten sein, ein Urteil eines deutschen Gerichtes „zu begrüßen und Aussagen darin zu übernehmen sowie für inhaltlich als richtig zu erachten".

Der damalige Chef des Kölner Heeresamtes, General Wolfgang Odendahl, übernahm die Einschätzung seines Hausjuristen. Auch der zuständige Vertrauensoffizier, Oberstleutnant Hartmut Waßmer, gab nach einer Anhörung von Prieß zu Protokoll: „Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens erscheint mir daher nicht nur als unangebracht, sondern auch höchst bedenklich, da hierbei der Eindruck entstehen muß, daß politisch unerwünschte Meinungen mit dem Mittel des Disziplinarrechts unterdrückt werden sollen."

Doch genau dieser Eindruck entstand.

Mit Schreiben vom 2. März 1990 an General Odendahl verfügte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Henning von Ondarza: „Gemäß Weisung des Herrn Bundesministers ist gegen Major Helmuth Prieß ein disziplinargerichtliches Verfahren einzuleiten." Begründung: Das Ermittlungsergebnis und die rechtliche Würdigung durch die Rechtsexperten des Heeresamtes „entsprechen nicht der Bewertung der Angelegenheit durch das Ministerium".

Das Urteil des Truppendienstgerichts dürfte dem kritikempfindlichen Wehr-Minister besser gefallen.

Der Spiegel; 01/92; S.63 f.

Bundeskriminalamt

Einiges an Zorn

Ein ehemaliger BKA-Beamter hat über seine frühere Tätigkeit ausgepackt – in einem Schlüsselroman.

Das Amt ist „personell aufgebläht wie eine Kröte". Die Führung befördert nur „Leute, die ihr nach dem Mund reden". Viele Mitarbeiter sind „auf dem rechten Auge blind". Das linke Feindbild beginnt „schon bei den Grünen".

Im Inland wird „Terrorismushysterie geschürt", im Ausland werden „Militärs und ihre Todesschwadronen unterstützt". Wenn es um Menschenrechte geht, herrscht in der Behörde „Friedhofsruhe".

Die unfreundliche Analyse beschreibt nicht etwa die Zustände in der Polizeiverwaltung einer rechten Bananenrepublik. Gemeint ist der größte Fahndungsapparat Europas: das Wiesbadener Bundeskriminalamt, weltweit auch bekannt unter seinem Kürzel BKA.

Ein ehemals hoher Mitarbeiter, der frühere Kriminaldirektor Dieter Schenk, 53, hat versucht, die inneren Strukturen der Mammut-Behörde, die mittlerweile fast 4000 Bedienstete beschäftigt, aus seiner Sicht darzustellen. Herausgekommen ist ein „Tatsachenroman" mit dem Titel „BKA – Die Reise nach Beirut", eine für das Amt wenig schmeichelhafte Abrechnung*.

Das Buch, gerade vom Sender Freies Berlin zum „Krimi des Monats" gekürt, wird nicht nur im BKA für Aufregung sorgen. Denn der Autor, der sich im März aus Gesundheitsgründen pensionieren ließ, hat sich nach eigenem Bekenntnis „einiges an Zorn von der Seele geschrieben, was sich in vielen Jahren angesammelt hatte". So formuliert Schenk nicht nur mit feiner Feder, sondern schwingt gelegentlich gleichsam den Polizeiknüppel.

Prügel beziehen im Schenk-Roman ein BKA-Präsident, der sich von der indonesischen Folter-Polizei mit Orden schmücken läßt, und ein Vizepräsident, der sich bei südafrikanischen Polizeioffizieren für westdeutsche Pressekritik an der Rassentrennung entschuldigt. Bloßgestellt werden Kollegen, die dunkelhäutige BKA-Besucher intern als „Angebrannte" oder „Briketts" diffamieren, ebenso wie Terrorismus-Verfolger, die nach der zufälligen Festnahme einer Verdächtigen ausgiebig jubeln.

Schenk weiß, worüber er schreibt: Schon 1955, im Alter von 18 Jahren, trat er in den Polizeidienst. Bevor er zum BKA kam, sammelte er Erfahrungen als Leiter der Kripo Gießen und, mehr als ein Jahrzehnt lang, als Drogenfahnder

* Dieter Schenk: „BKA – Die Reise nach Beirut. Ein politischer Tatsachenroman". Rowohlt-Verlag, Reinbek; 384 Seiten; 39,80 Mark.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXVII

beim Hessischen Landeskriminalamt. Um Terroranschlägen vorzubeugen, arbeitete Schenk Sicherheitskonzepte für westdeutsche Botschaftsgebäude in aller Welt aus; dazu bereiste er über 60 Staaten.

•
•
•

Was schon den ehemaligen BKA-Beamten Schenk verbittert hat, wurmt im Buch auch sein Alter ego Gehrig: Opportunismus und Leisetreterei als Voraussetzung zum Karrieresprung. „Wer sich kritisch äußert, hat doch keine Chance", empört sich Gehrig beim Disput mit seinem Leidensgenossen, „sich mit Querdenkern rumzuschlagen, ist unüblich."

Heftig kritisiert wird die Kooperation der Wiesbadener Kriminalisten mit Diktaturen in aller Welt. Unerträglich sei es, läßt Schenk seinen Romanhelden schimpfen, „daß man in einem Jahr 130 Besucher aus Folterstaaten und 18 aus solchen mit Todesschwadronen in allen Ehren im BKA empfangen hat".

Während seiner Dienstzeit hatte Schenk Probleme, solche unbequemen Erkenntnisse loszuwerden. Ein von ihm verfaßter Bericht über Menschenrechtsverletzungen der Polizei von El Salvador, mit der das BKA in Sicherheitsfragen zusammenarbeitete, wurde von der Amtsleitung bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen – die entsprechenden Dokumente sind im Buch abgedruckt.

•
•
•

Der Autor, der seit der Pensionierung 75 Prozent seiner früheren Bezüge kassiert, verteidigt die Entscheidung für die Romanform mit dem Hinweis, er habe seine Altersversorgung nicht aufs Spiel setzen wollen. Er glaube aber fest, daß jedem Leser deutlich werde, daß er viele Details „selbst erlebt" habe: „Der Anteil der Fiktion ist kleiner, als sich das manche im Amt wünschen mögen."

Als „Nestbeschmutzer", wie Kollegen ihn schon bezeichnen, fühlt sich der Ex-Kriminaldirektor nicht. „Ihr Nest ist doch bereits schmutzig", läßt er seinen Buch-Helden sinnieren, „du kannst es allenfalls säubern helfen."

Der Spiegel; 40/90; S.95 ff.

Ein Job zum Einschlafen

Weil ein öffentlich Bediensteter über zuwenig Arbeit klagte, wurde er gefeuert. Doch Unterbeschäftigung in Behörden und Amtsstuben ist kein Einzelfall

Das Nichtstun im Büro konnte Günter Blume nicht mehr ertragen. Der Angestellte im öffentlichen Dienst forderte mehr Arbeit. Jetzt hat er gar nichts mehr zu tun, denn er ist fristlos entlassen worden.

Seit 1988 saß Günter Blume als Energieberater in einer Außenstelle der »Gasversorgung Nord GmbH« in Garbsen, einer 100prozentigen Tochter der Stadtwerke Hannover. Er saß dort, zwischen seinen Heizkesseln, hinter sich ein Plakat mit dem Aufdruck »Erdgas bietet mehr als Wärme«. Doch obwohl selten Kunden kamen, durfte der nach Bundesangestelltentarif V c (3900 Mark brutto) bezahlte Mann andere Arbeit nicht übernehmen.

Jeden Morgen um acht Uhr begann die Quälerei für Blume. Er setzte sich hinter seinen Schreibtisch und wartete, daß es endlich Feierabend wurde. »Ich habe Kaffee gekocht, Zeitung und Simmel gelesen, mein Mittagessen warm gemacht, wieder gelesen. Es gab ja nicht mal Formulare zu sortieren. Wenn ich kurz vorm Einnicken war, bin ich im Kreis gelaufen, um mich wach zu halten. Abends war ich völlig erledigt vom Nichtstun. Das ist gegen die Menschenwürde«, sagt Blume.

Zwei Jahre hielt der heute 52jährige durch, dann zog er vor Gericht. Er verklagte seinen Arbeitgeber, ihn »während der gesamten Arbeitszeit zu beschäftigen«. Der Richter gab ihm recht. Es sei gegen die »Würde des Arbeitnehmers«, jahrelang entlohnt, aber nicht beschäftigt zu werden. »Der Zwang zum Nichtstun läßt den Betroffenen nicht mehr als vollwertiges Glied der Berufsgemeinschaft und der Gesellschaft erscheinen«, heißt es in der Urteilsbegründung des Arbeitsgerichts Hannover (AZ 1CA111/91).

Zwei Wochen nach der Urteilsverkündung, am 6. September, wurde Blume fristlos entlassen. »Der Arbeitgeber behauptet, er habe sich an die Öffentlichkeit gewandt und damit den Betriebsfrieden gestört. Für mich ist das ganz klar eine Rachekündigung«, sagt Blumes Rechtsbeistand, Herbert Borner von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Jetzt klagt Günter Blume gegen seinen Rausschmiß, zu dem die Gasversorgung gegenüber dem STERN nicht Stellung nehmen wollte.

»Ich bin kein Querulant«, sagt Blume, »aber mit 52 finde ich doch keinen neuen Job mehr.« Rente bekäme er erst mit 65, und die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes wäre auch flöten, wenn er jetzt entnervt aufgäbe. Der Vater zweier Kinder: »Da bliebe mir nur der Weg zum Sozialamt.«

Offenbar hat Günter Blume mit seinem Vorgehen gegen die goldene Regel des Büroschlafs verstoßen: Genießen und Schweigen. Unterbeschäftigung komme in deutschen Ämtern »schon mal häufiger vor«, kommentiert der Kölner Verwaltungsexperte Gerhard Banner. »Doch daß jemand den Mund aufmacht, ist sehr, sehr selten.« Auch die Vorgesetzten hätten selten Interesse daran, überflüssige Stellen abzubauen. »Der Bundesangestelltentarif regelt, daß einer um so mehr verdient, je mehr Untergebene er hat«, erläutert Banner. Rudi Walther, SPD-Haushaltsexperte im Bundestag und von Haus aus Beamter, behauptet, rund ein Drittel der öffentlich Bediensteten sei chronisch unterbeschäftigt.

•
•
•

Bisweilen hat es freilich auch einen anderen Grund, wenn öffentlich Bedienstete auf ihrem Schreibtisch plötzlich keine Arbeit mehr vorfinden. Verwaltungsexperte Banner: »Unbeliebte Kollegen werden vom Apparat eingekapselt wie eine Trichine im Schwein.«

HENRIK BORK

Stern; 42/91; S.322

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXVIII

2.2.3.0.2. Melde gehorsamst den politischen Vollzug

Der Spiegel; 11/91; S.30 f. --> LXXIX

Melde gehorsamst den politischen Vollzug

Beispiel Medien, die Quelle zur Beurteilung gesellschaftspolitischer Abläufe

„Der hat jeden Tag gefragt"

Die Regierung hat den Bundestag belogen: Helmut Kohls Kanzleramt war, entgegen amtlicher Darstellung, an Schiebungen beim Verkauf ostdeutscher Zeitungen beteiligt. Ex-Treuhand-Chef Reiner Gohlke bestätigt Kohls Plan, daß die Vergabe eines Ost-Blatts an einen CDU-nahen West-Verlag „schnell über die Bühne ging".

Von Anfang an gab es Gerüchte, der Kanzler nutze seinen Einfluß auf die Führung der Treuhandanstalt, um die Vergabe der Ost-Zeitungen nach seinen persönlichen Vorlieben oder nach parteipolitischen Interessen zu steuern. Dafür gibt es jetzt konkrete Hinweise.

Angefangen hatte alles damit, daß die *Freie Presse* in Chemnitz (Auflage: 603 000 Exemplare) unter dubiosen Umständen an den Verlag der CDU-nahen *Rheinpfalz* in Kohls Heimatstadt Ludwigshafen verkauft wurde. Dann erwarb in Halle, der Heimat von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der FDP-nahe Kölner Verleger Alfred Neven DuMont, 63, die *Mitteldeutsche Zeitung* (SPIEGEL 7/1991).

Grünewald versicherte im Parlament, daß die Bundesregierung in diesen Fällen „zu keinem Zeitpunkt Einfluß auf den Vorstand der Treuhandanstalt genommen" habe. Die Auskunft war falsch.

Reiner Maria Gohlke, 56, Ex-Bundesbahnchef und fünf Wochen lang, bis zum 20. August 1990, Präsident der Berliner Treuhandanstalt, bestätigte dem SPIEGEL am Mittwoch voriger Woche, das Bundeskanzleramt habe damals ständig Verbindung mit ihm gehalten, auch wegen des Zeitungsverkaufs in Chemnitz. Kohls Mittelsmann sei Ministerialdirigent Johannes Ludewig, 45, gewesen, ein Intimus des Kanzlers. „Der Ludewig", sagt Gohlke, „mit dem habe ich fast jeden Tag telefoniert."

Ludewigs Kohl-Kontakte sind so eng, daß ihn die *Bild*-Zeitung letzte Woche als „des Kanzlers ‚Souffleur'" beschrieb. Am Freitag vorletzter Woche avancierte er in Kohls Behörde zum Abteilungsleiter für Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Der Blitzkarrierist und sein Gebieter kümmerten sich angelegentlich um Einzelgeschäfte der Treuhand, die der Rechtskontrolle von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) unterliegt. Doch das Duo hielt den ordentlichen Dienstweg über das Waigel-Ministerium nicht ein. Statt dessen wurde im Kanzleramt, wie ein hochkarätiger Insider sagt, „der Kreis in diesem Fall enger gezogen, er ist daher nicht nach administrativen Kategorien zu sehen". Zu deutsch: Der Kanzler erlag mal wieder seinem Hang zum Kungeln.

Ohrenzeugen hatten dem SPIEGEL berichtet, sie hätten Gohlke „unzweideutig" so verstanden, daß sich der Kanzler beim Treuhand-Präsidenten auch selbst nachdrücklich für den Chemnitzer Vertragsabschluß eingesetzt habe. Das müsse „ein Mißverständnis" sein, versichert dagegen Gohlke nachträglich. Ludewig habe aber „den Kanzler laufend informiert, was bei der Treuhand vorgeht".

Deshalb sei ihm auch klar gewesen, sagt Gohlke, was der Kanzler wollte. Denn „der Ludewig", räumt der Ex-Treuhand-chef ein, „hat mich praktisch jeden Tag gefragt, was wir machen". Und im Fall Chemnitz machten sie es so, daß ein langjähriger Weggefährte Kohls aus der heimatlichen Pfalz die heute größte ostdeutsche Zeitung einheimste.

Als erster West-Verleger überhaupt, der von der Berliner Treuhand-Zentrale einen früheren SED-Presseverlag bekam, konnte der Ludwigshafener Dieter Schaub, 53, die *Freie Presse* kaufen. Der Kontrakt wurde am 2. Oktober letzten Jahres unterschrieben – und nicht, wie der Parlamentarische Finanz-Staatssekretär Manfred Carstens dem Bundestag vorspiegelte, „noch im September 1990 unter der früheren DDR-Regierung" von Ministerpräsident Lothar de Maizière. Die Treuhand hatte eine Zustimmungsfrist bis zum 29. Oktober.

Schaubs CDU-nahe *Rheinpfalz* hatte einst den CDU-Aufsteiger Kohl aus dem Vorort Oggersheim journalistisch gepäppelt. Das Blatt blieb auch in Bonn die – per Eilboten abonnierte – Heimatzeitung des Kanzlers. Die Frage lag nahe, warum die Verlage in Chemnitz und Halle gerade an „gute Freunde von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher" gegangen seien – so Sozialdemokrat Otto Schily im Bundestag.

Der Spiegel; 11/91; S.30 f.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXIX

Presse

Siehe Bitte d. Ministers

Aktenvermerke aus Bonn beweisen, wie ein Pressebetrieb in der Ex-DDR einem Freund von Hans-Dietrich Genscher zugeschoben wurde.

Kohl und Genscher konnten der Versuchung nicht widerstehen, die ihnen zugefallene Verfügungsgewalt über die neue Staatsholding der ehemaligen DDR-Wirtschaft für ihre parteipolitischen Zwecke zu mißbrauchen. Früher von der SED gleichgeschaltete Zeitungen bugsierten sie von Staats wegen in eine neue Gefügigkeit, die sich schon daraus ergibt, daß sie für die neuen Eigentümer ihre guten Beziehungen spielen ließen.

Einer der beiden Fälle begann damit, daß sich Alfred Neven DuMont, 63, Mitinhaber des Kölner Verlags M. DuMont Schauberg *(Kölner Stadt-Anzeiger, Express)*, um den Kauf der *Mitteldeutschen Zeitung* in Halle bewarb. In einem Brief vom 3. August letzten Jahres an den damaligen Treuhand-Verwaltungsratsvorsitzenden, Detlev Rohwedder, äußerte der FDP-nahe Verleger Neven DuMont, der über beste Beziehungen zu freidemokratischen Spitzenpolitikern verfügt, die „dringende Bitte" um ein Gespräch seiner Geschäftsführung mit dem Treuhand-Vorstand.

Doch damit nicht genug. Schon drei Tage später wurde eine Kopie des Neven-DuMont-Briefes in Bonner politische Kanäle eingespeist. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) wies seine Beamten handschriftlich an: „bitte bei THA nachfassen", also bei der Berliner Treuhandanstalt. In Klammern vermerkte er: „auch Interesse von BM Genscher".

Haussmanns Kabinettsreferent Bernd-Wolfgang Weismann adressierte das Schreiben am 20. August 1990 an Ministerialrat Friedrich Homann weiter, den Referenten für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Leitungsstab Deutschland (Amtskürzel: L-D1).

Weismann stieß bei Homann nach: „Siehe Bitte d. Ministers." Er habe damit nicht Genscher gemeint, sagte Weismann, als ihm der SPIEGEL das Dokument am Freitag letzter Woche vorhielt, sondern den eigenen Minister, also Haussmann. Und daraufhin ging alles ganz schnell.

Homann ließ am Tag danach Kopien anfertigen für Ministerialdirigent Rudolf Scheid und den damals für Treuhand-Angelegenheiten zuständigen Regierungsdirektor Wolf-Dieter Blessing. Scheid, eine Art ständiger Verbindungsmann des Ministeriums zur Treuhand, erhielt die ihm zugedachte Kopie am 22. August frühmorgens per Fax und reiste damit am selben Tag nach Berlin.

Der Spiegel; 13/91; S.27 f.

Ruß aus der Hose

Mit ihrer Verkaufspolitik hat die Treuhandanstalt dafür gesorgt, daß die einstige SED-Presse nun einheitlich schwarz wird.

Rund 850 Millionen Mark wird die Treuhand für die zehn früheren SED-Pressebetriebe einstreichen, über deren Verkauf sie jetzt entschieden hat. Medienpolitisch ist das Ergebnis eindeutig: Die Presselandschaft der Ex-DDR bleibt fast so einfarbig wie vor der Wende, nur diesmal schwarz statt rot. Von Rostock bis Leipzig dominieren konservative Erwerber, darunter Springer, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder der *Münchner Merkur*.

Die Verteilung können sich manche Pressemanager nur damit erklären, daß bei der Treuhand „die Machtbalance zwischen Regierung und Opposition gefehlt" hat, wie einer von ihnen sagt. Geschäftsführer Günther Grotkamp, 64, von der überparteilichen *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)* in Essen sieht eine „konservative Kamarilla" am Werk, die auf dem ostdeutschen Pressemarkt fast „alles rechts angesiedelt" habe – „schrecklich", so Grotkamp. Manche der Käufer seien „so schwarz, denen fällt der Ruß aus der Hose".

Das ist sicher kein Zufall. Helmut Kohls Bundeskanzleramt hat, wie der frühere Treuhandpräsident Reiner Maria Gohlke dem SPIEGEL bestätigte, von Anfang an Einfluß auf den Umgang der Treuhand mit den Regionalzeitungen genommen, etwa auf den frühzeitigen Verkauf der Chemnitzer *Freien Presse* an einen CDU-nahen Verlag in Kohls Heimatstadt Ludwigshafen.

Auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein damaliger Wirtschaftskollege Helmut Haussmann (FDP) konnten der Versuchung nicht widerstehen, einen der Ihren zu protegieren: Der liberale Kölner Verleger Alfred Neven DuMont wurde vorab mit der *Mitteldeutschen Zeitung* in Genschers Heimatstadt Halle versorgt (SPIEGEL 11 und 13/1991).

Aus freien Stücken wich die Treuhandanstalt jetzt nur einmal von ihrer konservativen Linie ab. Die kleinste der verkauften Zeitungen, das *Freie Wort* (Auflage: 149 000) in Suhl, ging an die zur liberalen *Süddeutschen Zeitung* gehörige, früher SPD-eigene Coburger *Neue Presse*.

Viel Freude, so ist der internen Verkaufsbegründung des Treuhandvorstands zu entnehmen, werden die neuen Besitzer mit ihrer ostdeutschen Tochter kaum haben. „Die Zeitung unterliegt erheblichem Wettbewerbsdruck", heißt es in dem Papier, die Technik sei mit 50 Millionen Mark „zu sanieren" – fast doppelt soviel wie der Kaufpreis von 28 Millionen Mark.

Eine „Hoffnung des Kanzleramts" (Insider Grotkamp) war offenbar, mittels der Treuhand den liberalen Hamburger Verlag Gruner + Jahr (G+J) von Ostdeutschland fernzuhalten. Der Plan ist knapp mißlungen.

„Mit Bestürzung" reagierte der Bonner Verband der Lokalpresse auf die Vergabe der Ost-Verlage an lauter „Medienmultis". Die zunächst versprochene Berücksichtigung mittelständischer Verlage, meint Bauer-Geschäftsführer Peter Heidenreich, habe sich die Treuhand „dadurch verbaut, daß sie möglichst hohe Preise erzielen wollte".

Der Spiegel; 17/91; S.94 ff.

„Mein Traum: ein Monopol"

SPIEGEL-Redakteur Werner Dähnhardt über das Schattenreich des Medien-paten Leo Kirch

Was haben die Politiker den „mündigen Bürgern" für Fernsehfreuden versprochen. Mehr Vielfalt, Frische, Bürgernähe sollten die Privatprogramme auf die Bildschirme bringen, sogar von einem „Jedermann-Grundrecht" auf freie Sendekanäle war die Rede. Auf der Tagesordnung stand so etwas wie die Erfindung der elektronischen Demokratie.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXX

Das war Anfang der achtziger Jahre. Richtig ist, daß die Zuschauer nun mit den vielen Knöpfen auf den Programmwählern auch viele Programme einschalten können. Aber was bekommen sie da zu sehen?

Egal, ob auf Sat 1 ein Film oder auf Pro 7 eine Fernsehserie läuft, ob der Kabelkanal eine Show oder der Pay-TV-Sender Premiere einen neuen Kinohit zeigt – das Programm stammt zumeist aus einer einzigen Quelle. Es sind die Regale des Münchner Medienfürsten Leo Kirch, der sich bescheiden Filmkaufmann nennt. Auf die bei ihm übliche, das heißt undurchsichtige Weise redet Kirch neuerdings offenbar auch bei dem Sender Tele 5 mit, so daß er fünf der sechs privaten Fernsehprogramme beherrscht oder beeinflußt.

Wenn ein Sender beispielsweise massenhaft Programmzeiten mit „Sissi", „Buffalo Bill" oder „Bezaubernde Jeannie" aus Kirchs Lizenzvorräten füllt, ist das zugleich eine redaktionelle Entscheidung gegen viele andere Beiträge, die nicht gesendet werden können, weil die Zeit nicht reicht. Programmauswahl aber ist – so hat das Bundesverfassungsgericht entschieden – ein Kernstück der Rundfunkfreiheit. Die gelte es vor dem Zugriff einzelner Machthaber zu schützen.

Gar so unpolitisch, wie Kirch es gern darstellen möchte, ist er ohnehin nicht. Schon aus der Gründungszeit von Sat 1 ist die Weisung eines von Kirch berufenen Geschäftsführers für die Nachrichtensendungen überliefert, „Kohl solle besser dargestellt werden".

Auf offenen Widerstand trifft die geballte Meinungsmacht allein bei Kirchs Hauptkonkurrenten Helmut Thoma, Geschäftsführer von RTL plus. Der wettert seit Jahren über den „neuen Hugenberg" und die „Gefährdung der Demokratie" durch Kirchs Geschäfte.

Thoma protestiert vergeblich, die Politiker tun ihn als Konkurrenten ab. Als er kürzlich seine Kritik anschärfte, Kirchs Vormarsch ins Medienreich wirke, „als würde man die Zulassung der SA und SS wieder erlauben", fand er wenigstens ein Echo: Das Münchner Landgericht erließ auf Antrag Kirchs eine einstweilige Verfügung gegen Thoma.

Kirch ist deswegen so schwer angreifbar, weil der fränkische Winzersohn natürlich kein Hugenberg ist – kein Nachfahr jenes preußisch-protestantischen Krupp-Direktors und deutschnationalen Großverlegers, der zum politischen Wegbereiter Hitlers wurde.

Der aggressive Pressebaron hatte einst, im Ersten Weltkrieg, den Berliner Verlagskonzern des unpolitisch-vaterländischen Massenblattgründers August Scherl an sich gebracht und die staatsloyalen Scherl-Zeitungen nach rechtsaußen gesteuert.

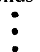
Schon klafft hinter dem nimmersatten Medien-Vielfraß Kirch, den selbst der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß einst mit einem Haifisch verglich, ein noch größerer Rachen. In einer finanziell bedrängten Situation hatte sich Kirch Ende 1989 auf ein Filmgeschäft mit dem Metro-Gründer Otto Beisheim eingelassen; der wurde von der *Bunten* einmal als „(möglicherweise) der reichste Deutsche" apostrophiert.

Das Metro-Imperium des Teilhabers Beisheim, der mittlerweile Schweizer Staatsbürger ist, wurde vom Schweizer Wirtschaftsmagazin *Bilanz* unlängst auf einen Umsatz von 50 Milliarden Schweizer Franken, mit weiteren Unternehmensbeteiligungen sogar auf 80 Milliarden Franken, taxiert.

Zudem engagierte sich eine Beisheim-Gesellschaft beim Münchner Kabelkanal gemeinsam mit Pro 7, wo wiederum Kirchs einziger Sohn beteiligt ist. Die Vorgänge lassen auf einen Verbund schließen, dessen Bedeutung und Umfang im dunkeln gehalten werden.

Beisheim selbst hält sich noch stärker im verborgenen als der notorische Versteckspieler Kirch. Einer der vielleicht wichtigsten Männer der deutschen Medienzukunft gebärdet sich wie ein mafioser Dunkelmann, und kaum jemand weiß, ob das nur eine Marotte ist oder ob es andere Gründe hat.

Unter solchen Umständen kann jedenfalls nicht gleichgültig sein, daß, wie der Springer-Verlag vorletztes Jahr noch einwandte, Beisheim als junger Mann der Waffen-SS angehört hat. Mag ja sein, daß dies eine längst vergessene Episode im Leben eines politisch gewandelten Mannes ist. Aber Beisheim hat sich zu seinen politischen Einstellungen bisher nirgends erklärt.



Daß sich drei Medienkonzerne, Bertelsmann, Radio Luxemburg und die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, das Fernsehprogramm RTL plus teilen, mag hingehen. Daß aber alle übrigen fünf Programme, offen oder getarnt, an den Strippen eines einzelnen Anbieters hängen, sollte sich von selbst verbieten.



Das ZDF geriet in eine fast totale Abhängigkeit von dem Liefermonopolisten. Und niemand in Mainz wußte immer ganz genau, unter welchen Tarnadressen, neben seinen offiziellen Angeboten, der Lieferant Kirch gerade in Erscheinung trat. „Wir haben die Kontingentierung nicht erfunden, wir mußten uns danach richten", ließ Kirch kaltschnäuzig seine Camouflage begründen.



Mit der gleichen Raffinesse wie die TV-Anstalten wurden danach auch die neuen Zielgebiete, der Springer-Verlag und das Privatfernsehen, von Kirch infiltriert. Bei Springer war er ursprünglich nicht willkommen gewesen. Verleger Springer hatte ihm kurz vor seinem Tod widerstrebend eine 10-Prozent-Beteiligung zugestanden, aber verlangt, Kirch dürfe keine weitere Aktie und keinen Sitz im Aufsichtsrat erhalten.

Doch mit Hilfe von Treuhändern ist Kirch längst bei 26 Prozent angelangt, sein Intimus Theye zieht demnächst in den Aufsichtsrat ein. Meisterhaft hat der Alleinunternehmer die divergierenden Kräfte im Springer-Konzern gegeneinander ausgespielt; er paktierte abwechselnd mal mit, mal gegen den Vorstandschef, die Testamentsvollstrecker und die Familienerben.

Der Vorstandsvorsitzende Peter Tamm, der ihn einst gegen Springers Willen ins Haus geholt hatte, wandte sich später gegen Kirch und wurde letztes Jahr gestürzt. Aufsichtsratschef Bernhard Servatius, der Kirchs Hausmacht zuerst auf Null hatte bringen wollen, knickte ein und duldet Kirchs wachsenden Einfluß auf die Konzernpolitik. Axel Springers letzter Wille wird retuschiert – der Verleger habe gar nichts gegen ihn gehabt, versichert

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXI

Kirch.

Die Familienerben um Verlegerwitwe Friede Springer sind in die Defensive geraten, seit sie Tamm fallenließen. Tamms Nachfolger Günter Wille betreibt pragmatische Hauspolitik in enger Abstimmung mit Kirchs Vertrauensmann Theye. Eine Springer-Beteiligung an Sat 1 und Kirchs jahrelange Partnerschaft mit einem weiteren Sat-1-Teilhaber, dem Holtzbrinck-Konzern, sichern dem Grossisten die Vorherrschaft bei dem wichtigen Sender. Die Sat-1-Beteiligung von 119 anderen Presseverlagen sorgt für weitgehend Kirch-konforme Berichterstattung im Land.

Mittlerweile hat es der Medienpate geschafft, weitere Programme an seinen Unterföhringer Warenstrom anzukoppeln, ohne formal gegen die Kartell- und Mediengesetze zu verstoßen. So amtiert als Geschäftsführer von Pro 7 ein früherer Kirch-Assistent: damit ist schon alles gesagt. Daß die Firma Kirchs Sohn gehört und dazu einem Teilhaber, der vor Kirchs Einstieg unbedingt aus dem Sender heraus wollte, mag für die juristische Optik gut sein; für die Programmgestaltung spielt es keine Rolle.

Ähnlich liegen die Dinge beim Kabelkanal. Pro-7-Geschäftsführer Georg Kofler, Kirchs Ex-Assistent, muß hier als Teilhaber für 10 Prozent der erwarteten Startverluste von 200 Millionen Mark binnen vier Jahren einstehen. Finanziert wird ihm, als „Privatmann" (Kofler), der Kleckerbetrag von den Banken. Der von Kofler geführte Sender Pro 7 und die Beisheim-Gesellschaft Tefi teilen sich beim Kabelkanal die restlichen 90 Prozent. Und das Kartellamt schickt, wie üblich, Leo Kirch freundliche Grüße.

Beim Kinokanal Premiere verfügt Kirch tatsächlich nur über eine Minderheit von 25 Prozent. Doch seine deutsche Einkaufsmacht auf den internationalen Medienmärkten ist längst so gewaltig, daß die anderen Teilhaber, Bertelsmann und der französische Canal Plus, ihm zwangsläufig den Einkauf der Kinohits übertragen mußten – was seine Schlagkraft noch einmal erhöhte.

Beim fünften Sender der neuen Fernsehszene, Tele 5, haben sich die Eigentumsverhältnisse erst vorletzten Monat entscheidend verschoben. Die Radio-Luxemburg-Holding CLT, die mit ihrem Einstieg 1989 eine Kirch-Beteiligung verhindert hatte, verkaufte ihr 24-Prozent-Paket an den schon mit 25 Prozent beteiligten Springer-Verlag. Damit schien für Springer-Teilhaber Kirch alles klar; doch Springer darf aus rechtlichen Gründen nur einen kleineren Anteil behalten.

Inzwischen besitzt der italienische Fernsehbaron Silvio Berlusconi, ein Geschäftspartner Leo Kirchs, 41 Prozent an Tele 5. Für Branchenkenner bleibt damit weiterhin alles klar. Doch für die Medienaufsicht gibt es, hier wie auch anderswo beim Privatfernsehen, juristischen Aufklärungsbedarf.

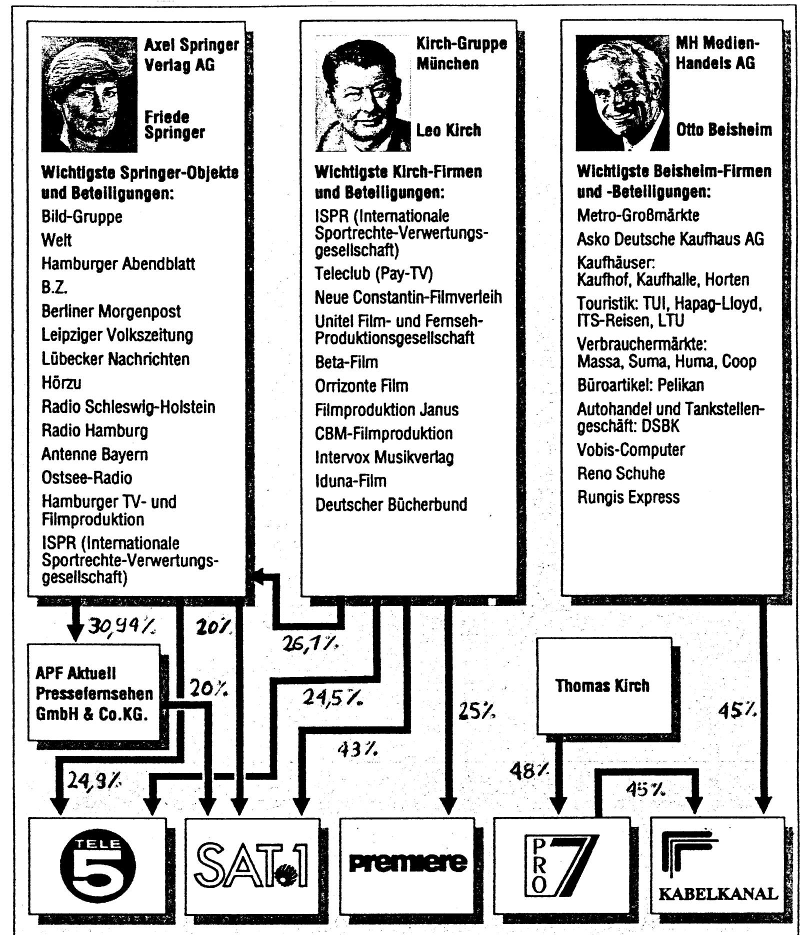
„Die Kirch-Gruppe ist an Sat 1 beteiligt und an Premiere", beteuert Kirch-Sprecher Gottfried Zmeck, „also an einem Vollprogramm und an einem Spartenprogramm." Damit wäre alles in Ordnung. Doch wir erinnern uns gut, daß auch Kirchs Verbindung zu Sat 1 zunächst hartnäckig geleugnet worden war.

RTL-plus-Chef Thoma ist jedenfalls gut beraten, sich auf ein „koordiniertes Vorgehen von fünf Programmen" einzustellen. Aus den geradezu beängstigenden „Möglichkeiten beim Einkauf von Filmen und Serien, Rationalisierungseffekten in der Verwaltung und Rentabilisierung von Eigenproduktionen oder gar den vereinten Möglichkeiten der Akquisition von Werbung" ergibt sich für ihn die „Grundsatzfrage", ob RTL plus „allein dieser Schar von Verfolgern auf Dauer trotzen kann". Thoma will daher, mit verändertem Gesellschafterkreis, ein flankierendes Programm RTL plus 2 starten. • • •

Schon Franz Josef Strauß sowie, nach dessen Tod, Helmut Kohl und Bernhard Vogel hatten für die politische Rückendeckung Kirchs gesorgt, ohne die der Möchtegern-Monopolist sein Imperium nicht hätte aufbauen können. Kohl und Vogel deckten als Mainzer Ministerpräsidenten, denen jeweils der Vorsitz im ZDF-Verwaltungsrat zustand, das von Kirch erlangte Liefermonopol in der Mainzer Anstalt.

ZDF-Intendant Stolte hat, um seine Hauspolitik zu entschuldigen, Kirchs Lieferherrschaft einmal als „marktordnende Funktion" gewürdigt. „Das stimmt", spottete der damalige ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf, „wer den Markt beherrscht, ordnet ihn damit auch."

Der Spiegel; 21/92; S.76 ff.



Der Springer-Verlag ist mit Kirch verbunden, Kirchs Sohn Thomas mit Beisheim

Stern 36/92; S.102 ff.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

LXXXII

2.2.4. Eigentumsrecht und Handel als Ursache

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die insgesamt wirkenden zerstörerischen Gesellschaftsmechanismen vom Handel mit Eigentum und von der Verfügungsgewalt über das Eigentum ausgehen. Dies gilt im Kleinen - für die zwischenmenschlichen Verhaltensweisen - als auch im Großen - für die gesamtgesellschaftlichen Verhaltensmechanismen. Das Eigentum und die einseitige Verfügungsgewalt über das Produktionseigentum in Verbindung mit dem Handel war dem Verhalten der Menschen noch nie dienlich. Denn der brutale Kampf "aller gegen alle" ist das charakteristischste Merkmal der kapitalistischen Ordnung und bewirkt eine Verrohung der menschlichen Wesensart, da im Menschen das Mitgefühl zerstört wird. Unschätzbare Eigenschaften wie die gegenseitige freiwillige Hilfeleistung und das solidarische Zusammengehörigkeitsgefühl, welche die Menschheit als Funktionsgrundlage jeglicher Zivilisation herausbildete, werden in den Hintergrund gedrängt und durch asoziale Züge und Gewohnheiten ersetzt.

Doch das heutige Eigentumsrecht führt nicht nur zu einer uneingeschränkten Ausbeutung der menschlichen Lebensenergie, sondern setzt sich in der totalen Ausbeutung der Natur fort. Diese Ausbeutung zerstört nicht nur verbindliche, kulturell gewachsene Sozialbindungen, sondern führt zu einer immer deutlicher werdenden, unwiederbringlichen Vernichtung unserer eigenen Lebensgrundlagen in der Natur. Überall, wo wir hinsehen, erkennen wir die Zerstörung unserer Umwelt, die uns immer mehr an die wenigen Kapitaleigner kettet und unsere Freiheit einschränkt. Und überall ziehen sich die Verursacher dieser Umweltvernichtung auf ihre Eigentumsrechte oder ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Lebensquellen (im ehemaligen Ostblock durch die Herrschaftsgewalt der Partei) zurück.

So wird es z.B. für Greenpeacemitglieder strafbar, sich an ein Schiff festzuketten und so das Auslaufen eines Schiffes zu verhindern, das für die Bayer-AG Dünnsäure in der Nordsee verklappen soll. Dies gilt, trotzdem in der Nordsee kürzlich erst eine Umweltkatastrophe stattfand und durch die entstandene Algenwucherung Millionen von Fische, hunderte von Seemöwen und Robben den Tod fanden. Das Festketten eines Bürgers am Verursacher verstößt halt immer noch gegen das Eigentumsrecht und ist als Nötigung strafbar. Diese Umweltverbrecher werden sich auch weiterhin auf das Eigentumsrecht zurückziehen, welches ihnen der von ihnen gekaufte Staat weiterhin garantieren wird.

Nicht viel anders verhielt es sich bei den sowjetischen Walfängern. Hier war der Großunternehmer lediglich die Parteiführung, die in ihrem planwirtschaftlichen Monopolkapitalismus die Einheit von Politik, Wirtschaft und Staat vollendete und sogar mit den Kartellkapitalisten des Westens bestens zusammenarbeitete.

Der Kapitalismus ist das Verbrechen, wobei diejenigen, die die Verfügungsgewalt über das Kapital besitzen, zur Unterordnung aller Gesellschaftsbereiche

ungerührt zur rohen Gewalt greifen werden, weil das organisierte Verbrechen sowieso schon eine untrennbare Einheit mit dem Wirtschaftskörper des Handels bildet, und hierbei ist es gleich, ob es sich um einen Monopolkapitalismus der KP oder um den Kartellkapitalismus des Westens handelt.

Was wir ändern müssen, ist also das Eigentumsrecht! Wir müssen die Verfügungsgewalt über das Eigentum demokratisieren. Nur indem wir den Kartellkapitalismus und den Staatskapitalismus in seinen heutigen planwirtschaftlichen, monopolkapitalistischen Strukturen auflösen und konsequent unsere demokratischen Selbstbestimmungsrechte über das Eigentum ausdehnen, können wir den zerstörerischen Gesellschaftsmechanismus Einhalt gebieten und die Vernichtung unseres Heimatplaneten verhindern.

Teil 2

3. Staat, Eigentum und Herrschaft

Ihnen dürfte deutlich geworden sein, was ich von der Eigentumswirtschaft halte. Ich bin der festen Überzeugung, daß unsere Gesellschaft auf ihrem Weg in die 5-Std.-Woche ihr Eigentumsrecht und ihr Selbstverständnis zum Eigentum als überflüssigen Ballast über Bord wirft. Für heuchlerische Rechtfertigungen, mit denen vor allem die Kapitaleigner die Aufrechterhaltung des Eigentums propagieren, wird in Utopia kein Platz mehr sein. Alle Mitglieder einer neuen Gesellschaft werden im Eigentum die Ausgangsursache erkennen, die das Verbrechen gegen das Leben und den Menschen in Gang setzt. Sie werden Eigentum an Produktionsmitteln und lebensnotwendigen Gütern als verwerflich ächten und von unserer Generation mit Verachtung reden. Sie werden unsere Epoche als eine Zeit der tiefsten Barbarei bezeichnen, in der das Denken der Menschen einzig von Habgier und Grausamkeit bestimmt war. Sie werden hierfür unseren heuchlerischen Betrug der dritten Welt als Beispiel anführen, mit dem wir die Nationen der dritten Welt in so hohe Schulden stürzten, daß sie kaum noch das Geld für die Zinsen aufbringen können.
Vor allen werden sie unsere Lebenslügen als das größte Anzeichen unserer Feigheit bezeichnen, mit denen wir umschreiben, daß uns selbst der Mut zu einem selbstbestimmten Leben fehlt und lieber weiter in der Unterwerfung und in der 40-Std.-Woche verharren, als nur einen Moment selbst nachzudenken und aufzubegehren!

Sie werden mich nun sicher fragen wollen, wie denn mein Lösungsvorschlag zu all den genannten Gegensätzen innerhalb der Gesellschaft aussehen soll! Vielleicht denken Sie sogar, daß der Staat nur reformiert oder umgewälzt werden muß, um die Wirkungen von Eigentum und Handel aufzuheben?
Dies dachten auch schon andere vor Ihnen, nur daß alle Gesellschaftsversuche, die in diese Richtung liefen, gescheitert sind.

Schauen Sie sich um! Alle Ideologien, die zur Verwirklichung ihrer Gesellschaftsvorstellungen zum Mittel des Staates griffen, sind entartet und/oder untergegangen. Der staatsautoritäre Kommunismus oder der "real existierende Sozialismus" (Selbstbezeichnung der ehemaligen DDR) gehören neben dem Nationalsozialismus und dem Faschismus zu den schlimmsten Entartungen, die die menschliche Zivilisation je hervorbrachte und können als Beispiele angeführt werden. Selbst die Soziale Marktwirtschaft der BRD ist gescheitert und wird zudem durch den EG Binnenmarkt von 1993 weitgehend aufgelöst.

Und warum?

War einst nicht der Staat in seiner ursprünglichsten Form ein Zusammenschluß von Menschen zur Verteidigung des gemeinsamen Eigentums und/oder zur Vergrößerung des gemeinsamen Eigentums durch die Errichtung der Sklaverei?
Und entwickelte dieser "Bund" im Laufe seiner Staatsgeschichte nicht die willenlosen Gewaltapparate, mit denen Könige, Adlige, Fürsten, Grafen und später die Eigentümer der materiellen Arbeitsbedingungen ihre Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungsinteressen sicherten und durchsetzten?
(Siehe Einfluß der Fugger im Frühkapitalismus und die langsam wachsende wirtschaftliche Macht des Geldbürgertums durch den Fernhandel.)
War es z.B. in Frankreich mit der Entwicklung des Absolutismus, über den das reichgewordene Bürgertum nun seine wirtschaftliche Macht auf die politische Herrschaft auszudehnen und sich über die Unterstützung des Königs gegen den Adel abzusichern versuchte, nicht so, daß die willenlosen staatlichen Gewaltapparate von den wenigen Herrschenden eigens entwickelt wurden, um ihre Macht- und Herrschaftsziele über die Gesellschaft gegen die eigene Bevölkerung - nach innen - und gegen andere Staaten - nach außen - zu festigen?
(Siehe die Staatsentwicklung in Frankreich sowie die Entstehung der Staatsgewalt - Norbert Elias: "Über den Prozeß der Zivilisation", Frankfurt/M 1976)
Ist es nicht gerade "die Ordnung der just Herrschenden", die diese staatlichen Gewaltapparate aufrechterhalten sollen und mit der der Bevölkerung das vorenthalten wird, was ihr tatsächlich zusteht?
Sehen wir nicht täglich, daß es immer diese seelenlosen staatlichen Gewaltapparate sind, durch die die Gesellschaft unterdrückt wird und über die immer wieder Diktatoren an die Macht gelangen, indem sie sich nur dieser demokratiefeindlichen, auf blinden Gehorsam abgerichteten Gewaltapparate bedienen?
Können wir nicht jeden Tag erleben, daß es überall auf der Welt und in allen Staaten dieser Erde diese demokratiefeindlichen staatlichen Gewaltapparate sind, die immer wieder gegen die Proteste und den Selbstbestimmungswillen der Völker eingesetzt und durch die die Menschen niedergeknüppelt oder zusammengeschossen werden wie in China?
Ist denn der entartete Staatsapparat nicht der Normalfall und der eigentliche Feind der menschlichen Zivilisation, gegen den die Menschen kämpften, um Freiheit und Demokratie zu erlangen?
Können Sie mir sagen, wie gerade dieser willenlose autoritäre staatliche Bürokratie- und Gewaltapparat, der zudem noch einen demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus birgt und von der Wirtschaft und dem organisierten Verbrechen gekauft und bestochen wird, auf ewig in eine Demokratie hineinpassen soll, ohne daß er irgendwann gegen die Gesellschaft und gegen die Demokratie entartet?
Meinen Sie nicht, daß in einer wirklichen Mehrheitenherrschaft der Staat mit seinem willenlosen Bürokratie- und Gewaltapparat überflüssig wird, weil dieser willenlose und nur auf Gehorsam gedrillte Gewaltapparat - als Staat - der Mehrheit keinen wirklichen Vorteil einbringt?

3.1. Entartung des staatsautoritären "Kommunismus"

Ich werde Ihnen auf meine Fragen eine Antwort geben und Ihnen zu aller erst die Gründe dafür benennen, warum bisher alle Umwälzungsversuche der Gesellschaft scheiterten:

Alle Umwälzungsversuche schlossen den Staat in seiner heutigen Organisationsform nicht mit ein!

Ich will dies exemplarisch am Beispiel des staatsautoritären "Kommunismus" belegen.
Die Gründe, warum ich hierzu den staatsautoritären "Kommunismus" wähle, sind folgende:

1. Es handelt sich bei der kommunistischen Gesellschaftsideologie um die radikalste Anschauung der Neuzeit, die die totalste und tiefgreifenste soziale Gesellschaftsumwälzung ins Auge faßt. Mit ihr sollten die zerstörerischen Gesellschaftsmechanismen von Eigentum und Handel aufgelöst und die totale Demokratisierung und Vergesellschaftlichung des Eigentums durch die Enteignung eingeleitet werden.

2. Gerade das Scheitern der staatsautoritären sozialistischen und kommunistischen Strömungen ist sehr früh vorausgesagt und von zeitkritischen Schriftstellern des 19.Jahrhunderts (z.B. von Oskar Wilde) als autoritärer Sozialismus verworfen worden. Andere Sozialisten und Kommunisten, die z.B. im autoritären Sozialismus den langfristigen Niedergang der gesamten sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsideologie erkannten und den antiautoritären Strömungen angehörten, wurden überhört oder übergangen. Michail Alexandrowitsch Bakunin, Pierre Joseph Proudhon, Leo Tolstoi oder Peter Kropotkin gehörten zu den bedeutendsten Vertretern des antiautoritären Sozialismus bzw. Kommunismus des vergangenen Jahrhunderts.

Heute sehen wir, was der staatsautoritäre "Kommunismus" aus der einst blühenden kommunistischen Gesellschaftsideologie gemacht hat, und wir müssen endlich lernen, daß Staat und Kommunismus zur Beseitigung der zerstörerischen Gesellschaftsmechanismen von Eigentum und Handel nicht zusammenpassen. Die Geschichte selbst hat inzwischen die These der antiautoritären Gesellschaftsströmungen bewiesen, die besagte:

> **Die Aufgabe des Staates ist die Herrschaft**, die immer die Unterdrückung der Gesellschaft hervorrufen wird, weil zur Herrschaft die Unterwerfung und somit die Unterdrückung des Menschen gehört, so daß der Staat wegen seines Wesens immer wieder Ausbeutung und Unterdrückung im Sinne der Herrschaft und zur materiellen Versorgung der Herrschaftsinstitutionen erzeugen wird!

Hieran konnte selbst der gute Wille der staatsautoritären Kommunisten nichts ändern, die zu tausenden gerade in den lebensfeindlichen Gesellschaftsmechanismen des Staates jämmerlich verreckten. Die Tragik ist, daß sie nicht das wirkliche menschen- und lebensfeindliche Wesen des Staates erkannten. Sie glaubten, sie könnten den Kommunismus über den Herrschafts- und Machtapparat des Staates durchsetzen und gingen selbst am Staat zugrunde. Sie dachten sogar, sie könnten den Staat am Ende ihres Kommunismusentwicklungsziels reformieren und schließlich auflösen.

<u>Sie übersahen, daß die Herrschafts- und Machtinstrumente des Staates durch ihren hierarchischen Aufbau immer nur Unterwerfung und Gehorsam prägen können, nicht aber den demokratischen Selbstbestimmungswillen, der bei einer Vergesellschaftlichung allen Eigentums notwendigste Voraussetzung für die Funktionstüchtigkeit einer echten Mehrheitenherrschaft innerhalb eines kommunistischen Wirtschaftssystems ist und somit zum Kern der Freiheit wird!</u>

Versuchen wir nun, mit dem Staat abzurechnen, damit die Opfer jener Menschen, die sie für uns und eine neue, lebenswertere Gesellschaft brachten, wenigstens nicht umsonst waren. Wir, ihre Enkel und Urenkel, sollten aus dem Vermächtnis ihrer Fehler lernen, damit wir ihre Fehler nicht wieder begehen und so nur ihren aussichtslosen, blutigen und sinnlosen Kampf fortführen.

3.1.1. Vorgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus

Versuchen wir, die Vorgänge jener Zeit zu verstehen, damit wir die Fehler erkennen und uns vor der Wiederholung dieser Fehler schützen können. Versuchen wir zu begreifen, was Sozialismus heißt und worin die Fehler bei seinen Verwirklichungsversuchen liegen.

Die eigentliche Geschichte des Sozialismus beginnt vor unserer Zeitrechnung. Das Ziel des Sozialismus war immer eine neue, lebenswerte, freie und menschenwürdige Gesellschaft. Seine Geschichte führt über die ersten christlich-kommunistischen Urgemeinden und mündet im wissenschaftlichen Sozialismus, der schließlich im staatsautoritären "Kommunismus" unter Lenin, Stalin oder Deng Xiaoping im Massenmord gegen die Völker der Erde entartete.

Um zu begreifen, warum der autoritäre Sozialismus und Kommunismus in seiner Staatsideologie von Herrschafts- und Machtapparaten entarten konnte, müssen wir wissen, wie das staatsideologische Gründungskonzept des autoritären "Kommunismus" aussehen soll. Hierzu ist es notwendig, seine gedankliche Entwicklungsgeschichte zu beleuchten und in verkürzter Form nachzuzeichnen.

3.1.1.1. Ideologie des feudalen Ständerechts

Ausgangspunkt des neuzeitlichen Sozialismus ist die Feudalgesellschaft mit ihrem erblichen Ständerecht und ihrem normierten zwischenmenschlichen Beziehungen, die durch den Katholizismus - Gottesgnadentum, der Predigt zur Demutshaltung sowie der Hinnahmeaufforderung von Unrecht - ideologisch untermauert werden. Gleichzeitig sind die Wurzeln des wissenschaftlichen Sozialismus untrennbar mit der Entstehung und der Entwicklung des europäischen Geldbürgertums verbunden. Historischer Ausgangspunkt bleibt jedoch das absolutistische feudalstaatliche Rangordnungssystem mit seinem Ständerecht, durch das die oberen Stände durch einen willenlosen Staats- und Ständeapparat eine ideologisch untermauerte (gemeint ist der Katholizismus mit seinem Gottesgnadentum) Ausbeutung des unteren Standes betrieben, wobei die feudalstaatliche Logik z.T. heute noch als handlungsbestimmendes Denken innerhalb der Gesellschaft wiederzufinden ist! Dies drückt sich z.B. in der häufig geäußerten Denkweise der Regierenden innerhalb unserer Staatsdemokratie - das Volk als Untertanen - aus, wobei diese Denkweise im Faschismus oder Militärdiktaturen verstärkt wiederzufinden ist und dem Willen zur Demokratie, der gleichberechtigten Selbst- und Mitbestimmung feindlich gegenüber steht.

Doch was ist Feudalismus?

Grob betrachtet, umfaßte das Feudalrecht eine Ständegesellschaft, die in drei Stände gegliedert war:

> Den 1.Stand (Adel und Königsfamilie)
> Den 2.Stand (die hohe Geistlichkeit)
> Den 3.Stand (das übrige Volk ==> Handelsbürgertum, Handwerker, Bauern usw.)

Für meine weiteren Betrachtungen greife ich Frankreich exemplarisch heraus.
Die Feudalherrschaft, die in Frankreich Ancien rÜgime (alte Regierungsweise, urspr. die absolutistische französische Regierung vor der Revolution von 1789) genannt wurde, beinhaltete ein breites Band von ideologisch und rechtlich normierten Beziehungen der Menschen zueinander, die vor allem erblich und mit der Geburt unabänderlich waren. Das Ancien règime umfaßte z.B.:

> Das Verbot des freien Verkaufs von Land (des Adels, der Kirche usw.); das Verbot der unbeschränkten Akkumulation (Anhäufung) von Kapital (z.B. durch die Zunftordnung, die die Zahl der Gesellen usw. festschrieb); die Einschränkung des freien Konsums (durch Kleiderordnung usw.); die Behinderung des Binnen- und Außenhandels (durch Binnenzölle, Exportverbote usw.); das Verbot - oder die wesentliche Erschwerung - der Heirat zwischen Bürgerlichen und Adligen; das Privileg des Adels auf bestimmte staatl. Anstellungen (in Armee und Verwaltung, aber auch in der kirchlichen Hierarchie).

Das Feudalrecht band den einzelnen Menschen mit seiner Geburt an den Stand seiner Eltern, der ihm gleichzeitig eine ganz bestimmte, fest umschriebene und unüberwindbare Rolle von Aufgaben und Pflichten zudiktierte, in die er sich unbedingt einzufügen hatte. Diese machte auch die Rollenverteilung von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung unabänderlich, da dem 1.Stand die uneingeschränkte Herrschafts- und Staatsgewalt vererblich zufiel.

Zum anderen schlossen diese normierten Beziehungen die sozialen Fürsorgepflichten (die oberen Stände für die unteren Stände, als ein von den unteren Ständen einforderbares Recht) als verbindliche Regelung mit ein. In dieser verbindlichen, einforderbaren sozialen Fürsorgepflicht vom oberen Stand fand der untere Stand seine ideologische Rechtfertigung für die bestehenden Herrschaftsstrukturen und die an ihm vorgenommene Ausbeutung. Hierin fand der untere Stand aber auch seine ideologische Begründung für die sichtbar ungerechte Ausbeutung, da der Adel sich mit den Gütern des Volkes um das Wohlergehen des Volkes zu sorgen hatte! Denn wer sollte dies sonst tun, wenn nicht die Adeligen als ihre Herren, die auch sonst alles bestimmten?

Erst mit dieser ideologischen Begründung, die in der sozialen Fürsorgepflicht der oberen Stände lag, erhielt die Feudalgesellschaft ihre inhaltliche Funktionstüchtigkeit. (Diese Einstellung ist heute vergleichbar mit der Rechtfertigung der vom Staat erhobenen Steuern.)

Zudem wurde diese Denkweise im Feudalismus von der strukturellen Gleichförmigkeit der Ideologie des Christentums ergänzt, in der sich auch ein "Herr" um seine sündigen und reumütigen Schafe bemüht. Die Kirche war und ist der zweite tragende Arm dieser Gesellschaftsumstände von Ausbeutung und Unterdrückung (heute vor allem in Süd-Amerika), weil sie eine ganz bestimmte ideologische Bewußtseinshaltung predigt. So predigte sie eine Demutshaltung sowie eine Hinnahmeaufforderung bei widerfahrenem Unrecht, wobei sie die materielle Ausbeutung und Unterdrückung durch den oberen Stand bewußt als gelegentlich auftretende menschliche Unzulänglichkeit fehldeutete, für die der obere Stand sicher eines Tages vom obersten Herrn - Gott - bestraft werden würde. Sie war es, die dem Geburtsrecht seine ideologisch religiöse Rechtfertigung im Gottesgnadentum verschaffte, die die Rangfolge innerhalb der Gesellschaft und die von Geburt an vorgenommene Zwangszuweisung von Standesaufgaben festschrieb. Somit war es die Kirche, die mit der Aufnahme der feudalistischen Ideologie in ihren Religionsinhalten die Gott (HERR) - Mensch (UNTERTAN) - Beziehung festschrieb und die Menschen in die Demutshaltung und Hoffnungslosigkeit trieb.

3.1.1.2. Wandel zur kapitalistischen Ideologie

Aus diesen gesellschaftlichen Verhältnissen des Feudalismus heraus entwickelte sich das Geldbürgertum (Bourgeoisie), das über die Schranken der bäuerlichen und handwerklichen Produktion sowie seinem ständegebundenen Leben hinausdrängte. Anfangs (ausgehend vom Frühkapitalismus) in Form des Fernhandels, der Luxusproduktion (außerhalb der Zünfte), des am Einfluß zunehmenden Geldverkehrs, schließlich in der Gestalt der Manufakturen und der Fabriken.

Diese neuen, vorwiegend nicht landwirtschaftlichen Produktionen (die Agrarwirtschaft stand zumeist unter dem Lehnsrecht - Landverleihung gegen Ernteanteil oder Dienstleistung) wirkten ihrerseits wieder auf die Agrarproduktion ein. Dies führte z.B. in Großbritannien dazu, daß mehr und mehr Großgrundbesitzer ihr Ackerland in Schafdriften verwandelten, weil die flämische Wollmanufaktur hohe Wollpreise zahlte. Somit sind schon sehr früh die Traditionen des feudalen Lebensstils - die auf dem erblichen Ständerecht, der normierten Beziehung und der Ständeausbeutung beruhten - im Kontakt mit der an Einfluß zunehmenden Geldwirtschaft aufgelöst worden.

Denn der brit. Landedelmann, der sein Gut auf Wollproduktion umstellt, nimmt das Verhalten des Geldbürgertums an, welches sich in der Logik des freiheitlichen Geld- und Marktwirtschaftssystems widerspiegelt. Der brit. Landedelmann entledigt sich somit der Tradition des normierten feudalen Ständerechts, das ihn auch mit sozialen Fürsorgepflichten - das einforderbare Recht des unteren Standes - an seine Gefolgschaft - also den unteren Stand - bindet. Zuerst vertreibt er Bauern und Pächter von deren Scholle oder von seinem Ackerland, hierauf wandelt er dieses Land in Schafdriften um und dann verwandelt er die Beziehungen zwischen sich und dem unteren Stand in ein bürgerliches Geldwirtschaftsverhältnis von Unternehmer und Arbeiter, welches von marktwirtschaftlichen Überlegungen bestimmt wird, so daß dies insgesamt einen Abzug seiner feudalen Fürsorgepflicht für den unteren Stand zum Zwecke der eigenen Gewinnmaximierung darstellt!

Handlungsantrieb ist der Versuch der Ausbeutungsgraderhöhung durch den Abzug der kostenintensiven Fürsorgepflicht, um mit dem aufstrebenden Geldbürgertum, dessen wirtschaftlicher Macht und dessen politischen Herrschaftsanspruch konkurrieren zu können. Das immer reicher werdende Geldbürgertum versuchte nämlich, seinen wirtschaftlichen Einfluß auf die politische Herrschaftsebene auszudehnen, was zwangsweise mit einer systematischen Verdrängung des Adels aus seinem erblichen Machtbereich verbunden war. An dieser Stelle wird nun das Feudaldenken in die bürgerliche Unternehmerlogik der Kosten-Nutzen-Rechnung als das aus der Kosten-Nutzen-Rechnung entstehende ***Verwertungsinteresse*** umgeformt. Denn gerade in dieser Überlegung entdeckt der Adel die Ausbeutungsgraderhöhung und Gewinnmaximierung, durch die der Adel nun mit dem Geldbürgertum konkurrieren kann, womit der materielle Ansporn - als Ursache - für diesen gesellschaftsideologischen Umwälzungsprozeß im Denken und Handeln des Adels - hin zur bürgerlichen Unternehmerlogik - geklärt ist.

In Frankreich z.B. führten diese Gewinnmaximierungsversuche des Adels zu einer schrittweisen Erhöhung der bäuerlichen Abgabepflicht an ihre Lehnsherren - vom 10.Teil bis zum 5.Teil der Ernte. Am Ende stand eine totale Verarmung und Verelendung des Besitzlosenstandes. Dieser Gewinnmaximierungsversuch des Adels stand der Ausbeutung und Unterdrückung der Besitzlosen in den Manufakturen des Geldbürgertums um nichts nach. Denn der Adel hatte das Feudalrecht auf dem Lande längst in die Kosten-Nutzen-Rechnung der bürgerlichen Unternehmerlogik umgewandelt und aus Kostengründen stillschweigend seine Fürsorgepflicht gegenüber dem 3.Stand aufgehoben!

So begann der gesellschaftsideologische Umwälzungsprozeß schon lange vor der Französische Revolution.

Im Feudalrecht stellte der Geldverkehr innerhalb aller normierten zwischenmenschlichen Beziehungen einen sehr kleinen, nicht gesellschaftsbestimmenden Ausschnitt dar. In der "freiheitlichen Geld- und Marktwirtschaftslogik" des

Geldbürgertums hingegen rückt das marktwirtschaftliche ***Verwertungsinteresse*** ins handlungsbestimmende Zentrum aller Überlegungen!

Somit ist auch die Vertreibung der brit. Bauern und Pächter von deren Akkerland nur Ausdruck der ersten Zersetzung der Feudalgesellschaft und Übernahme der bürgerlichen Unternehmerlogik. Diese Vertreibung z.B. führt Karl Marx in seiner "Kritik der politischen Ökonomie" als ursprünglichen Akkumulationsprozeß an, womit gleichzeitig die Grundvoraussetzung zu einem ersten marktwirtschaftlichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsexportmechanismus geschaffen wurde. Denn durch dieses neue System wurde der Ausbeutungsgrad wesentlich vergrößert, so daß sich die Oberschicht anderer Staats- und Gesellschaftssysteme zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Herrschaft anpassen mußte, um auf Dauer nicht der wirtschaftlichen Macht neuer aufstrebender Systeme zu unterliegen.

Mit dem Abzug der Fürsorgepflicht gab sich schließlich die Feudalgesellschaft selbst ihren Gnadenstoß, da sie sich hiermit selbst ihre ideologische Rechtfertigung entzog, auf der das Gedankengut der Feudalgesellschaft beruhte, was letztlich den unteren Stand gegen die nun offensichtlich willkürliche Ausbeutung und Unterdrückung aufbegehren ließ.

3.1.1.3. Ideologische Kampfgrundlage des Geldbürgertums

Mit dem Entstehen des Geldbürgertums und seiner wachsenden wirtschaftlichen Macht kam es zum wachsenden Gegensatz zwischen der ökonomischen Macht und der politischen Rolle des Geldbürgertums, weil der Adel im feudalen Ständerecht weiter über dem Geldbürgertum angesiedelt blieb und alle oberen Ränge in Staat und Kirche einnahm. In dieser politischen Abhängigkeit des Geldbürgertums vom Feudaladel sowie im entstandenen wirtschaftlichen Machtgegensatz finden wir den materiellen Ausgangspunkt, aus dem das aufstrebende Bürgertum seine ideologische Kampfgrundlage gegen die Feudalordnung entwikkelte.

Die ideologische Kampfgrundlage des Geldbürgertums war und ist das "***leistungsbezogene Naturrecht***", mit dem alle Menschen nach dem Grundsatz von "Freiheit und Gleichheit" am Gesellschaftsleben beteiligt werden sollen. Mit dem "leistungsbezogenen Naturrecht" fordert das Geldbürgertum ein Recht, welches auf die Leistung eines jeden bezogen wird und jedem entsprechend seiner Leistung Stellung und Rang innerhalb der Gesellschaft zuordnet. Somit wandte sich das Geldbürgertum gegen die Normierungen und die geburtsbedingten Verhaltenseinschränkungen des Feudalrechts, insbesondere aber gegen das geburtsrechtliche Gottesgnadentum.

Gleichzeitig beinhaltet das ***Naturrecht*** eine Vorstellung, die die gesellschaftsevolutionäre Fortentwicklung der Menschheit als ein Recht des Stärkeren und eine Verdrängung der Schwächeren begreift. Diese seinerzeit übliche Spekulation, die vor allem von den Anhängern des Naturrechts vertreten wurde, beschrieb erstmalig der Naturforscher Crasmus Darwin, 1794, in bezug auf die Artenveränderlichkeit durch natürliche Auslese. Nach den Grundsätzen des Naturrechts (später wegen Darwin inhaltlich zur "***kapitalistischen Leistungsideologie***" erweitert) erkennt das Geldbürgertum im degenerierten Feudaladel die Schwächeren, die es durch das vom Geldbürgertum beanspruchte Naturrecht zu verdrängen gilt.
Das Geldbürgertum formulierte also schon sehr früh für das bürgerliche Geldwirtschaftssystem eine Art der "***DARWINISTISCHEN LEISTUNGSIDEOLOGIE***" als "***LEISTUNGSBEZOGENES NATURRECHT***", dessen Ideologie erst viel später durch Charles Robert Darwins Evolutionslehre inhaltlich aufgefüllt und scheinbar wissenschaftlich untermauert auf die Geldwirtschaftsideologie - als "***LEISTUNGSBEZOGENES DARWINISTISCHES NATURRECHT***" - übertragen wurde!

Die Forderung nach dem Naturrecht mündete mit dem **14.Juli 1789** in der Französischen Revolution, mit der das Gesamt-Bürgertum die Feudalgesellschaft beseitigte. An die Stelle der Feudalideologie setzte sie die Ideologie des "leistungsbezogenen Naturrechts", die formale geburtsunabhängige Gleichberechtigung aller und die Geld- und Marktwirtschaft als neue beherrschende Organisationsstruktur der Gesellschaft, an der alle gleichberechtigt teilnehmen sollten.

Ein Schwerpunkt der bürgerlichen Forderungen lag also auf den Begriffen des "leistungsbezogenen Naturrechts", des Konkurrenzkampfes sowie der freien Entfaltung aller Menschen durch nicht normierte und eingeschränkte Verhaltensweisen. Diese Forderungen erkannten sich auch im Liberalismus wieder und strebten somit gleichzeitig durch den Liberalismus nach Selbstverwirklichung.

3.1.1.4. Forderungen des Frühen Liberalismus

In Übereinstimmung mit dem Liberalismus - der erst später als "***FRÜHER LIBERALISMUS***" bezeichnet wurde - stützte sich das Bürgertum auf die These:

> Die vernünftige Entscheidung geistig entwickelter, freier Menschen verbürgt eine harmonische Gesellschaft und sichert den Fortschritt. Nur die autoritären Zwangseinrichtungen und Normen verhindern einen vernünftigen Interessenausgleich und damit das größtmögliche Glück aller.

> Deshalb waren Kirche, Ehe und selbst der Staat abzuschaffen. Alleiniges Ordnungsprinzip sollte das "Gleichgewicht der Kräfte und Interessen" zwischen den einzelnen und den Gruppen werden, aus dem sich aus der bewußten Einsicht und dem bewußten Verständnis füreinander eine natur- und vernunftbestimmte Gesellschaftsharmonie entwickeln sollte.

Hierauf und nichts anderem bezog sich die Forderung nach "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" während der Französischen Revolution, die mit den Überlegungen des "Frühen Liberalismus" ihre inhaltlich theoretische Lebenstüchtigkeit erhielt. Die Anhänger des "Frühen Liberalismus" glaubten, daß mit der Freiheit und Gleichheit auch die Brüderlichkeit eintreten müsse und übersahen die gesellschaftszerstörenden Mechanismen, die die bürgerliche Unternehmerlogik und der Kapitalismus beinhaltet.

3.1.1.5.Verkennung des sozialen Konfliktes

Nicht, daß die feudalen Normierungen und Beschränkungen die Entwicklung der Wirtschaft behinderten. Nein! Sie wurden zunehmend von der Bevölkerung als Unrecht und widernatürlich empfunden. Das "leistungsbezogene Naturrecht" und der "Frühe Liberalismus" waren die ideologische Rechtfertigung des aufsteigenden Gesamtbürgertums gegen die Normen des Feudalrechts. Die eigentlichen Kämpfe zwischen Feudaladel und Geldbürgertum um den Führungsanspruch und die Führungsgewalt im Staat, durch die wachsende wirtschaftliche Macht des Geldbürgertums erst denkbar, wurden vom Gesamtbürgertum jedoch nicht wahrgenommen. Im Bewußtsein des am Kampf teilnehmenden Gesamtbürgertums spiegelte sich hauptsächlich die Auseinandersetzung zwischen zwei Ideen:

> Auf der einen Seite die fortschrittlichen Ideologien des Naturrechts, der Philosophie, der Religionskritik, des Liberalismus usw. - auf der anderen Seite die Lehre vom Gottesgnadentum, des traditionellen Katholizismus und des Feudalismus.

Das breite Bürgertum erkannte nicht die wirklichen Ursachen der sozialen Konflikte, der Ausbeutung und Unterdrückung, die auch schon in der Feudalgesellschaft auf der einseitige Verteilung des Eigentums sowie der Verfügungsgewalt einer kleinen Oberschicht über dieses Eigentum beruhen. Vielmehr suchte es die Ursachen der sozialen Konflikte in ihren ideellen Erscheinungsformen, die Marx als die "Reflexe" des "ideologischen Bewußtseins" bezeichnete.

So entstand fast ungehindert der heutige ***BÜRGERLICHE*** oder ***KAPITALISTISCHE LIBERALISMUS*** des Geldbürgertums, der sich als beherrschende neue Gesellschaftsideologie vom Frühen Liberalismus abspaltete und mit der Ideologie des gleichberechtigten "leistungsbezogenen Naturrechts" und Konkurrenzkampfes verschmolz. Das Geldbürgertum bestand auf die Erhaltung des Eigentumsrechtes und somit auf die Beibehaltung seiner wirtschaftlichen Macht, und zwar nach dem das Bürgertum den Adel enteignet und große Teile des Adels hingerichtet hatte! Es argumentierte:

> Das Eigentum und die Entfaltung im Eigentum müsse ein liberales Recht eines jeden geistig entwickelten und freien Menschen sein und seine Einschränkung verstoße grundsätzlich gegen den Gedanken des Liberalismus. Weiter verbanden sie den Anteil am Eigentum, der sich im Besitz eines Menschen befindet, mit dem "leistungsbezogenen Naturrecht" zu einem Gedanken der Gesellschaftsevolution (die Verdrängung der Schwachen durch die Stärkeren), indem sie erklärten, daß der Anteil eines jedem am Eigentum abhängig von seiner Leistung innerhalb der Gesellschaft sei!

3.1.1.6. Bürgerliche Liberalismus als Ausbeutungssystem

Mit dieser ideologischen Weltsicht war es das Geldbürgertum, welches wieder den Staat als unabhängigen Souverän (franz.: Herrscher) zwischen den einzelnen Bürgern zum Schutz des Eigentums bedurfte. Der Staat, den zuvor die französischen Könige als Druckmittel gegen den Adel in seiner neuen Struktur aufgebaut hatten und ohne die Gelder, die das Geldbürgertum dem König zur eigenen Interessenssicherung gegenüber dem Adel zukommen ließ, unmöglich gewesen wäre (der König konnte sich durch die Unterstützung des Geldbürgertums erstmalig unabhängig vom Adel ein stehendes Heer, z.B. die Musketiere, leisten und sich gegen den Willen des Adels durchsetzen! / siehe Norbert Elias: "Über den Prozeß der Zivilisation", Frankfurt/M 1976), sollte nun das Eigentum und das Eigentumsrecht für "alle Bürger" - vor allem aber im Sinne des Geldbürgertums zur indirekten Herrschaft über die Gesellschaft - schützen. So erfolgte die Entwicklung der Französischen Revolution ab 1792, nachdem sich die Republikaner gegen die konstitutionellen Monarchisten durchgesetzt hatten, zwangsläufig.

Das Volk, ohne dessen Blutopfer die Französische Revolution und deren Erhalt gegen den massiven militärischen Ansturm der europäischen Feudalmächte unmöglich gewesen wäre, deren neue praktische Ordnung auf der bewußt verständigen Einsicht, auf der Freiwilligkeit aller Opfer und dem Ideal des

Liberalismus beruhte, sollte in seinem derzeit herrschenden praktisch direkten demokratischen Mehrheitswillen (in Form von Volksaufläufen und Revolten) beschränkt werden. Es sollte in seinem politischen Willen den demokratischen Wegen eines neuorganisierten Staatsapparates unterworfen werden. Direkte Umwälzungen gegen erkanntes Unrecht auf direktem Wege durch die direkte Einsicht und Erkenntnis des Volkes (d.h. "direkte Aktionen" vom Volk gegen erkanntes Unrecht zum Schutz der Freiheit aller) sollten unmöglich gemacht und verpönt werden. Nur noch der langwierige formaldemokratische Weg über die Herrschafts-, Gewalt- und Entscheidungsinstanzen des Staatsapparates sollte den Schutz der Menschenrechte und der Freiheit, die sich das Volk zuvor immer wieder auf der Straße selbst erkämpft und gesichert hatte, garantieren. Der einzelne Bürger sollte wieder in die Passivität hineingetrieben und somit in die Abhängigkeit vom Schutz des Staates gezwungen werden. Der aktive militante Selbstschutz, mit dem sich die Bevölkerung die Freiheit und die Menschenrechte erkämpft und gesichert hatte (denn die Bevölkerung kann in einer echten direkten Demokratie nur durch den auf der Straße gefundenen Mehrheitswillen herrschen), wurde per Verfassung aufgehoben, abgeschafft und verboten. Der durch die Französische Revolution selbständig gewordene freie Bürger wurde nun systematisch zur Untätigkeit, Abhängigkeit und Unterwerfung unter den Staat und seiner Nationalgarde gezwungen.
Der Konvent beschloß diese neue Staatsordnung als Verfassung der Republik zugunsten der neuen Eigentumsordnung und ließ gleichzeitig die Nationalgarde aufmarschieren, denn es wurde befürchtet, das Volk werde eine neue Eigentumsordnung nicht akzeptieren und sich gegen diese erheben; und im Konvent saßen schon wieder die Bestochenen und Geschmierten des Geldbürgertums, die vor allem deren Eigentums- und Wirtschaftsinteressen vertraten.
Nach der Giollotinierung des Jakobiners Robespierre am 28. Juli 1794, dessen Einfluß vor allem auf der Zustimmung und Unterstützung der Arbeiter beruhte, war es dann endlich so weit. Das Geldbürgertum ergriff die Macht. Diese Entwicklung drückt sich besonders deutlich in der nach Robespierres Tod folgenden neuen Verfassung des Direktoriums (und des Ältestenrates) aus, mit dem nur noch Bürger (etwa 5 Mill. Franzosen) ab einer bestimmten Menge an Eigentum das Wahlrecht besaßen.

Es war also das Geldbürgertum, das nicht nur den nach der Französischen Revolution noch vorhandenen Staat mit seinem steuerlosen, WILLENLOSEN und GEHORSAMEN Gewalt- und Herrschaftsapparat benötigte, sondern es übernahm ihn und begann, über seine Apparate zu herrschen. Unter zur Hilfenahme der ideologischen Weltansicht des "Bürgerlichen Liberalismus" übernahm das Geldbürgertum den ehemals absolutistischen Staatsapparat und führte nun als neue Herrschaftsschicht die Ausbeutung der Bevölkerung zusätzlich über die Unterdrückungs- und Herrschaftsapparate des Staates fort. Somit war es das Geldbürgertum, welches die Unterdrückung und Ausbeutung sowie die Ver-

elendung und Verarmung der Besitzlosen wieder verursachte, diese durch den entstandenen freien Kapitalismus fortführte und die Entfaltung der Menschen in eine liberale und harmonische Gesellschaft - durch die Zwangsinstitutionen von Eigentum und Staat - verhinderte. Das Geldbürgertum war nach der Französische Revolution nur die neue herrschende Klasse, die sich an die Stelle der alten feudalen setzte und den willenlosen Staatsapparat für sich übernahm und nutzte. Im ehemals absolutistischen Staatsapparat fand das Geldbürgertum ein williges, führerlos gewordenes Macht- und Herrschaftsinstrument, das es nur für seine Zwecke zu übernehmen brauchte, um nun selbst die Herrschaft über die Gesellschaft - als "die neuen Herren" oder "die neue Herrschaft" - fortzusetzen. Es war dem Geldbürgertum gelungen, den Adel zu verdrängen und selbst deren Position einzunehmen.

> Im Prinzip ist der moderne Staat eine Erscheinungsform des Kapitalismus, da die Entwicklung hin zum absolutistischen Staat vom Geldbürgertum - zum Schutz der bürgerlichen Eigentumsrechte gegenüber dem Adel - eingeleitet und mit den bürgerlichen Revolutionen vom Geldbürgertum übernommen wurde, da nun der Staat das Eigentum und die Handelsräume schützen sollte. Denn im Handel liegt die Quelle des bürgerlichen Reichtums, und dieser Reichtum ist die Grundlage der wirtschaftlichen Macht, durch die es dem Geldbürgertum gelang, politisch aufzusteigen, den Adel zu verdrängen und nun selbst die politischen Herrschaftspositionen im Staat zu übernehmen.

Die Bestechungen und Schmiergeldskandale innerhalb des Direktoriums zur Erlangung von noch mehr politischen Einfluß passen also nur zu gut ins Bild. Die bedingungslose Eigentumsakkumulation bewirkte eine unbegrenzte wirtschaftliche Machtkonzentration, und das hungernde Volk, das durch Aufstände versucht hatte, sich der Herrschaft des Direktoriums zu widersetzen, war von der Nationalgarde niedergemetzelt worden. Das Bürgertum war durch die Ideologie des "Kapitalistischen Liberalismus" uneins geworden und hatte seine revolutionäre Kraft für "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" verloren. So geschah es zwangsläufig, daß die Französische Revolution und die erste Republik am Ende wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangte. Am **9.November 1799** entstand mit Napoleons Staatsstreich eine Militärdiktatur, eine Form der Republik, die in ein erbliches Kaisertum mit einer neuen Aristokratie mündete, wobei die "neue Aristokratie" das Groß- und Geldbürgertum war.

3.1.2. Entwicklung Früher Liberalismus zum Sozialismus

Vom Bürgertum spaltete sich nun durch die Mechanismen des Kapitalismus der "**4.Stand**" der Lohnabhängigen und Besitzlosen ab, die bei den Kapitaleignern in Arbeit, Brot, Unterdrückung und Ausbeutung standen. Gleichzeitig kam es im "Frühen Liberalismus" zur ergänzenden Eigentumskritik, so daß sich immer mehr Liberale vom "Frühen Liberalismus" fortbewegten und sich mit dem Beginn des 19.Jahrhunderts ("Socialismo", **1803** erstmals als klar umrissener Begriff von Giacomo Giuliani in seinem Werk, "L`antisocalismo confutato", verwandelt) immer bewußter als Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten bezeichneten:

> *In Verbindung mit der Eigentumskritik blieb es ihr Ziel, eine harmonische liberale Gesellschaft zu errichten, die gerade auf der bewußten Einsicht und dem bewußten Verständnis der einzelnen Gesellschaftsmitglieder basieren sollte. Das Eigentumsrecht des Geldbürgertums wurde als neue Zwangseinrichtung erkannt und sollte - zum Nutzen der freien Entfaltung und der geistigen Entwicklung aller - beseitigt werden. Die Weltanschauung des "Frühen Liberalismus" ist DER ideologische Ausgangspunkt dieser Bewegungen, die versuchten, das demokratische Selbst- und Mitbestimmungsrecht weit über die Grenzen des Privateigentums auszudehnen.*

Diese Bewegungen mit ihrer zusätzlich entwickelten Eigentumskritik waren die wirklichen Liberalisten, die mit ihrer Eigentumskritik zumindest den Versuch unternahmen, die Grundsätze des "Frühen Liberalismus" zu verwirklichen und die gesellschaftszerstörenden Mechanismen des Kapitalismus - seiner abgespalteten Ideologie des "Bürgerlichen bzw. Kapitalistischen Liberalismus" - umzukehren. So begegneten sie dem Geldbürgertum auf einer neuen ideologischen Ebene, weil das Geldbürgertum den Begriffsinhalt des Liberalismus für seine Interessen verformt hatte.
Einer der ersten politischen Versuche zur Errichtung einer liberalen Gesellschaft (gemeint ist der Frühe Liberalismus unter Einbeziehung der Eigentumskritik) war die Pariser Kommune von 1871, die bekanntlich vom reaktionären Geldbürgertum niedergeschlagen wurde.

Vorausgegangen waren diesen sozialen Umwälzungsversuchen bis zu diesem Zeitpunkt fast nur utopische und theoretische Zukunftsphantasien wie Thomas Morus "*Utopia*" (1516), Campanellas "*Sonnenstaat*" (1623) oder während der

Französischen Revolution Babeufs "*Verschwörung der Gleichen*", die jedoch keine einheitliche Zielrichtung zu einer neuen wirtschaftspolitischen Organisationsstruktur der Gesellschaft besaßen. Sie deuteten diese nur an und gingen in den Organisationsprinzipien der neuen Gesellschaftsordnung weit auseinander. Das gemeinsame Element war ihr Wille zu einer sozialeren eigentumskritischen Gesellschaft, was auch für die Schriften von Charles Hall, William Thompson, Rob. Owen, Charles Fourier usw. in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts gilt.

An dieser Stelle angelangt, erhielt Karl Marx vom Londoner "Bund der Gerechten" den Auftrag zur Verfassung einer Programmschrift, was **1848** zum mit Friedrich Engels formulierten "Kommunistischen Manifest" führte.

3.1.2.1. Wissenschaftlicher Beweis der Eigentumskritik

Auch Karl Marx gehörte zu jenem Personenkreis, der die materiellen Ursachen der fortgesetzten Unterdrückung, Ausbeutung und Verelendung der Besitzlosen durch das Geldbürgertum erkannte. Er war es, der als erster die materiellen Ursachen für die Verarmung und Verelendung der unteren Klasse - deren Unterdrückung und materielle Ausbeutung durch das Geldbürgertum - in einer umfassenden und ausführlichen wissenschaftlichen Form darlegte und gilt deshalb als der Begründer des ***wissenschaftlichen Sozialismus***. Gleichzeitig legte er mit seinem Werk DIE menschenfeindlichen Gesellschaftsmechanismen offen, die erst durch den Kapitalismus als sein eigentümlichstes Verhaltensmuster entstehen.

Hiermit stülpte er die seinerzeit vorherrschende Heglische Moralphilosophie des absoluten Geistes um. Er widersprach mit seiner Gesellschaftsanalyse und seinen offen gelegten materiellen Ursachen der Illusion der Junghegelianer, daß das Elend der Menschen in ihrer Zeit davon herrühre, "daß ihnen die Ausgeburten ihres Kopfes über den Kopf gewachsen sind" (Vorrede zur "Deutschen Ideologie"). Karl Marx prägte in seiner "***Materialistischen Dialektik***" und in seinem "***Historischen Materialismus***" die Auffassung, daß das "Bewußtsein nichts anders als das im Kopf umgesetzte materielle Sein" ist, worin auch die heutigen Sozialwissenschaften ihren Ausgangspunkt für ihre materialistische Weltsicht, die Wirkungen der materiellen Ursachen auf das Gesellschaftsleben und das seelische Innenleben einzelner Menschen finden. Mit dem materiellen Sein und den Eigentumsverhältnissen erklärt er die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung und die Gründe dafür, warum diese nach der Französischen Revolution durch das Geldbürgertum nur fortsetzt wurden. Er war es auch, der in den Kämpfen des Gesamtbürgertums während der Französischen Revolution die Verwechslung der sozialen Konflikte - die eigentlichen realen Ursachen der Gesellschaftsgegensätze - erkannte. Marx bestimmte mit seiner wissenschaftli-

chen Untermauerung der sozialistischen Eigentumskritik den Ausgangspunkt der "neuen" sozialen Kämpfe. Karl Marx erklärte die neue Kampfrichtung des "Frühen Liberalismus", der nun zu einer Art "sozialistischen Liberalismus" wurde, mit den veränderten Gesellschaftsbedingungen, die durch den Übergang des Feudalismus zum Bürgertum entstanden.
Während die "Klassen" innerhalb der Feudalgesellschaft noch "Stände" waren, d.h., daß sie nicht allein sozialökonomische, sondern auch rechtlich ideologische Unterschiede voneinander aufwiesen, sind die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft formal gleichgestellt. Ständeunterschiede gibt es nicht mehr. Ihre Beziehungen werden nun ausschließlich von ihrem Anteil am Eigentum bestimmt. Was in der vorbürgerlichen Gesellschaft noch durch rechtliche und ideologische Schleier verborgen war, kommt erst jetzt ganz deutlich zum Vorschein:

> **Die Wurzeln der Abhängigkeitsverhältnisse der Menschen voneinander, die in der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung der unteren sozialen Schicht nur eine Form ihres Ausdruckes finden, sind die Eigentumsverhältnisse!**

Marx und Engels leiten hieraus ihre Aufgabe ab, den Prozeß der Klassenbewußtseinsbildung durch theoretische Aufklärung über Struktur und Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie zu fördern, um so die Notwendigkeitserkenntnis einer politischen Organisation der Arbeiterklasse zu verbreiten:

> **Die Selbstorganisation der neuen besitzlosen Klasse erhielt die Aufgabe, die Vereinzelung und die Bewußtlosigkeit zu überwinden, welche die Voraussetzung für die kollektive Abhängigkeit vom Kapital ist!**

Diese Selbstorganisation sollte, nach den Vorstellungen von Marx und Engels, keine neue herrschende Klasse (wie das Geldbürgertum in der Französischen Revolution) an die Stelle der alten setzen:

> Ihr Ziel sollte es sein, mittels einer proletarischen Revolution (franz.: Umwälzung) das Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie an den Lebensquellen (also Grund und Boden) durch eine Enteignung aufzuheben und abzuschaffen.

Dieses Eigentum sollte der Bevölkerung durch die bewußte Vergesellschaftlichung und basisdemokratische Selbstverwaltung als unbestreitbares Gemeinschaftseigentum zugeführt werden! So sollte jeder Herrschaft des Menschen über den Menschen und jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein endgültiges Ende bereitet werden.
Es war praktisch ihr erklärtes Ziel, die Gesellschaftsansichten des "Frühen Liberalismus" durchzusetzen, indem sie die Zwangsinstitution des Eigentums abzuschaffen versuchten.

3.1.3. Entartung des autoritären Sozialismus

In der Zwischenzeit hatte sich der 4.Stand zu einer neuen Klasse ausgewachsen - das Proletariat der Industriearbeiter. Die neuen und schärfer umrissenen Zielsetzungen, die der wissenschaftliche Sozialismus beinhaltete, fanden gerade in der Arbeiterklasse einen hohen Anklang, was zu einem wachsenden Einfluß des wissenschaftlichen Sozialismus führte. Die Unterschiede zu allen bisherigen Gesellschaftsströmungen lagen in folgenden Zielen:

1. Künftig sollten die vereinigten Produzenten als basisdemokratisch organisierte Arbeiterklasse auf der Grundlage ihres vergesellschaftlichten und basisdemokratisch selbstverwalteten Gemeinschaftseigentums "ihren Stoffwechsel mit der Natur" auf die rationellste und einfachste Art regeln. Zur rationellsten und einfachsten Form werden z.B. die Vermeidung von Raubbau an der Natur, die Zerstörung lebensnotwendiger Umwelt sowie die Vermeidung überflüssiger Arbeit gezählt.

2. Die Menschen sollten in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Vergesellschaftungsformen und Zusammenschlußstrukturen bewußt und vernünftig zu bestimmen. D.h., ihre Beziehungen zueinander sollten nicht von fremden Systembedingungen und "Sachzwängen" - z.B. des Marktes, des Eigentumsrechtes oder der Staatsbürokratie-, sondern von ihren bewußten und vernünftigen Wünschen abhängen.

3. Durch die freien Zusammenschlüsse der Produzenten innerhalb der Arbeiterklasse sollten sowohl Ausbeutung als auch Abhängigkeit der Menschen voneinander verschwinden. D.h., es sollte keine wirtschaftliche Abhängigkeit einzelner von anderen einzelnen geben, sondern alle werden für alle und damit zugleich für sich selbst tätig und durch diese Tätigkeit befriedigt sein, weil das Produktionseigentum der Gemeinschaft gehört und somit je-

der durch seine selbstbestimmte Arbeit seiner eigenen Bedürfnisbefriedigung dient!

4. Infolge des Verschwindens von Ausbeutung und wirtschaftlicher Abhängigkeit fällt auch die Notwendigkeit staatlicher Gewalt weg, weil nun alle Gesellschaftsmitglieder als gleichberechtigte Partner auf der Ebene der verstandgeleiteten Einsicht und dem bewußten Verständnis füreinander umgehen können, ohne daß die materielle Unterdrückung die bewußt verständige Einsicht füreinander durch Ohnmacht, Wut und Zorn verhindert. Dies bedeutet, daß, sobald sich die neue Gesellschaftsordnung weltweit ausbreitet, der mit der Privateigentumswirtschaft oder dem Staatseigentum bedingte Herrschaftsanspruch als feindlicher Gegensatz zwischen den Staaten sowie der Staaten gegen ihre Völker (durch den Staatsherrschaftsanspruch) entfällt. Hiermit soll der Staat absterben und von der Gesellschaft als überflüssig beseitigt werden!

3.1.3.1. Entwicklungsetappen der Staatsautoritären

So weit so gut. Bis hierhin findet Marx meine vollste Zustimmung, zumal in diesen Überlegungen auch meine güterwirtschaftlichen Berechnungen zur 5-Std.-Woche enthalten sind. Jedoch in der von Marx vorgeschlagenen politischen Gründungsstrategie, die ihr Endziel in einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft findet, sehe ich die Entartungsursache aller heute bestehenden Formen der autoritären sozialistischen Staaten.

In der Kritik des Gothaer Programmes von **1875** ("Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei") nimmt Marx die Unterteilung in eine sozialistische und eine kommunistische Entwicklungsetappe vor.
In der ersten Etappe, die Marx als ***Sozialismus*** bezeichnet, soll die wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft nach der Losung:

"Jeder von seinen Fähigkeiten - Jedem nach seiner Leistung"

erfolgen.
Damit ist nach der Vorstellung von Marx notwendigerweise die praktische Ungleichheit verbunden, die zudem noch einen Staatsapparat und eine (bürgerliche) Rechtsordnung notwendig macht (was, nebenbei bemerkt, den autoritären Strö-

mungen, die als Endziel den Sozialismus angeben, den Beinamen *staatsautoritär* eintrug und in diesem Sinne "***staatsautoritäre Sozialisten***" genannt werden).

Erst wenn die Produktivität der Arbeit im Sozialismus so gesteigert worden sei, daß eine ständige Überproduktion herrscht, solle sich nach Marx der ***Kommunismus*** nach dem Leitsatz:

"Jeder von seinen Fähigkeiten - Jedem nach seinen Bedürfnissen"

in einem zweiten Schritt entfalten.
(Diejenigen, die den von Marx beschriebenen staatsautoritären Sozialismus als erste und den Kommunismus als zweite Entwicklungsetappe anstreben, werden als "***staatsautoritäre Kommunisten***" bezeichnet.)

D.h., das Ziel des Kommunismus ist nach Marx, daß alle Güter und gesellschaftlichen Arbeitsleistungen - nach basisdemokratischen Absprachen und Abstimmungen der Produzenten untereinander - jedem frei zum uneingeschränkten Verbrauch zur Verfügung stehen, ohne daß eine Markt-, Geld- oder Tauschwirtschaft aufrecht erhalten wird. Fundament dieser kommunistischen Gesellschaft sind die freien Vereinbarungen, also Absprachen und Abstimmungen der Produzenten und Verbraucher untereinander, wobei die Verbraucher ebenfalls Produzenten sind. Die Arbeitsleistungen und Bedürfnisse werden hierbei als durchaus unterschiedlich wahrgenommen, sollen aber als gleich dringend empfunden, angesehen und bewertet werden.
Mit dieser ideologischen Weltsicht und Bewertung werden Liberalismus und Individualismus nicht nur garantiert, sondern der Kommunismus erhält zudem seine gesellschaftsideologische Funktionstüchtigkeit!
Weiter wird argumentiert, daß erst mit der totalen Bedürfnisbefriedigung durch den Kommunismus der Staat absterben könne, weil hiermit der "enge bürgerliche Rechtshorizont" mit seiner eingeschränkten Weltsicht überschritten werde.

Für die wirtschaftliche Organisation einer kommunistischen Zukunftsgesellschaft bringt Marx nun den Gedanken einer zentralen, aber auf Freiwilligkeit beruhenden Planwirtschaft ins Spiel. Diese soll in Form von "Assoziationen" bzw. "Vereine freier Menschen" in ihrer "Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan" regeln.
In dieser zentralistischen Planwirtschaft liegt die materielle wirtschaftsorganisatorische Entartungsgrundlage des staatsautoritären Sozialismus bzw. Kommunismus, wobei Marx hierfür mit seiner Überlegung den politischen und wirtschaftlichen Vorschub leistete. Diese Vergesellschaftlichungsform der Produktionsmittel sowie die zentrale Planung durch eine "Vereinigung freier Menschen" - als oberste zentrale "Planungsbehörde" - in Verbindung mit einem Staatsapparat und einer bürgerlichen Rechtsordnung bringt unweigerlich eine so starke auf

die Planungsbehörde vereinte Machtkonzentration hervor, die unmöglich einer dauerhaften demokratischen Kontrolle unterworfen werden kann. Kein Parlament und keine basisdemokratische Organisation ist in der Lage, dieses Gebilde auf Dauer zu beaufsichtigen und zur Rechenschaft zu verpflichten, geschweige denn zu zwingen. Derartige Machtkonzentrationen werden sich immer systematisch einer demokratischen Kontrolle entziehen und in ihrer Macht gegen die Interessen der Bevölkerung entarten! Das Ergebnis ist nicht die Erweiterung der demokratischen Selbst- und Mitbestimmungsrechte bis weit über die bürgerlichen Verhältnisse des Privateigentumsrechts, sondern das langfristige durch Intrigen, Machtkämpfe und weiteren Machtzentralisationen Entstehen einer Diktatur!

3.1.3.2. Staatsautoritäre sozialistische Rätedemokratie

Den zweiten und verhängnisvollen Fehler begeht Marx in seiner Überlegung zur politischen Zusammenschlußstruktur der demokratischen Organe, die er als Mittel zur demokratischen Willensbildung innerhalb der ersten Entwicklungsetappe - den sozialistischen Staat - wählt. Er formuliert eine staatsautoritäre, pyramidenförmig aufgebaute sozialistische Rätedemokratie, die sich an die Spitze des Staatssystems setzen soll, womit er gleichzeitig eine "demokratische" Rangordnung beschreibt, die wiederum eine politische Herrschaftsstruktur gegen die Gesellschaft birgt. Mit der politischen Zusammenschlußstruktur dieser "sozialistischen Übergangsgesellschaft" bezieht sich Marx in seiner Schrift ("Der Bürgerkrieg in Frankreich", 1871) auf die Pariser Kommune und deren Rätesystem, dessen Ursprünge auf Cromwell in England und Babeuf (1796) in Frankreich zurückgehen.
Kernstück dieses pyramidenförmigen Rätesystems ist die Einrichtung einer direkten Demokratie, die nach folgenden Grundsätzen funktionieren soll:

> Von unten (von den Arbeitsplätzen und Wohnvierteln) pyramidenförmig aufsteigend sollen gewählte und jederzeit von ihren Wählern abberufbare Räte gebildet werden, die sowohl die Gesetzgebung als auch die Verwaltung leisten. Diese Räte sollen formal auf einen begrenzten Zeitraum, z.B. 4 Jahre, gewählt werden. Alle Beratungen dieser Räte haben öffentlich stattzufinden, damit die Bevölkerung die von ihr berufenen Abgeordneten immer kontrollieren kann. Diese sind bei Zuwiderhandlung gegen den Willen des Wählerauftrages sofort durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung abberufbar.

Die Abgeordneten erhalten also pauschal über einen bestimmten Zeitraum einen weisungsgebundenen (Wähler-) Auftrag, der zudem auch die eigenständige Entscheidungsbefugnis des Abgeordneten für alle Beratungen und Entscheidungen mit beinhaltet (imperatives Mandat nach Marx). Weisungsgebunden ist dieser Auftrag nur insofern, daß die Wähler ihren speziellen Abgeordneten - durch stete Kontrolle aufgefallen - bei Zuwiderhandlungen gegen ihre Interessen und ihren Wählerauftrag sofort abwählen und durch einen neuen Abgeordneten ihres Vertrauens ersetzen können! Pyramidenförmig ist dieses Rätesystem, weil die Abgeordneten der Gemeinden aus ihrer Mitte die Abgeordneten des Landesbezirkes, diese wiederum die Abgeordneten des Landes usw. aufsteigend wählen.

Alle "Beamte" sollen zu bloßen Beauftragten der Räte gemacht werden und den Status eines Facharbeiters erhalten. Die staatliche, wirtschaftspolitische Zentralisation, die als unumgänglich notwendig für den Sozialismus und den Übergang in den Kommunismus angesehen wird, <u>soll nicht von oben erzwungen, sondern von unten aufsteigend verwirklicht werden;</u> **womit durch die Zentralisation das Entstehen von informellen Herrschaftsgruppen und -strukturen gegeben ist!**

Dieses Rätesystem wird von den Marxisten als das Regierungssystem angesehen, durch das eine revolutionäre Arbeiterklasse über die "Diktatur des Proletariats" die soziale Umwälzung hin zum Kommunismus einleiten soll. Dem Rätesystem ist die gesamte gesetzgebende, gesetzausführende und rechtsprechende Staatsmacht sowie die zentrale Planung der Wirtschaft untergeordnet. Um die Entartung dieses zentralistischen Rätesystems gegen den Willen der Bevölkerung zu verhindern, beschränkte sich Marx jedoch nur auf die jederzeitige Abberufbarkeit der von den Wählern direkt gewählten weisungsgebundenen Räteabgeordneten. Und genau hierin liegt ein weiterer wesentlicher, nur in verschleierter Form zu Tage tretender Fehler dieses pyramidenförmigen Rätesystems:

1. Durch die pyramidenförmige Anordnung entsteht eine für die Bevölkerung unkontrollierbare Entscheidungsrangfolge von oben nach unten.

2. Wie soll die Bevölkerung stets die Beratungen und Entscheidungen der oberen Räteebenen kontrollieren und z.B. bei einer Verselbständigung der obersten Rätekammer die Abgeordneten schnell genug absetzen? Der Weg, der über die trägen, langatmigen und formaldemokratischen Beratungen und Wahlverfahren der untergeordneten Rätekammern führt, ist für eine schnelle Reaktion gegen eine plötzliche Verselbständigung der obersten Rätekammer viel zu langsam! Die Gefahr ist, daß hier wieder eine neue "demokratisch anerkannte" obere Herrschaftsklasse mit einer ungeheueren

wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Machtbefugnis entsteht, welche zu allem Überfluß noch mit einem untergeordneten willenlosen Staatsapparat ausgestattet wird, so daß diese Herrschaft wegen ihrer Machtfülle auf Dauer nicht über den demokratischen Institutionenweg zu kontrollieren ist. Dieses pyramidenförmige sozialistische Rätesystem wird genau nach demselben Gesellschaftsmechanismus wie dem der Französischen Revolution entarten, weil im Sozialismus ein Geld- und Tauschsystem für Güter und Arbeitsleistungen als Mittel zur Überbrückung der materiellen Unterversorgung erhalten bleibt und somit die Handlungsantriebe der Menschen samt ihrer sozialisierten bürgerlichen Unternehmerlogik, dem Hang zur politischen Herrschaftserweiterung und wirtschaftlichen Bereicherung aufs neue angeregt werden!

Soziale Umwälzungsversuche auf der Basis zentralistisch pyramidenförmiger Gesellschaftsstrukturen besitzen (wegen der Rangordnung) eine auf wenige Personen vereinte Entscheidungsbefugnis. Aus diesem Rangordnungssystem werden immer informelle Herrschaftsgruppen hervorgehen, deren Herrschaftsbefugnisse sich zunehmend der demokratischen Kontrolle entziehen. Die Geschichte zeigt, daß diese immer versuchen, alle Herrschafts- und Staatsgewalt an sich zu reißen. Ob diese neuen Herrschenden von unten aufwärts gewählt werden oder nicht, ist für diesen Gesellschaftsmechanismus, der auf solchen wirtschaftlichen und politischen Machtzentralisationen beruht, unerheblich. Werden die neuen Herrschenden von unten aufwärts gewählt, dauert der "demokratische Entartungszyklus" bestenfalls ein wenig länger. Denn von einer oberen entscheidungsbefugten Rätekammer innerhalb einer ersten sozialistischen Übergangsgesellschaft mit bewußt einkalkulierten bürgerlich-materiellen Ungleichheiten sind wegen der zentralen politischen Entscheidungsgewalt genau dieselben Gesellschaftsmechanismen zu erwarten wie von der "Verfassung des Direktoriums" innerhalb der 1.Französischen Republik!

Des weiteren gibt Marx das Handlungsziel zur "Eroberung der politischen Macht" über die "Diktatur des Proletariats" vor, was bei den Mitgliedern der Arbeiterbewegung wieder die Sozialisation eines ganz bestimmten Denkens und Handelns hervorruft, nämlich die "***Eroberung der politischer Macht***" als Handlungsziel, wobei dies die <u>Entscheidungsgewalt über andere Menschen gegen deren Willen mit beinhaltet!</u> Für Marx und seine Anhänger führt der Weg zu

einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung über die "Diktatur des Proletariats", inklusive der "Eroberung der politischen Macht".

Mit der "***Diktatur des Proletariats***" (nach Marx) soll das reaktionäre Geldbürgertum entweder vom Rätesystem gänzlich ausgeschlossen oder über das basisdemokratische Mehrheitswahlrecht niedergestimmt werden. Zugleich sollen innerhalb der sozialistischen Übergangsgesellschaft durch die "Diktatur des Proletariats" die Voraussetzungen zum Kommunismus und zum Absterben des Staates geschaffen werden. Nur wie dies nach der Errichtung des autoritären, straffen und staatssozialistischen Herrschaftssystems als Rätedemokratie geschehen soll, in der letzten Endes auch wieder spezielle Herrschaftsinteressen der gewählten Räteabgeordneten gegen den basisdemokratischen Mehrheitswillen der Bevölkerung entstehen, bleibt von Marx unerwähnt, vermutlich weil er die hier neu entstehenden Gesellschaftsmechanismen als Gegensätze nicht erkannte und den Idealismus der Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns rückte. Vielmehr erkennt er im Staat mit seinen willenlosen Macht- und Herrschaftsapparaten ein Instrument zur Durchsetzung der uneingeschränkten Klassenherrschaft, wobei hier lediglich das Rätesystem an der Spitze des Staates steht und eine Herrschaft über die Gesellschaft im Sinne der Arbeiterklasse ausüben soll.

3.1.3.3. Marx mangelhafte Staatskritik

Marx begeht hier denselben Fehler, den der "Frühe Liberalismus" schon mit der mangelhaften Durchsetzung seiner Staatskritik machte. Der "Frühe Liberalismus" eröffnete so dem Geldbürgertum die Möglichkeit, durch den willenlosen, in seinem Wesen demokratiefeindlichen Staatsapparat die Macht zu ergreifen. Marx begeht den Fehler, nicht auf die sofortige Auflösung der Herrschafts- und Unterdrückungsapparate des Staates zu dringen. Statt dessen formuliert er die "Diktatur des Proletariats", die über ein zentralistisches pyramidenförmiges Rätesystem durch den Staat herrschen soll, was schon wieder die Anhäufung von wirtschaftlicher Macht und politischer Herrschaftsgewalt in den Händen einiger weniger bedeutet. Doch wie soll die Bevölkerung auf demokratischem Wege einen solchen Machtapparat kontrollieren, wenn sie sich schon wieder genau diesen Herrschafts- und Gewaltapparaten unterwerfen muß?
Mit dem Ziel zur "Eroberung der politischen Macht" beschleunigt Marx nur den Gesellschaftsmechanismus zur Herrschaftskonzentration in den obersten Rätekammern und die Entwicklung hin zur Diktatur!

> **Denn die tatsächliche Zielsetzung des autoritären Sozialismus liegt in der "Eroberung der politischen Macht", mit der die Bevölkerung tatsächlich wieder durch das Rätesystem sowie dessen untergeordneten Staatsapparat beherrscht wird.**

Durch die pyramidenförmige zentralistische Zusammenschlußstruktur des Rätesystems sowie der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Räteabgeordneten zu wirtschaftlichen und politischen Fragen entsteht automatisch wieder eine Entscheidungsrangfolge von oben nach unten, die immer eine nach oben gerichtete Übergabe der Entscheidungsbefugnis als anwachsende Machtkonzentration hervorrufen wird!
Denn diese Verdichtung der Entscheidungsbefugnisse innerhalb der obersten Rätekammer ist in ihrem Wesen wieder eine Herrschaft über die Bevölkerung, die in der obersten Herrschaftsschicht das Herrschaftsinteresse weckt! In ihr werden selbst untergeordnete Rätekammern zum Herrschafts- und Überwachungsinstrument der obersten Rätekammer, womit auch beim sozialistischen Rätesystem der typische "***Entartungsmechanismus aller Rangfolgeorganisationen***" gegen die Gesellschaft (oder gegen die jeweilige Basis der Interessengemeinschaft bei Bürgerinitiativen, Parteien oder Gewerkschaften) gegeben ist und die Entwicklung zur Diktatur automatisch einsetzen wird.

> Im Willen zur "**Eroberung der politischen Macht**" in Form der Herrschaft durch einen willenlosen, zum Gehorsam erzogenen staatlichen Herrschaftsapparat liegt die Ursache für den "**Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen**" und somit die Ursache für die Entartung des Sozialismus!

Ist z.B. erst einmal eine "Kommunistische Partei" in ihrer Organisation auf die "Eroberung der politischen Macht" ausgerichtet, so geht nach der Revolution dieser Machtkampf innerhalb der Partei - durch die Intrigen zwischen den einzelnen Parteifraktionen zur Herstellung wechselnder Mehrheitsverhältnisse und zum systematischen Ausschluß aller politischen Gegner - weiter und zerstört die Revolution, die in ihrem eigenen Blut erstickt!

Denn wer will selbst in einem Rätesystem, das im Menschen zur Durchsetzung seiner Interessen den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" formt, seine Macht freiwillig wieder ablegen?
Wer fühlt sich nicht dazu berufen, gegen die Vorstellungen anderer Partei- und Fraktionsmitglieder den absolut richtigen Weg zum Kommunismus zu vertreten?

Und welcher Idealist gerät in diesem Sinne nicht in Versuchung, mit Gewalt der Bevölkerung seinen Weg zum Kommunismus aufzuzwingen? Dies sind die menschlichen Schwächen, die uns allen anhaften und bei der Wahl zentralistischer Wege übersehen werden.

Nein. Innerhalb einer jeden Organisation, deren Zielsetzung die "Eroberung der politischen Macht" ist, kann das Gemetzel mit dem Sieg der Revolution nur weitergehen, weil jeder einzelne Idealist nach der Übernahme der staatlichen Herrschafts- und Machtapparate streben wird, um der Bevölkerung seinen "segensreichen Weg zum Kommunismus" aufzudrängen. Am Ende wird immer wieder nur die diktatorische Herrschaft einer kleinen Führungsschicht stehen, welche sich krampfhaft an ihrer eroberten Verfügungsgewalt festklammert.
Wer sollte denn im Sozialismus und dem im autoritären Staat entstehenden Sumpf von Machtkämpfen und Intrigen das Ausrufen des tatsächlichen Kommunismus wagen oder ihn gar einleiten, ohne gleich von machtgeilen Kontrahenten zur eigenen Machtbereicherung als "Konterrevolutionär" beschuldigt und schließlich erschossen oder "gilloutiniert" zu werden?

Hier kann die Errichtung dieser zentralistischen sozialistischen "Rätedemokratie" - innerhalb eines zentral geführten Staatssystems - nur den Ausgangspunkt für die Vorgänge bilden, die schon so "wunderbar" in der Französischen Revolution nachzuzeichnen sind und auch im staatsautoritären Sozialismus Chinas, der UdSSR usw. im Massenmord endeten.
Dies und nichts anderes ist z.B. die Erklärung für das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens und die hierauf folgende "Säuberungswelle" in China, 1989, mit der der "STAATSORGANISMUS" unter Denk Xiaoping - diesmal als Staatssozialismus - wiedermal seinen Totenschädel als seine wahre Natur enthüllte. Denn dem "Staatsorganismus" ist es in seiner Demokratiefeindlichkeit gleich, ob nach der Entartung einer ursprünglich demokratisch kontrollierten gesellschaftlichen Rangfolgeorganisation ein faschistischer oder "kommunistischer" Militärdiktator die Befehle gibt.

3.1.4. Lenins Demokratischer Zentralismus

Zwar setzten sich Marx als auch Lenin für die Zerschlagung der Bürokratie und des Staates ein, dennoch erkannten sie nicht den beschriebenen "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen", der auch im autoritären Sozialismus durch den Willen zur "Eroberung der politischen Macht"

entsteht. Sie bemerkten nicht, daß es gerade die Zielsetzungen des Sozialismus sind, die wegen ihres autoritären Gedankengutes das Verschwinden des Staates, die Aufhebung des Eigentums, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und letztendlich ein Leben in Freiheit verhindern.

Die Entartungsmechanismen gesellschaftlicher Rangfolgeorganisationen, die Marx in seinen Beschreibungen zum zentralistischen Rätesystem angelegt hatte, begannen schon sehr früh zu wirken. Lenin höchstpersönlich war es, der eine "Partei neuen Typs" entwarf. Diese Partei sollte nicht nur das "politische Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineintragen", sondern die Klasse zudem politisch führen (siehe Lenin: "Was tun?", **1902**). Während seiner Emigration in London, München und Genf arbeitete er an dem Modell einer straff organisierten und zentralistischen Partei von geschulten Berufsrevolutionären. Dieses System wurde später auch als "***Kriegskommunismus***" bezeichnet.

1903 kam das, was kommen mußte und dessen Entwicklung Marx in seinem autoritären Rätesystem indirekt - der Entartungsmechanismus der sozialistischen Rangfolgeorganisation - mit angelegt hatte. Das dem "Frühen Liberalismus" und Kommunismus eigene Entwicklungsziel nach Freiheit, Gleichberechtigung, Unabhängigkeit, Mit- und Selbstbestimmung begann sich - durch die von Marx geforderte Rangordnung in der politischen Organisation - umzukehren und entartete schließlich.
Dreh- und Angelpunkt der neuen Kommunistischen Partei wurde die "Eroberung der politischen Macht", der Lenin alle Organisationsstrukturen und Ziele unterordnete. Das ursprüngliche Zusammenschlußziel, unter dem sich selbst das autoritäre Rätesystem in den Arbeiterzusammenschlüssen gebildet hatte, nämlich die Auflösung des Staates sowie die Zerstörung jeglicher Macht und Herrschaft über den Menschen und durch den Menschen, glitt zunehmend in den Hintergrund und geriet in Vergessenheit!

Auf dem 2.Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Partei (SDAR) in Brüssel und London, **1903**, kam es wegen des von Lenin vorbereiteten Parteistatus zur Spaltung der Partei:
In die Gruppe der Bolschewiki (unter Lenins Führung) und der Menschewiki (unter Martow).
Für die Geschichte des autoritären Kommunismus und dessen Entartung war dieser Bruch von entscheidender Bedeutung. Die ***Menschewiki*** (Russ.: Minderheitler), die an dem von Marx beschriebenen Prinzip der demokratisch organisierten Massenpartei, d.h. dem staatsautoritären pyramidenförmigen Rätesystem, festhielten, unterlagen bei der Abstimmung über die zukünftige Organisationsform der von Lenin geführten Gruppe.
Die ***Bolschewiki*** (Russ.: Mehrheitler) setzten Lenins neue Organisationsstruktur als zukünftiges Parteimodell mit einer "absoluten Mehrheit" von 2 Stimmen gegen die "Minderheitler" durch.

3.1.4.1. Bolschewiki als "Partei neuen Typs"

Die Bolschewiki als "Partei neuen Typs" besitzt eine hierarchisch gegliederte und militärisch disziplinierte Führung (Kriegskommunismus), die in ihrem Wesen eine straff zentralisierte "***Kaderpartei***" von Berufsrevolutionären ist. Hiermit machte Lenin ausgerechnet die Kommunistische Partei zu einem willenlosen, demokratiefeindlichen Herrschaftsapparat, der sich in seinem Wesen in keinster Weise von den staatlichen Gewaltapparaten unterscheidet, weil er von oben nach unten mit Unterwerfung und Gehorsam geführt wird. Die Parteiführer besitzen eine fast uneingeschränkte Entscheidungsgewalt, sind nicht jederzeit abberufbar und unterliegen keiner steten öffentlichen Kontrolle durch ihre Parteibasis. Nach Lenins Vorstellungen sollten die Parteiführer eine uneingeschränkte Entscheidungsgewalt besitzen, so daß keine einzige Verhandlung oder Absprache der Parteiführer untereinander öffentlich ist und die Parteiführer die Partei in strategisch günstige Positionen manövrieren konnten.
Das Ergebnis ist, daß nun eine kleine Gruppe von Menschen durch den willenlos gewordenen Parteiapparat in absolutistischer Weise herrschen kann. Vor allem aber ist die Parteiführung auf demokratischem Wege nicht mehr zu kontrollieren, so daß der Entartung der Partei keine demokratische Kraft mehr entgegengestellt werden kann, weil diese Art einer Partei schon fast den Endpunkt des "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" darstellt!

Zwar versuchte Lenin, einen demokratischen Mechanismus in diese Parteistruktur mit einzubauen, trotzdem erkannte er nicht seinen Fehler, den er mit dem Aufbau eines willenlosen Parteiapparates begangen hatte. Mit diesem Fehler leistete er gerade dem Entstehen einer totalitären Diktatur einen ungeheueren Vorschub, denn er erkannte nicht den demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus aller Rangfolgeorganisationen, der somit auch von diesem Parteiapparat ausging. Lenin glaubte, daß sich tatsächlich - sobald es die Umstände erlaubten - freie Wahlen der "Parteiführer" - von unten nach oben aufwärts - innerhalb der gesamten Partei auf demokratischem Wege durchführen ließen. Er bezeichnete diese Verbindung von hierarchisch gegliederter, militärisch disziplinierter Führung und demokratischer Wahl der "Parteiführer" als "Demokratischen Zentralismus" (womit die Parallelen zu den Herrschaftsstrukturen der "***Verfassung des Direktoriums***" immer deutlicher erkennbar werden).

Den Kern dieses Demokratischen Zentralismus bildet der "***hauptamtlich organisierte Parteiapparat***" (300.000 Funktionäre, stand 1971 UDSSR), der als Herrschaftsinstrument über den Staatsapparaten angeordnet ist. Dieser kann in seinem organisatorischen Aufbau mit dem willenlosen hierarchischen Staatsapparat oder mit dem staatlichen Bürokratieapparat zur Kontrolle und Unterdrükkung der Bevölkerung verglichen werden. Formell höchstes Organ ist der ***Parteikongreß***, der (seit 1971) alle fünf Jahre einberufen wird. Dieser besteht nur aus den Parteimitgliedern der KPdSU und nicht aus der gesamten sowjetischen Bevölkerung, womit nur ein Teil der Gesellschaft innerhalb dieser "demokratischen Wahlen" wahlberechtigt ist. (Die Parallelen zur Verfassung des Direktoriums sind unverkennbar.) Der Parteikongreß wählt das ***Zentralkomitee*** (ZK) als das nach dem Statut zwischen den Parteikongressen tätige Leitungsgremium. Dieses wiederum bestimmt die Mitglieder der beiden höchsten Entscheidungsgremien des sowjetischen Herrschaftssystems:
Des ***Politbüros*** (1974: 16 Vollmitglieder, 7 Kandidaten), das die Leitlinien der Politik festlegt und des ***Sekretariats*** (1974: Generalsekretär und 9 Sekretäre) als Exekutivorgan.

Neue Mitglieder, die den Antrag auf Mitgliedschaft in der Partei stellen, erhalten zunächst nur den Status von Kandidaten (1973; 490.000) und können nur auf Antrag von Vollmitgliedern in die Partei hinzugewählt werden.

Dies ist der demokratische Anteil des "Demokratischen Zentralismus", in dem selbst die Aufnahme von neuen Mitgliedern einer strengen Auswahl nach politischen Meinungsbildern unterliegt. Mit diesem "demokratischen Anteil" wird lediglich immer wieder neu festgelegt, welche "Führer" mit absolutistischer Herrschaftsgewalt über den Parteiapparat ausgestattet werden. Hat ein solcher Parteiapparat erst einmal die Herrschaft über den Staat errungen und wurde der staatliche Bürokratie- und Machtapparat der Partei untergeordnet, so ist es immer wieder nur eine Frage der Zeit, bis diese Gesellschaft zur totalitären Diktatur - wie unter Stalin - verkommt. Denn wie sollte innerhalb eines zur Demokratiefeindlichkeit erziehenden Parteiapparates, der vor allem Unterwerfung, militärischen Kadergehorsam und Obrigkeitshörigkeit von seinen Mitgliedern abverlangt und prägt, plötzlich ein demokratisches Bewußtsein oder die Befürwortung des eigentumskritischen Frühen Liberalismus entstehen?
Und wie sollte dieser Parteiapparat die demokratischen Ansichten des "Frühen Liberalismus" in Form von freien Wahlen zulassen oder seine mögliche Entmachtung durch freie Wahlen organisieren?
Hierauf lieferte Lenin keine Antwort, weil es hierzu keine gibt und der demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus außerhalb der geschlossenen Logik des "Demokratischen Zentralismus" liegt.

Im Mittelpunkt der Logik des "Demokratischen Zentralismus" steht nur noch die Eroberung der politischen Macht und die hierauf folgende Herrschaft einer klei-

nen Gruppe, die als Führerelite den Kommunismus fürs Volk verwirklichen soll. Im Gegensatz zu Lenins Kadersystem sollen die von Marx geforderten, pyramidenförmig angeordneten und autoritär organisierten sozialistischen Rätesysteme zwar auch der Machteroberung dienen, trotzdem sollte aber durch sie die Macht (nachdem sie erobert ist) aufgelöst werden, indem dieses Rätesystem die politische Herrschaft und wirtschaftliche Macht stets bei der Basis ihrer demokratisch organisierten Massenpartei beläßt!

Der "Demokratische Zentralismus" steht in diesem Sinne nicht mehr im Einklang mit den ursprünglichen Zielen des Kommunismus und seiner gesellschaftlichen Entwicklungsausrichtung des "Frühen Liberalismus".

3.1.4.2. Lenins Staatsherrschaftsanspruch

So war es auch kein Wunder, daß ausgerechnet die Bolschewiki unter Lenins Führung ständig versuchte, ihre Macht und Herrschaft nach Innen und Außen auszubauen und zu erweitern. Während der Russischen Revolution von **1905** bekämpfte Lenin die Menschewiki und anfangs auch die Arbeiterräte (Sowjets). **1912** stabilisierte Lenin das Herrschaftssystem des "Demokratischen Zentralismus" im Innern "seiner" Partei und machte sie zur ersten wirklichen "Partei neuen Typs". In Prag (1912) schloß er die Menschewiki aus und bildete ein bolschewistisches ZK, in dem Lenin an die Spitze gewählt wurde. Daraufhin wurde die Partei in die Sozialistische Demokratische Arbeiterpartei Russland (SDAPR) umbenannt.

Hiermit waren die politischen Grundvoraussetzungen für die Entartung der Kommunistischen und Sozialistischen Ideologie auch organisatorisch angelegt. Der militärische Herrschaftsapparat der KP-Lenins war vorhanden, und das große Abschlachten konnte beginnen. Die Mitglieder des neuen, militärisch organisierten Herrschaftsapparates - Lenins-KP - befanden sich somit zu Beginn der Russischen Revolution in einer sehr guten Startposition. Ihre Ziele waren klar, und sie brauchten nur noch, den vorher festgeschriebenen Kampfregeln zu folgen.
Mit der **Februarrevolution von 1917** bildete sich die erste bürgerlich liberale, sozialistische Regierung, in der die Bolschewiki nur eine Minderheit darstellte. Ziel der Bolschewiki war es, die Regierungsgewalt zu erobern, so daß sie die Führung über alle revolutionären Kräfte in ihrem Sinne ausüben und nach ihrem Willen lenken konnten.

3.1.4.3. Lenins Machtstrategie

> **Es war notwendig, die führenden Kräfte der Bürgerlichen, der Bürgerlich-Liberalen, der Reformsozialisten, der marxistisch revolutionären Sozialisten, der antiautoritären Sozialisten und der antiautoritären Kommunisten von der Regierungsgewalt auszugrenzen und sie inhaltlich so zu bekämpfen, daß ihnen die Bevölkerung die Gefolgschaft versagte. Zudem mußte die Bolschewiki alle sozialistischen und kommunistischen Umwälzungsbestrebungen der Bevölkerung hinter sich vereinen.**

Lenin formulierte für diesen Zweck zwei programmatische Schriften, die als **"Aprilthesen", 1917**, in die Geschichte eingingen.

1. "Frieden, Land und Brot" und

2. "Alle Macht den Sowjets" (Sowjets = Räten).

Hiermit versprach er der Klasse der Besitzlosen Frieden, Land und Brot, womit er die lebensnotwendigen, existentiellen Bedürfnisse der schon seit langem hungernden Besitzlosen ansprach und sie hinter sich brachte. Zum anderen sprach er bewußt die breite Masse der Kommunisten und Sozialisten an, die an der von Marx beschriebenen zentralistischen Rätedemokratie festhielten und dieses Rätesystem immer noch als Kernstück einer selbstverwalteten Sozialistischen Gesellschaft mit vergesellschaftlichem Gemeinschaftseigentum durchsetzen wollten. Er gaukelte ihnen vor, daß die Rätedemokratie auch unter seiner Führung politischer Mittelpunkt einer neuen selbstverwalteten kommunistischen Mehrheitenherrschaft sei und brachte somit diese revolutionären Gesellschaftsströmungen hinter sich.

Dies war jedoch nur ein sehr geschickter strategischer Schachzug Lenins, denn er hatte nicht vor, das Prinzip einer zentralistischen pyramidenförmigen sozialistischen Rätedemokratie einzuführen, nachdem er in einem 9-jährigen Kampf (von 1903 bis 1912) die Menschewiki aus seiner Partei ausgeschlossen hatte. Er wollte seine Sicht der kommunistischen Entwicklungstheorie durchsetzen, wobei ihm die Kampfschrift, "Alle Macht den Sowjets" (Russ.: Sowjets = Räte), nur als Bauernfängermethode diente, um die führenden Kräfte anderer politischer Strömungen auszustechen.

Und er hatte Erfolg! Nach dem mißglückten **Juliaufstand, 1917**, der Bolschewiki nahm er von Finnland aus Einfluß auf einen erneuten Aufstand in Petersburg, durch den die Bolschewisten am **25. und 26.10.1917** (wegen des russischen Kalenders 7.u.8.11) unter Trotzkijs Leitung die Herrschaft ergriffen (Oktoberrevolution). In der neu gebildeten Regierung war Lenin Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Ministerrat).

3.1.4.4. Lenin und Trotzkij zerstören den Kommunismus

> Nachdem die Bolschewisten die Regierungsgewalt inne hatten, begann Lenin, seine Regierungsmacht systematisch auszubauen und nach innen zu stabilisieren. Nicht daß er die zartreuen Truppen und Generäle im Südosten Russlands bekämpfen mußte, er begann auch mit der Auslöschung aller anderen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsströmungen, die ihm in seinem Anspruch nach der absoluten Herrschaft gefährlich werden konnten.

Durch Lenins Fürsprache zu den Sowjets bestärkt, bildeten sich überall im Land nach Marxs Vorbild Arbeiter und Bauernräte. So schreibt der bolschewikifreundliche Historiker E. H. Carr, daß "die spontane Neigung der Arbeiter, Fabrikkomitees zu organisieren und in die Betriebsführung der Fabriken einzugreifen, unvermeidlich ermutigt werde von einer Revolution, die die Arbeiter dazu brachte, zu glauben, daß die produktive Maschinerie des Landes ihnen gehörte und von ihnen nach eigenen Vorteil betrieben werden könnte." Für die Arbeiter waren die Fabrikkomitees, wie es anarcho-kommunistische Delegierte sagten, "Zellen der Zukunft ... ... Sie, nicht der Staat, sollten nun verwalten." Dies sei das wichtigste Ziel der Vergesellschaftlichung!
Aber die Staatskommunisten als die neuen Staatspriester wußten es besser und gingen sofort dazu über, die Fabrikkomitees zu zerstören und die Sowjets zu Organen ihrer Herrschaft abzustufen.
Am **8.November 1917** kündigte Lenin in einem "Dekretentwurf über die Arbeiterkontrolle" an, daß die zur Ausübung descartischer Kontrolle gewählten Delegierten "dem Staat gegenüber für das Aufrechterhalten der striktesten Ordnung und Disziplin und für den Schutz des Eigentums verantwortlich" sein sollten. Als das Jahr zu Ende ging, stellte Lenin fest, daß "wir von der Arbeiterkontrolle zur Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrates übergingen", der "die Maschinerie der Arbeiterkontrolle ersetzen, absorbieren und überflüssig machen" sollte (Carr). "Die Idee des Sozialismus überhaupt wird im Gedanken der Arbeiterkontrolle gesehen", verzweifelten menschewistische Gewerkschafter.

Bald sollte Lenin dekretieren, die Führung müsse "diktatorische Vollmachten" über die Arbeiter erhalten, die die "widerspruchslose Unterordnung unter einem einzigen Willen" hinnehmen und "im Interesse des Sozialismus ... widerspruchslos dem alleinigen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses gehorchen" müssen. Während Lenin und Trotzki die Militarisierung der Arbeit, die Umgestaltung der Gesellschaft in eine ihren alleinigen Willen unterworfene Arbeitsarmee in Angriff nahmen, erklärte Lenin, die Unterordnung des Arbeiters unter die "individuelle Autorität" sei "das System, das mehr als jedes andere die beste Nutzung der menschlichen Ressourcen sicherstellt" - oder wie Robert McNamara dieselbe Idee ausrückt: "Vitale Entscheidungsprozesse ... ... müssen an der Spitze verbleiben, ... die wirkliche Bedrohung der Demokratie kommt nicht durch Übermanagement zustande, sondern durch Untermanagement"; "wenn es nicht die Vernunft ist, die den Menschen regiert, dann bleibt der Mensch hinter seinem Potential zurück", und Management ist nichts anderes als die "Herrschaft der Vernunft", die uns frei erhält. (Weitere Quellen: "Der Bolschewismus: Verstaatlichung der Revolution", Emma Goldman und Rudolf Rocker, 1921/22; "Reise nach Russland", Augustin Souchy, 1920; "Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle. Der Staat und die Konterrevolution", Maurice Brinton, 1976)

Somit war den Bolschewisten jeglicher Funken des "Frühen Liberalismus" als Entwicklungsziel einer Zukunftsgesellschaft abhanden gekommen, wobei der "Frühe Liberalismus", ursprünglich unter Einbeziehung der Eigentumskritik, zum Sozialismus und Kommunismus weiterentwickelt wurde. Die "Eroberung der politischen Macht" wurde nun zum einzigen Ziel der Bolschewisten, wobei sie den ursprünglichen Zielen des Sozialismus und des Kommunismus in einer zunehmenden Todfeindschaft gegenüberstanden und sie sogar als bürgerlich verwarfen!

So mußte auch Kautsky weichen, weil er auf die ursprünglichen von Marx geprägten Begriffsinhalte des Sozialismus pochte. Beispielsweise wurde der von Marx geformte Begriff von der "Diktatur des Proletariats" in seinem ursprünglichen Sinninhalt verformt und von Lenin und Trotzki im reinen regierungstechnischen Sinne umgedeutet und verändert. Das Proletariat übte nun nicht mehr die "Diktatur des Proletariats" selbst aus, die nach Marx die Form eines basisdemokratischen Niederstimmens aller reaktionären Kräfte - als Mehrheitenherrschaft oder Mehrheitendiktatur - besitzen sollte. Die "Diktatur des Proletariats" sollte nun im regierungstechnischen Sinne von der Parteiführung zum "Vorteil" des Proletariats ausgeübt werden.

Das gleiche geschah mit der regierungstechnischen Ausdeutung der zentralen Planwirtschaft, die nun der totalitären Diktatur des Parteiapparates untergeord-

net wurde, so daß nichts von Marxs ursprünglichem Gedankengang einer auf Freiwilligkeit beruhenden zentralen Planwirtschaft übrig blieb.

Aus diesem Grund mußten die freien Räte verschwinden und Lenins Diktatur des Parteiapparates unterworfen werden. So veränderten Lenin und Trotzkij systematisch den Sinninhalt des Kommunismus und unterwarfen zugleich jegliche politische und sozialistisch-marxistische Opposition, wobei diese Unterwerfung bis hin zur völligen Ausmerzung durch Ermordung reichte. Das Entwicklungsziel des "Frühen Liberalismus" wurde so aus dem totalitären Staatskommunismus (oder -sozialismus) als Begriffsinhalt ausgeschlossen und blieb nur in den antiautoritären Bewegungen als eigentliches Entwicklungsziel einer Zukunftsgesellschaft erhalten.

Lenin und Trotzkij "überwanden" so systematisch den alten Sinninhalt vom Sozialismus und Kommunismus. Sie zerstörten "im Interesse des Sozialismus" jede Form an freier Ausdrucksmöglichkeit als "Fraktionsmacherei" und verboten letzten Endes selbst die Fraktions- und Meinungsbildung innerhalb ihrer eigenen Partei. Sie waren es, die den profaschistischen Strukturen des Stalinismus einen ungeheueren Vorschub leisteten.

Lenins geflügeltes Wort, daß "Sozialismus nichts ist als ein staatskapitalistisches Monopol, angewandt zum Nutzen des gesamten Volkes", welches nun natürlich auf die Wohltätigkeit seiner "Führer" blind vertrauen muß, drückt nur die Perversion des neuen "Sozialismus" für die Bedürfnisse der neuen "kommunistischen" Staatspriester - als neue Herrscher und Herren - aus. Trotzkijs Forderung, nicht nur die Massen, sondern selbst die Partei zum Gegenstand "wachsender Kontrolle von oben" zu machen, ist nur ein weiterer Schritt der Parteientartung in Richtung Feudal-Faschismus, die zwangsläufig mit dem Ziel der "Eroberung der politischen Macht" aus dem beschriebenen "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" und seiner Eigendynamik entstehen mußte.

Das Volk hat innerhalb dieser Logik nur noch gerechtere (vielleicht sogar wählbare) Herrscher als eine Art neue "absolutistische Adelsherrschaft" oder als "neue Könige" zu wollen!

3.1.4.5. Bürokratischer Parteiapparat zur Staatsherrschaft

Im Rahmen dieser Entwicklung ist es kein "merkwürdiger Zufall", daß der "Demokratische Zentralismus" zu einem demokratiefeindlichen "***bürokratischen Zentralismus***" verkam, weil es im Interesse der Parteiführung lag, ihre Herrschaft und Macht zu stabilisieren und auszubauen. Und was dient "diesen Zielen" mehr, als eine ehemals kommunistische Bewegung mit einer dazugehö-

rigen Ideologie in einen demokratiefeindlichen Parteiapparat - als Herrschafts- und Machtinstrument - umzuwandeln?
So und nicht anders ist es zu verstehen, daß Lenin und Trotzkij die innerparteiliche "Fraktionsmacherei" "im Interesse des Sozialismus" innerhalb IHRER Partei ausmerzten! Sie zerstörten jedes bißchen an freier Ausdrucksmöglichkeit, demokratischer Organisation und Willensbildung, als sie die Bildung von Fraktionen und Plattformen innerhalb der Partei verboten. Nun müßte der "bürokratische Zentralismus" zwangsläufig entstehen, weil die Partei zum reinen Herrschafts- und Machtapparat degeneriert war. Denn die "Führung" war es doch selbst, die "ihrem Volk" "absolute Gefolgschaft" als Gehorsam, Unterwerfung und bestenfalls buchstabengetreue bürokratische Verwaltung abzwang.
Hiermit begann die offene totalitäre Diktatur, weil der Informationsfluß zwischen den "Parteiführern" vollständig in die Hand des Politbüros und des Generalsekretärs der Partei vereinigt worden war. Hiermit waren sie es, die die totalitäre Alleinherrschaft (wie nach Hitlers Machtergreifung) über das Volk auszuüben begannen. An dieser Stelle angelangt, waren sie nichts anderes mehr als eine neue "absolutistische Herrschaft", die sich an die Stelle der alten gesetzt hatte.

Die Gleichartigkeit zum Scheitern der Französischen Revolution aus Ermangelung einer in der Bevölkerung verwurzelten Staatskritik ist an diesem Punkt unverkennbar.

3.1.4.6. Ausweitung zur totalitären Staatsdiktatur

Gleichzeitig begann das Abschlachten aller sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsströmungen, die außerhalb der Bolschewiki standen und treu an der Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsidee festhielten. So mußten die unter Tschernow stehenden Sozialrevolutionäre, die bis dahin mit den Bolschewikis ein festes Bündnis bildeten, nach der Sprengung der Konstituante im **Januar 1918** dem Totalitätsanspruch Lenins weichen. Sie wurden nach einem mißglückten Aufstand in Moskau und Petersburg (Juli 1918) politisch und physisch vernichtet.

Im **April 1918** griff die Tscheka mit 5.000 Rotarmisten und Artillerie den Moskauer Anarchokommunisten Club an. In anderen Städten geschah das gleiche.

In der Ukraine z.B. hatte sich zwischen Berdjansk, Jekaterinoslaw, Alexandrowsk und Mariupol eine bis zu 30.000 Mann starke Partisanenarmee gebildet, die ein bis auf 70.000 Quadratkilometer ausgedehntes Gebiet kontrollierte und hier mit 7 Millionen Menschen den ursprünglichen Gedanken einer kommunistischen herrschaftsfreien Gesellschaft verwirklichte. Die anarcho-kommunistische

"Machnobewegung", die sich vor allem auf Bakunin und Kropotkin berief, empfing die Rote Armee unter Leo Trotzkijs Führung als Klassenbrüder, die lediglich eine andere Auffassung vom Sozialismus vertraten. Die Rote Armee sollte mit ihnen die Errungenschaften der Revolution verteidigen und bereiteten sich gemeinsam auf die auf Zentralrussland vorrückenden zarentreuen Armeen unter den "weißen" Generälen Denikin und Wrangel vor. Zwar war die "Machno-Armee" ein Heer von Freiwilligen, ohne Offiziere, Dienstgrade, starren Gehorsam etc., und wurde durch das bewußte Verständnis füreinander und der bewußten Einsicht jedes einzelnen in die Dinge des täglichen Lebens zusammengehalten, trotzdem ging die bolschewistische Führung ein Bündnis mit einer derart anarcho-kommunistischen Armee ein. Die zarentreuen Truppen mit Waffen aus England zwangen sie hierzu!
Die Bolschewikis spielten das machiavellische Spiel. Genau viermal biederten sie sich bei der Machnobewegung an, und zwar jedesmal, wenn der äußere militärische Druck zu stark wurde. Dann zogen stets die Guerillas an die Front und kämpften unter großen Opfern die weißen Truppen nieder, die ihr Land bedrohten. Die Rote Armee zog sich jedesmal auf "strategische Positionen" zurück und ließ ihre "anarchistischen Brüder" ausbluten. Kaum waren die Guerillas jedoch in ihr Gebiet zurückgekehrt, sickerte die Rote Armee wieder ein, um das freie Gemeinwesen zu bedrängen - zunächst kaum merklich, aber mit der Zeit immer dreister und brutaler. Als schließlich der "weiße" Gegner endgültig geschlagen war, setzte die Jagd auf die "Machnowisten" mit voller Härte ein. Die Bolschewikis wollten die aufmüpfige Ukraine unterwerfen, denn der Wille zur der Freiheit ist ansteckend.Ganze Dörfer wurden von Lenins Truppen dem Erdboden gleichgemacht. (Quelle: "Geschichte der Machnobewegung 1918-1921" von Peter Arschinoff, 1923)

Der Kronstädter Matrosenaufstand war vermutlich der letzte Versuch in der UdSSR, eine reine kommunistische Gesellschaft (gegen den Willen der neuen leninistischen Staatspriester) zu errichten. Die Bolschewisten hatten eine neue Klassengesellschaft errichtet, in der sie den verschiedenen Gesellschaftsschichten unterschiedliche Lebensmittelrationen gaben. So versuchten sie, durch das Ausspielen der unterschiedlichen Schichten ihre Macht zu festigen. Die Folge war, daß die "neue" unterste Klasse der Arbeiter und Bauern hungerte und unter der bolschewistischen Idee der Zwangsarbeit Frondienste leistete, während die oberste Klasse, zu der auch die Matrosen gehörten, im Überfluß lebte. Die Matrosen riefen auf dem Marktplatz Kronstadts eine Stadtvollversammlung ein und beschlossen basisdemokratisch - per Handzeichen -, sich der Bolschewistischen Führung zu widersetzen und von nun an jedem die gleiche Lebensmittelration - unabhängig von seiner Stellung und Arbeit - zu geben, so daß niemand mehr zu hungern brauchte. Diesen "Kommunistischen Volksaufstand" zur Verwirklichung des Anarcho-Kommunismus konnte die Bolschewiki natürlich nicht dulden. Lenin entsandte Truppen, die unter Trotzkijs Führung nach harten und langen Kämpfen die Stadt eroberten und ein unbeschreibliches Massaker an der

Bevölkerung anrichteten. (Quellen: "Die Kronstadt-Rebellion", Alexander Berkman, 1923; "Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur", Frits Kool und Erwin Oberländer, 1969)
Die Anhänger Trotzkijs und Begründer der 4.Internationalen bezeichneten dieses Massaker später als "tragisches Versehen".

Ich kann diese zynische Ansicht, daß es sich hierbei um ein "tragisches Versehen" handelte, nicht teilen. Diese Massaker, die mit der Russischen Revolution erst sichtbar werden, sind schon im unberücksichtigt gebliebenen "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" angelegt.
Die 1.Ursache ist die Verkennung des wahren Wesens des Staates durch Marx.
Die 2. ist der Versuch zur Bildung einer Organisation mit dem Ziel der "Eroberung der politischen Macht" sowie dem Ziel, durch die staatlichen Herrschaftsapparate die Gesellschaft durch Zwang positiv zu verändern.

> **Ich sehe in diesen zwei Handlungszielen die Ursache der Gesellschaftsmechanismen, die zwangsläufig zum Massaker führen müssen, weil das "Erobern der politischen Macht" im Staate immer das Ausschalten aller Gegner mit allen Mitteln beinhaltet!**

Dies ist der "***Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen***", der in diesen zwei Handlungszielen seine Ausgangsursache findet und sich sowohl in der Französischen als auch Russischen Revolution exemplarisch nachzeichnen läßt.

3.1.5. Stalins Diktatur als totale bonarpartische Entartung

Die Entartung des staatsautoritären Kommunismus beginnt also nicht erst im Stalinismus. Die Entartungsgrundlagen sind schon im pyramidenförmigen Rätesystem des autoritären Sozialismus und seinem Herrschaftsziel durch den Staat enthalten und wurden schon sehr früh von den antiautoritären aufgrund der beschriebenen Organisationsstrukturen vorausgesagt. Die Anhänger der antiautoritären Strömungen wußten dies schon zur Zeit der 1.Sozialistischen Internationalen und versuchten die Genossen, über diese zwischenmenschlichen Verhaltensmechanismen aufzuklären. Sie blieben erfolglos und wurden wie Bakunin auf Betreiben von Marx und Engels aus der 1.Internationalen ausgeschlossen.

Lenin war innerhalb dieser geschichtlichen Abläufe nur derjenige, der die Herrschaftsstrukturen weiter zentralisierte und den Stalinismus in den gesellschaftlichen Organisationsstrukturen und Handlungszielen vorbereitete. Lenins Vorar-

beit mündet zwangsweise in der totalitären Diktatur Stalins, weil hier ein gesellschaftlicher Verhaltensmechanismus angeregt und verstärkt wird, der geradewegs aus der Zielsetzung zur "Eroberung der politischen Macht" hervorgeht. Auch Lenins Versuch, alle weltweit bestehenden kommunistischen Organisationen seiner Partei und seinem Befehl unterzuordnen, fällt unter das Ziel der Eroberung und Ausweitung **seiner** politischen Macht!

3.1.5.1. Verbindlichkeitserklärung der Kaderstruktur

Schließlich erklärte Lenin seine "Weiterentwicklung des Marxismus" auf dem 2.Kongreß der Kommunistischen (3.) Internationalen (**Komintern 1920**) zum verbindlichen Organisationsprinzip aller kommunistischen Parteien der Welt. Denn wenn eine Partei erst einmal in einen willenlosen Parteiapparat - als Herrschaftsinstrument - umgewandelt ist, läßt sich durch das beliebige Auswechseln seiner Führungsspitze eine bedingungslose Herrschaftsgewalt ausüben, was im Stalinismus mit den weltweit moskauhörigen Kommunistischen Parteien oft genug praktiziert wurde!

Sie sehen, daß das, was in Rußland geschah, kein Wunder und kein tragischer Irrtum ist. Dies alles beruht auf erklärbaren zwischenmenschlichen Verhaltensmechanismen und Systemstrukturen, die Inbegriff des staatlichen Denkens und Handelns - Herrschaftseroberungsziel - sind und die erst durch den Staat und die willentliche Beibehaltung der Staatsapparate weiterbestehen und ideologisch angeregt werden.

So ist es kein Wunder, daß Lenins Organisationsstruktur der KP, die der Beherrschung des Staates und der Bevölkerung diente, zunehmend zu einer autoritären Parteidiktatur verkam, die jeden innerparteilichen demokratischen Organisationsprozeß erdrosselte, so daß letztlich jede demokratische Wesensart als "konterrevolutionär" aus der Partei verbannt wurde.

Noch zu Lenins Lebzeit wandelte sich der "Demokratische Zentralismus" in einen "bürokratischen Zentralismus" um, obwohl Lenin vorgab, z.B. auch die staatliche Bürokratie zerschlagen zu wollen! Er konnte angeblich nicht erklären, warum ausgerechnet in seiner Partei der bürokratische Zentralismus entstand. Dies lag wohl außerhalb seiner Logik!

3.1.5.2. Politische Machteroberung als Verhaltensreflex

Lenin war es, der dem Entstehen der totalitären Diktatur Stalins Vorschub leistete. Lenin selbst leitete diese ein. Erinnern wir uns! Nachdem andere Parteien

und die Bildung von Fraktionen und Plattformen innerhalb der Partei von Lenin verboten worden waren und der Informationsfluß zwischen den Parteiführern vollständig in der Hand des Politbüros und des Generalsekretärs lag, mußte die weitere Zentralisation der politischen Herrschaftsgewalt auf eine Person zwangsläufig erfolgen, gerade weil sich das gesamte Organisationsziel der Partei auf die Erringung der politischen Entscheidungsgewalt ausrichtete!

Die "***EROBERUNG DER POLITISCHEN MACHT***". Das klingt nicht nur wie ein Zauberspruch, sondern aus diesem für die Leninistische Partei einst lebenswichtigen existentiellen Verhaltensreflex - als politisches Handlungsziel - lassen sich alle weiteren politischen Vorgänge innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei nach Lenins Tod ableiten.

> **Ist die "Eroberung der politischen Macht" erst einmal schwerpunktmäßiges Handlungsziel, wird dieses zum Verhaltensreflex einer ganzen Partei, welches die Mitglieder dieser Partei in ihrem Gefühlsleben so prägt, daß, nachdem diese Partei die politische Herrschaftsgewalt im Staate eroberte, der Machtkampf innerhalb der Partei um die Eroberung der absoluten Herrschaft weitergeht!**

Leider übersah Marx diesen wesentlichen "überlebenswichtigen" Sozialisationsprozeß, der den Ausgangspunkt für den "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" bildet. Dies ist auch die Erklärung für das Entstehen des Stalinismus.

3.1.5.3. Entstehung von Stalins Alleinherrschaft

Beleuchten wir das Vorgehen Josif Stalins, der von 1917-1923 Volkskommissar für Nationalfragen war und vor dem selbst Lenin in seinem Testament warnte. Seit 1922 brachte er als Generalsekretär den Parteiapparat der KPdSU unter seine Kontrolle und machte sich so zum Diktator der Partei und des Staates. Trotz Lenins Warnung wurde Stalin - nach Lenins Tod - vom Zentralkomitee im Amt des Generalsekretärs belassen! Und warum? Vermutlich reichte seine Macht zu diesem Zeitpunkt hierfür schon aus.

So konnte Stalin sein Spiel beginnen, denn genügend Machtmittel standen ihm aufgrund seiner Position durch den pyramidenförmig aufgebauten Parteiapparat zur Verfügung. Durch geschicktes Ausspielen der verschiedenen Gruppen in der KPdSU schaltete Stalin der Reihe nach Trotzkij, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow und alle anderen prominenten Bolschewisten aus und ließ ei-

nen Teil von ihnen in Schauprozessen zum Tode verurteilen. Mit der Beseitigung von Marschall Tuchatschewskij und tausenden von Offizieren rottete er auch die letzte denkbare Opposition aus. Stalins Sieg über seine innenpolitischen Rivalen brachte der UdSSR ein brutales Terrorregime "im Dienste von Kollektivierung, Sozialismus und Kommunismus", wobei sich die hochstehenden Gesellschaftsideale von Sozialismus und Kommunismus endgültig verabschiedeten. Selbst außenpolitisch trat die revolutionäre Zielsetzung hinter seine machtpolitische Staatskonsolidierung zurück. Denn er hatte ja nun genug damit zu tun, seine unkontrollierbare Führung über die Partei durch den bürokratischen Parteiapparat auszuüben und seine jeweilige "autonome politische Linie" festzulegen. Mit der verwaltungstechnischen Durchsetzung seiner willkürlich festgelegten Parteilinie konnte er nun auch die letzten "aufwieglerischen Konterrevolutionäre", die alle samt Kommunisten waren und nicht wußten, was plötzlich mit ihnen geschar, innerhalb der Partei ausfindig machen und "beseitigen". So baute er seine absolute politische Herrschaft bis zum Absolutismus aus, indem er sich seinen ihm hörigen Nachwuchs in der Partei heranzog und in die Führungspositionen schob. Die ganze UdSSR war in die Falle Stalins gegangen. Der neue "Parteiführer" setzte seine willkürlich festgelegte Parteilinie über die Partei-, Staats- und Gewaltapparate mit Repression und Terror bis hin zur physischen Vernichtung aller wirklichen und vermeintlichen Gegner durch.
Seine politische Herrschaft begann sich zunehmend, auf den durch massive Propaganda entstandenen Personen- oder "Führerkult" - ein weiteres Merkmal des Stalinismus - zu stützen. Der Kommunismus diente ihm hier nur noch als Deckmantel und zur Rechtfertigung seiner Herrschaftsgewalt.

Der Kommunismus hatte ausgedient, und ich frage Sie, worin besteht hier noch der praktische Unterschied zum Faschismus Hitlers außer dem qualitativen, der sich in der industriellen Massenvernichtung aus rassischen Gründen ausdrückt?
100.000'sende von Menschen fanden den Tod in Stalins "Umerziehungslagern", denn "Arbeit macht frei".
1935 war auch meine Familie betroffen. Sie mußte, trotzdem die Wolgadeutschen auf der Seite Lenins gekämpft hatten, wie viele andere Familien das Land verlassen.

Im Spanischen Bürgerkrieg von 1936-1939 wiederholte sich das Schicksal der antiautoritären Sozialisten und Kommunisten, wie es einst der "Machnotschina" in der Ukraine widerfuhr. Der Beginn des Spanischen Bürgerkrieges war der erste Versuch der Anarchisten einer totalen sozialen Umwälzung (Revolution), die sich auf ein ganzes Land erstreckte. Die Anarcho-Kollektivisten und Anarcho-Kommunisten, die sich mit ihren Vorstellungen in der Bevölkerung Spani-

ens von 1850 an tief verwurzelt hatten, besaßen in den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften (FAI, CNT) so starke Kampforganisationen, daß sie 1936 die Revolution einleiteten und mit den tiefgreifenden Gesellschaftsumwälzungen begannen. Franko, der nach Spanisch-Marokko verbannt worden war, konnte erst durch das hinter dem Hitlerfaschismus stehende Kapital Waffen und Truppen für seine Ziele kaufen! Erst durch die von Hitler und Musselini eingerichtete Luftbrücke von Afrika zum spanischen Festland war er in der Lage, mit deren massiver Waffenhilfe auf spanischem Boden Fuß zu fassen. Ohne die massive Waffen-, Truppen- und Finanzhilfe des deutschen und italienischen Faschismus hätte er sich auf dem spanischen Festland keinen Tag halten können!

Die Spanische Republik wehrte sich nach Leibeskräften, zu Anfang ohne jede Hilfe und später mit mangelhafter Hilfe aus Mexico und der UdSSR. Die kapitalistischen Industrienationen schauten diesem verzweifelten Befreiungskampf der Spanier nur ungerührt zu und verzerrten ihn in ihren Presseberichten, denn das Kapital besaß kein Mitleid mit einer anarcho-kommunistischen Befreiungsbewegung, welche tatsächlich alles Produktionseigentum in Spanien unter die basisdemokratische Mitbestimmung aller gestellt und vergesellschaftlicht hatte.

Selbst Stalin konnte erst unter dem internationalen Druck der kommunistischen Bewegung (Trotzkij beschimpfte ihn als "Verräter an der Revolution" und als "Konterrevolutionär") dazu bewegt werden, den herrschaftsfreien Praktikern der spanischen Revolution zur Hilfe zu eilen. Stalin konnte keine herrschaftsfreien Kommunisten gebrauchen, denn diese unterliefen seinen Herrschaftsanspruch.

Der Preis, den die Anarcho-Kommunisten für Stalins Hilfe zahlen mußten, war hoch. An der Front kämpften sie gegen Franko, und in der Heimat wurden sie hinterrücks von Stalins Geheimpolizei erschossen oder ins Gefängnis gebracht. Stalin wollte die Herrschaft über Spanien sowie die Herrschaft über die Spanische Revolution, und hierzu mußte Spanien von freiheitlich denkenden Kommunisten gesäubert werden. (Ich empfehle zu diesem Thema jedem Leser das Buch, "Mein Katalonien" von George Orwell.)
Stalins Antrieb hierfür konnte nicht anders ausfallen:

Stalin wollte eine bürgerliche Revolution!

Hätte es, so wie es von den staatsautoritären Kommunisten behauptet wird, in Rußland tatsächlich eine echte kommunistische Gesellschaftsumwälzung als Soziale Revolution gegeben, so wäre Spanien mit aller Kraft kompromißlos unterstützt worden. Mit dem Sieg der Spanischen Revolution hätte der europäische Kapitalismus von zwei Seiten aufgerollt werden können, was der absolute und

endgültige Niedergang des Kapitalismus gewesen wäre. Die autoritären Kommunisten verspielten mit Spanien den Traum von der kommunistischen Weltrevolution.

1941 war es dann soweit. Stalin tat das, was ihm vermutlich am meisten am Herzen lag. Stalin vereinigte unter anderem nun auch die Ämter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare (seit 1946 Min.Präs.) und des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der UdSSR in seiner Person. Nun war er Hitler, "dem größten Feldherrn aller Zeiten", wirklich ebenbürtig. 1941 setzte er sozusagen der kommunistischen Revolution und allen von ihm mitgeschaffenen staatlichen willenlosen Herrschafts- und Machtapparaten die Krone auf.
Dieser Vorgang - der "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" - wird hier immer vergleichbarer mit dem von Marx beschriebenen Bonarpartismus, mit dem Napoleon sich selbst und "den Zielen der Französischen Revolution" die Krone aufsetzte. Die Blutspur Napoleons ist im Verhältnis seiner Zeit mindestens genauso breit, und sie ist letzten Endes auch auf die Verkennung des wahren staatlichen Wesens mit seinen demokratiefeindlichen Staats- und Herrschaftsapparaten zurückzuführen!

An dieser Stelle angelangt, ist Honnecker mit seinem Ausspruch, daß "demokratischer Sozialismus ... nichts, gar nichts mit Sozialismus zu tun ..." habe und nur "... dazu bestimmt sei, die Arbeiter zu täuschen und sie vom Kampf zur Befreiung von der absoluten monopolkapitalistischen Herrschaft abzuhalten", nur noch ein trauriges Schlußlicht. Er plapperte hier als stalinistischer Befehlsempfänger nur noch einen Satz nach, der in Wirklichkeit mit den ursprünglichen Inhalten von Sozialismus und Kommunismus keinerlei Gemeinsamkeiten mehr besitzt.

3.1.6. Bewertung des staatsautoritären Kommunismus

Für die Vertreter des antiautoritären Sozialismus und Kommunismus sind die autoritären Sozialisten und Kommunisten durch ihren "Führerkult" (Marxismus - Leninismus - Trotzkismus - Stalinismus - Maoismus) zu Verrätern der kommunistischen Weltrevolution geworden, weil sie die Völker dieser Erde in ihrem Willen zur Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung immer wieder verrieten. Sie waren es, die alle kommunistischen Gesellschaftsumwälzungsver-

suche in ihrem eigenen Blut erstickten und sich mit ihrer Ideologie nur versuchten, als neue Herrscher an die Spitze des Staates zu setzen. In der heute noch bestehenden kommunistischen Parteiherrschaft (die am Marxismus-Leninismus orientiert ist) läßt sich der "tägliche" Verrat an der Parteibasis und an andersdenkende "Bündnispartner" immer wieder gut beobachten. Sie scheuen sich in ihrem Willen zur "Eroberung der politischen Macht" nicht, Bündnisse mit dem reaktionären rechten Gesellschaftsflügel einzugehen (siehe z.B. im Spanischen Bürgerkrieg oder in Frankreich 1968). Solche Parteiführungen werden uns, genauso wie alle anderen Rangfolgeorganisationen, immer wieder durch ihren Willen zur "Eroberung der politischen Macht" verraten, es sei denn, wir legen ihnen endlich durch eine direkte basisdemokratische Mehrheitenherrschaft das Handwerk!

Ich will alle Leser an dieser Stelle auffordern, die Zusammenschlußstrukturen aller politischen Kampforganisationen genau zu durchleuchten und alle Rangfolgeorganisationen auf das Schärfste zu bekämpfen, weil sie nur Mittel zur Herrschaftsausübung von oben nach unten sind und langfristig immer gegen die Interessen ihrer Parteibasis entarten werden. Diese Organisationsstrukturen mit einer Rangordnung für Entscheidungsbefugnisse werden bei ihren Mitgliedern immer wieder nur Unterwerfung, Herrschafts- und Autoritätshörigkeit prägen, innerhalb denen auch Sie, wenn Sie sich einer solchen Organisation anschließen und unterordnen, zum namenlosen Befehlsempfänger und Herrschaftsinstrument eines ganzen Herrschaftsapparates verkommen werden. IHRE Freiheit, Gleichberechtigung, Selbst- und Mitbestimmung werden in diesem Machtorganismus irgendwann auf der Strecke bleiben!

3.2. Vergleich staatlicher Entartungsmechanismen

Ich könnte diese "Irrtümer" revolutionärer Bewegungen, die in der Verkennung des Staates begründet liegen, bis zur Unendlichkeit fortsetzen. Die ablaufenden Gesellschaftsmechanismen gleichen einander bis zur fast völligen Übereinstimmung. Die Geschichte bietet mir hierfür sehr viele Beispiele, in denen es für den Nachweis dieser gesellschaftlichen Mechanismen gleich ist, ob ich die Revolution in Mexico, China, Vietnam, Nord-Korea, Kuba oder sonst irgendwo nachzeichne. Am Ende steht immer die totalitäre Diktatur und die absolute Unterdrückung und AUSBEUTUNG des Menschen durch den Staat, und die Ursache hierfür ist der Staat, der die Gesellschaftsmechanismen der Machteroberung und Machterhaltung verursacht.

> **Denn die Diktatur entsteht durch den Staat, weil der Staat selbst das Verlangen nach der absoluten Herrschaft durch den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" hervorruft!**

Um diesen Sachverhalt zu belegen, will ich nun einen Vergleich zwischen der Privateigentumswirtschaft und dem Staatsmonopolkapitalismus der autoritären Kommunisten durchführen. Die Entwicklungsmechanismen, die innerhalb eines Handelsraumes vom Privatwirtschaftskapitalismus zum Kartellkapitalismus führen, wurden von mir schon in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben. Da die auf einen Staat (bzw. einer Imperialmacht) bezogenen Handelsräume als abgeschlossene Binnenmärkte seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr bestehen, sondern zunehmend in den Weltmarkt als neuen Handelsraum aufgingen, erfolgte die Entwicklung der in den westlichen Industrienationen angesiedlten Konzerne, dies waren z.T. schon Binnenmarktkartelle (siehe Flick und IG-Farben AG in Deutschland), zu einem Weltwirtschaftskartell zwangsläufig. D.h., daß wir für einen Vergleich der Privateigentumswirtschaft mit dem Staatsmonopolkapitalismus der autoritären Kommunisten nur noch die Kapitalvernetzungen der multinationalen Konzerne als westliches Weltwirtschaftskartell (ich def. hierfür den Begriff "***Kartellkapitalismus***") und die Struktur des Staatsmonopolkapitalismus der autoritären Kommunisten heranziehen müssen. Untersuchen wir die beiden angeblich verschiedenen Gesellschaftssysteme auf ihre tatsächlich vorhandenen praktischen Unterschiede!

3.2.1. Gesellschaftsplaner und Planungsbehörde im Kartellkapitalismus

Rufen Sie sich in Erinnerung, wie sich das westliche Weltwirtschaftskartell darstellt. Ausgangspunkt meiner Überlegung ist hier der Kapitalansammlungsprozeß, die hiermit steigende wirtschaftliche Macht sowie die entstehende Verfilzung von Kapital, Staat, Regierung und Verbrechen zu einer Einheit. Dies ist das westliche Weltwirtschaftskartell, in dem die Gesellschaftslenkung und Staatsführung von der Herrschaft des Großkapitals ausgeübt wird.

Um diese Herrschaftsgewalt in der BRD noch einmal in die Erinnerung zu rufen, will ich auf den Parteispendenskandal und den Skandal um die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf (BRD) von 1989 verweisen.
Nachdem die WAA jahrelang mit militärischer Polizeigewalt gegen den Willen der Bevölkerung buchstäblich durchgeknüppelt wurde, verabschiedete sich die Stromwirtschaft. Zuvor hatten die Politiker so getan, als ob das gesamte atomare Stromkonzept auf ihrem Mist gewachsen sei und sich die Wirtschaft nur nach ihren zukunftsweisenden Vorstellungen richtet. Milliarden hatte dieses Stromkonzept bereits aus unserer Staatskasse verschlungen. Dann verkündeten die Strommanager kühl den Wackersdorfausstieg, weil die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague (Frankreich) billiger sei als die in Wackersdorf. Die Regierung sagte hierzu nur JA!
Weiter nichts, denn mehr konnte sie hierzu nicht sagen!

Dies ist die wahre wirtschaftliche Macht des Kapitals, so daß Staat und Regierung nur die Kasper fürs Kapital spielen und den Verwertungsinteressen der Kapitaleigner untergeordnet werden. Dieser bewußt, offen, klar und deutlich demonstrierte Gesichtsverlust findet vermutlich seine Ursache im Parteibestechungsskandal, so daß der Top Manager Lutz Merkle mit seiner Clique der Regierung böse ist und zeigt, was passiert, wenn ein Kanzler "sein Gedächtnis verliert", nicht spurt und nicht treu zur "Allianz von Wirtschaft, Staat und Partei" steht. Lutz Merkle (heute, 1989, 76 Jahre alt) ist ein Topwirtschaftsmanager (Bosch) mit einschlägiger NS-Erfahrung. Wie sehr der Staat den Kasper fürs Kapital spielt, das wurde deutlich in den Parteispendenprozessen, insbesondere aber mit dem Merkle Prozeß (siehe Der Spiegel, 46/90, S.34 f. auf Seite LXVII).
Vielleicht sind die heutigen Verstimmungen nur wehleidige Erinnerungen an die "schöne alte Zeit", in der die Kapitaleigner Hitler für ihre Zwecke zum Diktator hochpäppelten. Ja, in dem von den deutschen Konzernen mitgestalteten Fa-

schismus war die "Allianz von Wirtschaft, Staat und Partei" noch einfach und unkompliziert!

In solchen "lichten Momenten" zeigt sich, wie tief diese Verfilzung von Wirtschaft, Staat, Regierung und Verbrechen ist und wer tatsächlich die Herrschaftsgewalt über den Staat besitzt. Hier wird sogar die Polizei dazu eingesetzt, die Bevölkerung für kurzfristige Wirtschaftsinteressen niederzuknüppeln (WAA, Startbahn-West, Brokdorf, Gorleben usw.). Mit diesen offensichtlichen Verstößen gegen das demokratische Selbstbestimmungsrecht sowie der Verhinderung von Volksabstimmungen (insbesondere zur Startbahn-West) sind Staatsverbrechen durch die Kapitaleigner namhaft gemacht! Denn dem international arbeitenden Weltwirtschaftskartell ist es gleich, in welchem Land die WAA steht, da sie nur ihren Zweck zu erfüllen hat und hierfür der nationale Standort unerheblich ist.

Ein weiterer auffälliger Anzeiger für das Bestehen des Kartellkapitalismus ist das jährliche Gipfeltreffen der sieben reichsten Industrienationen (G7), etwa wie der Weltwirtschaftsgipfel am 16.Juni 1989 in Paris. Dieses "***Weltdirektorium***" oder "***Weltwirtschaftsdirektorium***", zu dem die BRD, USA, Kanada, Japan, Italien, Frankreich und GB gehören, trifft sich natürlich unter dem Vorzeichen einer Wohltätigkeitspropaganda. Sie wollen den Entwicklungsländern "wirtschaftlich zur Hilfe eilen" und ihnen aus der "Schuldenkrise helfen". Der Haken ist nur, daß diese Länder ihre Schulden bei den 7 reichsten Industrienationen haben!
Denn was heißt das Treffen dieses Weltdirektoriums tatsächlich? Sie treffen sich, um die Weltwirtschaftsentwicklung der Erde zu planen und Einflußbereiche abzustecken. Die von den Industrienationen bewußt erzeugte Schuldenabhängigkeit sowie die damit verbundenen Zahlungsschwierigkeiten der Länder der dritten Welt dient ihnen als Druck- und Steuerungsmittel, welches sie zur Planung der Weltwirtschaftsentwicklung einsetzen, denn die einzige wirkliche Hilfe wäre ein radikaler Schuldenerlaß, den sie aus ihrem Weltherrschaftsinteresse niemals zulassen werden. Die besagte "Abhilfe" für diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit der sie vorgeben, der Dritten Welt helfen zu wollen, dient also nur dem Ziel, kontinentale Gesellschaftsentwicklungen nach den von ihnen vorausgeplanten Abhängigkeitsverhältnissen zu gestalten! Dem gleichen Zweck dienen die Produktionsabsprachen zwischen den USA und der EG für Stahl, Weizen etc.

> Das westliche Weltwirtschaftskartell wird somit zu einer Art Monopolkapitalismus mit einer zentralen Planwirtschaft, die sich in den Händen einer kleinen großkapitalistischen Oberschicht befindet, wobei ich diese Oberschicht wegen ihrer ungeheueren Machtfülle und dem Gebrauch dieser Macht zur Planung und Steuerung kontinentaler Gesellschaftsentwicklungen als ***Gesellschaftsplaner*** bezeichne!

Als ***Planungsbehörde*** bezeichne ich die Führungspositionen in Staat (Regierung, Minister, leitende Beamte etc.) und Wirtschaft (z.B. Topmanager der Banken und multinationalen Konzerne) einer jeden in Rängen gegliederten Gesellschaft.

3.2.2. Herrschaftsstrukturen in Ost und West waren gleich

Die Führungspersonen der großkapitalistischen Oberschicht des westlichen Weltwirtschaftskartells können ohne weiteres als Gesellschaftsplaner einer kartell- bzw. "monopolkapitalistischen Planwirtschaft" angesehen und mit der staatsautoritären kommunistischen Gesellschaftsoberschicht von Politbüro, Sekretariat und ZK der UdSSR (im Jahr 1919) verglichen werden. Der Unterschied besteht darin, daß die Gesellschaftsplaner des Westens noch nicht offen als politische Herrscher auftreten und versteckt im Hintergrund arbeiten. D.h., daß die Gesellschaftsplaner des Westens noch nicht ihre wirtschaftliche Macht dazu nutzten, eine offene Einheit von Politik und Wirtschaft durch die Einnahme der entsprechenden politischen Herrschaftspositionen im Staat (also den politischen Entscheidungspositionen der Planungsbehörde) herzustellen, um so eine personelle Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern durch Ämterhäufung zu erreichen. Dies wird sich vermutlich in den nächsten 10-20 Jahren erheblich ändern.
Ich betone nocheinmal, daß dies ein Vergleich der wirtschaftspolitischen Herrschaftsverhältnisse mit der UdSSR von 1919 ist. Denn auch die Gesellschaftsplaner des Ostens nutzten ihren ursprünglichen Einfluß, um die Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern herzustellen!
Meine These lautet:

Daß der Entwicklungsprozeß der Kapitalansammlung im Privatwirtschaftskapitalismus über den Kartellkapitalismus zum Monopolkapitalismus führt und unser heutiger Kartellkapitalismus, vergleichbar mit den Verhältnissen in der UdSSR von 1919, im Monopolkapitalismus einen momentanen Entwicklungsendpunkt finden wird, da Staat, Wirtschaft, Kapital, Regierung und Verbrechen im heutigen westlichen Weltwirtschaftskartell praktisch schon eine versteckte Einheit bilden.

3.2.2.0.1. Gesellschaftsplaner und Verwaltungsmanagement

Der Spiegel; 04/91; S.164 --> LXXXIII

Gesellschaftsplaner und Verwaltungsmanagement

Wie die Gesellschaftsplaner die Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft sammeln (Anm.d.Autors).

Aktionäre

Fragen ohne Antworten

Ein Kleinaktionär, im Hauptberuf Wirtschaftsprofessor, setzt das Allianz-Management mit lästigen Fragen unter Druck.

Ekkehard Wenger, 39, besitzt ein paar Aktien des Versicherungskonzerns Allianz. Aber als er eine Eintrittskarte für die Hauptversammlung am 2. Oktober anforderte, erhielt er abschlägigen Bescheid: Seine Anteilsscheine seien noch nicht im Aktionärsbuch eingetragen.

Die Wahrheit ist: Der Allianz-Vorstand will Wenger, der in Würzburg Bankwirtschaft lehrt, auf dem Aktionärstreffen nicht sehen. Der Professor hat die Allianz nicht nur wegen unzureichender Information verklagt; er neigt auch dazu, auf Hauptversammlungen bohrende Fragen zu stellen, die manche Konzernlenker als unbotmäßig empfinden.

Wenn Wenger kommt, gibt es Krach. Längst hat sich auf den Chefetagen herumgesprochen, wie lästig die Fragen des Professors sind. Wenger möchte die Manager westdeutscher Konzerne vor allem zwingen, ihre heimlichen Beteiligungen zu enthüllen. Ihn ärgert „das unüberschaubare Machtkartell aus Großbanken und Großindustrie".

Seit zwei Jahren schon tourt der engagierte Wissenschaftler als Aktionär mit den Studenten seines Seminars durch die Hauptversammlungen der Konzerne. Bei der Allianz wie bei Daimler-Benz, beim Chemieriesen BASF wie beim Automulti VW nervt der Professor in verbissenen Wortgefechten „die Herrschaften oben auf dem Podium" (Wenger). Walter Seipp von der Commerzbank nannte ihn einen „Ideologen", Wilfried Guth von der Deutschen Bank schaltete ihm einfach das Mikrofon ab.

Wenger weiß, wovon er spricht. Neun Jahre lang hat er Ökonomie und zugleich Physik studiert, zunächst in seiner Heimatstadt Stuttgart, später in München. „Eigentlich wollte ich Physiker werden", sagt der Professor heute, „Betriebswirtschaft betrieb ich eher nebenher." Schließlich hatte er beide Diplome.

Die Universität in Frankfurt machte ihn 1986 zum ordentlichen Professor, ein Jahr später wurde Wenger nach Würzburg berufen. Die Vorlesungen seien „sehr fundiert", sagen seine Studenten, und stets „gut besucht".

Warum der sonst eher bedächtige Schwabe, der sich gern bei klassischer Musik entspannt, die mächtigen Konzernherren so verbissen attackiert, kann er ganz einfach erklären. Wer Mißstände aufdecken will, sagt Wenger, dürfe nicht „den salbungsvollen Tonfall eines Jugendpfarrers wählen".

„Man muß die Leute angreifen", das hat er auf Hauptversammlungen dazugelernt, „sonst wird man nicht zur Kenntnis genommen." Es erstaunt den Professor dennoch immer wieder, wenn die Manager dann „in Rage geraten".

Nach Wengers Ansicht müßten die Anteilseigner dem Management viel härter entgegentreten. Kleinaktionäre würden in den Geschäftsberichten der Firmen mit bunten Bildern getäuscht, auf den Hauptversammlungen am kalten Buffet abgespeist und schließlich von den Bossen übertölpelt. Der Professor will sich das nicht gefallen lassen.

Geradezu beispielhaft ist sein Streit mit der Allianz-Holding. Mit Prämieneinnahmen von über 38 Milliarden Mark ist der Münchner Assekuranzkonzern längst Branchenerster in Europa. Die Allianz ist zugleich der größte deutsche Aktionär. Sie beherrscht eine Reihe von Versicherungen, ist an einigen Dutzend Industriefirmen sowie an den größten Banken beteiligt: der Dresdner, der Deutschen, der Commerzbank und der Hypo-Bank.

Umgekehrt sind auch die Großbanken bei dem Versicherungskoloß engagiert. Wie eng die Kapitalkonzerne miteinander verzahnt sind, möchte Konzernchef Wolfgang Schieren nicht sagen. Nach dem Gesetz müsse er nur Beteiligungen ab 20 Prozent offenlegen. „Daran wollen wir uns aus verständlichen Gründen halten", sagt Schieren.

Fünf Fragen hatten Wenger und seine Studenten auf der letzten Hauptversammlung gestellt. Welche Anteile die Allianz direkt oder indirekt an anderen Aktiengesellschaften halte, so wollten sie wissen, und welche Werte dahinterstünden. Die Aktionäre müßten schließlich erfahren, „ob sie ihr Geld gut oder schlecht angelegt hätten".

Außerdem sollten die Manager mal sagen, meint Wenger, welchen Einfluß sie auf andere Gesellschaften ausüben. Das wäre schon wichtig, um mehr Transparenz auf dem Kapitalmarkt zu schaffen. Schließlich fragten die Würzburger Seminaristen noch nach den Gehältern der Manager und den Aufsichtsratsmandaten der Vorstände.

Weil die Antworten ausblieben, reichte Wenger im vergangenen Oktober eine Klage beim Landgericht in München ein. Jetzt tauschen die Kontrahenten dicke Schriftsätze aus. Neues aus dem Hause Allianz hat Wenger freilich bislang nicht erfahren.

Über die Gehälter könne die Allianz nichts sagen, erklären deren Anwälte, weil sonst ja Headhunter die Manager abwerben könnten. Die Allianz sei lediglich an neun „konzernfremden" Aktiengesellschaften beteiligt. Andere Anteile dürften keineswegs publik werden, um „negative Auswirkungen auf die Kursentwicklung" der Allianz-Aktie zu vermeiden.

Die Macht und die Herrlichkeit deutscher Wirtschaftsführer wird der Aktionärsrebell Wenger nicht verändern können. Aber er möchte wenigstens die schlimmsten Auswüchse verhindern. Vor allem will er „jenes diskret wirkende Beziehungsnetz zerreißen, das sich wie Mehltau über die deutsche Wirtschaft gelegt hat". Viele neue Freunde wird der Professor damit kaum gewinnen. Die kapitalnahe *FAZ* rügte seinen „anmaßenden, oft verletzenden Ton". Die bankeneigene *Börsen-Zeitung* sieht ihn in der „tragikomischen Gestalt des Don Quijote", der gegen Windmühlen kämpfe. Die *Prawda* aus Moskau, kontert der Wissenschaftler, schreibe subtiler als diese angesehenen deutschen Blätter.

Die Hauptversammlung der Allianz jedenfalls will der Professor trotz aller Quertreibereien des Managements nicht versäumen. Seine Studenten nimmt er auch wieder mit – das gehört zu deren Ausbildung.

Hautnah könnten sie auf Hauptversammlungen begreifen, sagt Wenger, welchen „bodenlosen Unsinn" manche Manager von sich geben: „Das glaubt ein Student nur, wenn er es selbst erlebt hat."

Der Spiegel; 04/91; S.164

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXIII

Der Spiegel; 09/91; S.116 ff. --> LXXXIV

Das Machtspiel der Banker

Überall wollen sie mitmischen in der deutschen Industrie, die 13 Vorstände der Deutschen Bank. Doch zuweilen überfordert sie das Spiel um Posten und Pfründe. Beim Reifenhersteller Continental und bei der Stahlfirma Hoesch leisteten sich die Banker im Aufsichtsratsvorsitz böse Fehlschläge. Es sind keine Ausnahmen.

In der Büro-Suite von Herbert Zapp an der Düsseldorfer Königsallee war in der vergangenen Woche viel los. Manager aus der Stahlindustrie und von Maschinenbau-Konzernen meldeten sich der Reihe nach zu Gesprächsterminen.

Stets ging es um das gleiche. Zapp, 62, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, bot seinen Besuchern einen angesehenen Industrieposten an. Der Bankier führt im Nebenberuf den Aufsichtsrat des Dortmunder Stahlkonzerns Hoesch an, und er sucht einen Nachfolger für Detlev Rohwedder, der jetzt die Berliner Treuhand leitet.

•
•
•

Nur zu gern betätigen sich die 13 Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank als Großwesire der deutschen Industrie; nur zu gern mischen sie mit beim kribbeligen Spiel um wichtige Posten in Handel und Industrie; nur zu gern sind sie dabei, wenn wieder mal Unternehmen aufgekauft oder zusammengelegt werden.

Kein anderes Kreditinstitut ist so allgegenwärtig in der Industrie wie die Deutsche Bank. Doch die vielgestaltige Interessenwahrung, die der Bank wie die der Industrie-Unternehmen, führt nicht selten zu schwer auflösbaren Konflikten: Keine andere Bank fällt durch so viele Fehlleistungen ihrer Würdenträger in Aufsichtsräten auf wie die Deutsche.

•
•
•

Ulrich Weiss, intern als einer der Schwächeren aus der sonst gut besetzten Vorstandsriege eingeschätzt, hatte sich offenkundig nicht an die Bank-Regel gehalten, Macht und Einfluß mit äußerster Diskretion auszuüben.

Aufsichtsratsvorsitzende, so lautet der Comment, sollen überzeugende Unternehmenschefs einsetzen und deren Arbeit aus angemessener Distanz überwachen. Weiss jedoch, in branchenüblicher Überschätzung seiner Bedeutung, betrieb selber Industrie-Management. Bei seinem Anbändeln mit den Pirellis, einer der einflußreichen italienischen Establishment-Familien, verknüpfte er zudem noch seine hauptamtlichen Interessen als italienischer Spartenchef der Bank mit denen des Conti-Jobs.

Es ist, das zeigen die Fälle Hoesch und Conti, offenkundig schwierig für die Bankmanager, bei ihren vielen Verpflichtungen den Überblick zu wahren. Schon allein zeitlich haben die omnipotenten Finanz-Funktionäre Mühe, ihr Pensum zu schaffen.

Die zwölf Herren und die Dame im Vorstand verwalten rund 120 Aufsichtsratsmandate. Sie sind darüber hinaus in doppelt soviel Verwaltungsgremien und Beiräten präsent, denn dies bringt neben den vergleichsweise bescheidenen 1,3 Millionen Mark Jahresgehalt noch einiges an Zusatzeinnahmen.

Zehn Mandate beanspruchen bei durchschnittlich vier jährlichen Sitzungen pro Posten, mit An- und Rückreise, mindestens 40 Arbeitstage. Die Vorbereitung auf die Sitzungen und die sonstige Beschäftigung mit der Firma sind nicht einmal mitgerechnet.

•
•
•

Auch im Conti-Konflikt hatten die beteiligten Banker Mühe mit der Feinabstimmung. Während Aufsichtsratschef Weiss im Stile eines Welt-Bankers noch die Pirelli-Pläne unterstützte, setzte sein Vorstandskollege John Craven, 50, alles daran, die Liaison zu verhindern. Der Chef der Investmentbank Morgan Grenfell, einer Tochterfirma der Deutschen Bank, wurde vom Conti-Vorstand für die Abwehrschlacht gegen Pirelli verpflichtet.

Es wäre die Aufgabe des Bank-Chefs gewesen, im Conti-Konflikt frühzeitig die eigenen Reihen zu ordnen. Doch Hilmar Kopper griff lange Zeit nicht ein. Er kenne, verbreitete er, die Sache nicht so genau, um eine feste Meinung zu haben.

Es war genau umgekehrt. Der Banksprecher war von Anfang an in die Fusionspläne eingeweiht. Als Mitglied des Siemens-Aufsichtsrats wußte Kopper auch, daß der Elektrokonzern die Stimmrechte seines kleinen Conti-Aktienpakets von wenigen Prozenten an die Italiener abgetreten hatte.

Erst ein Machtwort von Oberaufseher Christians brachte den Vorstand im Fall Conti auf Linie. Pirelli-Freund Weiss, so hieß nun die Order, sollte eine deutsche Abwehrtruppe gegen die Italiener organisieren.

Weiss fiel um und beschaffte mit der Allianz, der Norddeutschen Landesbank und den Autofirmen Daimler-Benz, BMW und VW 25 Prozent Conti-Aktien. Mit dieser Sperrminorität soll ein Ausschlachten des deutschen Pneu-Produzenten durch die Pirellis verhindert werden.

Bleibt Conti unabhängig, behält Weiss auch seinen Aufsichtsratsvorsitz. Die Deutsche Bank steht immer hinter den Versagern aus den eigenen Reihen. Und wer sonst sollte Weiss von seinem Amt befreien? Kein Manager aus der Industrie und kein Großaktionär wagt es, die Ablösung eines Vorstandsmitglieds der Bank aus dem Aufsichtsrat zu fordern.

Kollege Zapp hat da seine Erfahrungen. Auf der Hauptversammlung des Textil- und Spinnerei-Konzerns Nino kam es vor dreieinhalb Jahren zu tumultartigen Szenen. Aufgebrachte Kleinaktionäre des tief in die roten Zahlen gerutschten Unternehmens beschuldigten den Chefkontrolleur, er habe das falsche Management berufen und sollte zurücktreten.

Doch Zapp ist noch immer bei Nino, und dem Nordhorner Konzern geht es noch immer nicht besser.

Bei Hoesch in Dortmund hoffen Aktionäre und Kollegen auf Zapps Einsicht. Zapp soll den alten Hoesch-Chef Rohwedder zu seinem eigenen Nachfolger vorschlagen.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied als Aufsichtsratschef – das wäre dann eine Lösung ganz im Stil der Deutschen Bank. Weil die Herren Außenstehenden ungern etwas überlassen, setzen sie in der Regel einen der Ihren an die Spitze des eigenen Aufsichtsrats, den zuletzt pensionierten Sprecher-Kollegen.

Die Kontrolleure der deutschen Industrie wünschen für sich keine Kontrolle.

Der Spiegel; 09/91; S.116 ff.

Die Deutsche Bank strukturiert zur "Eroberung der politischen Macht" die Entscheidungsbefugnisse in Industrie und Handel in Rängen und dehnt somit ihre Herrschaftsgewalt zunehmend über die gesamte Wirtschaft aus.

(Anm.d.Autors)

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXIV

3.2.2.1. Parteiapparat und Verwaltungsmanagment

Der willenlose demokratiefeindliche Parteiapparat der Bolschewisten, durch den die gesellschaftliche Oberschicht herrscht, findet sein praktisches Gegenstück im Verwaltungsmanagment der multinationalen Konzerne. Das ***Verwaltungsmanagment*** ist wie der bolschewistische Parteiapparat eine pyramidenförmig aufgebaute Rangfolgeorganisation, wobei das Verwaltungsmanagment in seiner Rangordnung von den Top - Managern bis zu den mittleren Angestellten reicht.
Ich will nun sowohl den Parteiapparat der Bolschewisten als auch das Verwaltungsmanagment der multinationalen Konzerne einheitlich als ***Verwaltungsapparat*** bezeichnen, weil die Planungsbehörde des jeweiligen Gesellschaftssystems durch diesen Verwaltungsapparat die staatlichen Herrschaftsapparate und die Produktivkräfte beherrscht, so daß alle gesellschaftlichen Ebenen den Verwertungsinteressen der Gesellschaftsplaner untergeordnet werden.
Es ist unverkennbar, daß Verwaltungsmanagment und Parteiapparat, trotz unterschiedlichem ideologischen Bewußtsein innerhalb der verschiedenen Gesellschaftssysteme (das ideologische Bewußtsein bewirkt eine Eintrübung der Wahrnehmung, so daß Ziel und Aufgabe unterschiedlich erscheinen), als Verwaltungsapparate demselben Zweck dienen (bzw. dienten), nämlich:

> **Der Herrschaft über Staat und Gesellschaft sowie der wirtschaftlichen Ausbeutung und bürokratischen Verwaltung der güterwirtschaftlichen Produktivkräfte.**

Neben der gleichen Aufgabe der Verwaltungsapparate beider Machtblöcke wirkten in ihnen dieselben gesellschaftsdynamischen Verhaltensmechanismen, die ich schon als Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen und demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus beschrieben habe. Auf die personellen Vernetzungen zwischen Verwaltungs- und staatlichen Herrschaftsapparat in den verschiedenen Entscheidungsebenen unserer Gesellschaft will ich nicht eingehen, da diese für die weiteren Betrachtungen unerheblich sind.
Im Nachhinein betrachtet, gab es keinen praktischen Unterschied im Herrschaftsgefüge beider Gesellschaftssysteme außer die Vorspiegelung anderer Ideologien, durch die die Menschen dieser Systeme mißbraucht wurden. Die unterschiedliche ideologische Rechtfertigung ist somit auch der Grund dafür, warum in den beiden Machtblöcken, trotz gleicher Aufgaben der Herrschaftsinstitutionen, unterschiedliche Namen verwendet wurden.

3.2.2.2. Mittelstand als selbstverwaltete Arbeitsbrigaden

Kommen wir zur praktischen Erscheinungsform des mittelständischen Unternehmertums im westlichen Privatwirtschaftskapitalismus. Das mittelständische Unternehmertum ist heute im allgemeinen nur noch Auftragnehmer der Konzerne und steht somit im direkten "auftragnehmenden Lohnverhältnis" oder "Lohnarbeitsverhältnis" des Großkapitals. Selbst wenn verschiedene mittelständische Unternehmen nicht in einem direkten auftragnehmenden Lohnverhältnis zum Großkapital stehen, so sind diese zumindest total abhängig von der wirtschaftlichen Infrastruktur, die die multinationalen Konzerne durch ihre Investitionen in einem Land schaffen. Die sich gegenseitig auftraggebende und auftragnehmende mittelständische Wirtschaftsvernetzung - als ein sich selbsttätig tragender Wirtschaftsorganismus - ist praktisch in unserem Land nicht mehr vorhanden.

Somit wird der noch bestehende Mittelstand zum instrumentalisierten selbstverwalteten Wirtschaftsapparat der Konzerne, den sich die Konzerne als Wirtschaftsorganismus nach ihren Verwertungsinteressen unterordneten und dessen Entwicklung sie heute durch die Vergabe von Aufträgen gezielt steuern. Hiermit fällt selbst der letzte praktische Unterschied zur zentralen Planwirtschaft des monopolkapitalistischen "Kommunismus". Die Gesellschaftsplaner haben sich alle einst eigenständigen "Wirtschaftsorganismen" nach ihrem Verwertungsinteresse untergeordnet, wobei der heutige Mittelstand mit den "selbstverwalteten Arbeitsbrigaden", Kolchosen oder Kombinaten des Ostens gleichgesetzt werden kann.

3.2.2.3. Entwicklungsvorschau des Kartellkapitalismus

Halten wir eine zukunftsweisende Schlußfolgerung für die führenden Staaten des westlichen Weltwirtschaftskartells fest.
Trotz der Vorspiegelung der Demokratie in den Staaten W-Europas sind die demokratischen Bedingungen durch das Kapital schon längst ausgehebelt. Das Fundament für die Entwicklung hin zu einer staatsautoritären Diktatur ist durch den Kapitalansammlungsprozeß und den Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen seit langem gelegt. Zudem ist der Ausgangspunkt des Gesellschaftsmechanismus zur Entstehung einer totalitären Diktatur längst erreicht, weil die wirtschaftliche Macht auf eine kleine überschaubare Oberschicht beschränkt ist, die den Staat beherrscht, wobei erfahrungsgemäß eine derartige Machtanballung mit keinem demokratischen Mittel kontrolliert werden kann! In den Staaten des westlichen Weltwirtschaftskartells, zu denen die BRD gehört, ist es wegen des beschriebenen Willens zur "Eroberung der politischen Macht" nur noch eine Frage der Zeit, bis die Mitglieder der

großkapitalistischen Oberschicht, also die Gesellschaftsplaner, mit dem Mittel der Ämterhäufung offen nach den Positionen der politischen Herrschaft über den Staat greifen, so daß eine personelle Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern entsteht. Dieses "neue Herrschaftsgefüge" wird das versteckte westliche Weltwirtschaftskartell (in seiner heutigen Form als Wirtschaftsimperialismus) ablösen und in einem offensichtlichen Imperialismus umwandeln. Hierüber hinaus wird es die Grundlage für den Entwicklungsmechanismus hin zur totalitären Einpersonendiktatur legen.
In welcher Erscheinungsform die Ämterhäufung zur personellen Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern auftritt und ob sie in den führenden Staaten des westlichen Weltwirtschaftskartells nacheinander oder gleichzeitig vollzogen wird, hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und den Interessen der Gesellschaftsplaner ab.
Das gleiche gilt für den hierauf folgenden Entwicklungsmechanismus hin zur totalitären Einpersonendiktatur, wobei hier das Kräfteverhältnis mehrerer innerhalb der Oberschicht bestehender informeller Gruppen zum Entstehen verschiedener miteinander konkurrierender Diktaturen führen kann. Nach dem Wegfall der UdSSR als staatsmonopolistische Konkurrenz für das westliche Weltwirtschaftskartell werden die westlichen Gesellschaftsplaner vermutlich in drei informelle Gruppen zerfallen (EG, USA;; Japan, wobei Japan und China vermutlich ein Bündnis eingehen werden, Japan aus militärischen und China aus wirtschaftlichen Gründen) und offen die unter ihrem Einfluß stehenden Planungsbehörden der verschiedenen Staaten zur Errichtung abgeschlossener, von ihnen kontrollierter Handelsräume nutzen. Japan und China als neuer Block werden vermutlich die weltweite Angst vor einem Euroamerikanischen Imperialismus nutzen und versuchen, die unabhängigeren Staaten und deren Planungsbehörden aus den Einfluß der Euroamerikaner herauszulösen. Ein erster Schritt in diese Richtung scheint mir das Atomforschungsabkommen zwischen China und Iran (Okt. 1992), wobei China nun versucht, Zugriff auf den Rohstoff Öl zu erhalten. Auch der Besuch des Japanischen Kaisers in China (Okt. 1992) deutet in die selbe Richtung. Die zuvor angedeutete Entwicklung vom Kartellkapitalismus hin zur Einpersonendiktatur bleibt auch in den neu entstehenden Blocksystemen erhalten und ist der Gesellschaftsmechanismus, der über Kartellkapitalismus zum Monopolkapitalismus führt, wobei sich der Monopolkapitalismus in der Einpersonendiktatur wirtschaftlich und politisch vollendet.

3.2.3. Entwicklung hin zur Einpersonendiktatur

Ich belege den Entwicklungsmechanismus hin zur Einpersonendiktatur mit den Vorgängen nach der Russischen Revolution von 1918 (Oktoberrevolution), wo-

bei ich die neue herrschende Klasse der UdSSR von 1918 mit den Verhältnissen innerhalb der Planungsbehörde des westlichen Weltwirtschaftskartells gleichsetze. Ich überspringe die Entwicklung, die durch Ämterhäufung zur personellen Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern führt, da ich davon ausgehe, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis die großkapitalistische Oberschicht, bedingt durch ihren Willen zur "Eroberung der politischen Macht", nach den Positionen der politischen Herrschaft greift! Wegen der praktisch schon bestehenden Einheit von Staat, Kapital, Regierung und Verbrechen im westlichen Weltwirtschaftskartell stellt sich mir der endgültige Griff der Gesellschaftsplaner nach den politischen Herrschaftspositionen der Planungsbehörde nur noch als formaler Schritt dar.

Vergleichen wir, und suchen wir den entsprechenden Entwicklungsmechanismus für das westliche Weltwirtschaftskartell. Die Kapitaleigner des westlichen Weltwirtschaftskartells sind praktisch die Gesellschaftsplaner, die im westlichen Weltwirtschaftskartell über die Planungsbehörde der verschiedenen Länder die zentrale Planwirtschaft steuern und zudem die wirtschaftlichen Führungspositionen innerhalb der Planungsbehörde inne haben. Zu den Personen, die die politischen Führungspositionen innerhalb der Planungsbehörde einnehmen, gehören die Politiker der Regierung, die vom Kapital, z.B. durch finanzielle Unterstützung im Wahlkampf, in der Presse und durch Finanzspritzen manipulierte Parteivorstandswahlen, "eingesetzt" werden, wobei die führenden Politiker immer häufiger selbst zum Personenkreis des Geldbürgertums gehören. An dieser Stelle ist der Personenkreis der Aktöre innerhalb der ***großkapitalistischen Planungsbehörde*** beschrieben, wobei ich nun davon ausgehe, daß die "großkapitalistische Planungsbehörde" innerhalb des Kartellkapitalismus eine Planungsbehörde ist, in der die Übernahme aller politischen Führungspositionen durch das Geldbürgertum fließend und die personelle Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern durch Ämterhäufung noch nicht hergestellt wurde (Siehe USA Reagan -> Bush).

Innerhalb dieser "großkapitalistischen Planungsbehörde" besteht der wirtschaftliche Kampf um Marktanteile weiter, womit das eigentliche Handlungsziel der Gesellschaftsplaner bestimmt ist.

Ich betone, der in der "großkapitalistischen Planungsbehörde" nach innen gerichtete Kampf um Marktanteile oder besser um wirtschaftspolitische Einflußsphären besteht ebenso weiter wie der nach außen gerichtete Versuch, die eigene wirtschaftspolitische Macht auf andere Handelsräume oder monopolkapitalistische Machtzentren auszudehnen. In der jüngsten Geschichte konnten wir diesen Zusammenhang in der scheinbaren ideologischen Konkurrenz zwischen Ost und West besonders deutlich beobachten, da der Handelsraum des monopolkapitalistischen Ostblocks das westliche Weltwirtschaftskartell nicht nur personell zusammenhielt, sondern seinen internen Gruppen auch seinen gemeinsamen Handlungsantrieb und seine schwierige innere Gruppendynamik verlieh.

3.2.3.0.1. Gesellschaftsplaner greifen nach den Führungspositionen

Der Spiegel; 41/92; S.194 ff. --> LXXXV

Die Gesellschaftsplaner greifen nach den politischen Führungspositionen.

Der erste Versuch

USA

Ginger und Fred

Der texanische Milliardär Perot, lange als Möchtegernpolitiker belächelt, wird zur Gefahr für Bush und Clinton.

•
•
•

Der Präsident, so maulten die Befragten, kümmere sich nicht genug um „gewöhnliche Leute", da sei der unabhängige Möchtegernkandidat Ross Perot schon eher ihr Mann. Kaum war das mißliche Ergebnis durchgesickert, ordnete Teeter zornig an, solche Resultate künftig unter Verschluß zu halten.

Es kam indes noch schlimmer für die Bush-Truppe: Eine landesweite Umfrage erklärte das texanische Original Perot Anfang voriger Woche gar zum neuen Favoriten des Präsidentschaftsrennens. Obschon er seine Kandidatur offiziell noch nicht erklärt hat, lag der Milliardär aus Dallas mit 33 Prozent an der Spitze, gefolgt vom Präsidenten mit 28 Prozent. Arkansas-Gouverneur Bill Clinton, mutmaßlicher Kandidat der Demokraten, landete mit 24 Prozent abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Drei Monate nachdem Selfmademan Perot, 61, während einer TV-Talkshow so getan hatte, als ließe er sich unter dem Druck einer Massenbewegung höchst unwillig in den Dienst fürs Vaterland pressen, sorgt der Senkrechtstarter für Panik bei den etablierten Parteien.

Vorigen Dienstag unterstrich eine Umfrage bei den Vorwahlen im Pazifikstaat Oregon noch einmal nachdrücklich die Anziehungskraft des Querschlägers aus Texas: 45 Prozent der befragten demokratischen Wähler erklärten, sie würden im November am liebsten Perot wählen, 40 Prozent waren es bei republikanischen Parteigängern. So etwas habe er „seit der Vietnam-Ära nicht mehr erlebt", staunte Oregons republikanischer Senator Robert Packwood über die Faszination, die der schmächtige Ehrgeizling mit dem quengeligen Texas-Akzent auf das Wahlvolk ausübt.

•
•
•

Um sich unliebsame Fragen künftig zu ersparen, möchte der listige Perot einen Wahlkampf neuen Stils führen: Statt hektisch durch das Land zu jetten und dabei von örtlichen TV-Stationen kostenlos den Wählern vorgeführt zu werden, plant Perot auf eigene Kosten live übertragene Bürgerversammlungen, bei denen neben dem Kandidaten Experten und Wähler zu Wort kommen sollen. „Unsere Ross-Perot-Show wird also nicht durch Werbung unterbrochen und muß auch nicht nach einer halben Stunde beendet werden", verrät Berater Squires.

•
•
•

Anläßlich seines 62. Geburtstages am 27. Juni werde Perot in einer selbst inszenierten TV-Show seine Kandidatur bekanntgeben, vermuten Kenner des Egomanen.

Der Spiegel; 22/92; S.148 ff.

Nachdem Perot erstmals im Februar in einer Show des Talkmasters Larry King überraschend angekündigt hatte, sich notfalls einer populistischen Erhebung gegen das korrupte Washington als Präsidentschaftskandidat zur Verfügung zu stellen, machten seine Fans mobil: Tausende freiwilliger Helfer sorgten dafür, daß ihr Idol in 24 Bundesstaaten als Bewerber zugelassen wurde, die restlichen Bundesstaaten sollten folgen. Am 16. Juli aber gab der Volkstribun auf, weil er keine Siegeschancen für sich sah; zurück ließ er ein Heer enttäuschter Bürger und zynisch Betrogener.

•
•
•

Den Sommer über pflegte Perot seine Rankküne, rechtzeitig zum Herbstbeginn war er jetzt wieder da: Der Ausstieg im Juli, befand er, sei „ein Fehler" gewesen, für den er sich entschuldige. Die beiden Parteien redeten über Triviales, statt die drängenden Probleme Amerikas anzupacken.
Die ganze Zeit über hatte Perot seine landesweite Wahlkampforganisation am Leben erhalten und ausgebaut.

Sieben Millionen Dollar steckte er seit August in seinen offiziell nicht mehr existierenden Wahlkampfapparat. Um im Staat New York auf den Wahlschein zu gelangen, heuerte Perot sogar bei Agenturen Zeitarbeiter an, die Unterschriften für ihn sammelten. In allen 50 Bundesstaaten unterstützte er mit reichlich bemessenen „Stipendien" die Arbeit seiner Freiwilligen.

Vorige Woche berief sich Perot dann wieder auf den Willen der von ihm selbst genährten Basis. Die selbstlose Arbeit der Helfer sei „eine wundervolle Sache"; er wünsche, „alle Kandidaten würden von unten getragen".

Natürlich drängten die bezahlten „Freiwilligen" den Meister, die Kandidatenrolle anzunehmen. Gnädig erhörte er ihr Flehen.

Zum Höhepunkt des Possenspiels um sein Comeback war das große Konzilium von Dallas am vorigen Montag geraten. Weil sie den Störenfried und seine Anhänger nicht verprellen wollten, umschmeichelten ihn beide Abordnungen nach Kräften. Senator Lloyd Bentsen, Chef der Clinton-Truppe, entdeckte nach dem Gespräch „große Gebiete der Übereinstimmung zwischen Clinton und Perot".

Der Spiegel; 41/92; S.194 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXV

SPIEGEL ONLINE - 15. Januar 2002, 15:26
URL: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,177226,00.html

Silvio Berlusconi

Dolchstöße gegen die Demokratie

Von Marion Kraske

Einschüchtern, bedrängen, Verfahren verschleppen - Italiens Richter und Staatsanwälte erheben schwere Vorwürfe gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi. Der Regierungschef wolle die Unabhängigkeit der Justiz aushöhlen. Er sei eine Gefahr für die Demokratie.

Borelli erhebt gegen die politische Riege um Ministerpräsident Silvio Berlusconi schwere Vorwürfe: Mit Verzögerungs- und Einschüchterungstaktiken versuche die Regierung, Gerichtsverfahren gegen den Medientycoon zu verschleppen. Die Reformen zielten darauf ab, die Unabhängigkeit von Richtern und Staatsanwälten zu beseitigen. Die Regierung Berlusconi, ist Borrelli überzeugt, gefährde den italienischen Rechtsstaat.

Borrelli ist Symbolfigur des Aufstandes der Justiz gegen eine Regierung, die seit ihrem Amtsantritt mit zweifelhaften Methoden in den Apparat der dritten Staatsgewalt eingreift. Mal werden missliebige Juristen diffamiert und eingeschüchtert. Mal wird ihnen von oberster Stelle der Personenschutz entzogen, wenn sie wie die Mailänder Staatsanwältin Ilda Boccassini gegen die Mafia ermitteln. Mal werden sie mit Klagen überhäuft.

Wie Generalstaatsanwalt Borrelli, der nach den Attacken gegen Berlusconi und Co. nun seinerseits im Visier der Regierung steht. Einen Tag nach den landesweiten Protesten der Justiz kündigte Innenminister Claudio Scajola prompt an, Borrelli zu verklagen.

Regierungschef, Medienzar und reichster Mann

Das Vorgehen passt ins Bild. Berlusconi, reichster Mann Italiens, Medienzar und Regierungschef in einem, hat der unabhängigen Justiz den Krieg erklärt. Gnadenlos zieht seine Mannschaft gegen alles zu Felde, was der unangefochtenen Machtfülle des 65-Jährigen im Wege steht.

Jüngstes Beispiel ist die geplante Entfernung des beisitzenden Mailänder Richters Guido Brambilla aus dem Gericht des Korruptionsprozesses gegen Berlusconi. Mit der Versetzung des Richters auf einen neuen Posten soll ein Verfahren zu Fall gebracht werden. Berlusconi und zwei enge Vertraute stehen im Verdacht, sich mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen die Gunst eines Richters erkauft zu haben.

Einflussnahme auf laufende Prozesse - unter der Regierung des Cavaliere, wie Berlusconi in Italien genannt wird, keine Ausnahme. Doch um seine juristischen Probleme zu lösen oder wirtschaftliche Interessen im Sinne seines Medienimperiums Mediaset zu verfolgen, greift Berlusconi gerne auch zu anderen Mitteln und feilt an der Aushöhlung des Rechtsstaates. Da werden dann schon mal Gesetze geändert, die ihm gefährlich werden könnten: Den Tatbestand der Bilanzfälschung strich Berlusconi kurzerhand aus dem Strafgesetzbuch, als er wegen Bilanzfälschung angeklagt war. Angriff auf den Staat als erfolgreichste Form der Verteidigung.

LXXXV-E1

Die Macht des Medienmannes

Durch seinen Konzern Mediaset beherrscht Berlusconi heute weite Teile der Medienlandschaft. Ihm gehören drei der sechs wichtigsten Fernsehsender. Und auch die drei übrigen Sender des staatlichen Fernsehens RAI kann er ohne Probleme mit steuern. Kritik am Regierungschef und seiner Mannschaft ist in solch einer medialen Landschaft eher selten. Nur eingeschränkt übt die vierte Gewalt daher ihre Funktion als Kontrollorgan im Staate aus.

Auch die Kritik aus Europa ist eher verhalten. Bislang hielten sich die Regierungen der anderen EU-Staaten mit offiziellen Appellen an den Italiener, die rechtsstaatlichen-demokratischen Werte nicht mit Füßen zu treten, auffallend zurück.

Nicht so die italienische Opposition. Die läuft Sturm gegen die Machenschaften des Regierungschefs. Aus ihrer Sicht tut Berlusconi alles, um ins Räderwerk der Justiz eingreifen zu können, um ihr Fesseln anzulegen und sie ungehindert für die eigenen Interessen benutzen zu können.

Der Gründer der italienischen Zeitung "Repubblica", Eugenio Scalfari, schrieb jüngst, dass zwei der drei Gewalten zurzeit versuchten, die dritte unter ihr Joch zu bringen. Der ehemalige italienische Korruptions-Staatsanwalt Antonio Di Pietro geht noch einen Schritt weiter. Für die Demokratie in Italien, sagt er, ist Berlusconi die öffentliche Gefahr Nummer eins.

LXXXV-E2

ITALIEN

Das Gröbste überstanden

Regierungschef Berlusconi lässt Gesetze maßschneidern, um Strafverfahren zu entgehen. Seine Anwälte sitzen als Abgeordnete im Parlament.

Drinnen, im römischen Senat, ging es vorigen Donnerstag hoch her: „Schande", brüllten die einen, „Lügner", die anderen. Draußen vor den Türen skandierten Tausende aufgebrachter Bürger „Mafiosi" und „Widerstand".

Nur einer verstand die ganze Aufregung nicht. Silvio Berlusconi hatte sich um das Gesetz, das seine Koalitionsmehrheit mit Brachialgewalt durch den Senat peitschte, überhaupt nicht gekümmert – das jedenfalls sagte er. Weder habe er begriffen, warum seine Leute es so eilig hatten, noch, warum die Opposition so tobte. Es seien „keine persönlichen Interessen im Spiel". Wer anderes behaupte, lüge.

Da wird die Überraschung groß sein, wenn Italiens Regierungschef feststellt, dass der Gesetzentwurf Carrara-Cirami – wie üblich benannt nach den Volksvertretern, die den Vorschlag formell einbrachten – ihm große persönliche Erleichterung verschaffen kann: in Mailand, vor Gericht.

Dort steht Berlusconi nämlich unter der Anklage, er habe 1986 bei der Übernahme der Lebensmittelkette SME Richter bestochen. In einem Parallelverfahren wird das auch seinem früheren Anwalt, dem späteren Verteidigungsminister und heutigen Abgeordneten Cesare Previti vorgeworfen. Der Berlusconi-Getreue soll zwischen 1988 und 1990 einen Richter mit üppigen Geldspenden überzeugt haben, den Erwerb des größten italienischen Buchverlags Mondadori durch Berlusconis Fininvest juristisch abzunicken.

Der Prozess schleppt sich seit Jahren dahin. Die Verteidigung spielt auf Zeit. Die Angeklagten sind praktisch immer verhindert, durch ihre parlamentarische Arbeit für das Wohl der Nation. In Italien, das ist der Hintergrund, läuft die Verjährungsfrist auch während des Verfahrens weiter, anders als in Deutschland.

Aber die Mailänder Richter hielten gegen die Top-Anwälte Berlusconis und Previtis Kurs. Anfang November, so ließen sie kürzlich durchblicken, sei mit ihrem Urteil zu rechnen. Und das, darin sind sich Prozessbeobachter einig, könne für die Angeklagten kaum positiv ausfallen.

Deshalb tat Eile Not. In Mailand, spielten die Anwälte ihre letzte Karte, sei die Justiz nicht unparteiisch und fair, sondern voreingenommen. Sie beantragten, das Verfahren abzubrechen und im nahen Brescia neu zu beginnen. Darüber muss nun der Oberste Gerichtshof entscheiden.

Gleichzeitig wurde das Parlament aktiv, in dem Berlusconi-Advokaten als Abgeordnete sitzen, so etwa der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Gaetano Pecorella. Bei „berechtigtem Verdacht" auf Voreingenommenheit des Gerichts, formulierten die Justizreformer die Strafprozessordnung um, könne jeder Angeklagte fortan andere Richter verlangen, bei denen er mit einer „verständnisvolleren Beurteilung" rechnen dürfe. Also ein Neuanfang vor neuen Richtern: Für Berlusconi und Previti wäre damit das Prozessende durch Verjährung quasi garantiert. Roms Premier hätte juristisch das Gröbste überstanden.

Ein paar Mal stand der reichste und umstrittenste Mann des Landes schon mit einem Bein im Knast. Dreimal wurde er verurteilt, zu sechs Jahren und fünf Monaten insgesamt: wegen illegaler Parteifinanzierung, Bestechung von Finanzbeamten und Bilanzfälschung. Jedes Mal rettete Berlusconi sich auf dem Instanzenweg. Mal gab es einen Freispruch, mal eine Verjährung.

Als er voriges Jahr in den römischen Regierungssitz Palazzo Chigi einzog, liefen noch vier Verfahren. Drei erledigten sich, weil die Berlusconi-Mehrheit im Parlament die einschlägigen Strafbestimmungen zur Bilanzfälschung strich. Was in den USA gerade auf eine Kriminalitätsstufe mit Terroranschlägen gestellt wird, wurde in Italien zum Kavaliersdelikt.

Anfang des Jahres sperrte sich die neue Mehrheit in Rom auch gegen einen europaweit gültigen Haftbefehl. Und die Vorschriften, um ausländische Beweismittel, etwa Kontoauszüge von Schweizer Banken, in Gerichtsverfahren einzubringen, wurden so kompliziert, dass grenzüberschreitende Ermittlungen gegen Italiener schier unmöglich sind. Natürlich habe das nichts damit zu tun, dass auch die spanische Justiz gegen Berlusconi ermittelt.

Beim Kauf von Anteilen an der Fernsehgesellschaft Telecinco soll der Medienzar gegen Steuer- und Kartellgesetze verstoßen haben. In 64 Briefkastenfirmen in Steueroasen, so die Ermittler, habe Berlusconi rund eine halbe Milliarde Euro Schwarzgelder versteckt.

Alles Unsinn, hält der Premier dagegen. „Rote Roben" wollten ihn „aus dem Amt jagen". Gegen diese „Kommunisten" lässt Berlusconi sein Medienimperium tagtäglich schießen. 90 Prozent der Fernsehprogramme kontrolliert er, als Eigentümer von Mediaset oder als Oberinstanz der staatlichen RAI. Dort wurden zwei prominente Berlusconi-Kritiker gerade abserviert.

„Ich bin kein Diktator", versichert der immer lächelnde, immer gebräunte Regent. Er regiere doch nur „mit dem gesunden Menschenverstand eines Familienvaters".

Auch die Rechtsänderung, die vorigen Donnerstag so viel Aufruhr verursachte und im September in die Abgeordnetenkammer des römischen Parlaments kommt, stärke doch nur „ein fundamentales Bürgerrecht". Er selbst, seine persönlichen Interessen, versichert Berlusconi mit festem Blick in die Kameras, seien da völlig „außen vor". HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Der Spiegel; 32/2002; S.108

LXXXV-E3

3.2.3.1. Beziehungsstrukturen treten in den Vordergrund

Durch die Kapitalvernetzung der multinationalen Konzerne im westlichen Weltwirtschaftskartell und den durch die Kapitalansammlung immer kleiner werdenden Personenkreis der Gesellschaftsplaner rückt der Einfluß des persönlichen Eigentums für die Einnahme bestimmter Herrschaftspositionen innerhalb der "großkapitalistischen Planungsbehörde" immer mehr in den Hintergrund, wobei der kleiner werdende Personenkreis der Gesellschaftsplaner nicht nur eine Zunahme der auf diesen Personenkreis verlagerten wirtschaftlichen Macht, sondern auch eine zunehmende personelle Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern bewirkt.

> **D.h., der Verdrängungskampf um Weltmarktanteile verwandelt sich immer mehr zu einem Kampf um die politische Herrschaftsgewalt und um die Herrschaftserweiterung.**

Durch den kleiner werdenden Personenkreis der "großkapitalistischen Planungsbehörde" entsteht eine personelle Struktur von informellen Gruppen, innerhalb denen der Einfluß einzelner zunehmend von personellen Freundschafts- und Beziehungsstrukturen (einzelner Personen untereinander sowie ganzer Gruppen, Fraktionen und Interessensplattformen) und nicht mehr vom Eigentumsanteil bestimmt wird. Ich betone:

> Innerhalb der "großkapitalistischen Planungsbehörde" beginnen gruppendynamische Verhaltensmechanismen zu wirken, durch die sich Gruppen mit dazugehörigen wirtschaftspolitischen Aufgabengebieten und Einflußsphären bilden. In ihnen werden wirtschaftliche Macht und politische Herrschaftsgewalt nicht mehr vom Anteil am Eigentum, sondern vom persönlichen sowie zwischenmenschlichen Einfluß auf die Beziehungsstrukturen der informellen Gruppen bestimmt.

Besitzt eine einzelne Person innerhalb dieser "großkapitalistischen Planungsbehörde" in den unterschiedlichsten informellen Gruppen und Fraktionen eine große Beliebtheit und viele Freunde, so wird sein Einfluß auf die Entscheidungen der einzelnen Gruppen und Fraktionen - **unabhängig von seinem Eigentumsanteil** - sehr groß sein!

> Die Gruppen werden seinem Wort ein großes entscheidungsbestimmendes Gewicht beimessen und ihn indirekt als "geistigen Führer" ihrer "großkapitalistischen Planungsbehörde" anerkennen. Hiermit können wir die personellen Strukturen innerhalb der westlichen großkapitalistischen Planungsbehörde mit den politischen Verhältnissen in

der Bolschewikiführung um 1918-19 gleichsetzen, **weil hierdurch die wirtschaftliche Macht und die politische Herrschaftsgewalt endgültig zu einer Einheit verschmolzen sind!**
Der Zeitpunkt, mit dem sich innerhalb der "großkapitalistischen Planungsbehörde" wirtschaftliche Macht und politische Herrschaftsgewalt unabhängig vom Eigentumsanteil auf eine Person zu vereinen beginnt, ist der, mit dem die personelle Einheit von Planungsbehörde und Gesellschaftsplanern durch Ämterhäufung hergestellt wurde. D.h. auch, daß die "großkapitalistische Planungsbehörde" und die Planungsbehörde nun das gleiche sind, so daß ich im folgenden nur noch von einer ***Planungsbehörde*** sprechen werde.

Das offene Einrasten des Entwicklungsmechanismus hin zur Einpersonendiktatur geschied jedoch erst (wie bei der russischen Revolution) durch eine "Wirtschaftskrise" sowie den hiervon begleiteten sozialen "Unruhen". Mit den entstehenden sozialen Unruhen wird jede Fraktion innerhalb der Planungsbehörde versuchen, "die Macht zu ergreifen" und ihre Gegner im Kampf um die Herrschaftsgewalt auszustechen.

3.2.3.1.1. Verkleinerte Führungsgruppe

Der Spiegel; 40/90; S.154 f. --> LXXXVI

Die Beziehungsstrukturen treten in den Vordergrund wegen der sich verkleinernden Führungsgruppe.

Machtkampf zwischen den informellen Gruppen der Gesellschaftsplaner im westlichen Kartellkapitalismus (Anm.d.Autors)

Sich selbst umdribbelt

Es geht rund beim Kampf um den Reifenkonzern Conti: Die Frontenverläufe zwischen Deutschland und Italien sind verwirrend.

Salotto buono" heißt zu deutsch „gute Stube". In Italien ist mit dem Begriff das Feinste vom Feinen gemeint – der Kommerz-Adel von den Agnellis über die Gardinis bis zum vielköpfigen Pirelli-Clan darf sich zum Salotto buono zählen.

Deutschlands Manager-Spitzen ist der Terminus seit einigen Wochen wohlvertraut. Gute Adressen wie der Versicherungskonzern Allianz und Frankfurter Großbanken machen mit den Italienern gemeinsame Sache, um die beiden Reifenfirmen Continental und Pirelli zusammenzubringen.

Erst nur hinter, nun auch vor den Kulissen rollt ein munterer Machtkampf ab. Die Conti-Spitze, allen voran Vorstandschef Horst Urban, 54, wehrt sich verzweifelt dagegen, von den Italienern eingemeindet zu werden. „So nicht, Herr Pirelli", ließ Urban den italienischen Reifenkönig Leopoldo Pirelli wissen, nachdem der sein Fusionsangebot in Hannover abgegeben und versichert hatte, er habe mehr als die Hälfte des Aktienkapitals auf seiner Seite.

Kaum eine Übernahme hat bisher in der deutschen Industrieszene für soviel Wirbel gesorgt wie das Reifen-Ding. Alte Freundschaften gingen kaputt, Seilschaften brachen auseinander. Quer durch Politik und Wirtschaft laufen die Fronten.

Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder stellte sich unbedacht auf die Seite der Aufkäufer und bezog von seinen Freunden heftig Prügel. Die Conti-Betriebsräte warfen ihrem Regierungschef vor, ohne Rücksprache und vorschnell das Pirelli-Projekt gelobt zu haben.

Die ärgsten Probleme bekam neben den unmittelbar betroffenen Conti-Managern das größte Geldhaus der Republik. Deutsche-Bank-Vorstand Ulrich Weiss, 55, seit Januar Aufsichtsratsvorsitzender bei Conti, befürwortete zunächst die Verbindung mit Pirelli. Er verhandelte an Conti-Chef Urban vorbei mit dem Clan-Anführer Leopoldo Pirelli, 64. Doch dann, als Pirellis Abgesandte in Hannover vorstellig geworden waren, holte der Vorstand der Bank in Frankfurt den Kollegen Weiss sanft zurück.

Das Finanzinstitut ist in einer Klemme. Auf der einen Seite wissen auch die Banker, daß Conti allein im verbissenen Verdrängungswettbewerb unter die Räder käme. Conti und Pirelli könnten gemeinsam wohl besser gegen die weitaus größeren Herausforderer Michelin, Goodyear und Bridgestone bestehen.

Aber für die Herren am Main ist der Conti-Fall nicht nur eine Frage der Bilanzen, ihnen geht es ums Prinzip. Sie stufen den Pirelli-Plan nicht als ein normales Fusionsangebot ein; er ist für sie eine feindliche Übernahme, also eine Übernahme gegen den Widerstand des betroffenen Managements. Und solch neuzeitliches Raubrittertum widerspricht der Hausideologie der Bank.

Die Wende zum Nein, zu der sich die Deutsche Bank entschied, kam erst ganz am Schluß eines langfristig angelegten Fusionsmanövers. Die Initiative war von Pirelli ausgegangen.

Er begann im Frühjahr seine Truppen zur Übernahmeschlacht zu sammeln. Die Verbündeten waren schnell gefunden. Über ein Netz von Beteiligungen und personellen Querverbindungen sind der Agnelli-Clan (Fiat), die Gardinis (Ferruzzi), die Orlando-Sippe (Kupfer und Kabel), Carlo De Benedetti (Olivetti) und die Pirellis miteinander verbunden. Und irgendwie hat jeder von ihnen einen Anteil am Pirelli-Reifengeschäft. Die Pirellis und ihre Freunde kauften an der Börse Conti-Aktien auf. Bei der Allianz in München, die sieben Prozent der Conti-Aktien im Depot lagert, sicherten sich die Italiener einen weiteren Stimmenblock.

Allianz-Vorstand Friedrich Schiefer, für Beteiligungen zuständig, ist mit der Lage des deutschen Reifenunternehmens bestens vertraut. Er sitzt bei Conti im Aufsichtsrat und empfiehlt dem Vorstand seit langem die Anlehnung an einen Konkurrenten.

Leonardo Pirelli rechnete sogar fest mit den fünf Prozent der Conti-Aktien, die sich im Eigentum der Deutschen Bank befinden. Ulrich Weiss, im Vorstand für das Italiengeschäft zuständig und Mitglied im Verwaltungsrat bei Fiat, hatte dem Mailänder Geschäftspartner Unterstützung zugesagt.

Die gilt nun nicht mehr, fürs erste jedenfalls. Leopoldo Pirelli, der alles so gut vorbereitet hatte, verletzte am Ende der Übung allzu heftig die von der Bank gesetzten Anstandsregeln.

Im Hotel Luisenhof in Hannover hatte Pirelli-Chefmanager Gianbattista De Giorgi dem Conti-Führer Urban am 15. September das Fusionsmodell präsentiert. Trocken erklärte der Italiener, wie er und seine Kollegen sich die Sache dachten: Die ersten beiden Plätze im geplanten Gemeinschaftsunternehmen sollten den Italienern vorbehalten bleiben. Den dritten Sitz könnten die Deutschen haben.

Leopoldo Pirelli war zwar ebenfalls nach Hannover geflogen. Ein Gespräch mit Urban hielt er aber für unnötig. Doch der hängt an seinem Job. Pirelli hatte, in erstaunlicher Verkennung der Machtverhältnisse, nur einen Termin mit dem Ministerpräsidenten Schröder gemacht.

Es war nicht nur die Etikette, die den Deutsche-Bank-Vorstand fürs erste von Pirelli abrücken ließ. Auch die inhaltlichen Vorstellungen der Italiener mißfielen der Deutschen Bank.

Nach dem Pirelli-Modell würden die Deutschen bei ihrer Unterwerfung unter italienische Oberhoheit noch draufzahlen: Die Italiener verlangen von Conti für die Einbringung des Pirelli-Reifengeschäfts in das geplante Gemeinschaftsunternehmen rund zwei Milliarden Mark. Nur 800 Millionen allerdings sollen in Form einer Kapitalerhöhung in die Fusionsfirma zurückfließen.

Roland Berger, dessen Münchner Unternehmensberatungsfirma mehrheitlich der Deutschen Bank gehört, tadelt: „Die haben sich selbst umdribbelt."

Ins Abseits werden die Azzurri wohl dennoch nicht geraten.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXVI

:

Grenfell-Chef John Craven plädiert für einen behutsamen Umgang miteinander. Beispiel soll die erfolgreiche Fusion des schwedischen Elektrokonzerns Asea mit dem Schweizer Konkurrenten BBC sein. Die Schweden und die Schweizer gingen den umgekehrten Weg, den Pirelli gehen will. Die Gemeinschaftsfirma ABB wurde gegründet, die Anteile 50:50 aufgeteilt. Danach ermittelten Experten die Werte der Stammhäuser. Zuallerletzt wurden die Posten verteilt.

Conti-Chef Urban, einer Fusion nicht mehr ganz abgeneigt, schlug seinen Beratern eine ähnliche Lösung vor: In einer Gemeinschaftsfirma erhalten Conti und Pirelli jeweils 49 Prozent, als „Zünglein an der Waage" sollte das Land Niedersachsen oder eine Bank zwei Prozent übernehmen.

Berater Craven will die Italiener nun erst mal dahin bringen, ihre „unakzeptablen Bedingungen" zurückzunehmen. Dann könne ernsthaft mit den Verhandlungen begonnen werden. ◀

Der Spiegel; 40/90; S.154 f.

Ein ganz großes Ding

Die Entscheidung im Übernahmekampf Conti/Pirelli fällt diese Woche. Der Mann, der alles eingefädelt hat, blieb bislang in der Deckung.

Im Aufsichtsrat der Reifenfirma Continental AG ist Friedrich Schiefer, 51, nie durch besondere Initiativen aufgefallen. Der Diplomkaufmann, im Hauptberuf Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherung, stellte hin und wieder mal eine kritische Frage, gab mal eine Anregung. Das war es aber auch.

So konnte lange Zeit verborgen bleiben, daß es Friedrich Schiefer war, der die Übernahmeschlacht zwischen der deutschen Conti und der italienischen Pirelli ausgelöst hat.

Der Kampf tritt am Mittwoch dieser Woche in die entscheidende Phase. In Hannover, auf einer außerordentlichen Hauptversammlung von Conti, wird sich herausstellen, ob der Pirelli-Clan tatsächlich eine Mehrheit der Conti-Aktien hält und ob er seine Übernahmepläne verwirklichen kann.

Wie es zu diesem in der deutschen Wirtschaftsgeschichte bislang einmaligen Firmenduell kommen konnte, weiß keiner besser als jener Aufsichtsrat, der am Mittwoch auf dem Podium hinter dem Namensschild „Schiefer" sitzen wird.

Der Allianz-Manager, der im Herbst Chef des Konzerns wird, ist bislang für das umfängliche Aktienvermögen des Versicherungstrusts zuständig. Seit Jahren ärgerte er sich daher darüber, daß die Conti-Papiere so wenig Geld abwarfen. Als Aufsichtsratsmitglied von Conti war ihm zudem klar, daß es auch in Zukunft mit der deutschen Reifenfabrik nicht aufwärts gehen konnte.

Überkapazitäten und ruinöse Preiskämpfe machen den Reifenfirmen weltweit zu schaffen. Der Conti-Vorstand beteuerte dennoch immer wieder, die Firma könne den Verdrängungswettbewerb allein durchstehen.

Im Frühjahr vergangenen Jahres beschloß der Allianz-Mann zu handeln. Er fädelte das ganz große Ding ein. Conti, so hatte es sich der Amateurstratege Schiefer ausgedacht, müßte mit dem gleichstarken italienischen Konkurrenten Pirelli zusammengebracht werden. Beide zusammen seien stark genug, um es mit den Branchenführern Michelin, Goodyear und Bridgestone aufzunehmen.

Schiefer sah zugleich die Chance, quasi nebenbei einem wichtigen Geschäftspartner gefällig sein zu können. Firmenchef Leopoldo Pirelli ist Kunde der großen italienischen Versicherungsgesellschaft RAS. Die gehört mehrheitlich der Allianz.

Seinem Partner Pirelli versprach der Versicherungsmann, er könne beim Angriff auf die deutsche Reifenfirma mit den fünf Prozent Conti-Aktien rechnen, die der Allianz gehörten. Um zu dokumentieren, wie ernst es ihm war, beschaffte Schiefer zudem noch der RAS in Mailand 2,38 Prozent der Conti-Papiere – zur Verfügung der Pirellis.

Die Mailänder hatten allerdings einen Vorbehalt. Schiefer sollte weitere deutsche Aktionärsgruppen beibringen. Die Deutsche Bank sollte ihre fünf Prozent Conti-Aktien beisteuern, Siemens sollte die Stimmrechte von 30 000 Conti-Aktien an die für Pirelli arbeitende Investmentbank Merrill Lynch abtreten.

Und alle, alle, die es heute nicht mehr wahrhaben wollen, machten mit. Vor allem der Conti-Aufsichtsratsvorsitzende Ulrich Weiss, 54, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, war mit Begeisterung dabei. Schließlich ist Weiss hauptamtlich Spartenchef der Bank für Südeuropa. Der Conti/Pirelli-Coup sollte die Bank bei der italienischen Kundschaft empfehlen.

Alles schien schon klar für die Übernahme. Doch da machten die Italiener einen entscheidenden Fehler. Siegessicher diktierten sie dem Conti-Vorstand unannehmbare Übernahmebedingungen. Die Deutschen sollten sich bedingungslos unterwerfen und Pirelli mit Krediten auch noch den Coup bezahlen.

Die Manager um Conti-Chef Horst Urban lehnten die Offerte ab. Wenig später, als sich Unwillen im deutschen Industrie-Establishment breitmachte, leitete die Deutsche Bank ihr Rückzugsmanöver ein. Conti-Aufsichtsratschef Weiss drehte sich, als sei nichts gewesen, wenig elegant um 180 Grad und stellte sich vor das Conti-Management.

Schiefer brauchte nicht umzufallen. Kein einziges Mal hatte er in einer Aufsichtsratssitzung erkennen lassen, daß eigentlich er alles eingefädelt hat.

Der Versicherungsmann hatte nur gelegentlich Kritik geübt. Mal vermißte Schiefer ein schlüssiges Konzept des Vorstands für den angekündigten Alleingang. Mal forderte er eine detaillierte Untersuchung, welche Folgen eine Zusammenlegung der Reifengeschäfte von Conti und Pirelli hätte. Spontan, meinte Schiefer, falle ihm da die Unternehmensberatung McKinsey ein. Die hätte reichlich Erfahrung auf dem Reifensektor.

So improvisiert war der Einfall nicht. Der US-Firma war von ihrem früheren Mitarbeiter Schiefer bereits ein möglicher Auftrag angekündigt worden, und sie hatte Vorkehrungen zur schnellen Arbeitsaufnahme getroffen.

Doch Fusionsgegner Urban zog es vor, befreundete Berater zu verpflichten. Bis zur Hauptversammlung sollte John Craven, Kollege von Weiss im Vorstand der Deutschen Bank und Chef der Bank-Tochter Morgan Grenfell aus London, seine Erfahrungen als Spezialist in der Abwehr feindlicher Übernehmer ausspielen. Für die Zeit danach bekam die Beratungsfirma Roland Berger den Auftrag. Sie gehört ebenfalls der Deutschen Bank.

John Craven gewann als Mitspieler die Conti-Kunden. BMW, VW und Mercedes befürchten, bei einer Fusion allzusehr von dem vereinigten Lieferanten abhängig zu werden. Bisher bestellen sie für ihre Neuwagen bis zu 66 Prozent der Reifen bei Conti und Pirelli.

Mit einigen anderen Unternehmen zusammen hält der deutsche Block inzwischen 25 Prozent der Conti-Aktien. Gegen diese Sperrminorität wird Pirelli sich am Mittwoch kaum durchsetzen können.

Pirelli-Freund Schiefer schloß sich inzwischen ebenfalls der deutschen Truppe an. Eine List des gewendeten Aufsichtsratschefs Weiss zwang ihn zum Wechsel.

Weiss fragte bei der vorletzten Conti-Aufsichtsratssitzung, wie die Kontrolleure zu dem Pirelli-Angebot stünden. Die Räte mußten sich in offener Abstimmung bekennen. Geschlossen waren alle 20 dagegen.

Der Spiegel; 11/91; S.135 ff.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

LXXXVII

3.2.3.2. Unterwerfung der Gesellschaftsplaner

Durch ein geschicktes Intrigenspiel sowie das Ausspielen der Gesellschaftsplaner und deren informellen Gruppen untereinander kann ein "geistiger Führer" die Planungsbehörde in eine Rangfolgeorganisation umfunktionieren, in der er nun als "anerkannter Führer" an der Spitze steht und die anderen Gesellschaftsplaner zu reine Befehlsempfänger abstuft. Einer solchen Umstrukturierung wird kaum ein Gesellschaftsplaner Widerstand entgegensetzen, weil die "Eroberung der politischen Macht" das erste Ziel innerhalb dieser Planungsbehörde ist und jeder Gesellschaftsplaner versuchen wird, über diese Umstrukturierung selbst die Herrschaftsgewalt zu erringen.

Der nächste Schritt ist also die Umstrukturierung der Planungsbehörde in einen willenlosen Herrschafts- und Machtapparat. Eine immer kleiner werdende Führungsgruppe wird alle Entscheidungsgewalt auf sich vereinen, so daß immer mehr Gesellschaftsplaner durch Verrat und Intrigen kaltgestellt und aus der Führungsgruppe ausgeschlossen werden, bis nur noch ein "Führer" übrig bleibt. Die Ursache für diese Gruppendynamik ist auch hier der Wille zur "Eroberung der politischen Macht", der zur weiteren Zentralisation der Herrschaftsgewalt und schließlich zur totalitären Einpersonendiktatur führt. Diese eine Person aus der Mitte der Gesellschaftsplaner wird zum Privateigentümer vom gesamten Staats- und Gesellschaftseigentum, des Staates sowie aller Herrschafts- und Entscheidungsgewalt!

Wir dürfen bei diesem Vorgang nicht vergessen, daß die "Allianz von Wirtschaft, Staat und Regierung" die Herrschafts-, Entscheidungs- und Personalstrukturen einer kapitalistischen Gesellschaft verändern. Aus diesem Grund ist die Endphase des Akkumulationsprozesses im Privatwirtschaftskapitalismus besonders gut mit den Abläufen an der Führungsspitze des "demokratischen Zentralismus" der UdSSR von 1920-1941 zu vergleichen, aus denen letztendlich, trotz der hochstehenden kommunistischen Gesellschaftsideale, Stalin als Alleinherrscher hervorging.

3.2.3.3. Aufhebung liberaler und demokratischer Rechte

Kommen wir nun zu den praktischen Rückschlüssen, die die von mir gemachten theoretischen Betrachtungen für unsere heutige Zeit zulassen.
Neben der systematischen Umwandlung der Planungsbehörde wird die politische Einflußmöglichkeit der Bevölkerung immer mehr eingeschränkt. In dieser Folge wird eine "Repräsentative Demokratie" in einen "demokratischen Absolu-

tismus" umgeformt. Dieser von den Kapitaleignern - also den Gesellschaftsplanern des Westens - eingeleitete Vorgang ist beispielsweise in der BRD besonders gut an Großprojekten wie Wackersdorf, Brockdorf oder Gorleben zu beobachten. Über den Kauf der von der Bevölkerung gewählten Regierung - sowie sonstigen Korruptionen - werden systematisch alle wichtigen Schlüsselpositionen der staatlichen Herrschafts- und Bürokratieapparate durch vom Kapital bestimmte, dem Kapital hörige Personen besetzt. So werden alle Staatsapparate in willenlose Herrschaftsinstrumente der Kapitaleigner umgewandelt, die von den Gesellschaftsplanern über die "großkapitalistische Planungsbehörde" ferngesteuert werden. Mit zunehmender Zeit und wachsendem politischen Einfluß der Gesellschaftsplaner werden alle Abgeordneten der obersten Regierungsebene mit dem Mittel der Parteifinanzierung und finanziellen Wahlkampfunterstützung durch Personen aus dem großkapitalistischen Lager ersetzt.

Somit bilden Staat, Regierung und die Gesellschaftsplaner in zunehmendem Maße eine Einheit, in der die äußeren staatsdemokratischen Umstände zur Blendung der Bevölkerung und zur Verschleierung der tatsächlichen Herrschaftsbeziehungen aufrecht erhalten werden (siehe Vorgänge in den USA unter Reagan und Bush). Die heute scheinbar intakte Demokratie ist tatsächlich schon völlig untergraben und ausgehöhlt.
Zur gleichen Zeit werden die Gesetze so verändert, daß es zu einer rechtlich und gesetzlich legitimierten Herrschaftszentralisation und weiteren Verringerung der Mitbestimmungsrechte kommt, wodurch eine spätere Machtergreifung einzelner vereinfacht und vielleicht sogar auf dem Rechtsweg erfolgen kann (siehe die von Hitler über den Rechtsweg vorbereitete Machtergreifung oder die Einschränkung verfassungsmäßiger Rechte in den USA unter Busch).

Dieses Vorspiel drückt sich in Gesetzesänderungen aus, die einen Abbau der politischen Einflußmöglichkeiten der Bevölkerung auf die Entscheidungen der von ihr gewählten "Volksvertreter" beinhalten. Die allgemeinen Rechte und das Recht auf politische Selbstbestimmung der Bevölkerung - also Möglichkeiten der direkten Mehrheitenherrschaft - werden zunehmend untergraben. Gleichzeitig werden per Gesetz mit der Begründung der "inneren Bedrohung" Polizeistaat, Überwachungsapparat und geheimdienstliche Überwachung der Bevölkerung weiter ausgebaut. Beides geschieht derzeit z.B. in der BRD und den USA in einem immer stärker werdenden Maße, wobei die Bevölkerung heute praktisch keine demokratischen Einflußmöglichkeiten mehr auf politische Entscheidungen der Regierung, und zwar im Sinne der unmittelbaren Mehrheitenherrschaft, besitzt. Als Beispiele führe ich folgende Vorgänge an:

1. Das neue Gesetz (Juni 89) in Bayern, das die Steuererhebung der Gemeinden von der Landesregierung (von oben) genehmigungspflichtig macht. Dies verstößt grundsätzlich gegen das freie demokratische Selbstverwaltungsrecht der Bevölkerung durch seine Gemeinden!

2. Die Einschränkung der Pressefreiheit durch den Zensurparagraphen 130a.

3. Den "finalen Rettungsschuß", der eine gesetzlich verankerte Regelung des von einem Polizeibeamten bewußt durchführbaren Todesschuß darstellt, der den Beamten von seiner Pflicht entbindet, eine lebensbedrohliche Bedrängnis seiner Person nachzuweisen. Hiermit werden die existentiellen Rechte aller Menschen denen der uniformierten Beamten untergeordnet, weil die Polizei zukünftig bei der Tötung eines Bürgers nur noch ihre lebensbedrohliche Bedrängnis als Begründung anzugeben braucht, ohne diese lebensbedrohliche Situation nachweisen zu müssen.

Irgendwann werden die Politiker als Staatsführer offiziell nicht mehr abtreten wollen. Trotz Wahlniederlagen werden die Gesellschaftsplaner des Westens über ihre Planungsbehörde offen die Staatsführung übernehmen. Sie besitzen ohnehin schon (wegen des von ihnen in den Staatsherrschaftsapparaten eingesetzten Personalstamms) die gesamte Staats- und Herrschaftsgewalt, so daß eine weitere Verschleierung durch Wahlen vielleicht "kostspieliger" und aufwendiger als eine offene Diktatur wird.

Und wer soll sich im Staat gegen eine nun offen auftretende Diktatur zur Wehr setzen?

Vielleicht das Militär, welches den einzigen wirklichen Machtfaktor im Staat darstellt und als willenloser Herrschaftsapparat keine demokratische Selbstorganisation kennt, sondern nur den Gehorsam und die Unterordnung unter seine Regierung?

Ist es nicht immer das Militär, daß auf Befehl der Regierenden und somit der Herrschenden wie eine funktionierende Maschinerie abläuft?

Dies ist die tatsächliche Aufgabe, die diese Kriegsmaschinerie wirklich erfüllt und worin genauer betrachtet, auch ihr Sinn als Herrschaftsinstrument für die jeweils gerade Herrschenden Aristokraten, Militärdiktatoren, Parteiführer etc. zu suchen ist. Wer sollte hier dem plötzlich offenen Entstehen einer Diktatur mit seinen auf Befehl handelnden Staats- und Herrschaftsapparaten ernsthaften Widerstand entgegensetzen?
Ich frage Sie, wer von uns ist hierzu ernsthaft in der Lage?

NIEMAND!

Sehen Sie, wir sind schon wieder einem Widerspruch von Kapitalismus und Staat innerhalb einer demokratischen Gesellschaft auf die Schliche gekommen.

Die Aufhebung liberaler Rechte

JUSTIZ

Knopf oder nicht

Der Koblenzer Generalstaatsanwalt Ulrich ermittelt gegen Strafrichter, die das Belauschen von Verteidiger-Telephonaten zuließen.

Mit der Verhandlungsführung der Strafkammer des Landgerichts Bad Kreuznach waren Rechtsanwalt Klaus-Peter Gerharz, 39, und sein Mandant, der Kanalreinigungsunternehmer Horst Werner, 39, gleichermaßen unzufrieden. Werner mußte sich vor der Großen Strafkammer wegen Brandstiftung, Versicherungsbetrugs und Körperverletzung verantworten.

In Telephongesprächen mit dem Angeklagten motzte Anwalt Gerharz schon mal über die Verhandlungsführung der Kammer, mal schimpfte sein Gegenüber mit derben Worten auf die Justiz. Was beide nicht wußten: Ihre Gespräche wurden, auf Anordnung der Strafkammer, von einem Tonbandgerät im Polizeiamt Bad Kreuznach aufgezeichnet.

Nicht anders erging es Mitverteidiger Günther Krech, 63, der, als er nachträglich von der Abhöraktion erfuhr, „fast vom Stuhl" fiel. Krech und Gerharz erstatteten Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des „Lauschangriffs" (Krech).

Die Strafanzeige löste ein ungewöhnliches Justiz-Spektakel aus: Jetzt ermittelt der rheinland-pfälzische Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich, 62, gegen drei Richter der Kreuznacher Großen Strafkammer und den Leitenden Oberstaatsanwalt Hermann Hillebrand. Die beschuldigten Kollegen stehen im Verdacht der strafbaren „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes" (Paragraph 201 Strafgesetzbuch).

Chef-Ankläger Ulrich, als Ermittler gegen Kanzler Helmut Kohl im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre unerschrocken und geachtet, mißt der Kreuznacher Abhöraffäre grundsätzliche Bedeutung bei: „Da ist der Bundesgerichtshof gefordert."

⋮

Nun können sich Richter, die Telephonüberwachungen anordnen, auf eine Erlaubnis in Paragraph 100a der Strafprozeßordnung berufen. Die Norm ermöglicht beim Verdacht schwerwiegender Straftaten die Anordnung solcher Maßnahmen „gegen den Beschuldigten", aber auch „gegen Personen, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Beschuldigte ihren Anschluß benutzt".

Der Umgang der Justiz mit dieser Strafprozeßvorschrift ist großzügig. „Gedankenlos", so der Frankfurter Strafverteidiger Rainer Hamm, würden solche Telephonüberwachungen – Ermittler-Kürzel: „TÜ" – routinemäßig angeordnet. Beim Verein „Deutsche Strafverteidiger" ist „kein Fall bekannt, daß ein Richter einmal einen Antrag abgelehnt hat".

Allein 1985 genehmigten die Gerichte 1308 TÜs, Tendenz steigend. Die Zahl der angezapften Anschlüsse liegt noch weit höher, da die richterlichen Beschlüsse meist mehrere Apparate – in Bad Kreuznach waren es vier – betreffen.

⋮

Doch nicht die dünne Begründung löste die Justiz-Ermittlungen gegen die Juristen aus. Ulrich nimmt Anstoß daran, daß die Ermittler wahllos alle Anrufe aufzeichnen ließen – darunter eben auch Telephonate der Abhöropfer mit ihren Rechtsanwälten.

Die Praxis der wahllosen Lauscherei ist rechtlich schon lange umstritten. Der hannoversche Strafrechtsprofessor Friedrich Dencker jedenfalls hält sie für „nicht gesetzmäßig". Dencker sieht die „Gefahr, daß Schutzrechte wie das Zeugnisverweigerungsrecht unterlaufen werden".

So verlangt die Strafprozeßordnung, daß gerade Gespräche zwischen Mandanten und ihren Verteidigern nicht überwacht werden dürfen. Und in einem Grundsatzstreit, der ähnlich lag wie Ulrichs Fall, hat der Bundesgerichtshof schon 1985 gegen die Lauscher am Draht entschieden.

Der Spiegel; 03/89; S.29 f.

Rechtsanwälte

Schlechthin verteufeln

Der Generalbundesanwalt hat den Ärger mit den Strafverteidigern satt – jetzt will er sie mit Wortentzug und Ordnungshaft disziplinieren.

Das Treffen, zu dem Generalbundesanwalt Alexander von Stahl die Justizkollegen aus den Bundesländern nach Karlsruhe lud, war einem Routinethema gewidmet: Mit „Fragen des strafrechtlichen Staatsschutzes" sollte sich die Konferenz befassen.

Doch bei Tagesordnungspunkt sieben kamen die Strafrechtler auf eine Tätergruppe, die nach Ansicht der Karlsruher Gastgeber ihre Aktivitäten neuerdings immer frecher entfaltet: die Anwälte.

„Ausuferndes Fehlverhalten", schlimmer noch, „Ungebühr" der Strafverteidiger gerade in Politprozessen, so beklagten die Justizexperten, mache mittlerweile „auch in Verfahren vor den Amts-und Landgerichten" den Anklägern die Arbeit schwer. Es müsse dringend Abhilfe geschaffen werden.

Das Treffen blieb nicht folgenlos. Mittlerweile müssen sich Gerichtspräsidenten, Justizministerien in Bonn und in den Ländern mit einem Vorstoß des Chefanklägers Stahl beschäftigen, die Strafverteidiger zu disziplinieren. Überall wirbt Stahl um Unterstützung für den Vorschlag, den er bereits im Bundesjustizministerium unterbreitet hat.

Bonn soll eine Prozeßrechtsänderung betreiben, damit

▷ Richter bei „Störungen" durch Anwälte die Verhandlung unterbrechen und der Verteidigung „die dadurch verursachten Kosten" auferlegen können;

▷ freche Anwälte – wie bisher etwa randalierende Zuschauer – in Haft genommen werden können;

▷ Anwälten das Wort entzogen werden kann, wenn „eine durch die Sache nicht gebotene Verzögerung" des Verfahrens zu befürchten ist.

⋮

Die Suada, die Völz in der Herrenrunde über den „Verfall der Prozeßkultur" losließ, gibt einen Eindruck vom Feindbild der Karlsruher Ankläger. Ihre Gegner sehen Bundesanwälte wie Völz sogar beim Bundesgerichtshof. Im Haus nebenan, klagt der Ankläger, seien die Richter „immer mehr dazu übergegangen, eine Ausuferung zu fördern".

Die Richter hätten beispielsweise geurteilt, daß selbst solche Ausführungen der Verteidigung geduldet werden müßten, die das Gemeinwesen „schlechthin verteufeln". Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, so Völz, „lädt gera-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

LXXXVIII

dezu zu politischen Propagandareden und zur Herabsetzung der rechtsstaatlichen Ordnung ein".

Die Folgen solcher Nachgiebigkeit müßten, so der Ankläger, nun die Kollegen an den Gerichten ausbaden. Da würden Anwälte immer häufiger durch „Nichtbeachtung der Reihenfolge der Worterteilung" auffallen, gar durch „lautstarkes Dazwischenrufen", einige hätten sogar die Stirn, durch „unrichtige Darstellung von Geschehensabläufen . . . die Justiz zu diffamieren".

Der Bericht aus der Bundesanwaltschaft, von den in Karlsruhe geladenen Generalstaatsanwälten der Länder „bei drei Stimmenthaltungen" (Protokoll) gebilligt, verweist auf die vorbildliche Strenge der Rechtsprechung früherer Jahre: „Es muß Mittel geben", so wird das alte deutsche Reichsgericht zitiert, „um Beweisaufnahmen zu verhüten, die nur dem Zweck dienen, Aufsehen zu erregen . . . oder dritten Personen Unannehmlichkeiten zu bereiten."

Diesen markigen Satz formulierten die Reichsrichter im November 1931 – gut ein Jahr bevor das NS-Regime an die Macht kam und die Justizgrundrechte abschaffte.

Der Spiegel; 24/91; S.96 ff.

Polizei

Qualm in der Jacke

Richter kritisieren die steigende Flut der Telefonüberwachungen. Kriminelle weichen auf mobile Fernsprecher aus.

Unter der Telefonnummer 13 67 01 meldet sich in Frankfurt die Justiz. Wer auch immer in den letzten Wochen des Jahres 1989 dort anrief und sich mit Oberamtsanwalt Hans L. verbinden ließ, hatte einen Lauscher in der Leitung.

Beamte des Wiesbadener Bundeskriminalamts (BKA) hörten die Gespräche mit, nahmen sie auf Band und ließen sie von Schreibkräften abtippen. Protokolliert wurden alle Ähs und auch die Lacher, selbst Dialekte sind in der Mitschrift unverfälscht wiedergegeben.

Die Abhöroperation lief ganz legal – beantragt und genehmigt hatte sie die Frankfurter Justiz. Die Groteske, daß ein Amtsrichter einen Anschluß der eigenen Behörde anzapfen ließ, ist Teil einer der umfangreichsten Lauschaktionen der deutschen Gerichtsgeschichte.

Am Anfang stand ein Hinweis, in Frankfurt helfe Verkehrssündern der Einsatz von Schmiergeld, eingezogene Führerscheine früher als normal zurückzuerhalten. Das Geschäft, so vermuteten die Fahnder, werde von einer kriminellen Vereinigung organisiert. Sie holten sich deshalb die Genehmigung für eine Telefonüberwachung (TÜ).

In den belauschten Gesprächen fielen die Namen weiterer Verdächtiger, deren Telefone dann ebenfalls überwacht wurden. Die Fahnder hörten insgesamt sieben Personen rund um die Uhr ab, unter ihnen drei Rechtsanwälte.

Die Operation erstreckte sich auf private Anschlüsse, auf Amts- und Kanzleiapparate. Selbst bei Angehörigen der belauschten Gesprächsteilnehmer schalteten sich die Fahnder ein. Und wo vorhanden, zapfte die Polizei auch die Telefaxgeräte an. Jede TÜ, sagt der Frankfurter Staatsanwalt Peter Köhler, „hat nun mal ihre Kinder".

Alles in allem hörten Beamte des BKA rund 60 000 Gespräche mit. Solche astronomischen Zahlen dürften das Vertrauen der Bundesbürger, am Telefon könnten sie ungeniert alles sagen, wohl erheblich erschüttern.

Zumal liegt die Frankfurter Lauschaktion im Trend: Statt kriminalistischen Spürsinn phantasievoll einzusetzen, nutzen Fahnder immer häufiger die Möglichkeit, mit richterlicher Genehmigung stupide die Telefone abzuhören – oft monatelang. „Im Zeitalter zunehmender Kommunikation", ermuntert der Herdecker Staatsanwalt Michael Füllkrug in der Fachzeitschrift *Kriminalistik* die Ermittler, sei die TÜ „eine für das Ermittlungsverfahren überaus bedeutsame Erkenntnisquelle".

Die Telefonüberwachung darf in Strafverfahren immer dann angeordnet werden, so lautet die schwammige Formulierung in Paragraph 100 a der Strafprozeßordnung, wenn „bestimmte Tatsachen den Verdacht" gegen jemanden begründen und die Ermittlungen „auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert" wären. Die TÜ ist dabei auf Fälle schwerer Kriminalität – vom gewerbsmäßigen Rauschgifthandel bis zum Friedensverrat – beschränkt. Es reicht aber auch der bloße Verdacht auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung", den die Fahnder häufig nur konstruieren, um sich die TÜ vom Richter zu ergattern.

Abhöroperationen der Nachrichtendienste, die von parlamentarischen Kommissionen auf „Zulässigkeit oder Notwendigkeit" überprüft werden, kommen seltener vor. Die Polizei, hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Günther Tietjen ermittelt, zapft mit richterlicher Billigung zehnmal so viele Telefone an wie die Geheimdienstler.

Allein im vergangenen Jahr genehmigten die Gerichte in den alten Bundesländern 2443 polizeiliche Telefonüberwachungen, viermal so viele wie vor zehn Jahren. Die Zahl der dabei überwachten Anschlüsse liegt weit höher, da die richterlichen Genehmigungen meist für mehrere Apparate gelten.

Denn die weitgehende Regelung der Strafprozeßordnung erlaubt auch das Abhören unbeteiligter Personen, wenn „auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist", daß deren Anschluß von einem Beschuldigten mitbenutzt wird.

•
•
•

Eine strengere Kontrolle, glauben Ermittlungsrichter wie Wolf, könnte auch den wachsenden Mißbrauch mit Abhörprotokollen eindämmen. Wie ungehemmt die Strafverfolger mit solchen Erkenntnissen oft umgehen, zeigt sich gerade am Beispiel der gigantischen Frankfurter Lauschoperation.

Eines der 60 000 mitgeschnittenen Gespräche war ein Telefonat zwischen einem Rechtsanwalt und einem *Stern*-Korrespondenten, aus dem Hessens damaliger CDU-Innenminister Gottfried Milde unbefugt im Landtag zitierte – er mußte deshalb im vergangenen November zurücktreten. Die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden erhob letzte Woche Anklage gegen Milde wegen Verletzung des Fernmeldegeheimnisses.

Aus derselben Anwaltskanzlei stammte ein Vertragsentwurf zwischen dem Nacktmodell Nicole Meissner, ihrem Manager Eberhard Thust und der *Bild*-Zeitung über eine Veröffentlichung in der Seitensprung-Affäre von Peter Graf, den die Fahnder beim Telefaxverkehr abgefangen hatten und dessen Inhalt sie dem Vater von Deutschlands Tennisstar Steffi Graf zuspielten.

Auch aus anderem Grund entfernen sich Deutschlands Verbrechensbekämpfer immer weiter von dem eigentlichen Ziel der Telefonüberwachung, dem Überführen hochkarätiger Krimineller. Denn bei der Jagd nach Terroristen und den Hintermännern der organisierten Kriminalität geht die TÜ meist ins Leere.

Längst kommunizieren die Bosse, wie Kriminalisten wissen, über mobile Telefone, die sie im Auto installieren oder auch zu Hause aufstellen. Das C-Funk-Netz, in dem Gespräche codiert übermittelt werden, kann bislang nicht ausreichend überwacht werden: Entsprechende Geräte sind teuer und technisch sehr aufwendig.

„Wenn es für uns spannend wird", bedauert ein norddeutscher Staatsanwalt, „dann gehen die Ganoven in die Garage." ◀

Der Spiegel; 18/91; S.90 ff.

Datenaustausch „Weg zu Gestapo"

MAINZ, 12. Februar (Reuter). Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ), Horst Isola, hält einen intensiveren Datenaus-

Pressestimmen zeigen "*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Staatsapparate höhlen zunehmend das Fernmeldegeheimnis aus, was komischerweise den Vermögenden zugute kommt.

(Anm.d.Autors).

LXXXIX

tausch zwischen Polizei und Geheimdienst für den „besten Weg zur Schaffung einer Gestapo". In einem Gespräch mit der Mainzer „Allgemeinen Zeitung" verurteilte Isola entsprechende Pläne von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU). Die AsJ befürchte, daß aus den Gesetzesvorlagen zur Inneren Sicherheit und zum Demonstrationsrecht ein „Klima der Überwachung und Einschüchterung" erwachsen könne.

FR 12.02.88; S.2

Datenschutz

Alles oder nichts

Die neue Telefon-Technik ISDN höhlt das Fernmeldegeheimnis aus. Über Einwände von Kritikern setzt sich die Post stur hinweg.

Pikiert vernimmt eine Frau aus dem Telefonhörer das Gestöhne eines Unbekannten. Die sexuelle Belästigung hört schlagartig auf, als die Frau dem Anrufer dessen Telefonnummer nennt, die auf dem Lesefeld („Display") ihres Telefons angezeigt ist.

Die Szene stammt aus einem Werbespot für eine neue Technologie der Post-Tochter Telekom. Das Telefonieren, behauptet die Post, werde bürgerfreundlicher durch ISDN („Integrated Services Digital Network"), das in zwei Jahren überall in den alten Bundesländern installiert sein soll.

Mit Telefon-Terror, verspricht Telekom, ist es dann vorbei. Wer nicht durchs Telefon gestört werden will, fischt sich nur bestimmte Anrufe heraus. Weil in einem neuen Gebührenrechenzentrum exakt Uhrzeit, Dauer und Teilnehmer aller Gespräche gespeichert werden, soll jeder Kunde seine Monatsabrechnung durch Einzelnachweis überprüfen lassen können.

Der neue Postservice ist eine Folge des elektronischen Fortschritts. Denn künftig werden Telefonverbindungen nicht mehr durch klickende elektromechanische Nummernschalter aufgebaut, sondern von Computern.

Doch die digitale Revolution hat ihre Schattenseiten. Manch einer, der zum Hörer greift, hat ein berechtigtes Interesse, seine Identität zu verbergen – etwa der Ratsuchende bei der Telefonseelsorge, der anonyme Informant bei der Zeitungsredaktion, der Nachbar, der die Polizei auf eine Kindesmißhandlung aufmerksam machen will. Die Milliarden Daten im Zentralspeicher, so fürchten ISDN-Kritiker zudem, wecken die Begehrlichkeit von Polizei und Geheimdiensten.

Am Mittwoch dieser Woche will das Bundeskabinett die neue Telekom-Datenschutzverordnung verabschieden, die am 1. Juli in Kraft treten soll. Sie erlaubt der Post, den Datenschutz weitgehend auszuhöhlen.

Seit Jahren versuchen die Datenschützer und Berufsgruppen, deren Telefon-Kommunikation auf einem besonderen Vertrauensverhältnis zu den Anrufern beruht, der Post Zugeständnisse abzuhandeln. Doch Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) zeigt sich stur. Er erfüllt lieber die Wünsche der kommerziellen Postkunden, etwa des Versandhandels, der per Display Besteller identifizieren kann.

In einer Stellungnahme im Februar formulierten Vertreter der Kirchen ihre Forderungen:

▷ Sowohl der Anrufer als auch der Angerufene müßten bei jedem Telefongespräch entscheiden können, ob sie die Rufnummern-Anzeige im Display per Knopfdruck verhindern wollen;

▷ die Zielnummer müsse im Postcomputer gelöscht werden, sobald ein Telefongespräch beendet ist;

▷ über diesen Zeitpunkt hinaus dürften, weil für den Gebührennachweis entbehrlich, Einzelverbindungsdaten im Nahbereich überhaupt nicht und ansonsten nur die Ortsnetzkennzahlen gespeichert werden.

Die Datenschützer von Bund und Ländern erneuerten erst im März ihre Einwände. Denen wurde jedoch im Verordnungsentwurf, wie sie enttäuscht konstatieren, „im wesentlichen nicht Rechnung getragen".

So beharrt die Post darauf, die kompletten Verbindungsdaten auf jeden Fall bis zur Versendung der Gebührenrechnung zu speichern – also bis zu vier Wochen lang. Danach sollen die Gesprächsdaten wahlweise entweder vollständig gelöscht oder ohne die letzten drei Ziffern der Zielrufnummer aufgezeichnet werden. Vollständig gespeichert werden die Nummern jedoch, wenn der Kunde einen Einzelnachweis der Gebühren wünscht.

•
•
•

Eine kaum abschätzbare Gefahrenquelle für das vom Grundgesetz geschützte Fernmeldegeheimnis stellt der neue Zentralcomputer dar. Denn nach Paragraph 12 des Fernmeldeanlagengesetzes (FAG) können in Strafverfahren Richter und Staatsanwälte „Auskunft über den Fernmeldeverkehr verlangen". Das FAG stammt aus dem Jahr 1928, als Ferngespräche noch handvermittelt wurden.

Anders als die strafprozessualen Vorschriften, die regeln, unter welchen Voraussetzungen Polizei und Nachrichtendienste Telefonate belauschen dürfen, enthält das FAG keine Eingrenzung auf besonders schwere Straftaten. Das Postgesetz gibt vielmehr eine Blankovollmacht auch für die Verfolgung von Bagatelldelikten.

Die alte FAG-Regelung, monieren die Datenschützer, habe durch die fortgeschrittene Technik „eine verfassungsrechtlich bedenkliche neue Qualität erhalten". Doch die Voraussetzungen für eine Abschaffung oder wenigstens Novellierung der postalischen Schleppnetzfahndung sind denkbar schlecht.

Der Minister fühlt sich nicht zuständig, die Initiative für eine Änderung der FAG zu ergreifen. Und die Länder-Innenminister wollen sich das bequeme Ausforschungsinstrument nicht aus der Hand nehmen lassen. „Derzeit", resigniert Einwag, würden „eher Überlegungen angestellt, wie man das Fernmeldegeheimnis noch weiter aushebeln kann". ◀

Der Spiegel; 16/91; S.50 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XC

3.2.4. Erscheinungsformen staatlicher Entartung

Nun sind die typischen Entstehungsmechanismen von Militärdiktaturen offengelegt. Sie werden diese Mechanismen ausnahmslos bei der genaueren Betrachtung der verschiedenen Diktaturen und ihren Entstehungsgeschichten wiederfinden. Der "normale" Weg geht von der privatwirtschaftlichen Kapital- und Machtakkumulation aus und führt über den Kartellkapitalismus zum Monopolkapitalismus, aus dem eine "zentrale Planwirtschaft" mit einer Planungsbehörde hervorgeht, wobei hier Planungsbehörde und Gesellschaftsplaner eine personelle Einheit bilden. Dieser Gesellschaftsmechanismus gilt für jeden abgeschlossenen Handelsraum.

> Für den staatsautoritären "Kommunismus" konnte dieser Entwicklungsmechanismus auch einrasten, weil mit der Oktoberrevolution auf politischem Wege - also nicht auf wirtschaftlichem Wege wie beim westlichen Weltwirtschaftskartell - übergangslos eine zentrale Planungsbehörde in personeller Einheit mit den neuen "kommunistischen" Gesellschaftsplanern gebildet wurde. Diese neu entstandene, von den "kommunistischen" Gesellschaftsplanern ins Leben gerufene, demokratisch unbeherrschbare wirtschaftspolitische Machtkonzentration übersprang somit nur den Kapitalansammlungsprozeß und stellt hierüber hinaus nur ein Entwicklungsstadium dar, dem der westliche Kartellkapitalismus erst noch entgegenstrebt.
> **D.h., daß die staatsautoritären "Kommunisten" mit ihrem Staatsmonopolkapitalismus und ihrer zentralen Kommandowirtschaft durch die KP nur dem "natürlichen" Entartungsmechanismus des Kapitalismus vorgriffen, weil der Vorgang dieser Entartung auf denselben Gesellschaftsmechanismen beruht!**

Der staatsautoritäre "Kommunismus" schuf sich somit durch seine ideologisch eingeschränkte Weltsicht selbst die Eingangsvoraussetzungen zur totalitären Diktatur Stalins!

> **Im allgemeinen Vergleich von staatsautoritären "Kommunismus" und Privatwirtschaftskapitalismus sind nur die oberflächlich betrachteten Wege in die Diktatur unterschiedlich, obwohl es sich um die gleichen Gesellschaftsmechanismen und gruppendynamischen Abläufe handelt!**

Diese unterschiedlichen Erscheinungsformen entstehen ausschließlich durch unsere ideologisch gefärbte Wahrnehmung unseres Bewußtseins!
Die Bandbreite, mit der wir dasselbe gesellschaftspolitische Entartungsprodukt wahrnehmen, ist lediglich eingefärbt und definiert durch unser ideologisches

Bewußtseins und der sich hieraus ergebenen Wahrnehmungsverzerrung. Wir begehen den Fehler, die oberflächlichen Absonderheiten in den Erscheinungsformen als politisch unterschiedlich strukturierte Systeme auszudeuten. Diese sind im gruppen- und gesellschaftsdynamischen Ablauf der Herrschaft nicht gegeben, sondern nur formale Äußerlichkeiten, sozusagen "sprachbezogene Ordnungsmuster".
Die Begrifflichkeiten für diese äußerlichen Erscheinungsformen von totalitären Diktaturen reichen im Kapitalismus vom:

> offenen Auftreten des Großkapitals, indem dieser Personenkreis den Diktator und die politische Führung stellt;

> über die indirekte Herrschaft des Großkapitals durch einen Militärdiktator (Militärdiktatur), indem der Diktator vom Kapital durch Finanzspritzen an der Macht gehalten wird;

> bis zur über die finanzielle Unterstützung einer Faschismusideologie (wie bei Hitler) entstehenden politischen Alleinherrschaft eines Diktators, indem er es schafft, die Gesellschaftsplaner und den Wirtschaftsapparat der "großkapitalistischen Planungsbehörde" in ein willenloses Herrschaftsinstrument umzuwandeln und seinen Interessen unterzuordnen.

Ideologisch bedingte Sonderformen sind die totalitäre Militärdiktatur des staatsautoritären "Kommunismus" und die Militärdiktatur einer absolutistischen Staatsmonarchie. Sie überspringen den kapitalismuseigenen Gesellschaftsmechanismus für abgeschlossene stabile Handelsräume, auf den ich im Kapitel, "Die innere Dynamik eines Handelsraumes", noch genauer eingehen werde.

Die äußere Erscheinungsform hängt von den historischen und ideologischen Kräfteverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft ab. Die gesellschaftsdynamischen und zwischenmenschlichen Verhaltensmechanismen sind jedoch für die Abläufe innerhalb der Planungsbehörde absolut gleichbleibend, so daß die äußerliche Erscheinungsform unerheblich ist, weil diese der Gesellschaft lediglich als ideologische Kulisse dient. Es bleibt, im Vorgriff auf die abgeschlossenen stabilen Handelsräume zu bemerken, daß der Einpersonendiktatur eine feudale Staatsmonarchie folgt, da die Herrschenden immer versuchen werden, ihre eigene Herrschaft im ideologischen Bewußtsein der Menschen so zu verankern, daß sie ihre eigene Herrschaftsgewalt an ihre Nachkommen vererben können (siehe z.B. in Rumänien Cchaucheskos Versuch oder die Parallelen in Nord-Korea). D.h., daß diese gesellschaftsdynamischen Prozesse innerhalb eines jeden abge-

schlossenen stabilen Handelsraumes ihren höchsten Ruhepunkt in der absolutistischen Monarchie finden.

In diesem Zusammenhang gehört der demokratische Kapitalismus bestenfalls zu einer sehr kurzfristigen Erscheinungsform, die im Übergang von Revolution zur Diktatur entsteht, womit auch die Kurzlebigkeit der demokratischen Republiken in der zweieinhalbtausendjährigen Geschichte Europas erklärt ist.

3.2.5. Ideologische Erscheinungsform der Staatsdiktatur

Die Entstehungsursache der Diktatur innerhalb der beiden ehemals angeblich verschiedenen Gesellschaftssysteme in Ost und West bleibt der Staat, da das Staatsgefüge im Menschen das Ziel zur "Eroberung der politischen Macht" über die staatlichen Herrschafts- und Machtapparate formt. Lediglich das staatstragende ideologische Bewußtsein der Menschen läßt die Wahrnehmungsverzerrung entstehen, die zu einer Verkennung der tatsächlichen im Herrschaftsgefüge des Staates begründeten Entartungsursachen mit seinen immer gleichen Mechanismen führt. Verkannt werden die Verhaltensmechanismen, die die staatlichen Herrschafts- und Machtapparate beinhalten, und der durch diese Verhaltensmechanismen entstehende Wille zur "Eroberung der politischen Macht", weil erst der Staat durch seine stete Unterdrückung des Menschen den Wunsch nach Macht und Herrschaft zur Verwirklichung der eigenen Selbstbestimmung erzeugt, so daß sich der Staat durch den Willen seiner Bürger immer wieder selbst als offenes totalitäres Herrschaftssystem reproduzieren wird. Am Ende eines Staatsentwicklungszyklus, der von der Revolution zur Diktatur führt, steht immer ein Diktator mit einer neuen Führungskaste, auf die der Diktator seine Herrschaft stützt, wobei die Diktatur in ihrem inneren Aufbau mit dem Absolutismus gleichgesetzt werden kann.
Die mit dem Staat gegebenen gesamtgesellschaftlichen Abläufe werden innerhalb jedes abgeschlossenen stabilen Handelsraumes nach jeder Revolution die Zustände einer absolutistischen Feudalgesellschaft wiederentstehen lassen und als Endergebnis erzeugen, weil erst der Staat den Anspruch zur Herrschaft verursacht und das absolutistische Feudalsystem der natürliche Höhepunkt des Herrschaftsstrebens ist!

Mit der Verkennung des wirklichen Wesens des Staates stoßen wir auf die zweite Ursache, die allen bisherigen sozialen Umwälzungsversuchen zum Verhängnis wurde.

Nach Marx war es das ideologische Bewußtsein während der Französischen Revolution, durch das die am Kampf Teilnehmenden nicht die wahren

materiellen Ursachen ihrer Abhängigkeit erkannten und scheiterten. Doch letztlich unterlagen Marx, Engels, Lenin, Trotzki usw. einer weiteren durch ihr ideologisches Bewußtsein bedingten Verkennung des Staates. Sie erkannten nicht den mit dem Staat durch seine Machtapparate gegebenen Gesellschaftsmechanismus zur "Eroberung der politischen Macht", der die Entfaltung der Gesellschaft zum Kommunismus verhindert.

3.3. Demokratiefeindliche Sozialisation des Staates

Um zu klären, wie der menschen- und demokratiefeindliche Sozialisationsprozeß des Staates in Gang gesetzt wird, müssen wir erkennen, wie die Rahmenbedingungen der ideologisch-materiellen Abhängigkeitsverhältnisse der Menschen untereinander in allen Staatssystemen sind.

Der **Staat** in seiner Gesamtheit **umfaßt als Funktionsorganismus** alle Herrschafts-, Macht-, Gewalt-, Militär-, Polizei-, Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Geldabzugsapparate zur Aufrechterhaltung des güterwirtschaftlichen Mehrwertabzuges. Außerdem gehören zum Staat die Güterverteilungsapparate, die über den Umweg der Geldwirtschaft zur güterwirtschaftlichen Selbstversorgung der beschriebenen unproduktiven staatlichen und wirtschaftlichen Funktionsorganismen notwendig sind. Die im Kartellkapitalismus weiter bestehende theoretische Trennung von Staat und Wirtschaft betrachte ich durch die personelle Einheit von Gesellschaftsplanern und Planungsbehörde als praktisch aufgehoben. D.h., daß ich die Verwaltungs- und Geldabzugsapparate des multinationalen Kapitals mit zu den Staatsapparaten zähle, weil die theoretische Trennung von Staat und Wirtschaft in einer liberalen Gesellschaft nur sehr kurz und heute tatsächlich nicht mehr besteht und der Staat bestenfalls über die Wirtschaftsapparate des multinationalen Kapitals beherrscht wird.

Die ideologisch-materiellen Abhängigkeitsverhältnisse sind so aufgebaut, daß zunächst eine Abhängigkeit aller Staatsangehörigen vom Staatsapparat durch die rohe Unterwerfung aller unter die Staatsgewalt erzwungen wird. Im Gegenzug übernimmt der Staat zur Loyalitätserhaltung seiner Staatsangehörigen z.B. die allgemeinen Wohlfahrtsaufgaben sowie den "Schutz" der Bürgerrechte und Gesetze durch seine Polizei. Die Staatsherrscher geben vor, dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen "Ordnung" zu machen. Gemeint ist hier vor allem ihre Ordnung! Sie benutzen diese Argumentation nur zur ideologischen Rechtfertigung für die offensichtliche, mit Gewalt aufrechterhaltene Ausbeutung (z.B. Steuerabgabepflicht) und Unterdrückung ihrer Bürger, womit der Staat als repu-

blikanische Ordnungsmacht genau die gleiche ideologische Rechtfertigung wie das ehemalige feudale Ständesystem besitzt.

Gleichgültig ist, von welchem Staatsapparat die Wohltätigkeitsaufgaben geleistet werden. Mit der vom Staat geleisteten Wohltätigkeit erstattet er sowieso nur einen geringen Teil von dem zurück, was er vorher seinen Bürgern abnahm!

Von ausschlaggebender Bedeutung ist die materielle Besserstellung von denen, die fest in den Staatsapparaten arbeiten und eine feste Position innerhalb der einzelnen staatlichen Rangfolgeorganisationen einnehmen. Hier werden die in den Staatsapparaten angestellten unproduktiven Kräfte materiell bessergestellt als die gesellschaftlichen Produktivkräfte, die in den Fabriken und Produktionsstätten arbeiten. D.h., an den in den Überwachungs-, Verwaltungs-, Herrschafts- und Machtapparaten arbeitenden Menschen wird eine materielle Besserstellung vorgenommen, weil sie den Herrschenden zur Herrschaftsausübung zu arbeiten und deren Treue durch deren Besserstellung aufrechterhalten werden soll.

> **Die materielle Besser- oder Schlechterstellung erfolgt also zur Aufrechterhaltung des bestehenden Herrschaftsgefüges, so daß die Bevölkerung eines Staates, der ein Mittel zur Herrschaft ist und im Menschen den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" hervorruft sowie die Logik des Eigentumsrechtes über die materielle Ungleichbehandlung seiner Bürger konserviert, beginnt, Eigentums- und Herrschaftsstrukturen zu reproduzieren.**

Da in den Rahmenbedingungen der materiellen Besserstellung innerhalb der ehemals bestehenden, angeblich verschiedenen Gesellschaftssysteme in Ost und West kein praktischer Unterschied zu finden ist, ist für beide Systeme der gleiche Beurteilungsmaßstab anzulegen! Die gleichen materiellen Rahmenbedingungen lassen zwangsläufig auf dieselben gesellschaftsdynamischen Mechanismen und Sozialisationsprozesse schließen!
Unsere Schlüsselfrage zur Ursache des Entartungsmechanismus aller Staatsgebilde muß also lauten:

> **Wie entsteht der Wille zur "Eroberung der politischen Macht", und wie wird dieses Bedürfnis nach Macht und Herrschaft beim Menschen erzeugt?**

3.3.1. Machtbedürfnisweckung durch den Staat

Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir uns über eines im Klaren sein:

> Die Machtbedürfnisweckung ist eng mit dem Eigentum und der materiellen Besserstellung verbunden. Das Machtbedürfnis wird im Menschen einerseits durch einen allgemeinen Mangel, und andererseits durch die materielle Besserstellung weniger erzeugt!

Viel Privateigentum bedeutet eine materielle Besserstellung. Diese materielle Besserstellung ist - bezeichnender Weise - mit gesellschaftlicher Anerkennung, Ansehen und Wertschätzung verbunden, was nun wieder das Denken und Handeln des Menschen als Rückkopplung prägt und seine Wertmaßstäbe verändert. Hiermit schließt sich der Kreis von Macht, Herrschaft, Eigentum und Staat.

Doch worin liegen die Ursachen?
In allen Staaten ist die materielle Besserstellung mit einem Aufstieg innerhalb der Gesellschaftsrangfolge in den staatlichen Funktionsorganismen verbunden. Hier wird durch Erfahrung das Privateigentum, die materielle Besserstellung und die zwischenmenschliche Anerkennung mit dem Aufstieg innerhalb der Gesellschaftsrangfolge zu einer gedanklichen Einheit verknüpft, womit auch in der Unterschicht der Wunsch nach gesellschaftlichem Aufstieg erzeugt wird. Bei den Aufstiegsversuchen entsteht automatisch ein Verdrängungskampf um die verschiedenen begehrten Positionen.
Hier entsteht das Bedürfnis nach mehr Durchsetzungsvermögen, das im Streben nach Macht und Einfluß seinen Ausdruck findet, denn jeder einzelne will sich in diesem Macht- und Verdrängungskampf besser behaupten können!

> Zugleich verstärkt der Verdrängungskampf, insbesondere wegen der Unterwerfungen, Erniedrigungen und Demütigungen, das Bedürfnis nach persönlicher Befreiung sowie den Wunsch nach eigener Herrschaft, die zum Ausdruck dieses Befreiungsversuches wird, um sich

<u>besser gegen die empfangenen Demütigungen und Erniedrigungen zur Wehr setzen zu können.</u>

Ist der Wunsch nach Herrschaft und Macht geprägt und durch die zunehmende Sozialisation stabilisiert, ist der gesamtgesellschaftliche Verhaltensmechanismus, der tatsächlich ein Verhaltensdefekt ist, als sich selbst erzeugender Kreislauf geschlossen.

Antriebsauslöser bleibt die deutlich sichtbare materielle Besserstellung mit aufsteigendem Rang innerhalb der Gesellschaft. Für die untersten Gesellschaftsschichten entsteht durch ihren materiellen Mangel, der bis zur totalen Armut reicht, der Wunsch nach materieller Besserstellung. Sie wollen ihrer materiellen Armut entfliehen und beginnen am Wettbewerb und somit am Aufstiegs- und Verdrängungskampf teilzunehmen.
Hierin liegt also die Ursache, die im Menschen das Bedürfnis nach Macht und Herrschaft erzeugt und den beschriebenen Sozialisationsprozeß nach den Rahmenbedingungen des Staates in Gang setzt.

3.3.2. Wille zur Herrschaftserweiterung

In der gesellschaftlichen Oberschicht besteht der Wille zur Herrschaftserweiterung weiter, obwohl die materiellen Ursachen als Antrieb entfallen. Denn ab einer bestimmten Stufe innerhalb der Gesellschaftsränge ist eine materielle Besserstellung kaum noch spürbar. Wie kommt es also dazu, daß das Handlungsziel zur "Eroberung der politischen Macht" in der Oberschicht erhalten bleibt, obwohl die reine materielle Besserstellung als Antrieb entfällt?

Für das Weiterwirken können wir den Willen zur Herrschaftserweiterung angeben, der durch den gesellschaftsdynamischen Sozialisationseffekt als Wille zur "Eroberung der politischen Macht" im Bewußtsein der Oberschicht stabilisiert wurde und in den Mittelpunkt ihres Denkens gerückt ist.

Die Anerkennung, das wachsende Ansehen und die Zunahme der Wertschätzung von der Gesellschaft, was insbesondere für die gruppendynamischen Abläufe bei den Gesellschaftsplanern zutrifft, sind Ansporn genug, um am weiteren Aufstiegskampf im Staat teilzunehmen. Über Anerkennung und Ansehen werden die

ohnehin schon deformierten Persönlichkeiten der oberen Herrschaftsschicht auf weitere Machteroberung normiert.

Dies ist innerhalb der Oberschicht ein "besonderer", interner, sich selbst verstärkender Verhaltensmechanismus, der eine erhebliche Persönlichkeitsprägung bewirkt. Diese Persönlichkeitsprägung wird hier zum eigentlichen Antrieb, so daß die Gesellschaftsplaner weiter um wirtschaftspolitischen Einfluß, Verfügungsgewalt und **Anerkennung** kämpfen.

Dies sind die Antriebe der Gesellschaftsdynamik, die zum totalitären Diktator als Privateigentümer von Wirtschaft und Staat führen.
Antriebsauslöser bleibt die materielle Schlechterstellung der unteren Gesellschaftsschichten. Diese unterliegen in ihrem Kampf um den Aufstieg der materiell bedingten Gefühls- und Verhaltensreflexprägung zur "Eroberung der politischen Macht". Auch hier gilt der von Marx erkannte Vorgang, daß unser materielles Sein in unserem Bewußtsein so tiefliegende Gefühls- und Verhaltensreflexe formt, daß wir in unserem unbewußten und unüberlegten Denken und Handeln immer nur unsere derzeitigen Gesellschaftsumstände reproduzieren werden. Mir ist schleierhaft, warum Marx ausgerechnet diesen Vorgang, den ich als "Sozialisationsprozeß des Staates" bezeichne, in bezug auf die Staatsapparate nicht erkannte und auf seine Vorstellung des 1. Schrittes in den autoritären Staatssozialismus beharrte?

In den monopolkapitalistischen "kommunistischen" Staaten sind die Mechanismen des Privateigentumsrechts zwar eingeschränkt worden, dennoch wurden die menschenfeindlichen Denk- und Verhaltensreflexmuster des Eigentumsrechtes aufrechterhalten. Dies wurde hier durch die Kopplung der materiellen Besserstellung mit dem gesellschaftlichen Aufstieg auf indirektem Wege ohne den Privatwirtschaftskapitalismus erreicht. Somit ist der ablaufende Gesellschaftsmechanismus zur "Eroberung der politischen Macht" im Staatsmonopolkapitalismus der "Kommunisten" der gleiche wie der im westlichen Weltwirtschaftskartell. Es ist sogar so, daß in allen Staatssystemen die Machtbedürfnisweckung bewußt beibehalten wird, um immer wieder neue begabte Staatsapparatsverwalter zur weiteren Herrschaftssicherung als "Topmanager" heranzuziehen!
Im demokratiefeindlichen "Sozialisationsprozeß der Staaten" besteht kein Unterschied. Der einzige Unterschied besteht in unserer Wahrnehmung, der durch unser gedankliches Abstraktionsvermögen hervorgerufen wird. Dieses gaukelt uns durch unsere Zuordnungsmuster eine andere Entstehungsgeschichte für die gleichen Gesellschaftsmechanismen vor.

Denn wachsende politische Verfügungsgewalt im Staat ist immer mit steigendem materiellen Reichtum verbunden, weil die politische Herrschaft die persönliche Verfügungsgewalt über den volkswirtschaftlichen Reichtum sowie die Umleitung in die eigene Kasse mit einschließt!

Schlußfolgernd für den staatsautoritären "Kommunismus" bedeutet dies:

Die Ursache für das Scheitern der Sozialen Revolution liegt im Staat und im Versuch, die soziale Umwälzung mit dem Mittel der Herrschaft zu erzwingen!

Der Staat entspringt der Eigentumslogik, so daß verkürzt gesagt werden kann:

Es ist unmöglich, den Kapitalismus - die Ursache - mit seiner eigenen Wirkung - den Staat - zu bekämpfen, da die Herrschenden immer über ihre wirtschaftliche Macht, und zwar mit dem Mittel der künstlichen Güterverknappung, ihre Führungsposition zu sichern versuchen.

Über die für jeden Monopolkapitalismus übliche künstliche Güterverknappung, die den Gesellschaftsplanern zur Herrschaftssicherung dient, wird immer das ideologische Bewußtsein der Privateigentumswirtschaft, vor allem als Handel zur Beseitigung des Mangels, wiederentstehen. In dieser Folge wird schließlich die Bevölkerung zum Zeitpunkt der schlimmsten Not in der Handelsfreiheit und der damit verbundenen Selbstbestimmung den ideologischen Ausgangspunkt für eine gegen die Herrschaft gerichtete Revolte oder Revolution finden.
Dies ist der "***Entwicklungszyklus von der Revolution zur Diktatur***"

3.4. Staatsentwicklungszyklus: Revolution - Diktatur

Formulieren wir aus den vorangegangenen Beschreibungen eine weiterreichende umfassendere These, die die von Privateigentum und Staat ausgehenden Gesellschaftsmechanismen angemessen wiedergibt.

Wie Sie sehen, ist der Staat in seinen Entwicklungszyklen nur ein Bestandteil der vielgestaltigen Erscheinungsformen des Eigentumsrechtes, so daß

wir auch vom "***Eigentumsentwicklungszyklus als Staatsentartungszyklus***" sprechen können.
Dieser Entwicklungszyklus beginnt mit der materiellen Schlechterstellung der unteren Gesellschaftsschichten, die bis zur totalen Armut reicht. Die am aufsteigenden Rang innerhalb der Gesellschaft geknüpfte Besserstellung ist der materielle Auslöser für den Kampf um den gesellschaftlichen Aufstieg. Hier beginnt für die untere Gesellschaftsschicht ein Sozialisationsprozeß, in dem gerade diese Gesellschaftsschicht in ihrem Denken und Handeln einer richtungsbestimmenden Prägung unterliegt!

Die von den Herrschenden durch den Staat erzeugten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind im allgemeinen nur ein Ausdruck des Privateigentumsrechts, wobei die Menge des persönlichen Privateigentums immer eng mit der Menge an "***Verfügungsgewalt über die Gesellschaft***" verbunden ist. Wirtschaftliche Macht und politische Herrschaft innerhalb von Staat und Gesellschaft sind Äußerungen der steigenden "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft", wobei sich die steigende Menge an Verfügungsgewalt und Privateigentum als Rückkopplung gegenseitig hervorrufen. Da die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" ihren ursprünglichen Ausgangspunkt im Privateigentumsrecht sowie im Handel findet und lediglich im Eigentumsentwicklungszyklus als Staatsform gewissen Veränderungen in seiner ideologischen Erscheinungsform unterliegt, ist die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" indirekt als formales Recht im Privateigentumsrecht enthalten, wobei sich dieses indirekte Recht jedoch erst durch den Handel entfalten kann!

> Das Privateigentum und die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" als wirtschaftliche Macht und politische Herrschaftsgewalt sind Wirkungen des Privateigentumsrechts, die sich ausgehend vom Handel gegenseitig immer bedingen und aneinander aufschaukeln werden!

Dieses "Aufschaukeln" verursacht einen Gesellschaftsmechanismus, der eine immer größere Zentralisation der wirtschaftlichen Macht und der politischen Herrschaftsgewalt bewirkt. Am Ende dieses Prozesses steht die totalitäre Diktatur des Staates, in der sich die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" auf einen Punkt zentralisiert und zum "Privateigentum" eines einzelnen wird.
Der Staat repräsentiert hier einen Apparat zur Sicherung und Durchsetzung dieses Eigentumsrechts, wobei das Verhalten im Umgang mit Sacheigentum auf die Verfügungsgewalt über den Staat und die Gesellschaft übertragen wird. Staat und Gesellschaft werden zum Eigentum eines einzelnen und die Gesellschaft zum hierarchisch durchstrukturierten Eigentum des Staates. Die Gesellschaft als Ganzes ist Staatseigentum, womit die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu Sklaven des Staates werden, sozusagen zu STAATSangeHÖRIGEN. Der Staat bleibt hier jedoch der Gewaltapparat, mit dem sich der Privateigentümer der Einpersonendiktatur seine Verfügungsgewalt über sein "Gesellschaftseigentum"

bewahrt. Hierbei wird die totalitäre Diktatur des Staates immer nur Ausdruck des höchsten Eigentumsentwicklungsziels von Privateigentumsrecht und Handel bleiben:

- DER SKLAVEREI -

In der totalitären Diktatur des Staates, die zwangsläufig aus diesem Eigentumsentwicklungszyklus hervorgehen muß, entsteht in der größten wirtschaftlichen Not der Selbstbefreiungswille der Bevölkerung als Ausgangspunkt einer jeden Revolution. Die Revolution ist gegen die totalitäre Diktatur des Staates gerichtet und will immer die Befreiung von dem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem der Einpersonendiktatur und dessen Herrschaftsapparaten. Der Alleinherrschaft folgt also die Revolution, der Revolution die Republik und dieser die Militärdiktatur.
Hier wird die Militärdiktatur, wegen ihrer Ähnlichkeit zum inneren hierarchischen Aufbau der Feudalgesellschaft, ein etwas ständedurchlässigeres Feudalsystem ohne ideologisch bedingtes Geburtsrecht und heißt deshalb Militärdiktatur. Alle theoretisch "unterschiedlichen Staatssysteme" werden vor allem wegen der durch den Staat gegebenen "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" am Endpunkt ihrer Entwicklung wieder eine totalitäre Einpersonendiktatur ausprägen, aus der durchaus ein Feudalsystem hervorgehen kann. Denn ein feudaler Staat ist in diesem Zusammenhang nur der Versuch der Herrschenden, ihre "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" so im ideologischen Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, daß die Bevölkerung die Vererbung der "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" an die Nachkommen als ideologisch bedingtes Geburtsrecht anerkennt.
Die Ursache ist der Staat, der erst den Anspruch der Herrschaft und den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" hervorbringt, so daß der Staat selbst die gesellschaftsdynamischen Abläufe der Freiheitsberaubung als Machtzentralisation in Gang setzt.

Die Ursache dafür, daß dieser "Eigentumsentwicklungszyklus als Staatsentartungszyklus" bis heute nur in ungenügender Weise erkannt wurde, liegt in der eingefärbten Wahrnehmung des Staates durch die Weltbilder und Situationserkennungsmuster unseres ideologischen Bewußtseins. Wir sehen Unterschiede in den Staatsentartungszyklen, weil uns unser ideologisches Bewußtsein andersgeartete Erklärungen und ideologische Begründungen für diese immer gleichen Vorgänge liefert, wodurch unsere Wahrnehmung von der Wirklichkeit erheblich verzerrt wird. Mit dieser Wahrnehmungsverzerrung sind die meisten unter uns

unfähig, die praktisch gleichen gesellschaftsdynamischen Abläufe zu erkennen, weil uns das ideologische Bewußtsein seine Erklärung für diese Abläufe schon immer vorwegnimmt. So kommt uns unser ideologisches Bewußtsein mit seinen Erklärungen zuvor und schneidet uns unseren gedanklichen Antrieb ab, selbständig Erklärungen für diese in allen Gesellschaftssystemen wiedererkennbaren Mechanismen durch ihren praktischen Vergleich aufzuspüren! Die meisten von uns werden so in ihren Denkmustern und scheinbaren Erklärungen ihres ideologischen Bewußtseins gefangen gehalten. Selbst die Wahrnehmung wird verzerrt, weil alles Wahrgenommene in die Erkennungsmuster unseres ideologischen Bewußtseins eingeordnet und alle unerklärbaren widersprüchlichen Vorfälle als Zufälligkeiten ausgeblendet und verdrängt werden.
Hiermit wird es nachvollziehbar, daß uns unser ideologisches Bewußtsein für die ehemals angeblich unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Ost und West andersartige Erklärungen und Befreiungsziele liefert, weil sich die Schlußfolgerungen unseres Denkens in der Erklärungslogik unseres ideologischen Bewußtseins bewegen und unser Denken in diesen Begriffsmustern gefangen ist. (Mehr zu den "Begriffsmustern des Denkens" in meinem 4.Band.)

Diesen Sachverhalt werde ich nun mit einem Vergleich der ideologischen Befreiungsziele im autoritären "Staatskommunismus" und der kapitalistischen Militärdiktatur belegen.

3.4.1. Befreiungsziel im "Staatskommunismus"

Der "Staatskommunismus" gibt vor, seine Bürger vor dem Kapitalismus schützen zu wollen und schränkt das Privateigentumsrecht so ein, daß die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zwischen den Bürgern unmöglich ist. Anstatt jedoch alles Eigentum nach kommunistischen Prinzipien zu vergesellschaftlichen, schuf die Kommunistische Partei das Staatseigentum und den Staatsmonopolkapitalismus, wobei nun allein die Staatsführung hierüber die Verfügungsgewalt ausübt.
Zudem setzte sich die intellektuelle Oberschicht der KP als Gesellschaftsplaner an die Spitze des Staates. Diese intellektuelle Oberschicht bildet im Staatskommunismus eine personelle Einheit mit der Planungsbehörde, womit sie über den Staat zum "Privateigentümer" und Monopolunternehmer wurde. Zwar verhindert sie über den Staat die Ausbeutung und Unterdrückung der Bürger untereinander, wird nun aber über die totalitäre Diktatur des Staates selbst zum Unterdrücker und Ausbeuter, da dies - wie schon beschrieben - im Staat über den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" mit zum Entwicklungsendpunkt des Staatsentartungszyklus gehört. Des weiteren wurde der Entartungsmechanismus des Staates hin zur Einpersonendiktatur durch die Konkurrenz mit anderen Wirt-

schaftszentren auf dem Weltmarkt, insbesondere mit dem westlichen Weltwirtschaftskartell, weiter verstärkt. Hiermit wurde der Staatskommunismus mit seinen Herrschaftsapparaten zum größten monopolkapitalistischen Sklaventreiber, an dessen Spitze ein Diktator (Generalsekretär) als "Privateigentümer" der "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" steht. Durch die rechtlich-ideologische Normierung des Verhaltens zwischen kommunistischem Parteiapparat und Gesellschaft sowie die bekannten Versuche verschiedener "Kommunisten", die politische "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" in "ihrem" Staat zum vererbbaren Gut zu erheben, werden die praktischen Parallelen zum Feudalsystem unverkennbar, wobei dieses kommunistische "Ständesystem" auf einer anderen ideologischen Rechtfertigung beruht.
Zum anderen garantiert der Staat jedem einzelnen Bürger sein Privateigentum, d.h. Konsumgüter in praktisch unbegrenzter Höhe, solange dieses Eigentum nicht zur Ausbeutung anderer Menschen verwendet wird. Die Ideologen des autoritären Kommunismus begehen hier ihren wesentlichsten praktischen Fehler:

1. Sorgen sie über den Staat für die Garantie des Privateigentums und nicht für die Bereitstellung der Güter nach den materiellen Bedürfnissen der Menschen!

2. Koppeln sie den Aufstieg innerhalb der gesellschaftlichen Rangordnung des Staates mit einer materiellen Besserstellung, womit sie für die Beibehaltung des am Privateigentum orientierten Standesdünkels sowie die geistig-materielle Logik der Privateigentumswirtschaft sorgen.

3. Reichen die von den Gesellschaftsplanern erzeugten materiellen Ungerechtigkeiten zur Herrschaftssicherung so weit, daß in der untersten Gesellschaftsschicht eine sehr große Armut herrscht. Zwar sorgt der Staat dafür, daß diese Menschen nicht verhungern, trotzdem bestimmen Armut und materieller Mangel das Leben dieser Menschen. Somit sind sie neben der staatlichen Versorgung gezwungen, durch Schwarzarbeit und Schwarzmarkt ihre Lebenssituation zu verbessern, womit die Grundzüge der Privateigentumswirtschaft in der Illegalität wiederentstehen.

4. Mit der Beibehaltung der materiellen Ungleichheiten zur Gesellschaftssteuerung durch Privateigentum und Geldwirtschaft sorgen die autoritären "Kommunisten" also selbst für das Wiederentstehen des (Schwarz-) Handels, so daß die Logik des Privatwirtschaftskapitalismus im Denken und Handeln der Menschen nicht nur erhalten, sondern zudem zur Beseitigung des materiellen Mangels als etwas Gutes verfestigt und eingeprägt wird. Hiermit schufen sich die autoritären "Kommunisten" die Privatwirtschaftskriminalität, die sie verfolgt und unter Strafe gestellt haben!

5. Schaffen die Gesellschaftsplaner des autoritären "Kommunismus" gerade hiermit die materiellen Ausgangsbedingungen, wegen der die untere Klasse gegen den staatskommunistischen Monopolkapitalismus aufbegehrt. Die Bevölkerung beginnt, durch ihren existentiellen Zwang zur illegalen Privateigentumswirtschaft ein Befreiungsziel in der Abschaffung des staatskommunistischen Monopolkapitalismus sowie in der Einführung des Privatwirtschaftskapitalismus zu erkennen und wird dies zunehmend als Revolutionsziel formulieren! Hiermit wird der Privatwirtschaftskapitalismus zum Ausdruck des Befreiungswillens, womit der Staatskommunismus selbst die Grundlagen seiner Auflösung und somit für einen neuen Staatsentwicklungszyklus legt.

Durch die Verstaatlichung, die Geldwirtschaft, die Privateigentumsgarantie und die güterwirtschaftlichen Versorgungsengpässe verursacht der "staatskommunistische Monopolkapitalismus" selbst das Aufbegehren gegen seine Ideologie und konserviert gleichzeitig die Logik der Privatwirtschaft! Mit der Armut und den materiellen Ungerechtigkeiten durch die Parteienherrschaft und deren totalitären Staatsdiktatur entsteht der Selbstbefreiungswille, dessen Ziel der Handel und das leistungsbezogene Arbeitsentgelt ist, so daß ein bewußtes Streben nach einer Privateigentumswirtschaft als Ausdruck dieses Befreiungswillens entsteht. Das ideologische Bewußtsein der Menschen in der unteren Klasse sieht somit nicht die wirkliche Ursache ihrer materiellen Ausbeutung und Unterdrückung, die im Eigentumsentwicklungszyklus und dessen jeweilige Erscheinungsform im Staat und schließlich in den vom Staat verursachten gesellschaftsdynamischen Entwicklungsmechanismen zu suchen ist. Nein. Der Selbstbefreiungswille der Menschen erkennt in der verbotenen Privateigentumswirtschaft sein Befreiungsziel, weil die Menschen durch den Schwarzhandel erst ein menschenwürdiges Dasein fristen können und ihr ideologisches Bewußtsein in der Unterdrükkung des Privatwirtschaftskapitalismus die Ursache ihres Leidens entdeckt.

Mit der Beibehaltung des Staates zur Durchsetzung des "Kommunismus" begehen die staatsautoritären Kommunisten einen schwerwiegenden Fehler! Dieser ist so schwerwiegend, daß er in seinem Ergebnis das Entstehen des kommunistischen Endziels ausschließt:

Der Staat macht die willentliche Vergesellschaftlichung des Eigentums sowie dessen basisdemokratische Verwaltung durch alle Produzenten und Verbraucher unmöglich, da selbst der Staat in all seinen Erscheinungsformen nur einen Ausdruck der jeweiligen Eigentumsverdichtung darstellt und somit dem einzelnen Menschen die Selbstgestaltungsrechte seiner Umwelt entzieht. Der Staat schürt innerhalb der Gesellschaft nicht nur den Willen zur Wiedereinrichtung der Privateigentumswirtschaft, sondern er ruft Bestechung, Veruntreuung und Schwarzmarkthandel selbst hervor, weil "der Staat" zur Erhaltung seiner "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" zur künstlichen Verknappung der Güter und somit zum Mittel der materiellen Ungleichbehandlung seiner Bürger greift. Die in diesem System Kämpfenden erkennen durch ihr ideologisches Bewußtsein nicht die wahren Ursachen ihrer Ausbeutung und Unterdrückung, die im Staat als eine Erscheinungsform des vom Handel ausgehenden Privateigentumsrechts zu suchen sind. Die Ursache ist der Staat, der wegen der "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" und der hiermit in Gang gesetzten Gesellschaftsdynamik immer wieder nur ein feudales Staats- und Ständesystem reproduzieren kann.

Mit diesen Darstellungen werden z.B. auch die Forderungen der chinesischen Studenten von 1989 nach Demokratie und wirtschaftlichen Reformen sowie der Bestrafung von Regierungs- und Behördenkorruption in ihrer gesamten historischen Dimension verständlich. Sie standen gegen die totalitäre Diktatur des Staates auf. "Der Staat" konnte letzten Endes nur in totalitärer Staatsmanier antworten, indem "er" alles niedermetzelte, was sich "ihm" in den Weg stellte. Die staatskommunistischen Gesellschaftsplaner bedienten sich hier nur der Mittel des Staates, indem sie in alt bewehrter Weise die Staatsgewalt zum Massakrieren der Opposition einsetzten.

CHINA

Lauer Wind

In den armen Zentralprovinzen am Gelben Fluss wächst der Hass auf die korrupte KP.

Schuld daran sind nicht nur Naturkatastrophen wie die Dürre in Shaanxi oder die jüngsten Überschwemmungen am Jangtse: Trotz aller Beschwörungen über die „unverbrüchliche Einheit" zwischen Partei und Volksmassen, mit denen die KP ihren Kongress derzeit propagandistisch einläutet, hat sich eine tiefe Kluft aufgetan zwischen denen da unten und denen da oben.

„Mit uns hat der Parteitag nichts zu tun. Wir sind einfache Leute. Wir sorgen uns nur darum, ob wir Kleidung, Nahrung und das Schulgeld bezahlen können", sagt ein Gastwirt, der ein kleines Restaurant an den Wasserfällen des Gelben Flusses stromabwärts bei der Stadt Hukou betreibt. „Ob ein Jiang Zemin oder ein Hu Jintao Parteichef wird: Für uns ändert sich nichts", sagt auch ein Arbeiter in der früheren Revolutionsmetropole Yan'an.

Nach Ansicht der Bauern tragen viele KP-Genossen eine gehörige Portion Mitschuld an ihrer Misere. Hilfsgelder aus Peking, so munkeln sie, landen nicht bei den Ärmsten, sondern in den Taschen lokaler Funktionäre. Und anstatt Bewässerungskanäle, Kliniken und Schulen zu bauen, kaufen sich Kader protzige Dienstwagen und errichten luxuriöse Amtsgebäude, wo sie Freunde und Verwandte mit einträglichen Staatsjobs versorgen.

Zudem pressen die „kleinen Diktatoren" der Landbevölkerung zu viele Steuern und Gebühren ab. „Wir müssen für alles Mögliche bezahlen", klagt Bäuerin Wang Mei, 40, die mit ihrem Mann einen kleinen Hof auf einer braunen Terrasse in windiger Höhe am Gelben Fluss bewirtschaftet. „Mal sind es 30 Yuan, mal 50." Wang: „Wir leben von der Hand in den Mund."

Die zerklüfteten Lösshänge am Gelben Fluss – der als „Mutter der Nation" gepriesene Strom, an dessen Ufer der legendäre Gelbe Kaiser herrschte – gehören zu den rückständigsten Regionen Chinas. Eines der „größten Hindernisse für die Entwicklung" seien die Funktionäre vor Ort, sagt der Schriftsteller und Unternehmer Zhang Xianliang, 65, aus dem Gebiet Ningxia, der mit seinen Romanen über Chinas Arbeitslager bekannt geworden ist. Die Bonzen seien in der Regel konservativ und schlecht qualifiziert, „sie kennen nur die Macht, aber nicht das Recht".

Verwunderlich ist dies nicht: Die Vorgesetzten in Peking sind schlechte Vorbilder. Trotz ihres Versprechens, auf dem 16. Parteitag ihre Posten an Jüngere abzugeben und damit erstmals in der Geschichte der Volksrepublik einen reibungslosen Wechsel zu bewerkstelligen, klammert sich die alte Garde an Amt und Würden.

So will Parteichef Jiang Zemin – obwohl schon 76 Jahre alt – zumindest für eine Übergangszeit weiter die KP, die mächtige Militärkommission und das für die Taiwan-Politik verantwortliche Gremium führen, heißt es in Peking. Allenfalls das Amt des Staatspräsidenten mag er KP-Kronprinz Hu Jintao, 59, überlassen.

Jiang fürchtet offenbar, dass sich die Genossen ohne ihn schnell wieder von seiner Theorie der „Drei Repräsentationen" verabschieden, die er im November sogar ins Parteistatut schreiben lassen will. Um den Genossen eine breitere Machtbasis zu verschaffen, soll sie in Zukunft die „fortschrittlichen Produktivkräfte, die progressive Kultur und die fundamentalen Interessen des Volkes" vertreten. Im Klartext heißt das: Die KP will in dem von ihr praktizierten Kapitalismus nicht mehr nur die Partei der Arbeiter, Bauern und Soldaten, sondern auch der privaten Unternehmer und der wachsenden Mittelklasse sein.

Schon bläst Jiang der Wind heftig ins Gesicht; Linke wie Liberale fühlen sich verraten. Heftige Kritik äußerte jetzt Bao Tong, 66, früher Sekretär des vor dem Tiananmen-Massaker 1989 gestürzten Parteichefs Zhao Ziyang: Jiangs Theorie sei nicht der Beginn einer neuen Epoche, sondern sie gleiche einer „sterbenden Krähe auf einem trockenen Ast im Sonnenuntergang". Denn längst sei die KP „eine Partei der Reichen und Mächtigen geworden", klagte er in einem Essay, den er trotz strenger Überwachung an Gleichgesinnte verschicken konnte. Das Regime, so Bao, unterdrücke systematisch die Interessen der Bevölkerungsmehrheit: die von Arbeitern, Erwerbslosen und Bauern.

Beispiel Zizhou, eine Kleinstadt in der Nähe des Gelben Flusses: In dem Provinznest scheint die Zeit in den siebziger Jahren stehen geblieben zu sein. Die Bewohner leben in grauen Mietskasernen, das staatliche Kaufhaus ist längst geschlossen. Der Kulturpalast, einst Hort revolutionärer Opern, verstaubt. Das ungewöhnlich große neue Polizeipräsidium des Ortes deutet darauf hin, dass in Zizhou etwas nicht in Ordnung ist. Und tatsächlich: Vor wenigen Jahren haben sich die Bauern gegen die Partei aufgelehnt.

Zu unverschämt waren die Kader bei der Suche nach neuen Einnahmequellen geworden und hatten immer neue Steuern und Abgaben erfunden: für das Grasen von Ziegen, das Füttern von Eseln, für das Anpflanzen von Apfelbäumen, für die Stadtplanung, Milizen, Armee, Geburtenkontrolle und Straßenpflege.

Das Unerhörte geschah. Mit Hilfe von Rechtsanwälten, Lehrern und Journalisten erzwangen die Bauern in der nahe gelegenen Bezirkshauptstadt Yulin ein Gerichtsurteil, das die Abgabenlast halbierte. Doch für die friedliche Revolte, der sich zeitweise Tausende Bauern anschlossen, musste einer bezahlen: Der Lehrer Ma Wenlin, der die Bauern beraten hatte, landete wegen „Störung der sozialen Ordnung" für fünf Jahre hinter Gittern.

Der Spiegel; 36/2002; S.80f.

XC-E1

3.4.2. Befreiungsziel in der Militärdiktatur

Die kapitalistische Militärdiktatur gleicht in ihrem Herrschaftsgefüge auch dem absolutistischen Ständesystem. Der Diktator steht an der Spitze des Staates und stützt sich auf eine ihm untergeordnete herrschende Gesellschaftsoberschicht, durch die er seine Herrschaftsgewalt über alle Rangfolgeorganisationen des Staates ausübt. Befreiung heißt auch für die Bevölkerung in einer Militärdiktatur das Abkoppeln vom Militärdiktator, also von der Einpersonendiktatur und dessen Herrschaftsapparaten. Durch seine Staatsapparate preßt dieser Alleinherrscher die gesamte Wirtschaft durch überhöhte Steuern und andere Abgaben aus. Er kontrolliert über seine Staatsapparate die gesamten Lebensäußerungen von Gesellschaft und Wirtschaft und ist derjenige, der die totale Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung veranlaßt. Ein praktischer Unterschied im Rangordnungsgefüge des Staates sowie der praktischen materiellen Ausbeutung und Unterdrückung der Gesellschaft ist weder zum Gesellschaftsgefüge des absolutistischen Staatssystems noch zum praktischen Endprodukt des staatsautoritären "Kommunismus" zu erkennen.

Das praktische Befreiungsziel heißt auch in der Militärdiktatur die Befreiung von der monopolkapitalistischen, totalitär kontrollierten Wirtschaft und Gesellschaft, die hier der Diktator für seine Ziele ausbeutet. In der kapitalistischen Militärdiktatur besitzt der Diktator wie ein Privateigentümer die totale "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft", die er über den Staat als sein "Privateigentum" ausübt. Befreiung heißt hier mehr Bewegungsfreiheit, die sich als ein freier, von niemanden überwachter Privatwirtschaftskapitalismus äußert.

Im ideologischen Bewußtsein der unteren Schichten wird dies als ein Befreiungswille hin zur demokratischen Selbstbestimmung, die die Befreiung von der totalen Ausbeutung und Unterdrückung des Diktators miteinschließt, wahrgenommen und schließlich auch so formuliert. Der Privatwirtschaftskapitalismus kann nicht im ideologischen Bewußtsein als erstrebenswertes Ziel und Ausdruck der Befreiung formuliert werden, weil es nicht zum ideologischen Ziel der Militärdiktatur gehört, den Privatwirtschaftskapitalismus abzuschaffen und an seiner Stelle den monopolkapitalistischen "Sozialismus" einzuführen. Militärdiktator und Diktatur lähmen mit ihrer totalen Kontrolle und Ausbeutung bestenfalls die Wirtschaft wie ein Störenfried! Dies wird von der Bevölkerung nur als böswillige Unterdrückung der Menschenrechte empfunden, nicht aber als bewußte Einführung des Monopolkapitalismus oder gar des staatsautoritären "Kommunismus". Die Bevölkerung kann dies nicht als ideologisch bedingte Einführung des Monopolkapitalismus erkennen, weil dies nicht ideologisches Ziel der kapitalistischen Militärdiktatur ist!

Sie gelangt zur Annahme, daß diese praktisch gleichartige Entartung zum Monopolkapitalismus und somit zur totalitären Diktatur des Staates nur am Diktator mit seiner ungerechten Herrschaftsausübung liegt. Sie glaubt, daß mit einem an-

deren "gerechteren Herrscher" oder einer anderen demokratischeren Regierung (die sie beherrscht) dieses "Phänomen" verschwinden wird. Hier erkennt die Bevölkerung nicht den durch das Eigentum bedingten Staatsentwicklungszyklus zum Monopolkapitalismus und zur totalitären Diktatur des Staates, sondern sieht nur einen Diktator, den es durch eine bessere Regierung auszutauschen gilt! Das einseitig verteilte Eigentum an Grund und Boden sowie an den Produktionsmitteln, welches durch die wirtschaftliche Macht die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" und somit die Entstehung der totalitären Diktatur des Staates verursacht, wird nur von einer Minderheit erkannt.
Obwohl in den praktischen Wirkungen und Erscheinungsformen kein Unterschied zum staatskommunistischen Monopolkapitalismus zu entdecken ist, erkennt das ideologische Bewußtsein nur den Willen zur Selbstbestimmung und die Befreiung von der totalen Ausbeutung und Unterdrückung des Diktators. Hiermit ist gleichzeitig die Wiedereinführung der freien, unkontrollierten Privateigentumswirtschaft verbunden, wobei der Privatwirtschaftskapitalismus als bewußtes Befreiungsstreben und Entwicklungsziel im ideologischen Bewußtsein der Mehrheit nicht wahrgenommen und formuliert, sondern als selbstverständliche Nebensächlichkeit vorausgesetzt wird.

3.4.3. Befreiungsziel im Absolutismus

Das ideologisch bedingte Befreiungsziel aus dem absolutistischen Feudalismus wurde von mir in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben und gleicht wohl am meisten dem ideologisch bedingten Befreiungsziel aus dem Staatskommunismus. Marx, der die ideologisch bedingte Ursache für das Scheitern der Französischen Revolution sehr gut analysierte, übersah leider den "Eigentumsentwicklungszyklus als Staatsentartungszyklus".

3.4.4. Gleichartigkeit der praktischen Befreiungsziele

Das praktische Befreiungsziel in den ideologisch unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ist somit gleich und mündet in der bürgerlichen Ideologie. Denn die praktische Gesellschaftsdynamik dieser theoretisch extrem unterschiedlichen Gesellschaftsideologien (Privatwirtschaftskapitalismus; Staatsmonopolkapitalismus der autoritären "Kommunisten") mündet gerade wegen der vom Staat verursachten Gesellschaftsmechanismen in der praktisch gleichen to-

talitären Diktatur des Staates, welche eine Rangordnung sowie eine an den Rang geknüpfte materielle Besserstellung mit einschließt.
Aus den erkannten Gesellschaftsmechanismen läßt sich verallgemeinert ableiten:

Revolution, Privatwirtschaftskapitalismus, materielle Ausbeutung, Unterdrückung, Staat, totalitäre Diktatur des Staates und Revolution entspringen demselben Eigentumsentwicklungszyklus.

Der Staat ist eine Wirkung von Handel und Eigentumsrecht, der als Endergebnis des Eigentumsentwicklungszyklus die Form einer totalitären Diktatur annimmt.
Aus dem Eigentumsansammlungsprozeß des Privatwirtschaftskapitalismus entwickelte sich das absolutistische Feudalsystem. Seine Gesellschaftsstruktur war und ist der absolute Höhe- und Ruhepunkt der Staatsentwicklung, in der die materielle Ausbeutung und Unterdrückung im Auftrag eines totalitären Alleinherrschers erfolgt, der durch den Staat eine absolute "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" erlangt hat. Dieser wird zum "Privateigentümer" des Gesellschaftseigentums mit sich überlappenden Eigentumsverhältnissen, die der Verfügungsgewalt des Staates untergeordnet werden, und der Gesellschaft, in der die Menschen sklavische Untertanen und Hörige des Staates sind. Am Ende jeder Staatsentwicklung steht die Diktatur eines Gesellschaftsplaners durch den Staat, da im Staat die "Eroberung der politischen Macht" solange weitergeht, bis alle Konkurrenten ausgestochen sind und die Einpersonendiktatur als Höhepunkt erreicht ist. Dieser "Privateigentümer" oder "Monarch" besitzt die absolute "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" und ihr Eigentum. Der totalitäre Diktatur des Staates bildet eine personelle Einheit mit dem Diktator, wobei es das höchste Entwicklungsziel seiner Herrschaft ist, im Staat eine ideologisch bedingte Ständeordnung zum Schutz seiner "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" und Ausbeutung der Bevölkerung zu errichten. Somit kann aus der Diktatur des Staates immer wieder eine feudale Diktatur hervorgehen, da der Staat wieder selbst zur Ursache aller Eigentums-, Herrschafts- und Machtmechanismen wird.

Denn "der Staat" muß zur Aufrechterhaltung seines eigenen hierarchischen Herrschaftsgefüges materielle Ungleichheiten schaffen und als Privateigentumsrecht schützen!

Dies ist das tatsächliche Wesen des Staates, das überall aus allen Staatsgeschichten herauszulesen ist. Der Staat kann sich auf Dauer nur zum absolutisti-

schen System entwickeln, weil sich "der Staat" zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Herrschaftsstruktur immer der materiellen Ungleichheit bedient, diese als Privateigentumsrecht schützt und die Gesellschaftsplaner nach und nach ein personelles erbliches Herrschaftsgefüge im ideologischen Bewußtsein der Bevölkerung als Geburtsrecht zu verankern versuchen. Denn der absolutistische Staat wurde einst als Mittel zur Herrschaft und Ausbeutung der Gesellschaft von einer kleinen kapitalen Oberschicht geschaffen, so daß es nicht verwunderlich ist, daß sich ein Staatssystem nach jeder Revolution zur Diktatur entwickelt, weil dies nicht nur sein Entwicklungsendpunkt, sondern auch der einzige, tatsächliche Zweck des Staates ist! Dies ist der Grund, warum sich ein Staat zur Diktatur entwickelt. Er kehrt lediglich zu seinem eigentlichen Sinn und Zweck zurück.

Zugleich finden wir in diesem Entwicklungsziel den Ausgangspunkt jeder Befreiungsbewegung, wobei das Befreiungsziel ein Aufbegehren gegen dieses totalitäre Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem ist. Ziel dieser Befreiungsbewegung wird immer die Niederwerfung des Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems sein, welches im Diktator und seinen Herrschaftsapparaten personifiziert wird. Das Ganze mündet zum Zeitpunkt der schlimmsten Not und Dekadenz der Gesellschaftsplaner in der Revolution, die keine grundsätzliche Umwälzung der Gesellschaft sein muß. Diese Revolution kann durchaus der im heutigen bürgerlichen Sprachgebrauch gemeinte Aufstand sein, der nur eine Entledigung vom Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem sowie vom Diktator bedeutet und von der Bevölkerung als Selbstbefreiung empfunden wird. Hiermit ist der Kreis aller staatlichen Entartungsmechanismen und aller Revolutionen gegen Sklaverei, Unterdrückung und Ausbeutung als der endlos wiederkehrende Staatsentartungszyklus geschlossen.

Zur speziellen Kritik der Ideologie des staatsautoritären "Kommunismus" muß angefügt werden, daß die autoritären Kommunisten nur den Eigentumsentwicklungszyklus verkürzten und direkt eine durch die Gesellschaftsplaner repräsentierte Planungsbehörde zur zentralen Planwirtschaft bildeten. Sie wollten doch tatsächlich eine Ursache - Eigentum und Handel - mit seiner eigenen Wirkung - den Staat - bekämpfen. Am Beispiel des autoritären "Kommunismus" lehrt uns also die Geschichte, daß Handel und Eigentumsrecht unmöglich mit seiner eigenen Wirkung - dem Staat -, so wie es die autoritären "Kommunisten" beabsichtigten, bekämpft werden können, weil die totalitäre Diktatur des Staates am Ende eines jeden Eigentumsentwicklungszyklus steht. Die Geschichte selbst bestä-

tigt also die Annahme, daß der Staatsentartungszyklus, der ausgehend von der Revolution über die Republik zur totalitären Diktatur führt, nur eine äußerliche Erscheinungsform des Eigentumsentwicklungszyklus ist, wobei die Privatwirtschaft in der totalitären Diktatur durch die absolute "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" in den Hintergrund gedrängt wird und über die Revolution "wieder zur vollen Geltung und Entfaltung gelangen will". Die totalitäre Diktatur des Staates kann also nur als der Ausgangspunkt aller weiteren bürgerlichen Revolutionen angesehen werden!

> Wird der Versuch zur Abschaffung von Eigentumsrecht und Handel mit dem Mittel des Staates verbunden, so ist es wegen der ungeheueren Machtfülle in den Händen weniger und den entstehenden Herrschaftsmechanismen völlig logisch, daß das Staatssystem zur Diktatur entartet und die erneut einsetzende Revolutionsbestrebung das Wiederherstellen der Privateigentumswirtschaft als Befreiungsziel formuliert.

D.h., daß auch hier die Ursache nicht mit ihrer eigenen Wirkung bekämpft werden kann, weil Wirkung und Ursache sich gegenseitig bedingen und die Wirkung ihre eigene Ursache immer wieder hervorrufen wird. Den besten Beweis hierfür liefern uns die "kommunistischen Staaten" mit ihrem mißglückten und verzweifelten Versuch zur Abschaffung des Kapitalismus.

Doch was bedeutet dieser Staatsentwicklungszyklus für uns, die, wie wir, in den Industrienationen des westlichen Weltwirtschaftskartells leben?
Ganz einfach. Die westlichen Industrienationen befinden sich irgendwo auf dem Weg von der "demokratischen" Republik zur totalitären Diktatur des Staates, wobei die Strategie der Loyalitätserhaltung, die innerhalb der Industrienationen auch zur Eindämmung der staatskommunistischen Weltrevolutionsideologie verwandt wurde, auf die Staatsentartung hemmend und verzögernd wirkt.

3.4.5. Innere Dynamik eines Handelsraumes

Kommen wir nun zu einer Erklärung, die die Überlegungen zum Zyklus der Eigentumsentwicklung in seinen vielgestaltigen Erscheinungsformen im Staat zulassen. Kommen wir zu den Vorgängen, die für das Entstehen von blühenden Hochkulturen und deren Niedergang als Staatsentartungszyklus verantwortlich sind.

In jedem Handelsraum entstehen zur Verteidigung des Eigentums hierarchisch strukturierte Zusammenschlüsse, aus denen zur Sicherung des Handels und der

hieraus erwachsenden wirtschaftlichen Macht die politische Struktur des Staates samt seiner Herrschaftsapparate hervorgeht. Es entsteht der Staat zur Herrschaft über die eigene Gesellschaft (wobei früher die Gesellschaften oft in Sklaven und Herren aufgeteilt waren und nicht wie heute in Besitzlose und Kapitaleigner, weil sich die ideologische Erscheinungsform der Verfügungsgewalt über die Gesellschaft verändert hat) und zur Sicherung des eigenen Handelsgebietes gegenüber äußeren Feinden, die liebend gern über die Ausdehnung ihres politischen Herrschaftsbereiches ihre Gewinne durch zugewonnene Handelsgebiete und damit wachsenden Steuereinnahmen vergrößern würden.
Die Kampfkraft, mit der ein Staat sein Handelsgebiet verteidigen kann, ist abhängig von seiner geographischen Lage, wird aber im wesentlichen von seiner wirtschaftlichen Macht bestimmt. Denn je größer die wirtschaftliche Leistungskraft eines Handelsgebietes ist, desto größer sind die Mengen an Eigentum, die sich in diesem Handelsgebiet durch den Handel als Zahlungsmittel ansammeln und desto mehr Mittel können für die Militärgewalt des Staates - zur Durchsetzung des politischen Herrschaftsanspruches der Gesellschaftsplaner auf ein Handelsgebiet - freigestellt werden, ohne daß der Handel und die Attraktivität des Handelsgebietes Schaden leidet. D.h., die wirtschaftliche Macht bestimmt im wesentlichen die Kampfkraft eines Staates, mit der er nicht nur seinen Herrschaftsbereich verteidigt, sondern mit der die Gesellschaftsplaner auch gedenken, zur eigenen Gewinnsteigerung ihren politischen Herrschaftsbereich auf andere Gebiete des umliegenden Handelsraumes zu erweitern. Zudem wird durch die Ausdehnung eines politischen Herrschaftsbereiches die wirtschaftliche Macht eines Staates anwachsen, da der kontrollierte Handelsraum an Größe zunimmt und somit auch die sich durch den Handel ansammelnden Eigentumsmengen als Zahlungsmittel.
Ein ***politischer Herrschaftsbereich*** muß jedoch kein einzelner Staat sein. Er kann auch als Bündnissystem verschiedener Staaten oder als Staat mit untergeordneten wirtschaftlichen und/oder politischen Kolonien auftreten.

Sind in einem Handelsraum mehrere Staaten vorhanden, die miteinander konkurrieren, so entsteht in den verschiedenen politischen Herrschaftsbereichen eine gewisse Freiheit für das Individuum, aus der eine liberale Grundstimmung innerhalb der Bevölkerung dieses Herrschaftsbereiches hervorgeht. Die Gesellschaftsplaner der verschiedenen politischen Herrschaftsbereiche versuchen nun durch eine liberale Grundstimmung, die führenden Gesellschaftskräfte (z.B. geistige Führer) in ihrem Handelsgebiet zu sammeln, um durch den Freiheitswillen dieser Menschen andere Herrschaftsbereiche zu destabilisieren und/oder um durch deren geistig-technischen Impulse eine Überlegenheit in der wirtschaftlichen Macht gegenüber anderen politischen Herrschaftsbereichen zu erlangen.

Fällt die wirtschaftliche Leistungskraft eines von einem Herrschaftsbereich umschlossenen Handelsgebietes ab, werden Freiheit und liberale Grundstimmung eingeschränkt, so daß in diesem Herrschaftsbereich die totalitäre Diktatur des Staates entsteht. Denn die Konkurrenz der politischen Herrschaftsbereiche

um die Kontrolle und Ausbeutung eines Handelsraumes durch die Gesellschaftsplaner besteht weiter.
Um in dieser Konkurrenz bestehen zu können, müssen die Gesellschaftsplaner auch weiterhin Mittel zur Erhaltung der Militärgewalt ihrer Staaten abführen, die sie natürlich dem Handel als einbehaltenen Mehrwert entziehen. D.h., daß der Ausbeutungsgrad der Bevölkerung in dem Herrschaftsbereich, der ein wirtschaftlich nicht so leistungsfähiges Handelsgebiet umschließt, wesentlich höher ausfallen wird als der, der ein wirtschaftlich leistungskräftigeres Handelsgebiet umfaßt. Die Folge ist, daß in Herrschaftsbereichen mit einem nicht so leistungsfähigen Handelsgebiet eine erheblich stärkere Verarmung und Verelendung durch eine größere Ausbeutung der Bevölkerung verursacht wird als in Herrschaftsbereichen mit einem leistungsstarken Handelsgebiet, so daß in den armen Staaten Unmut, Unwille und Widerstand wachsen.
Zur Aufrechterhaltung ihrer Verfügungsgewalt über die Gesellschaft greifen die Gesellschaftsplaner armer Staaten nun zum Mittel der Unterdrückung, mit der sie die kritischen Stimmen, die sich gegen die fortgesetzte Ausbeutung erheben, zum Schweigen bringen bzw. verfolgen und schließlich ausrotten. Es entsteht die totalitäre Diktatur des Staates, in der auch die Diktatur der Gesellschaftsplaner durch eine Einpersonendiktatur abgelöst werden kann, in deren politischen Herrschaftsbereich es wegen der geistigen Unfreiheit zu einer gesellschaftlichen Erstarrung kommt, die den technologischen Fortschritt verlangsamt, zum Stillstand bringt oder vielleicht sogar einen technologischen Rückschritt hervorruft.
In dieser Folge verstärken sich wirtschaftliche Schwächung, Ausbeutung und Unterdrückung, was einen steigenden Widerstand der Bevölkerung hervorruft und zu einem Aufstand gegen die Gesellschaftsplaner, zu einer Eroberung des Handelsgebietes durch die Gesellschaftsplaner eines Herrschaftsbereiches mit einer leistungsfähigeren Wirtschaft oder zur Einsetzung einer fremden Planungsbehörde (Herrschaftshaus, -schicht) führen kann, so daß der schwächere Herrschaftsbereich zu einer Kolonie des stärkeren abgestuft wird.

In diesem Zusammenhang steht das schon angeschnittene Entstehen der Freiheit und der liberalen Grundstimmung innerhalb eines wirtschaftlich stärkeren Herrschaftsbereiches. Die Gesellschaftsplaner wirtschaftlich stärkerer Herrschaftsbereiche müssen die Ausbeutungsrate der Bevölkerung nicht hochschrauben, so daß hier die Menschen in einem höherem Reichtum leben als die in wirtschaftlich schwächeren Herrschaftsbereichen. D.h., daß es sich die Gesellschaftsplaner wirtschaftlich stärkerer Herrschaftsbereiche leisten können, Kritik zu erdulden, da die Bevölkerung nicht die Möglichkeit des Ausweichens in einem wirtschaftlich stärkeren und somit liberaleren Herrschaftsbereich besitzt.
Gleichzeitig erzielen die Gesellschaftsplaner durch eine liberalere Grundstimmung und der hiermit verbundenen geistigen Freiheit den Nutzen, daß feste Bildungsstrukturen entstehen, in denen neue Fertigungstechniken für Bauwerke, Transportmittel, Produktion, etc. zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungs-

kraft und neue Waffen zur Vergrößerung der militärischen Kampfkraft entwikkelt werden.
Zum anderen setzen die Gesellschaftsplaner Freiheit und liberalere Grundstimmung innerhalb ihres Herrschaftsbereiches als Waffe gegen wirtschaftlich schwächere Herrschaftsbereiche ein, in denen die totalitäre Diktatur des Staates voll im Gange ist, um den Freiheitswillen der Menschen dieser Herrschaftsbereiche auf ihr Staatsgebiet zu vereinen und die Ausdehnung ihrer Herrschaft - durch eine Eroberung und Eingliederung ins eigene Herrschaftsgebiet oder eine Erhebung zur wirtschaftlichen bzw. politischen Kolonie - vorzubereiten. Dies ist die ***innere Dynamik eines Handelsraumes***, in der der Eigentumsentwicklungszyklus und der Staatsentwicklungszyklus mit allen Erscheinungsformen des Staates eingebettet ist und an deren Ende ein Staat als Herrschaftsgebiet steht, der einen abgeschlossenen Handelsraum vollständig umschließt.

Die Größe eines ***abgeschlossenen Handelsraumes*** wird von der geographischen Lage (Wüsten, Gebirge, Meere, usw.) bestimmt, vor allem aber vom Stand der Technik, der dem jeweiligen Kulturkreis zur Verfügung steht. Dauert die Nachrichtenübermittlung, der Transport von Gütern oder Truppen zu lange, so zerfällt ein politisches Herrschaftsgebiet, das sich über die Grenzen eines abgeschlossenen Handelsraumes ausweitete, in kleinere Herrschaftsgebiete, wobei die maximale Ausdehnung eines politischen Herrschaftsgebietes am Stand der zur Verfügung stehenden Technik und Transportmittel angelehnt und die maximale Ausdehnung eines Herrschaftsgebietes mit einem abgeschlossenen Handelsraum gleichzusetzen ist. D.h., wenn sich ein politischer Herrschaftsbereich über die Grenzen seines abgeschlossenen Handelsraumes ausweitet und die Nachrichtenübermittlung und der Transport von Truppen zuviel Zeit beanspruchen, werden die informellen Gruppen der Planungsbehörde am Rande eines Herrschaftsgebietes immer versuchen, sich als Gesellschaftsplaner eines neuen politischen Herrschaftsgebietes aufzuschwingen, so daß ein neuer Staat entsteht.

Der Zeitpunkt, zu dem ein politisches Herrschaftsgebiet die maximale Ausdehnung seines abgeschlossenen Handelsraumes erreicht, wird in der Geschichtsschreibung im allgemeinen als der Höhepunkt einer Hochkultur bezeichnet. Mit diesem Höhepunkt einer Hochkultur beginnt nun die Entwicklung hin zur Einpersonendiktatur, der totalitären Diktatur des Staates und somit der Erstarrungsprozeß der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen.
Die informellen Gruppen der Planungsbehörde am Rande des Herrschaftsgebietes versuchen sich immer wieder abzuspalten und sich selbst als Gesellschaftsplaner eines neuen politischen Herrschaftsgebietes aufzuschwingen. Sie versuchen hierzu, den Unmut, den Unwillen und den Widerstand, der sich aus der Ausbeutung der Bevölkerung ergibt, für ihre Zwecke zu nutzen. Es entsteht ein Ringen der informellen Gruppen innerhalb der Gesellschaftsplaner um die absolute Herrschaftsgewalt, wobei die Gruppe, die die Oberhand behält, jeden Wi-

derstand im Keime erstickt und beseitigt. D.h., daß sie auch jede Kritik, die zu einem Widerstand aus den unteren Gesellschaftsschichten führen könnte, aufzuspüren versucht und die Kritiker bedingungslos verfolgt und vernichtet.
Dies ist der Entwicklungsprozeß, der in jeder Hochkultur - wegen dem Eigentumsentwicklungszyklus und der Verfügungsgewalt über die Gesellschaft - zur Einpersonendiktatur, zur totalitären Diktatur des Staates und zur ***Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen*** führt.

In dieser Folge kristallisiert die Einpersonendiktatur mit einer absoluten Verfügungsgewalt über die Gesellschaft, in der die herrschende Schicht versucht, ihre Verfügungsgewalt über die Gesellschaft im ideologischen Bewußtsein der Bevölkerung mit einem rechtlich-ideologischen Fundament zu verankern, so daß die Bevölkerung die Vererbung der Verfügungsgewalt über die Gesellschaft an die Nachkommen der herrschenden Schicht als ideologisch bedingtes Geburtsrecht anerkennt (siehe z.B. Entwicklung des Hinduismus und absolutistischen Feudalismus).
Gleichzeitig beginnt der Niedergang der Hochkultur, der in der Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen begründet liegt. Die Erstarrung hat eine Einschränkung der geistigen Freiheit zur Folge, die in einer Verfolgung und schließlich sogar in einer Ausrottung der geistigen Eliten münden kann, auf jeden Fall aber die Beseitigung bestimmter kritischer Gruppen der geistigen Elite bedeutet, da in allen kritischen, freien und unbehinderten Überlegungen eine Kritik und somit eine Anstiftung zum Aufruhr erkannt wird.
Durch die Verfolgung der geistigen Eliten bricht das Bildungssystem zusammen, so daß die Weitergabe des technischen Wissens unterbrochen wird und der technologische Wissensstand nicht gehalten werden kann. Fertigungstechniken zur Herstellung und Wiederherstellung von Bauwerken, Waffen, Transportmitteln usw. geraten in Vergessenheit, so daß die Größe eines abgeschlossenen Handelsraumes zu schrumpfen beginnt. Die Folge ist, daß der alte politische Herrschaftsbereich in Gewalt und Chaos neu entstehender politischer Herrschaftsbereiche auseinanderbricht und die innere Dynamik eines Handelsraumes mit ihrem Eigentumsentwicklungszyklus, samt all seiner verschiedenen Erscheinungsformen des Staates, von neuem beginnt.

Des weiteren ist die Entstehung der liberalen Grundstimmung innerhalb einer Gesellschaft sehr eng mit der Entwicklung der Produktionstechniken verbunden, weil diese sowohl die wirtschaftliche Macht als auch die militärische Kampfkraft eines politischen Herrschaftsbereiches beeinflussen. In der Regel tritt die liberale Grundstimmung innerhalb einer Gesellschaft genau dann auf, wenn die gerade im Erstarren begriffenen Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft wegen neuentwickelter Techniken aufgebrochen werden und die Gesellschaftsplaner eines politischen Herrschaftsbereiches, welcher sich um einen ehemals abgeschlossenen Handelsraum gelegt hat, gezwungen sind, innerhalb eines vergrö-

ßerten Handelsraumes mit anderen Herrschafts- und Handelsräumen zu konkurrieren.

Ähnliches gilt für den Niedergang einer Hochkultur. Wegen der Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen beginnt der Niedergang einer Hochkultur mit der Unterbrechung der Weitergabe technischen Wissens, was den Zusammenbruch eines politischen Herrschaftsbereiches nach sich zieht, so daß in Gewalt und Chaos neue kleinere politische Herrschaftsbereiche als Staaten entstehen.
Im Rahmen der inneren Dynamik eines Handelsraumes versuchen nun die Gesellschaftsplaner der einzelnen politischen Herrschaftsbereiche wieder, das Entstehen der liberalen Grundstimmung innerhalb ihrer Gesellschaft zu fördern, um sowohl wirtschaftliche Macht und militärische Kampfkraft ihrer Herrschaft zu verstärken, als auch den Freiheitswillen der Menschen, die in Herrschaftsbereichen mit einem höheren Ausbeutungsgrad leben, auf ihr Herrschaftsgebiet zu vereinen.

> Zudem können wir schlußfolgern, daß nicht nur die Staaten, sondern auch die Kriege eine Erscheinungsform der inneren Dynamik eines Handelsraumes sind und daß solange ein Handel, ein Handelsraum und die Logik der Eigentumswirtschaft fortbesteht, der Krieg eine abhängige Variable der zur Verfügung stehenden Produktionstechnik eines Handelsraumes sein wird. Denn die Kriege entstehen in Abhängigkeit der maximalen Größe eines abgeschlossenen Handelsraumes, wobei die maximale Größe eines abgeschlossenen Handelsraumes durch die zur Verfügung stehende Technik bestimmt wird.

Geführt werden die Kriege wegen der wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaftsplaner, die über ihre wirtschaftliche Macht ihre Verfügungsgewalt über die Gesellschaft aufrechterhalten wollen. Steigt die Produktivkraft durch die Entwicklung neuer Techniken, so entsteht durch die Ausweitung des abgeschlossenen Handelsraumes und der hiermit aufkommenden Konkurrenz der politischen Herrschaftsbereiche nicht nur eine liberale Grundstimmung in diesem oder jenem politischen Herrschaftsbereich, sondern es entsteht auch eine **Überproduktion an Handelsgütern**, die die wirtschaftliche Macht der einzelnen politischen Herrschaftsbereiche gefährden. D.h., die Gesellschaftsplaner eines politischen Herrschaftsbereiches sind zur Aufrechterhaltung ihrer Verfügungsgewalt über die Gesellschaft gezwungen, eine Vernichtung <u>der</u> Handelsgüter und <u>der</u> Produktionsmittel vorzunehmen, die ihren Herrschaftsanspruch gefährden.
Zur Sicherung ihrer Verfügungsgewalt über die Gesellschaft beginnen die Gesellschaftsplaner einen Krieg, den sie in den fremden Herrschaftsbereich hineintragen, um durch eine Vernichtung bestimmter Handelsgüter und Produktionsmittel ihre eigene wirtschaftliche Macht zu stabilisieren. Zudem beginnen sie,

durch eine ausgewählte und gezielt durchgeführte Produktionsmittelvernichtung den fremden Handelsraum in den eigenen fest einzubinden und in ein dauerhaftes Abhängigkeitsverhältnis zum ursprünglichen Handelsgebiet des eigenen Stammlandes - Kernland eines politischen Herrschaftsgebietes, z.B. England für Indien - zu bringen.
D.h., daß die in einem vorangegangenen Kapitel beschriebene Verlagerung der Produktionsmittel zur industriellen Massenproduktion in den Industrienationen tatsächlich eine Ausdehnung eines abgeschlossenen Handelsraumes darstellt, in dessen sich ausweitenden Grenzen systematisch eine Produktionsmittelvernichtung durchgeführt wird!

Mit der inneren Dynamik eines Handelsraumes lassen sich interessante Erklärungen für den Aufstieg und Niedergang von Hochkulturen finden.
Die Römer mit ihrer Sklavenwirtschaft z.B. besaßen am Höhepunkt ihrer Entwicklung ein Staatsgebiet, das sich um den abgeschlossenen Handelsraum des Mittelmeeres gelegt hatte, so daß die Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen und der damit verbundene kulturelle Niedergang unvermeidlich war. Begrenzt wurde dieser abgeschlossene Handelsraum im Süden durch die Sahara, im Norden durch Urwälder, Steppe und Nomadenvölker ohne Staatsstruktur, im Westen durch den Atlantik und im Osten durch das Herrschaftsgebiet der Perser, wobei die Entwicklung der Transportmittel und die geographische Lage Persiens die Vergrößerung des abgeschlossenen Handelsraumes auf Persien unmöglich machten.
Für China gilt das gleiche, da sich China in einem von Gebirgen und Ozeanen natürlich begrenzten abgeschlossenen Handelsraum befindet. Die innere Dynamik eines Handelsraumes bewirkte in der 6000-jährigen Kultur Chinas einen steten Zyklus von Aufstieg und Niedergang der Kultur, wobei China aus seiner geographischen Lage heraus nie einen bestimmten technischen Stand in der kulturellen Entwicklung überschreiten konnte, obwohl China in verschiedenen Phasen seiner Hochkultur technisch schon wesentlich weiter war als das römische Europa. Hinzu kommt, daß die nächsten Handelsräume auf dem Seeweg soweit entfernt lagen, daß die Entwicklung einer guten Schiffstechnik für eine lebende Generation immer unattraktiv blieb.
In diesem Sinne ist es nicht verwunderlich, daß die Grundlage der europäischen Expansion sehr eng mit den nordeuropäischen Seehandelswegen verbunden ist. Wegen der hier vorherrschenden rauhen klimatischen Witterung wurden stabile und wendige Schiffe entwickelt. Diese beruhten auf der Grundlage der Wickinger-Schiffsbautechnik. Die Wikinger waren es nämlich, die in ihren engen, zerklüfteten und zugigen Fjorden als erste das Kreuzen gegen den Wind lernten. Mit der Weiterentwicklung dieser Schiffsbautechnik im Kampf gegen die rauhen Witterungsbedingungen des Nordens war die Grundlage für den Fernhandel über den Seeweg und die Entdeckung der Welt vorhanden.

So wurde es für die gerade lebende Generation attraktiv, Fernhandel zu betreiben und z.B. unter der Umgehung der Araber über den Atlantik einen Seehandelsweg nach Indien zu suchen, weil sie nun selbst die Gewinne der Araber einkassieren wollten. Vermutlich war dies auch ein Beweggrund für den portugisischen König, Heinrich der Seefahrer, der in Sagres eine Sternwarte und die erste Seefahrtsschule der Welt errichtete, in der sowohl die Schiffbautechnik als auch die Navigation zum ersten mal in der Weltgeschichte auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt und systematisch weiterentwickelt wurde. Auf dieser Basis schickte Heinrich der Seefahrer seit 1440 fast jährlich Expeditionsschiffe an die afrikanische Küste mit dem Ziel, den Seeweg nach Indien zu erkunden, um die Araber als Zwischenhändler mit Indischen Gütern auszuschalten, was schließlich seinem Nachfolger im Jahre 1497/98 mit dem portigisischen Seefahrer Vasco da Gama auch gelang. Wie dem auch sei:

> **Die Weiterentwicklung der Schiffsbautechnik war der Schlüssel zum steten Ausweiten des abgeschlossenen Handelsraumes und der Entwicklung Europas!**

Auf dem sich hiermit ausweitenden abgeschlossenen Handelsraum beruht die liberale Grundstimmung in den verschiedenen politischen Herrschaftsgebieten und die Weiterentwicklung der Produktionstechnik (Siehe hierzu die Geschichte der Niederlande und Großbritanniens in Gegensatz zur Geschichte Spaniens. Spanien charakterisierte in seinem Kampf, z.B. gegen die Engländer, die Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen, insbesondere durch den Katholizismus), wobei die sich entfaltende Technologie das stete Ausweiten der abgeschlossenen Handelsräume weiter verursacht. Dieser Prozeß wird erst zum Stillstand kommen, wenn es einer geschlossenen informellen Gruppe der Gesellschaftsplaner gelingt, die Herrschaft über einen abgeschlossenen Handelsraum zu erlangen, wobei dies heute die Weltherrschaft bedeutet. D.h., daß sie ihren politischen Herrschaftsbereich unangefochten über den gesamten Weltmarkt ausdehnen und durch einen Staat offen zu regieren beginnen, so daß die Entwicklung hin zur totalitären Diktatur des Staates und der Einpersonendiktatur einrastet.

Das vorherrschende ideologische Bewußtsein einer Epoche kann die innere Dynamik eines Handelsraumes, an deren Ende ein Staat als ein politisches Herrschaftsgebiet steht, der einen abgeschlossenen Handelsraum vollständig umschließt, verlangsamen oder gar behindern. So bestand z.B. im feudalen Europa gar kein Bedarf, durch die Zerstörung einer anderen Monarchie den eigenen Herrschaftsraum zu erweitern, da die Adligen durch ihre Heiratspolitik sowieso schon als Gesellschaftsplaner nach ganz bestimmten selbst auferlegten Spielregeln Europa beherrschten.

Erst das durch Fernhandel und bürgerliche Produktionsverhältnisse reich gewordene und nach der politischen Herrschaft strebende Geldbürgertum rückte das Interesse, über die Zerschlagung anderer Staaten die politische Herrschaft über andere Handelsgebiete auszuweiten, wieder in den Mittelpunkt des Handlungsinteresses, so daß die innere Dynamik eines Handelsraumes wieder voll zum Tragen kam. Die Ursache liegt darin, daß das Geldbürgertum anfänglich seine wirtschaftliche Macht durch die politische Herrschaftsgewalt des Staates definierte, dessen Führung es übernommen hatte. Wichtig war hier, daß sich die Produktionsmittel in diesem Staatswesen befanden, so daß das Geldbürgertum über den Staat versuchte, seine wirtschaftliche Macht auf die Größe des abgeschlossenen Handelsraumes auszuweiten. So wird nicht nur die Eroberungspolitik Napoleons, sondern auch der Sturm der Eroberungskriege, die Europa überzogen, mit der zunehmenden Eroberung der politischen Macht durch das Geldbürgertum erklärbar.
Die Konkurrenz der Kommunistischen Parteiherrschaft und dem westlich-liberalen Kartellkapitalismus ist im bezug auf die vorangegangenen Erklärungen nur die Konkurrenz zwischen zwei politischen Herrschaftsgebieten, aus dem das liberalere und wirtschaftlich leistungsfähigere Gesellschaftssystem als Sieger hervorgegangen ist.

Abschließend ist zu sagen, daß heute die innere Dynamik eines Handelsraumes mit seinem Eigentumsentwicklungs- und Staatsentartungszyklus drei Zukunftsperspektiven zuläßt:

1. Am Ende dieses Entwicklungszyklus kristallisiert sich eine weltweite Diktatur eines Staates mit einer Einpersonendiktatur heraus, so daß schließlich - wegen des Erstarrungsprozesses der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen - ein Großteil des technischen und sonstigen Wissens verloren geht und der Entwicklungszyklus eines Handelsraumes einen neuen Anfang findet.

2. Der Kampf um die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft mündet in einem Vernichtungskrieg mehrerer politischer Herrschaftsgebiete, in dem entweder die Menschheit ausgerottet wird oder den wenigen Überlebenden das kulturelle Erbe verloren geht, so daß auch hier die innere Dynamik eines Handelsraumes einen neuen Anfang findet.

3. Die Menschheit erkennt durch einen kollektiv voranschreitenden Erkenntnisprozeß die innere Dynamik eines Handelsraumes, so daß sie durch ihre Bewußtheit hierüber einen Weg findet, seinen Gesetzmäßigkeiten entge-

genzuwirken und durch eine soziale Gesellschaftsevolution in friedlicher Koexistenz die Leistungskraft der menschlichen Zivilisation weiterzuentfalten!

3.5. Staat als primärer Gewaltverursacher

Hiermit sind wir an jenem Punkt angelangt, an dem uns die "Staatspriester" aller autoritären Gesellschaftsideologien glauben machen wollen, daß wir den Staat für ein friedliches Zusammenleben unbedingt benötigen, da nur er Recht, Ordnung und Gesetz zum Schutz jedes Bürgers aufrecht erhalten kann. Doch in Wirklichkeit ist es der Staat, durch den Unrecht, Ausbeutung, Unterdrückung, Chaos und Zerstörung wieder in Gang gesetzt werden. Durch die inneren Gesellschaftsmechanismen des Staates, die mit der Eroberung und mit der Erhaltung der wirtschaftlichen Macht sowie der politischen Herrschaftsgewalt angestoßen werden, wird der Staat automatisch immer wieder zu seiner zentralen Aufgabe, der totalitären Diktatur des Staates im Sinne der Gesellschaftsplaner, zurückfinden. Hiermit wird der Staat selbst zum Verursacher des von Handels- und Eigentumslogik ursprünglich ausgelösten Eigentumsentwicklungszyklus sowie der hierin enthaltenen Gewalt gegen den Menschen und somit zum eigentlichen Gewaltverursacher! Er ist nicht nur Mittel zur materiellen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern er ist durch sein hierarchisches Gefüge Mitverursacher des ewigen Kreislaufes von Diktatur und Revolution, der im Eigentumsentwicklungszyklus und in der "inneren Dynamik eines Handelsraumes" einen festen Platz einnimmt. Hiermit wird der Staat selbst immer wieder unendliches Unrecht, Elend, Zerstörung, Chaos und Mord erzeugen.
Das Elend dieser Welt ist somit auch auf DEN STAAT zurückzuführen, gerade weil die totalitäre Diktatur des Staates einen festen Bestandteil des Eigentumsentwicklungszyklus darstellt, was sich in der Unendlichkeit der immer wiederkehrenden unmenschlichen Diktaturen und zerstörerischen Befreiungskriege ausdrückt!

Doch Diktatur und Revolution sind nur die Extreme, in denen das gesellschaftszerstörende Werk von Staat, Handel und Eigentum mündet. Im Kleinen verursacht das vom Handel ausgehende Eigentumsrecht - durch den Konkurrenzkampf um die materielle Besserstellung - Neid, Mißgunst, Verbitterung, Vereinzelung und schließlich die Gewalt, vor der uns der Staat angeblich schützen soll. In Wirklichkeit schützt der Staat nur das Eigentumsrecht, die materielle Besserstellung beim Aufstieg innerhalb der Gesellschaft und somit den Konkurrenzkampf - jeder gegen jeden. Hiermit verursacht der Staat die mit dem Konkurrenzkampf entstehenden Erniedrigungen und Demütigungen, also das **Naturrecht des Stärkeren**, das sich z.B. in der Mißhandlung der Familie oder der Vergewaltigung von Frauen als rücksichtslos durchgesetztes Naturrecht fortsetzt.
Aus demselben Grund sieht es im monopolkapitalistischen Staatskommunismus nicht viel anders aus. Auch in diesem Gesellschaftssystem ist es "der Staat", der

die Geldwirtschaft, das Eigentumsrecht sowie die Käuflichkeit von lebensnotwendigen Gütern und Luxusgütern als Waren aufrecht erhält. "Er" sorgt dafür, daß die Logik des Handels und Privateigentumsrechts mit all seinen gesellschaftszerstörenden Mechanismen erhalten bleibt, obwohl die staatskommunistische Ideologie vorgibt, ihre Bürger hier vor schützen zu wollen. Der Staatskommunismus sorgt selbst dafür, daß der Privatwirtschaftskapitalismus als Wirtschaftssystem nach einer Revolution wiederentstehen und aufblühen kann, womit der Staatsentartungszyklus (oder "Eigentumsverdichtungszyklus") nur von neuem beginnen wird.

Nein! Ich kann weder am Eigentumsrecht noch an einem Staat dieser Erde etwas Gutes finden. Alle Staaten oder Gesellschaftssysteme schützen direkt oder indirekt HANDEL und EIGENTUM. Hierbei ist es völlig unerheblich, ob es sich beim betrachteten Gesellschaftssystem um einen Privat- oder Staatskapitalismus handelt, weil die Gesellschaftsmechanismen die gleichen sind und der Privat- und Staatskapitalismus nur äußere Erscheinungsformen desselben Eigentumsentwicklungszyklus darstellen. Somit schafft "der Staat" den Staatspriestern erst ihr Alibi von Gewalt und Verbrechen, vor denen uns "der Staat" angeblich schützen soll. Der Staat dient in dieser Hinsicht allen Staatspriestern nur als heuchlerisches Alibi, mit dem sie ihre willenlosen staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparate aufrechterhalten und die Gesellschaft weiterhin in ihrem Sinne beherrschen und ausbeuten wollen.

> **Hiermit wird eine echte Mehrheitenherrschaft durch den Staat unmöglich, da der durch den Staat entstehende Wille zur "Eroberung der politischen Macht" einer tatsächlichen Demokratie feindlich gegenübersteht!**

Ich halte die Behauptung, daß es in einem Staat oder innerhalb einer zentralistischen Gesellschaftsordnung eine lang andauernde Demokratie geben kann, für einen gut gelungenen Witz. Die Diktatur wird immer wieder entstehen. Die Diktatur wird spätestens dann entstehen, wenn es zu einer wirtschaftlichen Krise kommt und die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen versuchen, die Herrschaftsgewalt zu ergreifen. Auch Gorbatschows Reformversuche werden diesem Gesellschaftsmechanismus langfristig unterliegen.

Unter weltpolitischen Gesichtspunkten sind die Staaten, Regierungen und Weltblöcke mit ihren angeblich unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bestenfalls noch eine theatrale Kulisse. Mit diesen angeblichen Nationalstaaten oder andersartigen Gesellschaftssystemen sollen die Völker gegeneinander ausgespielt

und bei der Stange gehalten werden. Die Führungsschicht des ehemals bestehenden Staatskommunismus des Ostens stellte in ihrer Substanz und Organisation das Gegenstück zur Führungsschicht des westlichen Weltwirtschaftskartells dar, in dessen "politischen Herrschaftsbereich" eine offene Einheit von Wirtschaft, Staat, Politik und Regierung gegeben war. Im Staatskommunismus war die Oberschicht nichts weiter als ein gewöhnlicher Unternehmerapparat, der in der Konkurrenz mit dem Kapitalismus - natürlich unter dem Deckmantel des Sozialismus - seine dreckigen Geschäfte weiterbetrieb, so daß die Oberschicht des Ostens den westlichen Luxus in sich hineinpumpte und den volkswirtschaftlichen Gütermehrwert ihres Landes für ihre Zwecke abzog. In Wirklichkeit arbeiteten die Gesellschaftsplaner beider Weltblöcke in großkapitalistischer Manier bestens zusammen und hielten z.B. die kommunistische Ideologie nur noch als Kulisse für die eigenen Gesellschaften aufrecht, um sich der Regierungstreue ihrer Völker durch Leit- und Feindbilder zu versichern. Es gibt schon seit langem keine politischen Herrschaftsräume in Form von Staaten mehr. Die vielen verschiedenen Staaten werden nur noch zur Aufrechterhaltung eines künstlichen Bewußtseinszustandes und für eine gewollte Wahrnehmungsverzerrung innerhalb aller Kulturkreise der Weltbevölkerung genutzt. Die Nationalstaaten sind nur noch eine Illusion, die im Sinne der informellen Gruppen der Gesellschaftsplaner aufrechterhalten werden. Mit den Nationalstaaten spielen sie die Völker untereinander aus. Gleichzeitig sichern die informellen Gruppen der Gesellschaftsplaner mit den Nationalstaaten und den scheinbar bestehenden Bündnissystemen ihre wirtschaftspolitischen Einflußsphären gegeneinander ab, weil sie untereinander immer noch um die totale und absolute Alleinherrschaft buhlen!

Aufgrund der Erkenntnis der menschen- und lebensfeindlichen Natur des Staates durch seine willenlosen demokratiefeindlichen Herrschafts- und Machtapparate muß es unser bewußtes gesellschaftsevolutionäres Ziel sein, den Staat mit unserer neuzugründenden Gesellschaft ein für alle Mal aufzulösen.

Der Spiegel; 40/91; S.67 ff. --> XCI

Die Gesellschaftsplaner in Ost und West arbeiteten bestens zusammen.

„Niklas, Hölle und Kalle“

Die DDR diente internationalen Konzernen als geheime Drehscheibe für den Waffenhandel. Ost- und westdeutsche Firmen belieferten gleichermaßen die Kriegsgegner Iran und Irak. Gipfel des Irrsinns: An Mauer und Stacheldraht schossen Ost-Grenzer mit Munition, die auf Maschinen aus Westdeutschland hergestellt wurde.

Die Fabrik liegt versteckt mitten im Spreewald. Früher wimmelte es dort von Stasi-Aufpassern, Schlagbäume und Drahtzäune schirmten das 180 Hektar große Areal ab.

Der Betrieb in Lübben, 100 Kilometer südöstlich von Berlin, war fast autark. Zwei Ärzte betreuten die Belegschaft, das Werk besaß eine eigene Trafostation, ein eigenes Wasserwerk, einen eigenen Laden und holte sogar eigenes Erdgas aus der Tiefe. Die Büros waren ständig versiegelt, alles geheime Kommandosache. Lübben war, so der SED-Jargon, ein „spezieller Betrieb“ und hatte einen leibhaftigen Oberst an der Spitze.

Rund 30 Jahre lang produzierten die rund 850 Beschäftigten, oft in drei Schichten, explosives Material: Zunächst waren es pro Jahr 80 Millionen Schuß Gewehrmunition, Kaliber 7,62 Millimeter, später jährlich über 100 Millionen Schuß vom Kaliber 5,45 Millimeter.

Die Munition aus dem „speziellen Betrieb“ in Lübben war bestimmt für die Kalaschnikow-Sturmgewehre der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen. Etliche Partien wurden auch in das Krisengebiet am Persischen Golf geschafft, wo sich von 1980 bis 1988 die Kriegsgegner Iran und Irak blutige Schlachten lieferten.

Als westliche Rüstungsexperten nach der Wende das Werk in Lübben inspizierten, erlebten sie eine Überraschung: In den Produktionshallen standen, neben Maschinen aus dem Ostblock, hochwertige Anlagen aus der alten Bundesrepublik.

Von Anfang der achtziger Jahre an, ergaben die Überprüfungen, hatten DDR-Arbeiter Munition auf Maschinen des westdeutschen Rüstungskonzerns Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH hergestellt – womöglich ohne Wissen der West-Manager.

Die Firma Fritz Werner in Geisenheim bei Wiesbaden ist nicht irgendeine Klitsche: Der Betrieb war bis Anfang 1990, vor dem Verkauf an die Essener Ferrostaal, im Besitz des Bundes. Regierungsaufseher war ein Bonner Ministerialdirigent, und der Gewinn aus dem Millionengeschäft floß in die Bundeskasse.

Die Entdeckung in Lübben macht Praktiken internationaler Waffenhändler deutlich, die in der DDR eine geheime Drehscheibe für ihre schmutzigen Geschäfte und in den Tarnfirmen des Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski ideale Partner gefunden hatten.

Selbst die Todesgrenze der Deutschen, so stellt sich nun heraus, war ein lukratives Geschäftsobjekt. Teile des Stacheldrahtzaunes, das steht schon seit Jahren fest, waren von einer westdeutschen Firma geliefert worden. Und die Mauerschützen wurden, Gipfel des Irrsinns, mit Geschossen munitioniert, die aus westdeutschen Präzisionsmaschinen stammten.

Die Werner-Geräte waren auf dem Umweg über Österreich in die DDR gelangt. Kurz nach Beginn des iranisch-irakischen Krieges hatte die hessische Firma 14 Maschinen zur Herstellung der Geschosse vom Kaliber 7,62 Millimeter mit der im Ostblock üblichen Hülsenlänge 39 Millimeter an die Hirtenberger Patronenfabrik geliefert.

Von dem österreichischen Ort nahe Wien ging die Fuhre gleich weiter nach Lübben. Auch an diesem Geschäft verdiente der Staat: Hirtenberger war damals eine Tochterfirma des österreichischen Staatskonzerns Voest, ehemals Hermann-Göring-Werke, und sollte dem Alpenland die Kassen füllen.

⋮

Mehrere internationale Firmen, so stellte sich bei Nachforschungen heraus, zogen gerade im Nahostgeschäft mit der DDR ein regelrechtes Waffen- und Munitionskartell auf.

Behilflich waren DDR-Unternehmen aus dem mächtigen Firmengeflecht „Kommerzielle Koordinierung“ (Koko), das der Stasi-Oberst Alexander Schalck-Golodkowski befehligte. Um besonders heikle Fälle kümmerte sich die Imes Import-Export Gesellschaft mit Sitz im Internationalen Handelszentrum in Ost-Berlin.

Imes hantierte im Rüstungsgeschäft mit allerhand Westspezialitäten. Zum Arsenal gehörten zum Beispiel Revolver der Marke Smith & Wesson oder Maschinenpistolen aus der Schwarzwälder Waffenschmiede Heckler & Koch.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung ließ Imes für angeblich 18 Millionen Mark eine Kalaschnikow mit einem Nato-Kaliber für hochgefährliche Hartmantelgeschosse entwickeln. Das Schießgerät erwies sich als devisenbringender Verkaufsschlager für den internationalen Markt.

Hauptkunden von Imes waren die Mullahs im Iran. Sie erhielten zwischen 1982 und 1989 Kriegsgerät aus Ost-Berlin im Wert von 419,5 Millionen Mark: Ersatzteile, Waffen und Lübbener Munition vom Kaliber 7,62 Millimeter.

Um das Geschäft mit dem Iran-Gegner Irak kümmerte sich ein anderes DDR-Staatsunternehmen: die Firma Ingenieur-Technischer Außenhandel (Ita) in Berlin-Pankow. Die Ita, die dem Außenhandelsministerium unterstand, hatte nur Ostwaren im Angebot. Sie verkaufte vor allem überschüssiges Material der NVA, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des DDR-Innenministeriums.

Bis 1989 erhielt der irakische Diktator Saddam Hussein von der Ita Kriegsmaterial im Wert von 492 Millionen Mark. Nach Bagdad geliefert wurden Maschinenpistolen, Handgranaten, Infanterieminen, mobile Felddruckereien und Tarnausrüstungen.

Auf beiden Seiten traten auch west-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XCI

deutsche Lieferanten auf, eine bizarre Konstellation: Imes und vor allem die Fritz Werner GmbH halfen den Mullahs im Iran; Ita und ein Dutzend westdeutscher Unternehmen, darunter zum Beispiel die Ferrostaal, arbeiteten für Saddam. Deutschland-West verbesserte die Qualität der irakischen Scud-B-Raketen, Deutschland-Ost steuerte Raketenstartanlagen und technisches Know-how bei.

Westdeutsche Firmen wie Karl Kolb im hessischen Dreieich und die Hamburger Water Engineering Trading (W.E.T.) sollen im Irak großdimensionierte Kampfstoff-Fabriken errichtet haben. Die Nationale Volksarmee baute bei Bagdad ein Manöverfeld für atomare, chemische und biologische Anlagen samt Spezialgebäuden und Gleisanlagen für die Entseuchung von Fahrzeugen. Die Deutschen aus Ost und West, so belegen Dokumente, kannten weder Freund noch Feind, sondern nur Kunden.

Oft kämpften beide Seiten an der iranisch-irakischen Front mit den gleichen Waffen. Die Iraner schossen mit Kalaschnikows von Imes, die Iraker hatten eine Version von Ita. Beide wiesen den für die DDR-Waffe typischen Plastik-Handschutz auf.

Manchmal standen sich auch Waffen aus Deutschland-Ost und Deutschland-West gegenüber. Der Irak verfügte über den Raketenwerfer BM-21, der mit Giftgasgranaten vom Kaliber 122 Millimeter, hergestellt auf W.E.T.-Maschinen, bestückt war. Und Ost-Berlin lieferte große Mengen 122-Millimeter-Granaten für die iranische BM-21-Artillerie an die Front.

•
•
•

Während die Ita die Lieferungen direkt nach Bagdad schaffte, ließen die Teheraner Herrscher die Waffen selbst abholen. Regelmäßig landeten auf dem Zentralflughafen Berlin-Schönefeld schwere Transport-Jumbos der Iran Air. Bei ausgeschalteter Beleuchtung wurden die Maschinen nachts mit jeweils 90 bis 100 Tonnen Waffen und Munition beladen.

•
•
•

Das MfS wird die Details wohl gekannt haben. Die Stasi-Abteilung „Bewaffnung und Chemischer Dienst" sicherte alle Deals ab. Vor allem Schalcks Imes und die Stasi arbeiteten bei abenteuerlichen Waffengeschäften eng zusammen, selbst im Auftrag des Klassenfeindes wurden Schiebereien abgewickelt.

So fädelte ein Kartell verschiedener europäischer Sprengstoffhersteller, in Fachkreisen als „Pulverklub" bekannt, seine Iran-Geschäfte über Schalck ein. Allein zwischen 1981 und 1985 liefen mehr als 20 Sprengstoff-Lieferungen über das Territorium der DDR.

Der Trick war einfach: Die schwedische Rüstungsfirma Bofors, Nummer eins im Kartell, lieferte große Mengen Sprengstoffe an Dynamit Nobel in Wien, damals noch eine Tochterfirma des Schweizer Rüstungskonzerns Oerlikon-Bührle und der Chemie Linz aus Österreich. Die alpenländische Firma verkaufte die Ware weiter an ein finnisches Unternehmen. Dort aber kam die Ladung nie an.

Sie wurde vielmehr via Hof (Bayern) in die DDR gebracht und von dort in den Iran transportiert. Gewaltige Mengen waren zu bewältigen. Expediert wurden 343 Tonnen Sprengstoffe für Plastikbomben, 233 Tonnen Schießpulver für Gewehre und 195 Tonnen Explosivmaterial, aus dem mehr als vier Millionen Handgranaten gefertigt werden könnten.

Der Spiegel; 40/91; S.67 ff.

Gute Kunden von der CIA

Die DDR war bis zu ihrem Untergang Drehscheibe des weltweiten Waffenhandels. Westliche Geheimdienste kauften beim SED-Staat ebenso ein wie nahöstliche Terroristen. Die Genossen verhandelten über die Vermittlung mörderischer Geschäfte sogar mit dem Milliardär Adnan Kaschoggi.

•
•
•

Der Waffenhandel war der wahrscheinlich ertragreichste Geschäftszweig des KoKo-Firmenimperiums, das der DDR-Finanzier Alexander Schalck-Golodkowski nach kapitalistischen Grundsätzen aufgebaut hatte und das KoKo-Seilschaften zum großen Teil über die Wende retten konnten (siehe Kasten Seite 70).

An den ersten Adressen für Schießzeug waren vor allem die Agenten der KoKo-Firma Imes aktiv. Aus seinem bescheidenen Büro hinterm Bahnhof Friedrichstraße machte sich der volkseigene Waffenhändler Dieter Uhlig, Monatssalär rund 3000 Mark (Ost), gern zum feinen Essen nach London auf.

Dort traf Uhlig 1987 einen Geschäftsfreund mit klingendem Namen: Adnan Kaschoggi, saudischer Milliardär mit Villa im spanischen Marbella, war bereit, als Makler den mörderischen Geschäften der Honecker-Sozialisten zu dienen.

Kaschoggi sollte, so die Verabredung mit Uhlig, den Export von Warschauer-Pakt-Waffen an den Golf organisieren. Von Interesse war etwa die geplante Lieferung von 40 T-72-Panzern und BMP-1-Tanks an den Irak.

Finanziers für die Kampfwagen sollten die Saudis sein. Details, so verblieben die Geschäftspartner, werde man bei weiteren Treffs verabreden.

Gut im Gespräch waren die Imes-Emissionäre auch mit dem Kaschoggi-Nachbarn aus Marbella, dem derzeit vielseitigsten Dunkelmann Mundhir el-Kassar. Der Syrer gilt als gleichermaßen versiert bei Terroraktionen, Waffenhandel und Drogengeschäften (SPIEGEL 17/1989). Kassar wird neuerdings, so etwa im US-Magazin *Time*, auch als Planer des Bombenattentats von 1988 auf einen Pan-Am-Jumbo verdächtigt, bei dessen Absturz auf das schottische Städtchen Lockerbie 270 Menschen ums Leben kamen.

Der „cholerische Typ", laut Stasi-Dossier „bekannt durch die Presseveröffentlichungen im SPIEGEL", war – so die Aufzeichnungen – „sehr erfreut, den Kontakt mit einem Waffenhändler der DDR aufnehmen zu können". Er habe gleich „eine ganze Reihe von Geschäftsvorschlägen über Beschaffung und Verkauf von Waffen" gemacht. Die DDR wollte, beispielsweise im Südjemen, mitverdienen: „Er muß seine Ware über uns verkaufen."

•
•
•

Gegenüber einem Hauptmann der Stasi zog eine sogenannte Kontaktperson, Deckname „Ludwig", im Februar 1989 Bilanz ihrer Arbeit bei Imes. „Nach meiner persönlichen Auffassung", gab Ludwig zu Protokoll, hätten „Vermittler und Händler", die mit der DDR-Waffenfirma zusammenarbeiten, „zwingend Verbindungen mit Geheimdiensten bzw. Landessicherheitsorganen" ihrer Länder.

Freunde von den feindlichen Diensten, so Ludwig, packten daheim über ihre Ost-Kontakte aus, „um ihre Geschäfte auf Basis offizieller und halblegaler Lizenzen tätigen zu können" und „diese Warenlieferungen auch transportmäßig absichern zu können".

Zusammenarbeit trotz des Ideologiekonfliktes, der nur noch der Bevölkerung vorgegaukelt wurde (Anm.d.Autors).

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XCII

Bei dem Vertreter des amerikanischen Waffenhändlers Samuel Cummings, den sie im britischen Manchester trafen, fragten sich die Imes-Manager laut Vermerk für die Stasi nur noch, ob der Mann denn „Agent des FBI oder der CIA" sei. Gleichwohl erschienen Geschäfte mit Cummings verlockend.

Cummings ist Chef der weltweit operierenden Waffenfirma Interarms. Der in Monaco residierende Händler ist seit Jahrzehnten die unumstrittene Nummer eins der Todeskrämer-Branche.

Angefangen hat Cummings als gewöhnlicher CIA-Agent und Manager der CIA-Tarnfirma International Armament Corporation. Die Beziehungen zur „Company", wie der US-Geheimdienst auch genannt wird, hat er all die Jahre gepflegt.

Gute Geschäfte machten DDR-Waffenschieber ebenso mit dem Iren Robert L. Oliver und dem Jordanier Tahsin Ammouri, beide offenkundig Zuträger von Diensten. „Die Aufgabe von Oliver besteht vorrangig in der Aufklärung für den CIA", notierte am 9. Juni 1988 die Stasi. Ammouri, der „auch Verbindung zum CIA hat", wurde „anders eingeschätzt. Er sieht vorrangig das Geldgeschäft und ist in zweiter Linie nachrichtendienstlich tätig".

Die Leute von der CIA waren offenbar besonders gute Kunden der Genossen. Mindestens viermal wurden zwischen 1982 und 1985 in Berlin-Schönefeld von der CIA-Tarnfirma St. Lucia Airways gecharterte Maschinen mit Kriegsgerät aus der DDR beladen. Die Amerikaner wollten die Qualität der Ost-Güter testen.

Käufer der Waffen war auch die Techaid International Limited, eine offensichtlich CIA-nahe Firma mit Filialen in London und Panama. Bei Imes wurde die Techaid auf einer internen „Kontaktliste" als Partner geführt.

„Kontaktperson" bei der mit der CIA verwobenen Firma war Loftur Johannesson, ein gebürtiger Isländer, Jahrgang 1930. Der Kaufmann wurde von den Genossen gut betreut. So durfte er in den geheimen DDR-Arsenalen eigene Kriegsgeräte wie sowjetische Panzerabwehrrohre vom Typ RPG-18 verstecken.

Bei einem Treffen in West-Berlin 1987 übergab Johannesson an Imes-Generaldirektor Erhard Wiechert eine Liste von Kaufwünschen über neun verschiedene Kriegsgeräte. Die DDR schickte ihm reichlich Schießzeug, im Gegenzug bot der Techaid-Mann an, „mit seinem Privatflugzeug den Transport eines Sonderimports nach Schönefeld durchzuführen" (Imes-Info).

Wie gut die Zusammenarbeit der Ko-Ko-Leute mit der CIA klappte, belegen immer wieder interne Aktenvermerke. So belieferte Imes den Techaid-Einkäufer Johannesson mit zwölf Militärfahrzeugen – kurz darauf meldeten Stasi-Späher, bei der CIA seien zwölf Fahrzeuge des Typs eingetroffen, die Techaid erhalten habe.

Der Spiegel; 19/92; S.66 ff.

Am 15. Juni 1988 erhielt eine DDR-Firma, das Sprengstoffwerk in Schönebeck an der Elbe, den Zuschlag über die Lieferung von zweieinhalb Millionen Zündern an die Golffront im irakisch-iranischen Krieg. Vermittelt hatte das 6,4-Millionen-Dollar-Geschäft ausgerechnet ein Kapitalist aus dem Westen: der Kaufmann Werner Kobbe, 50, geboren in Braunschweig, wohnhaft in den USA.

Pro Zünder ließ sich Kobbe drei Cent Provision zusichern. Seinen DDR-Gesprächspartnern, die für die Ost-Berliner Imes Import-Export GmbH auftraten, erschien Kobbe als Mann von Welt. Der Händler mit der Wohnung am Mount Vernon Drive im amerikanischen Augusta, Bundesstaat Georgia, unterhielt seit 1985 im Ost-Berliner Internationalen Handelszentrum, hinter dem Bahnhof Friedrichstraße, ein Büro für die Firma Eurocom Ltd. Auf dem Briefkopf empfiehlt sich die Eurocom viersprachig als „beratende Gesellschaft für Fragen des Gemeinsamen Marktes (EG)".

Auch im Nahen Osten kannte Kobbe die richtigen Leute. Weil die Imes offiziell keine Geschäfte mit den Irakern machen durfte, schaltete er als Abnehmer der Zünder das jordanische Unternehmen Arab World Supply and Services ein. Die Firma wurde, so geht aus Stasi-Schriftstücken hervor, speziell für die Abwicklung solcher Dreiecksgeschäfte mit dem Irak eingerichtet.

⋮

Solch bizarre Geschäfte zwischen West-Kapitalisten und Ost-Sozialisten waren, trotz Kaltem Krieg und Klassenkampf, nicht ungewöhnlich. Wie neue Stasi-Unterlagen zeigen, haben Imes-Manager für den Waffenhandel im Staatsauftrag ein dichtes Netz westlicher Vermittler und Händler geknüpft – absolute Geheimsache, auch nach innen.

„Aus Sicherheitsgründen", steht in einer Handlungsanleitung, sollten „Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit grundsätzlich mündlich getroffen werden". Um die Herkunft der Provisionen an die westlichen Vermittler zu verschleiern, wurden Konten in der Schweiz und anderswo angelegt. „Weder Imes noch die DDR", heißt es in einem Stasi-Schriftstück, sollten „als Auftraggeber identifizierbar sein".

Bei dem heimlichen Handel setzte Ost-Berlin vor allem auf westdeutsche Partner, die ihren Geschäftssitz im Ausland hatten. Solche Kaufleute, die über das notwendige Know-how verfügten, schienen vor dem Zugriff bundesdeutscher Behörden sicher.

Gut im Geschäft war beispielsweise der lizenzierte Waffenhändler Karl-Heinz Schulz, 44. Der Spezialist für den libyschen Markt lebt in der Nähe des schleswig-holsteinischen Travemünde und arbeitet für das belgische Unternehmen Beij-Ma, Military Department.

In der Imes-Liste westlicher Kontaktleute rangiert Schulz ganz weit vorn. Noch im Juni 1989 wollte er bei den Ost-Berliner Waffenschiebern 4000 Maschinenpistolen für den Libanon kaufen und zeigte auch Interesse an sowjetischen T-72-Panzern. Schulz galt als verläßlich – und er ist es bis heute geblieben: „Die Imes-Leute waren in Ordnung."

Auf verschlungenen Wegen und mit Hilfe westlicher Händler versuchte die DDR, an modernste Waffentechnologie zu gelangen. Von höchstem Interesse waren, wie „streng geheime" Unterlagen zeigen, alle Informationen über biologische Waffen, hochentwickelte chemische Kampfstoffe, Kombinationen biologischer und chemischer Waffen. Sogar Informationen über Laserwaffen sowie „Jagd- oder Killer-Satelliten" standen auf der Auftragsliste der ostdeutschen Generale und Manager – hochgezüchtete Systeme für einen Staat im Niedergang.

Aber auch an gewöhnlicher Nato-Technologie waren die roten Waffenhändler interessiert. So pflegten sie Kontakte zu einem Salzburger Geschäftsmann, der beim Nürnberger Rüstungslieferanten Diehl, spezialisiert auf Munition und Panzerketten, hochexplosive Ware besorgen sollte.

Vielfältige Beziehungen unterhielten die Imes-Leute auch zu der österreichischen Patronenfabrik Hirtenberger. Das Unternehmen war damals Tochter des größten alpenländischen Staatskonzerns Voest und Partner der seinerzeit bundeseigenen Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH im hessischen Geisenheim. Munitionsmaschinen, gebaut von Fritz Werner, gelangten Anfang der achtziger Jahre über Hirtenberger in die DDR (SPIEGEL 40/1991).

⋮

Noch 1989 sollte Hirtenberger helfen, in der DDR eine Produktionsstätte für Munition und Raketentreibmittel (Wert: rund 117 Millionen Mark) aufzubauen. „Als Partner sind wir uns bewußt", heißt es in einem DDR-Vermerk, „daß wir uns voll im Embargo mit Nato-Wissenschafts-Know-how befinden. Die vorliegenden Angebote werden von Leuten erarbeitet, die von der Nato verpflichtet und Geheimnisträger der Nato sind."

Zu den Beratern bei dem Projekt gehörte ein Ingenieur, der für den Münchner Waffenkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) die Flugabwehrrakete „Roland" mitentwickelt hatte. Enge Kontakte bestanden auch zu Consen, einer Firmengruppe ehemaliger MBB-Manager, die für den Iraker Saddam Hussein gearbeitet hatten.

Der Spiegel; 26/92; S.68 f.

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XCIII

Teil 3

4. Herrschaft und Handel sind nicht reformierbar

Bei der Forderung nach der Auflösung des Staates und jedem gesellschaftlichen Rangordnungssystem angelangt, begegnet mir häufig folgende Meinung, die ich nun zur Auflockerung als Gegenargument gegen meine These anführen will. Sie besagt, daß die Menschen abgrundtief schlecht und "böse" sind und daß in jedem Menschen ein Raubtier haust, welches mit Staat und Polizei in Zaum gehalten werden muß. Sie führt an, der Mensch brauche Staat und Regierung, damit der Mensch zum Guten gezwungen werde.
Doch dieser Gedankengang ist verhältnismäßig leicht zu widerlegen. Denn wenn wir behaupten, daß alle Menschen unfähig, unreif, roh und vielleicht sogar abgrundtief schlecht sind und durch Staat und Polizei stets zum Guten angehalten und gezwungen werden müssen, wer stellt dann unter uns die Regierung und wer die Polizei?
Wem können wir wirklich vertrauen?
Wer ist unter uns der "Gute", und wie "steigt der Gute in die Regierung auf", so daß das "Gute" die Regierung stellt und nur das "Gute" über uns herrscht?
Auf diese Frage kann es keine Antwort geben, weil die Überlegung selbst Unsinn ist!

Dieser Gedankengang übersieht auch den nachfolgenden Punkt, der in der Geschichte der Menschheit immer wieder zu den schlimmsten Kriegen führte und den ich nun mit einem Zitat wiedergeben möchte.
Der Staat "... ist eine wahre Vereinigung zu einer Person und beruht auf dem Vertrage eines jeden mit einem jedem, wie wenn ein jeder zu einem jeden sagt: "Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, daß du ebenfalls dein Recht über dich ihm oder ihr abtrittst." Auf diese Weise werden alle einzelnen eine Person und heißen Staat oder Gemeinwesen. So entsteht jener große sterbliche Gott, dem wir ... allein "Friede und Schutz" zu verdanken haben. Dieses von allen und jedem übertragene Recht bringt eine so große Macht und Gewalt hervor, die trotz friedlicher Gemüter aller zur Verbindung gegen innere und auswärtige Feinde leicht bewogen wird."

Wer soll solche "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" auf Dauer im Sinne aller Menschen für den Menschen verwalten und kontrollieren, ohne daß sie sich

gegen die Menschen richtet und in Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung mündet?
Wer von uns will Staat und Regierung samt demokratiefeindlicher Herrschaftsapparate im Sinne der Menschenrechte überwachen können?
Keiner kann es, weil jeder von uns auf Dauer seinen menschlichen Schwächen unterliegen wird!
Zur Verhinderung der Herrschaft über uns sind wir also gezwungen, die Mittel und Gesellschaftsmechanismen zu beseitigen, durch die es für einzelne möglich wird, wirtschaftliche Macht und politische Herrschaftsgewalt zu erlangen!
D.h., daß nicht nur der Handel, sondern auch der Staat als Gesellschaftsinstitution und Herrschaftsinstrument der Gesellschaftsplaner verschwinden muß.

In diese Forderung schließe ich die Sozial- und Wohlfahrtstaaten der Industrienationen mit ein, weil ihr derzeit artiges Erscheinungsbild den Kapitaleignern nur zur Sicherung ihres Produktionseigentums durch die Loyalitätserhaltung der Bevölkerung dient. Auch diese Staaten werden wegen der "inneren Dynamik eines Handelsraumes" entarten, da der Staatsentartungszyklus nur eine äußere Erscheinungsform des mit dem Handel und dem Eigentum verbundenen Eigentumsentwicklungszyklus darstellt!
Aus diesem Grund will ich nun die Aufgabe der "Reformbewegungen" zur Herrschaftssicherung der Gesellschaftsplaner genauer beleuchten und Ihnen erläutern, warum und wie die Reformbewegungen zum Kampfmittel der Kapitaleigner werden.

4.1. Handlungsgegensatz von Reform und Revolution

Kommen wir zunächst zur Bestimmung der Begriffe "Reform" und "Revolution". Was ist eine Reform, und was ist eine Revolution?
Die Begrifflichkeiten der Reform, Revolte und Revolution sind wegen ihrer gegensätzlichen Handlungsziele besonders gut aneinander zu erklären. Um Verwirrungen durch den heute üblichen Sprachgebrauch zu vermeiden, will ich zuerst die "volkstümliche" Sprachregelung, die zugleich die bürgerliche ist, klären.
Die bürgerliche Sprachregelung orientiert sich beim Gebrauch der Begriffe, Reform und Revolution, nur am äußeren Erscheinungsbild einer politischen Veränderung.
Als "reformerischen Akt" bezeichnet sie Handlungen, z.B. die friedliche Verbreitung von Ideen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse, Streiks für mehr Lohn, Kulturarbeit, Einrichtung neuer Wohlfahrtsverbände, die vor allem auf

Gesetzesänderungen zur sozialen Besserstellung "sozialschwacher Gesellschaftsschichten" abzielen.
Von einem "revolutionären Akt" spricht die bürgerliche Sprachregelung, wenn ein Veränderungswille innerhalb einer Bevölkerungsschicht in eine Massenbewegung umschlägt, diese zu immer unbezähmbareren Mitteln wie wilde Streiks oder Barrikadenbau greift und durch ihre "Revolte" von Staat und Regierung unregierbar wird.
Für diese vom Bürgertum kultivierte Begriffsbestimmung ist es typisch, daß all das "revolutionär" ist, was sich von der Praxis der Parteien, ihrer bürgerlichen Politik und deren normalen Erscheinungsbild im Staat unterscheidet. Auf den Punkt gebracht, heißt dies: "Revolutionär" ist jeder gewalttätige Akt und "reformistisch" jeder friedliche!

Mittels dieser bürgerlichen Begriffsbestimmung erkennt die Bevölkerung in jedem Aufstand eine "Revolution" und setzt fälschlicher Weise jede Revolte (frz.: Aufruhr, Aufstand, Auflehnung) gegen die Obrigkeit mit einer Revolution gleich. Im Gegensatz hierzu nimmt die Bevölkerung in jedem friedlichen Bitten, Betteln und Anbiedern durch Appelle an die Einsicht und das Gutdünken der Mächtigen einen "Reformversuch" wahr. Dieser Reformversuch kann dann auch in eine "parlamentarische Gesetzesänderung zur sozialen Besserstellung von sozialschwachen Gesellschaftsschichten durch neue parlamentarische Mehrheiten münden. In diesem Sinne wird jedes herausfordernde Verhalten oder jede provogative Gebärde als "revolutionär" erkannt, und die zur öffentlichen Empörung und Gegenwehr aufrufenden Menschen werden abfällig als Revoluzzer bezeichnet. Dies ist das vereinfachende Ergebnis der bürgerlichen Begriffsbestimmung!

Doch diese die Sinninhalte von "Reform" und "Revolution" verändernden Begriffsbestimmungen betrachten nur die äußeren Erscheinungsformen, mit denen politische Ziele durchgesetzt werden sollen. Hierdurch kommt es zu einer folgenschweren Verwechslung von aufständischer Geste und dem tatsächlichen, tiefgreifenden "revolutionären" Endergebnis als Revolution. Denn:

- Nicht jeder Aufstand ist eine Revolution! -

Halten wir uns an die volkstümliche und bürgerliche Sprachregelung, so können wir mit einer Revolution nie mehr erreichen als eine schlechte Kopie der heutigen Verhältnisse, weil wir das allgemeine Rangordnungsgefüge der Gesellschaft

beibehalten und durch einen Aufstand lediglich eine neue Herrschaftsschicht an die Spitze setzen. Wir verlieren jede Möglichkeit, etwas wirklich NEUES und völlig anderes zu schaffen. Stattdessen macht jeder "Revolutionär" einen schlechten Gipsabdruck dessen, was er bekämpfen will. Es ist also wichtig, daß wir uns von dieser bürgerlichen Sprachregelung der äußeren Erscheinungsbilder frei machen:

> Nicht das äußere Erscheinungsbild einer politischen Geste, sondern seine Inhalte als Zielsetzungen in bezug auf seine direkten lebensverändernden Auswirkungen sind "revolutionär" oder "reformistisch"!

Lösen wir uns von der heutigen Sprachregelung, und besinnen wir uns auf den ursprünglichen Bedeutungsinhalt der genannten Begriffe, die einst das Geldbürgertum durch ihre Presse für ihre Zwecke verformte:

Die ***REVOLTE*** ist eine Empörung und Auflehnung, die in einem Aufruhr oder Aufstand mündet.

Die ***REVOLUTION*** (lat. Umwälzung, Umbruch) ist eine tiefgreifende, radikale Gesellschaftsumwälzung, die das Fundament, auf dem die bestehende Gesellschaftsordnung beruht, umgestalten will und diesen Umbruch mit diesem Ziel in Angriff nimmt. Mit diesem Ziel beginnt die Umgestaltung der Gesellschaft, an deren Ende, vor allem am Ende einer ***Sozialen Revolution***, eine völlig neue, menschengerechtere und lebensfreundlichere Gesellschaftsordnung hervorgehen soll. Ziel ist ein radikaler Umbruch der Gesellschaft, wobei die Revolutionäre im bestehenden Gesellschaftsgefüge keine Grundlage für ihre Umgestaltung erkennen und deshalb das Gesellschaftssystem grundsätzlich umwälzen wollen. Sie beginnen mit langatmigen jahrzehntelangen Vorbereitungen, die eine solide Grundlage für eine tiefgreifende Gesellschaftsumwälzung schaffen und schließlich im Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung münden! Dieser Umsturz kann sich auch als kurzes Aufflackern eines Aufstandes zur Auflösung eines bestehenden Herrschaftsgefüges äußern, muß aber nicht zwingend die Formen eines gewaltsamen Aufstandes annehmen. Der Umsturz ist der Beginn der eigentlichen Umwälzung (Revolution), wobei der Umsturz nur einen verhältnismäßig kurzfristigen und nebensächlichen Ausschnitt der gesamten Revolution darstellt.
Der Umsturz der alten bestehenden Gesellschaftsordnung ist nur der "Startschuß" für den Beginn der eigentlichen, unbehinderten Revolution. Mit ihr beginnen die tatsächlichen, tiefgreifenden Umwälzungen und Umgestaltungen als das eigentlich zu verwirklichende Entwicklungsziel der Revolution. Erst nach dem Aufstand und dem geglückten Umsturz geht die Arbeit an der Umgestaltung (Revolution) der Gesellschaft richtig los, womit die eigentliche "Revoluti-

on der Gesellschaft" tatsächlich erst nach dem Umsturz der alten Ordnung beginnt.
Hiermit wird im bürgerlichen Sprachgebrauch "dummerweise" das als Revolution bezeichnet, was im gesamten revolutionären Vorgang nur die MÖGLICHKEIT des gewaltsamen Aufstandes mit einschließt und tatsächlich nur den kleinsten Ausschnitt und geringsten Anteil an der Revolution darstellt! Der bürgerliche Sprachbegriff der Revolution erringt somit nicht einen Bruchteil seines tiefgreifenden Begriffsinhaltes und reicht von seiner Bedeutung nicht im geringsten an seinen tatsächlichen Sinn heran. Er ist einfach nur falsch und wird in Unkenntnis seines tatsächlichen Sinngehalts stumpf nachgeplappert, weil viele die tiefgreifenden Gesellschaftsveränderungen, so wie ich sie mit dem "Frühen Liberalismus" oder dem antiautoritären Kommunismus als ein Leben ohne Herrschaft, Staat und Eigentum andeutete, nicht kennen und mit diesen tiefgreifenden Entwicklungszielen nicht in Einklang bringen.

Die ***REFORM*** (lat.: Neugestalten, verbessern des alten Zustandes) besitzt hiergegen eine ganz andere Zielrichtung. Eine Reformbewegung erkennt im bestehenden Gesellschaftssystem immer den "Höhepunkt einer Gesellschaftsentwicklung", die es in ihrer Struktur und Funktionsweise nicht grundsätzlich zu verändern gilt. Die Reformbewegung strebt also in ihren Entwicklungszielen keine radikale Umgestaltung und Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung an, gerade weil sie das bestehende Gesellschaftssystem immer als "das beste der Welt" erkennt. Sie sieht jedoch auch die schlechten Kehrseiten des jeweiligen Gesellschaftssystems und versucht diese, durch Reformen zu beseitigen, ohne die systembedingten Ursachen hierfür anzutasten. Ihr Ziel ist nur die Beseitigung der schlechten Kehrseiten und Wirkungen, die die Mechanismen des jeweiligen Gesellschaftssystems bergen.
Diese Bewegungen wollen die bestehende Gesellschaftsordnung durch Reformen verbessern, ohne die grundsätzlichen Systemmechanismen in Frage zu stellen. Die Reformisten streben also nur eine Verbesserung des bestehenden Systems an, wobei sie sich selbst als Träger und Teil des Systems verstehen, ohne den Anspruch zur Überwindung desselben Systems zu besitzen.
Sie können das Ziel zur Überwindung des jeweiligen Systems aus ihrem Anspruch heraus nicht entwickeln, gerade weil sie das System als gut befinden. Aus diesem Grunde versuchen die Reformisten, z.B. im Kapitalismus, nur einen Interessenausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen und die Folgen der Ausbeutung und Unterdrückung durch Eigentumsumschichtungen zu mildern. Sie sind nur um einen Ausgleich der sozialen Gegensätze bemüht, ohne die Ursache deren Entstehung anzutasten und werden so im Sinne der Gesellschaftsplaner zu Verbesserern des Ausbeutungsgrades bei gleichzeitiger Verhinderung der Sozialen Revolution.

Hiermit erkennen sich Reformisten und Revolutionäre gegenseitig als Feinde.

Die Reformisten bekämpfen die Revolutionäre, weil die Revolutionäre ihr geliebtes Gesellschaftssystem antasten, erschüttern und grundlegend umwälzen wollen.
Im Gegenzug werfen die Revolutionäre den Reformisten vor, nur die wirkungsgradverbessernden Spürhunde der Gesellschaftsplaner zu sein, weil sie ohne ein stichhaltiges Konzept zum grundsätzlichen Wandel des Gesellschaftsgefüges den Gesellschaftsplanern nur zuarbeiten und so beispielsweise unmöglich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als Ursache allen Übels beseitigen können. Neugestaltungen ohne ein langfristig angelegtes revolutionäres Konzept können immer nur in dieser Form wirken. **Sie verpuffen in der Bedeutungslosigkeit, ohne daß sie die Bevölkerung bewußt aufnimmt und weiterentwickelt.** Die Reformisten werden zu Abwieglern und Kanalisierern der Empörung und Auflehnung, weil sie die Aufklärung über die tatsächlichen systembedingten Ursachen nicht einleiten und hiermit deren endgültige Beseitigung sogar verhindern!

4.1.1. Erscheinungsbilder von Reform und Revolution

Ich will reformistische und revolutionäre Handlungsweisen am Beispiel der Gewerkschaften aufzeigen. Hierzu greife ich die Sozialisten und die Anhänger des antiautoritären Kommunismus heraus.

Die Sozialisten sind heute Reformer. Ihr Entwicklungsziel ist nicht die Verwirklichung des Kommunismus als der weiterentwickelte, eigentumsfreie Frühe Liberalismus ohne Staat und Herrschaft. Sie streben als Maximalforderung nur den von Marx als 1. Schritt beschriebenen Sozialismus an. Eigentumsordnung und Wirtschaftsform bleiben in ihren Grundzügen erhalten. Der Staat soll das Entstehen von Privateigentumsmonopolen verhindern. Schlüsselindustrien werden ins Staats-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftseigentum überführt. Das Rangordnungsgefüge von Staat und Gesellschaft bleibt jedoch erhalten, weil die Sozialisten ebensowenig eine Staatskritik besitzen wie die staatsautoritären "Kommunisten". Vielmehr soll der Staat als oberste unabhängige Herrschaftsinstanz die Streitereien innerhalb der Gesellschaft schlichten und die von der Gesellschaft vorgenommenen Kapitalumschichtung überwachen.

Die antiautoritären Kommunisten (d.h. die Anarcho-Kommunisten) hingegen sind Revolutionäre. Sie wollen die Abschaffung des Staates, die Dezentralisierung der Wirtschaft, die Abschaffung des Privateigentums an allen materiellen Arbeitsbedingungen und Lebensquellen sowie deren basisdemokratische Verwaltung durch die Bevölkerung durch eine allgemeine Vergesellschaftlichung. D.h., daß die Übergabe der Verwaltung und Entscheidungsgewalt über alle Gemeinschaftsgüter an die Basis der Bevölkerung des jeweiligen Gemein-

wesens erfolgen soll. Sie wollen die Verwirklichung einer in vielen kleinen Gruppen zusammengeschlossenen Mehrheitenherrschaft, die auf der Ansicht des Frühen Liberalismus unter der Einbeziehung von Eigentums- und Staatskritik beruht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nur logisch, daß im Handeln der antiautoritären Kommunisten immer ein Funke der zukünftigen Gesellschaft als revolutionäres Handlungsziel zum Ausdruck kommt.

So fallen die Handlungen der antiautoritären Kommunisten in ihrer Art auch ganz anders und ungewohnt aus. Im Gegensatz zu den Sozialisten, die zahm und lammfromm mit den Unternehmern verhandeln und im Staat einen Vermittler sehen, war die Gewerkschaft für die antiautoritären Kommunisten immer ein Kampfmittel mit zwei Funktionen:

1. Mit ihr sollten heute und sofort die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden.

2. Die Gewerkschaften sollten Werkzeug der Sozialen Revolution und Geburtshelfer der neuen Gesellschaft sein.

Für die antiautoritären Kommunisten waren die Gewerkschaften nie reine Dienstleistungsbetriebe mit Vereinskasse, die ihre Löhne der Inflation anpassen, sondern Kampforganisationen, mit denen das System zermürbt, gekippt und überflüssig gemacht wird. Außerdem besaßen diese Gewerkschaften von vornherein keine Rangordnung. In den und um die Gewerkschaften herum, vergleichsweise in Spanien um die CNT und FAI, bildete sich im Laufe der Zeit eine ganz neue Form des Zusammenlebens, der Kultur und der Wirtschaft. Hier lernten die Menschen, ihre Angelegenheiten und Probleme selbst in die Hände zu nehmen und die ganze Gesellschaft dezentral und basisdemokratisch zu organisieren. Die kniffligen Fragen bezüglich Lohnkampf, Erziehung, Kultur, Produktion und Verteilung bis hin zur Kommunikation und Organisation wurden gelöst. Nicht nur Kampf und Verteidigung wurden hier eingeübt, sondern auch Solidarität, gegenseitige Hilfe, Toleranz, Demokratie, Verständnis für die Probleme der Arbeitswelt und Durchblick durch die oft schwerwiegenden Zusammenhänge der Wirtschaft eines Landes. Die antiautoritären Kommunisten gingen aufs Ganze. Sie wollten die Vergesellschaftlichung allen Eigentums und die Verwirklichung der Grundsätze des "Frühen Liberalismus". Genauso symbolträchtig ist und war die Wahl ihrer Handlungen, die in der direkten Aktion nur ihren äußerlichen Ausdruck finden.

4.1.1.1. Direkte Aktion als revolutionäre Geste

Die Wahl zwischen "***DIREKTER AKTION***" und indirekter Aktion ist die Wahl zwischen selbst Handeln und Delegieren, zwischen selbstverwalten und verwaltet werden, zwischen Selbstbestimmung und regiert werden. Dies erklärt z.B., warum die "direkte Aktion" der direkt Betroffenen bei allen staatserhaltenden Strömungen wie Sozialisten, staatsautoritären Kommunisten, Sozialdemokraten oder der Kirche so unbeliebt ist und warum die Führungsspitzen dieser Strömungen darauf bestehen, daß sie für uns unsere Verbesserungen aushandeln.

> **Die Führungsspitzen der staatserhaltenden Gesellschaftsströmungen wollen für uns unverzichtbar werden, so daß wir von ihrer Führung abhängig sind und sie uns über den Umweg unserer Unselbständigkeit beherrschen können.**

Aus diesem Grunde fürchten die Führungsspitzen der staatserhaltenden Strömungen die "direkte Aktion". Denn bei der "direkten Aktion" liegt der Trick in seiner genialen Einfachheit, die die "Führer" samt ihres komplizierten Staatssystems für die Bevölkerung verzichtbar macht:

> **In der "direkten Aktion" wird von der Bevölkerung immer das getan, was ein Problem direkt und ohne Umweg angeht und löst!**

Hungern die Menschen, bittet niemand einen Abgeordneten oder Mächtigen um Hilfe, sondern es wird ihnen zu essen gegeben und von denen genommen, die das Brot im Überfluß besitzen (z.B. Aufstand der Marktfrauen, Französische Revolution). Sind die Löhne zu niedrig, wird direkt für höhere Löhne gestreikt, und wenn es sein muß, nehmen sich die Arbeiter den Unternehmer direkt vor, statt dem Staatspräsidenten einen Bittbrief zu schreiben. Ist die Arbeitszeit zu lang, wird kein Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, sondern einfach direkt früher Feierabend gemacht und zwar überall gleichzeitig! Gibt es für unsere Kinder zu wenig Schulen, so wird nicht auf die Einsicht und Wohltätigkeit von Kirche, Staat und Regierung gehofft, sondern selbst eine gegründet. Erhoffen die Sozialisten vom Staat, er möge ihre vergammelten Betriebe sanieren und die Arbeitsplätze erhalten, so besetzen die antiautoritären Kommunisten den Betrieb, modernisieren ihn und führen ihn in Selbstverwaltung weiter! Wählen die meisten unserer Mitbürger brav und artig eine bestimmte Partei, die verhindern möge, daß die Atombomben gezündet oder die Wale weiter ausgerottet werden, so blockieren die anderen mit ihren eigenen Schiffen die Militärs und die Walfänger.

Diese "direkten Aktionen" sind ein wesentliches pfiffiges Erscheinungsbild der antiautoritären Kommunisten, mit dem sie das wichtigtuerische Gebärden des wirklich überflüssigen Staates und seiner Herrschaftsapparate einfach übergehen und direkt Abhilfe schaffen. Dies ist der revolutionäre Zündfunke der Freiheit und Selbstbestimmung, so wie er heute schon in unserer Gesellschaft sichtbar werden kann. Trotzdem darf bei all dem nicht vergessen werden, daß die "direkte Aktion" nur der Keim einer neuen Gesellschaft ist, durch den die Revolutionäre das selbstbestimmte und basisdemokratisch selbstverwaltete Leben und Handeln erlernen wollen! Fehlt der "direkten Aktion" eine langfristig angelegte revolutionäre Gründungsstrategie zum Umbruch der Gesellschaftsordnung, so wird diese "revolutionäre Geste" inhaltsleer und hohl, verpufft schließlich zur ziellosen offenen Revolte und wird letztenendes von den Sozialreformern aufgesogen und gezielt zu einem reformerischen Akt umgewandelt. Hiermit arbeiten dann wieder die "Revolutionäre" durch ihre äußerlichen Handlungsweisen den Reformisten zu, obwohl die "direkte Aktion" letztendlich von den antiautoritären Kommunisten als "revolutionäre Geste" beansprucht wird!

4.1.1.2. Handlungsweisen der sozialen Reformisten

Ganz gegensätzlich hierzu sieht das Streben der Reformisten aus. Immer wieder hören wir gerade von ihnen die Aufforderung, unsere Empörung und Auflehnung "vertrauensvoll" an sie zu delegieren und unsere Entscheidung über direkte aktive Handlungen an sie abzutreten! Wir sollen unsere Selbständigkeit, unsere basisdemokratische Entscheidungsgewalt und unsere Entscheidung über unser selbständiges direktes Handeln anderen wenigen übergeben und so in die Passivität und Abhängigkeit von anderen erzogen werden. Als Lohn für dieses Wiedereinordnen in das schon gegebene Rangordnungsgefüge des Staates erhalten wir geringfügige soziale Verbesserungen. Wir sollen, insbesondere aber nach "direkten Aktionen", wieder zur Unselbständigkeit gedrängt werden und still halten, wobei das Stillhalten über den Umweg der Reformbewegung mit geringfügigen sozialen Verbesserungen erkauft wird. Wir sollen das Gefühl erhalten, daß es uns ohne "unsere" Reformisten noch viel schlechter ginge und froh sein, daß "sie sich unserer Interessen und Angelegenheiten annehmen. Die Reformisten werden so zu Abwieglern und Kanalisierern und lenken die Bevölkerung von der Erkenntnis ab, daß es tiefgreifende Lösungen zur Beseitigung der Ursachen der sozialen Mißstände, der Ausbeutung und Unterdrückung gibt.

So fordern z.B. die **Sozialisten** heute nur weitreichende Kapitalumschichtungen, in denen das grundsätzliche Herrschafts- und Wirtschaftsgefüge jedoch das Alte bleibt und sie uns auch die alten Unterdrücker erhalten.

Die **Sozialdemokraten** fordern in diesem Sinne nur noch eine bürgerlich-demokratisierte Unternehmerlogik, die ein wenig sozialer ist und eine Milderung der sozialen Schäden durch die Ausbeutung des Kapitals beabsichtigt. Das Wort Sozialdemokraten sagt dies schon aus: "***Sozialere Demokraten***", die den Werktätigen ein wenig mehr von ihren geschaffenen Werten zurückgeben!

In den Gewerkschaften wie dem DGB sieht es nicht viel anders aus. Sie sind von den "sozialen Demokraten" genauso unterwandert wie von den "christlichen Demokraten", so daß selbst Sozialisten in ihnen die Ausnahme bilden und schon als "revolutionär" eingestuft werden; was immer das auch heißen mag. Die Gewerkschaften sind schon seit langer Zeit keine "linken" Kampforgane mehr. Sie sind bürgerliche Reformvereine!

Es gibt keine starke Linke in der BRD, die tatsächlich eine langatmige Gesellschaftsumwälzung anstrebt. Es gibt nur bürgerliche Reformistenclubs, in denen sich die Kinder der Bürgerlichen Klasse mit dem Philosophieren über eine mögliche Utopie die Zeit vertreiben, wobei diese Kinder die Ausbeutung des Menschen ein wenig sozialer gestalten wollen und sich mächtig über die Dummheit der Klasse lustig machen, die die "güterwirtschaftlich notwendige Arbeit" verrichtet. Gewerkschaften der antiautoritären Kommunisten sind heute nur im Ausland, z. B. in Frankreich, Spanien, Schweden und Italien, zu finden.

4.1.1.3. Typische Forderungen der sozialen Reformisten

Nach der Beschreibung der reformistischen Ziele sollte das Erscheinungsbild der "linken" Reformbewegungen innerhalb der Industrienationen niemanden mehr verwundern. Sie fordern die soziale Marktwirtschaft, den Sozialstaat und die Sozialpolitik bei gleichzeitiger Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Ich will das zitieren, was ich kürzlich in einem Brockhauslexikon fand und was die Aufgabe des Sozialstaates innerhalb der kapitalistischen Industrienation meiner Meinung nach wahrheitsgetreu wiedergibt. Dieses Zitat soll die von mir beschriebene Aufgabe der Reformbewegungen, z.B. Sozialdemokraten innerhalb unseres westlichen Kartellkapitalismus, herausheben und der Illusion entgegentreten, daß sich über eine Reformbewegung eine tiefgreifende Umwälzung der Gesellschaft erreichen läßt.
Der ***Sozialstaat*** ist hiernach ein Staat, "*... der seine Mitverantwortung und Mitgestaltungsmacht auf die Überwindung sozialer Schäden und auf die Befriedung sozialer Gegensätze im Volkskörper erstreckt.*" Hierbei "*... handelt es sich um die Heilung der Schäden und die Befriedung der Gegensätze, die in der industriellen Gesellschaft seit ... ... dem 19.Jahrhundert hervorgetreten sind. <u>Das</u>*

Anliegen des Sozialstaates ist die Abwehr der sozialen Revolution durch rechtzeitige und durchgreifende Sozialreformen."

Hier wird ganz offen beschrieben, in welcher Form der Sozialstaat den Gesellschaftsplanern als Kampfmittel dient und wie mit seiner Hilfe eine soziale Evolution der Gesellschaft verhindert werden soll!
Über die verwandten Mittel steht zu lesen:
"*Der Sozialstaat unterscheidet sich vom sozialistischen Staat dadurch, daß er sich um befriedenden Ausgleich der sozialen Gegensätze zwischen den Klassen, Ständen und Gruppen bemüht und daß er die Heilung der Sozialen Krise nicht auf dem Weg des Gemeineigentums, sondern unter Aufrechterhaltung - unter Umständen durch Neubildung oder Neuverteilung - des Privateigentums erstrebt.*"

Anders gesehen heißt dies:
Sozial- und Wohlfahrtstaat dienen den Kapitaleignern in den Industrienationen nur als Mittel zur Aufrechterhaltung des "Sozialen Friedens". Durch diesen "Sozialen Frieden" können die Kapitaleigner als Gesellschaftsplaner ihre "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" bewahren, festigen und ausbauen, weil erst der Soziale Friede garantiert, daß ihre Herrschaft über das eigene Staatsvolk ebensowenig in Frage gestellt wird wie ihre Herrschaft nach außen; womit wir wieder bei der Loyalitätserhaltungsstrategie der Gesellschaftsplaner innerhalb der Industrienationen angelangt sind. Sozialpolitik und soziale Marktwirtschaft dienen ihnen hierzu nur als Mittel. Hiermit werden selbst die Reformisten mit ihren "gewagten" Forderungen zum steuerbaren Kampfmittel der Gesellschaftsplaner.

> Sie sollen ausloten, in wie weit der Soziale Frieden gefährdet ist, so daß das Kapital die Menge des an die Bevölkerung zurückfließenden Gesellschaftsvermögens - je nach Lage und Bedarf - trimmen kann!

Hierzu sind die Kapitaleigner sogar zur Neubildung oder Neuverteilung gewisser Privateigentumsmengen bereit. So heißt es im selbst Brockhaus weiter:
"***Sozialpolitik***" ist "*... die Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen, die darauf zielen, die Lage der wirtschaftlich schwachen Gesellschaftsschichten zu verbessern; d.h. solcher Gruppen, deren Besitz und Einkommen unter oder knapp über dem Existenzminimum liegen oder von Besitz und Einkommen anderer Gruppen so stark abweichen, daß sich hieraus soziale Spannungen ergeben.*" Die Sozialpolitik ist somit für die den Staat beherrschenden Kapitaleigner ein Mittel "*... zur Heilung sozialer Schäden, zur Minderung sozialer Spannungen ...*" und zur

Erhaltung des sozialen Friedens, so daß die soziale Not umgangen und "... *allenfalls noch von sozialer Bedrängnis und Gefährdung die Rede sein ...*" soll. Allein über diese Überlegung entstand ehemals in der kapitalistischen Industriegesellschaft die Sozialhilfe, soziale Selbsthilfe, soziale Betriebspolitik, Sozialreform und der "Wohlfahrtstaat".

Die BRD in ihrer heutigen Form mit ihrer Sozialpolitik, Sozialhilfe und Sozialer Marktwirtschaft ist im Grunde schon die Verwirklichung der Lassalleschen Reformforderung nach dem reformierten Sozialstaat, der sich aufgrund der allgemeinen freien Wahlen der Arbeiterklasse zur parlamentarischen Demokratie und hiermit in den sozialistischen "Volksstaat" entwickeln soll. Dies sei nur am Rande bemerkt, weil wir nun zu den Staatsreformern - in den sozialen Bewegungen ursprünglich die Lassalleaner - mit ihrer Forderung nach einem reformierten Staat und einer parlamentarischen Demokratie übergehen.

4.1.2. Reformbewegung als Kampfmittel des Kapitals

Die Behauptung, daß die Sozialreformer nur ein Mittel zur Loyalitätserhaltung sind, ist in der Geschichte Europas sehr schnell zu belegen. Die Ursache dafür, daß sich aus der Arbeiterbewegung des vergangenen Jahrhunderts die Sozialreformer zum Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung entwickelten, liegt beim schon beschriebenen demokratiefeindlichen Erziehungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen und dessen Entartungsmechanismus, der hier durch den demokratiefeindlichen Sozialisationsprozeß des Staates gefördert und angestoßen wurde.
Daß die Reformbewegungen zum Kampfmittel des Kapitals wurden und wie der Staat hierbei vorging, um den Anhängern radikalerer Strömungen ihre Soziale Revolution zu vereiteln, ist gerade in der Geschichte Deutschlands besonders gut nachzuzeichnen.

Beginnen wir mit der mißglückten Deutschen Revolution von 1848, in der die deutsche Arbeiterschaft ebenso wie die französische in Paris, die österreichische in Wien, die ungarische, die italienische usw. auf die Barrikaden ging. Dies ist das Jahr, in dem sich die europäische Arbeiterklasse der führenden Industrienationen erstmals ihrer Macht bewußt wurde. Zugleich erkannte sie in ihrer Niederlage die tiefe verräterische Kluft, die sie vom Bürgertum trennte und somit die Notwendigkeit, sich selbständig und unabhängig als Arbeiterklasse zu organisieren.

4.1.2.1. "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands"

Nach dem Maschinensturm von 1811/12 in England und der Bildung der englischen Chartismus Bewegung kam es 1848 auch in Deutschland zur Bildung von Gesellen- und später Arbeitervereinen. Mit der wissenschaftlichen Untermauerung der Kapitalismuskritik durch Marx fanden vor allem die radikalen und revolutionären Gesellschaftsströmungen vermehrten Zulauf. Insbesondere in den durch Ausbeutung und Unterdrückung entstandenen unteren Elendsschichten stieg die Bereitschaft zum radikalen Umsturz. Diese unteren Schichten lebten am Existenzminimum, besaßen keinerlei Rechte und wurden bedingungslos ausgebeutet und unterdrückt. Es war ihre Verbitterung und Hoffnungslosigkeit, die sie den Revolutionären zutrieb. In einem radikalen Umsturz und einer nachfolgenden Umwälzung der Gesellschaft erblickten sie die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein. Zu oft war ihr Bitten und Betteln auf taube Ohren gestoßen, und zu groß war ihre Verbitterung über die, die sie bedingungslos ausbeuteten und unterdrückten. Sie hatten die Verhöhnung ihrer existentiellen Lebens- und Menschenrechte satt, mit der sie immer wieder von den Kapitaleignern jenen Satz zu hören bekamen:

> "Wenn du diese Arbeit für diesen Preis nicht machen willst und es dir zuwenig erscheint, dann geh doch. Es gibt genug, die für weniger arbeiten!"

Eine revolutionäre Bewegung, die dieser Erniedrigung ihrer Persönlichkeit ein Ende bereiten wollte, in der sie wieder Menschen und kein Stückgut waren, in der sie sich zu einer Klasse zusammentaten, die die besitzende Klasse mit all ihren parasitären Fettsäcken hinwegzufegen versuchte, war ihnen gerade recht. Ein menschenwürdiges Leben und Genugtuung. Beides versprachen ihnen die radikalen Umwälzungsideen der Revolutionäre.

1864 gründeten die Arbeiter in London die ***1.Internationale*** (Internationale Arbeiterassoziation), die unter dem Einfluß von Marx und Engels das Programm einer Klassenpartei formulierte.
In Deutschland war **1863** von F.Lassalle in Leipzig der ***Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*** gegründet worden. Lassalle war Reformist und vertrat im Gegensatz zu Marx den programmatischen Grundsatz, daß die Durchsetzung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts eine Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter und die Beseitigung der Klassengegensätze ermöglicht.
1869 entstand unter der Führung von Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach die an Marxs Thesen angelehnte ***Sozialdemokratische Arbeiterpartei***.

Parallel hierzu entwickelte sich seit **1868** die deutsche Gewerkschaftsbewegung, teils auf marxistischer und kommunistischer, teils auf sozial-liberaler reformistischer Basis.
1875 verschmolzen die Spitzen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Gothaer Einigungskongreß zur ***Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)***. Es kam zur Verabschiedung des Gothaer Programms. Die SAPD war nun das große Sammelbecken aller sozialen Strömungen in Deutschland. Dieses Sammelbecken reichte von den antiautoritären Kommunisten, z.B. Johann Most, über die staatsautoritären Kommunisten und Sozialisten, deren bekanntesten Vertreter Marx und Engels für die Kommunisten, Bebel und Liebknecht für die Sozialisten waren, bis zu den Sozialreformern, den Lassalleanern.

Nun waren sie alle in einer Partei versammelt, rangen miteinander um die Vorherrschaft innerhalb ihrer "großen Partei" und um die Herrschaft im Staat. Hier begegnet uns wieder jener alte Zauberspruch, der schon die russische Revolution zerstörte. Es ging wieder um die "Eroberung der politischen Macht". In den damaligen Fraktionskämpfen fanden die Gesellschaftsplaner des deutschen Staates schließlich den Ausgangspunkt, der es ihnen ermöglichte, die SAPD für ihre Zwecke einzusetzen, ohne die Gefahr einzugehen, daß durch eine Zerstörung des Parteiapparates die sozialen Bewegungen im Untergrund außer Kontrolle gerieten. Die Gesellschaftsplaner wandelten die SAPD in einen staatstragenden Puffer und von Lassalleanern getragenen Sozialreformapparat um, so daß die Partei zum "Spürhund des Systems" wurde.

4.1.2.2. SAPD wird staatstragender Reformapparat

Der adligen Herrschaftsschicht, die im Einvernehmen mit den Kapitaleignern hemmungslos die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse betrieb, bereitete die wachsende Umsturzbewegung immer größere Schwierigkeiten. Die Bereitschaft der Arbeiterklasse, das alte System durch eine Soziale Revolution hinwegzufegen, nahm ständig zu. Seit der Gründung der SAPD besaßen die Arbeiter ihr erstes Organ, in dem sich immer mehr Unzufriedene und Umstürzler sammelten. Die im Kaiserreich durchgeführten Wahlen zum Reichstag zeigten diese Entwicklung durch die drastisch zunehmenden Wahlerfolge der SAPD deutlich an. Dem Kaiserreich mußte es gelingen, einen Puffer vor die revolutionären Forderungen der Kommunisten und verschiedener Sozialisten zu schieben. Dieser Puffer mußte für ein Kanalisieren der sozialen Unruhen sorgen.
Marx, Engels, Most und viele andere stellten weiter ihre Forderung nach einer Sozialen Revolution, und die Zustimmung innerhalb der Arbeiterklasse wurde immer breiter. Sie hielten eine Beschränkung auf den parlamentarischen Kampf,

besonders in Deutschland, für unzulänglich, weil die **Verfassung von 1871** (Einführung der Konstitutionellen Monarchie) dem Reichstag keine ausreichende Herrschaftsbefugnis gegeben hatte. Der Monarch besaß weiterhin die alleinige Verfügungsgewalt über die Exekutive (ausführende Gewalt) und konnte sich so leicht über die Beschlüsse des Reichstages hinwegsetzen. (Siehe den anfangs nicht und später veröffentlichten Teil der "Kritik des Erfurter Programms" von Engels, 1891)
Dem entgegen waren die Vorstellungen der Lassallianer schon fast erfüllt. Mit der Verfassung von 1871 war die Grundvoraussetzung des Allgemeinen Wahlrechtes (zu dieser Zeit jedoch beschränkt durch das preußische Ständerecht) zur Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter und zur systematischen Beseitigung der Klassengegensätze auf parlamentarischem Wege fast erreicht. Nun konnte die von den Lassalleanern und anderen Reformisten angestrebte Heilung der "sozialen Schäden", die Minderung sozialer Spannungen und die grundlegende Umgestaltung der Eigentums- und Einkommensverteilung beginnen. Diese Reformen über parlamentarische Mehrheiten sollten schließlich zum Umbruch der Gesellschaft hin zu einer gleichmäßigeren vom Staat überwachten Eigentumsverteilung führen, ohne daß in dem durch Privateigentum und Handel grundsätzlich entstehenden Gesellschaftsmechanismus der "inneren Dynamik eines Handelsraumes" und seinem Eigentumsentwicklungszyklus eingegriffen werden sollte.

Genau in diesen Reformbestrebungen erkannten die von Bismarck geführten Gesellschaftsplaner des preußischen Staates einen Puffer, den sie vor die revolutionären Strömungen Deutschlands schieben und mit dem sie die sozialen Spannungen für ihre Zwecke kanalisieren konnten. Sie brauchten hierzu nur die SAPD in einen von der Ideologie Lassalles beherrschten Reformapparat umzuwandeln. Durch den Mangel an einer tiefgreifenden Eigentums- und Staatskritik waren die Reformisten sowieso dazu geneigt, ihre Organisation als Rangordnungssystem aufzubauen, so daß von den Gesellschaftsplanern im geeigneten Moment nur die Spitze des Parteiapparates ausgetauscht werden mußte. So schufen die Reformer im Einvernehmen mit den autoritären Kommunisten und Sozialisten das innere Gefüge der SAPD, welches im Grunde nur ein schlechtes Spiegelbild vom schon bestehenden Staat war, kopierten seine Herrschaftsstrukturen und waren durch das entstehende Rangordnungssystem ihrer Partei von oben nach unten bestens steuerbar!

Es kam auch hier, was durch den "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" zwangsläufig eintreten mußte und was die späteren Sozialdemokraten zum größten und verlogensten Mythus, **die Verfolgung der Sozialdemokraten**, hochstilisierten.

Von **1882-1890** kam es zum Ausnahmezustand, zum Verbot und zur Verfolgung der SAPD-Anhänger. Es war die Zeit der Sozialistengesetze. Doch genauer be-

trachtet, verfolgte der preußische Staat nur die revolutionäre Führung innerhalb der SAPD, während er die Reformer "für andere Zwecke" schonte. Die Gesellschaftsplaner begannen, den Zwist zwischen der Reform- und Revolutionsfraktion zu nutzen und anzuheizen.

Im nachhinein gesehen, kam dem Führungsanspruch der Reformisten das Sozialistengesetz Bismarcks überaus gelegen. Spitze Zungen behaupten, daß es den Reformisten während des Kampfes um die "Eroberung der politischen Macht" innerhalb der Partei jene Art von "Säuberung" ersparte, die wir aus den Kommunistischen Parteien des Ostblocks kennen, zumal der "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" spätestens nach der Eroberung der Herrschaftsgewalt im Staate eingerastet wäre. Die praktische Wirkung blieb die gleiche.

Vor dem Sozialistengesetz hielten sich die Reformer mit den Revolutionären in der SAPD-Führung die Waage. Nach ihm waren die revolutionären Wortführer aus der Parteiführung fast alle verschwunden. Grob betrachtet bot die SAPD nach den Sozialistengesetzen folgendes Bild. Die Reformisten saßen in der Spitze des Parteiapparates, und die Verfechter der Sozialen Revolution standen an der Basis der Arbeiterschaft.

Und auf welche "elegante Art" hatte sich die Parteiführung ihres radikalen Flügels entledigt?
Ganz einfach. Der preußische Staat machte die Drecksarbeit, und die Reformer innerhalb der Partei wehrten sich nicht, wenn die radikalen Parteigenossen über die Klinge sprangen. Am Ende waren Gesellschaftsplaner und Reformisten zufriedengestellt. Bismarck besaß einen sozialreformerischen Herrschaftsapparat, mit dem er die sozialen Spannungen für seine Zwecke kanalisieren konnte, und die führenden Kräfte des sozialreformerischen SAPD-Flügels bekamen die Verfügungsgewalt über die Partei und konnten unbehelligt an der politischen Herrschaft im Staat teilhaben. Sie waren über das Kanalisieren der sozialen Spannungen und der revolutionären Kräfte in die Führungsschicht eines neuen sozialreformerischen Herrschaftsapparats der Gesellschaftsplaner aufgestiegen und so zu einer zusätzlichen in die staatliche Planungsbehörde aufgenommenen Führungselite geworden. Die reformerischen Sozialdemokraten waren nun reif, den Kapitalismus im Sinne der Kapitaleigner zu verwalten und zu steuern, anstatt ihn zu überwinden! Und tanzen taten sie nach Bismarcks Pfeife.

Dies sind keineswegs die überspannten Geschichtsdeutungen der revolutionären staatsautoritären Kommunisten und Sozialisten oder der Anarcho-Kommunisten. Dies war die traurige Alltagsrealität der SAPD, die in verschiedenen Werken von Rudolf Rocker oder Max Nettlau, z.B. "Leben und Werk d. Historikers vergessener sozialer Bewegungen", Johann Most, "Memoirin", Horst Karasek, "Belagerungszustand! Reformisten und Radikale unter dem Sozialistengesetz 1878-1890", oder Rudolf Rocker, "Johann Most. Das Leben eines Rebellen"nachzulesen ist.

Die Taktiererei der Partei gegen die radikale Linke erschöpfte sich bald nicht mehr nur im Stillhalten. Krampfhaft versuchte der Vorstand im Züricher Exil, den Einfluß der Linken auf die Parteibasis zurückzudrängen. So gründeten sie z.B. eine Gegenzeitung zur radikalen "Freiheit" von J. Most und kopierten in dieser "Sozialdemokrat" seine einfache Sprache in den Artikeln. Im Züricher Exil versucht die Partei, mit allen möglichen Resolutionen und Anträgen die radikale Linke auszumanövrieren. Abstimmungen wurden manipuliert, Mandate verfälscht, Beschlüsse verschwanden. Das Studium der alten erhalten gebliebenen Berichte, Zeitungen, Bücher und Akten, die uns heute nur noch in verstümmelter Form als allgemein vergessener Teil unserer Geschichte vorliegen, lieferte mir hierfür Unmengen an Material. "Sozialisten" lieferten Sozialisten ans Messer, und die Anhänger beider Fraktionen wurden zu Verrätern und besten Helfern der preußischen Polizei. Die Fraktionen unterlagen in ihrem Willen zur "Eroberung der politischen Macht" dem "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen".
Daß die radikalen Kräfte hier den Kürzeren zogen und der preußische Staat für eine Festigung der reformerischen Führungsposition im SAPD-Parteiapparat sorgte, liegt auf der Hand. Die Radikalen landeten im Knast, im Exil oder der Resignation. Es dauerte nicht lange, da triumphierten Staat und Sozialdemokratie, und die Gesellschaftsplaner hatten sich einen neuen staatstragenden Herrschaftsapparat zum Kanalisieren der sozialen Spannungen geschaffen.

Gleichzeitig war Bismarck für die Erhaltung der inneren Stabilität im Kaiserreich nicht untätig geblieben. Bismarcks sozialpolitischen Bemühungen galten vor allem der Entschärfung der sozialen Spannungen. Er wollte mit seinen Sozialreformen die weitere Radikalisierung der Arbeiterklasse verhindern.
1883 führte er das Krankenversicherungsgesetz, **1884** das Unfallversicherungsgesetz und **1889** das Gesetz zur Invaliditäts- und Altersversicherung ein. Mit diesen Sozialversicherungen entschärfte er die sozialen Spannungen, befriedete einen Großteil der aus sozialer Not radikalisierten Arbeiterklasse und führte sie - in der Hoffnung ihres im feudalen System verhaftenden Denkens, daß ihre "Herren" sich ihrer durch Reformen erbarmen täten, wenn sie diese nur laut genug anmahnten - den Reformisten zu. Nun waren die Grundlagen zur Abschaffung der Sozialistengesetze gelegt, was **1890** auch erfolgte.

Daß **1890** die SAPD in die ***Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)*** umbenannt wurde, war in diesem Jahr nur noch ein Ausdruck der "revolutionären Nachwehen", mit denen sich die Sozialreformer nun endgültig und auch äußerlich der Parteiführung bemächtigten. Die Reformer beanspruchten Bismarcks Sozialreformen für sich, und auch die bürgerliche Presse ließ die Reformbemühungen der SPD in einem glanzvollen, "kritischen" und manchmal als sozialistisch geschmähten Licht erscheinen.

Der Eindruck der nach den Sozialistengesetzen einsetzenden Wahlerfolge der SPD nach 1890 nährte nun die Hoffnung, daß die Umwälzung und die Umgestaltung der Gesellschaft tatsächlich über die Erringung einer demokratischen Mehrheit im Parlament eingeleitet werden könnte. Es kam zum Abrücken von der marxistischen Grundauffassung, die von der Revolution des Proletariats ausging. Die Parteimehrheit der SPD entschied sich nun für den demokratischen Weg zur Erringung der Herrschaft über Wahlen zum Parlament, wobei sich die Arbeiterklasse der Führung des sozialdemokratischen Parteiapparates unterordnete.

Bismarck war es im Sinne der Gesellschaftsplaner gelungen, die sozialen Unruhen und revolutionären Bestrebungen zu kanalisieren und umzulenken. Mit der SPD hatte er im Staate einen neuen sozialreformerischen Herrschaftsapparat geschaffen, mit dem er die Wogen der sozialen Spannungen glätten und die Arbeiterschaft steuern konnte. Unter zur Hilfenahme der SPD trimmte er die Sozialreformen immer auf das Maß, welches nötig war, damit die Revolutionäre nicht die Überhand gewannen.
Die Reformisten beanspruchten natürlich alle erzielten Erfolge für sich. Doch in Wirklichkeit sind und waren sie Abwiegler, mit denen die sozialen Spannungen nur kanalisiert werden sollen. Denn die Gesellschaftsplaner wären nie auf das Bitten der Reformer eingegangen, wenn die Reformer nicht eine breite revolutionäre Strömung im Rücken gehabt hätten, die Überhand zu nehmen drohte. Diese galt es einzudämmen, sonst nichts! Die Reformer erfüllten hier nur die Funktion eines Puffers oder Seismographen, mit dem der Staat auslotete, in wieweit die Ausbeutung und Unterdrückung maximiert werden konnte, ohne daß eine Revolution drohte. Die Verbesserungen sind der Arbeiterklasse dann durch die kapitalistische Pressepropaganda als Erfolge der Reformer verkauft worden, damit sie Ruhe hielt und zur SPD-Führung vertrauen faßte. Den radikalen Strömungen sollte mit der SPD der Wind aus den Segeln genommen werden.
Der SPD fällt bis heute keine andere Funktion zu als die der Pufferzone und die der Abwiegler, deren Entstehung auf Bismarck zurückgeht und bis heute eine fast 100-jährige ungebrochene Tradition besitzt. Bismarck leistete ganze Arbeit, und wenn wir uns die SPD heute richtig anschauen, werden wir schnell feststellen, daß sie selbst heute noch ein von Lassalles Staatsreformforderungen beherrschter Parteiapparat ist, der sich im Grunde mit der heutigen Gesellschaftswirklichkeit selbst überlebt hat.

Angesichts dieser scheinbaren sozialen Erfolge in Deutschland war es nicht verwunderlich, daß die meisten mittel- und westeuropäischen Arbeiterparteien

auf den Kurs des deutschen Vorbilds einschwenkten. Sie stellten den reformistischen Weg in den Mittelpunkt ihres Handelns und sind wohl meist auch von den Herrschenden hierzu umgewandelt worden. Im 19.Jahrhundert waren es die Reformisten, die die Mitschuld an der Verhinderung der Sozialen Revolution trugen, weil sie zum Empörungs- und Auflehnungskanalisierer der Herrschenden wurden. Sie trugen dazu bei, daß durch die Streitigkeiten zwischen radikalem und gemäßigtem Flügel (ab der 2.Hälfte des 19.Jahrhunderts) Name und Ziel des Kommunismus hinter dem des Sozialismus zurücktrat.
In der ersten Hälfte des 20.Jahrhunderts waren es die autoritären Kommunisten, die nun aus der Erfahrung der 2.Hälfte des 19.Jahrhunderts die Entwicklung mit allen Mitteln umzukehren versuchten und sich eigens hierfür von den Sozialisten und Sozialdemokraten trennten. Doch mit dem Ziel der "Eroberung der politischen Macht" massakrierten sie schließlich so viele "Reaktionäre", daß am Ende auch bei ihnen keine Kommunisten mehr übrig blieben.

Als Ursache der sozialreformerischen Umformung radikaler Bewegungen durch die Gesellschaftsplaner können wir wieder den Willen zur "Eroberung der politischen Macht" und die Einrichtung einer Organisation mit einem Rangordnungsgefüge angeben, durch die die Arbeiterklasse die Herrschaft erlangen sollte. Dem gegenüber stand der stabile preußische Staat.
Treffen derartige Gegebenheiten aufeinander, so wird der Staat es immer mit genau demselben Mittel wie in Deutschland schaffen, revolutionäre Strömungen für seine Zwecke umzuwandeln und die Handlungsziele der Bevölkerung in einer vom Staat gesteuerten Reformbewegung zu vereinen. Die Reformen, die die Gesellschaftsplaner durch den Staat zugunsten der Besitzlosenklasse vollziehen, sollen von der Bevölkerung immer als Erfolg der Reformer erkannt und wahrgenommen werden. Hiermit soll die Bevölkerung zu den Reformisten Vertrauen fassen, so daß die Auflehnung und Empörung durch die Reformbewegung kanalisiert werden kann.
Tatsächlich aber lebt jede Reformbewegung von der Kraft und dem Blut der radikalen Gesellschaftsströmungen, die ja klein gehalten werden sollen. Die Stärke der Reformer in einem Staat hängt immer von Kraft und Ausmaß des radikalen Änderungswillens der Bevölkerung ab. Schwinden die radikalen und revolutionären Kräfte im Volk, verlieren auch die Reformer ihren Einfluß, da nun keine staatsgefährdenden Kräfte verbleiben, die es zu kanalisieren gilt und die Reformer somit überflüssig werden!
Das Vorgehen der Gesellschaftsplaner wird bei allen Parteien mit einem Rangordnungsgefüge immer gleichartig ausfallen. Es sei denn, die revolutionären antiautoritären Kommunisten finden ein Mittel der Aufklärung und eine Organisa-

tionsstruktur als Kampfmittel, die von vornherein herrschaftsfrei, rangfolgefrei und somit unbeherrschbar ist.

4.1.2.3. Mitschuld der Sozialdemokraten am 1.Weltkrieg

Wie gut der Gehorsam und die Gefolgschaft der sozialdemokratischen Reformbewegung klappte, zeigt uns das Verhalten des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD kurz vor dem 1.Weltkrieg. Der preußische Staat hatte sich mit der deutschen Reformbewegung eine Organisation herangezogen, die treu und unterwürfig zu ihm stand und ihm gehorsam in den Krieg folgte. Sie war sogar so gefolgsam, daß es namentlich die Reformbewegung der deutschen Sozialdemokratie war, die alle internationalen Versuche zur Verhinderung des 1.Weltkrieges vereitelte.

Auf den Kongressen der ***2.Sozialistischen Internationalen***, **1871** nach dem Deutsch-Französischen Krieg wieder ins Leben gerufen, verhinderten gerade die deutschen Sozialdemokraten mehrmals Entscheidungen zu einem internationalen Generalstreik gegen die drohende Kriegsgefahr. Die Arbeiter der Industrienationen waren hochgradig organisiert und besaßen die Kraft und die Bereitschaft zum Umbruch der europäischen Gesellschaft. Was fehlte war ein Startsignal, welches auch den 1.Weltkrieg verhindert hätte. Die Arbeiterklasse allein hätte durch ein direktes Eingreifen den Frieden sichern können. Das Land, von dem zu dieser Zeit dieser Entschluß hätte ausgehen müssen, war Deutschland, denn Deutschland verfügte damals über das größte Kriegspotential.
Von den bürgerlich nationalen Parteien im Reichstag war diese Friedensaktion sicherlich nicht zu erwarten gewesen. Diese Rolle fiel einzig und allein den Sozialisten und Kommunisten zu. Sie besaßen jenes weitblickende ideologische Gründungsziel einer gerechteren, friedlicheren, ausbeutungsfreien Welt, die den engstirnigen Nationalisten verborgen blieb. Doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die im Reichstag mit einer großen Zahl Abgeordneten vertreten war, nahm diese historische Aufgabe nicht an!

> Sie konnte als einzige Partei auf die Hilfe der mit ihr eng verbundenen mächtigen Gewerkschaften zählen und war somit die einzige Partei, die in Deutschland die notwendige Kraft für solch einen Schritt besaß!

Doch in ihren Handlungen zeigte sie überdeutlich, daß sie weder eine sozialistische noch eine kommunistische Haltung besaß, und daß ihr der Internationalismus als gemeinsamer Klassenkampf und Verbrüderung aller Völker zu einer auf

Frieden und Gleichberechtigung aller Menschen beruhenden Gesellschaft fremd war.

1907 zeigte sie diese Haltung überdeutlich. Auf dem Kongreß der 2.Sozialistischen Internationalen in Stuttgart stritten die Delegierten auf Antrag des französischen Antimilitaristen Gustave Herv, über Antikriegsaktionen der Sozialisten und vor allem über einen Generalstreik gegen den Krieg. Die deutschen Sozialdemokraten waren dagegen. Für sie war der Generalstreik nichts weiter als "Generalunsinn". Selbst staatsautoritäre marxistische Kreise in Deutschland argumentierten dogmatisch:
Der Krieg, der als notwendige Folge des Kapitalismus betrachtet wurde, konnte nur durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zum Verschwinden gebracht werden! Gegen einen Angriff von außen, insbesondere vom politisch rückständigen und wirtschaftlich weniger entwickelten Rußland, werden die deutschen Sozialdemokraten ihr Vaterland verteidigen.
Mit dieser Argumentation war, **1907**, der ***Sozialpatriotismus*** geboren, der sich später im Nationalsozialismus fortsetzen sollte. Bei den nationalen Parteien hieß es:
"Am deutschen Wesen soll die Welt genesen." Aber auch den Sozialpatrioten lag die nationale Militäruniform näher als die internationale rote Sozialistenbinde.

> Ein Resolutionsentwurf, der die Arbeiter zu direkten Antikriegsaktionen aufrief und die sozialistischen Abgeordneten ermahnte, im Parlament gegen die jederzeit möglichen Kriegserklärungen und Kriegskredite zu stimmen, ist durch das Veto der deutschen Sozialdemokraten abgelehnt worden!

Der enttäuschte Hervé, gab auf und wurde später Nationalist. Die einzigen prominenten Sozialdemokraten, die sich für Antikriegsaktionen einsetzten, waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen, **1910**, wiederholte sich dieses Spiel. Diesmal war es der Engländer Keir Hardie, der im Namen seiner Partei die Sozialisten aller Länder aufrief, gemeinsam gegen Krieg und Militarismus zu kämpfen. Er forderte nicht nur die Abrüstung, sondern auch die vollständige Ausmerzung des militaristischen Geistes, womit die Deutschen wohl völlig überfordert gewesen sein müssen. In dem von ihm und dem Franzosen Vaillant vorgelegten Entschließungsentwurf sind, neben einer internationalen Antikriegskampagne, der Generalstreik in der Kriegsindustrie und im Verkehrswesen als wirksamstes Mittel gegen den Krieg vorgeschlagen worden.

> Auch diesmal waren es die deutschen Sozialdemokraten, die den Vorschlag ablehnten, während selbst die schwedischen Sozialdemokraten

ihm positiv gegenüberstanden. Um die Spaltung der Internationalen zu vermeiden, wurde auf eine Abstimmung verzichtet.

Somit waren die deutschen Sozialdemokraten die Hauptgegner einer konsequenten antimilitaristischen Strategie. (Wenn also die SPD in den Massenmedien vollmundig ihren Willen zum Kernenergieausstieg verkündet und hinterrücks still und leise weiteren Teilbaugenehmigungen der WAA-Wackersdorf - wie 1988 in München geschehen - zustimmt, so beruht dies nur auf einer sehr alten Tradition des Verrates!) Selbst Bebel begnügte sich damit, im Reichstag "die glänzenden Knöpfe der Uniformen anzuprangern", weil sie dem Feind als Zielscheiben dienen könnten. Er erklärte, daß er selbst auf seine alten Tage noch das Gewehr schultern würde, wenn es gegen das zaristische Rußland ginge.

Die Jungsozialisten waren die einzigen, die gegen die Übermacht des allgegenwärtigen deutschen Parteiapparates angingen und eine Diskussion zur Haltung der Parteiführung auf den Internationalen Sozialistenkongressen bei der Parteibasis anzuleiern versuchten. Sie bildeten z.B. als ***Sozialistischer Bund*** in Berlin einen Ausschuß zur Einberufung eines deutschen Arbeitertages, auf dem internationale Friedensaktionen beraten werden sollten. Sie waren der Meinung, daß ein allgemeiner Streik die drohende Kriegsgefahr bannen konnte. Gustav Landauer hatte eigens hierfür einen Aufsatz, "Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes, Fragen an die deutschen Arbeiter", geschrieben, von dem er 100.000 Exemplare drucken ließ. Doch es kam nie zur Verbreitung dieser Flugschrift. Durch Verrat fiel sie der Polizei in die Hände und ist am **4.12.1911** wegen Aufforderung zum Generalstreik beschlagnahmt worden.

Aus dem geschilderten Sachverhalt kann also zweifelsfrei der Schluß gezogen werden, daß Parteiführung und Parteiapparat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit den Gesellschaftsplanern ihres Staates "einvernehmlich" zusammenarbeiteten und jenes gesellschaftliche Klima schufen, welches für den Kriegsbeginn notwendig war. Die SPD hatte ihre Funktion als Herrschaftsapparat der Gesellschaftsplaner gefunden, und sie arbeitete nun mit ihren Argumentationen, Parolen und Entschließungen deren Weltherrschaftsinteressen zu.

Mit dem Attentat des serbischen Nationalisten Princip auf den österreichischen Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau am **28.Juni 1914** in Sarajevo war die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der Großmächte akut geworden. Jetzt mußte sich entscheiden, ob der Friedenswille der Völker stärker war als der nationalistische Kriegswille und ob die Ideale des humanistischen Sozialismus über die internationalen Kapitalinteressen siegen werden.

Am **29.Juli 1914** trafen sich die Repräsentanten der 2.Sozialistischen Internationalen in Brüssel, um zur brennenden Frage der Kriegsgefahr Stellung zu nehmen. Die Diskussionen zeigten, daß vor allem bei den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten die nationalen Gefühle stärker waren als der sozialistische Internationalismus.

> Karl Legien, der Vertreter der deutschen Gewerkschaften, gab seinem französischen Kollegen Leon Jouhaux klar zu verstehen, daß die deutschen Arbeiter marschieren und nicht streiken werden, während sich noch wenige Tage zuvor "La Bataille Syndicaliste", das Organ der französischen Gewerkschaften, für die Verhinderung des Krieges durch den Generalstreik ausgesprochen hatte!

Am **4.August 1914** übernahm die deutsche Sozialdemokratie, stärkste Sektion der 2.Sozialistischen Internationale, durch die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag (wo sie 110 Abgeordnete stellte) einen schwerwiegenden Teil der Verantwortung am Krieg. Die zahlreichen telegraphischen Appelle ausländischer Gewerkschaften an die Adresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, durch ein gemeinsames Handeln den Krieg zu verhindern, fanden kein Echo. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.
Vier Monate später, am **2.Dezember 1914**, stimmte die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag erneut für zusätzliche Kriegskredite. Nur Karl Liebknecht und Otto Rühl stimmten hiergegen. (Quelle für den unter "Die Mitschuld der Sozialdemokraten am 1.Weltkrieg" zusammengefaßten und bearbeiten Text ist: Augustin Souchy, "Vorsicht Anarchist", ein lesenswertes Buch)

Erdrückend?
Diese Vorgänge sind auf die Beherrschbarkeit der Gesellschaft durch ihr Rangordnungsgefüge und der Herrschaft der Gesellschaftsplaner durch die ihnen ergebenen demokratiefeindlichen Staatsapparate zurückzuführen. Erst diesem Rangordnungsgefüge entspringt der Wille zur "Eroberung der politischen Macht" und jener Gesellschaftsmechanismus, mit dem die Entscheidungsbefugnis einer jeden demokratischen Organisation systematisch an die Spitze verlagert wird, so daß wir den beschriebenen "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" auch hier wiederfinden. Die vom Staat alltäglich erzwungene Unterwerfung prägt die unüberlegte Übernahme des Rangordnungsgedankens und trägt somit zur steten Reproduktion dieses ritualisierten Verhaltens innerhalb aller freiwilligen Zusammenschlüsse der Gesellschaft bei.

Die Gesellschaft wird ewig über das Rangordnungsgefüge ihrer Organisationen steuerbar bleiben, es sei denn, sie wird sich der tragenden Funktion der Rangordnung zu ihrer eigenen Unterdrückung bewußt!

Die Sozialdemokraten bilden in diesem Zusammenhang nur eine Sonderform eines durch die Gesellschaftsplaner genutzten Herrschaftsapparats, mit dem;

> die radikalen und revolutionären Kräfte innerhalb der Gesellschaft bekämpft werden und

> eine Steuerbarkeit der sozialen Unruhen durch eine Reformbewegung erleichtert sowie staatstragend kanalisiert wird.

Die Mitschuld am 1.Weltkrieg der deutschen Sozialdemokraten dient mir hier nur als das schlimmste auffindbare Beispiel dieser sich überall wiederholenden Gesellschaftsdynamik von Reformbewegungen mit kontrollierbarem Rangordnungsgefüge.
Heute ist diese Gesellschaftsdynamik besonders gut bei den Grünen zu beobachten

------

Ich will im Fluß meiner Überlegungen noch auf eine weitere Absonderheit hinweisen.
Kaiser Wilhelm II. war der größte Aktienbesitzer der Firma Krupp. Die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hatten in Frankreich die "Société francoise pour la fabrication de roulement de billes" gegründet, in der kriegsnotwendige Maschinen gegen den "Erbfeind" hergestellt wurden. Die gleiche Firma lieferte 50% ihrer Produktion nach Rußland und 200.000 Gewehre nach Serbien. Gleichzeitig zahlte die Firma Krupp der französischen Presse hohe Summen um kriegshetzerische Artikel zu veröffentlichen! (Quelle: Augustin Souchy, "Vorsicht Anarchist!")
Warum?
Wollten Kaiser und deutsche Kapitaleigner in ihrer "Vaterlandsliebe", daß deutsche Arbeiter mit von deutschen Unternehmern in Auftrag gegebenen Waffen erschossen werden?
Wollten sie mit Hilfe der SPD einen unüberwindbaren Graben des Hasses innerhalb der europäischen Arbeiterklasse aufreißen und den schon sichtbaren Ansätzen einer "internationalen sozialistischen Weltrevolution" ein jähes Ende bereiten?

Erkläre mir jemand die tiefere Logik dieser widersinnigen nationalistischen Herrschaftsstrategie, mit der der deutsche Kaiser seinen Feinden noch Waffen für einen Krieg gegen seine eigenen Herrschaftspläne lieferte und die europäischen Gesellschaftsplaner insgesamt dafür sorgten, daß sich die Arbeiterklasse jahrelang in einem bestialischen Graben- und Stellungskrieg abschlachtete!

Das nun folgende Beispiel soll die innere Stabilität der Gesellschaftsdynamik aufzeigen, so wie sie für die Gesellschaftsplaner durch die drei Elemente des Rangordnungsgefüges, des Staates und der Reformbewegung zur Erhaltung ihrer "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" entsteht.

4.1.2.4. Generalprobe für die Novemberrevolution

Der Staat samt seiner Herrschaftsapparate ist nicht reformierbar!
Als ich meine Unterlagen durchstöberte, entschloß ich mich, den schlimmsten Verrat der SPD an der Arbeiterklasse zu wählen, da durch ihn auch Tragweite und Dimension, in der wir für politische Gesellschaftsabläufe denken müssen, der von Bismarck geleisteten Arbeit sichtbar werden. Die SPD war es, die nach dem 1.Weltkrieg in ihrer alten Funktion als Empörungskanalisierer der Gesellschaftsplaner die Soziale Revolution in Deutschland verhinderte und die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik (d.h., nicht Lenins Kadersystem, sondern das marxistische staatsautoritäre Rätesystem) vereitelte. In der deutschen Novemberrevolution von 1918 bewährte sich die SPD als Puffer und neuer stabilisierender Staatsapparat gegen Sozialismus und Kommunismus, den Bismarck 28 Jahre zuvor eigens für diese Aufgabe für das Kaiserreich herangezogen hatte.

Um meine Argumentation in ihrer ganzen Bandbreite nachvollziehen zu können, will ich Ihnen kurz Vorgänge und Lage der Dinge vor der Novemberrevolution skizzieren.

An der Spitze der Arbeiterbewegung standen praktisch "soziale" deutschnationale Demokraten (ich meine die Sozialdemokraten), die die ursprünglichen von Marx geforderten Ziele des Sozialismus und schließlich des Kommunismus nicht teilten. Ihnen ging es bestenfalls um einen sozialreformierten Nationalstaat, wobei sie sich an den alten Herrschaftsverhältnissen, durch die sie groß geworden waren, krampfhaft festklammerten.
Daß innerhalb der SPD immer wieder ein ganz bestimmter Personenkreis von sozialen bürgerlich-liberalen Parteimitgliedern aufstieg und die radikale Linke nicht die Oberhand gewinnen konnte, lag wieder im "Entartungsmechanismus

aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" begründet, dessen Funktion von folgenden Rahmenbedingungen bestimmt wurde:

1. In der von Bismarck mit den Sozialistengesetzen eingerichteten personellen Führungsstruktur innerhalb der Arbeiterbewegung, durch die die alten reformistischen Führungsspitzen immer wieder nur ihren Nachwuchs herangezogen.

2. In der Aufgabe der SPD als reformistisch wirkender Herrschaftsapparat der Gesellschaftsplaner, der die Wogen einer zu radikalen Umwälzungen neigenden Arbeiterbewegung glätten sollte.

3. In dem Aufstieg der SPD-Führungsspitze in die staatliche Planungsbehörde der Gesellschaftsplaner und der sich hiermit ergebenden Kumpanei zwischen dem reformistischen Herrschaftsapparat (SPD) und den Kapitaleignern, z.B. durch eine positive bürgerliche Presse für den ausgewählten SPD-Nachwuchs.

4. In den hiermit entstehenden "besonderen Maßstäben" für die Auswahl des SPD-Nachwuchses. Denn "diese Aufsteiger" durften keine sozialistischen oder kommunistischen Idealisten sein, sondern mußten die Arbeiterbewegung als Mittel für ihren Aufstieg und ihre "politische Laufbahn" ansehen, durch die sie an der "Eroberung der politischen Macht" im Staat teilhaben konnten.

Dies und ein aalglattes Persönlichkeitsprofil wird der Beschreibung eines "sozialen" deutsch-nationalen Demokraten wohl am nächsten kommen, dessen Typus fast ausnahmslos alle Führungspositionen innerhalb der SPD (von Parteisekretären bis Parteivorstand und Parteivorsitz) einnahm, so daß die SPD einen von oben nach unten kontrollierbaren Partei- und Herrschaftsapparat im Sinne der Gesellschaftsplaner darstellte. Die Gewerkschaften wurden durch die SPD gelenkt, weil die SPD nach dem Muster der Amtsverfilzung auch hier die Führungsposten einnahm.
Als Beispiel für das Persönlichkeitsprofil der Mitglieder innerhalb der SPD-Führungsspitze will ich drei bedeutende Sozialdemokraten in ihren Ämtern benennen und ihre politischen Haltungen andeuten.

FRIEDRICH EBERT. Er war Sattler und schon sehr frühzeitig in der deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung tätig. 1893 sozialdemokratischer Parteisekretär. Seit 1903 im Parteivorstand. 1912 Reichstagsabgeordneter und 1913 Parteivorsitzender als Nachfolger Bebels. Unter seiner Führung bewilligte die SPD die Kriegsanleihen für den 1.Weltkrieg.

GUSTAV NOSKE. Seit 1906 Mitglied des Reichstags. Er war Spezialist für Wehrfragen und unterstützte vor allem die deutsche Kolonialpolitik und Wehrkraftverstärkung.
Kolonialpolitik und Imperialismus gehören mit zu den schlimmsten Verstößen gegen den Sozialismus, weil hierin eine völlige Mißachtung der politischen Gleichberechtigung und wirtschaftlichen Selbstbestimmung aller Menschen vorliegt!

PHILIPP SCHEIDEMANN. Seit 1903 Mitglied des Reichstages. 1911 im Parteivorstand. Er war der erste Ministerpräsident der Weimarer Republik und trat 1919 aus nationaler Empörung und Protest gegen den Versailler Vertrag zurück.

Diese politischen Haltungen innerhalb der Parteiführung als Beispiele herrschten in der gesamten SPD-Führung vor. Zugleich beherrschte die SPD-Führung die Arbeiterbewegung, denn die Arbeiterbewegung erwartete von ihr, daß sie sie als "Sozialisten" anführen würden. Wegen der politischen Haltung der SPD-Führung ist es also kein Wunder, daß ausgerechnet sie während der Novemberrevolution - **als letzter noch intakter Machtfaktor des Staates** - an den alten Herrschaftsverhältnissen festhielt und die von der Arbeiterklasse ausgehende Soziale Revolution vereitelte. Die Soziale Revolution war zum Greifen nahe. Alle staatlichen Institutionen waren überwunden und befanden sich in der Auflösung. Nur die SPD als von der Arbeiterklasse nicht erkannter Machtfaktor des Wilhelminischen Staates wurde nicht überwunden. Viel mehr sah die Arbeiterbewegung in ihr die Speerspitze der Revolution, und die Arbeiterbewegung vertraute ihr! Und genau diese SPD-Führung stoppte die Auflösung des alten staatlichen Herrschaftssystems, gab diesem eine Verschnaufpause und leitete selbst dessen Stabilisierung und Neuformierung ein. Sie selbst stoppte den Prozeß der Auflösung mit aller Kraft und sorgte für die Wiederherstellung der alten staatlichen Herrschaftsapparate, mit deren Hilfe sie schließlich den Verrat an der Sozialen Revolution übte und die keimende junge Räterepublik niederschlug.

Diese politischen Ziele der SPD-Führung glichen sich jedoch nicht mit denen der Parteibasis. Zu jener Zeit war die Parteibasis noch sehr revolutionär eingestellt und trat für die von Marx beschriebenen radikalen Veränderungen der Gesellschaft ein. Die Ideen von Marx waren noch sehr lebendig! Die Parteiführung bestimmte lediglich die parteioffizielle Orientierung und "Kampfrichtung" für die Mehrheit der Arbeiterbewegung. Diese bestand stets im Abwarten und Weitermachen, dem Beibehalten alter Parolen und Programme und in der strengen nach innen gerichteten Disziplinierung und Unterordnung der Parteimitglieder unter die Parteilinie.

Hier stoßen wir nun im SPD-Parteiapparat auf genau die Gesellschaftsmechanismen, die ich schon an Hand der geschichtlichen Entwicklung der Bolschewiki beschrieben habe und mit der russischen Revolution besonders einfach nachzuweisen sind. Für die radikalen Kräfte war es sehr schwer, aus dem Schatten der SPD-Führung hervorzutreten, die seit 1912 stärkste Reichstagspartei war.
Die Anarcho-Kommunisten und Anarcho-Kollektivisten z.B., die die stete Annäherung der SPD-Führung an die bürgerlichen Parteien satt hatten, gründeten **1912** eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft. Die ***FAUD (Freie Arbeiter Union Deutschland)*** blieb erfolglos und auch weiterhin (bis auf einmal im Ruhrgebiet) im Schatten der SPD.
Die ***USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland***, der linke staatsautoritäre marxistische Flügel der SPD) hatte hiergegen schon mehr Glück und konnte die Arbeiterbewegung einmal hinter sich vereinen. Doch ihr schnelles Anwachsen nach ihrer Gründung im **Herbst 1917** endete mit einem plötzlichen Stillstand. Die Gründe waren dieselben, die die Spaltung der Partei während der Vorkriegszeit verhinderten. Die Tradition der großgewordenen Arbeiterpartei besaß für die deutschen Arbeiter ihr eigenes Gewicht! Die bei ihren alten Führern beharrende Mehrheit der Mitglieder akzeptierte nur zu einem geringen Teil die Gegensätze, die die Abgeordneten und Redakteure untereinander austrugen. Die Mehrheit der Mitglieder wollte an ihrer alten Partei festhalten, und wenn möglich nur an ihrer alten. Denn es galt immer noch die alte Parole der Arbeiterbewegung:

- Einigkeit macht stark! -

Aus dieser Lage versuchte die USPD dadurch herauszukommen, indem sie zu Massendemonstrationen aufrief und diese organisierte. Schließlich setzte sie einen großen Streik ins Werk. Dieser wurde von ihr seit **Jahresbeginn 1918** mit Flugblättern - unterstützt von den "revolutionären Obleuten" - vorbereitet.
Artur Rosenberg nannte diese Ereignisse später "die Generalprobe für die Novemberrevolution", die die für Deutschland so typischen Verhältnisse, vor allem den damals bestehenden Gegensatz zwischen Führung und radikal-revolutionärer Basis der Arbeiterbewegung, wiedergab.
Ohne daß die Gewerkschaften etwas ahnten, beschlossen und erreichten die revolutionären Obleute und USPD, daß am **28.Januar 1918** zwischen 1/4 und 1/2 Millionen Arbeiter in den Berliner Rüstungsbetrieben ihre Arbeit niederlegten. Zudem einigten sie sich auf ein typisch sozialistisches Programm, welches mir heute noch sehr verständlich und folgenreich erscheint. Neben den Forderungen nach einem Friedensschluß ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen und ohne Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Völker - wie sie Trotzki zu Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk ähnlich aufge-

stellt und Willson (Präsident der USA) mit seinem 14 Punkte Programm zum Ausdruck gebracht hatte - verlangten die Streikenden die Zuziehung von Arbeitervertretungen aller Länder zu den Friedensverhandlungen, die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freilassung politischer Häftlinge und im wesentlichen die Demokratisierung des Staates namentlich durch die Änderung des preußischen Wahlrechts!
Trotz vernichtender Siege an der Ostfront und weiter Landgewinne in Rußland, die Eroberung der Insel Ösel und Dagö (**12.-20.10.1917**) und den Waffenstillstand mit den Bolschewisten am **5.12.1917**, war in der Arbeiterbewegung nichts von einem imperialen Wunsch nach einem Siegfrieden und der absoluten Niederwerfung des Feindes zu spüren. Da war nichts von jenem wildgewordenen Wunsch des großdeutschen Geldbürgertums nach einer leichten Beute im schwachen, militärisch zusammengebrochenen Rußland zu lesen, mit dem die Friedensverhandlungen zur UdSSR am **10.2.1918** abgebrochen worden waren und am **3.3.1918** mit großen Gebietsgewinnen im Osten durch deutsche Herresverbände endeten. Die Forderungen der revolutionären Obleute waren es, die in der Arbeiterklasse weithin Widerhall fanden!
Die revolutionären Obleute gehörten überwiegend der USPD an, einige den Anarchosyndikalisten, viele waren parteilose Anarcho-Kommunisten, aber alle unabhängig von der Führung der USPD. Und nun, nachdem ein erfolgreicher Streik schon zustande gekommen war, geschah etwas typisch Deutsches, was unsere Geschichte wie ein Markenzeichen der Naivität und Dummheit durchzieht. Nachdem die Arbeiter erfolgreich den Streik begonnen hatten, suchten sie "Schutz" bei ihrer vertrauten "Führung", der sie ihre neueroberte selbstbestimmte Entscheidungsgewalt übergaben und in deren "Gefolgschaft" sie nun den "endgültigen Sieg" erringen wollten. Mit "unbeirrbarem Mißtrauen" vor allem Neuen und in einer ungeheuerlichen Naivität sowie dem unerschütterlichen blinden Vertrauen gegenüber allem alt Gewohnten kehrten sie zurück zur traditionellen Arbeiterbewegung und beharrten auf ihre alt "vertrauten Führer"! Sie glaubten tatsächlich, daß diese Parteispitze nach ihrem Willen handeln werde und übergaben dieser all ihre neue gewonnene Entscheidungsgewalt. Ihren Willen hatten sie ja hinreichend zum Ausdruck gebracht, und Vertrauen sowie uneingeschränkte Treue waren für die Deutschen zu jener Zeit noch unerschütterliche "heilige Werte". Friedrich der Große hatte durch seine Unterordnung unter geltendes Recht (ein Müller gewann gegen einen König einen Rechtsstreit, setzte sein Recht durch, und der König hielt sich an geltendes Recht) das Denken der unteren Schichten so stark beeinflußt, daß sich niemand von einer gewählten Führung oder Regierung einen Verrat, Wortbruch oder sonstige Hinterhältigkeiten vorstellen konnte. Diese Unerfahrenheit als vertrauensselige Hingabe zu einer Führung ist viel zu häufig als Ursache für die Unentschlossenheit der Deutschen und das Scheitern bei ihren "Revolutionen" unbedacht geblieben.
Der Grund für das Fehlen einer richtigen, tiefgreifenden, entschlossenen deutschen Revolution ist, daß die meisten Deutschen ein selbständiges, selbstbe-

stimmtes und verstandgeleitetes Handeln erst noch lernen müssen! Nichts hassen sie mehr als den Widerstreit vieler Meinungen. Die meisten von ihnen lieben die Einigkeit und Einheit - innerhalb der sie sich stark und unüberwindbar fühlen - sowie einen guten gerechten Führer, dem sie nur zu folgen brauchen und der ihnen die Verantwortung für ihr Handeln abnimmt.
So war es nicht verwunderlich, daß ausgerechnet die revolutionären Obleute sowohl die USPD als auch die SPD-Führung aufforderten, den Streik zu unterstützen und sich dem Aktionsausschuß anzuschließen. Denn die Einheit und das Vertrauen in die Arbeiterbewegung sollte wieder hergestellt werden! Dem versagte sich keine der beiden Parteien, so daß Ebert (SPD), Scheidemann (SPD), Haase (USPD) und Ledebour (USPD) gemeinsam diesem Aktionsausschuß beitraten und die Einheit der Sozialdemokraten unversehens wiederhergestellt schien.
SPD und USPD arbeiteten gemeinsam, wenn auch nicht mit dem gleichen Ziel, auf die politische Entschärfung des Konfliktes hin. Der Streik endete binnen einer Woche, jedoch erst nach dem massiven Einschreiten militärischer und ziviler Instanzen, was eine völlige Niederlage herbeiführte. Am Ende dieser Generalprobe zur Novemberrevolution zeigte sich das wahre Gesicht "unserer" Sozialdemokraten und vor allem, wie "treu" sie zur Arbeiterbewegung sowie zur Verwirklichung deren Ideale standen.

> Sehr hart soll es z.B. Friedrich Ebert getroffen haben, der in einer sächsischen Zeitung als Landesverräter beschimpft wurde, weil er sich 1918 an den eben benannten Munitionsarbeiterstreik in Berlin beteiligte und so zum "Dolchstoß" und zur Niederlage der Deutschen im 1.Weltkrieg beigetragen habe. Bis zu seinem Tode kämpfte Ebert vor Gericht um die "Wahrheit", "Richtigstellung" und "Wiederherstellung seiner Ehre". In dem darauffolgenden Prozeß vom 9.12. bis 23.12.1924 bekundete Ebert, **er sei der Streikleitung nur beigetreten, um den Streik zu beenden.**
> *D.h., daß seine Ehre darin bestand, daß er möglichst schnell eine Beendigung des Streiks zur Weiterproduktion von Munition erreichen wollte, damit der Krieg fortgeführt und sich die Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen weiterhin abschlachten konnte!*

Doch dieser Verrat an der (internationalen) Arbeiterbewegung war in jeder Beziehung nur ein Vorspiel zur Novemberrevolution. An ihr will ich lediglich die Stimmungen, Verhaltensweisen, Denkweisen und die Richtung des Vertrauens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung darstellen. Das Vorgehen der SPD-Führung war während der Novemberrevolution noch viel krasser!

4.1.2.5. SPD bricht Sozialistische Räterepublik Deutschland

Das Kriegsglück, welches dem Deutschen Kaiserreich an der Ostfront am 3.3.1918 einen Siegfriedensvertrag bescherte und die monarchistische Staatsführung zu "Halbgöttern" werden ließ, wendete sich.

Am **8.August 1918** endete die deutsche Offensive an der Westfront mit dem "schwarzen Tag des deutschen Heeres". Die Deutsche West-Front wäre fast zusammengebrochen! Die Reaktion hierauf erfolgte postwendend.

Am **13., 14. und 15.September 1918** trafen die Führungsspitzen der Achsmächte im deutschen Hauptquartier, Spa/Belgien, zusammen (Kaiser Wilhelm II., Reichskanzler Hertling, Generalfeldmarschall Hindenburg, Ludendorff, Hintze und der Kaiser von Österreich Karl I., Ministerpräsident Graf Burian und sein Generalstabschef). Karl I. legte auseinander, daß die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn am Ende sei. Er wollte ein Waffenstillstandsgesuch an die Ententemächte durchsetzen. Die Deutschen, insbesondere Ludendorff, hofften immer noch auf eine glückliche Wende des Kriegsglücks. Ludendorff wollte einen günstigen Augenblick für Verhandlungen abwarten, trotzdem frische US-Truppen immer tiefere Einbrüche in der West-Front verursachten. Ludendorff versuchte, Burian zum Abwarten zu bewegen, doch Burian wartete nicht und richtete für Österreich-Ungarn ein öffentliches Friedensangebot an die Ententemächte.
Die militärische und innenpolitische Lage des Kaiserreiches verschlimmerte sich zusehens.

Am **29.September 1918** kam es in Spa zu einer erneuten Zusammenkunft der militärischen und der zivilen Spitzen unter dem Vorsitz des Kaisers. Sie kamen überein, so schnell wie möglich ein Gesuch um Waffenstillstand an Wilson (1918 Präsident der USA) zu richten.

> "Die Generalprobe für die Novemberrevolution", d.h. der Streik in den Berliner Munitionsfabriken vom 28.Januar 1918, war innenpolitisch nicht ohne Folgen geblieben. Die Forderungen hatten sich in Windeseile herumgesprochen. Überall gärte es. Es war eine totale Radikalisierung zu beobachten, und revolutionäre Trutzhaltungen nahmen an Stärke und Vielzahl dermaßen zu, daß sie kaum noch beherrschbar und im Zaum zu halten waren. Dies ging aus einem Bericht von Hintze über die innerpolitischen Spannungen hervor.

Aufgrund dieses Berichtes kamen die Konferenzteilnehmer zur Einsicht, daß eine völlige Änderung des politischen Systems unaufschiebbar sei. Um "Schlimmsten zuvor zu kommen", sollte die Verfassung geändert und das parlamentarisch System eingeführt werden. Eiligst wurde ein Vertreter der obersten

Heeresleitung nach Berlin geschickt, wo er die Parteiführer aufforderte, keine Zeit zu verlieren:
"... jeder Tag bringt den Gegner seinem Ziel näher ... Jede 24 Std. können die Lage verschlechtern" (Ludendorff).
Um "Schlimmeres für die Monarchie zu verhindern" und Unruhen zu kanalisieren, sollte also ein bürgerlich-demokratisches Parlamentssystem als Puffer zwischen Bevölkerung und Gesellschaftsplanern eingerichtet werden, wobei der SPD wieder eine Schlüsselrolle zufiel, weil sie die stärkste Reichstagspartei war. Sie konnte die größten Gesellschaftskräfte hinter sich vereinen. Die SPD-Führung erhielt somit auf indirektem Wege "vom Kaiser höchstpersönlich" den Auftrag, "Schlimmeres zu verhindern"! D.h., sie sollte ein Größtmaß der alten Machtverhältnisse aufrechterhalten, so daß die neuen Herrschenden die alten blieben und nur die äußerlichen Rahmenbedingungen einen neuen Anstrich erhielten. Einer staatstragenden und regierungstreuen SPD mußte diese Aufgabe automatisch zufallen, weil ihr die Arbeiterklasse immer noch vertraute und ihren Aufrufen folge leistete.
Ich betone es ausdrücklich: Der Kaiser war es, der den Reichstag, insbesondere die SPD, zu dieser "neuen Aufgabe" berief.

> **Er betraute den Reichstag mit der Aufgabe, den Kapitalismus und die Monarchie (als konstitutionelle Monarchie) in ihren grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen zu erhalten.**

Der Kaiser wußte nicht, daß in den folgenden Monaten gerade die SPD der Aufgabe des Kaisers in ungeahnter Regierungstreue nachkommen sollte. Die SPD sollte es werden, die die beginnende Soziale Revolution blutig und mit aller Entschlossenheit niederschlug.

Wenn Sie sich nocheinmal meine Schilderungen zu den ursprünglichen Zielen der Sozialisten oder Kommunisten ins Gedächtnis rufen, werden Sie feststellen, daß die SPD-Führung um 1918 keinerlei Gemeinsamkeiten mehr mit ihnen besaß und zu den Gesellschaftsplanern des Kaiserreichs hielt. Die Sozialisten und Kommunisten hingegen sahen die Schwäche des zusammenbrechenden Kaiserreiches. Sie rochen sofort Lunte und begannen nach Leibeskräften, auf den totalen sozialen Umbruch der Gesellschaft hinzuarbeiten. Die SPD-Führung dachte nicht im Traum hieran! Sie warf allen Bemühungen, die auf eine Soziale Revolution hinausliefen, mit aller Kraft Steine in den Weg.

Sehr schnell stellte sich heraus, daß Hertling nicht der geeignete Mann für die Durchführung solch eines vorausschauenden Systemwechsels war. Der Kaiser

berief Prinz Max von Baden zum neuen Reichskanzler und betraute ihn mit dieser schwierigen Aufgabe.

Am **2.Oktober 1918** bildete er eine Regierung. Er forderte die Mehrheitsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum, Fortschritt Nationalliberale, auf, selbst die Staatssekretäre für die Regierungsbildung zu benennen. Von nun an überstürzten sich die Ereignisse.

Am **4.Oktober 1918** trat das Kabinett unter der Leitung Prinz Max von Baden mit der Beteiligung der Mehrheitsparteien erstmals vollständig zusammen. Noch am selben Tag wandte sich der Reichskanzler mit einem Waffenstillstandsgesuch an Präsident Wilson. Seit diesem Tag spätestens wußte jeder, daß der Krieg verloren war. Die deutschen Truppen zogen sich sowieso schon seit dem 12.September abschnittsweise in Richtung der deutschen Grenze zurück.

Am **9., 10. und 23.Oktober 1918** gab Wilson in drei aufeinanderfolgenden Noten eine Antwort. Die letzte dieser Noten erklärte in aller Deutlichkeit:

> **Die Waffenstillstandsbedingungen müssen so gehalten sein, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland völlig unmöglich sei.**

Seine letzte Note wurde der amerikanischen Presse zur Veröffentlichung gegeben, noch ehe sie nach Berlin abging. So erreichte Deutschland der Inhalt dieser Note zuerst in völlig entstellter Form, ehe das Auswärtige Amt ihren Wortlaut erhielt. Unverzüglich rückte die Frage der Abdankung des Kaisers in den Mittelpunkt aller Aufmerksamkeit. Diese lähmte die Entschlußkraft der Regierungskreise in Berlin und führte zu einer Kurzschlußreaktion Ludendorffs. Mit diesem hatte der Reichskanzler einige Tage zuvor noch erbittert um die Einstellung des U-Bootkrieges gerungen.

Am **24.Oktober 1918** bezeichnete Ludendorff die Forderungen als unannehmbar. Nach einer irreführenden Nachricht aus Berlin ließ er einen Befehl an alle Armeen hinausgehen, in dem er den vermeintlichen Abbruch der Verhandlungen mit Wilson bekannt gab und den Kampf "bis zum Äußersten" fortzusetzen verlangte. In den militärischen Kreisen löste dieser Befehl eine breite "Verwunderung" aus, zumal die Front kaum noch zu halten war.

Zur gleichen Zeit beriet das Kabinett unter Max von Baden bereits über Einzelheiten der Verfassungsreform, und Staatssekretär Solf forderte den Rücktritt Ludendorffs. Max von Baden wollte zunächst alle Verfassungsänderungen durchbringen, um bei den Vereinigten Staaten eine Vertrauensbasis für eine konstitutionelle Monarchie zu gewinnen und dann erst um einen Waffenstillstand nachsuchen.

Am selben Tag schaffte der Preußische Landtag jedes Ständewahlrecht zur Wahl der Gesetzgebenden Versammlung ab.

Seit dem **26.Oktober 1918** bereitete die Seekriegsleitung einen letzten Flottenvorstoß gegen England vor. Dieser konnte am Ausgang des Krieges

nichts ändern, entsprach jedoch den Vorstellungen der Admiräle nach irgendeinem heroisch (heldenhaft) militärischen Schlußakt. Dieser eigenmächtige Entschluß der Seekriegsleitung kam der Haltung Ludendorffs nahe, die sich in erster Linie gegen die Beendigung des U-Bootkrieges gerichtet hatte.
Als Hindenburg und Ludendorff gegen den Wunsch des Reichskanzlers in Berlin erschienen, der in der Beurteilung der politischen Situation nicht schwankte, entschloß er sich, die Verabschiedung Ludendorffs durchzusetzen. Als Druckmittel vor dem Kaiser wählte Max von Baden sein eigenes Entlassungsgesuch vom Kaiser. Ludendorff nahm den Abschied.
Doch die Zeit zur "Errettung der Monarchie" reichte dem Reichskanzler nicht mehr, und die Lage im Kaiserreich verschlechterte sich zusehens.

Am **27.Oktober 1918** nahm Max von Baden alle amerikanischen Waffenstillstandsforderungen an.

Am **28.Oktober 1918** stimmte der Reichstag über die neuen Gesetzte ab, die die Presse noch am gleichen Tag verkündete. Die Abstimmung zu den neuen Gesetzen erfolgte auf der Grundlage eines kaiserlichen Erlasses. Die neuen Gesetze beinhalteten folgenden Umbau im Herrschaftsgefüge des Kaiserreiches:

> Kriegserklärungen und Friedensschlüsse waren von nun an nur noch mit der Zustimmung von Bundesrat und Reichstag möglich; der Reichskanzler bedurfte das Vertrauen des Reichstages.

Diese neuen Gesetze brachten die parlamentarische Ministerverantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Parlament, der nun nicht mehr vom Kaiser berufen werden konnte. Die Verkündung dieser ***Oktoberverfassung*** bedeutete nicht nur eine Entmachtung des Monarchen, sondern auch eine Stärkung des Reichstages gegenüber dem Bundesrat und den deutschen Staaten, vor allem gegenüber Preußen. Die Monarchie selbst blieb erhalten. Damit war das Programm der Konservativen für Reformen erschöpft. Doch das eigentliche Ziel dieser Handlungen - die Rettung der Monarchie sowie deren wirkungsvolle Propagierung in der deutschen Öffentlichkeit - konnte durch die bereits gestellte Kaiserfrage nicht mehr erreicht werden. Reformen und Propaganda konnten für die Stabilisierung des Systems nicht mehr greifen.
Trotzdem in der Öffentlichkeit der Ruf nach der Abdankung des Kaisers und die Forderung nach einer Republik immer lauter und unkontrollierbarer wurden, widersetzte sich der Reichstag weiterhin diesen Zielen! Die Zentrumsfraktion, Erzberger und selbst die SPD-Fraktion - unter Ausnahme von Ebert und Scheidemann - widersprachen dem offenen Ruf nach der Abdankung Wilhelms II.! Selbst angebliche "Sozialisten" wie Ebert und Scheidemann vertraten lediglich die Auffassung, daß die Abdankung des Kaisers die Friedensaussichten verbesserte! Sie forderten immer noch nicht die Abschaffung der Monarchie! Die Abschaffung der Monarchie war bis zu diesem Zeitpunkt nicht Bestandteil ihres "revolutionären sozialdemokratischen Gesellschaftsziels".

Die Mühe, die ich mir bis zu diesem Punkt machte, galt dem Versuch, die opportunistische Haltung der SPD-Führung und deren Rolle im Reichstag darzustellen. Die SPD-Führung stand als Herrschaftsapparat der Gesellschaftsplaner treu zum System der Monarchie und allen kapitalistischen und monarchistischen Strukturen. Nur mit diesen "ideologischen Wertvorstellungen" ist die Haltung der SPD in den folgenden Monaten zu erklären. Die SPD-Führung im Reichstag ließ bis zu diesem Tage, **den 28.Oktober 1918**, nicht den geringsten Ansatz eines sozialistischen Gedankengutes erkennen, welches zwangsläufig auf die Schaffung der Republik oder gar "Sozialistischen Räterepublik" hätte hinauslaufen müssen! Bis zu diesem Tag war die Politik der SPD, insbesondere alle Entscheidungen innerhalb und außerhalb dieser Partei, eine Sache von nur wenigen Menschen unter Ausschluß der Parteibasis! Auf diese kleine Führung bezieht sich die Geschichtsschreibung der späteren Jahre, wenn sie behauptet, daß nur wenige wirklich eine Revolution, eine Republik oder gar eine Räterepublik wollten. Hiermit ist das offizielle Meinungsbild des Reichstages als Staatsherrschaftsapparat der Gesellschaftsplaner gemeint, denn die nach dem **28.Oktober 1918** folgende Novemberrevolution wurde von der Mehrheit der Bevölkerung ohne die "Zustimmung" des Reichstages vollzogen. Selbst in dieser Epoche können wir schon überdeutlich erkennen, wie die Gesellschaftsplaner des Kaiserreichs Parlament und Abgeordnete zur Abwieglung und Beschwichtigung der Bevölkerung eingesetzten! Der Grund ist auch hier der "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen", der darin seinen Ausgangspunkt findet, daß die Mitglieder einer Organisation einer kleinen überschaubaren Gruppe alle Entscheidungsgewalt übergeben, womit diese Entscheidungsbefugnis zur käuflichen Ware wird. Hier im Reichstag finden wir ein historisches Beispiel für diesen Sachverhalt, mit dem die Gesellschaftsplaner die parlamentarische Entscheidungsgewalt für ihre Herrschaftszwecke einsetzten. Die Beherrschbarkeit der Bevölkerung durch das Parlament begann jedoch am **28.Oktober 1918** zu wanken.

Am **28.Oktober 1918** erhielt die Schlachtflotte von Flottenadmiral Scheer den Befehl auszulaufen. Die Flotte sollte ein letztes Mal zu einem Gefecht auslaufen und in einem letzten heldenhaften Akt zur Entlastung der Westfront irgendwo eine Schacht suchen. Doch die Matrosen, Heizer und Kanoniere lehnten sich auf. Auf den großen Einheiten der Schlachtflotte verweigerten die Heizer die

Ausführung. Sie löschten das Feuer unter den Kesseln. Es kam zur offenen Auflehnung, und die Matrosen drangen:

> Die Offiziere wollen uns jetzt, da es zu Ende geht, nur opfern. Löscht das Feuer unter den Kesseln! Macht mit dem Wahnsinn Schluß!

Die Schiffe kehrten in ihre Häfen nach Kiel und Wilhelmshaven zurück. Doch eine offene Meuterei wurde zunächst durch die Verhaftung der Rädelsführer verhindert.
Hierauf schickte Hindenburg dem Kaiser ein Telegramm, worauf sich Wilhelm II. am **29.Oktober 1918** von Berlin nach Spa ins große Hauptquartier und Zentrum seiner Truppen "zurückzog". Dies war seine 1.Flucht, denn der offene Aufstand in Kiel und Wilhelmshaven war nicht mehr zu stoppen.

Ab dem **29.Oktober 1918** wurden Kiel und Wilhelmshaven zunehmend zum Zentrum eines beginnenden Aufstandes. In den folgenden Tagen kam es in Kiel und Wilhelmshaven zu großen Demonstrationen der Matrosen und Werkarbeiter. Kundgebungen und Verbrüderungen von Arbeitern und Soldaten bestimmten das Bild. In Kiel breitete sich der Aufstand weiter aus. Nach einem blutigen Zusammenstoß mit einem Offizierstrupp und weiteren Feuerüberfällen kam es zum Generalstreik, zur Mißhandlung von Offizieren, zur Absetzung der Offiziere und schließlich zur Übernahme der Verfügungsgewalt über die Stadt sowie der Garnison durch die Aufständischen. Noch hielten sich die Forderungen der Aufständischen im Rahmen.

Währenddessen schloß Österreich-Ungarn am **3.November 1918** einen Waffenstillstand, der den Alliierten freien Durchzug gewährte, so daß das Deutsche Reichsgebiet innerhalb kürzester Frist von Süden her angegriffen werden konnte. Des weiteren waren die Deutschen kaum noch im Stande, die W-Front zu halten, geschweige denn eine neue Front an der Grenze zu Österreich-Ungarn aufzubauen. In der letzten großen Offensive vom 8.August 1918, W-Front, hatte das deutsche Herr seine letzten Reserven zum Einsatz gebracht. Der Krieg war also verloren! Soviel zum Lügenmärchen der Dolchstoßlegende.

Max von Baden unternahm gleichzeitig einen weiteren und letzten Versuch, den Kaiser zum freiwilligen Thronverzicht zu bewegen, ohne die Monarchie in Deutschland zu beseitigen und die preußische Königswürde anzutasten. Durch die Abdankung des Kaisers versuchte er ein letztes Mal, den Radikalen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Am 4.November 1918 mußte der preußische Innenminister Drews, der Wilhelm II. eindringlich die Lage vor Augen führen wollte, unverrichteter Dinge nach Berlin zurückkehren.

Am selben Tag, den **4.November 1918**, trafen die SPD Reichstagsabgeordneten Noske und Haußmann in Kiel ein. Sie versuchten, den Aufruhr abzuwiegeln, was auch nicht anders von der SPD-Führung zu erwarten war. Noske schaffte es, innerhalb weniger Nachtstunden mit den Vertretern des Kieler Ar-

beiter- und Soldatenrates eine Übereinkunft zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erreichen. Die Schlachtflotte wollte ihre Anker unter keinen Umständen mehr lichten, "wozu er sein Einverständnis als Regierungsvertreter gab". Vor allem aber bestätigte er durch seine Verhandlungen die Arbeiter- und Soldatenräte indirekt als "rechtmäßigen Nachfolger" der Regierungs- und Verfügungsgewalt in Kiel. Hiermit machte er sie praktisch zu den anerkannten Rechtsnachfolgern der Staatsmacht in Kiel! Damit war in Kiel die Regierungs- und Exekutivgewalt nahezu ohne Gewalt in die Hand der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen. Dies war für die Arbeiter, Bauern und Soldaten das Startsignal zur Sozialistischen Revolution, so wie sie Marx beschrieben hatte. Dies war der Zündfunke, der der zu allem entschlossenen Arbeiterklasse bisher gefehlt hatte. Im Kieler Arbeiter- und Soldatenrat erkannten sie das Vorbild, nach dem das von Marx beschriebene Sozialistische Rätesystem arbeiten sollte sowie den Beginn einer Umwälzung, die als die 1.Phase des Sozialismus in die kommunistische Gesellschaftsordnung münden müsse! Und so trat am Morgen des nächsten Tages das ein, was der Sozialdemokrat Noske mit der indirekten Anerkennung des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates verhindern wollte.

In den Morgenstunden des **5.Novembers 1918** stieg in Kiel an einem Mast die rote Fahne auf - die Fahne der Revolution! Bald zeigten auch die anderen Schiffe den roten Wimpel, und in Sturmeseile sprang die Flamme der Revolution über. Aus dem Aufstand war eine Revolution geworden, und die Forderungen der Redner bei den großen Kundgebungen waren klar:

> Wir wollen Frieden! Kein Blutvergießen mehr! Weg mit dem Kaiser! Wir wollen eine Demokratie! Es lebe die Republik! Wir wollen eine Räteregierung! Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse fand in Berlin am Morgen des **6.Novembers 1918** eine Besprechung zwischen General Groener (Ludendorffs Nachfolger) und den Führern der "Mehrheitssozialisten" (SPD) statt. Groener wies ihr Verlangen nach einem Thronverzicht zurück und trennte sich hiernach von ihnen. Ich betone: Die SPD-Führung forderte immer noch nur einen Thronverzicht und nicht die Beseitigung der Monarchie!

Zur gleichen Zeit, am **6.November 1918**, sprang die Flamme der Revolution auf Lübeck, Hamburg, Cuxhaven, Bremen und Wilhelmshaven über. Wo es Widerstand gab, knatterten Schüsse. Riesige Demonstrationszüge in allen Straßen. Matrosen, Soldaten, Arbeiter mit roten Armbinden und roten Fahnen. Am Abend griff die Revolution auf alle Hafenstädte über. Überall verschärften nun die Sozialisten den Druck auf die von den Sozialdemokraten beherrschten Gewerkschaften, deren Führungsspitzen immer noch nicht so richtig mitziehen wollten.

Unter dem Druck der sich nun abzeichnenden Springflut und der Gefahr, daß die SPD die Kontrolle über die Arbeiterbewegung verlor, forderte Scheidemann am **7.November 1918** im Kabinett die ultimative Abdankung des Kaisers, stellte aber immer noch nicht die Monarchie in Frage!

Zur gleichen Zeit, am **7.November 1918**, waren die Hafenstädte schon fest in der Hand der nach dem Muster der Sozialistischen Rätedemokratie zusammengeschlossenen Arbeiter- und Soldatenräte. Die Ereignisse in Kiel wirkten wie eine Initialzündung, so daß in München - so wie in den meisten anderen Großstädten des Reichsgebietes - die Revolution losbrach. In München z.B. bildete ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat (wie in allen anderen Städten) eine "provisorische Regierung". Kurt Eisener fand in München nach revolutionären Kundgebungen und Umzügen, die nirgends auf Widerstand stießen, nachdem die öffentlichen Gebäude gestürmt und besetzt wurden und die Königliche Familie aus ihrer Residenz floh, als erster den Mut, die Republik auszurufen.
Eisener wurde am **Abend des 7.Novembers 1918** vom Arbeiter- und Soldatenrat zum ersten vorläufigen bayerischen Präsidenten ernannt, womit München von nun an als "Vorort der Revolution" galt!

Überall hatten sich am **8.November 1918** im Kaiserreich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Das Kaiserreich bestand praktisch an diesem Tag schon nicht mehr. Die Bevölkerung hatte Deutschland in eine Räterepublik umgewandelt. So auch in Oldenburg, Braunschweig und Stuttgart. Die Arbeiter- und Soldatenräte erzwangen überall die Abdankung der Landesfürsten. Sie beanspruchten alle ausführende, gesetzgebende und rechtsprechende Staatsgewalt, ließen aber in der Regel die überkommenen Verwaltungsapparate unangetastet und begnügten sich mit deren Leitung und Kontrolle. Überall im Kaiserreich gingen Regierungen und Exekutivorgane reibungslos in die Hand der Arbeiter- und Soldatenräte über, und auch in Braunschweig und Odenburg wurde am **8.November 1918** die Republik ausgerufen. In ganz Deutschland bildete die Arbeiterklasse Soldaten- und Arbeiterräte, die ultimativ radikale Umwälzungen forderte.
Wollten die Sozialdemokraten der SPD-Spitze nicht ihre traditionelle Führung über die Arbeiterbewegung verlieren, mußten sie sich an die Spitze der Rätebewegung stellen. Erst **am Abend des 8.Novembers 1918** dämmerte diese Erkenntnis bei den meisten SPD-Reichstagsabgeordneten in zunehmendem Maße durch. Nun begannen auch sie, entschlossen Front gegen die Monarchie zu machen, nachdem die Räterepublik praktisch schon überall errichtet und das Kaiserreich zerschlagen war. Der Reichstag setzte ungeachtet aller Ereignisse sein isoliertes Regierungstheater fort, nachdem ihm die Bevölkerung tatsächlich die Gefolgschaft verweigerte, ihm seine Richtung wies und die praktische Regierungsgewalt schon fast überall bei den zehntausenden örtlichen Räten lag. Nun setzte selbst die SPD in Berlin "ohne Rücksicht auf ihre Beteiligung an der Reichsregierung" den Reichskanzler unter Druck. Max von Baden erkannte, daß

alle seine Vorhaben gescheitert waren, den Kaiser zu einem freiwilligen Thronverzicht zu bewegen, ohne die Monarchie in Deutschland zu beseitigen.

Am **9.November 1918** erreichte die Woge der Revolution Berlin. Die Vorgänge in München lösten **am Morgen** in Berlin die ersten revolutionären Streiks aus. Als sich die Lage in Berlin zuzuspitzen begann, zog der Befehlshaber Marken militärische Verbände in der Innenstadt zusammen. Er wußte sehr gut, die Zeichen der Unruhen zu deuten. Doch immer mehr für treu gehaltene Regimenter schlossen sich den Streikenden an. So verhinderten die Arbeiter und Soldaten überall die militärische Niederschlagung der Rätebewegung. Immer mehr Lastwagen voller Matrosen und Soldaten, ihre roten Fahnen schwingend, fuhren durch die Stadt und riefen zur Revolution und zum Generalstreik auf.
Praktisch "in der letzten Stunde" erklärte Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers (ohne dessen tatsächliche Einwilligung) und trat selbst vom Amt des Reichskanzlers zurück.

Am **Vormittag des 9.Novembers 1918** übergab er sein Amt des Reichskanzlers an den Vorsitzenden der größten Partei - den Sozialdemokraten Friedrich Ebert.
Um nicht von der Flut des um sich greifenden revolutionären Generalstreiks der Rätebewegung sowie der unabhängigen Sozialisten fortgespült zu werden, rief die SPD jetzt endlich selbst den Generalstreik aus. Ich betone:
Die SPD pfropft sich wie ein Korken auf die Spitze der Rätebewegung, um von ihr nicht fortgespült zu werden und vor allem, um nicht das Vertrauen und somit die Kontrolle über die Arbeiterbewegung zu verlieren. Die Führungsspitzen der SPD verließen die Monarchie wie die Ratten das sinkende Schiff.

Besonders deutlich wurde dies mit dem, was sich am **Mittag des 9.Novembers 1918** zutrug. Tausende von Arbeitern und Soldaten waren gegen Mittag in Berlin unterwegs. Sie strömten zum Berliner Schloß und zum Gebäude des Reichstages. Im Speiseraum des Reichstagsgebäudes saßen Scheidemann und Ebert - der soeben die Regierungsgewalt übertragen bekommen hatte - mit den Männern des SPD-Vorstandes beim Mittagessen. Was sich dann ereignete, berichtete uns Philipp Scheidemann in seinen Erinnerungen selbst am besten:

> *"Wir löffelten gerade unsere Wassersuppe, da stürmte ein Haufen von Leuten den Saal. Fünf Menschen schrieen gleichzeitig: "Scheidemann, kommen Sie gleich mit!"- Ich wehrte ab. "Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll!" - "Draußen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden." - "Komm schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht ...!" - "Na, wenn schon!" - "Nein, nein, kommen Sie mit!" - "Du mußt reden!" ... "Liebknecht will die Räterepublik ausrufen!" - Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte Liebknechts Forderungen: "Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" ... Nein! Nein! Nur nicht auch das noch ...!"*

Scheidemann wollte Liebknecht zuvorkommen. Er hatte Liebknecht im Verdacht, eine Sozialistische Räterepublik auszurufen. Von einem Fenster des Reichstages rief Scheidemann die Republik aus, verkündete, daß Ebert zum Reichskanzler ausgerufen worden war und versprach, daß nun alle sozialistischen Parteien an der Regierung beteiligt werden. Er rief:

> *"Arbeiter und Soldaten!*
> *Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!"*

Scheidemann kam Liebknecht zuvor, der 2 Stunden später vom Balkon des Schlosses ebenfalls die Republik ausrief. Doch die Mehrheitssozialisten der SPD riefen nicht aus freien Stücken die Republik aus. Sie besaßen bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei revolutionären Willen und waren zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen politischen Herrschaftsgewalt gezwungen, die Republik auszurufen! Sie wollten nicht von den revolutionären Wogen davongespült werden und in Vergessenheit geraten. Dies war für die SPD die letzte Gelegenheit, die politische Kontrolle über die Arbeiterbewegung nicht zu verlieren. Und Scheidemann nutzte sie!
Doch die SPD-Führung bewegte sich nur, um "Schlimmeres zu verhindern", und gemeint war die Sozialistische Räterepublik nach Marx Vorbild; die Diktatur des Proletariats in ihrer ursprünglichen marxistischen Form der Mehrheitenherrschaft durch die Bevölkerung sowie die soziale Umwälzung des Eigentumsgefüges und der Übergang in eine kommunistische Gesellschaftsordnung.

Die SPD setzte sich als die traditionelle Führung der Arbeiterbewegung nur formell an die Spitze der Rätebewegung und vollzog den formalen und letzten Schritt zur Umwandlung des Reiches in eine Republik. Hierin erkannte die Arbeiterbewegung den Sieg der Revolution, gerade weil die SPD die Republik ausgerufen hatte und von ihr kein negatives Wort zu den Räten, also dem neuen politischen Gefüge der Republik, gefallen war. In den Augen der Arbeiterklasse trat die traditionelle alte Führung der Arbeiterbewegung an die Spitze der Revolution, womit für die meisten Arbeiter der wesentliche Teil der Revolution abgeschlossen war. Auf diesem Vertrauen baute der Verrat der Novemberrevolution durch die SPD in den darauf folgenden Wochen auf. Die SPD-Führung setzte die Räte ab und begann eine kapitalistische Parlamentarische Demokratie durchzusetzen, womit sie den alten Gesellschaftsplanern zu neuer wirtschaftlicher Macht verhalf.

Und genau so sah das Vorgehen Eberts aus. Ebert und die SPD-Führung unternahmen keinerlei Anstrengung, die "alten Machteliten" durch tiefgreifende Umwälzungen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates endgültig zu überwinden. Im Gegenteil. Ebert schloß ein Bündnis mit den konservativen Kräften des wilhelminischen Staates, um die Rätebewegung physisch und ideologisch auszulöschen. Die Sozialdemokraten übten Verrat an der Sozialistischen Räterepublik. Sie übten Verrat an dem, was die Arbeiterklasse innerhalb weniger Tage aufgebaut und in ganz Deutschland mit zehntausenden örtlicher Räte durchgesetzt hatte.

Noch am Nachmittag des **9.Novembers 1918** begann die SPD-Führung lange und schwierige Verhandlungen mit der USPD und den unabhängigen Sozialisten, aus denen am späten Abend eine neue Regierung, der ***Rat der Volksbeauftragten***, hervorging. Sie bestand aus Ebert, Scheidemann, Landsberg sowie den Unabhängigen Haase, Dittmann und Barth.
Mit diesem Schritt versuchte Ebert, das Vertrauen und die Treue der Arbeiterbewegung zu gewinnen und durch den Rat der Volksbeauftragten die Führung über alle Arbeiter- und Soldatenräte zu übernehmen. Über diesen Weg sollte die Regierungsgewalt, die derzeit bei den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten lag, zurückgewonnen und der Berliner Zentralgewalt durch Freiwilligkeit untergeordnet werden.
Hierzu war es für die SPD überlebenswichtig, den Rat der Volksbeauftragten als ***oberstes Vollzugsorgan der Revolution*** zu schaffen, der innerhalb der Rätebewegung auf die allgemeine Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte stieß. Außerdem stellte dieser Rat der Volksbeauftragten, insbesondere durch seine gleichmäßige Zusammensetzung von SPD und Unabhängigen Sozialdemokraten, die für die Arbeiter überaus wichtige, scheinbar wiederhergestellte Einheit der Arbeiterbewegung dar!
Gleichzeitig spaltete Ebert durch die Übernahme der formalen Regierungsgewalt die Arbeiterbewegung. Durch das Vertrauen in die traditionelle Führung sowie in seine Person desaktivierte Ebert einen Großteil der Arbeiterbewegung, die in den folgenden Wochen unschlüssig in ihrem blinden Vertrauen verweilte. D.h., nur noch die radikale Linke, die der SPD die bedingungslose Gefolgschaft versagte, konnte angesprochen werden. Hiermit war die Arbeiterbewegung in ihrer Kampfkraft für ihre Ziele erheblich geschwächt, weil ein Großteil im Vertrauen auf Ebert die Weisungen der SPD-Führung abwartete.

Die Sozialdemokraten der SPD-Führung begannen ein doppeltes Spiel. Ihr Richtungsschwenk diente lediglich dem Zweck, sich an die Spitze der revolutionären Arbeiterbewegung zu setzen, um deren Aktionen kontrollieren und lenken zu können.
Ihre tatsächlich sozialismusfeindliche Haltung behielten sie bei! Aus diesem und keinem anderen Grund suchte die SPD-Führung ein Bündnis mit den rechtskonservativen wilhelminischen Kräften innerhalb des Staates und richtete ihr

gesamtes Handeln auf die Errichtung einer Parlamentarischen Demokratie in einem bürgerlich-liberalen Staat aus. Dies ist überdeutlich aus dem von den Sozialdemokraten gutgeheißenen Verhalten Eberts abzulesen.

Zuerst galt es jedoch, die revolutionären Kräfte zu beruhigen und zum Stillhalten zu bringen. Die Unabhängigen hatten die **Gleichberechtigung aller Volksbeauftragten** zur Bedingung gestellt und die Einberufung einer ***Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte*** verlangt. Diese Reichsversammlung betrachteten die Unabhängigen (im Gegensatz zu Ebert, der weiter an seinem Amt des Reichskanzlers festhielt) als allein legitimierten Inhaber der politischen Regierungsgewalt. Ebert ging vorläufig auf die von Karl Liebknecht und den revolutionären Obleuten beeinflußten Forderungen ein.

Am **10.November 1918** tagte der ***Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat***, der sich aus den obersten Revolutionsorganen ganz Deutschlands zusammensetzte und einen ***Vollzugsrat*** der Revolution einsetzte. Dieser bestätigte den Rat der Volksbeauftragten als eigentliche neue Regierung und höchstes Organ der Arbeiter- und Soldatenräte.
Zu den weiteren Vereinbarungen gehörte die vorläufige Vertagung einer "***Verfassungsgebenden Versammlung***", bis sich eine weitere Festigung der durch die Revolution geschaffenen Zustände eingestellt hatte! Diese Frage sollte eine ***Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte*** lösen, die für den 16.Dezember 1918 anberaumt wurde.
Immer noch hielt die SPD-Führung an ihrem im Kaiserreich "erhaltenen Auftrag" (siehe auch die später nachgereichte Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28.November 1918) zur Errichtung einer Parlamentarischen Demokratie fest und verlangte von den Unabhängigen sowie den Arbeiter- und Soldatenräten die baldige Einberufung einer von allen deutschen Ländern gewählten ***Verfassungsgebenden Nationalversammlung***. Aber die künftige Entwicklung war ungewiß. Ebert, der stets sehr vorsichtig und keineswegs auf Konflikte mit der Linken bedacht war, solange sie sich vermeiden ließen, kam den radikalen Forderungen der Berliner Soldatenräte entgegen. Es blieb bei der für den 16.Dezember 1918 geplanten Reichskonferenz aller Arbeiter und Soldatenräte.

So kam es, daß sich Ebert am **Abend des 10.Novembers 1918** unter dem Eindruck des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrates unverzüglich über einen besonderen Draht zum Hauptquartier nach Spa mit Groener und Hindenburg in Verbindung setzte. Dort versicherte er sich, **und zwar als der neue Reichskanzler**, der Treue des Offizierskorps zur Bekämpfung der Sozialistischen Räterepublik Deutschland, die er als bolschewistisches Machwerk verleumdete!

Das Ziel der Heeresleitung war es, ihre militärische Macht innenpolitisch einzusetzen und den Gang der Ereignisse mitzubestimmen, um Überlieferung, Organisation, Erziehung und Prinzipien des Offizierskorps in den neuen Staat hineinzuretten.

Dieses Bündnis war für die Offiziere des Großen Generalstabs das Mittel zur Sicherung ihrer Ziele! Groener löste das alte Band zwischen der Armee und dem Herrschaftshaus der Monarchie und lenkte das Heer sowie dessen Rest an militärischer Macht auf dem gleichen Weg, den das Beamtentum in Reich und Ländern beschritt, Ebert als den neuen Reichskanzler zu. Dieser Prozeß begann mit dem "berühmten Telefongespräch" am Abend des 10.Novembers 1918 zwischen Groener und Ebert, welches einen im "höchsten Grade politischen Einsatz des Offizierskorps" darstellte. Die Oberste Heeresleitung bekundete ihre Regierungstreue zu Ebert als neuen Reichskanzler und zu den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten. Mit der bekundeten Regierungstreue des Offizierskorps zu Ebert als den neuen Reichskanzler wurden die restlichen fünf Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten nicht nur auf den Rang eines Ministers zurückgestuft, sondern Ebert gewann auch ein politisches Gewaltmittel, diese Zurückstufung durchzusetzen und gegen die Soldatenräte vorzugehen, auf die sich die Unabhängigen stützten. Er gewann mit diesem "Bündnis" erstmals das politische Gewaltmittel, um das Ziel der Nationalversammlung und der Parlamentarischen Demokratie ins Leben zu rufen und gegen den Willen der Linken und deren Mandatsträger im Rat der Volksbeauftragten durchzusetzen, die weiter an der Gleichberechtigung aller Volksbeauftragten festhielten.
Groener und die Generalstäbler hingegen benötigten die Anerkennung durch die Staatsautorität, um auch nach dem Sturz der Monarchie das Offizierskorps in der Rolle einer "nationalen Elite" zu halten und nicht von den Soldatenräten abgelöst zu werden. Sie paktierten daher mit der einzigen Herrschaftsgruppe, mit der sie zu diesem Zeitpunkt paktieren konnten. Der Rat der Volksbeauftragten hatte die Herrschaft über den Staat ergriffen und wurde von den Offizieren und Beamten als umformende Regierungsinstanz anerkannt. Dieses Bündnis sollte fortan das Geschick der jungen Republik bestimmen.
Hiermit hielten die Sozialdemokraten unter Eberts Führung die Auflösung des rechts-konservativen und wilhelminischen Staatsherrschafts- und Militärapparates auf und sorgten sogar für dessen Stabilisierung, nachdem sich überall auch in den noch kämpfenden Truppen Soldatenräte gebildet hatten. So übertrug der Rat der Volksbeauftragten auf Anraten Eberts hin dem Offizierskorps die Befehlsgewalt über den Rest der noch unter ihrer Führung verbliebenen Truppen, "da ihm die Oberste Herresleitung ihre Regierungstreue schon bekundet hatte". Damit stoppte die SPD-Führung den weiteren Bildungsprozeß der Arbeiter- und Soldatenräte, weil sich der Offizierskorps dem Rat der Volksbeauftragten unterordnete und zum scheinbaren Bestandteil der Räterepublik wurde. Eine Auflehnung der Soldatenräte gegen den Offizierskorps wäre nun ein Verrat an der jungen Republik gewesen.

> Mit diesem "genialen" Schachzug schmiedete Ebert ein Bündnis mit den noch bestehenden rechts-konservativen Kräften im Staat, erhielt zur eigenen Machtvergrößerung den Titel des Reichskanzlers aufrecht

und sorgte für die Stabilisierung des sich in der Auflösung befindenden wilhelminischen Militärapparates.

Es waren die Sozialdemokraten unter Eberts Führung, die diesen Militärapparat retteten und die Umwälzung unseres Landes zur Sozialistischen Räterepublik Deutschland stoppten! Die Arbeiterbewegung konnte hiergegen nicht aktiv werden, weil die Verhandlungen durch das Fehlen der heutigen Massenmedien nicht so öffentlich waren und sie der SPD-Führung blind vertraute.
Ich denke, daß es nun klar nachvollziehbar ist, warum die Sozialdemokraten nie wirkliche Sozialisten waren! Sie waren bis heute immer nur "sozialere Demokraten", die ihre "Bündnisse" im rechtskonservativen Lager suchten und im Laufe der Geschichte immer zu Verrätern am Sozialismus wurden.

Nach dem "berühmten Telefongespräch" taktierte Ebert weiter und stabilisierte das Amt des Reichskanzlers. Dieses hätte eigentlich nach dem Willen der Arbeiter- und Soldatenräte wegen der Gleichberechtigung aller Volksbeauftragten wegfallen müssen! Doch Ebert dachte nicht im Traum hieran.

Er stabilisierte das Amt des Reichskanzlers, indem er die alten Chefs der obersten Reichsämter wieder in ihre Posten einsetzte und sie mit der Weiterführung ihrer Geschäfte beauftragte.

Die alten wilhelminischen Beamten waren natürlich Ebert, der den "alten und rechtmäßigen" Titel des Reichskanzlers führte und ihnen gegenüber pflegte, wesentlich mehr zugetan als den restlichen fünf Volksbeauftragten. Mit dieser Wiedereinsetzung der alten wilhelminischen Beamten schuf Ebert also eine erste personelle Struktur als Herrschaftsinstrument, auf dessen Einfluß er sich mehr und mehr zu stützten begann. Die SPD-Parteispitze unter Eberts Führung war es, die zur eigenen Machtvergrößerung mit den alten Herrschaftseliten ein Bündnis schmiedete, durch das sie eine tiefgreifende Umwälzung des wilhelminischen Obrigkeitsstaates endgültig verhinderte. Schließlich bildeten die Ressortchefs und die Volksbeauftragten eine zweistufige Reichsspitze, die sich gemeinsam mit dem preußischen Kriegsminister, dem Chef der militärischen Behörden in den Reichskabinettsitzungen zur Beratung und Beschlußfassung vereinigte.
Über diese neu eingerichteten personellen Herrschaftsstrukturen schwang sich Ebert zum maßgeblichen Leiter der Politik auf. Nach außen hin führte er häufig seinen alten Titel als Reichskanzler, setzte zudem die alte Reichskanzlei wieder ein, zog hier die Männer seines Vertrauens hinein und festigte so zunehmend die alten Titel der Reichskanzlei sowie Amt und Titel des Reichskanzlers, durch das er zunehmend die politische Herrschaftsgewalt hinter sich und der SPD-Führung

konzentrierte. Bald war er nicht mehr nur gleichberechtigtes Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, sondern Regierungsoberhaupt und Staatschef.
Durch diese systematischen Taktierereien erreichte er eine Erweiterung seiner Entscheidungsbefugnisse, so daß er in deren Folge die restlichen fünf Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten von der Regierungsgewalt immer mehr ausgrenzte. Er hinterging den Willen der Unabhängigen zum gleichberechtigten Entscheidungsrecht im Rat der Volksbeauftragten, indem er die alten Staatsinstitutionen stabilisierte und hinter sich vereinte, so das Amt des Reichskanzlers neu errichtete, pflegte und letztendlich selbst am Leben hielt. Am Ende wandelte er den Rat der Volksbeauftragten in einen neuen vorübergehenden Verwaltungs- und Herrschaftsapparat um und ordnete ihn sich als Planungsbehörde unter!
Die Arbeiterbewegung insgesamt erhob sich nicht gegen Ebert, weil sie ihm vertraute, so daß sie den Verrat am Rätesozialismus durch Ebert und die SPD-Führung nicht erkannte. Es stellte sich sogar das Gegenteil ein. Ebert bezichtigte die extrem Linke immer wieder des Verrats am Rat der Volksbeauftragten, indem er sie als bolschewistische Umstürzler bezeichnete, wobei er der extrem Linken (z.B. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Spartakus-Bund) vorwarf, Deutschland zur russischen Provinz, einer Sowjetfiliale der Sowjetrepublik machen zu wollen. Ebert neutralisierte so immer breitere Teile der Arbeiterbewegung.
Gleichzeitig paktierte er mit den Rechten. Nur so konnte er genügend Kräfte sammeln, um die im Entstehen begriffene Sozialistische Räterepublik niederzuschlagen. Den Revolutionären ging es jedoch nicht um die Errichtung einer Sozialistischen Sowjetrepublik nach Lenins Kadervorbild, sondern um die Schaffung einer Sozialistischen Räterepublik nach den Ideen von Marx. Stalin z.B. haßte Rosa Luxemburg, weil sie, die "Rote Rosa", Lenins autoritäres Parteisystem als autoritäre Parteiführung gegeißelt und als Diktatur abgewertet hatte. Der Graben zwischen leninistischem und marxistischem Flügel über das Aussehen des zukünftigen Sozialismus war also schon 1918 unüberwindbar.

Doch die Hetzpropaganda der SPD-Führung gegen die Linksradikalen steigerte sich ins Unermeßliche, und für ihre Hetzpropaganda hatten sie in den Rechtskonservativen die "idealen Bündnispartner" gefunden. Zunächst mußte jedoch das Vertrauen der Arbeiterbewegung in die SPD-Führung gestärkt werden.

Das "Bündnis" mit den rechtskonservativen Kräften schloß natürlich, wie nicht anders zu erwarten, ein Bündnis mit den Fabrikanten und Großkapitalisten mit ein. Dies erleichterte "vertrauensbildende Maßnahmen" wie z.B. am 14.November.
Am **14.November 1918** unterzeichneten die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, die unter der SPD-Führung standen, eine Vereinbarung, die unter anderem auch die Einführung des Achtstundentages vorsah.

Zu diesem Zeitpunkt sind die Parallelen mit den gesellschaftsdynamischen Abläufen in Russland innerhalb und durch Lenins Kaderpartei unverkennbar.

Wenn Sie diese nun vergleichen, werden sie genau dieselben zeitlosen Gesellschaftsmechanismen für das Scheitern der Revolution entdecken, so wie ich sie schon für die Russische Revolution beschrieb und als "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" kennzeichnete.

Wie die SPD-Führung und die Rechtskonservativen die Hetzpropaganda steigerten, belegt z.B. ein Artikel vom **18.November 1918**, den Rosa Luxemburg schrieb, "Das alte Spiel" von Rosa Luxemburg, siehe Seite XCIV.
Das Aussähen von Haß gegen die vermeidlichen "bolschewistischen Sowjeträte" nahm in der Verschärfung von Tonart und eingesetzten Propagandamitteln immer mehr zu.
Am **6.Dezember 1918** kam es zu den ersten bewaffneten Zusammenstößen, die hier nur noch eine Folge der unter Ebert stehenden sozialdemokratischen Politik darstellten. Zuerst fielen im Berliner Norden Schüsse. Beamte des Auswärtigen Amtes sowie eine von der "Regierung" mit Weisungen versehene Gruppe von Soldaten versuchten, einen Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu verhaften, was ebenso erfolglos blieb wie der Versuch, Ebert zum Reichspräsidenten auszurufen! In den hierauf folgenden größeren Demonstrationen gab es Tote und eine große Anzahl von Verletzten.
Postwendend kommandierte Ebert die 10.Felddivision zur Wiederherstellung der "Ruhe und Ordnung" von der Westfront nach Berlin zurück.

Am **9.Dezember 1918** schlugen die Anhänger der USPD, Barth und Haase, in einer Sitzung des Rates der Volksbeauftragten nocheinmal vor, Wilson zu einem Diktatfrieden >>für uns<< gegen die Wünsche der Ententemächte zu bewegen. Sie dachten, daß sie sich für eine weitere Stabilisierung der Sozialistischen Räterepublik der Kräfte von Wilson und vielleicht sogar der der Bolschewisten bedienen konnten. Doch Ebert wies dies als Illusion knapp und nüchtern zurück, genauso wie er alle Vorschläge von den "Idealisten der Revolution zurückgewiesen" hatte.

Am **10.Dezember 1918** marschierte die 10.Felddivision in Berlin ein. 35.000 Mann rückgeführte Fronteinheiten sollten dem neugebildeten Generalkommando Lequis in der Reichshauptstadt unterstellt werden!

Am **11.Dezember 1918** empfing Ebert offiziell die alten kaiserlichen Garderegimenter am Brandenburger Tor mit den "militaristischen und patriotischen" Worten:

> *"Kameraden!*
> *Kein Feind hat euch überwunden! ... ... einzig und allein die Zahl, einzig und allein das Material! ... ... Nun liegt Deutschlands Einheit in eurer Hand!"*

(Schon hier begann der neue Militarismus der SPD, der als Sozialpatriotismus bezeichnet wurde und später, durch die SPD angeregt, im Nationalsozialismus münden sollte.)
Doch bei den meisten Soldaten verfing diese mit General Groener abgesprochene Heldenzeremonie keineswegs! Sie wollten nach Hause. Sie wollten das Ende des wilhelminischen Militarismus, und viele schlossen sich den Arbeiter- und Soldatenräten an.

Um so größer wurden die Anstrengungen der Generalsclique um Hindenburg, ihre bunt zusammengewürfelten Landsknechte durch Berufssoldaten, "zuverlässige" Heeresangehörige und Zivilisten zu verstärken und weitere "Freikorps" und "Bürgerwehren" aufzustellen. Das Kapital unterstützte sie mit dem Kapital eigenen Presseapparat. Selbst "unsere" Sozialdemokraten unter Eberts Führung zogen, wie nicht anders zu erwarten, mit ihrer stärksten Tageszeitung "Vorwärts" in die Propagandaschlacht gegen die "Linksradikalen" und vermeidlichen "Bolschewisten". Tausende von Hetzplakaten, Zeitungsannoncen und Flugblättern warben für die rechtsradikalen Banden um Hindenburg. In den von Hindenburg unterzeichneten Aufrufen wurden die Frontsoldaten gegen die "radikalen Elemente" unter den Arbeitern aufgehetzt. Zwei dieser Aufrufe vom Dezember 1918 will ich Ihnen dokumentarisch wiedergeben. Daß die Linken dem kaum etwas an Pressemitteln entgegenzusetzen hatten, dürfte klar sein, denn alle kapitalen Medieneigentümer standen geschlossen auf der Seite der Rechten, da sie um ihr Eigentum an Produktionsmitteln fürchteten.
Zwei Aufrufe, siehe Seite XCV.

Die Propagandaschlacht und die ewige Taktiererei Eberts, mit der er immer mehr Entscheidungsbefugnisse auf seine Person als Reichskanzler vereinte und den Rat der Volksbeauftragten politisch immer weiter ins Abseits drängte, veranlaßte die drei USPD Mitglieder schließlich zum Verlassen des Rates der Volksbeauftragten. Ebert ersetzte diese Positionen schleunigst durch "drei der Seinen". Hiermit war die Umwandlung des Rates der Volksbeauftragten zu einer Planungsbehörde von Ebert, und zwar als vorübergehenden Verwaltungs- und Herrschaftsapparat, auch personell vollzogen! Nun besaß der "Reichskanzler" die unbestrittene Reichsleitung.
Noske gehörte auch zu den Kreis derer, die in den Rat der Volksbeauftragten durch den Reichskanzler "berufenen"wurden.

Am **16.Dezember 1918** begann die Reichsversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte. Diese übertrug dem Rat der Volksbeauftragten offiziell die vollziehende und gesetzgebende Gewalt und setzt als **Kontrollorgan** lediglich einen ***Zentralrat*** ein. Hauptstreitpunkt blieb die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung für eine zu schaffende Parlamentarische Demokratie, die der Forderung nach einer Beibehaltung der bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte als Übergang in eine Sozialistische Räterepublik gegenüberstand. Doch die Propagandaschlacht der von Ebert geführten rechtskonservativen und

kapitalistischen "Bündnispartner" zeigte Erfolg. Überall hatten sich die traditionellen Arbeiterführer der "vertrauenswürdigen SPD" als Abgeordnete und Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte einnisten können. In der von der konservativen Presse und der SPD geschürten Angst vor der "bolschewistischen Gefahr" griff die Arbeiterbewegung wieder auf ihre traditionellen Führer der SPD zurück, die bekannt und deshalb vertrauenswürdig erschienen. Sie machte diese zu ihren neuen und alten Beauftragten und Abgesandten.
So konnten sich die Sozialdemokraten der SPD auf der Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte am **19.Dezember 1918** mit ihrer Forderung nach einer Parlamentarischen Demokratie durchsetzen. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung wurden auf den 19.Januar 1919 gelegt. Dies war das formale Ende der Räterepublik.

Schon am **24.Dezember 1918** versuchten die Sozialdemokraten, ihre neu gewonnene politische Herrschaftsgewalt gegen die sich formal schon in der Auflösung befindlichen Räterepublik militärisch durchzusetzen. Sie setzten ihre militärischen Kräfte gegen die Kampfeinheiten der Arbeiter- und Soldatenräte ein. Die vom Spartakus-Bund, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin unterstützte Liga ehemaliger Deserteure, die eine Kundgebung nach der anderen veranstaltete, hatte eine Volksmarinedivision aufgestellt. Diese lag im kaiserlichen Marshallgebäude sowie im Berliner Schloß und hielten diese bis auf weiteres besetzt.
Ein Einsatz gegen sie scheiterte. Der Sturm vom **24.Dezember 1918** gegen die Volksmarinedivision wurde zu einem "verfehlten Angriff" und endete mit einer unerwarteten Schlappe, die sich zum Fiasko für die von Ebert geführte neue Regierung ausweitete. Bei einem Ausfall der Volksmarinedivision bemächtigte sie sich der gegnerischen Kommandantur und ergriff den "Volksbeauftragten" Wels, den sie später wieder freiließ. Später setzte die Volksmarinedivision ihre Gefallenen unter triumphalen Trauerfeiern bei, denen Hunderttausende das letzte Geleit gaben.
Die formal beschlossene Auflösung der vorhandenen Räterepublik und die Einsetzung einer Parlamentarischen Demokratie zeigte praktisch genau die umgekehrte Wirkung und die schon gewonnene Stärke und Verankerung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Bevölkerung! Diese unerwartete Schlappe verstärkte zunächst den Prozeß der Auflösung des Heeres in seinen alten Strukturen und des wilhelminischen Staates. In aller Augen schien diese Entwicklung nun besiegelt.

Doch im südwestlichen Randgebiet Berlins wurden unter tatkräftiger Mithilfe führender Sozialdemokraten wie Noske unbehelligt neue militärische Ver-

bände aufgestellt und herangezogen. Diese kamen erst vom 6. bis 10. Januar 1919 zum Einsatz.
Wie Noske diese neuen "Reichsstrukturen" bildete, schilderte er "sehr gut" in seinen Erinnerungen, "Von Kiel bis Kapp". Natürlich versuchte unser "Sozialdemokrat Noske" (und vermeintliche "Sozialist"), die Mannschaften dieser neuen militärischen Verbände aus den Resten des kaiserlichen Heeres, den verstreuten Freikorps und den alten Frontsoldaten zusammenzustellen. Diesen Menschen war allen gemeinsam, daß es ihnen nicht gelingen wollte, sich wieder in einem bürgerlichen Leben zurechtzufinden. Noske schilderte in seinem Buch sehr lebendig, wie er herumlief, von einem zum anderen, zu den "schlecht behandelten" und angespienen, verabschiedeten wilhelminischen Offizieren (sozusagen der Herrschaftsclique des alten Kaiserreichs), wie er sie wieder auflas und sammelte und wie diese es waren, mit denen er gemeinsam die Räterepublik zerstörte. Ob Noske wohl jemals begriffen hat, welche Hoffnungen er mit der Räterepublik zerstörte?

Ich glaube nicht. Denn in seinen Ausdrucksweisen finde ich viele Sprachregelungen und Redewendungen wieder, wie sie später im "Großdeutschen Reich" der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei) üblich wurden. Viel eher sehe ich hier - bei den Sozialdemokraten mit ihren deutschnationalen Sozialpatriotismus - die erste praktische Verbindung von Militarismus, Staat und Sozialbürgertum und somit den ersten Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie.

Am **4.Januar 1919** erließ Ebert erneut eine Verfügung, gegen die revolutionären Kräfte vorzugehen. Dies führte zur Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Einhorn (USPD), der sich geweigert hatte, seine "Republikanische Sicherheitswehr" gegen die revolutionären Kräfte einzusetzen, wobei nun die "Republikanische Sicherheitswehr" als militärische Kraft der Räterepublik der Herrschaftsgewalt des Reichskanzlers unterworfen werden sollte.
Gegen seine Entlassung demonstrierten am **5.Januar 1919** 300.000 Menschen, und am **6.Januar 1919** waren es 600.000! Die Demonstranten besetzten alle größeren Verlage, Zeitungen und Bahnhöfe, machten aber keinen Gebrauch von ihren Waffen! Die Wut der revolutionären Kräfte gegen das sich immer weiter fortsetzende scheinheilige Taktieren der Sozialdemokraten, die mit allen Mitteln die junge, praktisch gerade entstehende Sozialistische Räterepublik Deutschland bekämpften, stieg zusehens. Sie verliehen dem Ausdruck, als sie nach einer erfolgreichen Großdemonstration am **Abend des 5.Januar 1919** - die Revolutionären Obleute im Bunde mit den Unabhängigen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten - den Kampf gegen die Regierung beschlossen und den verräterischen Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt erklärten.

Nun griff Ebert zu einem Trick und rief die von den Sozialdemokraten gehaltenen Gewerkschaften zur Hilfe. Von den Sozialdemokraten aufgehetzt, erkannten viele Gewerkschaftler im Vorgehen der Linksradikalen nur einen bol-

schewistischen Umsturzversuch, der sich scheinbar gegen den Rat der Volksbeauftragten richtete. Die Sozialdemokraten schafften es durch diesen Trick, daß viele Genossen der Arbeiterbewegung tatsächlich glaubten, es handele sich um einen bolschewistischen Putschversuch gegen die Regierung der sechs Volksbeauftragten sowie um eine Niederwerfung der Arbeiter- und Soldatenräte und somit um eine Niederwerfung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Das Wesentlichste, was Ebert erreichte, war:

> Er neutralisierte den überwiegenden Teil der Arbeiterbewegung, so daß dieser unschlüssig verweilte und nicht wußte, auf welche Seite er sich stellen sollte.

Die meisten Genossen sind für die Aufrufe der Linken durch Eberts Tatsachenverzerrung desaktiviert worden, und die, die tätig wurden, verhinderten als unbewaffnete Menschenmenge den Sturm auf die Reichskanzlei. Sie hofften, daß die Linksradikalen friedlich wieder "zur Vernunft" gebracht werden konnten, denn "Sozialisten" der deutschen Arbeiterbewegung wollten nicht auf Sozialisten und Genossen schießen. D.h., die Arbeiterbewegung war in ihrer Kampfkraft geteilt und erkannte nicht den wirklichen Verräter- Ebert - in ihren eigenen Reihen.

Für die Drecksarbeit berief sich der "Volksbeauftragte Noske" am **6.Januar 1919 um 8.00 Uhr** selbst zum Oberbefehlshaber aller gegenrevolutionären Truppen und ging gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten mit "regierungstreuen Verbänden", Freikorps, vor. Der von der SPD beherrschte Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gab seinen Segen hierzu. Wie dies geschah, dies schildert der "Bluthund" Noske in seinem Buch, "Von Kiel bis Kapp", selbst sehr gut.

> *Zu den Mitgliedern der Regierung gesellte sich der Zentralrat, um die Lage zu besprechen. Fast alle Zeitungen waren von den Spartakusleuten und Unabhängigen besetzt, ebenso Wolffs Telegraphisches Bureau. Dagegen war im Augenblick nichts zu unternehmen. Die Einhornsche Sicherheitswehr war selbstverständlich nicht zu haben. Die Kommandantur erklärte, daß auch sie nicht in der Lage sei, mit der republikanischen Soldatenwehr zu helfen. Diese Leute machten nicht mit. Von den Soldaten in den Kasernen redete man gar nicht. Meiner Meinung, daß nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widersprochen. Der Kriegsminister, Oberst Reinhardt, formulierte einen Befehl, durch den die Regierung und der*

Zentralrat den Generalleutnant von Hoffmann, der mit einigen Formationen nicht weit von Berlin war, zum Oberbefehlshaber ernannte. Dagegen wurde eingewendet, daß die Arbeiter gegen einen General die größten Bedenken hegen würden.
In ziemlicher Aufregung, denn die Zeit drängte, auf der Straße riefen unsere Leute nach Waffen, stand man im Arbeitszimmer Eberts umher. Ich forderte, daß ein Entschluß gefaßt werde. Darauf sagte jemand: "Dann mach' du doch die Sache!" Worauf ich kurz entschlossen erwiderte: "Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheu die Verantwortung nicht!" Reinhardt meinte, auf den Vorschlag habe er eigentlich immer gehofft. Ein Beschluß wurde mündlich so formuliert, daß Regierung und Zentralrat mir weitgehendste Vollmachten zum Zweck der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Berlin übertrugen.

Und nun "die Berufung vom Volk" zum Oberbefehlshaber:

Reinhardt durchstrich den Namen Hoffmann und schrieb dafür den meinen nieder. Meine Ernennung zum Oberbefehlshaber war vollzogen. Den Wortlaut der mir erteilten Vollmachten habe ich nie gelesen und die Bestallung als Oberbefehlshaber nie in der Hand gehabt.

Noske stellte "unter dem Einsatz seiner ganzen Person" eine bunt zusammengewürfelte Truppe zusammen. Sie bestand aus Zivilisten, Offizieren, Unteroffizieren sowie aus den verschiedensten Einheiten "von ihren Kameraden aufgelesenen" Soldaten, die nur der Haß gegen die demokratische Republik zusammenhielt. Noske leitete den Kampf gegen die einzigen wirklichen Garanten der Demokratie sowie des Sozialistischen Rätesystems ein und zerschlug somit die geordneten Einheiten der glühensten Anhänger einer demokratischen Republik in Deutschland. Die Parlamentarische Demokratie als Mittelweg wollte tatsächlich nur die SPD-Führung. Sie vertrat dieses politische Ziel sozusagen auch als "Mittelweg für den republik- und demokratiefeindlichen rechtskonservativen Flügel", den die SPD schließlich zur Durchsetzung ihrer Parlamentarischen Demokratie aufbaute und mit dessen Hilfe sie die Bewegung der Sozialistischen Rätedemokratie niederschlug.
Noske siegte am **10.Januar 1919** in einer von ihm eingeleiteten erbitterten Schlacht.
Die Kämpfe endeten am **13.Januar 1919**.
Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden gefangen und von ihren Wachen am **15.Januar 1919** ermordet. Die Meuchelmörder kamen wieder aus dem rechts-konservativen Lager des wilhelminischen Staates.

An dieser Stelle angelangt, drängt sich mir unweigerlich die Frage auf:

"Gehörte die Beseitigung der führenden Revolutionäre und Anhänger der Sozialistischen Räterepublik zur "zweiten durchgreifenden Säuberung" des absterbenden wilhelminischen Staates zugunsten der reformistischen, lassalleanischen Sozialdemokraten?

Mit dem Sieg vom 13.Januar 1919 gewannen die Sozialdemokraten ein ruhiges Hinterland, in dem sie ihre militärischen Kräfte stabilisieren und weiter ausbauen konnten. Sie schufen einen Ruhepunkt und in ihm ein militärisches Fundament, durch das sie ihre Vorstellungen von einer kapitalistischen, bürgerlich-liberalen Parlamentarischen Demokratie - entgegen dem Gedanken von einer Sozialistischen Rätedemokratie - militärisch durchsetzen konnten. Sie stützten sich hierzu auf rechtskonservative Militärverbände, deren Mannschaften republik- und demokratiefeindlich eingestellt waren. Dies war ein neuer Gewaltapparat, den die SPD selbst geschaffen hatte.
Sozialdemokraten, Sozialisten und andere unabhängige Linke besaßen im Winter 1918 die absolute Mehrheit in der Bevölkerung und hätten eine Sozialistische Räterepublik nach der Beschreibung von Marx schaffen können. Niemand wäre mehr dazu in der Lage gewesen, ihnen diese Errungenschaft streitig zu machen!
Statt dessen suchte die SPD-Führung, die den größten Teil des Vertrauens der Arbeiterbewegung hinter sich vereinte, die Mehrheiten im rechten Lager. Sie vereitelte die Sozialistische Räterepublik Deutschland! Mit der Niederschlagung der linksradikalen Republikaner, die eine Sozialistische Räterepublik anstrebten, kettete sie sich an das rechte Lager, so daß sie fortan gezwungen war, sich auf den Einfluß der rechts-konservativen Kräfte zu stützen.
Mit dieser verfehlten Politik Eberts begannen überall im Reichsgebiet die Aufstände, durch die versucht wurde, die Sozialistische Räterepublik gegen den Willen der SPD-Führung durchzusetzen. Der Ruf nach einem Alleingang, unabhängig vom "Reichskörper", ist erst durch die Politik der SPD lauter und lauter geworden, so daß der "Reichskörper" fast in Räterepubliken auseinander gebrochen wäre. Alle Aufstände und ausgerufenen Räterepubliken sind von Noske blutig niedergeschlagen worden, und es ist müßig, hierüber weiter zu berichten.
Die SPD besaß mit dem **15.Januar 1919** das Wichtigste, was sie zur Erhaltung ihrer politischen Herrschaft bedurfte. Dies war ein ruhiges Hinterland, wo sie in systematischer Arbeit neue militärische Einheiten aufstellte, die sie dann an die Front gegen ihre "Sozialistischen Feinde" warf. Immer wieder gelang es den Sozialdemokraten, die als die "Regierung der Matrosenmörder" beschimpften wurden, die Aufstandsversuche der Linken zu ersticken.
Noske konnte "zum Schutz des Vaterlandes" gegen den "Bolschewismus" immer mehr Freikorps und eilig zusammengestellte Freiwilligenverbände bilden.

Geführt von kaiserlichen Offizieren sammelten sich die bald gefürchteten Freikorps.
Den Anführer dieser "Horden" spielte der "Bluthund" und Sozialdemokrat Noske. Mit rücksichtslosem und grausamen Vorgehen gegen jeglichen Widerstand sind schließlich im Frühjahr 1919 in weiten Teilen Deutschlands, z.B. in Sachsen, Thüringen, im Ruhrgebiet, in Hamburg, München und Berlin, Massenstreiks und Räterepubliken brutal niedergeschmettert worden. Endlich konnten die Abgeordneten ohne den Druck der Straße in Ruhe debattieren und entscheiden. Am Ende setzten die Sozialdemokraten die Parlamentarische Demokratie durch, deren Verfassung sie am **11.August 1919** verkündeten.

> Die Bolschewisten, in deren Namen die marxistisch orientierte Sozialistische Rätedemokratie niedergeschlagen wurde, bekamen aus den Reihen der revolutionären Marxisten erst einen entsprechenden Zulauf, nachdem sie von den Reformern, die sich zum Teil auch auf Marx beriefen, verraten worden waren und aufgrund ihrer schlechten Erfahrung in Lenins Kadersystem ein Mittel zur Revolution erkannten.

Die rechtskonservativen Kräfte "dankten der SPD-Führung" ihre gegenrevolutionäre Arbeit auf ihre Weise. Es folgte der Kapp-Putsch. Nachdem die glühenden Rätedemokraten beseitigt waren, erfolgte er am **13.März 1920**. Korvettenkapitän Ehrhardt besaß 6.000 Mann Freikorps und hatte zahlreiche Komplizen: Ludendorff, General Lüttwitz, Beamte, Offiziere, einen früheren Polizeipräsidenten und ehemaligen Schüler der 1918 geschlossenen Kadettenschule.
Noske wollte es nun "komischer Weise" nicht gelingen, die Reichswehr, deren Gründungsvater er war, gegen Kapp in Marsch zu setzen. Ihre Befehlsverweigerung sollte wohl ihr passiver Beitrag zum Kapp-Putsch werden. Gegen bewaffnete Kräfte der äußersten Linken aber, Arbeiter und Bergleute, die zur Rettung der Republik zum Generalstreik im Ruhrgebiet aufriefen und im Anschluß daran, am **25.März 1920**, die Räterepublik proklamierten, ließ sie sich problemlos in Marsch setzen. Wieder schlugen die Sozialdemokraten eine Räterepublik, deren Gedankengut einfach nicht absterben wollte, mit aller Grausamkeit nieder.
Am **6.April 1920** (nach zwei Wochen blutiger Straßenkämpfe) fiel Essen.

Die SPD-Führung schaffte es, mit ihrer reformerischen Forderung nach dem Möglichen das "praktisch Machbare" niederzuschlagen! In ihrer Regierungsverantwortung setzte sie im Anschluß hieran, zusammen mit den Gewerkschaften, ihre Politik "der Integration der Arbeiter" in die bestehende kapitalistische Gesellschaft fort. Sie hatte ja selbst dafür gesorgt, daß sie durch das Entstehen einer Sozialistischen Räterepublik nicht überflüssig wurde.

Doch beginnen wir, die Vorgänge der Vergangenheit auf ihre gemeinsamen Ursachen und zeitlosen Gesellschaftsabläufe zu analysieren, um für unser zukünf-

tiges Handeln zu lernen und eine aus unserer Erkenntnis der Vergangenheit erwachsene Strategie zu schmieden. Denn die Reformbewegungen, insbesondere die Sozialdemokraten der SPD, deren Rolle zunehmend von den Grünen eingenommen wird, behielten bis heute ihre alt bewährte Aufgabe als Empörungs- und Unruhenkanalisierer zur Verhinderung einer Sozialen Revolution!
Beispiele hierfür sind für die SPD in Reinhausen (1988, Streik der Stahlarbeiter und Solidarisierung einer ganzen Region gegen die Schließung eines Stahlwerkes mit anschließender Entlarvung eines Verrates der SPD an die Kapitaleigner durch ein abgehörtes Telefongespräch) und für die Gewerkschaft im Neue Heimat-Skandal (mit dem praktisch billiger Wohnraum künstlich verringert wurde, so daß ein Überangebot an Wohnraum nicht entstand und mit dem Überangebot an Wohnraum nicht das kommunistische Prinzip, "jedem nach seinen Bedürfnissen", eintreten konnte) schnell gefunden.

4.1.2.5.1. Das alte Spiel,Rosa Luxemburg, 18. Nov. 1918

Ein anderes Deutschland; S. 286 f. --> XCIV

Das alte Spiel

Rosa Luxemburg
18.November 1918

Am 9. November 1918 besetzte eine Gruppe revolutionärer Arbeiter und Soldaten unter Leitung Hermann Dunckers die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeiger". Am Abend dieses Tages erschien die erste Nummer des Organs der Spartakusgruppe „Die rote Fahne" mit dem Untertitel: „Ehemaliger Berliner Lokalanzeiger – 2. Abend-Ausgabe." Die Balkenüberschrift lautete: „Berlin unter der roten Fahne. Polizeipräsidium gestürmt. – 650 Gefangene befreit. – Rote Fahnen am Schloß" Nach ihrer Befreiung aus dem Breslauer Frauengefängnis übernahm Rosa Luxemburg die Leitung dieses Blattes, das in den kommenden Monaten zum zentralen Organ der revolutionären Bewegung werden sollte.

Liebknecht hat in Spandau 200 Offiziere ermordet. Liebknecht ist in Spandau ermordet worden.
Die Spartakusleute haben den Marstall gestürmt.
Die Spartakusleute haben in das „Berliner Tageblatt" mit Maschinengewehren eindringen wollen.
Liebknecht plündert die Läden. Liebknecht verteilt Geld unter die Soldaten, um sie zur Gegenrevolution aufzustacheln.
Die Spartakusse rückten gegen das Abgeordnetenhaus vor. In der darin tagenden Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei ist auf diese Kunde hin eine Panik entstanden, und die ehrenwerte Versammlung lief auseinander, unter Hinterlassung von Hüten, Schirmen und dergleichen kostbaren und heutzutage kaum zu ersetzenden Gegenständen auf dem Schauplatz der erwarteten grausigen Taten. –
So schwirren seit einer Woche in Berlin die wildesten Gerüchte über unsere Richtung. Klirrt irgendwo auf der Straße eine Fensterscheibe, platzt an der Ecke ein Pneumatik mit lautem Knall, gleich schaut sich der Philister mit gesträubten Haaren und einer Gänsehaut auf dem Rücken um: Aha, sicher „kommen die Spartakusleute"! –
Verschiedene Personen haben sich an Liebknecht mit der rührenden persönlichen Bitte gewandt, ihre Gatten, Neffen oder Tanten von dem beabsichtigten bethlehemitischen Kindermord, den die Spartakusse planten, ausnehmen zu wollen. So geschehen wahr und wahrhaftig im ersten Jahr und Monat der glorreichen deutschen Revolution!
Wer denkt da nicht an die köstliche Szene in der „Zauberflöte", wo der kleine Strolch Monostatos, durch Papagenos Schatten erschreckt, vor Angst schlotternd, singt:

„Ich glaub', das ist der Teufel,
ja, ja, das ist der Teufel,
ach wär' ich eine Maus,
wie wollt' ich mich verstecken,
ach wär' ich eine Schnecken,
gleich kröch' ich in mein Haus . . ."

Hinter all diesen schwirrenden Gerüchten, lächerlichen Phantasien, wahnwitzigen Räubergeschichten und schamlosen Lügen steckt ein sehr ernster Vorgang: Es liegt System darin. Die Hetze wird planmäßig betrieben. Die Gerüchte werden zielbewußt fabriziert und ins Publikum lanciert: Es gilt, durch diese Schwindelmärchen die Philister in panikartige Stimmung zu versetzen, die öffentliche Meinung zu verwirren, die Arbeiter und Soldaten einzuschüchtern und irrezuleiten, um eine Pogromatmosphäre zu schaffen und die Spartakusrichtung politisch zu meucheln, ehe sie noch die Möglichkeit hatte, die breitesten Massen mit ihrer Politik und ihren Zielen bekannt zu machen.
Das Spiel ist alt. Erinnert man sich, wie vor vier Jahren, beim Ausbruch des Krieges, die einander jagenden tollen Märchen von Goldautomobilen, französischen Fliegern, vergifteten Brunnen, ausgestochenen Augen planmäßig und zielbewußt von Kriegshetzern durch ihre Agenten in Umlauf gesetzt wurden, um den blinden Kriegsfuror hervorzurufen und die Arbeiter als Kanonenfutter zu gebrauchen? Genauso wird jetzt gearbeitet, um die Volksmassen irrezumachen, unter ihnen blinden Haß zu säen, damit sie sich besinnungslos und kritiklos gegen die Spartakusrichtung mißbrauchen lassen.
Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und auch die Verfasser. Es sind die Kreise der abhängigen Sozialdemokraten, der Scheidemann, Ebert, Otto Braun, der Bauer, Legien und Baumeister, die zielbewußt die öffentliche Meinung mit schamlosen Lügen vergiften und das Volk gegen uns aufhetzen, weil sie unsere Kritik fürchten und sie zu fürchten allen Grund haben.
Diese Leute, die noch eine Woche vor Ausbruch der Revolution jeden Gedanken an Revolution in Deutschland als Verbrechen, „Putschismus", Abenteuer denunzierten, die erklärten, in Deutschland sei die Demokratie schon verwirklicht, weil Prinz Max Reichskanzler war und Scheidemann mit Erzberger in Ministerfracks herumliefen, diese Leute wollen heute dem Volk einreden, die Revolution sei schon gemacht, die Hauptziele seien schon erreicht. **Sie wollen den weiteren Fortgang der Revolution aufhalten, sie wollen das bürgerliche Eigentum, die kapitalistische Ausbeutung retten!** Dies ist die „Ordnung" und die „Ruhe", die man vor uns behütet.
Hier liegt der Hase im Pfeffer. Und hier auch der Grund, weshalb die Herrschaften eine solche Todesangst und so tödlichen Haß gegen uns nähren. Sie wissen ausgezeichnet, daß wir keine Läden plündern, wohl aber das kapitalistische Privateigentum abschaffen wollen, daß wir nicht den Marstall oder das Abgeordnetenhaus stürmen, wohl aber die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zertrümmern wollen, daß wir niemanden morden, wohl aber die Revolution unnachgiebig im Interesse der Arbeitenden weiter vorwärtstreiben wollen. (. . .)
Aber das Spiel wird vorbeigelingen. Wir lassen uns nicht mundtod machen. Mögen sich unklare Schichten der Arbeiter oder Soldaten momentan noch gegen uns aufstacheln lassen. Mag uns eine momentane Wiederkehr der gegenrevolutionären Sturzwelle wieder in Kasematten sperren, die wir eben erst verlassen haben – der eherne Gang der Revolution läßt sich nicht aufhalten. Wir werden unsere Stimme laut erschallen lassen, die Massen werden uns verstehen, und dann werden sie sich um so ungestümer gegen die Hetzer und Fabrikanten der Pogromgerüchte wenden. Nicht über Marställe, Bäckerläden und furchtsame Philister wird dann der Sturm brechen, sondern euch wird er hinwegfegen, ihr gestrige Kumpane der bürgerlichen Reaktion und des Prinzen Max, ihr Schutztruppen der kapitalistischen Ausbeutung, ihr lauernde Vorposten der Gegenrevolution, ihr Wölfe im Schafspelz!

Ein anderes Deutschland; Verlag f. Literatur u. Politik GmbH; S. 286 f.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XCIV

4.1.2.5.2. Zwei Aufrufe, Dezember 1918

Ein anderes Deutschland;Verlag f. Literatur u. Politik GmbH --> XCV

Zwei Aufrufe

Dezember 1918

Arbeiter, Bürger!
Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.
Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!
Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
Die Frontsoldaten

Großes rotes Plakat, angeschlagen im Dezember 1918 in Berlin.

Wenn die radikalen Elemente, die schon so viel Unheil angerichtet haben, völlig zur Herrschaft kämen — und das würden sie, wenn Ebert stürzte —, so würde Deutschland zu russischen Zuständen gelangen. Dort ist alles der sinnlosen Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe unterworfen. Die Folgen sind:

Unordnung statt Ordnung,
Terror statt politische Gleichheit und Freiheit,
Hunger und Armut statt Wohlstand,
Bruderkrieg statt Brüderlichkeit,
Unmoral statt Gesittung,
Arbeitslosigkeit statt Arbeit,
Stillstand statt Freiheit,
Verzweiflung statt Lebensfreude.

Das Familienglück ist zerstört, jeder bangt sich um Frau und Kind, Eltern und Geschwister . . .
Daher muß das Feldheer die jetzige Regierung stützen. Sollte sie gestürzt werden, so muß es die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen, es muß Ordnung und Freiheit wieder in der Heimat aufrichten, es muß die radikalen Elemente beseitigen, damit wir Frieden bekommen, und es muß bolschewistisches Unheil und Elend von der Heimat abwenden.
(unterzeichnet im Dezember 1918: Hindenburg)

Ein anderes Deutschland; Verlag f. Literatur u. Politik GmbH

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

4.1.3. Reform und Rangordnung als Waffe

Nachdem ich die Vorgänge um 1918/19 so ausführlich beschrieb, fällt es mir schwer, das Reformgehabe als zusätzliches Herrschaftsmittel des modernen Staates systematisch darzustellen, und dessen Wirkung im "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" zu beschreiben. Die Wirkung dürfte klar sein, und im Grunde fange ich schon wieder an, mich zu wiederholen, denn das Wesentliche ist schon gesagt.
Lösen wir uns von den uns anerzogenen Märchen und Mythen. Die gruppen- und gesellschaftsdynamischen Abläufe als das Ränkespiel um die politische Herrschaft werden bei genauerer Betrachtung praktisch immer gleichartig ausfallen, so daß auch deren theoretische Analyse zur Bestimmung der Regeln der Herrschaftserweiterung immer die gleiche bleibt. Was sich ändert, sind die Spielarten in ihren oberflächlich unterschiedlichen Systembezeichnungen, die Begriffsbestimmungen sowie die "Namen der Personen (als Aktöre), die dieses Gesellschaftsritual immer wieder von neuem "aufführen". Der Vergleich mit einem immer gleichen "Theaterstück" auf allen politischen Bühnen dieser Welt liegt nicht fern!
Nichts ändert sich, solange wir nicht erkennen, daß es die wirtschaftliche Macht und politische Herrschaft ist, die wir tatsächlich bekämpfen müssen und wir nicht begreifen, daß auch die Reformbewegungen - als neue Machtapparate des modernen Kartellkapitalismus - zu den Herrschaftsapparaten der Gesellschaftsplaner gehören, durch die die Gesellschaft beherrscht, gelenkt und unterdrückt wird. Die Reformbewegungen sind schon vor langer Zeit dem Ränkespiel zur "Eroberung der politischen Macht" zum Opfer gefallen. Vor über 100 Jahren kamen die Gesellschaftsplaner auf die Idee, die Reformbewegungen zur Stabilisierung ihrer Herrschaft zu nutzen und begannen, die Reformbewegungen als neue Herrschaftsapparate in das Herrschaftsgefüge ihrer Staaten einzuordnen. Aus diesem Grund müssen wir zur Errichtung einer menschengerechten Gesellschaft auch die Reformbewegungen überwinden und dürfen uns von ihrem sentimentalen Gefasel und z.T. scheinheiligen Handeln nicht blenden lassen! Sie übernahmen im modernen Staat nur die Funktion der einstigen Pfaffen!

Die Ausgangsursachen, die den "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" hervorrufen, sind für die Reformbewegungen genau die gleichen, die ich schon an Hand der Geschichte der staatsautoritären sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsströmungen (sprich den Marxisten, Leninisten, Stalinisten, Trotzkisten, Lassalleanern usw.) beschrieb. Die Ursachen sind wieder die Rangordnung und der Wille zur "Eroberung der politischen Macht", durch die jede freie, selbstbestimmte und demokratische Vereinigung von Menschen auf Dauer in einen obrigkeitshörigen Herrschafts- und Machtapparat umgewandelt wird. Wir können also auch die Entartung der sozialistischen Reformbewegung zu einem auf Gehorsam gedrillten bürgerlich-

sozialen Reformverein und hierarchisch geordneten Herrschaftsapparat des Staates auf diese Abläufe zurückführen.

Des weiteren besaßen die Reformbewegungen nie eine umfassende Staatskritik und erkannten nie die Demokratiefeindlichkeit der staatlichen Apparate und Institutionen! Immer betrachteten sie das Gesellschaftssystem, in dem sie just lebten, als das beste der Welt. In seiner grundsätzlichen Funktionsweise sollte dieses nie umgewandelt werden! Immer glaubten sie, die Mängel des bestehenden Gesellschaftssystems durch umfassende Reformen des Staates, insbesondere der Wirtschafts- und Herrschaftsapparate, mildern und die durch das System hervorgerufenen Gesellschaftsschäden schließlich beseitigen zu können.

Aus dieser Anschauung heraus vertreten auch die heutigen Reformer die Auffassung, daß sie innerhalb ihres Gesellschaftssystems nur die politische Herrschaft erobern müssen, um mit dieser eroberten Entscheidungsbefugnis ihr "bestes Gesellschaftssystem der Erde" weiter zu entwickeln!

> D.h., ihr Weltbild stimmt im großen und ganzen mit "ihrem Gesellschaftssystem" überein. Sie befürworten zum Großteil dessen Ideologien und Herrschaftsinstanzen und versuchen, das Gesellschaftssystem durch seine eigenen Institutionen zu reformieren. D.h., der Staat soll durch seine eigenen Institutionen reformiert werden, indem er sich selbst durch seine eigenen Institutionen kontrolliert und reformiert!

Zur Verwirklichung dieses Vorhabens erkannten die Reformisten immer die Notwendigkeit, sich zu einem mächtigen Verband zusammenzuschließen. Mit diesem wollten sie die politische Herrschaft im Staat erobern, um schließlich durch ihren "mächtigen Zusammenschluß" ihre Reformen durchzusetzen. Wegen dieser Anschauung sowie wegen einer mangelhaften Staatskritik wählten sie als Zusammenschlußstruktur ein Rangordnungssystem, in dem die Entscheidungen nach einer gewissen Zeit immer von oben nach unten erfolgten. Dies sollte das Kampfmittel sein, daß durch seine einheitliche Führung von oben eine starke Schlagkraft entwickelt. Die Reformisten übersahen die Austauschbarkeit und die Bestechlichkeit der Führungsspitze, der sie ihre Entscheidungsgewalt übergaben und daß eine derartige Organisation, vor allem wegen des nicht erkannten "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen", immer zum Kampfmittel der Herrschenden wird.

> Mit den Vorgängen um 1918 in Deutschland und in der UdSSR bewies die Geschichte, daß hierarchisch aufgebaute Organisationen auf Dauer immer gegen ihre Basis entarten werden und, wegen der Kontrollierbarkeit der Führungsspitze durch die Gesellschaftsplaner, scheitern müssen.

Doch die Gesellschaftsplaner erkannten noch eine viel weiterreichendere Funktion von in Rängen gegliederten Reformbewegungen, die zur besseren Beherrschung der Gesellschaft genutzt werden können.

> Die Reformbewegung ist durch die Austauschbarkeit und Bestechlichkeit ihrer Führer nicht nur ein Puffer zwischen Herrschenden und Beherrschten, sondern auch die radikaleren Gesellschaftsströmungen, die sich versuchen, in ihr zu organisieren, werden durch die Rangordnung innerhalb der Reformbewegung beherrschbar!

Eine große Reformbewegung - Partei, Bürgerbewegung oder Gewerkschaft - wird auch für die radikaleren Gesellschaftsströmungen zum Sammelbecken, weil durch die kräftige Mithilfe des Staates (z.B. Verbot der radikalen Organisationen) radikale Zusammenschlüsse nie aus dem Schatten der Reformbewegung hervortreten können.

> Durch einen Eintritt in eine Reformbewegung erfolgt eine Eingliederung in eine gegebene Struktur, so daß jeder einzelne den von der Führung vorgegebenen Regeln unterworfen ist. Jedes Auftreten eines radikalen Veränderungsvorschlages, der auf die Gesamtheit überzugreifen droht, wird von den Entscheidungsträgern der Reformbewegung wegen der Infragestellung des bestehenden Systems sofort als Bedrohung ihres Führungsanspruches und ihrer Reformlinie erkannt. Das Unverständnis der Gesamtheit zu gemachten radikaleren Vorschlägen wird schnell genutzt, um das radikale Auftreten als Regelverstoß zu geißeln und gegebenenfalls Einzelpersonen aus der Reformbewegung auszuschließen!

So kommt es, daß die radikaleren "Rädelsführer" durch Ausschlußverfahren ausgegliedert werden, während die reformistischen Führer versuchen, durch kleine Verbesserungen für die Masse attraktiv zu bleiben und sie in ihrer jeweiligen Reformbewegung unter ihrer Führung zu vereinen. Die Führer von Reformbewegungen, die durch dieses Taktieren politische Herrschaft und "Ansehen" erlangen, sind somit in Wahrheit nichts weiter als Parasiten, die sich an den revolutionären Kräften radikaler Gesellschaftsströmungen gesund stoßen!

Weiter griffen die Gesellschaftsplaner in ihrer weltweiten Ausbeutungs- und Loyalitätserhaltungsstrategie in den **Kernländern ihrer politischen Herrschaftsräume** wohlwissend zum Sozial- und Wohlfahrtstaat, so daß der Staat nicht mehr rein repressiv und ausbeutend wirkt.

> **Sozialpolitische Eingriffe des Staates in die Wirtschaft der Gesellschaft haben nicht nur seine Funktion vergrößert, sondern in den traditionellen Bewegungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten ein Interesse an staatlicher Lenkung durch die Reformbewegungen zu ihren Gunsten geweckt!**
> Durch die Möglichkeit bei entsprechender Leistung und Regierungstreue in wirtschaftlich ausgeglichenen Verhältnissen zu leben, wurden in den Kernländern der politischen Herrschaftsräume weite Teile der politisierten Gesellschaft desaktiviert!

Der tatsächliche Betrug um die 5-Stunden-Woche und ein wirklich menschengerechtes Leben blieb den meisten daher verborgen.

Im gleichen Sinne übernehmen heute die Parteien in den Industrienationen, dies sind die Kernländer der politischen Herrschaftsräume, für die Gesellschaftsplaner eine ganz andere Aufgabe als die, die uns vorgegaukelte wird.

Sie sind heute nur noch zur Austarierung des an die Bevölkerung zurückfließenden Wohlstandes und zur Optimierung der Ausbeutungsrate zuständig.
Die bürgerlichen und reformistischen Parteien dienen heute nur noch zur Loyalitätserhaltung und somit zur Ausbeutungsgradtrimmung, wobei die Wahl oder Abwahl einer Partei als Anzeiger der tatsächlichen Gesellschaftsstimmung genutzt wird. Dies trifft insbesondere deshalb zu, weil sich heute die großen Parteien nur noch um die Bestimmung der Menge des an die Gesellschaft zurückfließenden Wohlstandes kümmern! Dies ist die tatsächliche Aufgabe der Parteien und Parlamente, derer sich die Gesellschaftsplaner bedienen, und der Grund dafür, warum sich die Parteien heute in ihren politischen Zielen nur noch in der Menge des an die Bevölkerung zurückfließenden Reichtums unterscheiden!
Politisch unterschiedliche Ziele besitzen die Parteien nicht. Zielsetzungen, die gesellschaftsumwälzende Veränderungen ins Auge fassen oder gar die Abschaffung des Eigentums und die 5-Stunden-Woche fordern, sind undenkbar und sogar "verfassungswidrig".

> Die Parteien sollen nur den aufkommenden Unwillen und Volkszorn - durch die Möglichkeit zur Wahl - auffangen und die Systemloyalität zu der von den Gesellschaftsplanern gesteuerten Regierung sichern.

Warum sollten die Gesellschaftsplaner auch als totalitäre Herrscher auftreten, wenn diese "demokratische" Herrschaftsform insgesamt billiger ist als eine offene Militärdiktatur?
Die Loyalität zu einem demokratischen Staatssystem, durch das die Kapitaleigner weiterhin ungestört herrschen und ihre "guten Geschäfte" machen können, dürfte angenehmer, billiger und sicherer für sie sein!

> Die Rangordnung innerhalb der in der Planungsbehörde zusammengefaßten Herrschaftsapparate dient insgesamt einer schnellen und uneingeschränkten Ausübung der Herrschaftsgewalt, während der zur Planungsbehörde gehörende Reformapparat der sozialpolitische Regelmechanismus des von den Gesellschaftsplanern errichteten Sozial- und Wohlfahrtstaates ist, über den die Gesellschaftsplaner ihre "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" absichern!

Tatsächlich wurden in den letzten 200 Jahren lediglich die Mittel der Herrschaftsausübung verfeinert, ohne daß eine Demokratisierung der Entscheidungsgewalt eintrat, so daß selbst die Reformbewegungen von den Gesellschaftsplanern zur Steuerung der Gesellschaft eingesetzt werden. Durch die gekauften Spitzen aller durch demokratische Wahlen legitimierten politischen Selbstbestimmungsorgane nehmen sie uns für eine tiefgreifende Umwälzung der Gesellschaft den Wind aus den Segeln.

Hierbei spielt es keine Rolle, ob ein friedlicher Übergang von einer Militärdiktatur zur "Demokratie nach westlichen Muster" wie in Argentinien, Uruguay oder Brasilien erfolgt. Es handelt sich immer nur um einen oberflächlichen Austausch der "vordergründigen, öffentlichen Herrscher" und nicht um den der wirklichen im Hintergrund. Die alten "öffentlichen Herrscher" gehen oftmals nur in "Pension", was daran zu erkennen ist, daß ihnen von den Parlamenten keine Strafverfolgung droht!
Hier wird den politischen Widerstandsbewegungen autoritärer Staaten der Haß auf den Diktator, die Diktatur und das gemeinsame Angriffsziel genommen, ohne die kapitalistischen und autoritären Strukturen im Innern und die wirtschaftsimperialistische Abhängigkeit nach außen grundlegend zu verändern. D.h., die Ursache der Diktatur wird nicht beseitigt!

Durch diesen geschickten reformerischen Schachzug bleiben die tatsächlichen Drahtzieher ungeschoren, weil sie es schaffen, den revolutionären Kräften zuvor zu kommen. D.h., daß heute keine "Entwicklungsländer" mehr besetzt oder Sklaven gehalten werden, sondern sie sind gefangen in einem schier undurchdringbaren Stahlnetz von wirtschaftlichen Abhängigkeiten sowie der durch Wahlen demokratisch legitimierten und von den Gesellschaftsplanern gekauften Institutionen.
Im Ergebnis heißt dies für alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse, deren Ziel die demokratische Selbstbestimmung ist:

> **Zur Herstellung der Mehrheitenherrschaft, der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Menschen müssen wir am Rangordnungssystem und seiner Befürwortung rütteln. Erst durch die Befürwortung des zwischenmenschlichen Rangordnungsverhaltens entsteht der hierarchische Aufbau von Staat und Gesellschaft sowie der all jener staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Apparate, durch die wir ausgebeutet, unterdrückt und gedemütigt werden. Deshalb müssen wir die Zustimmung für die zwischenmenschliche Rangordnung angreifen und zerstören, indem wir die Menschen über die Wirkung und die für sie hieraus folgenden Unterdrückung und Ausbeutung aufklären. Mit der Zerstörung der Zustimmung rütteln wir an einer der wesentlichsten Säulen, auf der das heutige Gesellschaftssystem im Denken und Handeln basiert und durch das die Unterdrückung und Ausbeutung der Gesellschaft durch die Gesellschaft erst möglich wird.**

4.1.3.1. Demokratiefeindliche Soziologie des Sozialstaates

Ich will meine Betrachtungen nicht allein auf die Wirtschaftsmechanismen des modernen Kartellkapitalismus und des Rangordnungsgefüges von Gesellschaft und Staat einengen. Diese stellen heute nur eine allgemeingültige und unbezweifelte Gesellschaftsideologie. Zu jeder Ideologie gehören materielle Mittel, durch die sie verwirklicht und am Leben erhalten wird. Aus diesem Grund will ich meine Angriffe auf die Parlamentarische Demokratie präzisieren und noch zwei weitere Hilfsmittel der Gesellschaftsplaner zur Herrschaftssicherung beschreiben.

Im Grunde bescherten uns die Reformer für die Industrienationen die Parlamentarische Demokratie. Mit ihr konnten die alten Gesellschaftsplaner ihr altes Machtspiel versteckt fortsetzen.

Erinnern wir uns. Warum war es im deutschen Kaiserreich ausgerechnet die alte Herrschaftsklasse, die mit Hilfe der Reformbewegung den Parlamentarismus vorschlug und durchsetzen wollte?
Waren es die "guten Ergebnisse", die die Gesellschaftsplaner in den USA oder Großbritannien mit der versteckten Herrschaft durch ein "demokratisch gewähltes und vom Volk selbst legitimiertes Parlament" sammelten?
Warum bestanden ausgerechnet die alten Gesellschaftsplaner auf ein Staatssystem, in dem lediglich das Amt des Monarchen (Reichspräsident) durch einen von der Bevölkerung direkt oder indirekt gewählten Abgeordneten (zuerst nur der Reichskanzler und später mit der Abdankung des Kaisers und der Abschaffung der Monarchie zusätzlich der Reichspräsident) ausgetauscht wurde?
Warum betitelten sie dieses politische Herrschaftssystem als Demokratie (Mehrheitenherrschaft), obwohl die Bevölkerung tatsächlich gar nicht herrscht, sondern nur eine Minderheit, der die Bevölkerung durch ihre Wahl eine fast monarchische Herrschaftsgewalt übertrug?

Genau hier liegt der Haken. Denn die alten Gesellschaftsplaner waren sich der gesellschaftsdynamischen Abläufe, die zum "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" führen, sehr bewußt und wollten vermutlich in einem geeigneten Augenblick selbst wieder nach der politischen Herrschaft greifen! (Siehe den Versuch der Monarchisten in Bayern der Machtergreifung Hitlers zuvor zu kommen.) Wegen diesem Vorhaben konnten sie eine wirkliche Demokratie am aller wenigsten gebrauchen.

> **Denn eine Bevölkerung, welche in freier Selbstbestimmung "direkt über sich selbst herrscht", macht schon das, was sie selbst will und für richtig befindet und benötigt hierzu niemand Neuen, dem sie zuerst mitteilt, was sie selbst will, damit dieser ihr dann vorschreibt, was sie von nun an zu machen hat!**

<u>Nun, diese Feststellung gefiel wohl den alten Gesellschaftsplanern nicht, weil eine Mehrheitenherrschaft tatsächlich die Herrschaft überwindet und eine Bevölkerung von oben nach unten unbeherrschbar wird! Denn mit einer wirklichen Mehrheitenherrschaft schüttelt die Bevölkerung Herrschaft und Unterdrückung psychologisch und ideologisch ab, was in einer "Parlamentarischen Demokratie" nie der Fall sein kann!</u>

Und warum?
Beim genaueren Hinsehen erkennen wir hierfür die Gründe. Wieder begegnen uns die schon beschriebenen gesellschaftsdynamischen Abläufe. Die Parlamen-

tarische Demokratie erhielt das wirtschaftliche und politische Rangordnungsgefüge der alten Gesellschaft sowie die Entscheidungsrangfolge von oben nach unten, womit der Wille zur "Eroberung der politischen Macht" wieder zum Inbegriff des politischen Handelns und der "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" in Gang gesetzt wird!

Untersuchen wir nun die Strategie, die die Gesellschaftsplaner des Kaiserreiches vermutlich planten, um die Parlamentarische Demokratie zu Fall zu bringen und um die alten Herrschaftsverhältnisse nach einer gewissen Zeit wieder errichten zu könnten.
Was wir nach meinen Schilderungen in einer Parlamentarischen Demokratie "natürlich" sofort erkennen, ist, daß der Wille zur "Eroberung der politischen Macht" Fraktionszwänge, Fraktions- und Flügelkämpfe innerhalb der Parteien und der Parlamente verursacht.

> **Selbst Parteien werden durch das mit der Parlamentarischen Demokratie vorgegebene politische Herrschaftsgefüge erst erzeugt!**

Denn durch den zu wählenden Führer (Führerzwang), dem nach den Regeln der Parlamentarischen Demokratie die Entscheidungsgewalt übergeben wird, entsteht der Zwang, sich zur eigenen Interessenvertretung in fest stehenden und straffen Organisationen zu vereinigen, so daß eine Fraktions- und Frontenbildung quer durch die Gesellschaft erfolgt. Mit dem ideologisch begründeten Wunsch nach einem Staat, einer Staatsgewalt sowie dem Wunsch nach einem "thronenden Herrscher" oder Staatsoberhaupt, der die demokratische Herrschafts- und Entscheidungsgewalt übertragen bekommt, entstehen die Fraktionskämpfe um die Entscheidungsgewalt! D.h., die Personifizierung der Herrschaftsgewalt, die nach der bürgerlichen Logik als Souverän zwischen den Bürgern und zum Schutz des Privateigentums und des Handels in einem "demokratischen Staatssystem" auch entstehen muß, ruft die Fraktionskämpfe und die Herrschaftsgewalt hervor!

> **Tatsächlich wird vergessen, daß die personifizierte Herrschaftsgewalt - als Entscheidungsbefugnis über die Bevölkerung - einer wirklichen Mehrheitenherrschaft zutiefst widerstrebt und daß der Kampf um die Herrschaftsgewalt (inklusive aller Fraktionskämpfe) erst durch den ideologisch begründeten Wunsch nach einem Staat und der damit verbundenen Herrschaftsgewalt über die Bevölkerung einsetzt.**

Dieser Anspruch als Ausgangsursache entspringt jedoch nicht dem Selbstbestimmungswillen einer Bevölkerung und widerspricht auch den Zielen einer Mehrheitenherrschaft! Auch ging die Herrschaftsgewalt über die Bevölkerung

aus dem diktatorischen Willen einer Minderheit zur Herrschaft über ein Land hervor, wobei sich innerhalb einer Parlamentarischen Demokratie die Bevölkerung ihre "Lieblingsherrscher" selbst wählen darf.
Die neuen Staatspriester bekommen nun auch die Herrschaftsgewalt über den Staat sowie über alle seine politischen Herrschaftsapparate übertragen. Diese neuen Herrschenden werden zwar demokratisch gewählt, sind dann aber mit einer fast unüberwachbaren Herrschaftsgewalt ausgestattet! Diese sollen nun die eigentlich zutiefst demokratiefeindlichen Staatsapparate für die Bevölkerung im Sinne der Bevölkerung verwalten und lenken. (Beachten wir die Parallelen zum bürgerlichen Denken Lenins, das sich in seiner Logik zum Staatssozialismus und Kadersystem widerspiegelt.) Hierdurch wird das Gesellschaftssystem nicht nur künstlich ungeheuer verkompliziert, sondern auch in seiner Organisationsstruktur als Mehrheitenherrschaft ideologisch widersinnig.
Warum?

1. Zuerst wird von der Bevölkerung ein Staatsoberhaupt gewählt, das von der Bevölkerung vorgeschrieben bekommt, was es zu machen hat, damit dieses Staatsoberhaupt der Bevölkerung dann verkündet und vorschreibt, was die Bevölkerung will und was sie nun unter Zwang zu tun hat.

2. Die Herrschafts- und Staatsgewalt bleibt eine käufliche Ware, weil sie wieder auf eine kleine überschaubare Gruppe übertragen wird. Bleiben die alten Eigentumsverhältnisse intakt, so können die alten Gesellschaftsplaner ihre Herrschaft über die Gesellschaft in verdeckter und verschleierter Form fortsetzen! Die "demokratisch gewählte Führungsschicht" wird von den Vermögenden gekauft, womit die ehemaligen Vermögenden der "Aristokratie" (früher überwiegend Grundeigentümer) und des Geldbürgertums (überwiegend Kapitaleigner der industriellen Produktionsmittel) die Staatsführung wieder übernehmen und den Staat hinter den Kulissen weiterführen. Damit ist für die alten Gesellschaftsplaner die Gesellschaftsentwicklung hin zur "repräsentativen Demokratie" nichts weiter als eine Verfeinerung ihrer "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft"!

Hiermit sind die Rahmenbedingungen dafür gegeben, daß die Staatsgewalt wieder gegen den Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung entartet.
Selbst in einer "sozialistischen repräsentativen Demokratie" oder Rätedemokratie sind die Bedingungen von Staat und Herrschaft so angelegt, daß auch hier der "staatsdemokratische Entartungsmechanismus" durch Fraktions- und Flügelkämpfe einrasten wird.
Für den demokratischen "Volksstaat" gelten also die gleichen Bedingungen wie für Lenins Kadersystem:

Eine kleine Gruppe von Menschen besitzt alle Herrschaftsgewalt im Staat und somit die "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft"!

Zudem entsteht innerhalb dieser Parlamentarischen Demokratie ein demokratiefeindlicher Sozialisationsprozeß! Mit dem Rangordnungsgefüge innerhalb der Parlamentarischen Demokratie und dem hiermit entstehenden Willen zur "Eroberung der politischen Macht" sind die Voraussetzungen für den "Entartungsmechanismus aller gesellschaftlichen Rangfolgeorganisationen" wieder gegeben.

In der Parlamentarischen Demokratie stellt die gewählte Regierung innerhalb des Parlamentes den höchsten Rang der Entscheidungsgewalt dar, womit im gesetzgebenden Parlament eine Rangordnung vorhanden ist. Zur "Eroberung der politischen Macht" im Parlament werden Parteien und/oder Fraktionen als Interessengruppen gebildet. Diese politischen Interessengruppen besitzen innerhalb ihrer Zusammenschlußstruktur wieder eine Rangordnung, so daß sich z.B. innerhalb der einzelnen Parteien wieder Fraktionen zur "Eroberung der politischen Macht" bilden, wobei in den Parteien die tatsächliche Herrschafts- und Entscheidungsgewalt von den höchsten Ämtern im Parteivorstand ausgeht. Hiermit ist die gesamte Gesellschaft durch Parlamente und Parteien in Rängen von oben nach unten pyramidenförmig aufgebaut. Durch die Käuflichkeit aller Führungsspitzen beginnen nun in den einzelnen Parteien dieselben Mechanismen zu wirken, so wie ich sie im Kapitel, "Reform und Rangordnung als Kampfmittel der Herrschenden", schon dargestellt habe.

D.h., wegen der Rangordnung aller gesellschaftlichen Zusammenschlüsse findet eine stete Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse an die Spitze der jeweiligen Organisation statt. In allen politischen Zusammenschlüssen und Parteien beginnt ebenso wie im Parlament der Kampf um die "Eroberung der politischen Macht". Überall bilden sich Fraktionen zur Eroberung der jeweils höchsten Posten, so daß überall Ränkespiele das Bild bestimmen, die immer wieder zu den schlimmsten politischen Schlammschlachten von Fraktionen und Personen gegeneinander führen. Immer und immer wieder werden politische Gegner durch geschicktes und systematisches Taktieren "ausgeschaltet" und ins politische Abseits gedrängt.

Schließlich fängt die politische Amtsverfilzung an zu blühen, weil einzelne die verschiedenen Ämter in den unterschiedlichsten Organisationen zu sammeln beginnen und durch diese Ämterhäufung ihren politischen Einfluß auszudehnen versuchen. Einzelne Personen werden zu Inhabern der verschiedensten Schlüsselpositionen, indem sie in den unterschiedlichsten Organisationen (z.B. Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsunternehmen usw.) die Führungspositionen einnehmen. Sie vereinen also immer mehr Entscheidungsbefugnisse hinter sich und

beginnen, in den einzelnen Organisationen ihre Zöglinge hochzuziehen, auf deren Einfluß sie sich schließlich stützen (Seilschaften). D.h., sie beginnen, die einzelnen Organisationen zur "Eroberung der politischen Macht" nach ihrem Willen in ihnen gefügige Herrschaftsapparate umzuwandeln.

> **Auch der Wechsel der einzelnen Führungspersonen wird an diesem Umwandlungsprozeß demokratischer Institutionen nichts ändern, weil der durch die Rangordnung geprägte Wille zur "Eroberung der politischen Macht" ein gleichartiges Handlungsziel aller einzelnen hierzu formt und somit das stillschweigende Einverständnis aller Personen innerhalb der Führungsschicht vorliegt. Schließlich wollen sich alle zur Erweiterung ihrer politischen Herrschaftsgewalt der Ergebnisse dieser Methoden bedienen!**

Dieser Umwandlungsprozeß aller demokratischen Organisationen und Parteien in gefügige Herrschaftsapparate und Machtinstrumente, die ja eigentlich die Mehrheitenherrschaft stützen sollen, setzt also in der Parlamentarischen Demokratie genau aus denselben Gründen ein, wie wir sie für andere in Rängen angeordnete Zusammenschlüsse angeben können. Mit diesem demokratiefeindlichen Entwicklungsprozeß beginnt die schrittweise Verlagerung aller Entscheidungsbefugnisse von unten nach oben, bis durch diesen "staatsdemokratischen Entartungsmechanismus" auch in der Parlamentarischen Demokratie das höchste Entwicklungsziel des Staates erreicht ist.

-- Der absolutistische Staat --

> Die These der "staatsdemokratischen Entartungsmechanismen" ist somit auf alle Gesellschaftssysteme auszuweiten, die eine pyramidenförmige Rangordnung von oben nach unten für ihre Herrschaft- und Entscheidungsgewalt besitzen. Die Ursache hierfür ist, daß der Mehrheitenherrschaft ein Herrschaftssystem übergepfropft wurde, welches nur gegenläufige Handlungsziele zur tatsächlichen Mehrheitenherrschaft besitzt und somit zur Demokratiefeindlichkeit erzieht, so daß der "repräsentative demokratische Parlamentarismus" dem wirklichen Wesen der Demokratie langfristig tatsächlich feindlich gegenübersteht!

Noch schlimmer ist der demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus, den dieser "repräsentative demokratische Parlamentarismus" verursacht. Er beginnt mit

der Umwandlung aller demokratischen Vereinigungen in gefügige Herrschaftsapparate zu Gunsten der jeweiligen Parteiführung. Von einer gewählten Minderheit - z.B. der Parteiführung, dem Parteivorstand, einer Regierung usw. - wird die Teilnahme der Basis an einem Entscheidungsprozeß fast unmöglich gemacht. Immer wieder kommt es hierdurch zu Fraktionskämpfen, mit dem Ziel die politische Herrschaft zu erringen, in denen aufwendig einzelne Meinungen hochstilisiert, ganze Handlungsziele verzerrt und durch Taktiererei bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden, so daß die Handlungsziele, die ursprünglich die Lösung gesellschaftlicher Probleme anstrebten, völlig wirkungslos und wertlos verpuffen und scheitern müssen. Immer wieder erfolgt eine politische Frustration, die schließlich bei den meisten in einem Rückzug mündet und eine "Zuschauerdemokratie" hervorbringt. Nach einer zu häufigen "Verarschung" politisierter Gesellschaftskreise drückt dieses Verhalten nur den Willen aus, sich nicht weiterhin an der Nase herumführen zu lassen.
Zudem prägt der immer stärker werdende Zwang zur Unterordnung (hauptsächlich unter den Willen des Parteivorstandes und deren angeblichen Mehrheitsmeinung) Gehorsam und Unterwerfung als Verhaltensreflex, wobei dieser Prozeß dem im Kapitel, "Der Kapitalismus und sein demokratiefeindlicher Erziehungsmechanismus", gleicht. Die Mitglieder dieser politischen Institutionen werden also zum Gehorsam und zur Unterwerfung erzogen, so daß diese "demokratischen Vereinigungen" zu demokratiefeindlichen Herrschaftsapparaten verkommen, in denen dieser Erziehungsmechanismus immer weiter verstärkt und ausgeweitet wird. Bei vielen Mitgliedern, die in diesen politischen Vereinigungen weiter aktiv dabei bleiben, wird am Ende sogar der Wunsch nach einer starken und straffen Führung reifen, "die sie endlich zum Sieg führen soll".

Deutlichster Ausdruck für die Umwandlung "demokratischer Vereinigungen" und Parteien in willenlose Herrschaftsapparate dürfte wohl der Fraktionszwang der Parteiabgeordneten in den Parlamentssitzungen des Deutschen Bundestages sein, in denen die Abgeordneten immer für ihre Partei stimmen müssen und so nur noch Stimmvieh für ihren Parteivorstand sind. Sie dürfen immer nur noch die "vorherrschende Meinung" ihres Parteivorstandes besitzen! Eine eigene Meinung oder die "Gewissensfreiheit", sie zu vertreten, besitzen sie nicht. Ein weiterer Punkt für die Erziehung zur demokratiefeindlichen Haltung ganzer Parteien ist die Aufforderung, geschlossen und "diszipliniert" hinter einer Parteiführung zu stehen und öffentliche Diskussionen über die Richtung einer Partei nicht an der Basis zu führen (Originalton der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von 1987/88).
Ich frage mich, wo der Streit über die Richtung einer Partei in einer Demokratie sonst ausgefochten werden soll? Dort wo eine Bevölkerung noch heftig über die Richtigkeit einer Meinung streitet, dort ist die Demokratie noch intakt und dort bestimmt die Bevölkerung noch selbst ihren Willen!

Aber auch die heutige SPD bietet Beispiele, wie stark sie zum demokratiefeindlichen Herrschaftsapparat verkam und wie weite Kreise der demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus bereits zieht. Ist die SPD-Führung erstmal gewählt, bestimmt sie maßgeblich den Meinungsbildungsprozeß, so daß es nicht verwunderlich ist, daß die Vorgabe zur Festlegung des neuen SPD-Parteiprogramms (1989) von der Führungsspitze - namentlich Lafontaine - ausging und nicht im demokratischen Sinne - als Ergebnis eines langwierigen basisdemokratischen Diskussionsprozesses - die Willensbekundung der Parteibasis darstellt.

Das Schlimmste ist, daß der "demokratiefeindliche Erziehungsmechanismus" - unterstützt von den Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft - bis in die Kindergärten und Schulen reicht, so daß die Kinder nie zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, sondern zum Gehorsam und zur Unterwerfung erzogen werden.

Somit kann der repräsentative demokratische Parlamentarismus nicht nur als ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialen Revolution angesehen werden. Vielmehr reproduziert diese von den Reformisten angehimmelte sozial reformierte Parlamentarische Demokratie die Diktatur genauso wie alle anderen kapitalistischen Demokratien, staatsautoritäre Sozialistische Rätesysteme und staatsautoritäre Kommunistische Kadersysteme. Auch die Parlamentarische Demokratie in der BRD verwirklichte somit nie die Idee der Mehrheitenherrschaft, sondern sie befindet sich längst schon wieder auf dem Weg zur Diktatur. Tatsächlich bestehen in den Industrienationen schon wieder diktatorische Herrschaftsverhältnisse, die heute nur besser verschleiert werden.

Aus der Erkenntnis dieser Mechanismen folgt der Schluß, daß es in der BRD noch nie eine wirkliche Mehrheitenherrschaft gab und daß das ganze "demokratische Gehabe" in den gesetzgebenden, gesetzausführenden und rechtsprechenden Apparaten nichts weiter als ein oberflächliches Make-Up ist, dessen Theater die tatsächlich herrschende Diktatur vor der Bevölkerung verschleiern soll!

4.1.3.1.1. "Eroberung der politischen Macht" im Parlamentarismus

Der Spiegel; 09/86; S.20; 12/91; S.32 ff. --> XCVI

Die "Eroberung der politischen Macht" in der Parlamentarischen Demokratie

„Die Marketenderin"

Juliane Weber – seit Jahren die engste Vertraute des Helmut Kohl

Wenige Wochen nach seinem Wahlsieg vom 6. März 1983 betrat der Kanzler in Begleitung einer Dame das Gasthaus „Zur Glocke" im rheinischen Kerpen-Türnich. Die Herrschaften orderten etwas Kräftiges – „hier gibt es das beste Steak im Umkreis von 100 km um Bonn" (Kohl).

Kurze Zeit später kam ein weiteres Paar, Bernhard und Hildegard Worms aus Pulheim. Beim gemeinsamen Essen ging es um einen Coup: den Kohl-Gegner Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidaten für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Jahre 1985 abzulösen und Kohls Günstling Worms zu küren.

Am Polit-Klüngel wortreich beteiligt: die Dame an des Kanzlers Seite, Juliane Weber; im Vorhof der Macht wie im Vorzimmer des Regierungschefs allgegenwärtig.

Die attraktive Brünette ist immer dabei, wo Kohl zugange ist – im Weißen Haus zu Washington, im Moskauer Kreml oder beim Spaghetti-Essen auf der Bonner „Cäcilienhöhe" beim Italiener Bruno.

Die Verwaltungsangestellte und Persönliche Referentin weiß um ihre Stellung und schert sich nicht um Etikette oder Hierarchie. Wie selbstverständlich sitzt sie auf Auslandsreisen beim Kanzler vorn, in der Luxuskabine für den Chef. Bei den vertraulichen Morgenlagen im Kanzleramt gehört sie zum engsten Zirkel – neben Minister Wolfgang Schäuble, Presse-Staatssekretär Friedhelm Ost und den Abteilungsleitern Eduard Ackermann, Horst Teltschik (beide Kanzleramt) und Wolfgang Bergsdorf (Presseamt).

⋮

Sie ist seit nunmehr 21 Jahren für den Pfälzer da, und wer ihr nicht paßt, der fliegt. Der frühere Leiter des Kanzlerbüros, Wolfgang Burr, geriet mit der allmächtigen Juliane aneinander, weil er sich von wichtigen Informationen abgeschnitten fühlte. Er kannte des öfteren weder Termine noch Absprachen des Kanzlers mit anderen Häusern. Als Burr dem Vorgesetzten die Vertrauensfrage stellte, wurde er in die Planungsabteilung versetzt. Juliane Weber sorgte dafür, daß ein braver Pfälzer den Job bekam, Franz-Josef Bindert, ein weitläufiger Verwandter von Kohls Ehefrau Hannelore, der sich freiwillig der Regie der brünetten Eminenz fügt.

Helmut Kohl vertraut voll nur einer Person in seiner Umgebung – seiner Juliane, die er als junger Fraktionsvorsitzender im rheinland-pfälzischen Landtag 1965 unter mehreren Bewerberinnen ausgewählt hatte. Der Enkel Adenauers, so leutselig er sich gerne gibt, ist in Wahrheit verschlossen und auf der Hut vor jedermann. Ihr allein öffnet er sich rückhaltlos. Er folgt ihrem Urteil über Menschen, wer unter Politikern oder Journalisten Freund, wer Feind sei.

Der Spiegel; 09/86; S.20

Frankfurt

Schwäbelnde Maultasche

Genossen-Filz und rote Vetternwirtschaft haben den Frankfurter Oberbürgermeister Hauff aus dem Amt getrieben.

Eigentlich wollte Volker Hauff, 50, den Genossen endlich mal zeigen, wer in Frankfurt regiert. Zornig trommelte der Oberbürgermeister, der die leisen Töne liebt, am vorletzten Sonntag seine engsten Berater zusammen. Denn wieder einmal hatten die Anführer der Frankfurter SPD Personalpolitik an ihm vorbei gemacht.

Es ging darum, wer anstelle der Sozialdezernentin Christine Hohmann-Dennhardt, 40, die als hessische Justizministerin vorgesehen ist, in den rot-grünen Magistrat aufrücken soll. Hauff erfuhr es aus der Sonntagsausgabe der *Frankfurter Allgemeinen (FAZ)*. Dort stellte die Parteivorsitzende Anita Breithaupt, 54, die künftige Stadträtin vor – sich selbst. SPD-Fraktionschef Günter Dürr, 50, begrüßte ein paar Zeilen weiter diese „hervorragende Lösung".

Hauff, so beschloß die Berater-Runde, solle die vorlaute Parteichefin gleich am Montag unter Druck setzen: Sie könne den Job im Magistrat haben, doch als Gegenleistung müsse sie dafür sorgen, daß Fraktions- und Parteivorsitz nach Hauffs Wünschen neu besetzt werden.

Doch die Genossen im Hinterhalt waren schneller. Beim Frühstück am Montag las Hauff, wiederum in der CDU-nahen *FAZ*, daß sich der Parteivorstand mit der Landtagsabgeordneten Rita Streb-Hesse auch schon die neue Vorsitzende ausgesucht habe.

⋮

Die bodenständigen Sozis verübelten dem schwäbelnden Stadtoberhaupt vor allem, daß er den Magistrat vorwiegend mit Importen besetzte – wie etwa der umstrittenen Linda Reisch, 40, aus der Bonner SPD-Zentrale, wo doch die Frankfurter Fraktion ihren Vize Klaus Sturmfels, 47, für geeignet hielt.

⋮

Unter der Führung Gebhardts hatte sich die SPD in den siebziger Jahren wie ein Krake über das öffentliche Leben gelegt. Kaum ein Bereich konnte sich der Parteikontrolle entziehen.

Wer eine rasche Baugenehmigung wollte, tat gut daran, erst mal in die

Kampf um die Entscheidungsbefugnisse, die systematisch nach oben verlagert werden soll.
Bundesvorstand versucht in beiden Fällen durch Weisungen von oben, die lokalpolitischen Posten mit ihren Linientreuen zu besetzen, um durch den geschaffenen Apparat ihren Einfluß zu stärken.

(Anm.d.Autors).

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XCVI

SPD-Kasse zu spenden. Ambitionierte Unternehmer lieferten ihren „Sympathie-Beitrag" schon mal bei OB Rudi Arndt persönlich ab – in mindestens einem Fall waren das 200 000 Mark bar. Selbst Personalentscheidungen über Beamtenstellen fielen – nach Durchsicht der Personalakten – im Parteivorstand, der Magistrat war politisch entmachtet.

Der Spiegel; 12/91; S.32 ff.

„Die sind alle in Panik"

In Rheinland-Pfalz, dem Stammland von Helmut Kohl, droht der Union nach 44 Regierungsjahren erstmals der Verlust der Macht. Ärger über den schwarzen Filz im Lande, das schlechte Image der CDU-Spitzenkandidaten und die unpopuläre Bonner Steuerpolitik könnten bei der Wahl am 21. April die Wende bringen.

•
•
•

In Rage rempelte Wilhelm den Kanzler an und empfahl der Bundespartei eine „Blutauffrischung". Die Trennung der Ämter des Regierungschefs und des Parteivorsitzenden, wie sie die Mainzer CDU vor gut zwei Jahren vorgenommen hat, sei auch in der Bundes-CDU „unbedingt notwendig", keilte Wilhelm in Richtung des Parteivorsitzenden Kanzler Kohl.

Der Kanzler reagierte prompt auf die Attacke aus der Provinz und bestellte Wilhelm binnen zwei Tagen in die Bundeshauptstadt. Nach einem „harten Gespräch" (ein Wilhelm-Vertrauter) trafen die Kontrahenten ein Abkommen: Wilhelm will künftig alle Frechheiten unterlassen, im Gegenzug sicherte Kohl den bedrängten Pfälzern zusätzliche finanzielle Wahlkampfhilfen zu.

Mit dem Thema Ämtertrennung hatte Wilhelm schon einmal Furore gemacht. Im November 1988 setzte er sich in einer dramatischen Kampfabstimmung um den Landesvorsitz überraschend gegen den damaligen Mainzer Regierungschef Bernhard Vogel durch.

Erzürnt räumte Vogel („Gott schütze Rheinland-Pfalz") auch die Staatskanzlei und stürzte die CDU in eine schwere Krise. Als Übergangskandidat unter dem neuen Parteichef Wilhelm avancierte der damalige Finanzminister Wagner überraschend zum Ministerpräsidenten.

Schon bald fiel der dröge Vogel-Nachfolger bei Wilhelm, dem „rastlos auf Machtzuwachs bedachten Königsmörder" (SPD-Oppositionsführer Rudolf Scharping), in Ungnade. Zeitweilig wollte die Wilhelm-Crew den Regierungschef zur Landesbank abschieben.

Wütend über den Trouble in seiner Heimat betätigte sich damals der Pfälzer Kohl als Schiedsrichter und verordnete ein Stillhalteabkommen: Wagner durfte zwar noch als Ministerpräsident in die Landtagswahl ziehen, aber nach einem Wahlsieg soll er spätestens 1993 durch Wilhelm abgelöst werden.

Ein „Ministerpräsident mit Verfallsdatum" (der Mainzer CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster) ist für die Union im Wahlkampf ein zusätzliches Manko.

•
•
•

Doch die Wende-Stimmung im Lande ist nicht allein mit den Popularitätskurven der Spitzenkandidaten zu erklären. In Rheinland-Pfalz bahnt sich eine Entwicklung an, wie sie vorher schon in dem bis 1990 von Ernst Albrechts CDU regierten Niedersachsen zu beobachten war: Die machtgewöhnte Regierungspartei droht an der selbstherrlichen Parteibuchwirtschaft zu scheitern.

Schwarzer Filz liegt über dem Land. Alle wesentlichen Schaltstellen in Verwaltung und Justiz sind mit Gefolgsleuten der CDU besetzt. Unter den rund 60 Abteilungsleitern in den Ministerien findet sich kein einziger Sozialdemokrat, geschweige denn ein Grüner. Bei Staatsanwaltschaften und Gerichten dominieren schwarze Parteibuchbesitzer.

Mehrere Untersuchungsausschüsse beschäftigen sich allein in den letzten zwei Jahren mit dubiosen Verwaltungspraktiken der Landesbehörden. Dabei ging es um die fragwürdige Vergabe von Spielbank- und Privatfunklizenzen an CDU-nahe Unternehmer und um die Frage, ob Regierungsmitglieder auf das Ermittlungsverfahren gegen die der Weinpanscherei beschuldigte Firma des Unionspolitikers Elmar Pieroth Einfluß genommen haben.

Ein drittes Gremium prüft die „zahllosen Tricksereien" (die Grüne Fraktionschefin Gisela Bill) bei der Errichtung des Atommeilers Mülheim-Kärlich. Der 1300-Megawatt-Reaktor liegt seit September 1988 still. Das Bundesverwaltungsgericht hatte in einem Urteil der Landesverwaltung rechtswidriges Vorgehen im Genehmigungsverfahren bescheinigt.

Wiederholt zeigte sich, wie die verfilzte Verwaltung des Landes immer weiter außer Kontrolle geriet:

Der Spiegel; 15/91; S.30 ff.

„Cliquen, Kartelle, Seilschaften"

Als „verleumderisch" attackieren CDU-Politiker eine Studie der christdemokratischen Kölner Soziologen Erwin K. Scheuch und Ute Scheuch über Machenschaften westdeutscher Berufspolitiker. Die Verbreitung der Studie, gefertigt im Auftrag der regionalen CDU-Wirtschaftsvereinigung, ist mittlerweile gestoppt worden. Auszüge:

Daß in der heutigen Bundesrepublik die Art der Auswahl von Berufspolitikern und ihre Karriere die entscheidende Schwachstelle des politischen Systems sind, dürfte nicht kontrovers sein.

Die Personalauswahl wird im deutschen System rechtlich durch das Instrument der Liste bestimmt, und hier dominieren Einflußcliquen auf Kreisebene. Für den Berufspolitiker – ob offen oder nur faktisch – wirkt der Kampf um die Wiederaufstellung wie die Auseinandersetzung über eine Vertragsverlängerung.

Sind die Gewinne durch eine solche „Vertragsverlängerung" hoch, dann wird der Kampf gegen die Konkurrenten gnadenlos. Bereits mit der Aufnahme eines Mandates beginnt heute in der Bundesrepublik der Kampf um die Wiederaufstellung.

Am Beispiel einiger Städte – hier bietet insbesondere Köln eine farbige Anschauung – wird deutlich, daß nicht die jeweiligen Wahlkreise bestimmend für den Erfolg des Kampfes um die Wiederaufstellung sind, sondern Cliquen. Die Cliquen kontrollieren über die Einflußnahme auf die Delegiertenaufstellung als ein Kartell die Zusammensetzung

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

XCVII

der Listen.

Auf kommunaler Ebene wird eine solche berufliche Existenz heute in erster Linie gegründet auf allgemeiner Vorteilnahme. Dies ist nur gefahrlos möglich, wenn es ein Kartell der Berufspolitiker gibt.

Inzwischen ist dies auf kommunaler Ebene der Städte und auf Kreisebene verbreitet. In Köln werden sogar regelrechte Verträge geschlossen, wer in welcher Reihenfolge Zugriff auf welche Ämter und sonstige Vorteile haben soll.

Die Vereinbarungen regeln selbst solche Details vorweg wie die Auftragsformulierung für eine Straßenführung an spätere Gutachter. Das gleiche Prinzip beherrscht dann auch die Kontrolle einer Partei nach innen.

In Köln werden Vereinbarungen über Personal- und Sachfragen vertraglich niedergelegt. Das las sich etwa bei der CDU Köln wie folgt: Die vertragschließenden Parteien (= zwei Gruppen in der CDU) verpflichten sich, weitere als die abgesprochenen Bewerber um die Vorstandsposten von einer Kandidatur abzuhalten.

Die Parteipolitisierung der Verwaltung geht sehr viel weiter. Von seiten der CDU wurde gefordert, daß nun zusätzlich zu den Behördenleitern (Beigeordneten) auch die Dienststellenleiter (Amtsleiterebene) mit 60 Positionen Gegenstand von Kartellabsprachen sein sollen. Auf diese Weise ist es den Parteien möglich, mit ihren Vorstellungen über Begünstigungen von Gruppen und Personen in der Verwaltung Gehör zu finden.

Daß Bürger in der Stadt Köln nach Umfragen mehrheitlich meinen, daß die Politik für sie nicht durchsichtig sei, ist ein Urteil, das unter den hier geschilderten Umständen gar nicht anders ausfallen kann.

Da offiziell die Stadtverordneten Amateure sind, die etwa acht bis zwölf wichtigsten tatsächlich aber ihr Mandat als Beruf ausüben, muß dies durch Vorteilnahme finanziert werden. Bekannt ist aus den siebziger Jahren, daß zwei Architekten als Stadtverordnete Beschlüsse herbeiführen konnten, nach denen jeder anteilig bei Großaufträgen zum Zuge kam.

Baute CDU-Ingendaay die 43 Stockwerke des Uni-Centers, so war Henrik Busch, SPD, der Architekt des gegenüberliegenden Hochhauses für die Justiz. Hatte die SPD im Wahlkampf Linderung der damaligen Wohnungsnot durch den Bau einer Satellitenstadt Mengenich versprochen, so kam die CDU dann mit dem Satelliten Neu-Brück zum Zuge. Die Kölner Brücken werden umschichtig gestrichen von einer Firma, deren Prokurist Stadtverordneter der CDU war bzw. von einer Firma, deren Miteigner ein bekannter Lokalpolitiker der SPD ist.

Man wohnt billig auf städtischem Besitz zur Miete – wie in bevorzugter Lage vordem der SPD-Matador Theo Burauen und anschließend der linke Ideologe Andreas Henseler, nämlich für 200 Mark im Monat für ein Häuschen in Marienburg. Henseler als Schuldezernent kann sein Einkommen von etwa 150 000 Mark mit den Landtagsbezügen seiner Frau zu offiziellen 250 000 Mark kumulieren.

Das wichtigste Instrument der Vorteilnahme sind jedoch die in einer Holding zusammengefaßten Ausgründungen städtischer Dienstleistungen als nur privatrechtlich verfaßte Betriebe. Die Aufsichtspositionen werden während der Amtszeit als Stadtverordnete zur Ergänzung des Einkommens benutzt. Noch wichtiger sind die ausgegründeten Betriebe als Instrument der Versorgung nach Aufgabe des politischen Amtes.

Ein Beispiel hierfür ist der Vorstandsposten bei den Verkehrsbetrieben von Helmut Haumann, vorher Fraktionsgeschäftsführer der CDU, der mit über 350 000 Mark dotiert ist; mit der Begründung, nur durch hohe Gehälter könne man in solche Positionen Fachleute bekommen, war ein Jahr vordem die Vergütung drastisch angehoben worden. Jetzt ist nach drei Legislaturperioden der Haumann-Kollege und Fachhochschulabsolvent Toni Klefisch, SPD, amtsmüde und soll mit Zustimmung der CDU für mindestens 250 000 Mark Vorstand einer Gesellschaft werden, die rechtsrheinisch Gas und Wasser verteilt.

Ein solches System befördert die Ausdehnung der Staatstätigkeit, weil jede Ausdehnung dieser Art die Möglichkeiten der Vorteilnahme vergrößert.

Mißstände gibt es in allen politischen Systemen, die sich aber darin unterscheiden, wie beim Ruchbarwerden solcher Vorgänge reagiert wird. Für die Bundesrepublik läßt sich diagnostizieren, daß ein Skandal nur dann Folgen hat, wenn die tragenden Figuren ohnehin abgelöst werden sollen; die Reaktionen bei Späth im Vergleich zur Reaktion bei Süssmuth sind hierfür ein Beispiel.

Das System der Machtübernahme durch Cliquen ist außer Kontrolle. Es ist nur sich selbst verantwortlich – oder wie es in der Soziologie heißt: Es ist selbstreferentiell.

Unter diesen Umständen ist es nicht sehr erheblich, ob die eigene Partei fünf oder sieben Prozentpunkte bei einer Wahl einbüßte. Soviel SPD- oder CDU-Stimmen gibt es dann für die Kerngruppen immer noch, um ungestört das System weiterführen zu können. Wahlniederlagen oder -siege sind in der Regel von Belang lediglich für die Hinterbänkler.

Für die Kernmannschaft ist dagegen entscheidend, in den Cliquen nicht isoliert zu werden. Unter den geschilderten Umständen sind Parteiaktivisten, denen es um die Sache geht, ein äußerst störendes Element.

Es ist aber nicht nur dieses Gefühl, mit seinem Engagement unwillkommen zu sein, das Vertreter möglicher Alternativen zu den gegenwärtigen politischen Führungskreisen entfremdet. Hinzu kommen die Methoden, die zur Kontrolle der eigenen Position verwandt werden.

Blockwahlen eines vorher abgesprochenen Personalpaketes mit genauso vielen Bewerbern wie Positionen sind eines der Mittel. Bei Abstimmungen in der Fraktion und in den Ausschüssen wird von den großen Parteien auch das Hinnehmen des „Kiebitzens" als Kontrolle bei Abstimmungen durchgesetzt: Abgeordnete sind gehalten, sich gegenseitig auf die Stimmzettel zu schauen. Verschiedentlich werden auch verschiedenfarbige Farbstifte benutzt oder sonstwie die vorgeblich geheimen Stimmzettel kenntlich gemacht.

Wenn das alles nicht ausreicht, dann werden auch schon einmal Beschlüsse von Parteigremien völlig ignoriert. Zur Änderung des verdeckten Berufspolitikertums hatte die Kreispartei beschlossen, daß der Parteivorstand jährlich einen Bericht zur Situation und Einstellungspraxis bei stadtnahen Gesellschaften zu erstatten habe. Der Bericht wurde nie erstattet.

Warum lassen Delegierte dieses mit sich geschehen? Darüber gibt der Ablauf eines Kreisparteitages der CDU, bei dem die Kandidaten für die Wahlen 1989 aufgestellt wurden, Aufschluß.

Als abgestimmt wurde über den Platz 5 der Landesliste, der bisher vom früheren Fraktionschef Gerhard Meyer besetzt war, wurde für die Delegierten vom Vorstand überraschend eine andere Kandidatin vorgeschlagen. Meyer erklärte dann dem Parteitag, man habe ihn zum freiwilligen Verzicht nötigen wollen. Am Tag vor der Abstimmung habe man ihm gedroht, wenn er auf der Kandidatur bestehe, werde er seine Stellung, dotiert mit 95 000 Mark, als Geschäftsführer der Laurentius-Gesellschaft verlieren; letztere ist eine Tochter der Stadtsparkasse und verwaltet für diese Wohnungen.

Seine Weigerung habe dann zur Folge gehabt, daß das Angebot auf das Gehalt eines Vorsitzenden erhöht wurde, was eine Vergütung von ca. 165 000 Mark bedeutet hätte. Er wolle aber kämpfen. Nur nutzte das nichts: Lediglich ein Drittel der Abgeordneten votierte für Meyer.

Eine Befragung der Delegierten ergab, daß jeder Ortsverein, in dem die Delegierten gewählt werden, bei einem Aufknüpfen des Personalpaketes etwas verloren hätte. Denn in monatelangen Gesprächen habe der innere Zirkel es erreicht, daß jeder Ortsverband irgendeinen Vorteil, und wenn auch nur sym-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XCVIII

bolisch, aus dem Weiterbestehen der jetzigen Cliquenherrschaft habe.

Auf Bundesebene und in einer Anzahl von Kommunen, auch größerer Städte, haben sich die Seilschaften fortentwickelt zu Feudalsystemen. Zentral für ein jedes Feudalsystem ist der Tausch von Privilegien gegen Treue. Treue ist im Feudalsystem immer personenbezogen, wenngleich sie rechtlich dem Amt gilt. Stirbt der König, so sind im Feudalsystem alle Eide neu zu leisten – wie das auch für das kommunistische System beim Wechsel des Generalsekretärs galt.

Wir sind – bisher weitgehend ohnmächtige – Zeitzeugen eines Ansehensverfalls von Politikern und Parteien in der ganzen Bundesrepublik. Aber das ist wahrscheinlich nicht einmal der entscheidende Aspekt der Entwicklung. Wichtiger ist, daß die „classe politique" sich als Obrigkeit versteht und in diesem Selbstverständnis die Bodenhaftung verliert.

Kritik wird von ihr sachlich nicht mehr ernst genommen. Ansehensverlust ist für sie ein Kommunikationsproblem.

Der Spiegel; 06/92; S.56 ff.

Großbritannien

Steuer als Waffe

Aufstand gegen Maggie Thatcher:

:

Vom 1. April an soll die Kommunalsteuer für die Bewohner von England und Wales nicht mehr nach ihrem Grund- oder Eigenheimbesitz berechnet werden. Das neue Gesetz verlangt jedem Bürger über 18 Jahren eine Pauschalsumme ab. Die Reform entlastet somit Immobilienbesitzer und zwingt andererseits ärmere Einwohner erstmalig zur Kasse. „Der Gentleman in seinem Palast", sagt Labour-Sprecher John Cunningham, „zahlt genausoviel wie der Mieter einer Ein-Zimmer-Wohnung, in der das Wasser von den Wänden rinnt."

Vor über 600 Jahren hatten sich die Bauern erhoben, als unter König Richard II. eine Kopfsteuer eingeführt wurde.

:

Informationen über Zahl und Wohnort der Steuerpflichtigen finden die Behörden nur in den Wählerlisten, in die sich Briten freiwillig eintragen; der Staat kennt weder Meldepflicht noch Personalausweise. Daß sich viele Bürger aus den Wahlregistern verabschieden werden, nimmt die Regierung hin: Wer nicht zahlt, soll auch nicht wählen. Frau Thatcher sieht die Steuerreform als Waffe, linke Hochburgen zu knacken.

Der Spiegel; 10/90; S.184

„Von Heuchelei geprägt"

SPIEGEL-Interview mit dem neuen NDR-Intendanten Jobst Plog

SPIEGEL: Herr Plog, Ihr Vorgänger Peter Schiwy, ein CDU-Mann, ist als Intendant des Norddeutschen Rundfunks (NDR) zum 15. Januar gefeuert worden. Was hat er sich zuschulden kommen lassen?

PLOG: Das ist gleich doppelt falsch. Weder ist er gefeuert worden, noch hat er sich etwas zuschulden kommen lassen. Die Initiative zu diesem Wechsel kam von der Führungsmannschaft und den Aufsichtsgremien des NDR.

SPIEGEL: Wollen Sie sagen, daß Schiwys Hinauswurf . . .

PLOG: . . . das wird nicht dadurch richtiger, daß Sie es wiederholen. Der Wechsel wäre überhaupt nicht denkbar, wenn Herr Schiwy nicht selbst gesagt hätte, ich gehe jetzt.

SPIEGEL: Also haben der Abgang von Herrn Schiwy und Ihre Bestellung zu seinem Nachfolger gar nichts mit dem Umstand zu tun, daß in den NDR-Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen neuerdings überall die SPD regiert, deren Mitglied Sie sind?

PLOG: Sicherlich auch. Aber es war kein Opfer von Herrn Schiwy. Er hatte wohl das Gefühl, daß ein anderer in diesem neuen Umfeld für den NDR wirksamer sein könnte als er.

SPIEGEL: Ihnen ist es doch selbst passiert, daß Sie beim NDR und beim Westdeutschen Rundfunk nicht Intendant werden konnten, weil Ihre Parteifreunde in den Gremien nicht die Mehrheit hatten. Jetzt ist es soweit?

PLOG: Eben. Darum hält sich meine Trauer über den jetzigen Wechsel auch in Grenzen. Parteienschelte gehört zu jedem anständigen Interview über den Rundfunk. Diese Diskussionen sind von tiefer Heuchelei geprägt. Jeder weiß, daß wir in einer Gesellschaft leben, die in hohem Maße auch von Parteien beeinflußt ist.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat die Unabhängigkeit des Rundfunks von Staat und Parteien verlangt.

PLOG: Ja, und eben das Bundesverfassungsgericht wird nach Grundsätzen des Parteienproporzes besetzt, was offenbar noch nie jemanden an der Unabhängigkeit der Richter hat zweifeln lassen. Dieselbe Unabhängigkeit nehme ich für mich in Anspruch. Die Gleichung: parteilos gleich unabhängig, parteigebunden gleich feige, widerspricht meiner Lebenserfahrung.

SPIEGEL: Die SPD hat mit der CDU ein Proporzpaket geschnürt: SPD-Mann Plog wird Intendant, dafür darf CDU-Mann Thomas Bernd Stehling vom Funkhaus Hannover Stellvertreter werden. Warum mußte das denn so schnell nach dem Machtwechsel geschehen?

PLOG: Die Gremien wollten dem NDR eine Fortsetzung des politischen Gezerres ersparen. Das war nur durch einen Kompromiß erreichbar. Warum wird das als Mauschelei diskreditiert?

SPIEGEL: Der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder wollte, wie er gesagt hat, beim NDR „den Einfluß der Parteien zurückdrängen". Wie sollen die Wähler Politikern glauben, wenn die Worte so sichtbar den Taten widersprechen?

PLOG: Die Unterstellung, meine Berufung stärke den Einfluß einer Partei im Programm, weise ich mit Schärfe zurück.

SPIEGEL: Schröder hat wohl die geplante Neuverteilung der Sitze im Rundfunkrat gemeint, wo Bundeswehr- und Vertriebenenfunktionäre durch Greenpeace- und Frauendelegierte abgelöst werden sollen. Die CDU hat Herrn Schröder sowie seinen Kollegen Björn Engholm und Henning Voscherau daher unterstellt, der NDR solle zum „Rotfunk" umgetrimmt werden.

PLOG: Das ist Unfug. Richtig ist, daß es andere Akzente geben wird.

SPIEGEL: Welche?

PLOG: Es werden Akzente sein, die Linke oder Linksliberale von Konservativen trennen.

Der Spiegel; 41/90; S.43

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

XCIX

4.1.3.2. Reformen im sozialen Wohlfahrtstaat

Kommen wir nun zu den Mitteln, die uns von den Gesellschaftsplanern über die Reformisten als Reformen und als Weiterentwicklung der kapitalistischen Industriegesellschaft verkauft werden sollen. Denn der Sozial- und Wohlfahrtstaat ging nicht aus der entdeckten Nächstenliebe zum Menschen hervor, sondern auch er ist lediglich ein Mittel zur Verschleierung und Festigung der Herrschaft. Die drohende Gefahr einer sozialen Weltrevolution um die Jahrhundertwende (insbesondere wegen der ehemals starken Arbeiterbewegung in den USA, den Unruhen in Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien, der Oktoberrevolution (1917) in Rußland und der Novemberrevolution (1918) in Deutschland) zwang die Kapitaleigner zur Einsicht, mehr des von der Bevölkerung geschaffenen Reichtums an die Bevölkerung zurückzuführen. Einzig und allein diese Einsicht brachte die Kapitaleigner zur Erfindung des Sozial- und Wohlfahrtstaates, so daß wir den tieferen Sinn von Sozial- und Wohlfahrtstaat in der Herrschaftsverfeinerung und der Stabilisierung der Machtverhältnisse finden.

Auf den Erfahrungen von einem Jahrhundert mit den Arbeiterbewegungen haben die Gesellschaftsplaner ihre auf dem Kapitalismus beruhenden Staatssysteme neu formiert. Wie schon gesagt, es ist kein praktischer Unterschied zwischen dem westlichen "Kartellkapitalismus" oder dem ehemaligen Monopolkapitalismus des "real existierenden Sozialismus" erkennbar. Überall schufen die alten und neuen Staatspriester in ihrem Willen zur Ausdehnung ihrer Herrschaft die ***Konsumgesellschaft***.

Mit der möglichen industriellen Massenproduktion waren genügend Massengüter vorhanden, was bei einer Anhebung der Löhne und einem eingeplanten frühzeitigen Verschleiß zum heute vorhandenen Massenkonsumkreislauf führte. Der Aufbau einer Massenproduktion, die Bereitstellung von billig produzierten Konsumgütern, die bewußte Anhebung der Löhne von Seiten der Kapitaleigner sowie eine auf Massenkonsum orientierte Produktion sollte nicht nur zur Erhöhung des Profits führen, sondern auch den Lebensstandard der Arbeiterklasse erhöhen, die sozialen Schäden des Kapitalismus mildern und so die sozialen Bewegungen "einschläfern".

Der Pazifist Henry Ford war der erste, der diesen Gedankengang in seinem Unternehmen verwirklichte und hierzu den durch Modernisierung und Rationalisierung gewonnenen relativen Mehrwert nutzte. Konsequent baute er industriell durchrationalisierte Massenfertigungsanlagen auf und erzeugte bei den Beschäftigten seines Unternehmens ein gutes Betriebsklima. D.h., er schuf eine hohe Leistungsbereitschaft, indem er die Arbeitsbedingungen verbesserte. Im Gegensatz zu allen anderen Unternehmen seiner Zeit verkürzte er die Arbeitszeiten, zahlte hohe Löhne bzw. hohe Mindestlöhne (d.h., er führte einen großen Teil des gewonnenen relativen Mehrwerts wieder an seine Arbeiter ab), so daß sich die

Arbeiter die von ihnen hergestellten Güter leisten konnten. Durch seine konsequent verwirklichte Massenfertigung hochwertiger Industrieprodukte sowie der hohen Leistungsbereitschaft "seiner Arbeiter" schaffte er es, die Herstellungskosten pro Einzelstück erheblich zu verringern und konnte somit seine Idee umsetzen und auch seinen Profit vergrößern. Henry Ford schuf mit diesem ***FORDISMUS*** die Grundlage der heutigen Konsumgesellschaft, die jedoch nur solange funktioniert, solange es nicht zur Überproduktionskriese im Bereich der industriellen Massengüter kommt.

Die mit diesem Fordismus verbundene Steigerung des Lebensstandards, die gerade für die Besitzlosen erheblich war, ebnete den Weg zur Veränderung des gesamten Gesellschaftsgefüges. Im Wechselspiel mit der Etablierung des neuen Konsumverhaltens vernichteten die Gesellschaftsplaner alle noch bestehenden, früher völlig normalen selbstversorgenden Gesellschaftsstrukturen, die die Grundlage einer wirklich freien Gesellschaft sind. Der wichtigste Faktor zur Stabilisierung der Konsumgesellschaft war, daß es den besitzlosen Lohnarbeitern besser ging, so daß sie mit den Vorzügen der Konsumgesellschaft zum Einschwenken in die Logik des Kapitalismus gebracht wurden.

Mit der "neuen Arbeitsorganisation" von Frederick Winslow Taylor erhielt der Fordismus einen weiteren wesentlichen Schub. Er entwickelte die Methode der Rationalisierung, die auf der Untersuchung der Bewegungsabläufe bei den einzelnen Arbeiten beruht. Überflüssige Bewegungen und verdeckte Pausen sollen dabei durch eine optimale Organisation des Arbeitsprozesses ausgemerzt werden.

Der ***TAYLORISMUS*** ist eine Arbeitsorganisation, die eine betriebswirtschaftliche Zerstückelung der Arbeitsprozesse zur Verringerung der "lebendigen Arbeit" vornimmt. Zum Zweck der Rationalisierung geht der Taylorismus soweit, daß prinzipiell eine vollständige Zerlegung aller menschlichen Arbeitsvorgänge in seine einzelnen Bewegungsabläufe vorgenommen wird.

Seit der Einführung des Taylorismus fand für den einzelnen Arbeiter eine unüberschaubare Zerstückelung des gesamten Arbeitsprozesses statt, so daß für ihn der ursprüngliche Sinn der Arbeit als Ganzes verloren ging und er zu seiner Arbeit und seinem Produkt die persönliche Beziehung verlor. Für die Menschen begann eine noch nie dagewesene Entfremdung von ihrer Arbeit, die sie zu reinen, gehorsamen und unselbständigen Befehlsempfängern abstufte und zum symbiotisch biologischen Anhängsel der Produktionsmaschinerie degradierte. Vom freien, selbständigen und selbstbewußten Menschen blieb nur die biologische Hülle.

Ford bediente sich bei der Errichtung seiner durchrationalisierten Produktionsstätten der Erkenntnisse von Taylor.

Die Folgen für das Verhalten der Menschen waren erheblich. Denn die Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit zog die endgültige Zerstörung jeglicher traditionellen, fürsorglichen und verbindlichen Gesellschaftsstruktur nach sich.

Große Teile der Gesellschaft wurden zu Wanderarbeitern, die sich bis heute nirgendwo mehr fest niederlassen und sich in einem kaum noch bodenständigen Gesellschaftsgefüge eingliedern.
Viele Orte werden heute wie Taylors Arbeitsetappen als vorübergehender Aufenthaltsort angesehen, in denen die Menschen nur noch "Gast" und auf der "Durchreise" sind. Somit entwickeln diese "Wanderarbeiter" kein Interesse, sich tatsächlich für die Verbesserung eines "Aufenthaltsortes" einzusetzen, da sie sich eh nur auf der Durchreise befinden. Fast alle Arbeits-, Fortbildungs- und Aufenthaltsorte sind heute Etappen, die vom einzelnen im Rahmen des bürgerlichen Verwertungsinteresses als "Etappe" für einen weiteren Gesellschaftsaufstieg genutzt werden. Jedes wirkliche Einsetzen für die Verbesserung einer Etappe entfällt, da die Aufenthaltszeit eines "Gastes" sowieso nur befristet ist, ein Einsetzen beim beruflichen Fortkommen aufhält und beim weiteren Aufstieg hinderlich wirkt, da ein selbstbestimmtes, eigenwilliges Handeln vom jeweils Vorgesetzten nirgends gern gesehen wird. Besonders deutlich wird dies an den vielen verfallenen Mietshäusern, den heruntergekommenen Betrieben großer Konzerne, der immer fahrlässigeren, fahrigeren und vagabundierenderen Arbeitsmoral in der Gesellschaft, in den Schulen und in den Universitäten. Die meisten Studenten z.B. sind heute derart auf ihr berufliches Fortkommen ausgerichtet, daß sie sogar Erklärungen, die eine Antwort auf deren schlechte Lebenssituation während ihres Studiums sowie der immer schlechter werdenden Arbeitssituation nach ihrem Studium geben, kein Interesse und keine Zeit entgegenbringen, da diese Überlegungen sich negativ auf ihren beruflichen Aufstieg auswirken könnten. Alle sind

- wie ein Werkstück am Fließband -

nur noch in der Etappe, und in der Etappe ist nun mal keine Zeit zum Gestalten und Nachdenken! Jede Etappe dient einem Verwertungsinteresse, in der der einzelne Mensch wie ein Werkstück am Fließband seine Prägung erhält und seiner Funktion

- als Ersatzteil für den Gesellschaftsmechanismus -

zugeführt wird. Und ein Werkstück, Bauteil oder Ersatzteil besitzt keinen eigenen Willen, geschweige denn eine eigene Individualität, die sich in einem eigenen, selbstbestimmten Interesse ausdrückt.

Mit dem Taylorismus begann eine tiefgreifende Vernichtung der handwerklichen Fertigkeiten (eine der wesentlichsten Grundlagen der wirtschaftlichen Un-

abhängigkeit) sowie die Auflösung der traditionellen Lebenszusammenhänge, die der mutwilligen Zerstörung der vom Kapitalismus unabhängigen, verbindlichen und sozialfürsorglichen Gesellschaftsstrukturen gleichkam. Innerhalb der industriellen Organisation wurde der Arbeiter immer mehr zu einem funktionierenden Rädchen einer hierarchischen und entpersönlichten Arbeitsstruktur, die jede Eigenart und jede selbständige und unabhängige Entschlußkraft - z.B. für eigenwillige und eigenständige Unternehmungen - be- oder verhindert und in der der einzelne von der Möglichkeit eines Rückzuges in eine vom Kapitalismus unabhängige, verbindliche und sozialfürsorgliche Gesellschaftsstruktur abgeschnitten ist. Selbst die Arbeits- und Produktionsbedingungen wurden mit der zunehmenden Teilung der Arbeitsprozesse in immer mehr gesellschaftliche Ränge aufgegliedert, so daß dem einzelnen nur noch Anerkennung und Achtung zu teil wird, wenn er innerhalb der Gesellschaftshierarchie aufsteigt!
Wieder begannen Gesellschaftsmechanismen zu wirken, in denen sich die Menschen zu Gunsten ihres Aufstiegs von ihrer selbstverantwortlichen, eigenständigen Unabhängigkeit in die Vormundschaft der "Systemzwänge" begaben. Immer mehr Menschen, vor allem die jeweils Vorgesetzten innerhalb der Gesellschaftshierarchie, insbesondere in den Betrieben, zogen sich mehr und mehr auf systembedingte Sachzwänge des von ihnen selbst geschaffenen Systems zurück und übertrugen diese auf ihre Untergebenen und Arbeiter. Nicht mehr sie trugen die Verantwortung für ihr Handeln, sondern das System, dessen Rangordnung sich ja "jeder" auf Gedeih und Verderb unterordnen muß, war nun an allem schuld. Ein Entkommen war nicht mehr denkbar. Die Gesellschaft war durch ihr neues Gefüge von Produktionsverhältnissen, Eigentumsverhältnissen und Rangordnungsstrukturen sowie ihre Untergliederung in Funktionsblöcke für den einzelnen nicht mehr überschaubar, womit auch das Geld zum unverzichtbaren Tauschmittel wurde.

Durch die Überflüssigmachung von handwerklicher und geistiger Arbeit in den unteren Schichten begann auch eine Enteignung der Fähigkeit zum Denken, und mit dem eigenwilligen Denken verschwand auch ein Großteil der eigenständigen, selbstbewußten und unabhängigen Ausdrucksformen. Das Austauschen der Produktionstechniken, wodurch auch die frühere Selbstversorgung in überschaubaren Gemeinwesen verschwand, besaß somit einen wesentlichen Einfluß auf die Psyche und auf die Denkweise der Menschen. Diese materiellen Rahmenbedingungen brachten den im Denken und Handeln unselbständigen modernen Menschen der Industriegesellschaft hervor, dessen Vorstellungsvermögen auf der Ebene des eingeschränkten Fachidiotentums zurückblieb und der heute durch die Massenmedien (Kabelfernsehen, Video, High-Tech) in einer unwirklichen Erlebniswelt gehalten wird. Er wird von der Planungsbehörde in seiner Erlebniswelt nach den Bedürfnissen der Gesellschaftsplaner gelenkt, so daß die unteren Schichten über die Eindrücke dieser scheinbaren Weltkenntnis nicht nur in ihrem Handeln, sondern auch in ihrem Denken gesteuert werden. Verstärkt werden bestimmte Weltansichten über die in den Massenmedien vermittelten

Wertvorstellungen sowie über die zunehmende Isolierung des einzelnen Menschen in der Arbeitswelt durch den Konkurrenzkampf. Durch wechselnde Arbeitszeiten und Arbeitsplätze wird er immer wieder aus seinem sozialen Umfeld gerissen, so daß er von der Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch durch feste soziale Bindungen abgeschnitten ist. Was bleibt, sind die Massenmedien, die ihn in seinen scheinbaren Erfahrungen, seinem oberflächlichen Wissen und in seinen Wertvorstellungen immer weiter prägen, sowie der Arbeits- und Güterkreislauf, der total am Geldkreislauf gekoppelt ist, ohne daß für den einzelnen eine Vergleichsmöglichkeit zu anderen Gesellschaftsformen besteht.

Durch die fehlenden sozialen Bindungen und das im Etappendenken entstehende mangelnde Interesse an seiner Umwelt lassen sich nirgendwo wirklich dauerhafte Strukturen errichten, in denen sich z.B. die Bewohner eines Häuserblocks organisieren und ihre gemachten Erfahrungen als gelebte Geschichte an ihre Kinder weitergeben. Es findet keine direkte Weitergabe der Erfahrungen von Generation zu Generation mehr statt, so daß die Menschen nur noch aus den Massenmedien und in den vom Staat vorgegebenen Schulinstitutionen lernen. So wird am Ende selbst dieses System an seiner eigenen Ignoranz und selbstgeschaffenen Wirklichkeitsverzerrung scheitern, weil es wirkliche Gefahren nicht erkennt und aus Ermangelung an Utopien systemüberwindende Lösungen nicht beschreiten kann.

Doch die Konsumgesellschaft ist heute an ihre Grenzen gelangt. Unsere Rohstoffquellen sind fast aufgebraucht, und das ökologische Gleichgewicht unserer Welt ist ins Wanken geraten. Nun werden wir alle die letzte Festung der Gesellschaftsplaner nehmen müssen. Denn die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit sind erreicht, und wenn wir überleben wollen, sind wir gezwungen, gemeinsam die wirklichen Ursachen der Zerstörung von Umwelt und Natur zu beseitigen. Beseitigen wir die wirtschaftliche Macht, die politische Herrschaft und die Ausbeutung des Menschen, die sich im Kapitalismus, der Sozialpolitik, dem Wohlfahrtstaat, der Konsumgesellschaft und im Staat ausdrücken!

4.2. Herrschaft, Staat und Faschismus

Kommen wir zum letzten und schlimmsten Herrschaftsinstrument der Gesellschaftsplaner. Gemeint ist der scheinbar soziale Faschismus, der immer der Sicherung der nationalen Lebensgrundlagen dienen soll.
Wieder spielt es keine Rolle, ob es sich bei der Betrachtung um die staatsmonopolkapitalistische Ideologie der autoritären "Kommunisten" oder um den Privatwirtschaftskapitalismus in seiner heute praktisch bestehenden Form des weltweiten Kartellkapitalismus handelt. Betrachten wir zunächst die theoretische Funktionsweise des Privatwirtschaftskapitalismus, um die Ausgangsvoraussetzungen für die Entstehung des Faschismus zu klären.

Der Privatwirtschaftskapitalismus funktioniert nur solange, solange sich Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht halten. Durch die natürliche Fähigkeit des Menschen zur Überproduktion hebelt der Privatwirtschaftskapitalismus dieses Gleichgewicht schon nach kurzer Zeit aus, so daß die Gesellschaftsplaner zur Erhaltung ihrer "Verfügungsgewalt über die Gesellschaft" zur künstlichen Güterverknappung greifen. D.h., viele Menschen werden entlassen und zur künstlichen Güterverknappung aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen, so daß nur noch so viele Menschen am Produktionsprozeß teilnehmen, daß die Selbstversorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern gewährleistet ist. Es kommt also zu einer künstlich hervorgerufenen Armut, die bis zur totalen Verelendung gehen kann, die das Ergebnis einer bewußt gesteuerten Güterversorgungskrise ist!

Betrachten wir nun den autoritären Kommunismus mit seinem Monopolkapitalismus. Mit seiner Ideologie des "Kriegskommunismus" sowie der des "monopolkapitalistischen Demokratischen Zentralismus" verkürzte er den Kapitalansammlungsprozeß, der zum Monopolkapitalismus führt. Denn die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage hätten sowieso den Monopolkapitalismus hervorgebracht, den hier die staatsautoritären Kommunisten wegen ihrer Ideologie schufen. Nach jeder Machtergreifung begannen die staatsautoritären Kommunisten sofort mit der totalen Zentralisation von Staat und Wirtschaft, so daß unvermittelt der nach ihrer Ideologie notwendige Staatsmonopolkapitalismus entstand.
Der der Machtergreifung vorangegangene Krieg, als Bürgerkrieg oder Revolution, hinterließ häufig schon ein verwüstetes Land als erste Ursache einer Güterverknappung. Zum anderen galt es immer, den Alleinherrschaftsanspruch der Parteiführung innerhalb eines Staates durchzusetzen.

Hierzu bedienten sich die autoritären Kommunisten immer einer unterschiedlichen Güterverteilung an die von ihnen neugeschaffenen künstlichen Klassen innerhalb der Gesellschaft.

Die Gesellschaftsplaner des "kommunistischen Monopolkapitalismus" griffen somit genauso wie die des Kartellkapitalismus zum Mittel der bewußt gesteuerten, künstlich hervorgerufenen Güterversorgungskrise, um die Gesellschaft gezielt zu steuern. Das der Bevölkerung verweigerte basisdemokratische Selbstgestaltungsrecht brachte Schlamperei, Nachlässigkeit und Korruption hervor, womit sich die Güterversorgungskrise immer mehr zu verschärfen begann. Die Mechanismen der Güterversorgungskrise sind also für jeden Staat, dessen innere Gesellschaftsdynamik auf dem Kapitalismus und der Eigentumswirtschaft beruht, zu verallgemeinern, wobei die propagierten theoretischen Gesellschaftsunterschiede auch in diesem Punkt nicht bestehen. D.h., daß die Güterversorgungskrise auch in den "kommunistischen Staaten" zur Herrschaftssicherung einer kleinen Führungsschicht gezielt eingesetzt wurde.

Diese Güterversorgungskrise innerhalb beider Gesellschaftssysteme in Ost und West erhöhte den Konkurrenzkampf und die Lebensangst weiter Bevölkerungsteile. Die Folge ist eine zunehmende ***VOLKSTÜMELEI*** als eine Art der Rückbesinnung an die gute alte Zeit, in der die Menschen noch in ihrer kulturellen Wiege Schutz, Zuwendung und Liebe fanden, wobei diese Volkstümelei von den Gesellschaftsplanern immer durch eine massive Propaganda in ihrer Entfaltung unterstützt wird. Die Gesellschaft soll in viele kleine Volksgrüppchen zerfallen und zur besseren Beherrschbarkeit untereinander ausgespielt werden (teile und herrsche). Es kommt zur immer stärkeren Ausländerhetze in den Massenmedien, in denen, z.B. 1987 bis 1989 in der BRD, eine Ausländer- und Asylantenflut dafür verantwortlich gemacht wird, daß immer mehr Deutsche arbeitslos werden, die Ausländer den Deutschen ihre Arbeitsplätze wegnehmen und erst durch die Ausländer die Not der Arbeitslosigkeit zustande kommt. Im Zuge des einsetzenden Marktverdrängungskampfes kommt es zu einem immer stärkeren und festeren Zusammenschluß langansässiger und bodenständiger Bevölkerungskreise, die beginnen, ihre angestammten Rechte gegen die Neuzugezogenen zu verteidigen.

In diesem Sinne sind die Neuzugezogenen immer die Fremden und Ausländer, womit die Bodenständigen beginnen, "ihre besonderen mit ihrer ***"NATIONALEN IDENTITÄT"*** verbundenen Rechte zu sichten".

> Ursache hierfür bleibt der einsetzende Verdrängungskampf um die existentiellen Lebensgrundlagen, der durch die kleine herrschende Schicht der Gesellschaftsplaner und ihren Herrschaftsanspruch über den Staat verursacht wird.

Die Volkstümelei ist tatsächlich eine Schutzreaktion, mit der die Menschen in dem Schutz und Zuflucht suchen, was ihnen am meisten vertraut und somit vertrauenserweckend erscheint. Diese Vertrautheit finden sie "natürlich" in ihren kulturellen Gruppen, weil hier die Wertvorstellungen, die Verhaltensrituale und

die nonverbalen Signale die höchste Deckungsgleichheit und somit den höchsten scheinbaren Meinungsgleichklang erreichen. Mit diesen kulturellen Gruppen beginnt die durch den wirtschaftlichen Verdrängungskampf einrastende Verteidigung der angestammten Rechte gegen die neuzugezogenen "Eindringlinge", die "uns" immer nur "von den angestammten Plätzen verdrängen wollen".
Weiter reicht diese Logik nicht. Die funktionalen Ursachen im Staat und im Kapitalismus werden nicht erkannt, und notfalls müssen Minderheiten - wie Zigeuner, Juden oder Türken - wegen ihrer Andersartigkeit oder ihrer Geschäftstüchtigkeit als Sündenböcke herhalten.

Im wirtschaftlichen Verdrängungskampf liegt also die Ursache für den aufkeimenden ***NATIONALISMUS***, mit dem eine ***VOLKSGEMEINSCHAFT*** zur gemeinsamen Verteidigung der angestammten existentiellen Lebensgrundlagen zusammenrückt und zu einer "starken Trutzburg" wird. Dieses Gemeinschaftsgefühl der Stärke vergrößert wieder das "erhabene nationale Wohlgefühl", welches die eigene kulturelle Normalität zunehmend als etwas Besonderes gegenüber allen anderen erkennt.
Verstärkt wird dieser psychologische Effekt durch die modernen Produktionstechniken, die nicht nur zu einer Isolierung und Vereinsamung des einzelnen Menschen führen, sondern auch zu einer Entfremdung von seiner eigenen Tätigkeit, Stellung und Funktion innerhalb der Gesellschaft. Dies bedeutet eine Entfremdung des Menschen von seiner eigenen Person, <u>da es ihm unmöglich ist, durch eigenwillige, selbstbestimmte Handlungen Selbsterfüllung und schöpferische Selbstverwirklichung im eigenen Willen und Wirken zu finden und somit eine tatsächlich eigenständige Identität aufzubauen.</u>

> Dies ist ihm durch die stete Unterwerfung und den Zwang zum Gehorsam unmöglich, so daß er eine Ersatzidentität sucht, in der er trotz seiner eigenen Unterdrückung durch seine nationale Identität etwas Besonderes sein kann und über andere Menschen oder Untermenschen steht. Dieses Ansinnen ist lediglich der mit der eigenen Unterdrükkung aufkeimende Wunsch eines Menschen, etwas Besseres zu sein und nun nach der eigenen Unterwerfung selbst über andere zu stehen.

An diesem Punkt wird der Übergang zum ***RASSISMUS*** der selbsternannten "Herrenmenschen", die sich als etwas "Besonderes" alle anderen Rassen Untertan machen, fließend, wobei der Nationalismus nur eine abgeschwächte Form des Rassismus ist! Der Übergang vom Nationalismus zum Rassismus ist flie-

ßend, und die soziologische Entstehungsursache liegt in dem von den Gesellschaftsplanern gesteuerten wirtschaftlichen Verdrängungskampf, der den Kampf um die existentiellen Lebensgrundlagen mit einschließt. Mit dieser nationalistischen Weltsicht wird die Wahrnehmung durch Vorvereinnahmung und Vorverurteilung so stark verzerrt, daß andere Volksgruppen nicht mehr als existentiell bedrängte Menschen erkannt werden, sondern nur noch als Gegner und Feinde, die "uns" von "unseren" angestammten Plätzen und Rechten verdrängen wollen! Nun beginnen die Nationalisten und Rassisten, patriotisch zu argumentieren, womit der ***NATIONALSTAAT*** als "völkischer Schutzbund" entsteht:

> Wir brauchen einen Nationalstaat als "Trutzburg" zur Sicherung der eigenen existentiellen Lebensgrundlagen. Es wird gesagt, daß dies "unser" Land ist, in dem "wir" als einzige einen Ernährungsanspruch besitzen, womit Nationalismus, Rassismus, Ausgrenzung und Fremdenhaß immer weiter verstärkt werden. Immer lauter wird die Forderung danach, daß die Fremden doch dahin zurückkehren sollen, woher sie kamen. Dort gibt es sicher genügend Land, auf das sie einen Anspruch besitzen, so daß sie jetzt nicht in "unser" Land kommen müssen, um "uns" hier zu verdrängen (Röhm).

Übersehen wird in dieser nationalistischen Argumentation, daß die Fremden genau aus denselben kapitalistischen Ursachen aus ihren Ländern zu uns strömen, aus denen wir sie wieder aus "unserem Volksstaat" hinausschmeißen wollen. Auch sie finden in ihren zum Teil sehr fruchtbaren und reichen Ländern wegen weltweiter Überproduktion und künstlicher Güterverknappung keine Arbeit, so daß sie zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes gezwungen sind, in anderen Ländern nach Arbeit zu suchen! Sie gehören genau derselben Besitzlosenklasse an wie wir, so daß wir in ihnen einen Bündnispartner zur allgemeinen Verbrüderung erkennen müssen, weil wir sonst der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung durch die Gesellschaftsplaner schutzlos ausgeliefert sind und Ausbeutung und Unterdrückung über nationale Streitigkeiten nur fortgeführt werden!

Trotz dieses Sachverhaltes kommt es zum Zusammenrücken und zum Schutzbund breiter Bevölkerungsschichten gegen die Fremden und/oder traditionelle Minderheiten. Dieses Zusammenrücken wird zu einer Massenbewegung, die quer durch alle Bevölkerungsschichten geht, weil alle vom Verteilungskampf betroffen sind. Da die kapitalistischen Wirtschaftsformen und das staatliche Rangordnungssystem das Führerdenken weiter ausprägen und verstärken, wird der Ruf nach einem "guten Führer" als Anführer und "Heilsbringer" laut, so daß auch die kollektive Suche nach ihm beginnt.

Dies heißt also, daß diese Massenbewegung zu einem Schutzbund wird, die nicht nur einen vertrauensvollen Führer sucht, sondern sich selbst zum straff organisierten, hierarchisch geordneten Trutz vereint. Dieser nationalistische, rassi-

stische Bund in seiner straffen, hierarchischen Zusammenschlußstruktur wird als ***FASCHISMUS*** bezeichnet und ist immer eine Massenbewegung!
Sein Rangordnungsgefüge richtet sich im allgemeinen nach den schon vorhandenen traditionellen Rängen der innerhalb einer Gesellschaft bestehenden sozialen Schichten. Die Besitzlosenschicht als Arbeiterklasse, die tatsächlich nur ihre existentielle Lebensgrundlage sichern will (Hitler z.B. versprach ihr Arbeit und Brot), bildet die unterste Schicht der Arbeiter und Soldaten.
Der Mittelstand (der im monopolkapitalistischen Staatskommunismus mit der Basis des Parteiapparates gleichzusetzen ist), der um sein Eigentum und/oder um sein Einfluß und Lebensstil fürchtet, nimmt die mittleren Führungspositionen ein. Diese mittleren Führungspositionen sind den Gesellschaftsplanern (im ehemals monopolkapitalistischen Staatskommunismus die Mitglieder des Parteivorstandes, im westlichen Kartellkapitalismus das Geldbürgertum) untergeordnet.
Angeregt wird der Faschismus durch "soziale Ziele", wegen denen sich eine Volksgruppe zu einem Bund vereint, so daß dieser Bund ihnen den Schutz ihrer existentiellen Lebensgrundlagen gewährleisten soll. Diese "sozialen Ziele" bleiben jedoch immer auf die eigene Volksgruppe und eine abstrakte nationale Identität beschränkt, da die Ursache der sozialen Mißstände nicht bei den Herrschaftszielen der Gesellschaftsplaner, ihrem Staat und ihren kapitalistischen Steuerungsmechanismen gesucht wird, sondern in den äußerlichen Erscheinungsformen von Minderheiten, die den eigenen "Volkskörper" zu beherrschen und zu verdrängen versuchen. Mit dieser Argumentation beginnt die Unterdrükkung von Minderheiten durch die systematische Einschränkung ihrer Rechte, ihre eventuelle Vertreibung sowie eine hiermit verbundene Enteignung oder sogar deren völlige Vernichtung und Ausrottung in Konzentrationslagern, wie im 3.Reich geschehen. Dies ist dann lediglich der Höhepunkt eines allgemeinen wirtschaftlichen Verdrängungskampfes, der immer mit einem unbefangenen, volkstümlichen Nationalismus beginnt und am Ende in einem totalen faschistischen Rassenvernichtungswahn münden kann.

Mit der Errichtung des Faschismus beginnen die Gesellschaftsplaner eine Suche nach äußeren Feinden, weil die Minderheitenverfolgung die tatsächlichen Ursachen der Krise, die in der Überproduktion liegt, nicht beseitigen konnte. Hierzu nutzen sie den schon vorhandenen Nationalismus und Rassismus sowie die Verdrängungsangst durch andere Nationalstaaten (die Verdrängungsangst entsteht durch die eigene Verdrängungspolitik, die auch gegen Schwächere, also Minderheiten, gerichtet ist), die nun angeblich den eigenen "Volkskörper" von außen bedrängen und dem eigenen "Volksstaat" mit einer zunehmenden Eroberungslust feindlich gegenüberstehen. In den Schulen, so erzählte es mir meine Tante aus ihrer Schulzeit, mußten die Kinder Landkarten, England, Frankreich, Polen und Deutschland in der Mitte, zeichnen und vom Ausland ausgehende Halbkreise eintragen, die weit ins Deutsche Reichsgebiet hineinreichten, um die Bedrohung Deutschlands durch das Ausland darzustellen. Auch Hitlers

Kriegspropaganda zur Vorbereitung des Überfalls auf Polen ist ein gutes Beispiel hierfür. Doch in Wirklichkeit steht hinter dem Ganzen nur der Wille zur Herrschaftserweiterung der Gesellschaftsplaner, die früher oder später - zur Abfederung der sozialen Unruhen und somit zur Sicherung ihrer eigenen Herrschaft - einen Eroberungskrieg beginnen müssen.
Hiermit beginnt sich der Entwicklungszyklus innerhalb eines abgeschlossenen Handelsraumes in seiner faschistischen Spielart von Staat und Kapitalismus zu schließen. Mit jedem Krieg regeneriert sich der Kapitalismus, weil durch den Krieg eine so starke Zerstörung von Gebrauchs- und Produktionsgütern hervorgerufen wird, daß der Kapitalismus seine lebensnotwendige Funktionsgrundlage von Angebot und Nachfrage zurückerhält!

Tatsächlich dient der Faschismus den Gesellschaftsplanern nur zur Erhaltung und Festigung ihrer Herrschaftsapparate in Krisenzeiten, wobei die Gesellschaftsplaner mit dem Nationalismus, dem Nationalstaat, dem Rassismus und dem Fremdenhaß von den wahren Ursachen der künstlichen güterwirtschaftlichen Versorgungskrise und der damit entstandenen Not ablenken wollen. Hieraus folgt, daß es immer die alten herrschenden Klassen sind, die den Faschismus finanziell unterstützen, nähren und schließlich als Herrschaftsinstrument übernehmen!
Sie benutzen die Minderheiten als Sündenböcke. Gleichzeitig dient ihnen die straff organisierte Massenbewegung unter ihrer Führung als Mittel, um den Aufklärungsversuchen sozialrevolutionärer Gesellschaftsströmungen zuvorzukommen. Sie sind es, die den faschistischen Führerkult und die faschistischen Sturmtrupps zum Einsatz gegen alle Gesellschaftsströmungen benötigen, die über ihre dreckigen Machenschaften aufzuklären versuchen und für sie und den Staat die Drecksarbeit zu deren Beseitigung übernehmen. Es sind immer die Gesellschaftsplaner, die den Faschismus als neue Massenbewegung und als Herrschaftsapparat brauchen, um auch in der Krise ein Instrument zu besitzen, auf dem sie ihre Herrschaft stützen können. Sie vollziehen hiermit die Teilung der Gesellschaft, indem sich die faschistischen und die sozialrevolutionären Gesellschaftsströmungen bekämpfen!
So ist es z.B. nichts Neues, daß rechtsradikale, rechtskonservative und rechtsnationale Gruppen Geld dafür bekommen, die Drecksarbeit für die Gesellschaftsplaner und den Staat zu erledigen, die die Gesellschaftsplaner durch den Staatsapparat der Polizei nicht auszuführen wagen. Die zu erwartenden Unruhen bei einem offenen Verstoß gegen die demokratischen Rechte wären zu groß. Daß beispielsweise nach einem erfolgreich abgewehrten Angriff von rechtsradikalen Skinheads auf einen linken Buchladen, der in Darmstadt (1989) in unmittelbarer Nähe der Polizei stattfand, die Polizei gegen die Buchladenverteidiger gewaltsam vorging, um sie zu entwaffnen, während sie die Rechtsradikalen ungeschoren ließ, ist hier nur noch die logische Konsequenz der geschilderten Sachzusammenhänge. Auch sollte es hier niemanden mehr wundern, daß so mancher

Polizeigewerkschaftler "60 bis 70 Prozent" seiner Schupos in seinem Revier "als Wähler der rechtsradikalen Republikaner einschätzt" (Der Spiegel 19/1989, S.114).
Diese Verhältnisse liegen nur in der alten Tradition der rechtskonservativen und rechtsradikalen Freikorps und Stahlhelmfraktion Deutschlands, die ihr Geld aus denselben kapitalistischen Quellen bezogen. Das bekannteste offengelegte Zusammenspiel von Staat und Kapital dürfte wohl das sein, welches zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführt hat.
Siehe DOKUMENT auf Seite CVIII.
Der Faschismus, der im Kern eine Wiedererrichtung des absolutistischen Staatsgefüges ist, wird zur ideologischen Begründung der Herrschaft von den Gesellschaftsplanern mit den gerade gängigsten Gesellschaftsideologien vermengt. Z.B. unter Stalin zum faschistischen totalitären Staatskommunismus, unter Hitler vom Sozialpatriotismus zum faschistischen Nationalsozialismus oder unter Franko zum katholizistischen Feudalfaschismus.

Das Ziel, welches die Gesellschaftsplaner mit der Unterstützung faschistischer Gesellschaftsströmungen immer verfolgen, bleibt die Teilung der Bevölkerung in Volksgruppen, die sich nur aufgrund anderer nationaler Identitäten innerhalb eines Staates oder als Nationalstaaten bekämpfen. Zum Krisenmanagment wird gerade der Faschismus und der Nationalismus in besonderem Maße genutzt. Besitzt eine faschistische Bewegung ersteinmal eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, ist es unmöglich, durch Aufklärung gegen Staat, Herrschaft und Kapital auf einer internationalen Ebene vorzugehen, da die Gesellschaftsplaner den Nationalismus und Faschismus immer durch eine indirekte massive Propaganda unterstützen werden.

Besonders deutlich wird dieses Vorgehen in der Geschichte der deutschen Sonderform des Faschismus, dem Nationalsozialismus. Mit Hitler, den die herrschende Klasse tatkräftig unterstützte, besaßen die Gesellschaftsplaner eine faschistische Bewegung, die den sozialrevolutionären Internationalismus bis aufs Messer bekämpfte und internationale Bestrebungen zur Bekämpfung von Staat und Kapital - als die eigentliche Ursache des Elends - durch ihren Nationalismus, Rassismus und ihre Volkstümelei unmöglich machte.
Der Nationalsozialismus arbeitete durch seine Selbstbeschränkung auf eine nationale Sicht des Sozialismus den Kapitaleignern bestens in die Hände, so daß sich das internationale Proletariat nicht zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Kapitaleigner vereinen konnte, sondern in nationale Kriege verstrickt wurde. Da Röhns SA trotz rassistischer Ansichten die Enteignung der Kapitaleigner zugunsten eines nationalen Sozialismus durchsetzen wollte, ist die Führungsspitze der SA von Hitler liquidiert worden. Die Strukturen der SA sind in altbekannter Weise wegen ihres hierarchischen Aufbaus von den Gesellschaftsplanern zur eigenen Herrschaftssicherung übernommen worden.

Zum Nationalsozialismus muß ergänzt werden, daß der Nationalsozialismus im Grunde ein Zusammenfluß des deutschen "Sozialpatriotismus" (rechter Flügel der SPD um die Jahrhundertwende) und der bürgerlich deutsch-nationalen Kräfte ist und die einzige "sozialistische Spielart" des Faschismus darstellt, der eine Enteignung der Kapitaleigner ins Auge faßt, sich auf einen Nationalstaat beschränkt und in Herrschaftsstrukturen, Zielen, Massenmorde und imperialistischem Eroberungswillen mit dem Stalinismus vergleichbar ist.

Fassen wir zusammen. Den Gesellschaftsplanern kam um die Jahrhundertwende die Entstehung des Faschismus bzw. Nationalsozialismus gerade recht, da sie mit ihm eine ideologische Rechtfertigung zur Aufrechterhaltung des Staates zum Schutz gegen "innere und äußere Feinde" bekamen, und zwar ohne daß ihr Eigentum angetastet wurde. Mit ihm, insbesondere aber dadurch, daß sie durch ihn herrschten, konnten sie ihre wirtschaftlichen Interessen nach innen und außen sichern. Zudem konnten sie sich weiter bereichern, da durch die straffe faschistische Organisationsstruktur nicht nur die politische Verfügungsgewalt, sondern auch die Verfügungsgewalt über das Eigentum von unten nach oben an die Staatsführer weitergegeben wurde, so daß selbst der Mittelstand Schritt für Schritt verarmte und an Einfluß verlor. (Siehe hierzu auch die Lateinamerikanischen Staaten)

Somit wird in der BRD auch die Frage nach der Asylantenflut, der "Ausländerfeindlichkeit", der Ablehnung aller Fremdarbeiter oder der aufkeimende Fremdenhaß und Rassismus aus der verkehrten Sicht heraus hinterfragt und diskutiert. Die Frage darf nicht lauten, ob wir mit den Ausländern leben wollen, sondern sie muß lauten, warum so viele Deutsche sich von ihnen materiell bedroht fühlen und vor allem, warum sie nicht wollen, daß noch mehr Fremde in ihr Land strömen und ihnen die "Arbeitsplätze wegnehmen". Die Beantwortung dieser Fragen ist eng mit den materiellen, weltweit wirksamen Gesellschaftsmechanismen verbunden und schließt eine wirklich kritische Untersuchung von Kapitalismus, Staat und Herrschaft mit ein. Somit ist es nicht eine moralische Frage des nicht Wollens, sondern ein knallhartes, existentielles Interesse der besitzlosen, unaufgeklärten Lohnabhängigen, welches den Haß und die Ablehnung der vermeidlichen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt hervorruft und sie dem Nationalismus, Rassismus und Faschismus in die Arme treibt.

An dieser Stelle will ich meine vereinfachte Betrachtung für das Entstehen des Faschismus durch Kapital, Staat und Herrschaft schließen. Auch hier ist ein weiterer Gegensatz von Kapital und Arbeit gefunden, da die Gesellschaftsplaner durch die wirtschaftlichen Mechanismen des Kapitalismus die Produktion auf

Gewinnmaximierung und Machterweiterung abstellen. Die sozialen Unruhen sollen bei einer künstlichen Güterverknappung nur dazu dienen, die Emotionen zu schüren und anzuheizen, was die Menschen auf einen Krieg zur Beseitigung eines gefundenen Schuldigen vorbereiten soll und den informellen Gruppen der Gesellschaftsplaner die Möglichkeit eröffnet, ihre wirtschaftliche Macht und somit ihren politischen Herrschaftsbereich auszudehnen. Wäre die Produktion auf den Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet und durch den demokratischen Mehrheitswillen bestimmt, so wäre die künstliche Güterverknappung und die künstlich erzeugte Not im Sinne der Kapitaleigner undenkbar, und der Faschismus könnte nie entstehen. Selbst dem Nationalismus und Rassismus wären die materiellen Entstehungsursachen genommen und in seinen ideologischen Zielen und Inhalten unbekannt.

Belegen will ich meine vereinfachte, insgesamt vorgetragene Faschismus-, Rassismus- und Nationalismusdarstellung mit den nachfolgenden Berichten über die "Nationalitätenkonflikte" der letzten Zeit aus den unterschiedlichsten Ländern und Gesellschaftssystemen. Siehe hiezu die Seiten von CXI bis CXIII.

4.2.0.0.1. Voraussetzung für das Entstehen des Faschismus

Der Spiegel; 36/92; S.136 ff. --> C

Ein ideologisch gefärbtes Selbstverständnis als Voraussetzung für das Entstehen des Faschismus

Herrschaft der Zufriedenen

Die Kapitulation der Demokratie vor der Armut / Von John K. Galbraith

Wir leben in einer Demokratie. Aber es ist eine Demokratie der Wohlhabenden und Zufriedenen. Die Wohlhabenden haben weitestgehend ein Monopol auf alle politischen Rechte: die Armen und sozial Benachteiligten, die in den Slums hausen, finden in den großen Parteien niemanden, der sich ihrer Bedürfnisse annehmen, der sich mit ihrem Unglück identifizieren würde und den Willen hätte, die Verhältnisse zu ändern.

Die armen, benachteiligten Bürger gehen deshalb erst gar nicht zur Wahl. Sie sehen es für sich als völlig hoffnungslos an, durch die Abgabe ihrer Stimme die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen zu können.

Wohl zu Recht. Die vom Schicksal Begünstigten und Privilegierten denken nämlich nicht in größeren und langfristigen Zusammenhängen. Sie reagieren vielmehr nur – und da mit Vehemenz – auf Veränderungen, die ihre eigene augenblickliche Situation berühren.

Das war zwar schon immer so. Doch wirklich neu ist – jedenfalls in den traditionellen kapitalistischen Ländern – das Phänomen, daß die alles beherrschende Zufriedenheit heute die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt.

Unsere Demokratie ist für jene da, die eigentlich nur deshalb zu den Wahlurnen gehen, weil sie ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Pfründen verteidigen wollen. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Erfordernissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen.

Im Jahr 1989 lebten in den USA 12,8 Prozent der Bevölkerung, Junge und Alte, unter der Armutsgrenze von 12 674 Dollar Jahreseinkommen, bezogen auf den Bedarf einer vierköpfigen Familie. Dagegen lebt die weitaus größere Zahl der Amerikaner selbstverständlich oberhalb des Existenzminimums, ein ansehnlicher Teil davon sogar im Wohlstand. In den meisten Industriestaaten gibt es diese Entwicklung: Einer zufriedenen Mehrheit geht es gut, vielen sogar immer besser, der Rest gerät zunehmend in soziale Not.

Zur satten Mehrheit gehören Leute aus durchaus unterschiedlichen sozialen und beruflichen Schichten: Angestellte in den mittleren und höheren Rängen der großen Finanz- und Industriefirmen, unabhängige Geschäftsleute und kleinere Angestellte, deren Einkommen mehr oder weniger gesichert ist.

Auch Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler und, nicht zu vergessen, Journalisten und Professoren gehören dazu. Und schließlich auch eine gewisse, wenn auch zurückgehende Zahl von Menschen, die man früher Proletarier genannt hat – also einfache Arbeiter, deren Löhne in aller Regel durch das Einkommen ihrer berufstätigen Frauen aufgebessert werden. Sie halten ihr Leben für einigermaßen abgesichert und angenehm. Zu den Zufriedenen gehören auch wieder die Landwirte: sie werden heute durch staatliche Subventionen kräftig gepäppelt.

Und schließlich gibt es die rasch wachsende Zahl der Alten, die von ihren Altersbezügen leben und für deren Lebensabend angemessen, manchmal sogar üppig gesorgt ist.

Alle Mitglieder der hier genannten Gruppen haben individuelle Interessen, und es wäre falsch zu glauben, daß sie einer einheitlichen politischen Auffassung anhingen. Doch sie alle eint der Konsens, daß es gilt, um jeden Preis den Besitzstand zu bewahren. Keiner wird dabei von irgendeinem Selbstzweifel geplagt. Die zufriedene Mehrheit reagiert sogleich wütend und empört, wann immer der Staat ihre Ansprüche und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse einzuengen droht. Insbesondere dann, wenn dies mit Steuererhöhungen verbunden wäre.

Das erklärt auch das hohe Maß an Toleranz, mit der die Zufriedenen den großen Einkommensunterschieden innerhalb der eigenen Gruppe begegnen.

Es gibt hier eine stillschweigende und auch recht einleuchtende Übereinkunft: Der Preis, den ich dafür zahle, daß mein eigener sozialer Status nicht geschmälert wird, ist meine Toleranz gegenüber der Tatsache, daß es andere gibt, die über noch erheblich größere Einkommen verfügen. Jede Diskussion über eine mit Hilfe der Steuerpolitik betriebene Umverteilung der Einkommen zwischen sehr Reichen und sehr Armen, so die Überlegung, öffnet nur möglichen Spekulationen über höhere Steuern auch für die etwas schlechter gestellten Bürger Tür und Tor.

Eine der häufigsten – und willkürlichsten – Behauptungen der zufriedenen Mehrheit ist, daß jeder schließlich nur das erhalte, was ihm auch wirklich zustehe. Was jeder einzelne kassiert, ist nach dieser Philosophie allein das Ergebnis seiner Intelligenz, Leistung, einwandfreien Moral und seines persönlichen Einsatzes. Folgerichtig gibt es dann auch kein Argument, mit dem es zu rechtfertigen wäre, Erfolg und Wohlergehen der Begünstigten zu schmälern.

In einem stimmt die Mehrheit der Zufriedenen in bemerkenswerter Weise stets überein: Es ist besser, der Staat bleibt einfach untätig, als daß er zu Maßnahmen greift, die die wirtschaftliche und soziale Lage der Gesellschaft zwar langfristig bessern könnten, die dem eigenen kurzfristigen Interesse aber zuwiderlaufen. An dieser Haltung ändert sich selbst dann

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

C

nichts, wenn die absehbaren Folgen des Nichtstuns bedrohlich, vielleicht verheerend für die Gesellschaft sind.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die langfristige Perspektive *muß* ja nicht unbedingt Wirklichkeit werden; zumindest ist das die herrschende und bequeme Auffassung. Wichtiger aber ist noch, daß die Kosten einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik, beispielsweise für ein soziales Wohnungsbauprogramm oder bessere Schulen, heute in Form höherer Steuern von der privilegierten Schicht getragen werden müßten. Der Nutzen wird sich dagegen erst in der Zukunft erweisen und obendrein vielleicht ganz anderen Menschen zugute kommen.

Für die Privilegierten und die in relativem Wohlstand Lebenden ist die Logik der Untätigkeit ein unerschütterlich zementiertes Gedankengebäude.

Das zeigt sich besonders an dem, was ziemlich hochtrabend die ökonomische Infrastruktur der Vereinigten Staaten genannt wird: Highways, Brücken, Flughäfen, Massentransportsysteme und andere öffentliche Einrichtungen. All dies bleibt weit hinter dem modernen Standard und den heutigen Sicherheitsansprüchen zurück. Dennoch werden alle Forderungen nach Investitionen mit Erfolg abgeschmettert, weil eben die sofort anfallenden Kosten und die dafür notwendigen Steuern genau zu beziffern sind, niemand aber genau zu sagen vermag, wem einmal die Investitionen in der Zukunft nützen werden.

Mit anderen Worten: Die Generation, die investiert, ist nicht die, die profitiert. Warum sollte man für Leute, die man gar nicht kennt, bezahlen?

•
•
•

Niemandem von den Privilegierten würde es auch nur im Traum einfallen, das winzigste Wort der Kritik laut werden zu lassen, wenn es um staatliche Interventionen geht, die dem eigenen Vorteil dienen: an Subventionen für die Landwirte etwa oder an staatlichen Leistungen bei der medizinischen Vorsorge.

Besonders viel Verständnis hat die Mehrheit der Zufriedenen auch stets für die staatlichen Militärausgaben gezeigt – und zwar ungeachtet der riesigen Kosten und der daraus resultierenden Last für den Staatshaushalt.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Einmal dienen diese Ausgaben dazu, wenn man sie mal in wirtschaftlichen Kategorien wie Löhnen, Gehältern, Gewinnen und Subventionen für Forschungseinrichtungen und andere Institutionen ausdrückt, die Einkommen eines beträchtlichen Teils dieser zufriedenen Wählermehrheit stabil zu halten oder noch zu erhöhen. Geld, das in Waffen investiert wird, macht sich für die genannte Wählerschaft erheblich besser bezahlt, als Geld, das den Menschen in den armen Bevölkerungsschichten zugute kommt.

Wichtiger ist vielleicht noch ein Gedankenrelikt aus einer eigentlich überwundenen Epoche: Ausgaben für das Militär und den Geheimdienst galten immer als unverzichtbarer Schutz gegen eine der schwersten Bedrohungen für anhaltenden Wohlstand und Zufriedensein: den Kommunismus.

Nachdem nun der Kommunismus zusammengebrochen ist, stellt sich die interessante Frage, welche Haltung die Wohlhabenden und Zufriedenen wohl jetzt einnehmen werden. Daß die Militärs auch in Zukunft einen großen Teil der riesigen Summen für sich beanspruchen werden, die sie in der Vergangenheit erhalten haben, steht jedenfalls außer Zweifel.

Staatsausgaben einschließlich der dafür nötigen Finanzpolitik sind bei den Zufriedenen nun einmal immer nur dann verpönt, wenn nicht sie selbst davon profitieren.

Zwar ist Fiskalpolitik ein von der Wirtschaftswissenschaft anerkanntes gesamtwirtschaftliches Steuerungsinstrument. Aber sie paßt eben ganz schlecht zu Vorstellungen, welche die Schicht der Wohlhabenden von gesamtwirtschaftlicher Lenkung hat.

Denn Anwendung von Fiskalpolitik bedeutet selbstverständlich immer, daß die Rolle des Staates ausgeweitet wird. Schon geringfügige Steuererhöhungen, mit denen man die Ausgabenströme dämpfen und so die Inflation im Zaum halten will, gelten bei den Privilegierten als Teufelswerk.

Ein ausgewogener behutsamer Umgang mit Staatsausgaben und Steuerpolitik als Instrumente, mit deren Hilfe die Konjunktur gedämpft oder angekurbelt werden sollte, wurde von der herrschenden Schicht in den Vereinigten Staaten einfach nicht akzeptiert. Zur Zeit der Reagan-Regierung grassierte sogar die Vorstellung, derartige Maßnahmen hätten sich historisch überlebt. Und so kam es, daß die Fiskalpolitik in ihrem ursprünglichen Sinne als volkswirtschaftliches Steuerungsinstrument verschrottet wurde.

•
•
•

Sosehr auch staatliche Eingriffe im Zeitalter der Zufriedenheit abgelehnt wurden, so sind sie doch immer vergleichsweise umfassend gewesen, wenn es um die Interessen der zufriedenen Oberschicht ging, und sie waren vergleichsweise begrenzt, wenn es sich um die Probleme der Armen handelte.

Daraus kann man den Schluß ziehen, daß eine Rezession oder Depression heute mit viel geringerer Wahrscheinlichkeit als früher staatliche Maßnahmen nach sich ziehen würde. Staatliche Beschäftigungsprogramme und Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Armut sind weit weniger wahrscheinlich als bisher. Die zufriedene Mehrheit unter den Wählern ist sich ihrer Position relativ sicher.

So kann sie Not und Elend, wo immer sie zu finden sind, mit einer gewissen Anteilnahme zur Kenntnis nehmen, würde aber nie nach korrigierenden Maßnahmen rufen.

Der verlorengegangene soziale Konsens, die Tatsache also, daß die öffentliche Verantwortung für die Armen verleugnet wird, muß auf irgendeine Weise gerechtfertigt werden. Dazu müssen die Minderbemittelten als in bestimmtem Sinne schuldig an ihrem eigenen Schicksal hingestellt werden. Nur so bleibt das Gewissen der Wohlhabenden unbelastet, läßt sich ein zumindest flüchtiges Gefühl des Unbehagens abweisen.

Niemand bestreitet zwar die Existenz dieser armen Schichten. Bestritten wird aber, daß diese „Unterschicht" ein integraler Bestandteil des gesamten Wirtschaftsablaufes ist, daß sie dazu dient, den bequemen Lebensstandard der sozial Gutgestellten überhaupt erst zu ermöglichen. Wirtschaftlicher Fortschritt wäre ohne diejenigen, die für wenig Geld die Drecksarbeit erledigen, weit weniger sicher und würde sich gewiß sehr viel langsamer vollziehen. Das ist in den europäischen Industriestaaten nicht anders als in den USA. Die wirtschaftlich Erfolgreichen und Begünstigten, einschließlich all jener, die mit dem allergrößten Bedauern darüber sprechen, daß es diese Klasse gibt, hängen in ganz hohem Maße von der Arbeit dieser Menschen ab.

•
•
•

Eine der Säulen, auf denen das Dach aus Wohlstand und Komfort ruht, ist die Auffassung, daß die, die nicht im Wohlstand leben, friedvoll und glücklich ihr eigenes Schicksal akzeptierten. Dieser Irrglaube könnte eines Tages plötzlich wie eine Seifenblase zerplatzen: Es gibt durchaus die Möglichkeit einer Revolte der Unterschicht.

Was man vielleicht am sichersten vorhersehen kann, ist die Reaktion des Kartells der Zufriedenen auf die miserablen Lebensumstände und die zunehmende Gewalt, die in den Slums der großen Städte herrscht und die sich von dort immer weiter ausbreitet.

Die Etablierten suchen Zuflucht in einer Lagermentalität – sie stellen Personal ein, um im Rahmen freiwilliger Nachbar-

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CI

John Kenneth Galbraith

ist der wohl renommierteste Kritiker der Mißstände im kapitalistischen System. Der amerikanische Professor der Nationalökonomie, 83, der als Emeritus noch heute an der Harvard Universität lehrt, prangerte immer wieder leidenschaftlich das Mißverhältnis zwischen privatwirtschaftlicher Verschwendung und öffentlicher Armut als Ursache sozialer Übel an. Dennoch trat Galbraith ebenso engagiert dafür ein, den Kapitalismus zu erhalten. Schon 1958 setzte er sich in seinem Bestseller „Gesellschaft im Überfluß“ mit Fragen des qualitativen Wirtschaftswachstums auseinander. Galbraith gilt als Lehrmeister einer ganzen Generation sozial engagierter Politiker. Sein neues Buch „The Culture of Contentment“ (Die Kultur der Zufriedenheit), aus dem der SPIEGEL einen Auszug vorabdruckt, erscheint Ende September im Verlag Hoffmann und Campe unter dem etwas irreführenden Titel „Die Herrschaft der Bankrotteure“ (240 Seiten, 36 Mark). Darin geißelt Galbraith scharf das egoistische Besitzstandsdenken der Privilegierten, die Arbeit und Einkommen haben, und beschreibt die Folgen der Entwicklung zur Zweidrittelgesellschaft, wie sie immer deutlicher auch in Deutschland zu beobachten sind.

---

schafts- oder Mietervereinbarungen Sicherheitskräfte zu beschäftigen, oder sie wandern in die vermeintlich sichereren Vororte ab.

Im Gegensatz zu den Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, die für das Elend und die Gewalt in den Slums verantwortlich sind, zu bekämpfen, haben solche Schutzmaßnahmen eine gewisse Anziehungskraft schon deshalb, weil sie ein Element der Augenblicklichkeit und Praktikabilität haben: Es ist scheinbar viel besser und sicherer, eine Privatpolizei zu bezahlen, als sich auf die Hoffnung zu verlassen, daß Ausgaben für die Revitalisierung der inneren Bereiche der Großstädte sich in einer ferneren Zukunft gesamtgesellschaftlich bezahlt machen.

Kriminalität und Gewalt werden in den Städten noch zunehmen. Dies wird von den Wohlhabenden nicht den sozialen Bedingungen zugeschrieben, unter denen diese Leute leben, sondern ihrer vermeintlich minderwertigen, ja sogar kriminellen Veranlagung. Immer lauter wird deshalb der Ruf nach schärferen Gesetzen – in den Vereinigten Staaten sogar nach einer häufigeren Anwendung der Todesstrafe – und anderen Möglichkeiten der Repression. Kein anderes Thema führt heute zu derart heißen Debatten.

Die Tatsache, daß Menschen, die unter angenehmen Lebensumständen leben, leicht miteinander in Frieden auskommen können und daß das nicht der Fall ist bei denen, die in Armut sich durchschlagen müssen, wird, obwohl die Zusammenhänge klar auf der Hand liegen, weitestgehend nicht zur Kenntnis genommen.

Der Spiegel; 36/92; S.136 ff.

Spanien

Bestrafung der Armen

Andalusien erlebt einen Ansturm illegaler Einwanderer aus dem Maghreb und Schwarzafrika.

•
•
•

Viele seiner Schicksalsgenossen aus zentralafrikanischen Ländern, die an der Nordküste Marokkos zwischen Tanger und der spanischen Enklave Melilla auf eine Gelegenheit zur Flucht ins Paradies Europa warten, bezahlen ihren Traum von einer besseren Zukunft mit dem Leben.

Dieses Jahr wurden in der Provinz Cádiz die Leichen von 23 Marokkanern und Schwarzafrikanern angeschwemmt. Hilfsorganisationen schätzen, daß mindestens 400 Menschen ertrunken sind.

•
•
•

Aber die spanische Polizei paßt auf. Fünf blitzend neue Schnellboote der Guardia Civil del Mar, ausgerüstet mit Nachtsichtgerät und Maschinengewehr am Bug, fahren seit September von Algeciras und Tarifa aus Patrouille. Zwei Helikopter unterstützen die Überwachung.

Der Befehl aus Madrid laute, so der Hauptkommissar von Algeciras, José Cabrera, „absolut niemanden durchzulassen“. Man sei sich der Verantwortung Spaniens für Europa bewußt, bestätigt sein Kollege von der Guardia Civil, Oberstleutnant Mariano Ortiz, aber „wir können die Berliner Mauer nicht hier am Strand neu aufbauen“.

Die Spanier müssen sich besonders sorgfältig abschotten, seit sie dem Schengener Abkommen beigetreten sind. Das sieht die Aufhebung der Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen ab 1993 vor. Dafür soll Europa nach außen zur Festung werden. Deshalb führte Spanien im Mai 1991 Visumzwang für Maghreb-Bürger ein. Den begehrten Stempel erhält nur, wer einen Arbeitsvertrag in Spanien nachweist oder genug Geld hat, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, er wolle die Heimat für immer verlassen.

„Wenn ich 20 wäre und Nordafrikaner, würde ich in so ein Boot steigen. Und wenn ich das Glück hätte, ans Ziel zu gelangen, und man schickte mich zurück, würde ich es einen Monat später noch mal probieren“, bekannte der spanische Ministerpräsident, der Sozialist Felipe González. Die marokkanische Jugend – 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 – findet kaum Arbeit in einem Land, wo fast die Hälfte der Bürger in absoluter Armut lebt.

Der Spiegel; 47/92; S.226 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

DVU-Wurfsendung, Januar 1989, bundesweit (Auszug) --> CIII
REP-Flugblatt, 1992 (Auszug) --> CIII



DVU
DEUTSCHE VOLKSUNION-Liste D

DR. GERHARD FREY Paosostraße 2 8000 München 60

9. Januar 1989

Liebe Mitbürgerin,
lieber Mitbürger!

Die alten Parteien haben auf der ganzen Linie versagt. Deutsche Interessen werden für Europa geopfert. Steuererhöhungen dienen der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft (EG). Das Millionenheer unserer Arbeitslosen wächst weiter. Die neue Armut unter den Deutschen greift immer mehr um sich. Der Zustrom an Ausländern setzt sich fort. Deutsche Steuerzahler müssen Milliarden Mark für Scheinasylanten aufwenden. Ganze Industriezweige sollen der EG zuliebe zugrunde gehen. Das Bauernsterben nimmt kein Ende. Unsere Rentner werden um die Früchte ihrer lebenslangen Arbeit gebracht. Die Kranken zahlen für die sogenannte Gesundheitsreform. Diese Politik zu Lasten der ärmsten und treuesten Mitglieder unseres Volkes ist unmoralisch.

Deutschland braucht eine Partei, die deutsche Interessen vertritt. Deshalb ist die **DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D** (D heißt Deutschland) jüngst gegründet worden. Im ersten Anlauf sind

- bitte wenden -

Bundesweite Wurfsendung des Millionärs Gerhard Frey



Denn so kann es nicht weitergehen!

Reden wir endlich Klartext:

Unser Land wird von einer Welle des Verbrechens überschwemmt. Zahlen für 1991: Strassenraub + 40 %, Drogentote + 47 %. Die Politiker in Bonn werden erst wach, wenn sich die Gewalt ausnahmsweise gegen Asylanten richtet; für die deutschen Opfer jugoslawischer Einbrecher, türkischer Jugendbanden und afrikanischer Rauschgifthändler interessiert sich dort niemand.

Wir sagen: Die erste Pflicht des Staates besteht darin, seine Bürger zu schützen.

Das Boot ist voll - das sagen wir seit Jahren und wurden deshalb als Rechtsradikale verteufelt.
Nun sagen es auch Teile der CDU und SPD - alles Rechtsradikale?
Seit vielen Jahren versprechen die etablierten Parteien, sie würden das Asylantenproblem lösen. Das Ergebnis: 260000 Asylbewerber im Jahr 1991, allein im Oktober 33000. Über 90 % werden nicht anerkannt, bleiben aber trotzdem.

Wir sagen: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CIII

Der Spiegel; 40/91; S.41 ff. --> CIV

Jagdzeit in Sachsen

SPIEGEL-Reporter Matthias Matussek über Hoyerswerda und den Exodus der Asylanten

•
•
•

Die 16jährige Dana, die das mit glänzenden Augen verfolgt und dabei nervös auf ihrer Unterlippe kaut, stößt hervor: „Geschieht denen recht. Die haben Frauen vergewaltigt.“ Ihre Freundin setzt hinzu: „Und Schafe geschlachtet.“ Und ein Mann in fleckiger Hose: „Die haben sich doch nie gewaschen.“

•
•
•

Und die Männer in den Unterhemden? Die Mütter, die braven Bürger Hoyerswerdas? Sie haben sich gefreut. Erst heimlich, dann zunehmend mutiger, schließlich haben sie applaudiert. Jahrelang mußten sie schweigen. Jetzt fließt ihnen der braune Dreck in Strömen heraus. Die letzten Bißsperren sind beseitigt. „Ausländerfotze“ brüllt einer.

Unter dem nachlässigen Schutz schmunzelnder Polizisten besteigen rund 150 Rumänen und Vietnamesen die bereitstehenden Verkehrsbusse. Mit Blaulicht setzt sich der Konvoi in Bewegung. Die Menge grölt. Und dann fliegen die Steine.

•
•
•

Ihre Vertreibung ist die erste Schlacht, die deutsche Lumpenproleten gegen die noch Ärmeren gewonnen haben. Kaum einer der Vertriebenen paßt in das Klischee verfolgter politischer Aktivisten. Sie reden nicht über politischen Terror, sondern über das Elend in ihrer Heimat. Es ist eine bunt zusammengewürfelte Truppe: Verfolgte, junge Abenteurer, verzweifelte Familienväter, kleine Gauner, arme Schweine. Sie kamen in der Hoffnung auf das große Los im Land der Mercedes-Sterne. Und sie landeten in Hoyerswerda.

In dieser Nacht ist Hoyerswerda überall. Wo immer ein später Kneipenbesucher in den verschlafenen Dörfern am Straßenrand steht, grüßt er die Busse mit dem Mittelfinger. Und überall wird jetzt Randale gemeldet. Hoyerswerda war ein Anfang.

Jovan kaut an seinem Bart. Er möchte nur eines: endlich Ruhe. Er erzählt vom rumänischen Steinzeit-Diktator Nicolae Ceaușescu. „Wenn den einer vor zehn Jahren abgeknallt hätte“, sagt er und stiert auf die Landstraße, „dann würde ich jetzt nicht diesen Bussen hinterherfahren.“

Immer wieder gerät die Karawane ins Stocken. Panik bricht bei den Asylanten aus, als das Gerücht die Runde macht, sie würden über die nahe Grenze abgeschoben. Ein Rumäne droht sich und seine fünf Kinder umzubringen. Ist es denn drüben tatsächlich schlimmer?

Nach zwei Stunden Fahrt in den Süden, kurz vor Pirna, hält der Konvoi. Endlich wird ein Rettungswagen herbeigerufen, der den verletzten Tam zu einer Augenärztin bringt.

„Das sieht schlimm aus“, murmelt sie und telefoniert mit dem Klinikum Dresden. Dort weigert sich das Personal, den Vietnamesen aufzunehmen. Da müsse erst eine ordentliche schriftliche Genehmigung her. Wer überhaupt ist der Kostenträger? „Das Auge ist perforiert“, stöhnt die Ärztin, „da stecken Glassplitter drin.“ Nach längeren Verhandlungen gibt Dresden grünes Licht.

Doch für die anderen hält der Horror an. Fliehen zermürbt. Und in dieser Nacht besonders, einer historischen Nacht, in der deutscher fremdenhassender Mob nach langer Zeit wieder einmal siegte. Während die Vietnamesen in ein geheimes Lager in den Bergen gebracht werden, soll ein Teil der Rumänen in einem nahen Ausländerheim Quartier machen.

Müde, mit steifen Gliedern steigen sie aus ihren Fahrzeugen. Doch die Hölle ist überall: Die Barackentür fliegt auf, ein Mann mit blutenden Unterarmen steht dort und brüllt. Raschid, der Marokkaner, hat Krach mit einer Zigeunergang. Es geht um Jina, die für 300 Mark verkauft werden sollte. Vendetta um Mitternacht. „Mein Gott“, stöhnt der Rumäne Szabo, „da lasse ich meine Kinder nicht hinein.“

•
•
•

Der Ausländerbeauftragte des Kreises ist ein Mann, der globale Zusammenhänge zu erkennen versteht: „Wir hatten mal einen Mauretanier hier“, sagt er. „Das liegt daran, daß die Sahara vorrückt. Deshalb fliehen die nach Norden.“

Die Wüste droht von Süden, die Armut droht von Osten, und Sachsen ist so klein. Doch dieser Tag, der erst ein paar Stunden alt ist, ist ein guter Tag für den Ausländerbeauftragten. Zwei junge Rumänen aus dem anderen Lager wollen zurück in ihre Heimat. In einer kleinen Feierstunde im Büro erklärt er, daß er „den Wunsch der beiden rumänischen Mitbürger nach Rückverbringung selbstverständlich respektiere“, und er bekämpft die aufsteigende Rührung mit Verwaltungsdeutsch. Die beiden Rückkehrer können gleich ein drittes Problem für ihn mitlösen: Sie sollen den 14jährigen Aurel wieder nach Hause bringen. Den hatte sich nämlich „ein homosexueller ostdeutscher Mitbürger“ in einem rumänischen Dorf gekauft und über die Grenze zu schmuggeln versucht – das Geschäft mit dem Elend blüht.

Und die Vertriebenen aus Hoyerswerda? „Die wollen nach Chemnitz weiter“, sagt der Ausländerbeauftragte, „und ich werde auch diesen Wunsch selbstverständlich respektieren.“ Er klingt erleichtert. Natürlich hat sich herumgesprochen, wo die Flüchtlinge untergebracht wurden. Jagdzeiten in Sachsen.

•
•
•

Im Rathaus bemüht man sich, nach den düsteren Bacchanalen der vergangenen Nächte, wieder zu diesem Alltag überzugehen. Die Lokalpolitiker bedauern nicht die Vertreibung von 230 Ausländern, sondern die „negativen Schlagzeilen“. Schuld trägt die „Sensationspresse“. Alle Fraktionen haben diese Peinlichkeit unterschrieben, auch die SPD, auch die Grünen.

Der Spiegel; 40/91; S.41 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CIV

4.2.0.0.2. Verdrängungsangst, Nationalismus, Faschismus

DIE ZEIT 17.03.89; DIE ZEIT 30.06.89 --> CV

Verdrängungsangst, Nationalismus, Faschismus

Warum der rechte Rand ausfranst

Die jüngsten Wahlergebnisse sind nicht zuletzt eine politische Antwort auf unsere Entwicklung zur *Zweidrittelgesellschaft*. Der Modernisierungsruck und der wachsende Wettbewerbsdruck der Wirtschaft hat der überwiegenden Mehrheit über die Jahre Vorteile gebracht; eine Minderheit aber hat er deklassiert. Jetzt begehrt sie auf.

Die Mittelschichten haben vom Einkommenszuwachs wie von der Steuerreform profitiert und die Kürzungen im Sozialsystem leicht überstanden. Die Arbeitsplatzbesitzer, aber nur sie, wurden von den Gewerkschaften effektiv vertreten. Die Sozialdemokraten wollten endlich auch im Milieu der fortschrittlichen Aufsteiger Fuß fassen und möchten sich nun obendrein von den Gewerkschaften emanzipieren, die nach unten wie nach oben als erstarrte Status-quo-Organisationen funktionieren. Die Liberalen sind längst zur Klientelpartei geschrumpft. Die Grünen waren seit jeher ein Mittelschichtphänomen.

⋮

Um es mit dem Berliner Sozialwissenschaftler Joseph Huber zu sagen: „Die neue Mittelschicht definiert, was die Mitte und was sozial ist — auch wenn es zu Lasten der Unterschicht und der Randgruppen geht." Das untere Drittel jedenfalls rutscht nicht nur aus dem sozialen Netz, sondern auch aus den Netzen der hergebrachten politischen Parteien. Seit Mitte der siebziger Jahre wundern wir uns, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht zu einem politischen Rechtsruck führt. Jetzt droht er mit einem Mal. Das Ausländerthema wirkt dabei als Katalysator eines sozialen Problems mit langer Latenzphase.

DIE ZEIT–Nr. 12–17. März 1989

Wie sieht der typische Wähler der Republikaner aus? Woher kam der Zustrom zu Schönhubers Partei?

Bei allen Analysen ist bisher ein Gesichtspunkt vernachlässigt worden. Hinter den 7,1 Prozent für die Republikaner bei der Europawahl stehen 2 005 555 Wähler, und davon kommen allein 746 886 aus Bayern. Dieser Erfolg ist somit zu großen Teilen ein bayerisches Phänomen: In Bayern erreichten die Republikaner mit 14,6 Prozent als einzigem Bundesland ein zweistelliges Ergebnis. In Bayern wohnen nur 18,1 Prozent der Wähler bei der Europawahl, aber 37,2 Prozent der Wähler der Republikaner kommen aus diesem Bundesland. In der Stadt Rosenheim erzielten sie mit 22,1 Prozent ihr bestes Kreisergebnis und werden dort stärker als die SPD.

Besonders gut schnitten die Republikaner außerhalb Bayerns nur noch in Nord- und Südwürttemberg ab. Neben Hamburg und Teilen von Niedersachsen kamen sie praktisch nur südlich des „Weißwurstäquators" über die Fünfprozentmarke.

Diese regionale Charakterisierung trägt zur Erklärung des Phänomens mindestens ebensoviel bei wie sozialstrukturelle, politische und ideologische Ansätze. Offensichtlich ist es den Funktionären der Republikaner, die ja aus ihrer regionalen Affinität — im Gegensatz zu ihrer ideologischen — keinen Hehl machen, gelungen, die süddeutsch-bajuwarische Mentalität zielsicher anzusprechen. Dies wird durch die regionale Bekanntheit ihres Vorsitzenden Franz Schönhuber, der sich gern in der Rolle des einzig wahren Strauß-Nachfolgers sieht, und die im Süden bessere Organisationsstruktur noch unterstützt.

Die Erfolge der Republikaner stehen in diesen Regionen auch ganz eindeutig im Zusammenhang mit einer dort deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung. Bei der letzten Europawahl 1984 hatte sich die Wahlbeteiligung in Bayern und Baden-Württemberg um jeweils mehr als zehn Prozentpunkte verringert; nicht zuletzt deshalb, weil damals keine Partei den Protest gegen die EG-(Agrar-)Politik hinreichend aufgegriffen hatte. Die Republikaner haben nun insbesondere in diesen beiden Ländern davon profitiert, daß dort die Wahlbeteiligung zweistellig zugenommen hat.

⋮

In keiner anderen Parteianhängerschaft — schon gar nicht in der Union — sind die Facharbeiter so stark vertreten wie bei den Republikanern. Ihr Anteil unter den Jungwählern ist — im Gegensatz zur Union — überdurchschnittlich hoch. Allerdings zeigen neueste Umfragen eine Schwerpunktverschiebung zugunsten höherer Altersgruppen, insbesondere der über Sechzigjährigen.

⋮

Politik ist heutzutage vorwiegend ein Medienereignis. Folglich hat auch die Berichterstattung über die Republikaner nach den Berliner Wahlen — auch wenn sie überwiegend negativ ausfiel — den weiteren Aufstieg dieser Partei begünstigt: Fünf Prozent im Februar, sechs Prozent im März und zehn Prozent Zustimmung im April — das war die Antwort auf die im Politbarometer des ZDF gestellte Frage „Welche Partei gefällt Ihnen am besten?" Danach jedoch setzte ein Abstieg ein: im Mai noch sechs Prozent und im Juni unmittelbar nach der Wahl und trotz ihres Erfolges knapp sechs Prozent. Diese Daten stützen den Eindruck,

⋮

daß der Europawahlerfolg der Republikaner durch eine überdurchschnittliche Mobilisierung ihrer Anhänger bedingt ist. Die Tatsache, daß 24 Prozent der Bundesbürger und immerhin 16 Prozent der SPD-Anhänger den Einzug der Republikaner ins Europaparlament begrüßen, zeigt jedoch, daß trotz einer wieder wachsenden Zufriedenheit sowohl mit der Regierung als auch mit der Bonner Opposition nach wie vor ein beachtliches Protestpotential existiert.

Wolfgang G. Gibowski und Matthias Jung, die Autoren dieses Beitrags, sind Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim

DIE ZEIT 30.06.89

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CV

Einen Wendepunkt markiert Hoyerswerda weniger, weil dort ein paar Dutzend jugendlicher Fremdenhasser mit Stahlkugel- und Brandflaschen-Attakken auf Asylanten- und Gastarbeiterquartiere ein Fanal des Fanatismus gesetzt haben. Viel schlimmer: Tausende von erwachsenen Bürgern haben, trotz oder wegen jahrzehntelanger stereotyper DDR-Erziehung zur „Völkerfreundschaft", die kriminellen Angriffe schweigend geduldet, wenn nicht gar johlend begrüßt (siehe Seite 41).

Daß sich obendrein die Behörden des Landes Sachsen als unfähig erwiesen, die attackierten Quartiere zu schützen, und statt dessen die Bedrohten evakuierten; daß Dresdens christdemokratischer Ministerpräsident Kurt Biedenkopf auf die Krawalle mit der Forderung reagierte, den Sachsen sollten künftig halt weniger Asylbewerber aus dem Westen zugewiesen werden – das alles illustriert, was Sozialwissenschaftler längst diagnostiziert haben: Aversionen gegen Ausländer sind in Deutschland '91 nicht nur das Defizit einer kleinen radikalen Minderheit.

Daß Hoyerswerda kein Einzelfall, Ausländerfeindlichkeit keine Ossi-Spezialität ist, belegen Umfragen des Emnid-Instituts. Die Bielefelder Demoskopen meldeten im September, daß 21 Prozent der Ostdeutschen und sogar 38 Prozent der Westdeutschen „Verständnis" für jene „rechtsradikalen Tendenzen" bekunden, die das Ausländerproblem allerorten hat aufkommen lassen (SPIEGEL 38/1991).

⋮

Die Angst von Zukurzgekommenen, ihre karge Sozialhilfe mit immer mehr Neuankömmlingen teilen zu müssen, pubertäre Freude an Krawall und an Tabuverletzung, kleinbürgerliches Spießertum und teutonischer Sexualneid – das alles vermischt sich zu einer Gesinnung, wie sie Reporter der Illustrierten *Extra* dieser Tage nahe Magdeburg im Dorf Zielitz (3000 Einwohner, 72 Flüchtlinge) unter Arbeitslosen und Kurzarbeitern einfingen. Originalton Ost:

> Wat wollen die hier? Die kannste so, wie sie sind, in ein Paket schnüren und wieder wegschicken. Die wohnen besser als wir. Wir bezahlen für die, und dann schnappen sie uns Deutschen noch die Jobs weg.
>
> Uns geht's beschissen, werden alle arbeitslos. Ich bin auf Kurzarbeit, bringe mich und meine beiden Kinder mit 804 Mark durch. Und jetzt holen die noch Ausländer rein.
>
> Ich glaube ja, daß es denen dreckig geht, aber jetzt sind wir erst mal selbst dran.
>
> Die Schwarzen. Bei denen gibt es einen Kameltreiber. Hat wahrscheinlich im Heim drei Frauen, und hier fickt er die letzte Unke aus dem Dorf.

⋮

Rings um die Bundesrepublik sind nahezu alle Staaten dabei, die Schotten dichtzumachen. Überall grassiert Furcht vor weiterer Zuwanderung, bisweilen Fremdenhaß wie in Hoyerswerda.

In Frankreich lieferten sich in den Vorstadt-Gettos um Paris Skinheads und Araberbanden nahezu täglich blutige Gefechte. Allein in den letzten vier Jahren sind dort 20 Ausländer, vorwiegend Nordafrikaner, von weißen Rassisten ermordet worden.

Nachdem in einigen Pariser Vororten der rechtsradikale Front national bei Lokalwahlen bis zu 50 Prozent der Stimmen kassiert hat, fordert nun Ex-Präsident Giscard d'Estaing Vorkehrungen gegen die, wie er es nennt, „Invasion der Immigranten" (siehe Seite 262). Potentiellen Flüchtlingen unter den Transit-Flugpassagieren wird schon jetzt verwehrt, französischen Boden zu betreten, damit sie nicht Asyl begehren können.

Auch in der Schweiz, die mit 16,9 Prozent – abgesehen von den Zwergstaaten – den höchsten Ausländeranteil Europas verzeichnet, häufen sich neuerdings Sprengstoff-, Schußwaffen- und Brandflaschen-Anschläge auf Asylantenheime. Umfragen zufolge befürworten 60 Prozent der Eidgenossen den Einsatz von Soldaten an der Grenze, um illegale Einwanderer abzuwehren.

Die meisten Italiener applaudierten im Sommer der Zurückweisung der albanischen Flüchtlingsschiffe (deren Passagiere, wenn sie Bremerhaven statt Bari angesteuert und Asyl verlangt hätten, in Deutschland aufgenommen worden wären). Die Halbinsel sieht sich obendrein, ebenso wie Spanien und Frankreich, illegalem Zuzug aus den afrikanischen Mittelmeerstaaten ausgesetzt, wo einer EG-Studie zufolge im Jahr 2000 rund 100 Millionen Menschen unterhalb des Existenzminimums leben werden.

Wie in Italien, wo Neofaschisten immer mal wieder mit Eisenstangen und Baseballschlägern auf Farbige einschlagen, wächst der Fremdenhaß selbst in einstmals so weltoffenen Regionen wie den Benelux-Ländern oder Skandinavien.

Aus Belgien meldete vorigen Monat die Deutsche Presse-Agentur: „Eines der liberalsten Asylgesetze Europas wird verschärft", aus Holland: „Das Traumziel Asylsuchender zieht die Bremse an", aus Stockholm: „Auf leisen Sohlen verläßt Schweden seine liberale Asylpolitik."

Im ausländerfreundlichen Schweden, wo bereits auf 61 Einwohner ein anerkannter Flüchtling kommt, attackierten Fremdenfeinde Heime in Stockholm, Malmö und anderswo. Weil der Unmut wächst, läßt die schwedische Regierung zunehmend Ausländerfamilien abschieben. Dänemark fängt Schlepper und Geschleppte an der jütländischen Südgrenze unbarmherzig ab und steckt Asylbewerber ohne Paß einfach ins Gefängnis.

Mit schärferen Gesetzen will auch Großbritannien, wo sich die jährliche Asylantenzahl binnen zwei Jahren vervierfacht hat, dem Asylantenzuzug begegnen. Wer über andere EG-Länder einzureisen versucht, soll schon an der Grenze zurückgewiesen werden.

Liberale Kommentatoren reagieren auf solche Pläne mit dem Vorwurf, London betreibe „eurozentrischen Rassismus". Doch die konservative Regierung zeigt sich unbeeindruckt, sie steht unter wachsendem Druck: Pro Jahr zählt die Polizei in den Slums britischer Großstädte bis zu 60 000 Angriffe auf Farbige; Hilfsorganisationen rechnen mit einer zehnmal so hohen Dunkelziffer.

In England schwindet wie in Frankreich der Glaube, die europäischen Staaten könnten zum Schmelztiegel für Zuwanderer aus aller Welt werden. „Wir können die Probleme Kalkuttas nicht lösen, indem wir Kalkutta nach Europa umsiedeln" – diese Einsicht französischer Parlamentarier ist, so scheint es, europaweit mehrheitsfähig.

Der Spiegel; 40/91; S.30 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Die Dresdner Vorstadtsiedlung Gorbitz, Heimat für 40 000 Menschen, besteht fast vollständig aus Plattenbauten vom Wohnblocktyp „WBS 70". Mitten in der Platten-Öde hat der Jugendklub „Espe" seine Räume.

Einmal in der Woche versammelt dort Lutz Kronenberger, 27, eine Hundertschaft Jugendlicher aus den umliegenden Wohnblocks um sich. Der junge Mann weiß, wie man die Vorstadtjugend auf Trab bringt: Früher war er FDJ-Sekretär eines volkseigenen Betriebes.

Die Treffen, die der Aktivist nun organisiert, nennen sich „Kameradschaftsabende". Der Geist, auf den Kronenberger seine Leute bei Schulungen, Waldwanderungen und Wehrsportübungen einschwört, ist die Ideologie eines neuen Nationalsozialismus. Die neue Rechte formiert sich ganz offen in den Elendssiedlungen des deutschen Ostens. Allein die „Kameradschaft" in Dresden-Gorbitz hat 300 Mitglieder. Autonome Rechtsgruppen mit Jungvolk in Kampfjacken und Knobelbechern und jeweils Hunderten von Anhängern gibt es außer in Dresden inzwischen auch in Eberswalde, Arnstadt und Guben („Gubener Heimatfront").

Bei Kameraden wie Kronenberger und seinen Jungs hat sich angesichts von „Frust daheeme" (Kronenberger), Arbeitslosigkeit und Verarmung im deutschen Osten eine gefährliche Mischung aus Gefühlssozialismus und Pfadfinderromantik entwickelt. Die Ahnung, von sozialem Aufstieg im einigen Vaterland abgekoppelt zu sein, läßt das Gewaltpotential unter rechtsorientierten Jugendlichen vor allem im Süden der Ex-DDR anwachsen.

•
•
•

Die Drift junger ehemaliger DDR-Bürger nach Rechtsaußen droht sich zu verstärken, wenn sich Befürchtungen bewahrheiten, daß im Herbst vielerorts nicht einmal jeder dritte Jugendliche eine Lehrstelle bekommen wird und zugleich Mieterhöhungen die soziale Situation weiter verschärfen.

„Die Stimmung im Osten Deutschlands", so der DDR-Bürgerrechtler Jens Reich vom Bündnis 90, sei „heute ähnlich der zur Zeit der Wirtschaftskrise 1929", als Hitlers NSDAP und SA überraschend massenhaft Zulauf in Deutschland bekamen. Die einst als „Ostzone" geschmähte DDR droht nach dem Ruin des Realsozialismus zur Braunzone zu verkommen.

Eine wesentliche Ursache für den Rechtsdrall im deutschen Osten liegt neben der wachsenden Arbeitslosigkeit und sozialen Entwurzelung vieler ostdeutscher Jugendlicher in der jüngsten Vergangenheit. Das „antifaschistische" System der SED war selbst undemokratisch und förderte Untertanengeist und sturen Gehorsam. Der autoritäre Überwachungsstaat der SED, so Jugendforscher Wolfgang Brück, habe „treibhausmäßig" rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen hervorgebracht.

Die „weitgehende Abschottung der DDR-Bevölkerung gegenüber anderen Völkern, Kulturen und Lebensweisen", so der Berliner Extremismusforscher Norbert Madloch, produzierte in der alten DDR eine „latente Ausländerfeindlichkeit". Dieser Ausländerhaß steht in keinem Verhältnis zur Zahl der in der Ex-DDR lebenden Ausländer, die prozentual nur ein Achtel so groß ist wie im Westen Deutschlands.

•
•
•

Bereits vor der Wende bekannten sich sechs Prozent der DDR-Jugendlichen zu einer rechtsradikalen Haltung, wie von der SED geheimgehaltene Untersuchungen des Leipziger Instituts für Jugendforschung belegen. Mehr als die Hälfte der jungrechten Ostdeutschen sind Facharbeiter und stammen aus jener „Arbeiterklasse", die das SED-Regime jahrzehntelang vergebens umwarb.

•
•
•

Zulauf haben die Republikaner in der Ex-DDR vor allem von früheren Volkspolizisten, die ausnahmslos der SED angehörten. „Selbst ehemalige SED-Funktionäre unterer Ebenen", weiß der stellvertretende sächsische Rep-Vorsitzende Winfried Petzold, 48, halten es in manchen Fällen schon mehr mit Schönhuber als mit Honecker.

An den „ehemaligen Genossen, die sonst keiner haben will", hat auch Kühnen-Spezi Heinz Reisz großes Interesse. In Cottbusser Kneipen debattieren ehemalige NVA-Offiziere und gestrandete Stalinisten mit jungen Neonazis schon mal über Nation und Sozialismus. „Sie sind Sozialisten, wir auch", sagt Reisz respektvoll.

Die Idee ist nicht ganz neu. „Die Extreme", wußte der um Überläufer von links bemühte NSDAP-Propagandist Joseph Goebbels schon 1925, „berühren sich." ◄

Der Spiegel; 22/91; S.78 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CVII

Die Sache mit Liebknecht und Luxemburg; Ein anderes Deutschland; Verlag f.Literatur u. Politik GmbH; S. 291 f. --> CVIII

Staat und Faschismus

Die Sache mit Liebknecht und Luxemburg

Otto Runge
1919

Der Jäger Otto Runge hatte sich auf Befehl seiner Vorgesetzten an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts beteiligt. Er legte später im Gefängnis das folgende Geständnis ab, das von den Justizbehörden allerdings nicht zur Kenntnis genommen wurde und zum ersten Mal 1920 in einer Berliner Zeitung veröffentlicht wurde. Der Vorgesetzte Kriegsgerichtsrat Jorns sorgte dafür, daß die wegen „versuchten Totschlages" bzw. „Wachvergehens" und „Beseiteschaffung einer Leiche" Verurteilten mit falschen Pässen aus Berlin verschwinden konnten. „Jorns hat sich während seiner langjährigen hiesigen Tätigkeit als kenntnisreicher, zuverlässiger, tüchtiger Arbeiter durchaus bewährt und zeigt insbesondere für die Bearbeitung politischer Sachen hervorragendes Verständnis und tiefstes Taktgefühl" – mit dieser Begründung wurde Jorns im Jahre 1925 zum Oberstaatsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig befördert. 1936 wurde er von Hitler zum Reichsanwalt beim Volksgerichtshof berufen.

Am 15. Januar 1919 wurde ich abends zwischen 7 und 9 Uhr als Posten vor das Hauptportal des Eden-Hotels zusammen mit dem Jäger zu Pferde Dräger kommandiert. Gegen 9 Uhr wurde alles laut und kam in Erregung, weil es hieß, Liebknecht und Luxemburg seien eingeliefert. Ich erhielt sofort mehrere Befehle von Offizieren und Wachtmeistern und es wurde bemerkt, daß diese Bande das Eden-Hotel nicht wieder lebend verlassen dürfe.
Was die Sache Liebknecht anbetrifft, hatte ich strikten Befehl von Offizieren, diesen Lumpen niederzuschlagen mit dem Kolben an der Stelle, wo er herauskommt. Ich war neu und konnte die Offiziere nicht erkennen, sah aber nachträglich, daß die meisten meine Mitangeklagten waren. Was die Luxemburg anbetrifft, kamen Offiziere zu mir und sagten, ich gebe Ihnen den Befehl, daß die Luxemburg das Eden-Hotel nicht mehr lebend verläßt, merken Sie sich das! Kapitänleutnant von Pflugk-Harttung schrieb sich meinen Namen auf und sagte zu mir: „Sie wird Ihnen ja durch den Oberleutnant Vogel in die Arme geführt, so daß Sie nur zuschlagen dürfen." Als Luxemburg ins Auto gezerrt wurde, sprang beim Abfahren noch einer hinten auf und schoß Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf, was ich genau in der kurzen Entfernung sehen konnte. Er sprang dann ab und ging von der Nürnberger Straße ins Eden-Hotel zurück. (...)
Inzwischen waren die anderen zurückgekommen und brüsteten sich: Liebknecht haben wir eine gebrannt. Es wurde eine Panne markiert und so die Flucht künstlich herbeigeführt. Das hat mir auch Oberleutnant von Rittgen später in der Untersuchungshaft noch einmal gesagt, er sagte auch, er habe das Knarren der Pistolen gehört. Über Luxemburg hieß es: „Die alte Sau schwimmt schon."
Über meine Flucht habe ich folgendes zu sagen: Ich wurde anfangs im Eden-Hotel von allen beglückwünscht und mir wurde gesagt, Ihnen passiert nichts, dafür werden wir schon sorgen. Sie kommen nach ein anderes schönes Städtchen und es wird für Sie gesorgt. Als ich eines Abends von Posten kam und durch den Zoo ging, kam mir Leutnant Liepmann mit dem Jäger Friedrich entgegen. Leutnant Liepmann sagte zu mir: „Na, Mensch, Sie suche ich schon lange. Sie müssen fort, Sie müssen flüchtig werden, sonst fliegen wir alle ins Zuchthaus."
Auch meine sämtlichen Vorgesetzten vom Jägerregiment zu Pferde drangen auf mich ein, daß ich flüchtig werden müsse. Leutnant Liepmann brachte mich dann vom Werbebüro aus zu dem Husaren-Regiment Nr. 8. Ich verständigte auch da sofort meine Vorgesetzten eingehend über die Mordsache und wurde sofort als ein Held angesehen. Eines Tages im Januar oder Anfang Februar 1919 war ich mit dem Reinigen der Gulaschkanone beschäftigt. Es kamen zwei Kinder auf den Hof, wo die Gulaschkanone stand, und sagten: „Husar Runge soll auf die Straße zu einem Soldaten kommen." Ein Unteroffizier kam mir entgegen und sagte: „Runge, ich bin auf Befehl hierher geschickt worden vom Adjutanten der 8. Husaren, Freiherrn von (Name unleserlich im Brief). Er hat den Haftbefehl gegen dich, du sollst verhaftet werden, das darf nicht sein. Hier ist die Abschrift vom Haftbefehl." Er gab mir 240 M. und einen Militärfahrschein nach Köln.
Ich setzte sofort meinen Rittmeister davon in Kenntnis, wurde gelohnt und der Rittmeister Weber sagte, ich soll machen, daß ich fortkomme, mich aber im Eden-Hotel noch einmal melden. Was ich auch tat. Im Eden-Hotel ging die Sache weiter, es wurde mir gesagt, der Haftbefehl wird nicht eher losgelassen, bis Sie fort sind. In meine Wohnung wurden mir 4000 M. gebracht und ein Zettel, ich solle nach Prag fahren und mich auf dem deutschen Konsulat bei dem Konsul Schwarz zur weiteren Beschäftigung melden. Das verweigerte ich, weil ich keinen Auslandspaß hatte. Ich wurde dann 4 Tage in der Wohnung des Leutnants Liepmann in der Kurfürstenstraße gefangen gehalten, bis es den Leuten auffällig wurde. Dann erhielt ich einen Militärfahrschein nach Flensburg und falsche Papiere, die mir bei meiner Verhaftung abgenommen wurden.

Ein anderes Deutschland; Verlag f. Literatur u. Politik GmbH; S. 291 f.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CVIII

Polizei

Leiden und Schweigen

Mit großer Akribie ermittelten Staatsschutz und Staatsanwalt in Nordrhein-Westfalen gegen einen unliebsamen Polizeibeamten.

An einem grauen April-Tag machte der Wuppertaler Polizeiobermeister Dirk Geitebrügge, 34, unverhofft Bekanntschaft mit der Staatsmacht – von der anderen Seite aus.

Am Rande der Demonstration gegen eine Großveranstaltung der Republikaner in Wuppertal beobachtete der Beamte, der an diesem Tag Urlaub hatte, einen Zwischenfall: Ein Passat-Lenker fuhr mit seinem Wagen nah an eine Gruppe von Protestierern heran. Als einige Demonstranten auf das Auto eintrommelten, fuhr der Fahrer mit durchdrehenden Reifen los, der Wagen touchierte eine Bekannte Geitebrügges.

Empört über die Attacke, stürmte der Polizist nach vorn, riß die Fahrertür auf und versuchte, den Zündschlüssel abzuziehen. Das rief seine uniformierten Kollegen auf den Plan, die bis dahin tatenlos zugesehen hatten.

Auf den vermeintlichen Gewalttäter prügelten die Beamten mit dem Gummiknüppel ein, dann brachten sie ihn, obwohl sie ihn inzwischen als Polizisten erkannt hatten, in Handschellen aufs Präsidium.

Dort wurde der bestens bekannte Kollege nicht nur erkennungsdienstlich behandelt und fürs Verbrecheralbum fotografiert, sondern auch bis auf die Unterhose leibesvisitiert. Kripo-Kollegen ermittelten gegen ihn, die Staatsanwaltschaft klagte ihn wegen Beleidigung („du Sau") und versuchter Nötigung des Passat-Lenkers an.

Die zunächst veranlaßte Suspendierung vom Dienst wurde zwar in eine Versetzung nach Remscheid umgewandelt. Doch eine avisierte Beförderung wurde bis heute verschoben, und noch immer, zweieinhalb Jahre nach dem Vorfall, schwebt ein Disziplinarverfahren über Geitebrügge.

Am Beispiel des jungen Polizisten zeigt sich, daß linker Ideen verdächtige Beamte innerhalb der Polizei kaum auf Sympathie hoffen können. „Der ist blind verfolgt worden", glaubt der Burscheider Anwalt Bernhard Rüsch, „und ich fürchte, das hängt mit seinem Engagement bei den Kritischen Polizisten zusammen."

Diese kleine Gruppe von Beamten, die immer wieder mal Mißstände in den Sicherheitsbehörden öffentlich macht, stand vor einigen Jahren unter dem Schutz des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD). Und noch immer betont Schnoor-Sprecher Johannes Winkel, „so ein kritischer Geist" sei „uns tausendmal lieber als die, die immer nur leiden und schweigen".

Geitebrügge aber erlebte nur Ablehnung, wenn er nicht schweigen wollte – etwa, als er am Lenkrad eines zivilen Streifenwagens ein aufgekritzeltes Hakenkreuz entdeckte und den Fall vorschriftsgemäß seinen Vorgesetzten meldete. Weil nichts geschah, erstattete der Beamte, nach einem Besuch in Wuppertals israelischer Partnerstadt Beerscheba gegen Antisemitismus sensibilisiert, schließlich Strafanzeige gegen Unbekannt.

Doch der Wuppertaler Staatsschutz stellte das Verfahren ein: Bei einem Polizeiauto sei der „Tatbestand der Öffentlichkeit" nicht gegeben – was den geschichtskundigen Beamten Geitebrügge in der Auffassung bestärkte, „die Ignoranz" dieser Behörde sei „beispiellos".

Akribisch ermittelten die Staatsschützer hingegen, nachdem der kritische Polizist bei der Anti-Rep-Demo festgenommen worden war. Ein Paar Lederhandschuhe habe Geitebrügge, so die Polizei-Logik, in der „Absicht" bei sich getragen, „die Handschuhe zur Begehung von Straftaten nutzen zu wollen" – in Wirklichkeit, so der junge Familienvater, habe er sich bei der Reparatur eines Kinderwagens nicht die Hände schmutzig machen wollen.

Die gefährliche Fahrt des Passat-Fahrers Otto Bönnemann, 54, hingegen blieb ohne strafrechtliche Konsequenzen, nachdem mehrere Zeugen ihren Parteifreund entlastet hatten. Bönnemann, Lehrer an einer Aachener Gewerbeschule, war im Oktober 1989 bei der Kommunalwahl Spitzenkandidat der Republikaner, später wechselte er zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat", die im Verfassungsschutz-Bericht als rechtsextrem ausgewiesen ist.

Weil der Passat im Anschluß an die waghalsigen Fahrmanöver von wütenden Randalierern beschädigt wurde, will Bönnemann sich nun an dem couragierten Polizeiobermeister schadlos halten. Der habe schließlich, so die Argumentation der Bönnemann-Anwälte, die Sachbeschädigung mit zu verantworten.

Davon war allerdings im Strafverfahren gegen Geitebrügge, das schließlich gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt wurde, nicht die Rede: Dort wurde der Vorwurf der Sachbeschädigung gar nicht mehr erhoben.

Für „absurd" hält Geitebrügges Anwalt Rüsch die Forderung des Rechtsextremen über knapp 7000 Mark. Er pocht „zur Entlastung meines Mandanten" darauf, daß die Polizei nach den spurlos verschwundenen Videoaufnahmen sucht, die der Mönchengladbacher Beweissicherungstrupp vom Geschehen vor der Wuppertaler Stadthalle gemacht haben soll.

Viel Grund zur Hoffnung besteht da nicht. Die Aufnahmen dürften, so die lapidare Polizei-Auskunft an die Zivilrichterin, „vernichtet worden sein".

Der Spiegel; 49/92; S.123 f.

Die Schlachten um die Startbahn West in Frankfurt oder um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf haben die Staatsmacht nicht so ins Hintertreffen gebracht wie der Volkszorn gegen die Asylantenheime. „Noch nie haben Politik und Polizei der gewalttätigen Mißachtung, Zerstörung und Verhöhnung der Elementarwerte des Rechtsstaats so tatenlos zugesehen", bilanziert die *Süddeutsche Zeitung*.

Seit Monaten läßt sich der Rechtsstaat von einem gewalttätigen rechtsradikalen Jugend-Mob so gnadenlos vorführen, daß manche sich schon an den Anfang vom Ende der Weimarer Republik erinnert fühlen. Für einen Teil der in der Bundesrepublik lebenden Menschen ist das Recht auf Würde und Unversehrtheit ihrer Person außer Kraft gesetzt.

•
•
•

Es gibt keine Geheimwaffe gegen die Gewalt von rechts. Das Phänomen läßt sich nur mit konventionellen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen.

So wie es möglich war, über Wochen und Monate Atomkraftwerkbaustellen vor linken Demonstranten mit Polizei-Hundertschaften abzuschirmen, lassen sich auch Asylantenheime schützen. So wie es möglich war, jugendliche Demonstranten, die Molotowcocktails gegen Polizeibeamte warfen, wegen Mordversuchs anzuklagen, können Ermittler auch gegen Randalierer von rechts vorgehen.

Wenn sie es nur wollten. Doch eine merkwürdige Mischung von Unfähigkeit und Kumpanei der Polizei mit den Tätern ermutigt die Krawallmacher zu neuen Taten.

Es komme vor, berichtete ein Polizist auf einer Veranstaltung in Hamburg, „daß es bei einer Schlägerei in einem türkischen Lokal auf der Wache heißt, was sollen wir denn da, da sind doch keine deutschen Interessen betroffen". In Hessen meldeten Landesverbände der Republikaner, bis zu 15 Prozent ihrer Mitglieder seien Polizisten.

Der Spiegel; 45/92; S.20 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Der Spiegel; 44/92; S.22 ff.; 45/92; S.17 --> CX

Der alte Mann und das Mädchen

Bastian, Kelly

- Zwei Pazifisten, die für Friedfertigkeit, Gewaltlosigkeit und Menschlichkeit gestritten haben, sollen sich selbst mit einer Waffe getötet haben?
- Zwei Menschen, die sich über viele Jahre beispielhaft um Angehörige und Freunde gekümmert haben, lassen diese urplötzlich hilflos zurück?
- Zwei Politiker, die viele ihrer Willensäußerungen als politische Demonstration und öffentlichen Protest verstanden, scheiden aus dem Leben, ohne ein Zeichen für das Warum zu hinterlassen?

Sofort begannen Boulevard-Zeitungen, das Vakuum zu füllen.

Bild („Eifersuchts-Mord?“) bot als Petra Kellys „letztes Geheimnis“ einen tibetischen Arzt auf. Andere sahen das Grünen-Paar kurz vor dem finanziellen Offenbarungseid – oder als Stasi-Spitzel, die sich vor der öffentlichen Bloßstellung in den Freitod flüchteten.

Richtig ist, daß Petra Kelly in den letzten Monaten Drohbriefe auch von Rechtsradikalen erhielt, in Amerika sogar beschossen worden sein soll, so Tschernosenko, und „seit langem unter Bedrohungsängsten litt“. Ihr Haus im Bonner Stadtteil Tannenbusch war mit einer Alarmanlage gesichert, selbst enge Vertraute bekamen nur Zutritt, wenn sie sich vorher durch ein spezielles Klingelzeichen zu erkennen gegeben hatten. Petra Kelly stand bei der Polizei auf der Liste gefährdeter Persönlichkeiten, Personenschutz lehnte sie jedoch immer ab.

Dennoch gibt es nicht ein einziges Indiz, das für eine Ermordung der beiden Grünen spricht. Im Gegenteil: Bereits wenige Stunden nachdem eine Nachbarin am Montag abend voriger Woche die beiden Leichen in dem zweistöckigen Reihenhaus entdeckt hatte, sah die Bonner Staatsanwaltschaft keinen Anlaß mehr, Ermittlungen gegen Dritte einzuleiten.

Für Kripobeamte wie Staatsanwälte gilt als gesichert, daß der Bundeswehrgeneral a. D. Gert Bastian am 1. Oktober erst Petra Kelly und dann sich selbst erschossen hatte – mit seiner eigenen 38-Millimeter-Pistole, einer zweiläufigen „Derringer Special“.

Petra Kelly lag im ersten Stock auf dem Schlafzimmerbett, als Bastian den sofort tödlichen Schuß dicht an ihrer linken Schläfe ansetzte. Dann, so ermittelte die Bonner Mordkommission, war der Ex-Soldat durch die Schlafzimmertür auf den Flur gegangen und hatte seinem eigenen Leben mit der zweiten Kugel ein Ende gesetzt.

Daß Bastian selbst die tödlichen Schüsse abgab, steht für die Kripo außer Frage. Obwohl die beiden Leichen mehr als zwei Wochen unentdeckt geblieben und stark verwest waren, ließen sich bei Bastian Schmauchspuren an einer Hand nachweisen. Bastian stand aufrecht in dem engen Flur, die Waffe war von oben auf eine Stelle kurz oberhalb der Stirn gerichtet.

„Da hätte man eine Leiter nehmen müssen, um diesen 1,80 Meter großen Mann zu ermorden“, so ein Kripobeamter. Nichts im Haus deute auf einen Kampf hin, Spuren von Einbrechern waren nicht zu entdecken, weder Schmuck, Papiere noch Hausschlüssel fehlten.

Doch auch sonst war wenig zu finden, das die Tat hätte erklären können – kein Abschiedsbrief, keine Tagebuchnotizen, kein Testament oder andere Aufzeichnungen, die das Rätsel lösen könnten:

Von Berlin fuhren Petra Kelly und Gert Bastian am Nachmittag des 30. September mit dem Zug zurück nach Bonn. Vor der Abfahrt hatte Bastian sich für 110 Mark eine Bahncard für Senioren (Gültigkeit ein Jahr) gekauft.

Vor Mitternacht waren sie wieder in ihrem Reihenhaus und begannen, die kargen und rätselhaften Spuren zu hinterlassen, die Kriminalbeamte 19 Tage später fanden. Sie haben nichts verzehrt von den Vorräten im vollgepackten Kühlschrank, kein Geschirr benutzt, nicht einmal einen Kaffee gekocht. Petra Kelly und Bastian haben sich, den Spuren zufolge, ohne viel Verzug zum Schlafen niedergelegt.

Aber nicht für lange. Sehr früh am Morgen des 1. Oktober setzt sich Bastian in Hemd und Hose an seine elektrische Schreibmaschine im unteren Wohnzimmer und beginnt, Briefe zu schreiben. Nichts Ungewöhnliches an sich. Der alte Soldat war Frühaufsteher.

Nicht ungewöhnlich auch die Adressatin des ersten Briefs mit dem Hinweis auf die frühe Stunde. Er ist an seine Frau Charlotte in München gerichtet, die er als verwundeter 22jähriger Leutnant im Frühjahr 1945 in Starnberg geheiratet hatte. Im vertrauten Plauderton schickt er ihr noch einen Gruß, ehe sie in die Ferien fährt, und berichtet ihr mit Genugtuung, daß die *Zeit* seinen Diskussionsbeitrag zum Thema Rechtsradikalismus gedruckt habe. Im SPIEGEL war's der Leserbrief.

Keine gravierenden Mitteilungen, keine besonderen Sorgen – bloß eines jener Schreiben, mit denen er Kontakt hält zu seiner lebensklugen Ehefrau und seinem früheren Leben, ganz offenbar mit dem Einverständnis Petra Kellys. Die Polizei findet das Schreiben im zugeklebten Umschlag, unfrankiert. Dazu einen zweiten Brief, der unvollendet noch in der Maschine steckt und in einem unerheblichen Rechtshandel (Bastian behielt gern recht) an seinen Anwalt in München adressiert ist.

Der Schreiber dieser alltäglichen Zeilen hat nicht nur mitten im Satz, er hat mitten im Wort aufgehört: „müs . . .“ Die Maschine ist noch angestellt, als die Polizei endlich kommt.

Ein Mann, der fingerfertig Maschine schreibt, wird so jäh unterbrochen (oder er unterbricht sich so jäh), daß er statt „müssen“ nur noch „müs“ zu Papier bringt, nimmt seine Pistole und erschießt erst die Geliebte. Dann geht er, obwohl er ein Jahrzehnt lang Petras Nähe suchte, in den Flur und tötet sich selbst.

Der Spiegel; 44/92; S.22 ff.

Kritik an Kripo

Die Legendenbildung im Todesfall Kelly/Bastian geht weiter – trotz der Überzeugung der Bonner Kripo, daß am mysteriösen Tod der beiden kein Dritter beteiligt war. Bonner Freunde von Petra Kelly und Gert Bastian sammeln akribisch Indizien, um den Verdacht eines Mordes an dem Grünen-Paar zu erhärten. Sie fragen sich, ob Bastian, der einen Brief mitten im Wort unterbrach, womöglich durch einen Eindringling aufgeschreckt wurde. Unerklärlich erscheint nämlich, warum die hintere Terrassentür im Bonner Haus lediglich zugezogen, aber nicht verschlossen war – obwohl Kelly und Bastian große Angst vor Einbrechern hatten. Zum Erstaunen der Freunde sieht Mordkommissionleiter Hartmut Otto darin kein Indiz für einen Einbruch, „weil die Gardine ordentlich zugezogen war“. Jeder Einbrecher hätte über die Terrasse ins Reihenhaus hineingehen und zur Haustür wieder hinausgehen können – so der Kelly-Vertraute Lukas Beckmann. Ebensowenig habe die Polizei den Hinweis ernst genommen, kritisiert Beckmann, daß Petra Kelly 1988 in Neapel überfallen worden ist, wobei ihr die Handtasche mit sämtlichen Schlüsseln gestohlen wurde. Die Kripo will in den nächsten Tagen den Fall abschließen und der Bonner Staatsanwaltschaft übergeben. Dort treffen aus der ganzen Welt Anträge ein, die eine erweiterte Untersuchung fordern.

Der Spiegel; 45/92; S.17

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Der Spiegel; 36/2002; S.76ff. --> CX-E1

ITALIEN

V-Männer im Schwarzen Block

Die juristische Aufarbeitung der blutigen Straßenkämpfe beim G-8-Gipfel in Genua enthüllt: Um brutale Prügel-Orgien zu rechtfertigen, haben Italiens Ordnungshüter gelogen und gefälscht.

Es war eine blutige Schlacht. Kiefer splitterten, Arme und Beine brachen, Köpfe platzten auf. Nahkampf-Profis der italienischen Polizei stürmten ein Schulgebäude, in dem junge Menschen aus ganz Europa sich gerade zur Nacht betteten. Die Stadt hatte ihnen das Quartier zugewiesen.

„Wie unter Drogen", sagt ein 21-jähriger deutscher Zivildienstleistender, hätten die Polizisten dort mit ihren Schlagstöcken gewütet. 93 Männer und Frauen wurden aufgegriffen und verhaftet, 62 von ihnen mussten im Krankenwagen abtransportiert werden, viele schwer verletzt auf Intensivstationen.

Trauriger Höhepunkt eines politischen Sommerwochenendes in Genua: Vom 20. bis 22. Juli vorigen Jahres hatten sich die Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrienationen und Russlands zum Meinungsaustausch versammelt. Etwa 300 000 Menschen kamen zusammen, um gegen die Politik der „Großen Acht" zu demonstrieren. Auch die Staatsmacht war mit mehr als 15 000 Soldaten und Polizisten vor Ort. Krawalle wie kurz zuvor beim EU-Gipfel im schwedischen Göteborg sollte es in Genua nicht geben.

Es kam viel schlimmer. Der G-8-Gipfel endete in Straßenschlachten und Gewaltorgien. Über 400 Demonstranten wurden verhaftet, fast 600 verletzt, einer durch eine Polizeikugel getötet. Entsetzt verfolgte ganz Europa das Chaos an den Fernsehschirmen.

13 Untersuchungsverfahren wurden seitdem eingeleitet. Einige davon, vom Parlament oder vom Innenminister initiiert, folgten brav den politischen Vorgaben, dass außer einigen persönlichen „Fehlern und Versäumnissen" (so das Mehrheitsvotum des Parlamentsberichts) in Genua alles seine Ordnung hatte. Schließlich war Vizepremier Gianfranco Fini von der postfaschistischen Alleanza Nazionale seinerzeit selbst im Lagezentrum der Polizei. Und Regierungschef Silvio Berlusconi hatte sogleich unmissverständlich erklärt: „Ich stehe zur Polizei." Drei hohe Offiziere der Genua-Einsatzleitung wurden in andere, gleichrangige Jobs versetzt. Das war's.

Die zuständigen Staatsanwälte machten es sich nicht so einfach. Sie vernahmen Polizisten und Demonstranten, sichteten Fotos, werteten Videos aus und stellten erst einmal das Gros der von der Polizei angestrengten Strafverfahren gegen Teilnehmer der Protestaktionen ein. Nach einem Monat eröffneten sie acht neue Ermittlungskomplexe – gegen 148 Polizeibeamte.

Noch sind die Genueser Amtsjuristen mit ihrer Arbeit längst nicht fertig. Doch schon jetzt brachten sie Ungeheuerliches ans Licht, etwa zum Auftritt der Staatsmacht in der Pascoli-Schule.

Der Einsatz habe gefährlichen, schwer bewaffneten Krawallmachern gegolten, hatten die Behörden ihr rüdes Vorgehen begründet. Polizeifahrzeuge seien zuvor mit Steinen beworfen und während der Aktion 17 Beamte verletzt worden, einer davon beinahe tödlich.

Auf einer internationalen Pressekonferenz präsentierten die Behörden eindrucksvolle Belege: Furchtbare Schlagwaffen wie Spitzhacken und schwere Metallrohre hatten sie im Schulgebäude sichergestellt. Dazu zwei Molotow-Cocktails, benzingefüllte Flaschen mit einer Wirkung fast wie Handgranaten.

Nur, den Vernehmungen und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hielt die amtliche Kriminalstory nicht stand. Stück für Stück kam heraus: Die polizeilichen Beweise waren getürkt, der Anlass für den mitternächtlichen Einsatz war frei erfunden. So gab der Beamte, der den Steinhagel gegen die Polizei im Protokoll persönlich verbürgt hatte, am Ende an, er habe von dem Vorfall nur von einem Kollegen gehört, dessen Name ihm leider entfallen sei.

Die Steine, hätte es sie denn gegeben, wären ohnehin zu spät geflogen. Die Polizeiführung hatte schon am Vormittag die Aktion beschlossen.

Die stolz präsentierten Molotow-Cocktails erkannte der stellvertretende Polizeichef von Bari, Pasquale Guaglione, auf Fotos und Videos wieder. Er selbst hatte sie am Nachmittag in der Stadt, in einem Gebüsch, gefunden und sichergestellt. Ein hochrangiger Polizeioffizier hatte sie am Abend dann eigens zur Schule gebracht, was Amateurvideos belegen. In wessen Auftrag er das tat, ist nicht geklärt. Das Video zeigt nur, wie sich nahezu die komplette Führung des italienischen Sicherheitsapparats die brennbaren Mitbringsel vor dem Einsatz interessiert zeigen lässt.

Auch die Spitzhacken und Metallrohre waren keine Waffen gewalttätiger Demonstranten, sondern Werkzeuge von Bauarbeitern, die während der Sommerferien die Schule renovieren sollten. Sie lagerten in einem verschlossenen Raum, den, wie sich herausstellte, erst die Polizei aufbrach.

Bei der Befragung der 17 angeblich verletzten Polizisten wollten 15 plötzlich keine Aussage mehr machen. 2 gaben an, sie hätten sich durch eine Ungeschicklichkeit selbst verletzt.

Nur der Beamte Massimo Nucera blieb standhaft: Ein Mann habe ihn in der Schule mit einem Messer angegriffen, nur dank seiner kugelsicheren Weste lebe er noch. Der Täter sei leider entkommen, habe aber das Messer fallen lassen. Und der große Schnitt quer durch seine Uniformjacke wurde im Fernsehen als Beweis in Großaufnahme gezeigt.

Ein Gutachten im Auftrag der Staatsanwaltschaft kommt freilich zu dem Schluss, dass diese Geschichte kaum stimmen dürfte. Der Schnitt könne nicht bei einem Angriff entstanden sein, die Jacke müsse auf dem Boden oder auf einem Tisch gelegen haben.

Die Ordnungshüter seien „Opfer gewaltiger Aggressionen" gewesen, hatte Polizeichef Gianni De Gennaro beharrlich behauptet. Es habe der Gewalt bedurft, „um auf die Gewalt zu antworten". Die juristische Aufarbeitung des blutigen G-8-Gipfels zeigt indes ein anderes Bild. Polizeieinheiten haben grundlos geschlagen und getreten, friedliche Demonstranten brutal niedergeknüppelt, arglose Passanten mit Tränengas beschossen.

Nicht nur in der Pascoli-Schule, auch in den Straßen Genuas und in den Zellen der Bolzaneto-Kaserne, in der Demonstranten auf das Übelste malträtiert wurden, hatte der italienische Rechtsstaat sich vorübergehend abgemeldet. Bei manchen Einsätzen führten sich die Ordnungshüter wie Schergen eines Dritte-Welt-Diktators auf.

In Genua seien „die Menschenrechte in

CX-E1

einem Ausmaß verletzt worden", resümierte die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International nach einer Befragung von Zeugen aus 15 Ländern, wie man mit. Ein Foto, verbreitet vom Demo-Veranstalter „Genoa Social Forum", zeigt zum Beispiel eine Gruppe von Männern gegen 16 Uhr an jenem blutigen Samstag auf einer Treppe. Einige sind in unauffälliges Zivil gekleidet, andere schwarz vermummt und mit Stöcken bewaffnet, einer trägt Uniform und Polizeihelm. Einträchtig kommen sie gerade aus einer Carabinieri-Kaserne.

Das italienische Fernsehen zeigte heimlich gefilmte Szenen, in denen sich offenkundige Anarcho-Kämpfer mit Uniformierten treffen, eine Zigarette rauchen, plaudern – und wieder in den Straßenkrieg ziehen.

Auch der Regisseur Davide Ferrario, 46, versichert, er habe traute Zusammenkünfte von Polizisten mit Maskierten, wie sie im Schwarzen Block herumlaufen, beobachtet und teilweise mit einer Videokamera gefilmt, bis er von der Polizei verjagt wurde. Einer der vermeintlichen Straßenkämpfer habe sich sogar „eine Polizeimarke um den Hals gehängt", ehe er sich einem Trupp Uniformierter näherte.

Der damalige Innenminister Claudio Scajola hatte stets behauptet, in Genua habe ein Heer von 5000 Black-Block-Krawallos Krieg geführt. Doch die Staatsanwälte Anna Canepa und Andrea Canciani bestätigten inzwischen nach Auswertung Hunderter von Fotos, Filmaufnahmen und Zeugenaussagen, was viele Beobachter schon vermutet hatten: Der harte Kern zählte kaum mehr als 200 Köpfe.

Die freilich durften ungehindert Teile der Stadt zerstören und in den brennenden Straßen aufreizende Parademärsche mit Trommeln und Fahnen veranstalten. Die Ordnungsmacht griff erst ein, nachdem die Schlägertrupps sich zurückgezogen hatten. Dann schoss die Polizei mit Tränengas in die verbliebene Menge der Demonstranten und knüppelte nieder, was auf den Straßen war, darunter junge Katholiken, die die Globalisierungskritik von Papst Johannes Paul II. nach Genua tragen wollten.

Aber nicht nur die Polizei verhielt sich rätselhaft, auch die militante schwarze Schar agierte ungewöhnlich. Sie attackierte andere Demonstranten und Journalisten und fackelte entgegen ihren sonstigen Allüren und Bekenntnissen nicht nur „Bonzenautos" ab, sondern auch verbeulte Arme-Leute-Karossen.

Vor allem versuchte sie überhaupt nicht, zur verbotenen „Roten Zone" vorzudringen, in der die Staatenlenker speisten und diskutierten. Die vermummten Schläger randalierten in den Außenbezirken und lieferten der Polizei so die willkommenen Anlässe, schon dort gegen Zigtausende Anti-Globalisten vorzugehen – weit entfernt vom Sperrbezirk. Zufall, Unfähigkeit oder Strategie?

Der Spiegel; 36/2002; S.76ff.

ITALIEN

Mussolinis Erben

Mit Heil-Grüßen und Treueschwüren werden Zigtausende Italiener am 29. Juli den Geburtstag ihres „Duce" feiern: Unter der Regierung Berlusconi wird die extreme Rechte gesellschaftsfähig.

Rechts ist wieder in. Zeitschriften und Internet-Seiten verbreiten verstärkt Hoffnung auf eine baldige Rückkehr des „wahren Faschismus". In vielen Kommunalparlamenten paktiert die Regierungskoalition von Ministerpräsident Silvio Berlusconi ganz offen mit Spätfaschisten.

Auch in der Mehrparteien-Allianz, die deutlich die letzten Parlamentswahlen gewonnen hat, weht der Wind kräftig von rechts. Dafür sorgen Männer wie Mirko Tremaglia, Minister für die Belange der ausgewanderten Italiener: Er hat sich als Kämpfer der Nazi-treuen Salò-Regierung (1943 bis 1945) einen Namen gemacht und ist noch heute stolz darauf.

Sein Parteifreund Francesco Storace, Präsident der Region Lazio rund um Rom, ließ im Mai an 50 000 Schulkinder Sets für „den kleinen Patrioten" verteilen. Minister Maurizio Gasparri, zuständig für Kommunikation, kündigte kürzlich an, gezielt „rechte Kulturtalente" zu fördern, um die linke Dominanz in den Schulen und beim Staatssender RAI zu brechen.

Bei der Ausstellung „Rom 1948 bis 1959", Anfang dieses Jahres, musste auf politischen Druck der schon gedruckte Katalog umgeschrieben werden. Nun stehen Sätze darin wie: „Dank der Kultur der Rechten ist Italien noch heute ein gesünderes Land als jene Demokratien, die dem Nihilismus entgegengehen."

Für die Volksgesundheit schlägt sich auch Gianfranco Fini, 50, stellvertretender Regierungschef und wichtigster Koalitionspartner von Premier Silvio Berlusconi. Fini ist im Dunstkreis von Duce-Freunden politisch aufgewachsen, war lange persönlicher Referent von Faschistenführer Giorgio Almirante. „Wie können wir in einer Demokratie Faschisten bleiben?", hatte der einmal rhetorisch seine Parteikameraden gefragt und die Antwort gleich mitgeliefert: „Über dem schwarzen Hemd tragen wir einen Dreiteiler."

Auch Almirantes Schüler und Nachfolger Fini predigte 1987 noch „den Faschismus 2000". Doch Mitte der neunziger Jahre wechselte er, um für Berlusconi koalitions- und damit erstmals regierungsfähig zu werden, das komplette politische Outfit. Seine Partei, Movimento Sociale Italiano (MSI), wurde – bis auf eine kleine Gruppe, die zum alten Namen steht – in Alleanza Nazionale umgetauft und mit neuen ideologischen Überschriften verziert. Fini: „Heute sind wir eine europäische Rechte."

Die bis dahin unberührbaren Mussolini-Erben, mit denen keiner koalieren wollte, wurden dank Finis Wendigkeit zur drittstärksten politischen Kraft Italiens. In diesem Jahr folgte die Anerkennung auf europäischer Ebene: Fini vertritt Italien im Europäischen Konvent, darf die künftige europäische Verfassung mit formulieren. Um in Brüssel nicht anzuecken, will er nun „so nicht mehr sagen", was er zuvor gepriesen hatte: Mussolini sei „der größte Staatsmann des Jahrhunderts" gewesen.

Und wenn ratlose Parteigänger sich bei all den neuen Tönen gelegentlich irritiert fragten, ob Fini wirklich noch auf dem rechten Weg sei, beruhigte sie die Almirante-Witwe Assunta. Sie verstehe ja die Sorge, garantiere aber: „Gianfranco ist immer der Alte geblieben."

Kurz nachdem Berlusconi, Fini und Co. die Macht in Rom übernahmen, bekam der Duce in Predappio, vor seinem Sarkophag, eine „Ehrenwache". Junge Männer, mit

CX-E2

Glatzen und langem schwarzen Umhang, postieren seither in der kalten, muffigen Gruft, in der der Ex-Diktator, mit Vater und Mutter, Frau und Tochter, Schwägerin und Bruder, beigesetzt ist.

•
•
•

Italien hat das faschistische Kapitel seiner Geschichte nie aufgearbeitet, nur verdrängt. Der Abessinien-Feldzug 1935/36, bei dem Tausende Menschen, auch mit Giftgas, hingemetzelt wurden, ist ebenso kollektiv vergessen, wie es die Überfälle auf Albanien und Griechenland sind. Nicht ein einziger italienischer Kriegsverbrecher wurde je verurteilt, fanden Historiker wie Filippo Focardi heraus. So konnte „der Mythos des guten italienischen Soldaten" entstehen, analysierte Lutz Klinkhammer vom Deutschen Historischen Institut in Rom die Legendenbildung.

Mussolinis Armee, schrieb ein Offizier nach dem Krieg, habe stets „das menschliche und loyale Verhalten" gezeigt, „das die lateinische Rasse auszeichnet". Andenkenhändler Pompignoli formuliert es einfacher: „Wir waren auch als Soldaten gute Menschen." Und überhaupt sei der Duce ja nur mit Hitler in den Krieg gezogen, weil der andernfalls „Italien besetzt und daraus ein zweites Polen gemacht hätte". Berge von Büchern habe er, die das „alles beweisen". Von Mussolinis Rassengesetzen 1938, vom italienischen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 an der Seite von Francisco Franco, von Geiselerschießungen und Deportationen – massenhaft durch Dokumente etwa im New Yorker Uno-Archiv belegt – findet sich darin eher nichts.

•
•

Als Italiens aktueller Regent Silvio Berlusconi kürzlich in Pratica di Mare, wo die Nato-Staaten und Russland sich feierlich zusammentaten, vor Journalisten die drei Ideologien aufzählte, die für das große Leid des vorigen Jahrhunderts verantwortlich seien, fielen ihm Kommunismus und Nationalsozialismus ein. Dazu „statalismo", worunter er die staatliche Gängelei von Wirtschaft und Bürgern versteht. Das Wort Faschismus kam Berlusconi nicht über die Lippen. HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Der Spiegel; 30/2002; S.108f.

EXTREMISMUS

Rambo vom Amt

V-Männer des Verfassungsschutzes waren an exponierter Stelle in die Produktion von Neonazi-Rock eingebunden. Den Behörden droht ein neuer Geheimdienstskandal.

•
•
•

Die hervorragende Quellenlage bringt die Behörden jetzt in erhebliche Erklärungsnot: Die Dienste haben offenbar über Jahre hinweg beste Informationen über die gefährlichsten Bands der radikalen Rechten zusammengetragen – ohne sie den Strafverfolgern zu melden. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt deshalb inzwischen sogar gegen einen brandenburgischen V-Mann-Führer wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt – ein höchst ungewöhnlicher Vorgang und eine schallende Ohrfeige für den Nachrichtendienst.

Der neuerliche Skandal setzt nicht nur den märkischen Verfassungsschutzchef Heiner Wegesin unter Druck. Den durch die Pannen im NPD-Verbotsverfahren ohnehin angeschlagenen Diensten droht auch eine Neuauflage der Diskussion über die V-Mann-Problematik: Was dürfen der Verfassungsschutz und seine staatlich alimentierten Gewährsmänner? Und wann muss das Treiben gestoppt werden?

Im Fall Landser wurde die Grenze wohl überschritten. Bei Vertrieb und Produktion des „Soundtracks zur arischen Revolution" (Eigenwerbung), auf dem unter anderem zum Mord an Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg aufgerufen wurde, saßen die Informanten der Geheimdienste an entscheidenden Stellen.

V-Mann Nr. 1, eine der besten Quellen der Verfassungsschützer, war in zentraler Rolle in den „Landser"-Vertrieb eingebunden. Auch bei der Produktion des bislang letzten Hetzwerks „Ran an den Feind" spielte der Top-Mann eine führende Rolle. Behelligte ihn die Polizei, tönte der Spitzen-Spitzel schon mal „Ihr könnt mir gar nichts" – bis ihn die Beamten ohne Rücksicht auf seine Feierabend-Karriere hochnahmen. Er sitzt mittlerweile eine Haftstrafe ab.

Ein zweiter Zuträger, diesmal des Brandenburger Verfassungsschutzes, will ebenfalls mitgewirkt haben. Er sei an der Herstellung des CD-Beihefts beteiligt gewesen, räumte der Cottbusser Toni S., 27, am vergangenen Mittwoch in einer mehrstündigen Vernehmung ein.

Beide informierten über Jahre hinweg penibel über die radikale Musikszene, deren zentrale Bedeutung für den braunen Sumpf unbestritten ist. Alle Experten halten es für vordringlich, dieses Rekrutierungsbecken für den Neonazi-Nachwuchs trockenzulegen. Doch das viele Wissen führte selten zu Verfahren, die Geheimen berauschten sich an der Exklusivität ihrer Erkenntnisse. Die mochten sie nicht einmal mit der Polizei teilen: Bei Anfragen nach Bandmitgliedern wurde den Kollegen schon mal ein falscher Name genannt.

Dennoch flog S. schließlich auf. Am 20. Juli nahm die Berliner Polizei den Brandenburger Aktivisten unter dem Vorwurf fest, auch an Produktion und Vertrieb von Platten einer weiteren Untergrund-Band der rechtsextremen Szene beteiligt gewesen zu sein. „Noten des Hasses" nannte die aus militanten Neonazis rekrutierte Gruppe „White Aryan Rebels" ihr Machwerk, auf der Michel Friedman mit dem Tod bedroht wird. In der Haft outete sich S. als Spitzel der Behörden.

Beschuldigt ist auch der offenbar verantwortliche V-Mann-Führer Manfred M., wegen seiner wenig sensiblen Art „Rambo vom Amt" genannt. Er soll seinen Konfidenten gedeckt haben. Die Aufklärung gestaltet sich allerdings schwierig: Der als schreibfaul geltende Beamte soll die Akten nur lückenhaft geführt haben.

Das Misstrauen der Berliner Staatsanwälte geht so weit, dass sie die Geheimdienstkollegen aus Brandenburg ausdrücklich nicht über die Ermittlungen informierten – aus Angst, die Verfassungsschützer könnten Spuren verwischen.

Mehrfach hatten die Fahnder Ende Mai Telefongespräche zwischen dem V-Mann und seinem amtlichen Counterpart belauscht, bei denen der V-Mann sich über die dauernden Observationen beklagt hatte. Er möge sich keine Sorgen machen, soll daraufhin der behördenintern „M. M." gerufene V-Mann-Führer sinngemäß seinen besten Mann beruhigt haben. Sein Chef habe schließlich gute Beziehungen.

Diese Offenheit kann nun den Chef, also Brandenburgs obersten Verfassungsschützer Wegesin, den Job kosten. Eigens beorderte der im Urlaub weilende Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) seinen Behördenleiter zur Krisensitzung. Denn die guten Beziehungen haben schon mal brem-

CX-E3

send gewirkt. Von der ersten CD der „Rebels“ hatte V-Mann S. zwischen 600 und 800 Stück verschickt. Als die Polizei im März 2001 bei einem Potsdamer Neonazi mehrere der CDs beschlagnahmte, fand sich auf einem der Beweisstücke auch ein Fingerabdruck von Toni S. Nach einer Intervention des märkischen Geheimdienstes wurde das eingeleitete Ermittlungsverfahren aber nicht weiter verfolgt.

Für Mitte August hat die Berliner Staatsanwaltschaft jetzt den V-Mann-Führer unter seinem Decknamen Dirk B. vorgeladen. Die Ermittler sind fest entschlossen, den Beamten anzuklagen, wenn sich genug Beweismaterial ergibt. „Ein Nazi und ein Verfassungsschützer nebeneinander auf der Anklagebank“, stöhnt ein Insider. „Schlimmer könnte es wirklich nicht kommen.“ HOLGER STARK

Der Spiegel; 33/2002; S.49

CX-E4

4.2.0.0.4. Dieselben Mechanismen im Ausland

Der Spiegel; 04/91; S.262 ff. --> CXI

Dieselben Mechanismen für die nationalen und rassischen Konflikte im Ausland

Frankreich

Betteln vor den Moscheen

Aus Angst vor dem Demagogen Le Pen rücken auch bislang gemäßigte Politiker nach rechts.

Stürmt die Oper an der Bastille", forderte der Volksaufwiegler von den Bauern, die am vergangenen Sonntag ihr Vieh in die Hauptstadt treiben wollten, um gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren.

Das moderne Kulturhaus sei nichts anderes als „die Bastille der Neuzeit", ein Symbol für die geistige Diktatur, die Frankreichs „marxistische" Intellektuelle über das Volk ausübten.

Jean-Marie Le Pen, Führer des rechtsextremen Front national (FN), schreckt vor keiner Übertreibung zurück, solange seine Ausfälle ihm Schlagzeilen sichern. Für die Sowjetführer forderte er ein Nürnberger Tribunal; ein Gericht in Versailles verurteilte ihn zu Wiedergutmachung in Höhe von 1,2 Millionen Francs, weil er Auschwitz als ein „Detail" in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs abgetan hatte. Am liebsten aber schürt er den Haß gegen die Einwanderer, die Frankreich angeblich überfremden.

Henri Emmanuelli, Führungsmitglied der Sozialistischen Partei, sieht in dem Demagogen „die Inkarnation des Faschismus". Die Ideologie des Front national beschrieb der sozialistische Abgeordnete Christophe Cambadélis als „Nationalpopulismus".

Doch alle Warnungen und Anklagen konnten das Phänomen Le Pen nicht beseitigen. Der FN-Führer, der den etablierten Parteien schon seit acht Jahren zusetzt, erscheint heute stark wie nie.

Erziehungsminister Lionel Jospin fürchtet gar „eine Rückentwicklung zu Zeiten und Versuchungen, die wir längst überwunden glaubten". In seinem soeben erschienenen Buch „L'Invention du possible" (Die Erfindung des Möglichen) warnt er vor Le Pens Anziehungskraft auf breite Schichten, vor allem Kleinbürger: „Diese Krankheit muß ernst genommen werden."

Meinungsforscher sagen den „Lepenisten", die bisher nur mit einem Sitz im Parlament vertreten sind, 15 bis 20 Prozent der Wählerstimmen voraus.

•
•

Gleichwohl zwingt er mittlerweile seine Gegner im konservativen Lager offen zur Anpassung nach rechts. Der einstige Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der Gaullisten-Führer Chirac, beide Rivalen für eine Präsidentschaftskandidatur 1995, sind dabei, den Extremisten „so weit rechts zu überholen", wie Le Pen spottet, „daß ich jetzt im Zentrum stehe".

Der Konservative Giscard erregte mit einem Plan Aufsehen, für den der sozialistische Ex-Premier Michel Rocard nur ein Wort übrig hatte: „ungeheuerlich".

Giscard hatte einen der geheiligsten Grundsätze des französischen Rechts in Frage gestellt: Durch eine „Invasion" von gebärfreudigen Einwanderermassen bedroht, dürfe Frankreich nicht mehr, wie seit über hundert Jahren üblich, allen auf französischem Boden geborenen Kindern automatisch Anspruch auf die französische Staatsbürgerschaft geben. Das „Recht des Bodens", so der in Koblenz geborene Giscard, müsse durch das „Recht des Blutes" (die Abstammung von mindestens einem französischen Elternteil) abgelöst werden.

•
•
•

Durch die Übernahme der Thesen des Front national haben die Konservativen Le Pens Rabauken-Truppe aus der ideologischen Isolation befreit. Mit demonstrativ scharfen Attacken auf die Einwanderer nützen Opposition und Regierungspolitiker Le Pen, statt ihm, wie eigentlich beabsichtigt, Wähler zu entziehen.

Chirac beklagte öffentlich „Geräusche und Gerüche" der Fremden und hetzte die Franzosen mit einer – unwahren – Geschichte über einen Gastarbeiter auf, der angeblich 50 000 Francs (17 000 Mark) Sozialhilfe pro Monat kassiere, weil er mit drei oder vier Frauen 20 Kinder gezeugt habe.

Für Jean-Marie Le Pen sind die echten Franzosen ohnehin „vom Verschwinden" bedroht, weil moslemische Einwandererfamilien aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten dreimal mehr Kinder kriegen als die Alteingesessenen. „Übrig bleiben wohl nur einige Jüngere", so die Zukunftsvision des FN-Führers, und „die werden überleben, wenn sie am Freitag vor den Moscheen hocken und betteln". ◄

Der Spiegel; 04/91; S.262 ff.

SOWJET-UNION

Alles brennt

Pogrom in Mittelasien: Die Schuld daran trägt Stalin.

Der Kunde auf dem Basar von Kuwassai war Georgier und sprach türkisch – ein Landfremder, obwohl vom Ort, auch Moslem wie sie selbst, erkannte die usbekische Marktfrau. Sie hob sogleich den Preis für ihre Erdbeeren an. Als der Käufer das zu teuer fand, meinte die Usbekin, dann solle er sich seine Ware sonstwo kaufen.

Der Mann, ein einst aus dem Kaukasus heimatvertriebener Angehöriger des Turkvolks der Meßcheten, warf ihr die Ware ins Gesicht. Da schlugen junge Usbeken zu, Meßcheten schlugen zurück – ein Völkerhaß brach aus, der lange schon im Fergana-Tal geschwelt hatte. Seit einem Jahr prügeln sich Angehörige beider Nationalitäten in Kuwassai bei jeder Gelegenheit.

Schon am 26. April waren dort zwei Usbeken verwundet worden. Der Redakteur der Ortszeitung behauptete, die Meßcheten hätten Gerüchte in Umlauf gesetzt, die Usbeken, meist Bauern, wollten alle Meßcheten töten. Die sind, meist Händler, unbeliebt. Eine Woche nach dem Erdbeerstreit, am vorletzten Sonnabend, tobten 400 arbeitslose junge Leute, vielleicht betrunken oder high, mit Eisenstangen, Knüppeln und Ketten durch die Straßen von Taschlak, dem nächsten Ort. Mit Benzinflaschen zündeten sie ganze Häuserreihen an – dort, wo Meßcheten wohnten. Die Marodeure schlugen Dutzende tot, verletzten Hunderte, steinigten und vergewaltigten.

Auch in der Stadt Komsomolski brannten sie die Häuser der Meßcheten nieder. Der Aufruhr erfaßte das ganze Fergana-Tal. In der Stadt Kokand wurden ein Polizeirevier und das Gefängnis gestürmt, Häftlinge befreit und Waffen geraubt.

Hunderte kamen in Haft. Dennoch bekam eine Division der Sondertruppen

Pressestimmen zeigen
"Die Wurzeln der Herrschaft".

des Innenministeriums mit 12 000 Soldaten die Lage nicht in den Griff. 13 Polizisten und mehrere Parteifunktionäre fanden den Tod. „Tausende und Abertausende von Häusern stehen in Brand", meldete im fernen Moskau der usbekische Volksdeputierte Rachmatullo Achmedow, „überall Rauch, alles brennt."

Bis vorigen Freitag waren mehr als ein halbes Tausend Häuser zerstört, acht Fabriken, mehrere Schulen und Parteibüros, in denen Meßcheten Zuflucht gesucht hatten. 300 Autos und Busse brannten aus. Die Zahl der Toten stieg auf über 80, die der Verletzten auf 800.

Polizeioberst Boris Michailow: „Pogrom." 11 000 Meßcheten wurden zu ihrem Schutz in Militärlagern untergebracht und bewacht.

Schon beim Zusammentreten des Volksdeputiertenkongresses vor knapp drei Wochen hatten die Sprecher der Meßcheten das neue Parlament um Hilfe gebeten: Sie wollen nach Hause, nach Georgien, von wo sie einst – keineswegs freiwillig – gekommen waren.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, am 15. November 1944, hatte es dem großen Umsiedler Stalin gefallen, etwa 180 000 von Türken einst islamisierte Georgier direkt von der türkischen Grenze zu evakuieren. Es folgte eine sowjetische Pressekampagne gegen die Türkei. Sie deutete darauf hin, daß der siegreiche Kriegsherr die Stunde für geeignet hielt, sich aus dem Nachbarstaat, der auch 1944 Hitler den Krieg noch nicht erklärt hatte, ein Stück herauszuschneiden.

Noch ehe er den Plan wieder aufgab, sicherte Stalin den Aufmarschraum durch Deportation der unzuverlässigen Sowjet-Türken aus dem Grenzgebiet Meßchetien. Sie wurden nach Mittelasien verbracht, nach Usbekistan, die meisten in die Hungersteppe, andere ins fruchtbare Fergana-Tal, das wie ein Wurmfortsatz in das arme Bundesland Kirgisien hineinreicht.

•
•
•

Die Umgesiedelten aus Südgeorgien mußten als Zwangsarbeiter in der Steppe Bewässerungskanäle graben, rund 50 000 Meßcheten starben dabei. Die Überlebenden sollten ein ethnisches Gegengewicht zu den einheimischen Turkvölkern bilden: Stalins Nationalitätenpolitik gründete sich nach dem Motto „Teile und herrsche" auf örtliche Zwietracht, bei der nur die Sowjet-Knute Frieden stiften kann.

•
•
•

In Usbekistan herrscht seit langem hohe Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot ist groß, es gibt kein Bauland mehr. Dank der Geburtenfreude der Asiaten und der industriellen Unterentwicklung sind in der Seidenstadt Margilan (125 000 Einwohner) 10 000 vor allem junge Leute ohne Job, darunter 3000 Meßcheten.

Der Spiegel; 24/89; S.157 f.

Usbeken stürmen Polizeistationen

„Elendes Leben Ursache für Unruhen"

MOSKAU, 9. Juni (AP/Reuter). Die blutigen Unruhen in der Sowjetrepublik Usbekistan greifen um sich. Aufgebrachte Menschenmengen stürmten nach einem Bericht der Regierungszeitung „Iswestija" Polizeistationen und andere Behördengebäude, um an Waffen zu kommen. Die Zahl der Todesopfer ist laut „Istwestija" auf mindestens 80 gestiegen, über 800 Menschen sind verletzt, 300 festgenommen worden. Mehr als 550 Häuser, 40 „Volkswirtschaftsobjekte" und fast 300 Fahrzeuge wurden angezündet. Am Freitag abend kam es zu neuen Ausschreitungen, als ein bewaffneter Mob schießend durch das Stadtzentrum von Kokand zog. Im Kongreß der Volksdeputierten in Moskau wurden am Freitag elende Lebensbedingungen als wahre Ursache der Unruhen angeprangert.

•
•
•

Die Führung Usbekistans verlangte am Donnerstag in nichtöffentlicher Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten in Moskau, daß in der Unruheregion Fergana das Militär weitgehend die Kontrolle übernimmt. Abgeordnete teilten mit, es solle eine „Sondersituation" ausgerufen werden, ein fast kriegsähnlicher Ausnahmezustand. Der Aufruf wurde nach Angaben von Deputierten von mehreren usbekischen Abgeordneten unterstützt.

Der Deputierte Adil Jakubow, Vorsitzender des usbekischen „Schriftstellerverbandes, zeichnete am Freitag in einer Rede im Kongreß ein düsteres Bild vom Leben in Usbekistan: Die früheren Negersklaven der amerikanischen Baumwollplantagen seien besser ernährt worden als die Männer und Frauen, die heute auf den Baumwollfeldern Usbekistans unter glühender Sonne und in Kontakt mit gefährlichen Pflanzenschutzmitteln arbeiteten. Junge Usbeken, sagte er, seien so unterernährt, daß viele nicht in die regulären Streitkräfte aufgenommen, sondern an die Baueinheiten abgegeben würden.

Jakubow stützte die These usbekischer Nationalisten, daß die den Usbeken von Moskau aufgezwungene Baumwollmonokultur die Bevölkerung davon abhalte, für die eigene Ernährung zu produzieren. Das Drängen auf eine Erhöhung der Baumwollerzeugung habe die Betriebe gezwungen, die Umwelt mit Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln zu verseuchen. „Unsere Region steht am Rande einer ökologischen Katastrophe", warnte er.

FR 10.06.89

WESTAFRIKA

Schäbige Apartheid

Uralt-Haß zwischen schwarzen Sklaven und ihren Ausbeutern führte zu Massakern in Mauretanien und im Senegal.

Der westafrikanische Senegal hatte für Einwanderer lange Zeit hohe Anziehungskraft: politisch stabil, die Einheimischen freundlich und weltoffen, der freien Marktwirtschaft zugetan.

Vor allem Europäer und Libanesen ließen sich im Senegal nieder. Aus dem nördlichen Nachbarland Mauretanien zogen an die 300 000 Menschen in den Senegal; überwiegend hellhäutige Mauren arabischer und berberischer Abstammung, die als Krämer und Händler mittlerweile 80 Prozent des dortigen Kleinhandels kontrollieren. In teilweise winzigen Läden, oft nur in wackeligen Bretterverschlägen, versorgen sie die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Zigaretten, Seife, Kerzen und Propangas.

Vorletztes Wochenende war es jäh vorbei mit dem friedlichen Nebeneinander: Trotz Ausgangsverbot zogen Tausende junge Senegalesen durch die Hauptstadt Dakar und plünderten Geschäfte und Buden mauretanischer Händler. Doch dabei blieb es nicht: Bewaffnet mit Messern, Stöcken und Äxten machten sich die marodierenden

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CXII

Horden über die Ladenbesitzer und deren Familien her. Die Polizei in Dakar zählte Hunderte Verletzte und 56 Tote – allein 13 Mauretanier waren von den Vandalen an einem Tag zu Tode gesteinigt worden.

Den gewalttätigen Ausschreitungen im Senegal waren ebenso grausame Massaker in Mauretanien vorausgegangen – gegen die etwa 30 000 Senegalesen, die sich im Lande niedergelassen hatten.

„Sie sind einfach in unser Haus eingedrungen, haben dann unseren gesamten Besitz rausgetragen und die Männer mit Äxten und Buschmessern ermordet", berichtet die senegalesische Hausfrau Djenabe Ba. Sie gehörte mit ihrem zweijährigen Kind zu den ersten 160 Flüchtlingen, die über eine internationale Luftbrücke von Mauretanien nach Dakar geflogen wurden. Gleichzeitig transportierten französische, marokkanische und spanische Militärmaschinen Tausende Mauretanier aus Senegal zurück in ihre Heimat.

Die plötzliche Welle von Haß und Gewalt zwischen den Völkern Senegals und Mauretaniens – bis zum vergangenen Wochenende gab es auf beiden Seiten fast 500 Todesopfer – hat historische Wurzeln. Am Südrand der Sahara, der geographischen Nahtstelle zwischen dem „weißen", arabischen, Teil des Kontinents und Schwarzafrika, schwelt ein uralter Rassenkonflikt, der in letzter Zeit durch massive wirtschaftliche Probleme angeheizt wurde.

Der Wüstenstaat Mauretanien, viermal so groß wie die Bundesrepublik und erst 1960 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen, wird vom maurischen Bevölkerungsteil in strengen hierarchischen Strukturen beherrscht. Die schwarze Urbevölkerung – Angehörige der Tukulör-, Soninke- und Wolof-Stämme – stellt etwa die Hälfte der zwei Millionen Einwohner, ist jedoch im eigenen Land diskriminiert. Schlecht vertreten in Armee und Regierung, haben sie in dem ohnehin bitterarmen Mauretanien keinerlei Aufstiegschancen. Viele von ihnen dienten und dienen den herrschenden Mauren als Sklaven – noch heute gibt es in Mauretanien, wo die Sklaverei offiziell schon dreimal, zuletzt 1980, abgeschafft wurde, illegale Menschenmärkte.

Aber auch Senegalesen wurden von den Mauren stets als Billigst-Arbeitskräfte oder Leibeigene ausgebeutet. Mauren besitzen sämtliche Konzessionen für Fischfang und Eisenerzabbau, die wichtigsten Industriezweige Mauretaniens. Seit einem mißlungenen Putschversuch der Schwarzen gegen ihre verhaßten hellhäutigen Herrscher hat sich ihre Lage noch weiter verschlechtert. Das Magazin „Africa International" urteilt: „Das Feudalsystem der Mauren hat eine schäbige Apartheid installiert."

In Mauretanien droht durch das unaufhaltsame Vordringen der Sahara selbst das fruchtbarste Gebiet, das Bekken des Senegalflusses, zu versteppen. Seit dem Bau zweier Staudämme und den dazu gehörenden Bewässerungsanlagen sind die Mauren immer tiefer in die traditionellen Siedlungsgebiete der schwarzen Stämme eingedrungen und bedrohen mit Enteignungsverfahren und erzwungenen Landkäufen die Existenz der Einheimischen sogar bis auf die andere Seite des Flusses.

Es war denn auch ein Streit um Weiderechte zwischen mauretanischen Hirten und senegalesischen Bauern, bei dem ein mauretanischer Grenzposten zwei Senegalesen erschossen hatte, der den Anlaß für die Plünderungswellen und Massaker in den beiden Ländern lieferte. Das Abschlachten, Ende vergangener Woche durch internationale Vermittlungen erst einmal gestoppt, kann jederzeit wieder ausbrechen. An Hauswänden in der Hauptstadt Nuakschott tauchten Parolen auf wie: „Mauretanien ist schlimmer als Südafrika." Das Magazin „Africa International": „Die schwarze Bombe tickt." ◆

Der Spiegel; 19/89; S.177

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

4.3. Psychologisches Identifikationsproblem

Die materielle Verarmung ist jedoch nicht, wie aus meiner verkürzten Faschismustheorie entnommen werden könnte, der einzige Grund für die Ausbildung von Nationalismus und Rassismus, wobei gerade von den Bürgerlichen die Unterschiede im Reichtum verschiedener Staaten gerne mit den Unterschieden in den Arbeitsleistungen der Völker begründet werden, was auch schon eine Form des Rassismus darstellt und auf die Verschleierung der wirklichen Ursachen der Armut zielt. Das, was allerdings mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ist, daß eine Verarmung die Bereitschaft breiter Bevölkerungsteile weckt, über neue Wege zur Verhinderung einer weiteren Verarmung nachzudenken, da diese bis an die materielle Schmerzgrenze führen kann. Mit zunehmender materieller Verarmung wird daher die Bereitschaft wachsen, sich extremen Positionen, die eine allgemeine Verbesserung der eigenen Lebensposition versprechen, zuzuwenden, so daß die extremen Gruppierungen einen steigenden Zulauf erhalten. Welchen Bewegungen sich die Menschen anschließen, ist abhängig vom vorherrschenden ideologischen Bewußtsein einer Zeit. Dies erklärt, warum sich mit der materiellen Verarmung weite Bevölkerungskreise in den ideologisch unterschiedlichen faschistischen, leninistischen, marxistischen, islamfundamentalistischen (usw.) Rangfolgeorganisationen sammeln und revoltieren. Äußerst auffällig ist, daß diese Organisationen, in denen sich die Menschen zusammenschließen, immer (bis auf wenige Ausnahmen, z.B. Spanien, 1935) ein straff strukturiertes Rangordnungsgefüge mit ausgeprägten Führerpersönlichkeiten besitzen. Es stellt sich also die Frage: Warum streben die Menschen neben einer allgemeinen wirtschaftlichen Verbesserung, die bis hin zum Umbruch des gesamten Wirtschaftsgefüges reichen kann, nie eine wirklich politische Umwälzung an, so daß auch das in Ränge aufgegliederte politische Herrschaftsgefüge zugunsten einer Basisdemokratie beseitigt wird?

Die Antwort liegt in den materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen begründet, die ein extrem starkes psychologisches Moment erzeugen, wobei auch hier die Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit eine außerordentlich große Rolle spielt. Zur Erklärung des psychologischen Moments muß ich etwas weiter ausholen.

Früher lebte der Mensch schöpferisch durch seine Umwelt. Alles, was er zum Leben benötigte, fand er direkt in der Natur. Durch sein schöpferisches Werken verbesserte er seine Lebenssituation in erheblichem Maße. D.h., daß er durch sein eigenes schöpferisches Handeln seine Umwelt nach seinen eigenen Anforderungen gestaltete und veränderte, so daß sie für ihn den größten Nutzen

brachte, womit er über die schöpferische Veränderung seiner Umwelt und der Verbesserung seiner eigenen Lebenssituation zum Menschen wurde. Durch die schöpferische Gestaltung seiner Umwelt erkannte er sich in seiner Lebenswelt wieder, so daß er sich mit ihr als ein Teil seines Wirkens identifizieren konnte. Er ging also in seiner Umwelt auf, weil sie ein Teil seines Wirkens war, er sein Leben und sein Handeln direkt durch die Natur erklären konnte und sich selbst somit über die **Wirkung seiner Arbeit** definierte.

Dieses Verhältnis zu seiner eigenen Lebenswelt und zur eigenen Arbeit änderte sich mit dem aufkommenden Handel und der entstehenden Arbeitsteilung, d.h. mit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft und ihren gesellschaftlichen Vorläufern. Heute verrichten die Menschen nur noch irgend eine eintönige, sich wiederholende Tätigkeit, ohne Blick für das Ganze oder eine Idee, welchen Wert ihre Arbeit für die Funktion der Gesellschaft besitzt. D.h., sie verfolgen ihre Arbeit nicht mit dem Ziel, ihre eigene Lebenswelt durch ihr eigenes schöpferisches Gestalten nach ihren eigenen Bedürfnissen direkt zu verändern, sondern sie arbeiten für irgendeinen abstrakten Tauschwert, über den sie die Güter ihres täglichen Lebensbedarfs erwerben können. Durch die fehlende geistige Anteilnahme sowie der fehlenden Herausforderung, an der Gestaltung seiner eigenen Lebenswelt aktiv und schöpferisch teilzunehmen, entsteht keine gefühlsbezogene Bindung zur eigenen Arbeit und Umwelt. Eher entsteht durch die Monotonie der Arbeit und ihren stumpfen Wiederholungen das Gefühl der Ablehnung, Abwehr und Gleichgültigkeit, welches wiederum zu einem geistigen Abschalten führt. D.h., der **Mensch verliert die Beziehung zum Sinn seiner Arbeit**, die ihn nur noch in wenigen Ausnahmefällen interessiert.

Zu den schlimmsten Folgen gehört, daß das Bewußtsein, durch die eigene Arbeit seine eigene Lebenswelt und somit seine eigene Lebenssituation verbessern zu können, verkümmert. Der Mensch verliert also die Fähigkeit, Probleme durch das eigene Nachdenken und das Vertrauen in die eigene Überlegung und Urteilskraft zu lösen. Denn die Erfahrung hält nur Erinnerungen bereit, in denen über eine indirekte Handlung ein kaum faßbarer Mechanismus in Gang gesetzt wurde, der schließlich die eigene Lebenssituation verbesserte, womit durch die fehlende Erfahrung auch die Fähigkeit zur direkten Handlung erlischt. Hierüber könnten wir beispielsweise auch die Neigung unserer Gesellschaft zum Stellvertretertum erklären, da die Menschen unterbewußt immer erwarten, daß von irgendeiner Seite Mechanismen in Gang gesetzt werden und sie hierauf kaum einen Einfluß haben. Daß unsere Demokratie in der BRD als Parlamentarische (Stellvertreter-) Demokratie und nicht als Basisdemokratie organisiert ist, wäre ein Beispiel hierfür.
Eine weitere Folge ist, daß sich die Menschen aus ihrer güterwirtschaftlichen Arbeit heraus, sofern sie in diesem Bereich noch tätig sind, nicht mehr mit ihren Gütern identifizieren können, weil sie nicht mehr von Anfang bis Ende an ihrer

Entstehung teilnehmen. Sie entwickeln also im allgemeinen weder ein tieferes Verhältnis zum produzierten Gut noch zu ihrer Umwelt, weil sie selbst nur für einen Tauschwert und nicht für bestimmte Güter arbeiten, so daß sie ihr Verhältnis zu einem Gut nur noch über den Tauschwert erklären, wobei "sein Wert" hier zum Tauschwert wird. D.h., der Mensch wird vom **Produkt seiner Arbeit entfremdet**, weil er die Güter nicht mehr mit dem direkten Ziel herstellt, seine Umwelt nach seinen Bedürfnissen mitzugestalten.

Da der Mensch die **Beziehung zum Sinn seiner Arbeit** verlor, sich vom **Produkt seiner Arbeit entfremdete** sowie sein Leben und Handeln nicht mehr durch die von ihm direkt veränderte Umwelt erklären und sich selbst somit nicht mehr über die **Wirkung seiner Arbeit** definieren kann, benötigt er eine Ersatzidentifikationsmöglichkeit, die er nun in Äußerlichkeiten zu suchen beginnt. Hiermit sind wir bei der schlimmsten Folge von Handel und Arbeitsteilung, sprich der bürgerlichen Ideologie und dem Taylorismus, angelangt. Durch Handel und Arbeitsteilung entsteht eine neue Orientierung, durch die sich ein Mensch indirekt wieder über seine Arbeit definieren kann.

> **Da angesichts von Not und Armut allgemeingültige Tauschwerte zum unverzichtbaren Mittel zur Besorgung aller lebensnotwendigen Güter wurden, werden Wert und Ansehen einer Arbeit von dem Preis bestimmt, den sie auf dem Markt einbringt.**

D.h., daß auch dem Menschen, der eine Arbeit ausführt, über den Preis für seine Arbeit eine entsprechende Anerkennung von der Gesellschaft zuteil wird, so daß über unterschiedliche Preise eine mit einer bestimmten Anerkennung verbundene Rangordnung entsteht.

> **Der Mensch definiert sich also nicht mehr durch seine Freude am schöpferischen Werk seiner Arbeit, sondern über den Preis für seine Arbeit und die mit der materiellen Stellung verbundenen Anerkennung, womit das Streben nach Aufstieg und das hiermit verbundene Herrschaftsstreben ursächlich entstehen.**

Das Aufstiegsgerangel und das durch die materielle Besserstellung für eine Arbeit in Gang gesetzte Herrschaftsstreben ist somit sehr eng mit dem Handel und dem unternehmerischen Denken, sprich der bürgerlichen Logik, verbunden. Die Rangordnung in Verbindung mit der Verfügungsgewalt über die Gesellschaft entsteht also durch den Handel und der mit dem Handel entstehenden Verfügungsgewalt über Eigentum, so daß die Rangordnung immer Ausdruck einer im

Werden begriffenen oder einer schon bestehenden bürgerlichen Gesellschaft ist, die ihren höchsten Ruhepunkt logischerweise im Monopolkapitalismus bzw. im Absolutismus findet.

> Bestätigt und verstärkt wird das Rangordnungssystem innerhalb der Gesellschaft durch die stets sichtbare Verbindung von höherem Lohn für eine Arbeit höheren Ranges, so daß die Menschen (ausgehend von der bitteren materiellen Not in der untersten Schicht der Weltbevölkerung) im Preis für eine Arbeit höheren Ranges leicht eine Ersatzidentifikation finden, zumal diese für das eigene Leben eine relative materielle Absicherung bewirkt, womit das überall sichtbare Streben nach Herrschaft durch die Einnahme eines höheren Ranges erklärbar ist.

Allein dieser Grund macht die Menschen bei wirtschaftlichen Krisen anfällig für hierarchisch und somit autoritär gegliederte Schutzbünde, in denen sie durch ihren Rang materielle Besserstellung und Anerkennung erlangen und sich nicht allein durch ihr Können und Wissen Ansehen und Gehör verschaffen. D.h., daß Teile der Bevölkerung mit dem Beginn der Krise hierarchisch gegliederte, nationalistische, rassistische oder faschistische Schutzbünde bilden, da diese wegen der Übertragung der bürgerlichen Ideologie und der Logik des Naturrechts auf den Konkurrenzkampf zwischen den "Völkern" das naheliegendste Mittel darstellen und den Eindruck erwecken, sowohl die existentiellen Grundlagen der unteren Schicht als auch die Herrschaftsinteressen der mittleren und oberen Ränge, d.h. Mittelstand und Geldbürgertum, wirksam schützen zu können. Die herrschende Klasse wird vor allem nationalistische und faschistische Strömungen fördern, da sie durch diese ihre Herrschaft erweiteren kann und diese Bewegungen einen wirksamen Schutz gegen soziale Bewegungen darstellen. Dies ist die Ursache von Nationalismus, Rassismus und Faschismus.

Für das Entstehen von einer breiten sozialen Bewegung als Massenbewegung läßt sich sogar sagen, daß diese immer dann entstand, wenn die breite Masse keine Möglichkeit mehr besaß, ihre materiellen Lebensgrundlagen zu sichern und eine Aufwertung der eigenen Arbeit durch einen höheren Preis unumgänglich wurde. D.h., daß die Menschen versuchten, sich einen höheren Rang zu verschaffen, um ein materielles Auskommen zu finden. Erreichten sie dies, so war der soziale Friede wiederhergestellt, weil sie einen Rang einnahmen, unter dessen Lebensbedingungen sie leben konnten.

Für den Kommunismus läßt sich sagen, daß er über einen Gründungsmechanismus, der einen Handel und eine Rangordnung vorsieht, nicht zu erreichen ist. Denn die mit den höheren Rängen verbundene Verfügungsgewalt wird immer wieder eine materielle Besserstellung der höheren Ränge hervorrufen (wobei sie sich ihre materielle Besserstellung aufgrund ihrer Verfügungsgewalt selbst zuspielen), was wiederum das Herrschaftsstreben der Menschen verursacht, ver-

stärkt und schließlich dazu führt, daß die höheren Ränge zur Sicherung ihrer Herrschaft bewußt zur materiellen Ungleichbehandlung der unteren Gesellschaftsschichten und Ränge greifen, die bis hin zur totalen Verarmung und Not reichen kann (siehe z.B. bolschewistische Herrschaftspolitik nach der Russ. Revolution). Aus diesem Grund sind die von Marx und Lenin vorgeschlagenen Gründungsstrategien zu verwerfen, da sie das psychologische Moment, das über den Preis für eine Arbeit entsteht, außer Acht lassen und übersehen, daß Rangordnung, materielle Besserstellung und Handel untrennbar miteinander verbunden sind und sogar ursprünglich aus dem Preis für eine Arbeit hervorgehen.

> **D.h., daß eine in Rängen aufgebaute Organisation wegen der ideologischen Kopplung von höherem Rang und materieller Besserstellung immer wieder zu einer autoritären Klassengesellschaft und zum Monopolkapitalismus führen wird.**

Aus den genannten Gründen gelange ich zu dem Ergebnis, daß sich vor einer echten wirtschaftlichen und politischen Umwälzung erst die Lebens- und Arbeitsbedingungen eines erheblichen Teiles der Bevölkerung durch basisdemokratisch selbstverwaltete anarcho-kommunistische Genossenschaften verändern müssen und jede andere Massenorganisation, gerade wegen der heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der hiermit verbundenen Vorstellung von Rangordnung, Verfügungsgewalt und materieller Besserstellung, scheitern wird.

> **Denn der Grund, warum gerade die bürgerlichen Menschen mit einer geld- und entlohnungsfreien Gesellschaft soviel Probleme haben, ist, daß sie sich selbst über den Preis für ihre Arbeit definieren und der Preis sogar bestimmt, welchen Wert und Rang sie innerhalb der Gesellschaft besitzen.**

D.h., das Problem mit dem Anarcho-Kommunismus ist ein psychologisches, welches in der Definition der eigenen Person über den Preis für die eigene Arbeit begründet liegt. Die Bürgerlichen können nicht verstehen und nicht glauben, daß ein Anarcho-Kommunismus funktioniert, weil sie hiermit sich selbst sowie ihren Selbstwert in Frage stellen und nach einer neuen Identifikation, einem neuen Wert und einem neuen Verhältnis zu ihren Mitmenschen suchen und finden müßten. Dies ist das Problem, das Marx, Lenin etc. übersahen und dessen Bewältigung zum Anarcho-Kommunismus führt.

4.4. Loyalitätserhaltung und Nationalismus

Kommen wir nun zu den Folgen, die sich aus den Einsichten in "Staat, Eigentum und Herrschaft", die "innere Dynamik eines Handelsraumes", "Herrschaft, Staat

und Faschismus" und "Das "psychologische Identifikationsproblem" für unser Leben nach dem Zusammenbruch der "kommunistischen" Parteienherrschaft im Ostblock ableiten lassen und für die nächsten 30-50 Jahre weltpolitisch bestimmend werden.

Spätestens mit dem 2.Weltkrieg entwickelten die Gesellschaftsplaner des Westens eine weltweite Strategie, den Kommunismus zu besiegen. Dies geschah in der Erkenntnis, daß jeder weitere Kampf zwischen den Gruppen der Gesellschaftsplaner den Kommunismus seinem Ziel näher bringen würde. Die Gesellschaftsplaner des Westens erkannten, daß die einzige Methode, die im Kampf gegen den Kommunismus zum Erfolg führen konnte, die Herstellung des Sozialen Friedens und die Anhebung des Lebensstandards in den Kernländern ihrer politischen Herrschaftsräume war, insbesondere aber in allen Staaten, die an das "kommunistische" Herrschaftsgebiet grenzten (Frontstaatenideologie). Im Zuge dieser Entwicklung entstand der Marshallplan zum Wiederaufbau West Europas, insbesondere aber West Deutschlands. Auch das Aufstreben verschiedener "Entwicklungsländer" zu Schwellenländern, die bezeichnender Weise alle an das "kommunistische" Herrschaftsgebiet grenzen, ist auf die Systemkonkurrenz von Ost und West zurückzuführen, wobei dieses Aufstreben erst durch die Systemkonkurrenz möglich wurde. Hiermit ist auch geklärt, warum die Milton Friedman Wirtschaftstheorie (Chicago Boys) nur in den Frontstaaten zum kommunistischen Herrschaftsgebiet funktionieren konnte, anderswo versagte und ein halbes dutzend Länder wie Chile, Argentinien, Venezuela oder Mexiko ruinierte.

Mit dem scheinbaren Zusammenbruch der "kommunistischen" Parteienherrschaft in der UdSSR in Verbindung mit dem nicht zu erschütternden Herrschaftsgefüge Chinas entsteht eine neue Situation, in der auch der Kartellkapitalismus des Westens auseinanderbricht. Die weltweite Überproduktionskrise, die zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des östlichen Monopolkapitalismus führte, sowie die massive Anhebung der Produktivität durch die neuen Vollautomatisierungstechnologien zwingt die informellen Gruppen der westlichen Gesellschaftsplaner in einen Verdrängungskampf, da die Überproduktionskrise die wirtschaftliche Grundlage ihrer politischen Herrschaft gefährdet. Denn die Folge der weltweiten Überproduktionskrise ist, daß zur Beibehaltung des Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage der Produktionsumfang zur Verringerung des Angebots zurückgeschraubt wird. D.h., zur Aufrechterhaltung des Herrschaftsgefüges der Gesellschaftsplaner müssen Fabriken geschlossen werden, so daß die Arbeitslosigkeit auch in Kernländern ihrer politischen Herrschaftsgebiete steigt. Eine steigende Arbeitslosigkeit bedeutet jedoch zunehmende soziale Spannungen, die die Herrschaft der Gesellschaftsplaner in den verschiedenen politischen Herrschaftsgebieten gefährden. Diese Gefährdung der Gesellschaftsplaner ist die Ursache dafür, daß der westliche Kartellkapitalismus in informelle Gruppen zerfällt, wobei verschiedene informelle Gruppen zur Sicherung ihrer

eigenen Herrschaft und zum Schutz ihrer Industriezentren (die wirtschaftliche Basis ihrer Herrschaft) immer enger zusammenrücken und geschlossen einen gegen die informellen Gruppen anderer Industriezentren gerichteten Verdrängungskampf auf dem Weltmarkt beginnen. Die informellen Gruppen versuchen nun zur Sicherung ihrer eigenen Herrschaft, die Wirtschaftlichkeit ihrer industriellen Komplexe zu vergrößern, so daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben und durch mangelnde Wirtschaftlichkeit nur Fabriken in den Industriezentren der anderen schließen müssen; oder unter Umständen eines der fremden Industriezentren sogar gänzlich zerstört wird. Bewußtes Ziel wird es nun, die Systemkosten eines industriellen Komplexes (zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der hier hergestellten Güter auf dem Weltmarkt) solange zu verringern, bis (wegen des hiermit sinkenden Lebensstandards) eines der gegnerischen Industriezentren im Chaos der entstehenden sozialen Unruhen und Bürgerkriege untergeht. (Siehe näheres im Kapitel: "Innere Dynamik eines Handelsraumes")
Diese Überlegung führt von Handelskrieg zum Wirtschaftskrieg und unter Umständen sogar zur militärischen Auseinandersetzung zwischen den Industriezentren, wobei hierfür die informellen Gruppen der Gesellschaftsplaner wieder irgendwelche ideologischen Gründe zur Verschleierung der tatsächlichen Ursachen vorschieben werden.

Kommen wir zur aktuellen Lage der Dinge. Im weltweiten Ansammlungsprozeß der industriellen Produktionsanlagen und der Verlagerung der Produktion in die Industriezentren sind nur noch drei große Industriezentren übrig geblieben: USA, Kanada; EG; Japan.
Die Vollautomatisierungstechnologien, die durch die Steigerung der Produktivität die Existenz eines Industriezentrums nachhaltig gefährden, sind eng verbunden mit der Entwicklung der Mikroelektronik und Chipherstellung. D.h., wer im alleinigen Besitz der Mikroelektronik ist oder einen großen Entwicklungsvorsprung hat, der ist in der Lage, Produktionsstraßen aufzubauen, in denen kaum noch Menschen arbeiten, kann somit am kostengünstigsten produzieren und alle anderen Anbieter vom Markt drängen. Das Industriezentrum, das sich seinen Entwicklungsvorsprung in der Mikroelektronik dauerhaft sichern kann, besitzt also zwangsläufig die Weltherrschaft, wobei dies unter heutigen Gesichtspunkten Japan sein wird. Andererseits drohen die anderen Industriezentren (USA, Kanada; EG) wegen ihrer veralterten Produktionstechnologien, der Gefahr den Entwicklungsvorsprung nicht einzuholen und der enormen Anhebung der Produktivität Japans auf die Ebene der Entwicklungsländer abzurutschen. Wegen des von Japan massiv betriebenen Protektionismus, hohe Zölle für europäische Produkte auf dem japanischen Markt, und der drohenden Gefahr des

Niedergangs der eigenen Industriezentren, die alleine gegen die wirtschaftliche Macht Japans unterliegen müssen, werden die informellen Gruppen der verbliebenen Industriezentren (USA, Kanada; EG) in nächster Zukunft zu einem Euroamerikanischen Block (Atlantische Gemeinschaft) zusammenrücken! Japan wird im Gegenzug, um die militärische Überlegenheit des Euroamerikanischen Blocks auszugleichen, mit den umliegenden Schwellenländern einen Asiatischen Block bilden, zu dem auch China gehören wird. China und Japan werden die ideologischen Gegensätze überwinden, Japan weil es einen militärisch starken Bündnispartner sucht, China weil es die wirtschaftlichen Impulse benötigt, um in der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes aufzuschließen (keine Liebesheirat). Zudem steht den Euroamerikanern mit den Japanern ein feudalgesellschaftliches Industriezentrum gegenüber, in dessen strengem hierarchischen System die Hingabe fürs System bis zur Selbstaufopferung für Nation und Kaiser reicht, womit den japanischen Gesellschaftsplanern eine Verringerung der Löhne zur Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sehr leicht fallen wird. Dies ist die Ausgangssituation.

Mit der Gefahr, daß das jeweils eigene Industriezentrum auf die Ebene eines Entwicklungslandes zurückfällt, werden sich die informellen Gruppen der beiden Industriellen Komplexe (Asiatischer Block, Euroamerikanischer Block) zunehmend feindlicher gegenüberstehen. Zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte auf dem Weltmarkt sind beide Industriellen Komplexe gezwungen, ihre Systemkosten zu minimieren, die sich auch auf das einzelne Produkt niederschlagen. Für uns im Euroamerikanischen Block wird dies eine Senkung der Löhne, des Lebensstandards sowie eine Verkleinerung der Institutionen und Abteilungen bedeuten, die sich als parasitärer Gesellschaftskörper um die Produktivkräfte legten, die die güterwirtschaftlich notwendigen Arbeitskraftgrundwerte erzeugen, von denen die Gesamtgesellschaft lebt. (Siehe Kapitel: "Die gesellschaftlichen Geldabzugsapparate") D.h., in nächster Zukunft wird es ein großes Sterben von Unternehmen im Bereich von Banken, Handel und Versicherungen geben, sowie es selbst Herrhausen für die 90er Jahre voraussagte. Hiermit wird es massive Einbrüche im Lebensstandard geben, womit auch die "Loyalitätserhaltung in den Industriegesellschaften", die bisher auf der Frontstaatenideologie basierte, nicht mehr greift und die Gesellschaftsplaner neue Wege finden müssen. Die euroamerikanischen Gesellschaftsplaner werden zur Loyalitätssicherung eine neue Form des Nationalismus fördern, in dem wir z.B. als Deutsche, Franzosen, Engländer, etc. bewußt als Europäer "die Gürtel enger schnallen", um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, wobei wir auf dem Weltmarkt als Nationalstaaten gar keine Chance mehr besitzen. D.h., die Kapitaleigner bedürfen zur Sicherung ihrer Herrschaft den Nationalismus.
Die Universitäten werden in ihrer Funktion zur schnelleren Entwicklung neuer Technologien den Interessen der Gesellschaftsplaner untergeordnet.

Die faschistischen Strömungen werden die Gesellschaftsplaner nur bedingt fördern, und zwar in dem Maße, in dem sie sie zur Niederhaltung der durch die sozialen Unruhen entstehenden Sozialen Bewegungen benötigen. Eine faschistische Staatsdiktatur werden sie meiner Meinung nach nicht zulassen, da dies, wie in der "inneren Dynamik eines Handelsraumes" beschrieben, wegen der Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen langfristig zum wirtschaftspolitischen Untergang ihres Industriellen Komplexes führen würde und sie sich dieser Gesellschaftsdynamik bewußt sind. Denkbar zur Loyalitätserhaltung ist eine Ideenverbindung von Nationalismus und Liberalismus. Ich vermute, daß sie, trotz Senkung im Lebensstandard, über den Nationalismus die liberale Grundstimmung zur eigenen "europäischen Volksgemeinschaft und Heimat" stärken, über die Trutzhaltung gen außen das Gemeinschaftsgefühl fördern, über den gemeinsamen Freiheitswillen gegenüber der äußeren Bedrohung Identifikation mit dem eigenen Industriellen Komplex und somit den technischen Fortschritt anregen werden. Gleichzeitig wird zur Wirkungsgradverbesserung in der industriellen Produktion und zur Systemkostensenkung eine Liberalisierung der Arbeitswelt vollzogen, um beispielsweise durch einen Abbau von Hierarchien und der Übertragung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen eine Identifikation der Arbeiter mit ihrer Arbeit herbeizuführen, wobei hier die Systemkostensenkung und der technologische Fortschritt über die von den Arbeitern kommenden Verbesserungsvorschläge erzielt werden soll. Schlechte Zeiten also für uns Anarchisten, weil nun unsere Erkenntnisse in der Arbeitspsychologie gezielt zur Aufrechterhaltung des Systems genutzt werden.
Denkbar ist auch, daß die Gesellschaftsplaner des Euroamerikanischen Blocks die Arbeitszeit, bei gleichzeitig expansiven Ausbau der Bildungsinstitutionen, erheblich senken werden, um die Grundlagen für einen lebenslangen beruflichen Bildungsprozeß zu legen. In Verbindung mit einer starken allgemeinen Aufwertung technisch-handwerklicher Berufszweige, bei gleichzeitigen drastischem Abbau von Verwaltungs- und Führungshierarchien, könnte dies der Versuch sein, durch einen entstehenden Informationsschub den technologischen Rückstand gegenüber Japan aufzuholen. Möglich ist eine 20-Stunden Arbeitswoche, ohne daß das Herrschaftssystem im geringsten gefährdet wird, da ihr Industrieller Komplex, wie sich aus meinem Buch, "Die 5-Stunden-Woche", ableiten läßt, entsprechende Reserven besitzt.
Ich sehe in diesem Schritt die einzige Chance, mit der die Gesellschaftsplaner wenigstens einen Teil ihrer wirtschaftlichen Macht und politischen Herrschaftsgewalt gegenüber dem Asiatischen Block behaupten können. Sollten sie sich diesem Schritt entziehen und ihre Interessen mit einer Erstarrung der Gesellschaft in ihren Herrschaftsstrukturen durchsetzen wollen, so werden sie innerhalb der inneren Dynamik des Welthandels wegen der Abwanderung der technologischen Spitzenkräfte im nächsten Jahrhundert auf einen zweit- oder drittklassiken Rang zurückfallen, wobei ich eine derartige Entscheidung von Seiten

der Herrschenden Klasse als Anzeichen einer fortgeschrittenen Dekadenz bewerte.

Die Frage, welcher Industrieller Komplex aus diesem Wirtschaftskrieg als Sieger hervorgehen oder ob es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen wird, ist offen. Die mit dem scheinbaren Zusammenbruch der UdSSR beschleunigt vollzogenen Annäherung von Japan und China scheint meine These zu bestätigen. Auch scheinen die Chinesen eine angelegte Politik zu verfolgen, in dem sie systematisch eine Front gegen den Euroamerikanischen Block aufbauen und die Islamische Welt in ihr Blocksystem rüberzuziehen versuchen. Das gemeinsame Atomforschungsprogramm zwischen China und Iran (Oktober 1992) weist in diese Richtung, wobei nun die Chinesen Zugriff auf den Rohstoff Öl erhalten. Welche Rolle die GUS in diesem neuen Systemkonflikt spielen wird, bleibt auch unklar. Ich vermute hinter dem Zusammenbruch der UdSSR ein gut inszeniertes Schauspiel, denn das alte Herrschaftsgefüge der KP in Militär und Staat blieb unangetastet oder tauchte einfach geschlossen ab. Die KP-Führung sah den mit dem Zusammenbruch der UdSSR folgenden Zerfall des Kartellkapitalismus (wegen der Überproduktionskrise) in zwei Industrielle Komplexe voraus, folgerte, daß die Wirtschaftskraft des Kartellkapitalismus aus diesem Grund nicht ausreichen werde, um durch Wohlstand der Bevölkerung den Kommunismus entgültig zu besiegen und den Wirtschaftsraum der Sowjetunion zu schlucken, und erkannte hierin die Möglichkeit, langfristig über die entstehenden sozialen Unruhen eine Massenbasis zu erlangen und wieder die Herrschaft zu übernehmen (siehe Vorgänge in Litauen, Oktober 1992). Wenn die KP-Führung klug ist, wird sie durch demokratische Wahlen die politische Herrschaft zurückerlangen, das Karderprinzip über Bord werfen, die Funktion des Staates auf Verteidigung, Rechtsprechung und Verringerung der Arbeitszeit, und zwar so, daß es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, reduzieren und eine sozialistische Marktwirtschaft einführen, in der nur noch ein dezentralisiertes Genossenschaftsnetz fortbesteht. Es könnte sein, daß die alten Gesellschaftsplaner der UdSSR über den Systemkonflikt der zwei neuen Industriellen Komplexe ihre Wirtschaft zu regenerieren versuchen und über den fallenden Lebensstandard, die sozialen Unruhen, etc. in den Kernländern des ehemaligen Westlichen Kapitalismus an politischen Einfluß zurückgewinnen wollen.

Doch welche Perspektiven ergeben sich hieraus insgesamt für Anarchisten im Euroamerikanischen Block? Ich denke, daß wir zu schwach sind, um den vom Kapital geförderten Nationalismus und Faschismus einen ernsthaften Widerstand entgegensetzen zu können. Die Gesellschaftsplaner werden uns über die Faschisten liquidieren und zerstreuen, falls wir es trotzdem versuchen sollten. D.h., den Sozialen Umbruch können wir nur dann in Angriff nehmen, wenn wir hierzu die wirtschaftliche Grundlage und eine Zustimmungsmehrheit innerhalb der Bevölkerung besitzen. Um diese Voraussetzung zu erreichen, sollten wir

z.Z. viel eher den Gesellschaftsplanern unsere Erkenntnisse zur Minimierung der Produktionskosten, die sie für die Systemkonkurrenz mit dem Asiatischen Block fürs eigene Überleben dringend bedürfen, zur Verfügung stellen, denn dies wird begleitet von einem Abbau der Hierarchien im Produktionsprozeß sowie einer Aufwertung handwerklicher und güterherstellender Berufe. Ich schätze, daß hiermit zwangsläufig auch grundlegende Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt entstehen, über die wir auch "Das psychologische Identifikationsproblem" überwinden werden. Denn wenn alle künstlich eingerichteten Ränge zugunsten einer Kostenverminderung in der Produktion abgebaut und zum Zweck der Produktivitätssteigerung Entscheidungsbefugnisse an die Arbeitsgruppen zurückgegeben werden, wird dies das Selbstbewußtsein des Arbeiters über den Wert seiner Arbeit stärken. Der Gedanke, der am Ende dieses Entwicklungsprozesses zwangsläufig entsteht, ist der, daß die Arbeiter den letzten Schritt zur Systemkostenverminderung vollziehen, die Unkosten für Unternehmer und Kapitaleigner einsparen und den Betrieb in basisdemokratischer Selbstverwaltung weiterführen. Die Organisationen, die diesen kollektiven Schritt vorbereiten, indem sie die Aufklärung der Arbeiter in den Produktionsbetrieben vorantreiben, können nur Syndikate sein.

Eine zweite Ebene, auf der wir den entstehenden Konflikt zwischen den zwei Industriellen Komplexen zu unseren Gunsten nützen können, ist der mittelständische Bereich, in den wir mit einer Kooperativenbewegung systematisch einsickern und versuchen können, als Zulieferer der Großkonzerne in den Produktionssektor einzudringen. Wegen des Zwangs zur Systemkostenverminderung werden sich die Kapitaleigner nicht gegen eine Kooperativenbewegung wenden, da auch sie zur Verbesserung ihrer eigenen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ein nachhaltiges Interesse an billigen Zuliefern besitzen. Und genau hierin liegt die Chance für eine sich ausweitende anarchokommunistische Kooperativenbewegung, die wegen ihrer besonderen Organisationsstruktur mit erheblich geringerer Reibung arbeiten kann, somit wirtschaftlicher ist und aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit den mittelständischen Marktbereich Schritt für Schritt einnehmen wird.

Die dritte Ebene könnte ein Libertärer Bund sein, in der ein Anarchistisches Rätesystem (siehe Band 3, "Prinzipien einer Herrschaftsfreien Gesellschaft") aufbaut, das zum politischen Kommunikationsmittel zwischen Syndikaten, Kooperativenbewegung und anderen Anarchisten wird und von den einzelnen Gruppen personell getragen, die scheinbaren politischen Gegensätze zwischen den Gruppen auflösend, sogar zum gemeinsamen politischen Organ der Anarchisten werden kann. Mehr meiner strategischen Überlegungen finden Sie in meinem fünften Band, "Das Gründungskonzept einer Herrschaftsfreien Gesellschaft", das sich genau in den von mir just beschriebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewegen soll.

Die Weltwirtschaft und das neue Blocksystem

China

Wacher Tiger

Peking rüstet zur See und fordert Inseln im Pazifik, die 800 Seemeilen vor seiner Küste liegen. Die Nachbarn fühlen sich bedroht.

Kaum hatte der 1400-Tonnen-Frachter „Cuu Long Giang 2" die Hoheitsgewässer Hongkongs in Richtung Vietnam verlassen, funkte die Besatzung SOS. Chinesische Sicherheitsbeamte kaperten das Schiff mit vorgehaltenen Maschinenpistolen und übernahmen das Ruder.

•
•
•

Die schmerzlichen Nadelstiche gegen Vietnams Handelsflotte gelten allen Nachbarn in Südostasien als böses Omen. „Nach dem Abzug der USA aus dem Gebiet und dem Zusammenbruch der sowjetischen Seepräsenz", argwöhnt der philippinische Ex-Außenminister Raul Manglapus, „ist ein Tiger aufgewacht, der anfängt, mit den Muskeln zu spielen."

Peking, wirtschaftlich gestärkt, rüstet zur maritimen Großmacht auf, gestützt auf ein U-Boot mit 12 Atomraketen, 44 konventionelle U-Boote und 17 Zerstörer. Vom Nationalen Volkskongreß ließ die KP schon vor Monaten ein Gesetz beschließen, das Chinas Anspruch auf das gesamte Südchinesische Meer als „Inlandsgewässer" verankert – eine Zone, die von der südchinesischen Insel Hainan an der Küste von Vietnam entlang bis vor Sarawak reicht, wenige Meilen vor den Sandstränden der Philippinen und südlich des japanischen Okinawa.

Eingeschlossen in den Radius von gut 800 Seemeilen sind die Sandbänke und mehrere hundert unbewohnte Inseln des Spratly- und des Paracel-Archipels. Die Expansion hatte sich einst der große Steuermann Mao Tse-tung von seinem vietnamesischen Genossen Ho Tschi-minh „aus historischen Gründen" gutheißen lassen.

Doch dann wurden bei den Spratly-Atollen gewaltige Öl- und Gasvorkommen geortet: Ho Tschi-minhs Nachfolger besetzten 24 Inseln – oft nur so groß wie ein Fußballfeld – mit Soldaten und Panzern. Neben Vietnam und China haben noch die Philippinen, Malaysia und Taiwan auf den Inselchen Stützpunkte ausgebaut. Das Ölscheichtum Brunei meldete auf Teile der Spratlys in seinen Küstengewässern Ansprüche an.

China gebärdet sich gegenüber dem kleinen Vietnam wie der Kaiser gegenüber einem tributpflichtigen Vasallen. Mit seinem maritimen Ermächtigungsgesetz verlangt Peking, daß ausländische Schiffe um Genehmigung für die Durchfahrt durch das internationale Gewässer ersuchen; die rote Marine soll Verstöße gegen das „chinesische Gesetz" verhindern.

Der Spiegel; 47/92; S.216 f.

Bücher

Kampf der Titanen

Amerikas Protektionisten und Japan-Hasser haben ein neues Lieblingsbuch: Michael Crichtons „Rising Sun", einen Thriller, der vor der gelben Gefahr warnt.

Sollte es so etwas geben wie die amerikanische Volksseele, dann hat sie schwarze Wochen hinter sich. Im Stimmungstief der rezessionsgeplagten USA hagelte es Kränkungen am laufenden Band.

Erst sinkt der Präsident, der als Bittsteller nach Japan gegangen war, dort bei einem Bankett zu Boden. Dann spricht der japanische Premier nach einem US-Besuch von der „fehlenden Arbeitsmoral der Amerikaner"; andere Parlamentarier aus dem Reich der aufgehenden Sonne schmähen die „faulen und ungebildeten Arbeiter" der westlichen Supermacht. Jeder Psychiater hätte Krisenprävention angeordnet.

Da gelangte ein Thriller an die Spitze der Bestsellerlisten, in dem die gedemütigten Amerikaner nachlesen können, was sie immer schon über die Japaner zu wissen glaubten, aber bisher nicht auszusprechen wagten. Ein Reißer, der das japanische Wesen auf drei kurze Nenner bringt: böse, böse, böse.

Michael Crichtons „Rising Sun" ist zur Bibel der Japan-Basher geworden – jener Amerikaner, die auf alles Japanische einschlagen, oft genug gar mit Vorschlaghämmern.* Crichton, Harvard-Absolvent, Erfolgsschriftsteller und Filmregisseur („Westworld"), will Wirkung. Sein Motto: Amerika, erwache!

„Wenn mein Buch die Emotionen aufwühlt und Frustrationen abfließen läßt, hat es seinen Sinn erfüllt", sagt der Autor. „Es ist ungesund, diese Gefühle in sich zu unterdrücken." Der Roman als Abführmittel für all jene, die damit beschäftigt waren, den Weltkommunismus zu besiegen, und mit Grauen entdecken, daß die Japaner inzwischen die Golfplätze auf Hawaii aufgekauft haben.

In Crichtons Thriller haben japanische Geheimlogen, Chip-Produzenten und High-Tech-Piraten aus Fernost die amerikanische Wirtschaft fest im Griff. Mit Schmiergeldern und Erpressungen haben sie unsichtbare Netze geknüpft, in denen jeder zweite Senator zappelt.

•
•
•

Frank Connor weiß alles. Etwa, daß der Japaner auch kompliziertere (und mörderische) Formen des Sex zu genießen versteht, weil er das puritanische Konzept der Sünde nicht kennt. Der Japaner als solcher ist geradezu versessen auf den amerikanischen Barbie-Doll-Typ. Er liebt Golf und Baseball und hat von beidem keine Ahnung. Er mag keine Weißen. Er ist Rassist. Und Geschäft ist für ihn Krieg, ein Kampf der Titanen um den Verbraucher, mit Wunderwaffen, die „Dumping" heißen und „Preisabsprache".

Das ermordete Callgirl, so ermittelt Smith, war nur das Bauernopfer in einem größeren Spiel, in dem es um die Erpressung eines Senators und – natürlich – die Übernahme einer weiteren US-Software-Firma geht.

•
•
•

Der Thriller ist aber nur eine Etappe in der Selbsttherapie amerikanischer Selbstwertgefühle mit den Mitteln der Trivialliteratur. Mittlerweile hat das Psycho-Spiel eine neue Drehung erfahren, diesmal in der Realität. Während die US-Wirtschaft sich vorsichtig erholt, dümpelt die japanische so vor sich hin. Dem Magazin *Time* war der Abstieg eine Titelgeschichte wert. *USA Today* präsentiert mit verhaltenem Jubel japanische Fehleinkäufe: Hochhäuser, Golf-

* Michael Crichton: „Rising Sun". Verlag Alfred A. Knopf, New York; 356 Seiten; 22 Dollar.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

Der Spiegel; 03/89; S.76 f.; 19/91; S.126 ff. --> CXV

plätze, van Goghs – überall purzeln die Preise.

Als der japanische Wertpapiermarkt einen neuen Tiefstand erreicht hatte, witzelte Entertainer David Letterman in seiner „Late Night Show": „Die Tokioter Börse ist im Keller. Wenn ich nicht so faul und ungebildet wäre, würde ich mich darüber freuen." Na bitte, die Volksseele kann wieder lachen.

Der Spiegel; 16/92; S.202 f.

WIRTSCHAFT

Die Angst vor der „Festung Europa"

Amerikanern und Japanern schwant Schlimmes: Je enger die Europäer wirtschaftlich zusammenwachsen, um so verbissener werden sie sich gegen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten oder den Ländern Asiens zur Wehr setzen. Auf dem alten Kontinent werde, so die Befürchtung, emsig an gemeinsamen Importbarrieren gebaut. Als Bestätigung sehen die Amerikaner das europäische Importverbot für ihr hormonbehandeltes Rindfleisch an.

Der Spiegel; 03/89; S.76 f.

„Der Druck wird tödlich"

Europas Elektronikindustrie ist hoffnungslos ins Hintertreffen geraten. Wieder einmal waren die Japaner schneller: In der Produktion von Chips, ohne die eine moderne Industrie nicht mehr denkbar ist, haben sie ihre europäischen Konkurrenten weit abgehängt. Jetzt werden Rufe nach Handelsbeschränkungen laut.

Das Treffen im Hotel Côte d'Or im burgundischen Saulieu war ganz im geheimen vorbereitet worden, die Teilnehmer wurden durch Neugierige nicht gestört. Der Gastgeber, EG-Präsident Jacques Delors, hatte die Sitzung sogar auf das Wochenende gelegt, damit seine Gesprächspartner unbemerkt ihren Büros fernbleiben konnten.

Das Thema war brisant genug. Delors und einige seiner Kollegen wollten in dem abgeschiedenen Hotel aus erster Hand erfahren, wie es um die europäische Elektronikindustrie steht. Sie ahnten jedoch schon, daß die Chefs der fünf führenden Elektronikkonzerne ihnen kaum Erfreuliches erzählen würden.

Der Niederländer Jan Timmer (Philips) sowie die Franzosen Francis Lorentz (Bull) und Alain Gomez (Thomson) klagten über gewaltige Verluste ihrer Konzerne. Der Italiener Carlo de Benedetti (Olivetti) und der Münchner Karlheinz Kaske (Siemens) konnten zwar noch Gewinne vorweisen. Aber auch sie ließen keinen Zweifel daran, daß die Aussichten trübe sind.

Die Elektronikindustrie, und hier insbesondere die Herstellung von Chips, wird künftig die Entwicklung der Industrie bestimmen. In dieser Schlüsselbranche aber sind die Europäer schlecht gerüstet. Die Bedrohung, da waren sich alle Gesprächspartner in Saulieu einig, komme aus Fernost. Wenn es nicht innerhalb der nächsten drei, vier Jahre gelinge, den Rückstand aufzuholen, werde Europa zur technologischen Kolonie Japans.

Thomson-Chef Gomez hatte schon vor dem Treffen die Losung ausgegeben: Wenn die Europäische Gemeinschaft nicht bald „einen Schutzraum für die elektronische Industrie" schaffe, werde „der Druck der Japaner auf Informatik, Fernseher und Halbleiter noch vor Ende dieses Jahrzehnts tödlich".

Am Montag vergangener Woche legte Frankreichs Industrieminister Roger Fauroux in Luxemburg bei einem Treffen mit den Ministerkollegen auf EG-Ebene nach. Zurückhaltender als der Haudegen Gomez, aber doch unmißverständlich forderte Fauroux eine „wirksame Handelspolitik" zugunsten der europäischen Elektronikfirmen.

Der Spiegel; 19/91; S.126 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CXV

„Im Jahr 2000 sehen wir uns wieder“

Die deutsche Industrie ist alarmiert: Europa könnte wirtschaftlich schon bald auf den Status einer japanischen Kolonie herabsinken. Die Japaner haben in der entscheidenden Zukunftsindustrie, der Chip-Produktion, einen gewaltigen Vorsprung herausgearbeitet. Wird Europa zur drittklassigen Industrieregion?

Sie sind schon jetzt überall, die kleinen Dinger: in Aufzügen und Waschmaschinen, in Autos und Telefonen, in Armbanduhren und Satelliten. Sie speichern Millionen von Daten, sie steuern die Autoproduktion in menschenleeren Hallen, sie regeln den Großstadtverkehr und bringen Flugzeuge sicher über den Ozean.

Sie sind unentbehrlich geworden, die fingernagelgroßen Chips. Sie verkörpern die Zukunft – und die Macht.

Europa im Jahr 2012: Die wirtschaftliche Macht ist eindeutig verteilt. Die führende Wirtschaftsnation ist Japan, in der alles entscheidenden High-Tech-Industrie spielen europäische Hersteller nur noch Statistenrollen.

Europas Computerhersteller haben schon vor Jahren aufgegeben, sie arbeiten nun als Filialen der EDV-Giganten Fujitsu, Hitachi und IBM.

In der Unterhaltungselektronik steht der letzte europäische Hersteller von Fernsehgeräten in Übernahmeverhandlungen mit Matsushita. Die Halbleiterhersteller finden ein bescheidenes Auskommen als Zulieferer für die europäischen Fabriken japanischer Multis.

Nur zwei europäische Autofirmen sowie einige mittelständische Hersteller von Werkzeugmaschinen haben bislang immer noch ein Schlupfloch gefunden, um dem Würgegriff der japanischen Konkurrenten zu entgehen. Doch auch das soll nun anders werden.

Die Japaner verhängen ein Embargo, Chips werden einfach nicht mehr geliefert. Die Produktion ganzer Industriezweige gerät ins Stocken, später werden Werke geschlossen, Zehntausende müssen entlassen werden.

In vielen Städten und Industrieregionen in ganz Europa gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Japaner zu demonstrieren. Die Gewerkschaften beschwichtigen: Zu viele Arbeitsplätze in Europa sind von japanischen Konzernen abhängig, und die Manager in Tokio und Osaka drohen, die Produktion in die Niedriglohnländer zu verlegen.

Ein Alptraum, ein Horrorszenario? Sicher. Doch weitab von der Realität? Wohl kaum.

„Wenn Europas Unternehmer und Politiker nicht bald die Gefahr erkennen und entschlossen handeln“, mahnt Konrad Seitz, Chef des Planungsbüros im Auswärtigen Amt in Bonn, „spricht einiges dafür, daß Europa in weniger als 20 Jahren zur technologischen Kolonie Japans wird.“

Japanische Konzerne, sagt Pasquale Pistorio, Chef des italienisch-französischen Halbleiterherstellers SGS-Thomson, „werden dann bestimmen, wer in Europa wann, wie und mit welchen Produkten beliefert wird“.

Der Spiegel; 11/92; S.142 ff.

Pressestimmen zeigen
"*Die Wurzeln der Herrschaft*".

CXVI

4.5. Abschaffung von Eigentum und Herrschaft

Fassen wir die aus meinen Beschreibungen folgenden Erkenntnisse zusammen, so lauten sie in etwa:

> Der Staat ist nicht zu reformieren, weil eine Herrschaft über den Menschen immer eine Unterdrückung des Menschen und das Ziel der Unterdrückung immer die Ausbeutung des Menschen ist. Der Staat kann nicht reformiert werden, weil es an einer Herrschaft über den Menschen nichts zu reformieren gibt und die Herrschaft immer der Grund dafür bleiben wird, warum jedes Staatssystem seinem höchsten Ruhepunkt, dem Absolutismus, entgegenstrebt.

Oder sehen Sie vielleicht in einer repräsentativen Parlamentarischen Demokratie die Mehrheitenherrschaft gewährleistet, so daß die demokratische Meinungsbildung von unten nach oben erfolgt und alle Herrschaft tatsächlich von der Bevölkerung ausgeht?
Ich sehe dies nicht! Im Gegenteil. "Unsere repräsentativen" Volksvertreter machen mit dem von uns übertragenen Entscheidungsrecht, was sie wollen, und wir als Bevölkerung besitzen keinerlei praktische demokratische Kontrollmöglichkeit, die z.B. durch ein jederzeitiges Zurückberufungs- oder Abstimmungsrecht durch die Bevölkerung gegeben sein müßte!
In Wahrheit werden in einer demokratischen Gesellschaft der Staat, die Staatsherrscher (als demokratisch gewählte Regierung) und die Herrschafts- und Gewaltapparate des Staates überflüssig, so daß eine Mehrheitenherrschaft als Basisdemokratie auch die Parlamentarische Demokratie überwindet. In einer tatsächlich demokratischen Gesellschaft werden Staat, Herrschaft und Kapitalismus als vorgeschichtliche Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen erkannt und überwunden! Es wird eine Weiterentwicklung von einer "repräsentativen Demokratie" zu einer von der Bevölkerung direkt und ohne Umwege überwachten Basisdemokratie erfolgen, in der auch das heutige Eigentumsrecht fällt. Die Vergesellschaftlichung aller Lebensquellen und Produktionsmittel, deren direkte basisdemokratisch Verwaltung durch die Bevölkerung, die selbstbestimmte Produktion der Bevölkerung auf die eigenen von den Menschen selbst erkannten Bedürfnisse und Wünsche sowie die Verteilung aller Güter nach den Bedürfnissen des einzelnen ohne eine Geld- und Tauschwirtschaft sind nicht nur die Anzeichen einer wirklichen Mehrheitenherrschaft, sondern dies ist der nächste soziale gesellschaftsevolutionäre Schritt der Menschheit als Ganzes!
Nur dieser kann alle beschriebenen zerstörerischen Wirkungen der heute herrschenden Ordnung aufheben.

Der Schritt in eine soziale Gesellschaftsevolution muß von jedem einzelnen selbst in Angriff genommen werden. Denn unsere Geschichte lehrt uns, daß wir irgendwelchen Organisationen, die eine Rangordnung besitzen, denen wir unsere persönliche Kraft, unsere Entscheidungsgewalt und unseren Selbstbestimmungswillen unterordnen sollen, kein Vertrauen schenken dürfen. Denn eines sollten wir aus unserer Geschichte langsam gelernt haben, nämlich daß sie uns verraten werden!
Bilden wir selbst mit anderen Menschen basisdemokratische Gruppen, in denen wir Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung als Voraussetzung der Freiheit und Demokratie lernen werden! Vertrauen wir nur unserer eigenen verstandgeleiteten Einsicht. Dies sind die tiefgreifenden Gesellschaftsveränderungen, die wir auf eigene Faust vollbringen müssen, denn es wird uns niemand in die Freiheit führen, weil ein schon Mächtiger hieran kein wirkliches Interesse besitzt!

Die Freiheit müssen wir uns schon selbst erkämpfen!

Hören Sie nicht auf die Aufforderung zum Delegieren der eigenen Entscheidungsgewalt und aktiven Handlungen. Denn wir sollen nur deshalb unsere Entscheidungsgewalt über unser selbstbestimmtes Handeln anderen übergeben, weil wir in die Passivität und somit in die Beherrschbarkeit erzogen werden sollen.

Wir müssen unseren naiven Glauben an einen guten Führer und einen guten Staat endlich abschütteln und als Alpdruck unserer eigenen Unterdrückung erkennen. Legen wir diese alten Märchen endlich ab. Durch den Staat wird eine Aufklärung über all das von mir beschriebene nie stattfinden. Denn der Staat selbst ist das Ergebnis der Ideologien der Gesellschaftsplaner, die unsere Gesellschaftsordnung, insbesondere unsere heutige Geld- und Eigentumsordnung, erst schufen und aus deren Logik der Staat in seiner Funktion nicht ausbrechen kann. Denn wie sollte sich ein Parasitärsystem selbst abschaffen, welches am gütererzeugenden Gesellschaftskörper hängt, sich durch Unterdrückung und Ausbeutung von dessen Kraft nährt und selbst seine Stellung in der Gesellschaft nur über die Menge des abgezogenen Mehrwertes definiert?

Wirtschaftsbosse, Banken und Staatsinstitutionen können sich unmöglich von ihrer Ideologie lösen, weil dies immer heißt, daß sie sich selbst überflüssig machen und zumindest theoretisch ihre eigene Existenzgrundlage aufs Spiel setzen. Der Staat schützt nicht nur die Eigentumsordnung und das hiermit verbundene Herrschaftsgefüge, sondern er wird immer auf die von mir angedeutete Fortentwicklung zur Basisdemokratie verhindernd einwirken, weil die Menschen, die innerhalb dieser Institution arbeiten, niemals zugeben werden, daß die

von ihnen eingenommenen Funktionen ebenso wie das Wesen ihrer Arbeit völlig überflüssig und nutzlos sind!

Doch es ist nicht nur mein Ziel, die Ideologie von Herrschaft und Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern, sondern es ist auch mein Ziel, das heutige Eigentumsrecht, das Recht auf den Reingewinn der "Eigentumsarbeit" und die Geldwirtschaft als Ganzes zu überwinden, da diese Rechte wegen ihres Wesens immer zur Versklavung des Menschen führen werden.

Das heutige Eigentumsrecht, die Geldwirtschaft und der Handel sind die Geißel der menschlichen Gesellschaft.

Vergessen wir nicht, daß Regierung und Staat mit dem Wegfall des Eigentums ihr letztes Alibi als bestehende Staatsmacht verlieren! Denn es sind gerade unsere Hüter von Gesetz und Ordnung, die mit ihrem Schutz des Eigentums und der Verfügungsgewalt über fremde Arbeit die Kriminalität und Gewaltverbrechen verursachen, vor denen sie uns dann im zweiten Schritt angeblich schützen wollen! Auch sie schufen sich ihre Existenzberechtigung selbst! In Wirklichkeit schützen sie nur das Eigentum und die mit ihm entstehenden Herrschaftsverhältnisse, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung gerichtet sind, die als "Ordnung" bezeichnet werden und zur weiteren Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung beitragen. Im Namen der Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Freiheit aller Menschen fordere ich:

-- Staat und Herrschaft müssen fallen! --

In meinen Betrachtungen zur Beseitigung der materiellen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung kommt dem besitzenden Mittelstand keine besondere Bedeutung zu. Bei ihm handelt es sich lediglich um eine bessergestellte, selbständigere Gesellschaftsschicht, die in Wirklichkeit in einem Auftragslohnverhältnis der Großkonzerne steht. Entweder die Konzerne erteilen den Selbständigen die Aufträge, oder sie schaffen die wirtschaftliche Infrastruktur, in der der Mittelstand existieren kann. Durch den weiter wirksamen Ansammlungs- und Zentralisationsprozeß des Kapitals ist selbst der heute noch besser gestellte

Mittelstand langfristig von der marktwirtschaftlich bedingten Kapitalansammlung und somit von einer Enteignung betroffen. Hiermit erhält er langfristig die gleichen Handlungsziele wie die Klasse der heute schon Besitzlosen. Der fortschrittlich denkende Teil des Mittelstandes ist sich dieser Entwicklung zu diesem Zeitpunkt schon bewußt. Ich denke, daß der Mittelstand in Anbetracht der heute eingetretenen Weltwirtschaftssituation Bestandteil einer neu entstehenden Sozialbewegung wird. Der Mittelstand wird sich selbständig in ihr einreihen und zusammen mit der Klasse der Besitzlosen für die Gesellschaftsordnung eintreten, die Armut und Elend durch die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen unmöglich macht. Der Mittelstand wird von selbst sein Eigentum als Kampfmittel gegen Staat und Kapitalismus vergesellschaftlichen, weil ihm sonst durch die marktwirtschaftlich bedingte Kapitalansammlung und seiner hiermit verbundenen Enteignung gar nichts bliebe!
Ich glaube, daß der Mittelstand die Notwendigkeit zu diesem Handeln früher oder später selbst erkennen wird, zumindest aber schneller als der überwiegende Teil der Arbeiterklasse.

Die Ebene, auf der eine neue soziale Bewegung zur Überwindung der materiellen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung einschreiten muß, kann nur eine weltweite sein.
Nur auf internationaler Ebene können wir den Machenschaften der multinationalen Konzerne mit angemessener Kraft begegnen, so daß wir ihnen nicht das kleinste Schlupfloch zum Wiedererstarken ihrer Kräfte lassen! Wir dürfen dem Kapitalismus kein Reservat lassen, in dem er den Betrug der Menschen um ihre Lebenskraft fortsetzen kann! Schaffen wir es nicht, den Kampf gegen die Staats- und Wirtschaftsideologie auf internationale Ebene auszuweiten, wird der Versuch zur Errichtung einer freien Gesellschaft zum Scheitern verurteilt sein, weil die Menschen durch Nationalismus und Rassismus gegeneinander ausgespielt und wir durch den Faschismus liquidiert werden!

5. Begriffsbestimmungen Übersicht

- Band 1 -

Die 5-Stunden-Woche

Dieses Buch ist der Schlüssel zur 5-Stunden Arbeitswoche!

- Band 2 -

Die Wurzeln der Herrschaft

Dieses Buch soll dem Leser Einblick in die heute wirkenden Gesellschaftsmechanismen von Herrschaft und Unterdrückung verschaffen.

- Band 3 -

Prinzipien einer Herrschaftsfreien Gesellschaft

Dieser Band beschäftigt sich mit der politischen Organisationsstruktur einer Herrschaftsfreien Gesellschaft sowie mit deren materiellen Grundlagen.

- Band 4 -

Die verkümmerte Superintelligenz Mensch

Hier zeige ich, zu welchen Geistesleistungen der Mensch fähig ist, wenn er die heutigen Gesellschaftszustände von Herrschaft und Unterwerfung überwindet, die im Menschen nur Anteilnahmslosigkeit und Desinteresse hervorrufen und schließlich zu einer Verkümmerung seiner Verstandesleistungen führen.

- Band 5 -

Das Gründungskonzept einer Herrschaftsfreien Gesellschaft

Dieses Buch enthält das Konzept, durch welches wir - vom heutigen Tag ausgehend - in eine Herrschaftsfreie Gesellschaft gelangen können. Es soll dem einzelnen zeigen, was er heute schon tun kann, um das Fundament für unsere neue Gesellschaft zu legen.